

1.

Protokoll

der

Sozialdemokratischen Parteitage

in Augsburg,
Gera und Nürnberg
1922

Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Berlin 1923

J. S. W. Diez Nachfolger G. m. b. H.

2

Protokoll

über die
Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
abgehalten in Augsburg
vom 17. bis 23. September 1922

über die
Verhandlungen des Parteitages
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

abgehalten in Gera
vom 20. bis 23. September 1922

über die
Verhandlungen
des Einigungsparteitages
abgehalten in Nürnberg
am 24. September 1922

3

Eröffnungssitzung.

In der riesigen Sängerkirche des Augsburger Stadtgartens, die von Tausenden und aber Tausenden Augsburger Genossen und den Delegierten bis auf den letzten Platz gefüllt war, wurde am Sonntag, dem 17. September 1922, zur festgesetzten sechsten Nachmittagsstunde der Augsburger Parteitag der Sozialdemokratie eröffnet. Der Saal war würdig geschmückt. Von den Seitenwänden grüßten die alten Fahnen der Augsburger Arbeitervereine und die Farben der Republik. In der großen Besucherzahl fiel vor allem der starke Anteil der Arbeiterjugend auf.

Nachdem die Augsburger Textilarbeiterkapelle den Sozialistenmarsch gespielt hatte, trug das Mitglied des Augsburger Stadttheaters Geffers einen von der Genossin A. Fischer-Augsburg gedichteten Prolog wirkungsvoll vor. Sobald die Töne verklungen waren, ergriff das Wort

Simon-Augsburg, um die Delegierten und Gäste im Namen der Augsburger Partei zu begrüßen.

Hierauf eröffnet im Namen des Parteivorstandes den Parteitag

Hermann Müller: Vier Jahre Weltkrieg und vier Jahre Gewaltfrieden haben gleich verwüstend gewirkt. Das Ende des Krieges brachte nicht das Ende schlimmster materieller Not. Das deutsche Volk steht vor einem Winter, wie er bedrohlicher für die Massen und damit auch für Staat und Gesellschaft nicht einmal zur Kriegszeit war. (Sehr wahr!) Die 60 Millionen Deutsche müssen leben, das heißt nicht nur essen und trinken, sondern auch arbeiten und kaufen können. Ermöglicht das nicht noch in diesem Jahre eine internationale Konferenz, so wird es mit ganz Europas Herrlichkeit bald für immer vorbei sein, denn auch die Siegerstaaten und die Neutralen leiden infolge des Versailler Vertrages immer schwerer unter Geschäftsstockung und Arbeitslosigkeit. Entgegen den Kriegsversprechungen hat der Friede, der den Weltkrieg beendete, bisher nur neuen Haß gesät und die deutsche Demokratie fortwährend aufs schwerste geschädigt. An dem vergossenen Blute Erzbergers und Rathenaus find gewiß in erster Linie die deutschnationalen Hehropsteln schuld, denen die zwei Millionen im Kriege gewaltsam getöteter Deutscher nicht tote genug sind und die deshalb das Morden als Brudermord fortsetzen. (Vielfaches Sehr richtig!) In zweiter Reihe sind am Tode dieser beiden deutschen Republikaner aber jene verblendeten Ententepolitiker schuld, die das wundenbedeckte Deutschland nicht zur Ruhe kommen lassen. (Allgemeine Zustimmung.) Wird nicht bald mit dem für jegliche Wiedergutmachung tödlichen System der politischen Provokationen und der ökonomischen Unterdrückung des deutschen Volkes gebrochen, so muß trotz der übermenschlichen Anstrengungen der deutschen Demokratie der Tag der Katastrophe über unser schwer leidendes Volk hereinbrechen. (Bewegung.) Das Schicksal Oesterreichs und Rußlands sollte warnen. So glatt wie dort würde sich der Sturz ins Nichts in Deutschland nicht vollziehen. (Vielfaches Sehr richtig!) Würde das hochindustrielle Deutschland entkräftet zusammenfallen, würde ganz Europa aufs schwerste erschüttert. Die Valutablokade stürzt breite Massen des deutschen Volkes ins allertiefste Elend. Hilfe kann uns nur bringen die Rückkehr der Vernunft im Lager unserer früheren Gegner und der

stärkste Wille zur Selbstbehauptung im Innern. (Sehr wahr!) Das kostbarste Gut, das wir noch haben, ist unsere Arbeitskraft. Ihre Gefährdung macht jede Wiederherholung Deutschlands unmöglich. Heute aber ist das Existenzminimum des werttätigen deutschen Volkes infolge der Preisentwertung für alle notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel in schwerster Gefahr. Die bestehenden Klassen mahnen zu einer Notgemeinschaft. Sie erschlagen selbst diesen Gedanken, indem sie sich weigern, dem Volke eine eiserne Ration von Brot, Kartoffeln, Fleisch und Zucker zu erschwinglichen Preisen zu sichern. (Vielfaches Sehr wahr! Sehr richtig!) Wir haben genug vom Segen der freien Wirtschaft, die für das arbeitende Volk nur die zügelloseste Ausbeutung durch Produzenten und Händler bedeutet.

Gestern haben alle bürgerlichen Parteien im Reichstagsausschuß den Preis für das Umlagegetreide schon des ersten Jahresdrittels vervierfacht. (Stürmische Pfuirufe.) Wir haben dem Kabinett erklärt, daß, wenn es diesem ungesetzlichen Beschluß beiträgt, wir die Verantwortung für das, was im Winter kommt, nicht tragen werden. (Lebhaftes Bravo!) Für Greise und Kinder der Armen bedeutet dieser Beschluß einfach den Hungertod. Unsere Agrarier scheinen zu glauben, daß 25 Millionen Deutsche zuviel auf der Welt sind. (Sehr wahr!) Und die Freiheit, für die die anderen Kapitalisten schwärmen, ist auch nichts als die Zwangswirtschaft der Kartelle, die das Volk nach dem jeweiligen Dollarkurs ausplündern. Diese großen Patrioten schließen ihre Geschäfte in Dollars und Pfunden und entwerten so die deutsche Mark zu Papiersegen. Hier einzugreifen ist dringendste Pflicht des Staates und höchste Zeit. (Lebhaftes Zustimmung.) Einzelne können still verhungern — ein geistig hochstehendes Sechzigmillionenvolk wie das unsrige wird nicht still zugrunde gehen. Nichts verschärft die Klassengegensätze mehr als die Wirtschaftspolitik der bestehenden Klassen in Deutschland, und da fordern uns die Hellsichtigen und Genossen auf, die Lehre von den Klassenkämpfen aufzugeben (Gelächter), die ihre eigene Politik täglich bestätigt. Ihnen und allen anderen sagen wir nochmals, daß wir nicht nur Demokraten, sondern Sozialdemokraten waren, sind und bleiben werden. (Sehr gut! Bravo!)

Freilich sind nicht die die besten Klassenkämpfer, die das Wort mindestens täglich dreimal im Munde führen müssen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Klassenkampf ist keine Sache des Maulwerts; sonst wären die Kommunisten die besten Klassenkämpfer. (Erneute Heiterkeit und Beifall.) Klassenkämpfe sind eine geschichtliche Notwendigkeit. Sie können sich mit brutaler Gewalt äußern, aber sie müssen es nicht. Mit Recht sagt Kautsky in seinem neuesten Buche, daß, wenn in Deutschland die Demokratie erhalten bleibt, die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse sich friedlich vollziehen kann. Den Klassenkampf führen heißt für uns: die Interessen der Arbeiterklasse in den Tageskämpfen der Politik und Wirtschaft mit äußerster Energie wahrnehmen, damit die Arbeiterklasse stark gemacht werde für ihre historische Mission: die Klassengesellschaft zu ersetzen durch eine Gesellschaft ohne Klassen und ohne Unterdrückung. Mit diesem Klassenkampf ist Koalitionspolitik ebenso verträglich wie die Arbeitsgemeinschaften der Gewerkschaften. Alles muß nur dazu dienen, die Arbeiterklasse zu stärken und die Republik zur unseren zu machen. Daß sie das noch nicht ist, zeigt am klarsten Bayern. Der Kampf der bayerischen Reaktion gegen das Reich, während es von Poincaré aufs schwerste bedroht war, war ein ungeheurer Skandal. (Allgemeine Zustimmung. — Zurufe: Treubruch!) Von der Rätewirtschaft ist Altbayern durch das Reich befreit worden. (Sehr wahr!) Wie sich an der Geschlossenheit der sozialdemokratischen Arbeiterkraft Frankreichs die Wellen des bayerischen Staatskommunismus gebrochen haben, wird sich dort auch die Macht der Reaktion brechen. Das Kohlen- und kartoffelarme Bayern kann sich trotz aller separatistischen Treibereien vom Reiche gar

nicht trennen. (Sehr wahr!) Wie weit sind wir Deutschen mangels revolutionärer Tradition noch davon entfernt, eine Nation zu sein, wenn ein Treiben wie das der bayerischen Reaktion überhaupt möglich ist! Die deutschen Arbeiter haben in den letzten Jahren in Oberschlesien, im besetzten Gebiet, im Saarland ihre Treue zur deutschen Nation bewiesen. Die deutschen Arbeiter werden weder fremden Bedrückern noch heimischen Partikularisten jemals auch nur den kleinen Finger reichen. (Lebhafter Beifall.)

Das heilige Feuer der Republik zu hüten, fühlen wir uns heute besser gerüstet als seit Jahren, denn die Einigung der beiden sozialistischen Parteien wird die Tatsache von morgen sein. (Allgemeine Zustimmung.)

Nicht alle, die sie ersehnten, werden sie miterleben. Wir betrauern eine Reihe braver Genossen, die uns viel zu früh entzogen wurden. (Der Parteitag erhebt sich.) Wir betrauern unseren braven Alwin Gerisch, der seine Gesundheit frühzeitig der Partei als Opfer dargebracht hat, unsern Heinrich Dieß, den stets opferbereiten Förderer sozialistischer Wissenschaft; wir betrauern Rintau, Sindermann, Riese, Ohlendorf und vor allem Hue, dessen glänzende Begabung und seltene Loyalität von Freund und Feind gleich geachtet wurde. Nicht zuletzt aber wollen wir hier in Augsburg Bollmars gedenken, der stets nicht nur ein Bager, sondern ein guter Deutscher war. — Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich konstatiere das.

Wir haben die Pflicht, mit demselben Eifer wie unsere großen Vorkämpfer für die neue Partei zu wirken und zu wirken. Der Kampf zum Schutze der Republik hat die beiden sozialistischen Parteien zusammengeführt. In der Verantwortung für das Geschick der vom inneren Feind bedrohten Republik gehen beide jetzt in einer höheren Einheit auf. (Beifall.)

Wir sind uns der Schwere unserer Aufgaben voll bewußt. Nach dem Verlust dieses Krieges hat das deutsche Proletariat leider die Arme nicht frei. Auch vereinigt werden wir morgen den Himmel noch nicht stürmen. Wir wollen uns in keinen Raufsch verfehen. Die Parole: feste druff! überlassen wir den Deutschnationalen und den Kommunisten. (Sehr wahr! Sehr gut!) Uns muß harte Arbeit schrittweise vorwärtsbringen. Die Wiedervereinigung muß unsere Werbekraft nicht nur verdoppeln, sondern verzehnfachen. Die in Zeiten des Bruderkampfes gleichgültig Gewordenen müssen wieder herangeholt werden. Die deutsche Arbeiterkraft kann sich, wenn sie nicht wie die russische verelenden soll, den Luxus der gegenseitigen Bekämpfung nicht mehr leisten. Die kraftbewußte, unermüdllich tätige, vereinigte sozialdemokratische Partei muß auch auf die jetzt noch links von uns kämpfenden Arbeiter ihre große Anziehungskraft ausüben. Wenn wir auf dem Boden der Wirksamkeit sicher vorwärts schreiten, werden wir eher ans Ziel kommen als jene wilden Stürmer, die sich im Nebel der Prajpe verlaufen.

Wir stehen am Ende eines Abschnittes der sozialdemokratischen Geschichte Deutschlands, der sehr viele bittere Tage für uns enthielt, und doch können wir mit Stolz sagen, daß wir in schwerster Zeit die uns anvertrauten Pfunde gut verwaltet haben. Deswegen sind wir auch trotz aller Stürme der Zeit die Massenpartei des deutschen Proletariats geblieben. Nun verlangt von uns die Geschichte in einem neuen Abschnitt neue Taten. Dafür möge dieser Parteitag rasche, gute Vorbereitungsarbeit leisten.

Und dann auf nach Nürnberg!

Auf zum Zusammenschluß der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands! (Stürmischer langanhaltender Beifall und Handklatschen.)

Hierauf konstituiert sich der Parteitag. Auf Vorschlag von Leuterich-Hamburg werden zu Vorsitzenden gewählt: Otto Wels-Berlin und Simon-Augsburg,

auf Vorschlag von H a h n - Mannheim zu Schriftführern: Panzer-Bayreuth, Schaffner-Hannover, Minna Lodenhagen-Berlin, Winkelhoef-Elberfeld, Kirchner-Altona, Riedmüller-Köln, Siebold-Leipzig, Göhring-Ulm und Hertwig-Meißen.

In die Mandatsprüfungskommission werden auf Vorschlag von Eggert-Dresden entsandt: Henßler-Dortmund, Diez-Blauen, Lehmann-Frankfurt a. M., Kayser-Landsberg a. d. W., Minna Bookmann-Halberstadt, Rahn-Singen, Buchwig-Görlitz, Kitz-Jena und Frau Zabe-Hamburg.

Die Tagesordnung wird auf Vorschlag des Vorsitzenden Wels in der Weise geändert, daß vom Bericht des Parteivorstandes Punkt b: „Die Internationale und die Einigung des Proletariats“ abgetrennt und gesondert am Donnerstag früh verhandelt wird, also zu einem Zeitpunkt, der mit der Verhandlung des gleichen Gegenstandes in Gera zusammentrifft. Die zahlreichen Anträge, die Einigungsfrage zu verhandeln, sind dadurch überholt und erledigt.

Die Anträge, welche die Neugliederung des Reiches als besonderen Tagesordnungspunkt des Parteitages verhandeln wollen, werden dahin erledigt, daß der Gegenstand beim Vorstandsbericht zur Besprechung kommt, eine endgültige Beschlußfassung darüber aber der geeinten Partei für später vorbehalten wird.

Die Anträge, die Wohnungsfrage besonders zu behandeln, werden abgelehnt, da diese Fragen erst vor zwei Jahren auf dem Parteitag in Kassel eingehend erörtert worden sind und beim Bericht der Reichstagsfraktion besprochen werden können.

Damit steht die Tagesordnung des Parteitages fest. Die Geschäftsordnung der früheren Parteitage wird erneut bestätigt.

Vorsitzender Wels begrüßt dann die Delegierten der ausländischen Bruderparteien: Unsere Freunde aus Dänemark haben es sich nicht nehmen lassen, unsern allverehrten Freund Stauning hierher zu entsenden. (Beifall und Händeklatschen.) Mit ihm sind die Genossen Johansen und Andersen erschienen. Unsere schwedischen Genossen machen uns das Vergnügen, daß wir — wie in Görlitz so auch hier — den Genossen Möller begrüßen können. Zum ersten Male auf einem deutschen sozialdemokratischen Parteitag nach der Kriegszeit sind zwei Vertreter der englischen Arbeiterpartei erschienen (lebhaftes Bravo! und Händeklatschen), die Genossen Ammon und Davies, Mitglieder des Unterhauses. Vor dem Kriege hat es zwischen der englischen Arbeiterbewegung und dem Kontinent an gegenseitigem Verständnis gefehlt; in den letzten Jahren aber, besonders seit der Wiederaufbau der Internationale in die Hände der englischen Arbeiterpartei gelegt ist, hat sie engste Fühlung mit den Arbeitsbrüdern auf dem Kontinent und besonders der deutschen Arbeiterchaft gesucht. Schulter an Schulter mit uns führen die englischen Arbeiter den Kampf für die Revision des Vertrages von Versailles und damit die Gesundung der deutschen und europäischen Wirtschaft. (Lebhafter Beifall.) Den Vertreter der belgischen Arbeiterpartei, ihren Generalsekretär van Rosbroout, begrüßen wir als Zeugen dafür, daß die Kraft des Sozialismus alle Gegensätze überwindet. Kein Volk vielleicht hat im Kriege so gelitten wie das belgische, kein Volk denkt vielleicht mit mehr Berechtigung feindselig gegen die, die sein Land besetzt hielten. Aber die Wogen des Hasses sind zurückgestulst, und die belgische Partei hat uns dafür viele Beweise gegeben. (Bravo!) Wir begrüßen auch den Genossen Aler als Vertreter der tschechoslowakischen Sozialdemokratie. In der Tschechoslowakei leben Millionen unserer deutschen Stammesbrüder, und der Gegensatz zwischen der deutschen und der tschechoslowakischen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei ist unverkennbar. Aber der internationale Glaube und das gemeinsame Bekenntnis zum Sozialismus wird die Arbeitsbrüder deutscher und tschechischer Junge bald zum gemeinsamen Kampfe gegen den alle ohne Unterschied ausbeutenden Kapitalismus zusammenführen. (Lebhafter Beifall.)

Herzliche Grüße übersendet uns die bulgarische Sozialdemokratie. Sie wünscht der großen deutschen Sozialdemokratie zu ihrer bevorstehenden Vereinigung Glück und besten Erfolg für unsere Kongreßarbeiten.

Unserer Tagung gedacht hat auch der frühere Vorsitzende unserer Partei, der Mann, der heute die schwere Bürde des höchsten Staatsbeamten trägt, und uns folgendes drachtet:

„Dem Parteitag sende ich herzlichen Gruß. Die Einigung ist heute mehr denn je eine Lebensfrage der Arbeiter, sie ist aber auch ein dringendes staatspolitisches Gebot. Meine besten Wünsche begleiten Eure Arbeit.“

(Stürmischer Beifall.)

Ebert, Reichspräsident.“

Weitere Begrüßungstelegramme sandten die Genossen Reichschahminister Bauer, Gesandter Adolf Müller-Bern, Gesandter Otto Landsberg-Brüssel.

Stauning-Kopenhagen (mit stürmischem Beifall begrüßt) überbringt die besten Wünsche der dänischen Sozialdemokratie. Die dänische Arbeiterschaft hat alle zerplitternden Kräfte entschieden zurückgewiesen und sieht mit Freude, daß jetzt auch die deutschen Arbeiter sich wieder einigen. Haß und Zwietracht dürfen unter Arbeitern nicht bestehen; insbesondere muß eine lebenskräftige deutsche Arbeiterbewegung die Welt gegen die Rückkehr von Monarchismus und Reaktion sichern. Befestigung und Ausbau der deutschen Republik sind von entscheidender Bedeutung für ganz Europa und die sozialistische Entwicklung. Die dänischen Interessen sind mit der Festigung der demokratischen Staatsform Deutschlands fest verbunden. Wir haben mit größter Freude die Äußerungen vernommen, die jüngst der Präsident der deutschen Republik, unser alter Kampf- und Parteigenosse, im Geiste der Versöhnlichkeit über Deutschland und Dänemark getan hat. Die deutsche und dänische Bruderpartei werden weiterhin die Interessen der Kultur und Freiheit zu beiden Seiten unserer gemeinsamen Grenze einmütig wahrzunehmen haben. (Lebhafter Beifall.)

Der Vertreter der englischen Arbeiterpartei, Davies, vom Parteitag ferndlich begrüßt, überbringt die guten Gefühle und freundschaftlichen Wünsche der englischen Arbeiterpartei. Weder die Presse noch die Staatsmänner Englands heben heute die Meinung des englischen Volkes wieder. Die englische Arbeiterklasse hat fortschreitend begriffen, daß der Krieg ein kapitalistischer Krieg war, daß die Arbeiterklasse aller Länder die Besiegte ist, und daß nie wieder Krieg sein darf. (Lebhafter Beifall.) Die englische Arbeiterpartei ist die neue, kommende Macht in England. Der Mann, der heute noch die Geschichte Großbritanniens führt, wird verschwinden, aber die englische Arbeiterpartei wird bleiben, sie wird ans Ruder kommen, und mit ihr wird ein neuer Geist in England einziehen, der Geist des internationalen guten Willens und der Verständigung der Völker. (Lebhafter Beifall.) In diesem Sinne grüßt die englische Arbeiterpartei die deutsche Sozialdemokratie. Möge der alte, kleinliche Streit für immer verschwinden und begraben sein (stürmischer Beifall und Händeklatschen), damit der Kampf gegen die Reaktion mit voller Kraft geführt werden kann. Die Vereinigung der deutschen Sozialdemokraten wird das Signal für die Einigung der Arbeiter der ganzen Welt sein. Die britischen Arbeiter lehnen die Reparationspolitik und den Rachegeist der französischen Kabinette unbedingt ab. Unser Volk weiß, daß ein erschöpftes Deutschland industrielles Chaos in ganz Europa und Arbeitslosigkeit in England bedeutet. Wir halten es für unmöglich, eine mannhafte Nation wie die deutsche auf die Dauer gewaltsam zu unterdrücken. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Möller-Stockholm grüßt namens der schwedischen Sozialdemokratie den Kongreß, der eine neue Epoche für Deutschland und die Welt einleiten soll, denn der Einigung in Deutschland muß die internationale Einigung folgen. (Beifall.)

Van Rosbrout-Brüssel feiert das Werk der deutschen Einigung und stellt ihm Frankreich gegenüber, wo es den Kommunisten auf Befehl von Moskau gegliedert sei, Zwietracht und Haß in die Reihen der Arbeiter zu werfen und sie dadurch völlig ohnmächtig zu machen, wie überhaupt die rote Reaktion von Moskau scheußlicher gegen die Arbeiter wüte als jemals der brutalste Zarismus. Die Arbeiter brauchen die Einheitsfront derer, die aufbauen, nicht derer, die zerstören. Es lebe die Einheit der Sozialisten in Deutschland! Es lebe die Einheit der sozialistischen Internationale! (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Wien-Prag weist darauf hin, daß die tschechoslowakische Sozialdemokratie Ende des Monats das fünfzigjährige Jubiläum ihres Bestehens und das fünf- und zwanzigjährige Erscheinen des „Bravo Lidu“ als Tagblatt feiert. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie sei gewillt, jede auch innerpolitische Frage im Geiste des Sozialismus und der Internationalität zu lösen. (Beifall.)

Vorsitzender Wels dankt den ausländischen Genossen. Die Arbeiter aller Länder litten die gleiche Not, und diese Not schweiße sie zusammen. Deshalb werde die Internationale des Sozialismus der Welt den Frieden verbürgen. Jeder Staatsmann, der noch einmal Europas Kultur durch den kriegerischen Nationalismus bedrohe, müsse da scheitern, wo die Kraft der arbeitenden Hände anfange. Die deutsche Demokratie würden die deutschen Arbeiter mit ihrem Herabzu, mit ihrem Leben verteidigen. (Stürmischer langanhaltender Beifall.) Die ganze Welt möge wissen, daß die deutsche Arbeiterklasse mit voller Hingabe dem Tag entgegenarbeitet, an dem die Sonne des Sozialismus über Grauen und Elend aufleuchte und die Menschheit sich aus dem Doppelschloß der ökonomischen Unterdrückung und politischen Sklaverei zu den Höhen der Zukunft erheben wird. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Damit sind die Verhandlungen des Parteitagcs für die Eröffnungssitzung erledigt. — Mit Gesangsvorträgen und Musikdarbietungen endet die Feier.

Erster Verhandlungstag.

**Montag, den 18. September 1922, vormittags 9 Uhr,
im Ludwigsbau (Stadtgarten) Augsburg.**

Den Vorsitz führt **Wels**.

Nachdem als Vertreter der Auslandsdelegation der russischen Sozialrevolutionäre **Wladimir Senjinnoff** den Parteitag begrüßt hat, wird in die Tagesordnung eingetreten.

Als Berichterstatter des Parteivorstandes hat zunächst das Wort

Adolf Braun: Die Arbeit des vergangenen Jahres war schwer und nicht so erfolgreich, wie wir gewünscht hätten. Auf uns als stärkster Partei und Partei der Armisten lastet der Druck der Verhältnisse am schwersten. Diese Schwierigkeiten empfinden diejenigen nicht, denen das Verantwortlichkeitsgefühl mangelt, das uns befeuert. (Sehr wahr!) Eine unserer größten Aufgaben ist es, die Arbeiterklasse vor Enttäuschungen zu bewahren, damit sie nicht der Apathie und Verzweiflung anheimfällt.

Der Parteivorstand hat die politische Führung der Partei und die Leitung eines großen Verwaltungsapparates. Das Mannigfache der politischen Situationen hat ihm große Arbeit auferlegt. Ueber die zahllosen Konferenzen, Besprechungen und Zusammenkünfte sind die Parteigenossen von uns aus häufiger und besser unterrichtet worden, als sie selber wissen. Natürlich lassen sich die schwierigen wirtschaftlichen Probleme der Lebenshaltung und der Geldentwertung nicht mit Phantastereien und Utopien, mit Putzchen und Resolutionen meistern,

und wir müssen Realisten und nicht Phantasten der Politik sein. Unsere sachliche und nüchterne Politik hat die großen Massen der Arbeiter an uns gefesselt. Unsere bewegliche Taktik entspricht genau dem, was Friedrich Engels an Viktor Adler vor genau 30 Jahren schrieb:

„Es gibt nur zu viele, die aus Bequemlichkeit und um ihre Schüssel nicht plagen zu müssen, die für den Augenblick passende Taktik für die Ewigkeit anwenden wollen. Die Taktik machen wir nicht aus nichts, sondern aus den wechselnden Umständen. In unserer jetzigen Lage müssen wir sie uns nur zu oft vom Gegner diktieren lassen.“

Niemand hat seine Anschauungen mit mehr Selbstkritik revidiert als Engels, und darin sollten alle von diesem Großmeister des Sozialismus lernen. In unserer jetzigen traurigen Zeit ist die nüchterne Einsicht notwendiger als je. (Sehr wahr!)

Die auswärtige Politik hat heute den Vorrang vor der inneren. Deutschlands Zahlungsfähigkeit hängt weit mehr als von unserer Sparsamkeit und Arbeitsfähigkeit von den Anforderungen ab, die immer wieder von den Siegern an uns gestellt werden. Unsere Währung kann nur durch eine große Auslandsanleihe gesichert werden. Aber nur einem tapferen und ehrlich strebenden deutschen Volke wird sich auch die Welt nicht verschließen. Die Verelendung der Arbeiter kann keine revolutionären Kräfte wecken. Wir können noch ungeheuer tief sinken, und einer der Tiefpunkte ist dort, wo die Sowjetrepublik angelangt ist. (Sehr wahr!)

Die ungeheure Zahl von Vorkräben, Bars, Dielen und Schlemmergaststätten empfinden wir als eine Schande für das deutsche Volk. Selbst Teile der Arbeiterklasse sind den Fehlern der besitzenden Klassen verfallen. Auch da müssen wir den Mut haben, uns ständig selbst zu kritisieren.

Die Not der deutschen Presse ist eine Ergänzung der körperlichen Not, unter der das deutsche Volk schwer leidet. Je mehr wir ein demokratisches Staatswesen werden, desto notwendiger ist uns eine tüchtige, weitverbreitete Presse. Glücklicherweise ist von den sozialdemokratischen Blättern noch keines eingegangen und der Stand unserer Parteipresse heute nicht geringer als zur Zeit des kürzlichen Parteitagcs. (Bravo!) Dafür haben ungeheure Opfer gebracht werden müssen, und weitere Opfer werden zu bringen sein.

Alle Lohn- und Gehaltssteigerungen sind überholt worden durch die Geldentwertung. Wegen der fehlenden Wertbeständigkeit der Mark lassen sich größere Bedürfnisse für Kleidung und Wohnungseinrichtung aus den Löhnen und Gehältern überhaupt nicht mehr befriedigen. Das hat trübe Stimmung und viel Kritik erzeugt, gibt aber noch kein Recht, auf die Arbeit der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes zu schimpfen. „Alle Macht geht vom Volke aus!“ heißt es an der Spitze der Reichsverfassung, nicht: alle Macht geht vom Reichstag aus, oder gar von einer Reichstagsfraktion, die nur eine Minderheit bildet. Die Wähler und Wählerinnen tragen ein gerüttelt Maß von Schuld, daß sich vieles nicht hat ermöglichen lassen, was auch im heutigen Deutschland zu erreichen wäre. Schaffen Sie vor allem die sozialdemokratische Mehrheit im Parlament! (Sehr wahr!)

In noch höherem Maße als von den Männern wird die Zusammenfassung des Reichstages heute von den Frauen bestimmt. Noch nicht der zehnte Teil der gewerkschaftlich organisierten Frauen ist Parteimitglied. Das Streben der Partei muß dahin gehen, alle Hausfrauen zu organisieren; dadurch würden auch die Ehen glücklicher und die Kindererziehung besser werden. Aber das Wichtigste bleibt doch für die Partei, die Frauen und Mädchen in den Fabriken, in den

Kontoren und Beamtenstellen zu organisieren. (Sehr wahr!) Hier muß Hand ans Werk gelegt werden.

Wir verschließen uns auch viel zu oft der Tatsache, daß noch Millionen indifferenter Arbeiter vorhanden sind. Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen sind noch lange nicht die Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Deshalb ist — namentlich von den Fabrikvertrauensleuten — noch sehr viel zu leisten. Wenn der Arbeiter frisch in die Fabrik kommt, muß man ihn auch nach dem Parteibuch fragen. (Sehr gut!)

Wir müssen auch über die Arbeiterklasse hinausgreifen und für Beamte und geistige Arbeiter neue Agitationsmethoden gewinnen, natürlich ohne etwas von unseren Grundfängen aufzugeben, denn die sozialdemokratische Gegenwartspolitik und das sozialistische Ideal ist ebenso wichtig für die Kopf- wie für die Handarbeiter.

Wie wenig verstehen wir Alten, die mit 17 Jahren in die Partei eingetreten und heute über 40 Jahre im Parteidienst sind, die Jugend zu behandeln! Wir müssen begreifen lernen, daß unsere Jugend nicht so abgeklärt und phantasielos ist wie viele von uns. Wir müssen der Jugend die Freiheit lassen, sich auszuleben.

Mit Trauer sehen wir, daß die ungeheuren Massen der Kopfarbeiter heute noch bei den bürgerlichen Parteien stehen, obwohl sie die proletarische Existenz, in die sie hineingezwungen sind, noch weit schwerer ertragen als die Handarbeiter. Hier müssen wir ständig und zäh werben, wir müssen den richtigen Ton finden, zu Beamten, Lehrern, Kaufleuten und Technikern zu sprechen. Die Beamtenschaft meint über dem Volke zu stehen, statt in ihm zu wurzeln. Man kann nicht durch eine dreijährige Agitation eine ganze historische Entwicklung umtrempeln, sondern muß Geduld haben.

Vielen unserer jungen Parteiredakteure fehlt Parteitradition und Parteilust. Wer 1918 zu uns gekommen ist, kann nicht das Fingerpißengefühl für den Sozialismus haben wie derjenige, der das Sozialistengesetz schon miterlebt hat. Die Parteijournalisten dürfen sich auch nicht als Schulmeister aufspielen und den Instanzen Noten austeilen wollen. Was wir schreiben, müssen wir verantworten können. Wenn eine einzige Parteizeitung und ein sonst tüchtiger Redakteur nach der Ermordung Rathenaus entgleist ist und geschrieben hat: „Knüppelt die deutschnationalen Mörderbanden nieder!“, so wischt das weg, was 138 sozialdemokratische Zeitungen würdig und klar damals geschrieben haben.

Die Journalisten sind ein eigenartiges Völkchen. Die Bescheidenheit findet man bei ihnen am seltensten. (Hört! Hört! und Heiterkeit.) Haben sie einmal Gelegenheit, aus ihrer sonstigen Anonymität an die Öffentlichkeit zu treten, dann machen sie Sensation. So ging es Kaliski mit seinem Gutachten über den Achtstundentag. Daß man die Geschmacklosigkeit besaß, den alten Angestellten der „Vossischen Zeitung“ und jetzigen Leiter einer zionistischen Organisation als maßgebenden Sachverständigen der Sozialdemokratie heranzuziehen, ist nicht unsere Schuld. Man soll aber die Bedeutung dieses unangenehmen Zwischenfalles auch nicht übertreiben. Es ist ungeheuer leicht, in die Sozialdemokratische Partei hineinzukommen, aber kolossal schwer, aus ihr hinausgeschmissen zu werden. (Heiterkeit.) Vielleicht wäre beides etwas zu mildern.

Die Schwierigkeit des Hinauswurfes zeigt sich auch beim Dr. Paul Vensch, der einst unerreichbar radikal war und jetzt bei Sinnes ist. Es gibt glücklicherweise nur wenige in der Partei, die sich durch Geld oder einen unnatürlichen Ehrbegriff verteidigen lassen, für die reaktionäre Presse zu arbeiten. Demgegenüber bitte ich Sie, gemäß dem Antrag 44 Stettin erneut festzulegen: „Die Mitarbeit von Parteigenossen an reaktionären Zeitungen ist mit den Parteipflichten unvereinbar“.

Es gibt auch ganz dunkle Geschäftsmänner, die ihre Zeitungen sozialdemokratisch nennen, ohne daß wir sie hindern können; aber stäupen wollen wir sie wenigstens. Ich denke dabei an den „Firn“, der wie ein Organ des seligen Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ausfießt. Kein Sozialdemokrat in verantwortlicher Stellung steht mit diesem Blatte irgendwie in Zusammenhang. Das gut ausgestattete und wohl kaum hundert Abonnenten zählende Blatt muß offenbar dunkle Geldquellen haben.

Die schwere Zeit, der wir unzweifelhaft entgegengehen, soll unsere Kraft nicht lähmen; sie soll uns vielmehr anspornen, daß wir unausgesetzt für die Partei wirken, um Aufklärung zu verbreiten und jede Gelegenheit auszunutzen, um der Arbeiterklasse zu dienen. (Beifall.)

Ueber Agitation, Organisation und Presse berichtet

Friedrich Bartels: Die Geldentwertung bereitet auch der Partei schwere finanzielle Sorgen. Die Steigerung der Parteieinnahmen ist eine Lebensfrage für die Partei geworden. Beiträge von 2 bis 4 M. wöchentlich bilden gegenwärtig noch die Regel. Aber das ist, am Geldwert gemessen, nur ein Drittel der Beiträge, die wir früher erhoben haben. Trotzdem hat die Beitragserhöhung schon ungünstig auf den Stand der Organisation gewirkt. Von 32 Bezirksorganisationen haben je 20 einen Verlust an männlichen und weiblichen Mitgliedern, und zwar beträgt er 59 654 und 15 038. Demgegenüber hatten 12 Bezirke einen Zuwachs an männlichen Mitgliedern von 21 086, an weiblichen von 6652. Der absolute Abgang an männlichen Mitgliedern beträgt also 38 586 oder 3,48 Proz. der Gesamtzahl, an weiblichen Mitgliedern 8386, das heißt 4,35 Proz. Gegenüber der Gesamtmitgliedschaft, welche am Jahreschluß 1 174 106 betrug, davon 184 099 weibliche, ist der Verlust geringfügig, aber trotzdem schmerzhaft. Empfindlichen Verlust hatten besonders die Bezirke Oberhein und Groß-Berlin, ferner Pommern, Schleswig-Holstein und Baden, während die Bezirke Chemnitz, Zwickau, Sörlitz, Cassel, Dresden und Franken befriedigen. Die Zahl unserer Ortsvereine hat sich um 46 auf 9678 vermehrt. Als Mindestbeitrag werden wir ab 1. Oktober 5 M. pro Woche festsetzen müssen. In den größeren Städten und Industrieorten müssen höhere Beiträge erhoben werden, wenn die Parteiminstitutionen aufrechterhalten werden sollen. Die Beitragserhebung muß auch beweglicher gestaltet werden, und deshalb hat der Parteivorstand den Antrag eingebracht, wonach die Höhe des Mindestbeitrages in Zukunft vom Parteivorstand und Parteiausschuß gemeinsam festgelegt werden soll. Ebenso soll der an die Parteikasse abzuführende Betrag in Zukunft vom Parteivorstand und Parteiausschuß beschlossen werden. Der Mindestbeitrag ist deshalb im Organisationsstatut völlig zu streichen. Als Richtschnur muß gelten, daß ein Stundenlohn als Monatsbeitrag erhoben wird. Der Parteiförpser darf nicht aus Mangel an Geld lahmgelegt werden. (Sehr wahr!) Die Gewerkschaften sind auf diesem Wege kräftig vorangegangen. Auch unsere österreichische Bruderpartei hat die Beiträge der Geldentwertung angepaßt. So werden in Wien gegenwärtig 500 Kronen Monatsbeitrag erhoben. Dem Grundgedanken des Staffelsbeitrages stimmen wir durchaus zu. Die finanziell besser gestellten Parteigenossen müssen größere Opfer für die Partei leisten, und die Bezirke müssen das sorgfältig regeln. Aber im Organisationsstatut läßt sich das nicht festlegen.

Das vom vorigen Parteitag beschlossene Parteiabzeichen ist in geschmackvoller Ausführung hergestellt und in bald 200 000 Exemplaren im Reich umgelegt worden. Das Abzeichen wird auch nach der Vereinigung das gleiche bleiben.

Mit dem 1. Juni ist die Pensionskasse in Kraft getreten, zunächst nur für Geschäftsführer, Redakteure und Parteisekretäre. Auch das technische Personal

einbeziehen, hat der Parteivorstand bei den jetzigen unsicheren Verhältnissen ablehnen müssen, zumal dieses doch nicht nur aus Parteimitgliedern besteht. Die Entwicklung der Pensionskasse muß der weiteren Entwicklung der Dinge überlassen bleiben. Ein Beirat von je zwei Redakteuren, Geschäftsführern und Parteisekretären hat in strittigen Punkten mit zu entscheiden.

Die Gehälter der Parteiangestellten betragen jetzt etwa das Bierzig- bis Fünfzigfache des Friedensstandes, ein bescheidener Satz, aber eine erhebliche Belastung der Parteifinanzien.

Mit besonderem Eifer ist in diesem Jahre die Agitation unter den Frauen in den Betrieben gefördert worden. Nach der Vereinigung wird das mit noch größerem Erfolge fortgesetzt werden können und müssen.

Die „SPD-Nachrichten für Funktionäre“, wie unser Mitteilungsblatt heißt, erscheinen jetzt monatlich in etwa 75 000 Exemplaren und werden kostenlos an Funktionäre und Betriebsvertrauensleute abgegeben. Vielleicht läßt sich durch einen Ausbau dieser Nachrichten die „Parteikorrespondenz“ überflüssig machen. Wie weit die „SPD-Nachrichten“ zum Anzeigen unserer Literatur oder zu sonstigen belehrenden Mitteilungen ausgebaut werden können, wird der Parteivorstand erwägen.

„Kommunale Praxis“ und „Neue Zeit“ sind gegenwärtig finanziell Schmerzenskinder. Das brauchte z. B. bei der großen Zahl unserer Stadtverordneten und Gemeindevetreter nicht zu sein. Leider läßt sich die „Neue Zeit“ den Organisationen nicht mehr zu einem Vorzugspreise liefern. Die Bezirke müssen jedenfalls eifriger für die Verbreitung dieser beiden Parteizeitschriften werben.

Die Auflage der „Gleichheit“ ist auf etwa 36 000 gestiegen, aber der finanzielle Erfolg ist infolge der gewaltigen Herstellungskosten ungünstig. Erhöhung des Bezugspreises und Reduzierung des Umfanges werden dahin wirken müssen, daß sich das Blatt selbst trägt. Die Beilegung von Schnittmustern kommt jetzt nicht in Frage.

Leider sind wir gezwungen, das regelmäßige Erscheinen des „Freien Lehrers“ und der „Arbeiterbildung“ einzustellen. Es müßte jetzt ein derartiger Monatspreis erhoben werden, daß schon daran eine wirksame Verbreitung scheitern müßte. In Zukunft werden beide Blätter nur gelegentlich erscheinen und zum Selbstkostenpreis abgegeben werden.

Das Bildungswesen hat sich günstig entwickelt. Die Zahl der Bildungsausschüsse ist von etwa 400 auf 500 gestiegen. Die Hochschulkurse in Schloß Tinz in Thüringen werden regelmäßig besucht; ebenso hat im Sommer der Zentralbildungsausschuß die Internationale Konferenz der Bildungszentralen in Brüssel besucht und dort der Errichtung einer Internationalen Arbeiterbildungszentrale zugestimmt. Mit den Volkshochschulen in Dänemark und Belgien soll ein Austausch von Schülern und Lehrern eingerichtet werden.

In dem Blatte der „Arbeiterbildung“ war ein Teil des Raumes auch den Jungsozialisten eingeräumt. Jetzt hat der Parteivorstand der Errichtung besonderer „Jungsozialistischer Blätter“ zugestimmt unter der Voraussetzung, daß die Parteikasse dadurch nicht belastet wird. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer hat im Laufe dieses Geschäftsjahres erfreuliche Fortschritte gemacht. Sie ist im Rahmen und im engsten Anschluß an die Parteiorganisation straff durchorganisiert worden. Besonderer Wert ist dabei auf die Landlehrer gelegt worden, die mehrfach in der Kleinagitation, der Jugendarbeit und in Gemeinderatperspektiven für die Partei leitend mit tätig geworden sind. Diese Lehrerbewegung muß mit Schulbewegung, Elternbewegung usw. kombiniert werden. Der 2. sozialdemokratische Lehrertag in Hamburg zu Ostern dieses Jahres hat eine erfreuliche Teilnahme und einen erfreulichen Inhalt gehabt.

Auch unsere Arbeiterjugendbewegung hat sich in diesem Geschäftsjahr gut entwickelt. Wir haben gegenwärtig im Reich in 2305 Ortsgruppen zusammen etwa 85 000 jugendliche Mitglieder erfasst. Unsere Jugendverbände haben eine rege Wirksamkeit für das wirtschaftliche und kulturelle Interesse der arbeitenden Jugend entfaltet und auch die internationalen Beziehungen eifrig und erfolgreich gepflegt. Trotzdem der Bezugspreis der „Arbeiterjugend“ bedeutend erhöht werden mußte, hat sie in dieser schweren Zeit keinen Rückgang erlitten, sondern erscheint auch gegenwärtig in 75 000 Auflage.

Die jungsozialistischen Gruppen sind bekanntlich auf Grund eines Beschlusses des Kasseler Parteitages gebildet worden. Es sind Gruppen von Parteigenossen, das betone ich ausdrücklich. Junge Parteimitglieder von 18 bis 25 Jahren haben durch den Kasseler Beschluß das Recht erhalten, eigene Gruppen zu bilden und eigene Diskussionsabende abzuhalten. Solche jungsozialistischen Gruppen bestanden im vorigen Jahre 80, zurzeit etwa 140. Die „Jungsozialistischen Blätter“ sind am 1. Januar d. J. in Kraft getreten und haben eine Abonnentenzahl von etwa 2300.

Unsere Parteigeschäfte sind infolge der Geldentwertung in recht schwieriger Lage. Bei ihrem schwachen Betriebskapital leiden sie unter der allgemeinen Not des Zeitungsgewerbes besonders. Der Papierpreis ist fast vernichtend für unsere Presse, und die Abonnementspreise haben meist nicht folgen können. Mit dem Abonnementspreis wird oft nicht einmal das unbedruckte Papier bezahlt. Alle anderen Kosten, Redaktion, Satz, Druck, Austragen sollen dann durch die Inserateneinnahmen gedeckt werden, und dabei ist das Inseratengeschäft heute miserabel. Es noch weiter durch einschränkende Bestimmungen zu verschlechtern, wie der Antrag will, daß Verträge über Inserate mit bürgerlichen Verlagsanstalten nicht abgeschlossen werden dürfen, wäre reichlich verfehlt. Ob in Zukunft unsere Presse im bisherigen Umfang zu halten ist, steht noch dahin. Einsparende Maßnahmen, wie Maternbezug, Einschränkung des Umfanges, Zusammenlegung und dergleichen, sind bereits in Aussicht genommen.

Die Finanzen der Partei stehen äußerlich infolge der gestiegenen Einnahmen und des Wegfalls größerer Wahlausgaben nicht ungünstig. Aber in den letzten Monaten sind die Ausgaben gewaltig gestiegen und die Einnahmen nur mäßig gewachsen. Der Parteivorstand hat deshalb eine Aufruf zu freiwilligen Beiträgen für die Parteipresse erlassen, der einen befriedigenden Erfolg gehabt hat; doch kann die Summe nur als schätzenswerte Beihilfe angesehen werden. Ein wirklicher Ausgleich ist nur durch Anpassung der Beiträge an die rapide Geldentwertung möglich. Die Beitragseinnahmen haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahre im Vergleich zum Vorjahre reichlich verdoppelt, sind also hinter der Geldentwertung weit zurückgeblieben. Unter den sonstigen Einnahmen, die sich ebenfalls verdoppelt haben, sind auch enthalten die Einnahmen aus der Einkaufszentrale, die Beiträge der Reichstagsfraktion mit 150 000 Mk. und die der Preussischen Landtagsfraktion mit 60 000 Mk. Daß die Ausgaben im laufenden Jahre durch Druckkosten, Gehälter und Spesen erheblich höher sein werden, ist selbstverständlich. Hoffentlich führt die Einigung auch zu einer Stärkung der Parteifinanzen.

Gewaltig sind die Aufgaben unserer Partei in den schweren Zeiten, die der Krieg hinterlassen hat. Verzagtheit und Panikstimmung gilt es abzuwehren, Volksausplünderung und Wuchertum mit größter Energie zu bekämpfen, den Kampf gegen die volksfeindlichen Elemente zu führen, die uns mit Monarchismus, Militarismus und Klassenherrschaft auf der einen und mit sozialwissenschaftlichen Experimenten auf der andern Seite beglücken wollen. Den Glauben gilt es im Volke zu stärken, daß wir durch die Nöte dieser Zeit hindurchkommen werden,

daß der Sozialismus das in der Ferne blinkende Leuchtfeuer ist, dem wir zu steuern müssen, um aus dem gefährdrohenden Wellengang der Not und Verelendung herauszukommen. Dazu brauchen wir schlagkräftige, kampfbereite Organisationen und eine gut verbreitete Presse. Diese zu pflegen und auszubauen, ist eine unserer vornehmsten Aufgaben. Mag der Weg steinig sein, mögen auch Mißerfolge hemmend in den Weg treten, das alles darf uns nicht die Zuversicht rauben, daß die Zukunft dem Sozialismus gehört. (Lebhafter Beifall.)

Im Einverständnis mit dem Parteitag erstattet vor Eintritt in die Debatte einen Bericht über die Fragen der Frauenorganisation

Frau Juchacz: Ich habe es mir in diesem Jahre zur besonderen Aufgabe gemacht, die Agitations- und Schulungsmethoden für die Frauenbewegung in den einzelnen Bezirken miteinander zu vergleichen und dadurch Richtlinien für die beste Arbeitsform zu finden. Leider wird nicht überall mustergültig gearbeitet. Frauenagitation ist schwierige Pionierarbeit. Man macht es den Frauen, die in die Ideenwelt des Sozialismus eindringen wollen, nicht überall sehr leicht. Wo man die besonderen Veranstaltungen für die Frauen pflegt, ist ein ruhiges geistiges Leben, und die Zahl der organisierten Frauen wird stabiler. Leider sind gerade die verheirateten arbeitenden Frauen physisch und seelisch allzu schwer überlastet. Sie leiden jetzt noch besonders unter der wirtschaftlichen Not und versuchen an allem zu sparen, was sie irgend für überflüssig ansehen, auch an der Parteizeitung und am eigenen Parteibeitrag wie dem des Mannes. Da muß Erziehungsarbeit geleistet werden.

In der Partei selbst stoßen die Frauen noch auf manche Hindernisse der Betätigung, die mit genügend Energie und Organisationsgabe natürlich zu überwinden sind. Man kann die Klagen auf ein Mindestmaß beschränken, wenn man die Frauen auch in der Partei nach ihrer Neigung wirken läßt.

Zur Betätigung auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt haben uns Kriegs- und Nachkriegsfolgen gebieterisch gezwungen, hat doch selbst das Ausland der deutschen Kindernot nach dem Kriege die größte Aufmerksamkeit zugewandt. Sollten wir uns da dem Hilfswerk der Quäker versagen? Im Gegenteil, das Hilfswerk muß fortgesetzt werden, auch wenn die amerikanischen Freunde Deutschland verlassen. Aber zur Durchführung des Hilfswerkes müssen die Behörden mit der Arbeiterkassette zusammenarbeiten. Besonderen Dank verdienen unsere dänischen Parteigenossen für ihre wirklich edlen Wohltaten an hungernden deutschen Kindern. (Lebhafter Beifall.) Für die Zukunft ist zwischen Dänemark und Deutschland ein Kinderaustausch geplant, den wir als Schritt zum kommenden dauernden Frieden herzlich begrüßen. Die Sozialdemokratie ist pazifistisch und muß deshalb durch humanitäre Arbeit den Gedanken der Völkerverständigung ausbreiten helfen.

Von außerordentlicher Wichtigkeit ist es, daß auch die Bildungsausschüsse die Frauenaufklärung nicht vergessen. Eine Befreiung der Arbeiterklasse ist nicht möglich, wenn nicht die Frauen sozialistische Erkenntnis gewinnen, verarbeiten und weitergeben können.

Die Parteigenossen sollten sich freimachen von allen Vorurteilen und dem Nachstreben, was die sozialistischen Vorkämpfer und Wissenschaftler vorgearbeitet haben. (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht der Kontrollkommission erstattet

Friedrich Brühne: Die Kontrollkommission hat sich im letzten Jahre nur mit einer Beschwerde beschäftigt, die von der Preßkommission in Braunschweig gegen den Parteivorstand erhoben war. Die Kontrollkommission hat diese Beschwerde einstimmig zurückgewiesen; ebenso hat sie die Revision der Parteikasse und Parteigeschäfte vorgenommen und alles in Ordnung gefunden. --

Genosse Brühne schließt mit einem Nachruf auf das im Berichtsjahr verstorbene Mitglied der Kontrollkommission Karl Pintauf-Leipzig. Der Parteitag erhebt sich zu Ehren des Verstorbenen.

Hierauf wird die Unterstützungsfrage für die Anträge zum Bericht des Parteivorstandes gestellt. Nicht genügend unterstützt werden u. a. ein Antrag auf Bildung von Volksrechtsausschüssen, ein Antrag, der verlangt, daß die Gesetze zum Schutz der Republik korrekt durchgeführt werden und andernfalls die Genossen aus der Regierung austreten sollen; ein Antrag auf bessere juristische Schulung der Parteigenossen; ein Antrag, daß diejenigen Reichstags- und Landtagsabgeordneten, welche neben ihren Diäten von Organisationen volles Gehalt beziehen, einen Teil der Diäteneinnahmen besonders sollen abführen müssen; ein Antrag auf prozentuale Beteiligung der Bezirksbildungsausschüsse an allen Einnahmen; ein Antrag auf Einsetzung einer Propagandazentrale für die Parteipresse. Nicht genügend unterstützt werden auch sämtliche Anträge, die sich auf Aenderung des Organisationsstatuts beziehen, da nach der Vereinigung mit den Unabhängigen sowieso eine Statutenberatungskommission eingesetzt werden muß. Nicht unterstützt wird auch der Antrag auf Erweiterung des Parteitages zu einer Sozialdemokratischen Woche, auf Aufnahme des Göttinger Parteiprogramms ins Mitgliedsbuch, auf Einberufung einer Reichskonferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter noch in diesem Jahre, auf Einrichtung einer Geschäftsstelle der SPD. in Preußen und Einberufung eines Preußentages, auf Anstellung eines weiteren Sekretärs in allen Bezirken, auf Revision der Ausschlussbestimmungen.

Ein Antrag verlangt, daß aus der Partei ausgeschlossen wird, wer gegenwärtige Zeitungen lieft. Solche Leute sollen auch aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden. (Heiterkeit.) Der Antrag wird nicht genügend unterstützt. Ebenso ergeht es einem Antrag für die weltliche Schule, einem weiteren Antrag, der die Parteigenossen verpflichten will, ihre Kinder möglichst weltlichen Schulen zuzuführen, einem Antrag, daß parteigenössische Beamte sich nur in freigewerkschaftlichen Verbänden organisieren dürfen, einem Antrag auf Erweiterung des Beamtenbeirats beim Parteivorstande, einem Antrag auf rascheste Aufklärung aller Ortsvereine über die parlamentarischen Verhandlungen durch Spezialreferenten, einem Antrag auf Zusammenfassung der sozialdemokratischen Gemeindevorstände und Stadträte nach Ländern, getrennt nach Stadt- und Landgemeinden, einem Antrag über die Kontrolle der jungsozialistischen Gruppen, einem Antrag auf Einbeziehung des Esperanto in den Schulunterricht (Heiterkeit), dem von Bartels erwähnten Antrag über die Beschränkung des Inzeratengeschäftes, einigen Anträgen über preussische Angelegenheiten und schließlich einem Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Schriften Silvio Gells. (Heiterkeit.)

In der Debatte über den Vorstandsbericht hat das Wort

Berner-Hamburg: Für die Partei als Regierungspartei ist die Neugliederung des Reiches überaus wichtig. Zwischen Hamburg und Preußen wird schon ein Jahr lang vergeblich verhandelt. Während Zentrum und Demokraten sehr entschieden für Hamburg Partei genommen haben, hält sich die Sozialdemokratie zurück. Wir verteidigen nicht unbedingt den Standpunkt des Hamburger Senats, der die technischen Gesichtspunkte in den Vordergrund gerückt und die politischen außer acht gelassen hat. Aber besonders hat sich Preußen gegen den demokratischen Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes vergangen. (Zuruf: Es kann doch nicht jedes Dorf selbständig entscheiden!) Jedenfalls muß der Wille der Bevölkerung gehört werden, und das hat Preußen nicht genügend getan. Verschiedene Kundgebungen von Preußen stellen die Meinung der Arbeiterbevölkerung als minderwertig hin gegenüber den anderen Bevölkerungsteilen. In einem Artikel des

Genossen Dr. Südekum wird sogar die ganze Groß-Hamburg-Bewegung auf „zügellose Matrosen im ersten Wirrwarr der Revolution“ zurückgeführt. Dabei sind es preussische Gemeindevertretungen gewesen, die unter der Trennung von Hamburg schwer leiden und deshalb den Anschluß zuerst laut gefordert haben. Die Erweiterung des Hamburger Hafens, die dem ganzen Reich zugute kommt, darf nicht zurückgestellt werden, damit nicht ein paar schwarz-weiße Grenzpfähle verrückt werden. Innerhalb eines Bundesstaates hätte man schon längst eine Einheit geschaffen, wo die Verhältnisse auch nur halbwegs ähnlich lägen wie bei Hamburg. Mancher preussische regierende Genosse hat über die Frage ganz verständige Worte des Entgegenkommens gesprochen, aber tatsächlich entgegengekommen ist man nicht. Jetzt soll die Reichsregierung erneut vermittelnd eingreifen, deshalb ist jetzt die Meinung der Reichstagsfraktion besonders wichtig. Wir sollen einig darüber sein, daß kostspielige Doppelverwaltungen jetzt unerträglich sind. Statt dessen löst die preussische Regierung jetzt sogar die bisherige Polizeigemeinschaft mit Hamburg auf und gibt jeder Gemeinde um Hamburg herum eigene Polizeigewalt. Ähnlich beim Gesundheitswesen und der Schule. Schade, daß der Parteivorstand nicht, wie früher, zeitweilig nach Hamburg übersiedeln muß, dann würde er selbst sehen, wie die Arbeiter darunter leiden. Mit Recht hat gestern Hermann Müller gesagt, wir dürften dem Partikularismus nun nicht den kleinen Finger geben. Es gibt aber Partikularisten auch außerhalb Bayerns. (Zuruf: Sehr richtig! Zum Beispiel in Hamburg! — Heiterkeit.) Schon vor 25 Jahren hat Auer auf dem Hamburger Parteitag vor dem preussischen Partikularismus als dem einzigen gewarnt, durch den das Gefühl der gemeinsamen Sache überhaupt verloren gehen könne. Es besteht die Gefahr, daß in Preußen statt sozialdemokratischer Politik vorwiegend preussische Politik getrieben wird. Demgegenüber vertreten wir nicht Hamburger, sondern allgemeine Reichsinteressen. Wir fordern kein Sonderrecht für Hamburg — wir gehören alle nicht zum Verein der geborenen Hamburger —, wir wollen auch Preußen nicht auflösen. Aber Preußen darf auch das Goethe-Wort nicht vergessen, daß dem Manne mit zugeknöpften Taschen niemand was zuviel tut. Gewiß ist Preußen das Rückgrat der Partei, aber neben dem Rückgrat braucht der Körper noch andere lebenswichtige Organe. Hamburg, unser Warenausfuhrplatz, muß für die Zukunft lebensfähig bleiben. Nehmen Sie unsern Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses an, der bis zum nächsten Parteitag versuchen soll, eine einheitliche Auffassung der Partei auch in dieser Frage zu schaffen. Der weitere Ausbau des Hamburger Hafens, die Hebung unserer Volkswirtschaft, läme nicht einzelnen Ländern zugute, sondern dem ganzen Deutschland. (Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-sitzung.

Vorsitzender Wels teilt nach Eröffnung der Sitzung mit, daß Parteivorstand, Kontrollkommission und Parteiauschuß für die Vertretung in Nürnberg beschlossen haben, die zugelassene Delegation von 150 Vertretern so zusammenzusetzen, daß jeder Bezirk bis zu 20 000 Mitgliedern grundsätzlich durch zwei Delegierte vertreten sein soll und daß für je 10 000 weitere Mitglieder ein weiterer Delegierter kommt bis zur Höchstzahl von acht. Wels bittet, die Wahl noch heute vorzunehmen, damit entsprechende Mitteilung nach Nürnberg gemacht werden kann.

Als Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission teilt

Buchwitz-Görlitz mit, daß der Augsburger Parteitag folgendermaßen beschließt: Parteivorstand 17 Mitglieder, Kontrollkommission 8 Mitglieder, Parteiaus-

schuß 40 Mitglieder, Reichstagsfraktion 22 Vertreter, 9 Vertreter einzelner Parteiministrie, 3 bestellte Referenten und 250 gewählte Delegierte, insgesamt 349 Delegierte. — Den einzigen eingegangenen Protest hat die Mandatsprüfungskommission zurückgewiesen, und der Parteitag beschließt, entsprechend ihrem Antrag sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

In der fortgesetzten Diskussion über den Bericht des Parteivorstandes hat das Wort

Buchwitz-Grantsfurt a. M.: Zum ersten Male seit langen Jahren haben wir einen Rückgang in der Mitgliederzahl, angeblich wegen des wirtschaftlichen Drucks. Aber das vollkommen zerrüttete Desterreich weist glänzende organisatorische Erfolge auf. Der tiefere Grund für unseren mangelnden Fortschritt sind die zahlreichen politischen Fehlschläge im letzten Jahre und die daraus erwachsende Interessellosigkeit. Vom Görtlicher Parteitag bis zum Rathenau-Mord hatten wir trotz des großen Verwaltungsapparates eine geradezu erschreckende Letzgarie bei den Parteigenossen. Wir dürfen uns nicht vom Parteimaschinenwesen erfassen lassen, sondern müssen die großen Massen zu zielbewußten Kämpfen machen. Die Art unserer Agitation zündet und wirkt nicht so, wie es der Sozialismus an sich immer tut.

Noch immer arbeiten hervorragende Parteigenossen an reaktionären Zeitungen mit. Nicht nur Lensch, sondern auch August Müller und Otto Braun und Wilhelm Richter haben sogar einen Neujahrsartikel für den Berliner Votaleinzelgeber geschrieben. Auch für führende Parteigenossen müssen die Parteitage beschlüsse gelten. — Die „Neue Zeit“ ist einfach nicht mehr zu ertragen. In langweiliger und kleinlicher Weise bekämpft sie die Einigung mit einer Begründung, die allen sozialistischen Grundgedanken Hohn spricht. Auch solche Dinge tragen dazu bei, Mitgliederverluste herbeizuführen. Wir müssen vor allem Sozialdemokraten sein! (Beifall.)

Drescher-Halle: Die Rechtsparteien bauen ihren Parteiapparat immer besser aus, und wir sind durch die wirtschaftliche Not gezwungen, ihn abzubauen. Daher z. B. die jüngste Wahlniederlage in Thüringen. Die Pferde, die den Hase verdienen, bekommen ihn in der Partei leider nicht mehr. Während die Reaktion keine Mittel für ihre Organisation scheut, müssen wir die Sekretäre aus der Landagitation fast völlig zurückziehen. Nach Berlin flieht aus den Industriebezirken zu wenig Geld, und deshalb kann von Berlin aus kein Geld ins Land hinausfließen. Vor dieser Entwicklung warne ich eindringlich. Wir wollen lieber acht Mark Beitrag haben und die Parteisekretariate aufrechterhalten. Verwaltung und Gewerkschaften zahlen viel höhere Gehälter als die Partei. Wir sind in Gefahr, nur noch diejenigen zu behalten, die nicht anderswo unterkommen können. Darum lieber höhere Beiträge und bessere Organisationsarbeit! (Beifall.)

Dr. Cäflein-Breslau: Hermann Müller hat angekündigt, daß die Sozialdemokratie die Umlagepreisfrage zur Kabinettsfrage machen wird. Solche Parole haben wir oft herausgegeben und Drohungen ausgesprochen, die niemals verwirklicht worden sind. Ich erinnere nur an die Belastung der Schwerte. Nachher hat man einfach erklärt, es fehlten zur Durchsetzung die parlamentarischen Möglichkeiten, und überdies sei das Problem noch ganz ungeklärt. So darf man nicht Politik machen. Die werktätige Bevölkerung hat kein Interesse an der Koalition, wenn sie von ihr nichts zu essen, zu trinken, zu kleiden und zu wohnen bekommt. Sie hat kein Interesse an einer Außenpolitik, die Stimmes zum größten Reparationsgewinnler der Welt macht und Deutschland zum Königreich Stimmes. — Die Personalpolitik des Genossen Seewer billigen wir. Aber der Demokratisierung von oben muß auch eine Demokratisierung von unten

zu Hilfe kommen. Wir brauchen rasche Verabschiedung der Verwaltungsreform und namentlich in den Städten das Einkammersystem. — Mit der Verwaltungsreform zusammen hängt die Neugliederung des Reiches. Wir bekennen uns alle zu der einen und unteilbaren deutschen Republik, aber vielleicht zum Teil mehr mit Worten als mit der Tat. (Sehr wahr!) Wir legen Verwahrung gegen die Rede ein, die Otto Braun anlässlich der oberschlesischen Abstimmung gehalten hat. (Heiterkeit.) Wir haben die Empfindung, daß diese Rede nicht der Genosse Otto Braun, sondern der preußische Ministerpräsident Otto Braun gehalten hat. (Otto Braun: Sehr richtig! — Heiterkeit.) Aber schließlich ist Otto Braun doch auch Parteigenosse und dient durch solche Reden weder dem Parteifrieden noch der Reichseinheit. Auch wir sind gegen unorganische Neugliederung und haben uns deshalb für das Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen eingesetzt. Darum war diese Abstimmung kein Bekenntnis zu Preußen. Für uns heißt es nicht: Sie gut preußisch allerwege!, sondern: Sie gut republikanisch deutsch, die gut sozialistisch international allerwege! (Beifall.)

Sollmann-Köln: Dem Parteitag liegen nahezu 30 Anträge gegen den Alkoholismus vor. Ich habe sie in zwei Entschließungen zusammengefaßt und bitte um deren Annahme. Der Alkoholkonsum hat unter den verwerflichsten Wirkungen des Krieges in allen Bevölkerungskreisen Deutschlands unerfreulich zugenommen. In der letzten Zeit ist besonders der Schnapsverbrauch gestiegen, selbst in der Frauenwelt. Wie die Arbeiterjugend mit gutem Beispiel vorangeht, muß auch der Parteitag etwas tun, die Alkoholfut einzudämmen. Die Verschwendung von Getreide und Kartoffeln für die Alkoholproduktion ist bei unserer Ernährungslage ganz unverantwortlich. Für alkoholische Getränke wurden verwendet im Jahre 1921 an Gerste rund 13 Millionen Zentner, an Zuckerstoffen rund 100 000 Zentner. Dabei haben wir für mehr als eine Milliarde Mark Zucker aus dem Auslande einführen müssen. Während unsere Hausfrauen kaum Zucker kaufen können, haben die Likörfabriken große Mengen aufgespeichert. Bei aller Würdigung der sozialen Ursachen des Alkoholismus läßt sich durch Aufklärung und Erziehung doch mancherlei tun. Bei einer Probeabstimmung in Bielefeld haben sich nicht weniger als 90 Proz. der befragten Arbeiter für Schnapsverbot und Alkoholverbot überhaupt ausgesprochen. (Bravo!) Ich bin überzeugt, daß wir in absehbarer Zeit in Deutschland unter der Führung unserer Partei zu einem Schnapsverbot kommen. Das Ausland ist uns auf diesem Gebiete vorausgegangen und hat, entgegen allen Tendenzberichten, gute Erfolge erzielt. Wenn die deutschen Arbeiter ein Zehntel dessen, was sie für Alkohol ausgeben, der Partei und ihrer Presse opfern würden, hätten wir keine Not. Unsere Partei als die große Führerin des Proletariats muß ihre Pflicht auch im Kampfe gegen den Alkoholismus erfüllen.

Run einige allgemeine Bemerkungen wirtschaftspolitischer und staatspolitischer Natur. Ich bitte alle Parteigenossen, nur mit ruhiger Vernunft und sehr kühlem Kopf zu urteilen. Es gibt noch immer Manuskripte aus dem Jahre 1914, die noch nicht verbrannt worden sind. (Sehr wahr!) Wir müssen uns geloben, uns endlich von der Phrasen vollkommen freizumachen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir können mit den kommunistischen Oberphrasen den unlauteren Wettbewerb ja doch nicht aushalten. (Sehr richtig!) Wirtschaftsfragen werden mit Moralpredigten und Anklagen nicht gelöst (sehr richtig!), auch nicht mit Schimpfen auf die Bauern. (Sehr wahr!) Wir brauchen die Bauern! Die Bauern leisten produktive Arbeit, was man nicht von jedem anderen Berufe sagen kann. Wenn wir an der Stelle der Bauern wären, würden wir unter dem heutigen Wirtschaftssystem genau so handeln wie sie. (Unruhe.) Wir müssen das System ändern. Heute aber müssen wir uns vor der Inflation hüten, daß man mit Wuchergesetzen und Preisverordnungen die Not überwinden könne.

Wichtig und entscheidend ist nur die Hebung unserer Produktion an Kohle, Lebensmitteln und Baustoffen. Wir dürfen die Demagogie von links nicht mitmachen. Die ganze Geschichte der letzten Jahre hat gezeigt, daß, je nüchterner und ehrlicher wir arbeiten, wir auch desto bessere parteipolitische Geschäfte machen. (Sehr wahr!)

Wir sind gewiß alle international gesinnt, und niemand ist für den internationalen Gedanken begeisterter als ich. Wir dürfen aber als deutsche Sozialdemokraten auch zu keiner Stunde vergessen, daß wir in der Welt ein unterdrücktes und rechtlos gemachtes Volk sind. Wir sind unter den Völkern der Welt auch heute noch nicht gleichberechtigt, haben noch heute im Völkerbund keine Stimme. Wir wollen gewiß jede nationalistische Ueberhebung, jeden nationalistischen Wahn, jedes Rachegefühl und alle Rachegedanken bekämpfen. Aber es ist selbstverständlich und unvermeidlich, daß in Deutschland in seiner jetzigen Lage eine starke nationale Bewegung entsteht. Diese Bewegung läßt sich durch Reden und Zeitungsartikel nicht aufhalten, denn sie entspringt der Tatsache, daß wir von den Siegerstaaten brutal unterdrückt werden. Die Stärkung des nationalen Gefühls muß bei einem Volke von so geringer und kurzer nationaler Tradition wie Deutschland noch nicht einmal unter allen Umständen ein Unglück sein. Das wachsende Nationalgefühl ist die Folge der Unterdrückungspolitik der Entente, und ich habe den Eindruck, daß manche unserer Anhänger die deutschen Schicksalsfragen nicht so stark empfinden, wie sie empfunden und erlebt werden sollten. (Sehr gut!) Unterdrückt vom siegreichen Imperialismus, kann auch die deutsche Arbeiterklasse ein Stück wohlverstandenen nationalen Egoismus durchaus brauchen. Wenn wir hinblicken auf die Haltung Belgiens während des Krieges, diese Widerstandskraft und diesen Glauben an die nationale Zukunft, der mich stets erschüttert hat, oder auch auf die Haltung der französischen Genossen, dann dürfen wir es aussprechen, daß auch ein Land wie Deutschland, auf dem so wichtig die Siegerskaufst lastet, ein Stück nationalen Egoismus haben muß. Wir verhandeln ja nicht mit unseren englischen und französischen Freunden, sondern mit kapitalistischen Staatsmännern, und die Arbeiterklasse muß schließlich immer die Zechen bezahlen, die Deutschland aufgemacht wird. (Sehr wahr!) In solcher Lage muß unter unserer demokratischen Verfassung auch die deutsche Sozialdemokratie die Worte „Deutschland“ und „Vaterland“ mit vollem Klang aussprechen lernen. Wir sind im republikanischen Deutschland nicht eine, sondern die staatserhaltende Partei. Wir allein im Verein mit unseren unabhängigen Brüdern haben auch die Kraft, die Republik wirklich zu schützen. Wenn wir die Massen dazu aufrufen, dürfen sie diesen republikanischen Staat und dieses Vaterland nicht mit kalten Gefühlen betrachten, sondern mit aller Kraft lieben, die in uns ist. Ich denke an den Mann, dessen Gestalt unverblühen vor uns steht, an den großen Sozialisten und Franzosen Jean Jaurès. Er war ein begeisterter Internationaler und ist für die Internationale gefallen, und er war zugleich doch ein glühender französischer Patriot. Ich wünsche dieses Zusammenfließen von Klassengefühl, internationalem Bewußtsein und nationaler Gesinnung auch dem deutschen Proletariat, denn im Rahmen der Internationale wollen wir sein und bleiben die deutsche Sozialdemokratie. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Dr. Knaack-Hamburg: Der ganze Parteitag wird dem Genossen Sollmann für die scharfe und deutliche Mahnung zur Sachlichkeit dankbar sein. In dieser Einstellung auf die Sache müssen wir auch nach der Einigung festhalten und uns hüten vor gefühlsmäßiger Kritik. Bei der schwierigen Problemstellung in der jetzigen Notzeit ist die Gefahr der Schlagworte doppelt groß. Wir haben das Schlagwort der Sozialisierung überwunden, wir dürfen auch am Schlagwort der Erfassung der Sachwerte nicht kleben. Selbst die Forderung der Demo-

tratisierung der Verwaltung kann ein Schlagwort werden, wenn wir der Volksmasse nicht rechtzeitig klarmachen, welche gewaltigen Schwierigkeiten damit verbunden sind. Auf diese Schwierigkeiten müssen Parteivorstand und Parteipresse aufklärend hinweisen, damit nicht Uneinigkeit und gegenseitige Vorwürfe Platz greifen. Die Demokratisierung der Verwaltung ist nicht eine Angelegenheit einzelner Parteigenossen, sondern eine solche der Gesamtheit, der Kleinen und Großen, für jeden an seinem Orte. Was wir jetzt Demokratisierung nennen, ist meist nur eine Art technischer Nothilfe. Für die Zukunft muß die Partei alles daransetzen, aus den Kreisen der Kinderbemittelten genügend Fachleute heranzubilden. Gerade jetzt müssen wir alle Energie auf die Weiterbildung unserer Leute an den maßgebenden wissenschaftlichen Bildungsstätten verwenden. Die jungen Leute aus unseren Kreisen müssen auch möglichst bald nach Absolvierung der Universität eine Existenzgrundlage erhalten. Wir müssen auch den Beamten, die treu und fest zur Republik stehen, das Rückgrat stärken. Wir haben noch viele Verwaltungen, in denen die rechtsstehenden Beamten ein viel leichteres Leben haben und unsere Leute unter den Augen der eigenen Genossen an der Spitze der Verwaltung aus ihr hinausgedrängt werden. (Sehr wahr!)

Ein besonderes Spezialkapitel ist die durchgreifende Demokratisierung der Gesundheitsverwaltung. Es ist etwas Wahres an dem Schlagwort von der Klassenmedizin. Die Volksgesundheitspflege als sozialpolitische Maßnahme ist eine wichtige Grundlage der Arbeiterschaft in ihrem Kampfe zur Macht und Höhe. Erst nach weitgehender Aufklärung über die politische Bedeutung der Gesundheitspflege in unseren eigenen Reihen werden wir uns auch gesundheitspolitisch durchsetzen. Wenn unsere Parteigenossen nur drei Tage lang ärztliche Sprechstunden mitmachen könnten, würden sie wahrscheinlich keinen Tropfen Alkohol mehr anrühren. Der Schaden, den der Alkohol gerade jetzt bei der mangelhaften Ernährung in der Arbeiterklasse anrichtet, ist fürchterlich. Ebenso müssen wir weitergehen im Kampfe gegen die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten. Weiter gilt es zu kämpfen gegen die drohende Hungerseuche in der Arbeiterklasse und besonders bei der proletarischen Jugend. Auch die Verteidigung des Achtstundentages ist eine wichtige Aufgabe der Volksgesundheitspflege. An die Spitze der Volksgesundheitspflege gehören sozial und demokratisch eingestellte Gesundheitsbeamte. Der nächste Parteitag sollte die Gesundheitsreform als besondere politische Aufgabe behandeln.

Biesler-Holsbüttel: Einer der Hauptgründe für die Parteimüdigkeit ist der, daß wir in der Kreis- und Gemeindepolitik unsere Aufgabe nicht erfüllt haben. Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete sind außerordentlich groß, und die Koalitionspolitik, namentlich die preussische, hat unsere Nöte nur vergrößert. Die Mittel zur Gesundheitspflege und Wohnungsreform werden uns genommen, und wir stehen in den Kreis- und Gemeindeverwaltungen mit gebundenen Händen da. Der Grund dieses Versagens ist die mangelhafte Organisation der Partei innerhalb der Kreisverbände. Jede Organisation in der Partei zur Erledigung dieser kommunalen Aufgabe fehlt. Unsere Partei ist überzentralisiert und wird dadurch blutleer. Wir müssen die Organisation durchgehend nach den politischen Bezirken neu einteilen und dabei die Erledigung der örtlichen Verwaltungsaufgaben in den Vordergrund rücken. Jeder einzelne muß das Gefühl haben, daß er mitbestimmend und mitverantwortlich im Kreis und im Bezirk ist. Wir müssen die in den Wahlvereinen schlummernden proletarischen Kräfte wecken, sie in die Verwaltung bringen und ihnen von der Partei die nötige Stütze geben. Aber wir haben im Parteivorstand noch nicht einmal einen Sekretär, der diese Aufgaben zusammenfaßt. — Durch das Gegeneinander in der preussisch-hamburgischen und thüringischen Frage wird die Parteibewegung schwer geschädigt. Einheitlichkeit ist die Voraussetzung unserer Schlagkraft. —

Stärkere Agitation auf dem Lande ist unmöglich, solange unsere Agitationsmethode darin besteht, fortwährend auf die Loszuschlagen, die wir gewinnen sollen. Zu den Arbeitern gehören auch die Kleinbauern, die vom Morgen bis zum Abend schassen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Dr. Wegscheider-Ziegler: Um die Frauenagitation und -organisation zu verbessern, müssen wir sie mit der politischen Tat viel enger verbinden als bisher. Die Agitation unter den Frauen muß, ihren Bedürfnissen entsprechend, eine produktive Agitation sein. Die Frauen fordern vor allem eine klare, feste Ernährungspolitik, z. B. im Sinne der Alkoholentzüge Sollmanns. Wir müssen eine Wohnungs-, Siedlungs- und Bodenpolitik treiben. Der zehnte Teil des deutschen Volkes ist wohnungslos. Es muß endlich ein Grundsteuergesetz geschaffen werden, das eine wirkliche Aufbarmachung des Bodenwertes bedeutet. Damit kämen wir auch am besten auf dem Lande vorwärts. Wir müssen auch die Frauen mehr als bisher für die Konsumvereine gewinnen. Diese müßten andererseits wirklich im Interesse der Frauen geleitet werden und dürften die Erzeugung alkoholfreier Getränke nicht den Brauereien überlassen, die sie absichtlich schlecht herstellen, um davon abzuschreden. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Otto Braun-Berlin: „Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“ Die Schwierigkeiten in der Groß-Hamburger Frage beruhen auf dem Elend der Kleinfaktorei, das leider bei der Schaffung der Weimarer Verfassung nicht überwunden worden ist. Aber sie lassen sich nicht in der Weise überwinden, wie es sich die Groß-Hamburger in ihrer Eigensie denken; und dadurch, daß man die einzelnen Kleinfaktoren vergrößert, kommen wir aus den Schwierigkeiten nicht heraus. Man darf die Grenzpfähle innerhalb Deutschlands nicht versetzen, sondern muß sie ausräumen. Man kann nicht bei der Beurteilung der Groß-Hamburger-Frage einmal sagen, man wolle den Parteistandpunkt ausschalten, und das andere Mal, man verlange einen Parteistandpunktbeschuß. Für die literarischen Arbeiten des preussischen Staatskommissars sind die sozialdemokratischen Mitglieder der preussischen Regierung nicht verantwortlich. Wir verantworten nur, was wir selbst erklärt haben. Was Hamburg zur Erweiterung seines Hafens braucht, um ihn leistungsfähig zu halten und konkurrenzfähig gegenüber Rotterdam und Antwerpen, ist ihm von Preußen zugesichert. Zum Austausch soll Hamburg anderes Land geben, nach dem Grundsatz: Hand wird nur von Hand gewaschen, wenn du nehmen willst, so gib! Das ist ein Hamburger Grundsatz, kein preussischer, aber ich akzeptiere ihn. (Heiterkeit.) Dafür aber liegt kein Reichsinteresse vor, daß Hamburg das ganze Altertal bekommt, weil die Hamburger dort gern spazieren gehen, und dazu eine große Siedlungs- und Industrieland. Industrie und Siedlung können ebensogut in Preußen betrieben werden. Der Wille der Bevölkerung Schleswig-Holsteins und Hannovers ist etwas anders als in Hamburg. Das ganze Problem Groß-Hamburg wäre am einfachsten zu lösen, wenn Hamburg preussisch würde. (Große Heiterkeit.) Der Gedanke ist aber zu vernünftig, als daß er in der Politik durchzusetzen wäre. Mit den kleinen Stadtstaaten muß jedenfalls möglichst rasch ausgeräumt werden. Ich begrüße den Antrag Böbe auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung dieser Materie. — Dem Genossen Estlin möchte ich erwidern, daß wir von den ersten Anfängen der Neugliederung des Reiches, den provinziellen Reichsratsvertretern, die fast durchgängig mit Bayern zusammenstimmten, einigermaßen genug haben. (Die Redezeit wird verlängert.) In Breslau habe ich als preussischer Ministerpräsident, und zwar als sozialdemokratischer Ministerpräsident gesprochen und kein Wort gesagt, was ein Sozialdemokrat nicht öffentlich aussprechen dürfte. Bei der ober-schlesischen Abstimmung hat die Frage: Organische oder unorganische Gliede-

rung? überhaupt keine Rolle gespielt. Die Abstimmung der Oberklasse war ein Bekenntnis zum neuen republikanisch-demokratischen Preußen, und in diesem Sinne dürfen wir gut preußisch allwege sein. Man darf nicht mit Argumenten aus der Dreiklassenwahlrechtszeit gegen das heutige Preußen operieren. (Lebhafter Beifall.) Im übrigen werden wir im nächsten Winter Wichtiges und Dringenderes zu betreiben haben als die Neugliederung des Reiches. Wie halten wir unser Volk aufrecht? Wie bauen wir unsere zusammengebrochene Wirtschaft wieder auf? (Sehr wahr!) Unsere Parteigenossen, die das Unglück haben, in den Regierungen zu sitzen, leisten unter den schwierigsten Verhältnissen als Minderheit immerhin eine ganze Menge. (Lebhafter Beifall.)

Frau Rudolf-Offenbach: Die Parteiversammlungen auf dem Lande sind durchweg sehr schlecht besucht. Durch die Schläue unserer Gegner ist das Wort Sozialdemokratie zu einem Gift geworden. In solchen Gegenden muß man nicht Agitationsreden halten, sondern durch Elternabende oder auf ähnlichem Wege zunächst die Vorurteile zerstreuen. Die christlichen Organisationen vereinigen die Frauen zu geselligen Abenden. Wir müssen die Frauenabende freundlicher gestalten, singen usw., dann werden wir mehr Parteimitglieder gewinnen als durch die starre Art der Agitation, an der wir bisher festgehalten haben. (Bravo!)

Leutert-Hamburg: Unter dem Regime Braun und Severing sind unsere preußischen Genossen gute Patrioten geworden. Aber trotzdem bleibt es richtig, daß Hamburg am Hafen kein Siedlungsgelände hat und auch sonst gefährlich eingeschränkt ist. In einem Bundesstaat darf nicht ein Land eine übermäßige Vormacht haben. (Sehr richtig!) Wir kleben nicht an der hamburgischen Selbstständigkeit und wollen gern deutsche Provinz werden. Aber so rasch wird das nicht gehen. Die Neugliederung ist nicht nur bei Hamburg notwendig, sondern auch in anderen Teilen des Reiches. Die Einheitsrepublik kann nur kommen auf dem Wege einer organischen Neugliederung. Darum muß sich die Sozialdemokratie endlich über die Durchführung dieser Neugliederung klar werden. (Beifall.)

Wimmer-München: Wir haben heute eine Verteuerung der Lebensmittel um das Hundertsache, der sonstigen Bedarfsgegenstände um das Zweihundertfache, während Löhne und Gehälter günstigenfalls auf das Fünfzig- bis Sechzigfache gestiegen sind. Eine einheitliche Gegenaktion gegen die furchtbare Teuerung wäre uns politisch sehr zu gute gekommen. — Redner empfiehlt einheitliche Regelung der Bezüge der Parteisekretäre und Einführung von Monatsmarken.

Schölich-Breslau: Mit der Groß-Hamburg-Frage sollte man nicht die Partei belasten. Für uns darf nur die Einheit des Reiches Zielpunkt sein. Die einzusetzende Kommission kann hoffentlich die Frage sachlich beantworten. Genosse Bießer hat wieder einmal eine Attacke gegen die Koalitionspolitik in Preußen geritten, aber nicht gesagt, was an die Stelle der Koalitionspolitik treten solle. Nicht die Deutsche Volkspartei hat die Grundsteuer verschleppt, sondern das Zentrum. — Die Partei braucht bedeutend höhere Beiträge, denn die Kassen der Bezirke sind leer. Die Parteigenossen müssen für Organisation und Presse größere Opfer bringen. — Der Kampf um die Lebensmittelpreise treibt auch die kleinen Landwirte ins Lager unserer Gegner. Trotzdem hätte Genosse Sollmann seine unbedachten Worte nicht sprechen sollen. (Sehr wahr!) In den Städten macht man uns dafür verantwortlich, daß die Preise teuer und die Waren schlecht sind, und auf dem Lande tragen wir die Schuld, daß die Getreidepreise nicht höher sind. Zum Glück gibt es auch verständigere Menschen. So habe ich von einem Staatsanwalt einen Brief bekommen, daß er angesichts der steigenden Teuerung und Not der ärmsten Volksklassen, angesichts der maß-

losen Geldgier und erbarmungslosen Rücksichtslosigkeit der besitzenden Klassen den Anschluß an die Sozialdemokratie als Herzensache vollzieht. Er sei gern bereit, seine Erfahrungen und Kenntnisse in den Dienst der Partei zu stellen. (Beifall.)

Hoch-Hanau lenkt die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die Unterstützung der „Neuen Zeit“. Ich will nicht über den Inhalt einzelner Artikel urteilen, denn der Parteitag wäre zu einem Urteil kaum berufen. (Zuruf: Wer denn?) Wer die „Neue Zeit“ liest, und leider sind jetzt auf dem Parteitag viele, die es nicht mehr tun, und doch wäre es nie notwendiger gewesen als gerade jetzt. Wir sind vor ganz neue Verhältnisse gestellt, und alle unsere Forderungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete sind über den Haufen geworfen. Da brauchen wir ein Blatt, das die Vorgänge vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus wertet, nicht an alten Formeln von vor 1914 klebt, aber auch nicht alles vergißt, was wir vor 1914 vertreten haben. Es fehlt in der Partei wissenschaftliches Streben. Viele haben Stolz die alten Schlagworte beiseite geworfen und plappern statt dessen gedankenlos dumme Redensarten aus der Stimmesprelle nach. (Lebhafte Zustimmung.) Als Genosse Robert Schmidt den Gedanken der Erfassung der Sachwerte ausarbeitete, hatte er eine Großtat vollbracht, für die die Partei ihm zu großem Danke verpflichtet ist. Wir sind im Kampfe um die Sachwerte gerade deshalb unterlegen, weil ihre Erfassung kein Schlagwort ist, sondern tief in die kapitalistischen Verhältnisse eingreift. Auch die Ausführungen von Sollmann waren mißverständlich. Gewiß muß mehr produziert werden, aber nicht, um neue ungeheure Profite in die Hand eines Kapitalisten zu bringen und die Macht der Kapitalisten zum Schaden des Volkes ins Ungeheure zu steigern. Wir müssen mit vereinigter Kraft unsere wissenschaftliche Zeitschrift besser ausgestatten und besser verbreiten.

Dr. Großhahn-Berlin: Der entscheidende Kampf um die Demokratisierung wird in Preußen ausgefochten. Nun gibt es leider Königreiche auch ohne Könige. Nur eine echt demokratische Verwaltungsreform nach dem Vorbild der Schweiz könnte verhindern, daß Preußen unter der Maske der Republik ein Obrigkeitstaat bleibt. Wir haben auch Studenten sozialistischer und demokratischer Gesinnung, und es wäre ein bedauerlicher Irrtum, wollten wir alle Professoren und Studenten in einen reaktionären Topf werfen. (Sehr wahr!) Diese linksstehende akademische Jugend müßte nach abgeschlossenem Studium vielmehr in die Verwaltung hineingebracht werden. Die beste Möglichkeit dazu bietet die preußische Verwaltungsreform, wenn sie in der Weise durchgeführt wird, daß in Zukunft nicht ein geheimnisvoller, allmächtiger, aber keineswegs allwissender Geist, der Personalreferent im Ministerium, die Anstellungen macht, sondern die Selbstverwaltungskörper die Beamten selbst wählen. In den städtischen Verwaltungen ist das seit langer Zeit der Fall, und da haben wir ganz anders mitzusprechen als in der staatlichen Verwaltung. Bringt die preußische Verwaltungsreform diese Maßnahme, die vom demokratischen Standpunkt selbstverständlich ist? Ich fürchte nein, denn mit den Gesehtwürfen zur preußischen Verwaltungsreform wird eine außerordentliche Geheimnisträumerei getrieben. Ich habe verschiedentlich versucht, das Ohr an das Schlüsselloch des Ministeriums des Innern zu legen, habe aber nichts erfahren können, und deshalb bringe ich meine Befürchtungen vor das Ohr des Parteitages und beschwöre die Partei, die preußischen Verwaltungsgeetze nicht gleichgültig und interesselos aufzunehmen. Der Parteivorstand und alle Parteinstanzen müssen diese Verwaltungsreform als Lebensfrage der Demokratie im Reiche, als Reichsfrage und Parteifrage ansehen. (Vielfaches Bravo!)

Die Weiterverhandlungen werden auf Dienstag vormittag vertagt.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 19. September 1922, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender Weis teilt mit, daß nachträglich Genosse Gentner als Delegierter eingetroffen ist.

Der Parteitag erklärt das Mandat für gültig.

In der fortgesetzten Debatte über den Bericht des Parteivorstandes und der Kontrollkommission erhält das Wort

Egger-Dresden: Die Einsetzung eines volkswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Ausschusses würde den Genossen in den verschiedensten Körperschaften ihre Arbeit sehr erleichtern. Im neuen Organisationsstatut müssen wir uns gegen einen Mißbrauch des Mitgliedsbuches schützen. Die Pensionstasse der Partei sollte mit den anderen Pensionstassen der in der Arbeiterbewegung tätigen Personen vereinigt werden.

Minna Bollmann-Halberstadt: Für die Belegung der Frauenbewegung und die Erlebigung der Wohlfahrtsfragen sollten wir möglichst in allen Bezirken Frauensekretärinnen anstellen, denn die Genossinnen aus dem Berufsleben oder der Ehe haben für die Aufklärungsarbeit nicht die nötige Zeit. Je schwerer die Not es uns macht, den Frauen auf den Gebieten der Ernährungs- und Wohnungspolitik zu geben, was sie mit Recht verlangen, um so mehr müssen wir sie wenigstens aufklären über das, was wir trotz aller Schwierigkeiten geleistet haben. (Beifall.)

Robert Schmidt-Berlin: Ich erhebe entschieden Einspruch dagegen, daß Genosse Knaack wichtige Parteaufgaben wie Sozialisierung und Erfassung der Sachwerte als Schlagworte abtun will. (Sehr richtig!) Schlagworte sind es nur für diejenigen, die keinen tieferen Einblick in das Wirtschaftsleben und die Grundzüge des Sozialismus haben. (Sehr wahr!) Sozialisierung ist die Beseitigung des kapitalistischen Systems, der privatkapitalistischen Aneignung. Das ist unverlierbarer Teil unseres Wesens. Wollten wir uns mit der politischen Demokratie allein begnügen, dann bräuchten wir nicht Sozialdemokraten zu sein. (Lebhafte Zustimmung.) Natürlich können wir die Enteignung in der gegenwärtigen Zeit nicht durchführen, aber unser Ziel bleibt deshalb unverrückt. Gerade das kapitalistische System ist der Grundquell aller wirtschaftlichen Uebelstände der Zeit. (Sehr gut!) Wir können es nicht überwinden, ehe nicht die politischen Machtverhältnisse es uns ermöglichen und eine Reihe wirtschaftlicher Voraussetzungen erfüllt ist. Aber die marxistische Auffassung, daß wir aus dem gegenwärtigen kapitalistischen System in eine Produktion zum Nutzen der Allgemeinheit hinüberkommen müssen, ist und bleibt unerschütterlich, denn wenn wir das nicht als Zukunftsaufgabe ansehen, könnten wir mit unserer ganzen sozialistischen Auffassung einpacken.

Die Erfassung der Sachwerte ist ein vermittelnder Schritt zum Sozialismus. Die Sachwerte sind durch die Entwertung des deutschen Geldes nicht mitentwertet worden, und der Staat stünde anders da, wenn er sich vielleicht schon unmittelbar nach der Revolution einen Anteil an den Produktionsmitteln gesichert hätte. (Sehr wahr!) Die industriellen Unternehmungen haben sich in den letzten Jahren zu großen Konzernen und ungeheurer wirtschaftlicher und politischer Macht entwickelt. Deshalb halte ich die Forderung, die die sozialdemokratische Fraktion nach sehr eingehender Prüfung der Sachlage erhoben hat, für durchaus begründet. (Sehr wahr!) Die Ueberführung eines Teiles des Sachbesitzes auf die Allgemeinheit hätte die Produktion in keiner Weise gestört oder gehemmt. Auch mit den phantastischen Ideen der russischen Kommunisten hat sie nicht das geringste zu tun. Wir bleiben durchaus auf dem sachlichen Boden.

Wir dürfen auch unsere Stellung zum Bauernstande nicht so auffassen wie Sollmann. (Sehr richtig!) Alle Achtung vor den Interessen einer großen Berufsgruppe, aber wenn man glaubt, eine Schicht, die heute dem Landbunde nachläuft, dadurch gewinnen zu können, daß man ihre Forderungen zu einem guten Teile für berechtigt erklärt, so teilt die Partei allgemein diese Auffassung nicht. (Sehr wahr!) Wir haben der Landwirtschaft reichlich viel gegeben. (Sehr richtig!) Die volle Wirkung der Marktentwertung spürt die Landwirtschaft nicht, ein großer Teil ihrer Produktionskosten ist recht gering geblieben. Ich verweise z. B. auf den Hypothekenmarkt. Auch hat der Landwirt für den eigenen Haushalt nicht die großen Kosten, die andere aufwenden müssen. (Zustimmung.) Gerade beim Landwirt sehen wir heute einen Ueberfluß an Geld und Besitztum wie kaum in einer anderen Schicht, und da sollten wir nicht von der Landwirtschaft verlangen, daß sie sich wenigstens einigermaßen Beschränkung auferlegt, wie das die Arbeiter in viel höherem Maße tun müssen? (Sehr wahr!) Das braucht uns keineswegs zu hindern, uns der Interessen der Landarbeiter mit allem Nachdruck anzunehmen. Wenn wir, auch die Siedlungsfrage tätig angreifen, brauchen wir um die Werbekraft der sozialistischen Ideen auch auf dem Lande nicht besorgt zu sein. (Beifall.)

Kronold-Hannover bittet um Annahme des Antrages auf Einsetzung einer wirtschaftspolitischen Kommission. Die Sozialdemokratie hat zwar ein theoretisches marxistisches Programm und eine gewisse politische Praxis, aber es fehlt ihr gegenwärtig eine eigentliche Wirtschaftspolitik. Was wollen wir an Stelle der freien Wirtschaft setzen? Nicht nur unsere politische, sondern auch unsere gedankliche Schwäche hat uns den Kampf gegen die freie Wirtschaft erschwert. In der Genossenschaftsbewegung glaubt man vielfach mit Inbrunst an sie, während andere Genossen von Planwirtschaft, wieder andere von Erfassung der Sachwerte, wieder andere von der Kommunalisierung erhoffen, daß sie uns einen praktischen Weg zur Sozialisierung weist. Statt daß diese verschiedenen Strömungen zu einer einheitlichen, werbekräftigen Aktion zusammengefaßt würden, setzen sie sich gegenwärtig untereinander matt. Selbst dem Stinnes-Luberjag-Abkommen haben wir kein Programm entgegengesetzt, das zeigt, wie es besser gemacht werden sollte. Ueber dieses Fehlen klarer wirtschaftspolitischer Erkenntnisse muß die Partei endlich hinauskommen.

In den Streit zwischen Preußen und Hamburg will ich mich nicht einmischen. Die Bremer könnten über die Schädlichkeit der einseitigen Konzentrierung des überseeischen Verkehrs in Hamburg einiges sehr beachtliche Wirtschaftstechnische sagen. Preußens Aufteilung würde heute nur der Reaktion des bayerischen Südens zugute kommen. Preußens Fortbestand ist zum Schutze der Republik notwendig. Preußens Verschwinden würde die Reichspolitik der bayerischen Ordnungszelle ausliefern. Preußen darf keinen Deut von seinen Rechten aufgeben, solange nicht Bayern genau die gleichen Rechte aufgibt. Die Erhaltung des oberbayerischen Restkumpfes bei Preußen ist leider erkaufte durch die Auslieferung der Kulturpolitik an den oberbayerischen Klerus. Der Himmel möge uns davor behüten, daß sich die oberbayerische Autonomie auf ganz Preußen ausdehnt. Die Auslieferung der Oberpräsidien, der Provinzialschulkollegien und der inneren Kolonisation an die zum Teil dauernd reaktionären Provinziallandtage würde die republikanische Sicherheit Preußens und des Reiches zwar nicht zerbrechen, aber Stüt für Stüt mit einem geschickt geführten Anatomen-Stalpell wegsäbeln. (Lebhafte Zustimmung.)

Fellisch-Dresden: Die Ausführungen Sollmanns können von der Sozialdemokratischen Partei als solcher nicht unwidersprochen bleiben. Sollmann hat sich völlig auf den Boden der Warenökonomie gestellt und ganz vergessen, daß wir Sozialdemokraten Menschenökonomie treiben müssen. Seine Ausführungen

gaben wörtlich wieder, was am Sonnabend im Zwanzigerauschuß für die Erhöhung der Getreidepreise von den Bürgerlichen ins Feld geführt worden ist. (Sehr wahr! und Widerspruch.) Dort haben wir sozialdemokratischen Arbeitervertreter in sechsstündigem heißen Kampf gegen diesen neuen Wucher gerungen, und zwei Tage später rechtfertigt vor dem Parteitag ein Genosse die Agrarier fast mit ihren Worten. (Hört, hört! und Widerspruch.) Das Einkommen der Beamten und Angestellten von Staat und Reich beträgt noch nicht 45 Proz. des Friedenseinkommens. Wie kann irgendein Landwirt die gleiche Verelendung von sich behaupten? Keinem Bauerngut ginge es so gut wie gegenwärtig, wenn der Krieg nicht gewesen wäre, aber auch kein Konsument wäre so heruntergekommen, wenn wir den Krieg nicht gehabt hätten. Die Agrarier besorgen ihre Geschäfte so rücksichtslos und brutal, daß man ihnen von Arbeiterseite nicht noch beizuspringen braucht, lieber sollten wir sie uns im Kampfe für die Interessen der Arbeiterklasse zum Vorbild nehmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Auf politischem Gebiete hat uns Solmann demonstrativ an unsere nationale Pflicht als Deutsche erinnert. Ohne echtes nationales Empfinden ist eine sozialdemokratische Partei gar nicht zu denken; es stellt einen ungemein wichtigen Wesensbestandteil der Partei dar. Aber die Form der Solmannschen Ausführungen begründet den Verdacht, daß er einem überpannten Nationalismus zuneigt, von dem wir in Deutschland schon genug haben. (Zustimmung und Widerspruch.) Ich habe Verständnis für die Empfindungen der Genossen im besetzten Gebiet. Ich bin alles, nur kein Antideutscher. Aber wir sollten nicht ungewollt und unbewußt eine nationalistische Bewegung fördern, die uns sehr unangenehm werden kann. (Zuruf: Sie fördern diese Bewegung!)

Dringend notwendig erscheint mir ein Wirtschaftsausschuß der Partei. Es fehlt an der nötigen Einheitlichkeit im Vorgehen der verschiedenen Kolonnen der Arbeiterbewegung auf wirtschaftlichem Gebiet, und es fehlt an Klarheit und Festigkeit. Es gibt genug Gebiete, wo wir wichtige Stufen oder Vorstufen der Sozialisierung betreten könnten. So sollten wir z. B. so rasch wie möglich die Düngemittel in den Besitz oder unter die Kontrolle des Reiches bringen. Der Kapitalmangel der Industrie und Landwirtschaft rührt lediglich daher, daß sie in spekulativer Absicht die notwendigen flüssigen Gelder in Rohstoffen und Düngemitteln angelegt haben. Darum muß jetzt trotz Auftragsüberhäufung die Produktion eingeschränkt werden. Wenn die Industrie unter Aufsicht des Reiches gezwungen würde, die nötigen Reserven an flüssigem Kapital zu halten, brauchte das Proletariat nicht dauernd der leidende Teil zu sein. (Lebhafte Beifall.)

Grösch-Dresden: Die Partei hat nicht mit der nötigen Energie gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft gekämpft und hat ihre Wiedereinführung nicht mit dem nötigen Nachdruck vertreten. Da es aber hier um Leben und Sterben des Volkes geht, dürfen wir auch einem schweren Kampfe nicht ausweichen. Die Sozialisierung ist kein Schlagwort, sondern eine reale Forderung. Die Partei hat aber in dieser Frage einen bösen Ciertanz aufgeführt. So ist z. B. in der Fraktion die Frage der Sozialisierung des Bergbaues noch durchaus strittig, so fehlen uns für alle möglichen Fragen wirtschaftliche Sachausschüsse, die der Partei helfen, so den Kernproblemen klar Stellung zu nehmen. Unsere Partei ist gegenwärtig in Wirtschaftsfragen ein Spiegelbild des wirtschaftlichen Chaos und kein schönes Spiegelbild.

Frau Rabfe-Warmuth tritt für die allgemeine Verbreitung der „Gleichheit“ als bestes Mittel der Frauenagitation ein. Das „Kinderland“ dürfe der „Gleichheit“ nicht genommen werden.

Frau Zundel-Reutlingen beklagt das Fehlen von Frauensekretariaten in Württemberg und anderen Bezirken. Die Partei müsse die Mittel aufbringen,

um Aufklärung unter die Frauen zu bringen. Auch die bürgerlichen Frauen litten Not und seien nur durch Erziehung, Unterricht und Verhegung antisozial eingestellt. Von den Volksschulkindern seien drei Viertel unterernährt. In dieser Lage seien die Schulspeisungen ebenso notwendig wie wichtig. Hoffentlich kommen durch den Einfluß der deutsch-amerikanischen Frauen und der Quäker auch das offizielle Amerika dazu, Deutschland die Grundlage zu geben, daß es durch unsere Arbeitskraft seine Wirtschaft wieder aufbauen kann. (Lebhafte Beifall.)

Hefler-Nachen: Unser Bezirk schneidet nur deshalb finanziell so schlecht ab, weil seine weite Ausdehnung ungeheure Kosten verursacht. Wir erheben außergewöhnlich hohe Beiträge und müssen doch unsern Agitationsapparat abbauen. Auch unsere Parteipresse leidet schwer. Die Zwangswirtschaft für Papier ist eine Notwendigkeit zur Erhaltung der Parteipresse.

Frau Haule-Oberschlesien: Die arbeitenden Frauen können wir nur mit Hilfe der Gewerkschaften für die Partei gewinnen. Auch die Gewerkschaften hätten das dringendste Interesse, durch Organisierung der Arbeiterinnen die Frauen nicht nur über Tarif- und Lohnfragen zu unterrichten, sondern sie aus dem Materialismus herauszuführen und ihnen den idealen Gehalt des Sozialismus beizubringen. Das bedingt aber auch, daß unsere Parteigenossen und Gewerkschafter eine andere Stellung gegenüber der Frau einnehmen als bisher. Es ist ein Umding, den Sozialismus nur durch die Männer verwirklichen zu wollen. (Sehr richtig!) Wenn die Männer ihr Geld statt für Alkohol für unsere Kinder anwenden, würden wir die Frauen leichter überzeugen, daß der Sozialismus etwas Ideales ist. — Wir in Oberschlesien haben während der zweieinhalb Jahre Besatzung die Organisationsarbeit nicht in der notwendigen Weise durchführen können. Wir müssen erst jetzt wieder anfangen, und da wir am 19. November unsere Wahlen haben, bitte ich Sie um reichliche Hilfe. Der Wetterwinkel Oberschlesien ist wichtig für die Gesamtpartei, aber auch für den Bestand der Republik. (Beifall.)

Kieß-Dena: Die letzten thüringischen Kommunalwahlen sind kein Thermometer für die Stimmung in Thüringen und für die Situation in Mitteldeutschland; aber soweit eine Zunahme der Bürgerlichen erfolgt ist, ist sie zurückzuführen auf die außerordentliche Verschärfung der Klassenkämpfe. In Thüringen hatten wir die schweren Auseinandersetzungen mit der KPD, die damals noch vollendete KPD war, schon seit den Tagen der Weimarer Nationalversammlung. Es ist wichtig, wenn auch für einen bewußten Proletarier bitter, festzustellen, daß die kommunistischen Stimmen einen gewaltigen Rückgang zu verzeichnen haben, daß in Gotha, wo einmal tageweise die Räterepublik geherrscht hat, die Sache des Proletariats überaus schlecht, die Sache der Reaktionen überaus günstig steht. (Hört, hört!) Durch die Arbeit der thüringischen Regierung für das Proletariat hat sich jetzt der Gegensatz zum Bürgertum aufs äußerste zugespitzt. Aber trotz vereinzelter Mißerfolge bleibt Thüringen für die deutsche Republik ein großer Stützpunkt. Wir haben die Nester von sieben Junkern ausgehoben, und eine Restauration wird in Thüringen unmöglich sein. Was die preussischen Genossen hier als Wünsche vorgetragen haben, haben wir meist schon durchgeführt, so die Wohlfahrtspflege über das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz hinaus, so die Einheitsschule, die Neuordnung der Lehrerbildung, die Schulung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, die Revision des Landessteuergesetzes usw. Thüringen gegenüber brauchen die preussischen Genossen jedenfalls keine Besürchtungen zu haben. (Beifall.)

Severing: Ich will weder einen preussisch-thüringischen Krieg entfesseln, noch den preussisch-hamburgischen Krieg fortsetzen. (Heiterkeit.) Die Umdenungen in der Polizeiorganisation bei Hamburg waren jedenfalls nicht, wie

Berner behauptete, ein Ausfluß vom preußischen Partikularismus, sondern eine einfache Folge des Notenwechsels des Reiches mit der interalliierten Militärkommission. Ich wollte aber vornehmlich dem Genossen Großhahn antworten. Er hat gestern gesagt, er habe einmal an der Tür des Ministeriums des Innern am Schlüsselloch gehorcht (große Heiterkeit und hört, hört!), habe aber über die Pläne des preußischen Innenministers nichts in Erfahrung bringen können. Offenbar hat er vergessen, daß ich ihm selbst gesagt habe, daß ich es für einen sehr großen Fehler halten würde, die politischen Beamten der Kreise zu kommunalisieren. (Sehr richtig!) Eine allzu weitgehende Erweiterung der Selbstverwaltung der Kreise liegt nicht im Interesse der Republik. (Sehr wahr!) Wie sollen wir in Ostpreußen und Pommern die Republik ausbauen, wenn der Landrat kommunalisiert wird? Wie weit die Selbstverwaltung auszudehnen ist, kann man nur an der Hand von Tatsachen und nicht an der von falschen Prinzipien entscheiden.

Auch die Breslauer Anträge zur Schutzpolizei sind nicht gut überlegt. Bei der Finanznot der Einzelstaaten und des Reiches werden wir nicht dauernd 150 000 Mann Polizei halten können. (Sehr wahr!) Deshalb können wir nicht alle Polizeibeamten als Beamte anstellen. Auch im Interesse der Republik können nicht alle Schutzpolizeibeamten fest angestellt werden, denn dann hört jede Möglichkeit zur Säuberung der Schutzpolizei auf. Es hat keinen Zweck, daß wir uns heute in einer Frage, die so vollständig im Flusse ist, festlegen. Im übrigen bin ich der Meinung, daß alle Parteigenossen über die Demokratisierung der Verwaltung und über den Ausbau der Republik weniger reden und mehr im Rahmen des Möglichen handeln sollten. (Lebhafter Beifall.)

Hellmann-Hamburg: Eine stetig wachsende Teilnahme der Arbeiterschaft an der Neugestaltung unseres gesamten Schulwesens und die Mitarbeit der Elternschaft daran ist eine unerläßliche Vorbedingung für den Bestand der Republik und den Ausbau des Volksstaates. In diese Richtung weisen die Resolution 319 und der Antrag 191 zu 2 und 3. In inniger Wechselwirkung mit den wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Sozialismus müssen auch die geistigen und seelischen Vorbedingungen für den Sozialismus erst noch geschaffen werden. Die Einheitschule mit neuem Geist zu durchdringen, ist keine Schulmeisterfrage, sondern eine Frage des ganzen schaffenden Volkes. (Sehr wahr!) Wir haben die Bedeutung der geistigen Macht zur Erreichung unserer großen Ziele unterschätzt. Wir müssen eine viel regere Beteiligung der Arbeitereltern am Schulkampf herbeiführen, dann wären solche bedauerlichen, beschämenden und tieftraurigen Resultate nicht möglich, wie sie jetzt vielfach selbst in den Hochburgen der Sozialdemokratie bei Elternratswahlen eingetreten sind. Nur durch die rege Teilnahme der Millionen wird es gelingen, über die Misere der heutigen Schulpolitik hinauszukommen. Bereits das Weimarer Schulkompromiß war eine Erlärmung des großen revolutionären Aufschwunges. Es stellt die beiden widerstrebenden Welten der Kirche und des Zentrums einerseits und des Proletariats andererseits nebeneinander, ohne sie zu vereinigen. Man kann dieses Schulkompromiß weder rechtfertigen noch verteidigen, geschweige denn loben. Der Entwurf des Reichsschulgesetzes war schon als Entwurf noch schlechter als das Schulkompromiß, und bei den Machtverhältnissen im Reichstage wird das angenommene Gesetz wahrscheinlich noch viel schlechter werden, es sei denn, daß sich ihm eine große Volksbewegung entgegenstellt. Wir müssen den Massen die Augen öffnen für unser Ideal der weltlich-sozialistischen Schule. Dazu müssen die parteigenössischen Lehrer und ihre Arbeitsgemeinschaft in immer engerer Fühlung mit der sozialdemokratischen Arbeiter- und Elternschaft gebracht werden. Nur dann werden die großen Fragen der Lehrerbildung und -versorgung der Junglehrer ernsthaft gefördert werden; nur dann können wir

hoffen, die ganze fortschrittliche und interkonfessionell gerichtete Lehrerschaft von dem Terror zu erlösen, den heute die wieder erstarkte Kirchengewalt auf sie ausübt. Wer heute seine Unterschrift unter die konfessionellen Schulforderungen verweigert, ist als Lehrer tausend Verfolgungen ausgesetzt. Dieser wortlose Kampf geht unterirdisch durch ganz Deutschland. Es ist höchste Zeit, in das dicke Urwaldgebüsch der Schulreaktion große Schwestern zum Sonnenland der neuen Erziehung zu schlagen. Als Anfang einer neuen Epoche der sozialdemokratischen Schulpolitik bitten wir Sie, die gestellten Anträge anzunehmen. (Beifall.)

Scheiblich-Pforzheim: Auch im Süden der deutschen Republik ist eine Neugliederung notwendig: die Vereinigung Badens und Württembergs. Weder die Badener noch die Württemberger sind ein in sich abgeschlossener Volksstamm. Die Länder sind durch Heirat, Kauf und Kriegsglück zusammengekommen und schließlich von Napoleons Gnaden in ihre heutigen Grenzen gepreßt. Die Revolution hat leider die Länder weder nach politischen noch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten neu gegliedert. Die Vereinigung von Baden und Württemberg ist eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit. Die gesonderte staatliche Verwaltung verschlingt geradezu gewaltige Summen. Schon ein Blick auf die Landkarte zeigt, wie sie geradezu nach Vereinigung der Länder schreit. Verkehrs- und Ernährungspolitik ließen sich in einem einheitlichen Groß-Schwaben viel leichter ordnen, die Kanalisierung des Neckars könnte tatkräftiger gefördert werden. Leider sind in Baden und besonders in Karlsruhe jetzt Kräfte am Werke, die sich aus kirchenspölitischen Gesichtspunkten der Vereinigung entgegenstellen. Von dem Antrage auf Einsetzung einer Kommission auf Neugliederung des Reiches erhoffen wir, daß er auch dem Zusammenschluß Badens und Württembergs einen neuen Impuls geben wird. (Beifall.)

Bernstein-Berlin: Der Kampf zwischen Zentralismus und Selbstverwaltung ist als Streitfrage in fast jeder Revolution aufgetaucht. Für uns hat, glaube ich, Severing gesagt, was die Notwendigkeiten der Republik gebieten. — Das Wort von der Steigerung der Produktion kann gefährlich werden, aber man darf andererseits den berechtigten Kern nicht übersehen. Aus Stinnes sollte man keinen Rinderschreck machen, wie die Parteipresse manchmal tut. Seinen großen Einfluß und die große Gefahr dieses neuen Feudaladels übersehe ich nicht, und es ist eine ernste Frage, wie die Republik die Macht der Kapitalmagnaten einschränken oder ihrer Kontrolle unterwerfen kann. Aber wer Stinnes einmal im Reichstagsauschuß gehört hat, ist von dem Glauben vollständig kuriert, daß er als Politiker irgendwie hervorragend sei. Er dürfte auch wohl in der Volkspartei mehr Objekt als Subjekt sein. Die Produktion muß gesteigert werden, und man kann damit nicht warten, bis das Unternehmertum abgelöst ist. Die Arbeiterklasse muß sich freimachen von bestimmten Schlagworten, die ihr wirtschaftliches Denken und ihr soziales Empfinden in primitive Bahnen lenken. Wir können heute unmöglich allein den Marg des ersten Bandes des „Kapitals“ zur Grundlage unserer Politik nehmen, wir können heute unmöglich das Erfurter Programm wieder ins Leben rufen. Dazu hat sich das Wirtschaftsleben und die soziale Gliederung des Volkes seitdem zu stark und auch zu abweichend von der damals angenommenen Richtung entwickelt.

Die Sozialisierung kann nur dem als Schlagwort erscheinen, der sie sich zu einfach vorstellt. Man kann wohl bestimmte Gewerbezweige verstaatlichen oder kommunalisieren, aber Sozialisierung im ganzen ist eine Summe von Maßnahmen, die von den verschiedensten Seiten her schrittweise die Macht des Kapitals gegenüber den Arbeitern und der Gesellschaft einengen. Diese Einengung vollzieht sich durch neue Gesetze, durch Organisationen, durch Ge-

nossenschaften usw. Vor Illusion und Pessimismus schützt am besten, daß man sich von vornherein die Größe der Aufgabe klarmacht. Je mehr wir die Erkenntnis der Wirklichkeit verbreiten, desto sicherer werden wir auch den kommunistischen Ideologen eine wirksame Gegentrast entgegensetzen. Die Diskrepanz zwischen Wort und Tat muß nach Möglichkeit vermindert werden. (Sehr richtig!) Wir sind die eigentliche Partei der deutschen Republik. (Sehr richtig!) Aber wie schon vor 20 Jahren treiben wir zwar die richtige Politik, gebrauchen aber noch manche falschen ererbten Schlagworte. Beseitigen wir sie, dann überwinden wir die seelische Schlappheit und bekommen wieder mehr Begeisterung in die Bewegung. Wir können ein bißchen weniger Schimpfen vertragen, aber wir brauchen dafür um so mehr Begeisterung in uns selbst und in den Massen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußentwurf wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Sollmann-Köln: Meine gestrige Rede hat hier und draußen mehr Aufsehen erregt, als meiner Bescheidenheit lieb ist. Ich habe nicht den Wucher in bäuerlichen Kreisen verteidigt und gar die Vervielfachung des Getreidepreises für berechtigt erklärt; ich habe nur vor dem pharisäischen Moralisieren und Schimpfen auf die Bauern gewarnt. — Von dem, was ich über unser Deutschtum im Kampfe gegen den Ententeimperialismus gesagt habe, nehme ich kein Wort zurück. Das Deutsche Reich ist verloren, wenn nicht ein deutscher Wille auch in den deutschen Arbeitern lebt.

Knaack-Hamburg: Ich habe von Sozialisierung, Erfassung der Sachwerte und Demokratisierung nur insofern als von Schlagworten gesprochen, als ich ausführte, daß sie dazu werden können, wenn man sich der Schwierigkeiten ihrer praktischen Erreichung nicht bewußt ist. Darum haben der Sozialisierung am meisten die Geschädigten, die am weitesten links stehen und daraus ein Schlagwort gemacht haben.

Das Schlußwort erhält

Berichterstatter Bartels. Er bittet, in Zukunft die Zahl der Anträge zum Parteitag, von denen doch nur eine geringe Anzahl überhaupt genügende Unterstützung fände, möglichst einzuschränken. Eine Erweiterung der Unterstützungskasse käme gegenwärtig nicht in Frage. Ein generelles Verbot von Doppelmandaten durch die Gesamtpartei erscheine nicht erwünscht. Ungerechte Vorwürfe gegen die „Neue Zeit“, die in einigen Anträgen enthalten seien, müßten zurückgewiesen werden. Hingegen könne man den Antrag annehmen, der den weiteren Ausbau der „Neuen Zeit“ fordert, ebenso die Anträge, die vernünftige Wünsche auf Ausbau der Parteipresse und der Parteimagazine äußerten. Die Anträge zur Organisation würden am besten der in Nürnberg einzusetzenden Organisationskommission überwiesen. Ein allgemeines Verbot der Mitgliedschaft in Kriegervereinen müsse abgelehnt werden.

Die Äußerungen des Genossen Broßwig könnten den Eindruck erwecken, als wenn irgend jemand den Rückgang in der Organisation leicht nähme. Das sei beim Parteivorstand gewiß nicht der Fall. Richtig mag sein, daß wir in der gegenwärtigen Zeit allzu stark mit Alltagsorgen belastet sind und daß infolgedessen in manchen Kreisen der wünschenswerte Schwung nicht vorhanden ist. — Der bedauerliche Abbau des Verwaltungsapparates infolge der finanziellen Not müsse ausgeglichen werden durch vermehrte Arbeitsleistung freiwilliger Helfer. Im übrigen müsse der Mindestbeitrag eben wirklich nur Mindestbeitrag sein, und alle leistungsfähigen Bezirke müßten möglichst rasch und weit darüber hinausgehen. Besser und schlechter besoldete Angestellte in der Partei gäbe es nicht, alle seien sehr mäßig bezahlt. Aber der prozentuale Abstand zwischen den hohen und den niedrigen Gehältern sei immer geringer geworden. Die

Mitglieder des Parteivorstandes bezögen Gehälter, die ihren Leistungen und Fähigkeiten durchaus nicht entsprächen, so daß sie wirklich ein Opfer für die Partei brächten. — Soweit die Bezirke den dringenden Wunsch hätten, könnten sie die Wochenmarken vierwöchentlich kassieren. Daneben besondere Monatsmarken einzuführen, erscheine unzweckmäßig. Die „Neue Zeit“ werde unter öllen Umständen aufrechterhalten. Für ihre weitere Verbreitung müsse mit äußerster Kraft gearbeitet werden. Auf die Vermehrung der Zahl der Frauensekretariate wirke der Parteivorstand dauernd hin. An ein Eingehenlassen der „Gleichheit“ sei keinesfalls gedacht. Leider ließen sich nicht alle organisatorischen Wünsche und berechtigten Anforderungen erfüllen. Hauptsache sei und bleibe die Stärkung der Partei auch hinsichtlich ihrer Finanzen. Nur durch die Kräftigung der Organisation und der Presse werde die Partei in der Lage sein, ihre große Aufgabe zu erfüllen und den kommenden Kämpfen gewachsen zu bleiben.

Adolf Braun (Schlußwort): Ich kann nicht von dem zurücknehmen, was ich in meinem Referat über die Jugend gesagt habe. Aber wenn man es schon zum Doktor gebracht hat, darf man nicht so jugendlich sein wie ein Jungsozialist. Dem Tatk- und Verantwortlichkeitsgefühl entspricht es auch nicht, wenn ein junger Parteigenosse über einen Mann wie Otto Braun im Tone des Genossen Eckstein spricht. Unter Parteigenossen darf man eben, wie Ignaz Auer auf dem halleischen Parteitag 1890 gesagt hat, nicht so diskutieren, wie es dem Bundesrat gegenüber üblich ist. (Heiterkeit.) Eckstein gehört zu den sonderbaren Revisoren, die nur absolut Möglichen und sofort Erfüllbares beantragen wollen. Aber diese Methode wäre nationalliberal, nicht sozialdemokratisch. Freilich, wenn Eckstein wirtschaftliche Kenntnisse hätte, würde er über die Möglichkeit der Durchsetzung wirtschaftlicher Umformungen weitlich anders denken. Ueber die Sachwertverfassung hat Robert Schmidt ausgezeichnet gesprochen, aber ich kann vielleicht einiges nachtragen, was er aus Rücksicht auf seine Kollegen nicht zu sagen beliebte. (Hört, hört! und Heiterkeit.) Die unerhörte Sabotage des Finanzministeriums hat die Ausnutzung der günstigen Stunde unmöglich gemacht. Broßwig hat auf die Unfähigkeit der Fraktion und die Ungeheuerlichkeit des Parteivorstandes den verhältnismäßig sehr kleinen Rückgang der Partei zurückgeführt. Leider hat er uns nicht gesagt, wie die Mitgliederzahl in Frankfurt in die Höhe gegangen ist. (Zuruf: Wir haben zugenommen! — Heiterkeit.) Broßwig hat duzendmal prophezeit, daß die Einigung am Görlitzer Programm und der Görlitzer Resolution scheitern würde. (Heiterkeit.) Diese Prophezeiung hat sich nicht erfüllt. Genosse Broßwig hat auch von der „Parteimaschine“ gesprochen. Das hat er wohl aus alten bürgerlichen Heften und Zeitungen, denn tatsächlich habe ich von einer Parteimaschine nie etwas bemerkt. Der ausgezeichnete Vorschlag Sollmanns, die alten Agitationsmanuskripte zu verbrennen, sollte auch in dem Hause am Großen Hirschgraben gelten; ich meine selbstverständlich nicht das Goethe-Haus, sondern das Haus, das gegenüber liegt. (Große Heiterkeit.) Der Ton, den Broßwig angeschlagen hat, muß der Partei schaden. Die Frankfurter müssen endlich lernen, daß sie nicht allein geistig sind, und müssen Toleranz üben. Wenn man über die Mitarbeit an der bürgerlichen Presse klagt, so muß man auch den Parteigenossen, die seit Jahren journalistisch tätig sind, die Parteipresse offenhalten. (Zuruf: Aber nicht im „Berliner Total-Anzeiger“ schreiben!) Ich meinte gar nicht den „Berliner Total-Anzeiger“, sondern den Fall des Genossen Dr. Sward in Frankfurt a. M. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Wer an verantwortlicher Stelle steht — und dieses Pult ist eine verantwortliche Stelle —, muß so reden, daß er nicht mißverstanden wird. Das gilt für Dr. Knaack wie für Sollmann. Mit Sollmann verbindet mich eine besondere Intimität wegen der Abstinenz. (Heiterkeit.) Aber seine Ausführungen

zur Agrarfrage waren nur insofern erfreulich, als der einmütige Widerstand des Parteitagcs gezeigt hat, daß wir in der Abwehr agrarischer Raubzüge einig sind. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Stellung zur Sozialisierung ist ganz klar. Sozialdemokraten können wir nur sein, wenn wir die Sozialisierung wollen und für die Sozialisierung streben. Niemand ist jedenfalls eifriger für die Sozialisierung eingetreten als der Parteivorstand. Der „Tirn“ hat freilich in einer Woche drei Broschüren gegen die Sozialisierung herausgebracht und in Massen verbreitet, aber seine Mitarbeiter sind auch nur Sozialdemokraten in Anführungsstrichen. Wer bezahlt eigentlich diese Manöver? Unertwegen kann der „Tirn“ schreiben, was er will, aber es ist eine Frechheit, wenn er sich sozialdemokratisch nennt, und eine Taktlosigkeit, wenn er hier für einen aus der Partei ausgeschlossenen Mann eine Presskarte beanprucht.

Die vom Genossen Bießer geforderte Zentralstelle für Verwaltung läßt sich nicht einrichten. Wir brauchen dafür Fachmänner für jede Provinz und jeden Verwaltungszweig, und die Kosten können wir uns einfach nicht leisten.

Die Genossin Rudolf berührt in ihrer Abneigung gegen das Wort „Sozialdemokrat“ mit Wilhelm II. (Widerpruch.) Wir müssen den Mut haben, uns an jeder Stelle und zu jeder Zeit zur Partei zu bekennen. Die Indifferenten und politisch Gleichgültigen haben vor allem Respekt vor dem Erfolg, und die Kunde vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten, dem sozialdemokratischen Reichszustzern und Reichsministern ist in jedes Dorf gebrungen.

Der Redner wendet sich dann zu den einzelnen Anträgen. Die Bildung neuer Studentenkommisionen verspreche wenig Erfolg. Der Erwerb einer Papierfabrik — und die Partei brauchte mindestens 8 bis 10 Papierfabriken — erscheint gegenwärtig undurchführbar. Er fordert zum Schluß auf, die Gesamtpartei zu stärken und die Einigkeit zu festigen, um der Arbeiterklasse die Rechte zu erringen, die man ihr seit langem vorenthält. (Beifall.)

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten.

Die Anträge über die Einigung werden zurückgestellt. Zur Neugliederung des Reiches wird der Antrag 309 (Löbe) angenommen. Dadurch sind die übrigen Anträge hierzu erledigt. Antrag 14 betreffend die Entwicklung der Kartelle, Trusts und Genossenschaften wird dem Vorstand überwiesen. Antrag 17 über die Bekämpfung des Wuchers wird angenommen. Antrag 18 betreffend Schaffung einer Kommission für das Schulprogramm wird abgelehnt.

Zur Alkoholfrage werden die Anträge 310 und 311 angenommen. Antrag 28 über Schaffung einer Zentralstelle für geeignete Bewerber um Staats- und Gemeindefstellungen wird dem Vorstand überwiesen, ebenso Antrag 29 betreffend Schaffung von Abendkursen, Antrag 30 betreffend Demokratisierung und Antrag 32 betreffend Schaffung eines volks- und finanzwirtschaftlichen Ausschusses. Die Anträge 34 und 56 über den Erwerb von Papierfabriken werden abgelehnt. Die Anträge über die weltliche Schule werden durch Annahme des Antrages 320 (Wegscheider) erledigt. Zur Bildungsfrage wird der Antrag 316 (Schreck) angenommen. Antrag 37 betreffend Schriften in Heftform wird dem Vorstand überwiesen. Angenommen wird Antrag 46 gegen diejenigen Parteigenossen, die den Achtstundentag bekämpft haben, ebenso Antrag 44 gegen die Mitarbeit an reaktionären Zeitungen. Antrag 56 über die Pensionsfrage wird dem Vorstand überwiesen. Antrag 57 betreffend die Beitragsfrage wird in der vom Referenten vorgeschlagenen Form angenommen. Danach haben Parteivorstand und Parteiausschuß die Höhe des Mindestbeitrages sowie die Abfuhrungsquote festzustellen. Den Bezirken bleibt die Festsetzung eines höheren Beitrages überlassen. Antrag 66, wonach das Mitgliedsbuch Eigentum der Partei bleiben soll, wird der Statutenberatungskommission überwiesen. Antrag 70 über Doppelmandate wird abgelehnt. Antrag 71 über

den Ausbau des handelspolitischen und wirtschaftlichen Teils der Parteipresse wird angenommen. Die Anträge 72 und 76 betreffend das Nachrichtenblatt für Funktionäre werden dem Vorstand überwiesen. Antrag 74: Beilegung von Schnittmusterbogen zur „Gleichheit“ wird abgelehnt. Die Anträge 75 und 90 werden abgelehnt, soweit sie der Redaktion der „Neuen Zeit“ einen Label ausprechen wollen; angenommen, soweit sie den Ausbau der „Neuen Zeit“ wünschen. Die Anträge 85 und 108 über Förderung der Landagitation werden angenommen. Zur Frage der Schutzpolizei wird der Antrag des Parteivorstandes 314 angenommen. Antrag 313 wird zurückgezogen in dem Vertrauen, daß Severing die berechtigten Forderungen der Schutzpolizeibeamten im Verwaltungswege erfüllen wird. Die Anträge 96, 97 und 99, welche die Mitgliedschaft in Kriegervereinen verbieten wollen, werden abgelehnt. Antrag 109 Absatz 3 über den Ausbau der „Kommunalen Praxis“ wird dem Vorstand überwiesen, ebenso Antrag 192 über Schaffung eines staatsbürgerlichen Lesebuches für Fortbildungsschulen. Zu den Schulfragen wird im übrigen Antrag 319 (Hellmann) angenommen. Antrag 191 Absatz 2 wird, weil die Frage durchaus strittig sei, dem Parteivorstand überwiesen. Antrag 191 Absatz 3 wird angenommen. Antrag 193 wird abgelehnt. Dem Parteivorstand überwiesen wird Antrag 312 (Knaack-Hamburg) über die Demokratisierung der Gesundheitsverwaltung.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt. Die weiteren Verhandlungen werden auf nachmittags 3¼ Uhr verlag.

Nachmittagsitzung.

Den Vorsitz führt Wels.

Den Bericht der Reichstagsfraktion erstattet

Hans Vogel-Nürnberg. Er verweist auf den ausführlichen gedruckten Bericht und spricht seine Genugtuung über das rege Interesse der Parteigenossen aus, das sich in der großen Zahl gestellter Anträge äußert.

Der Erfolg der parlamentarischen Arbeit der Sozialdemokratie hängt wesentlich von der Zusammensetzung des Parlaments ab. Im Reichstag mit 469 Abgeordneten sitzen nur 195 Arbeitervertreter. Dabei kann man mit den Kommunisten eigentlich gar nicht rechnen, denn ein Zusammengehen mit ihnen bedeute mindestens bei den Abstimmungen ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen. (Sehr wahr!) Die Hauptschuld am unbefriedigenden Erfolg der Arbeit im Reichstage tragen die irregeleiteten Reichstagswähler von 1920. Sie müssen gründlich aufgeklärt werden, damit sie für eine durchgreifende Korrektur der bisherigen Wahleresultate sorgen.

Neben den 120 Plenarsitzungen des Reichstages haben seit Oktober 1921 721 Ausschüßverhandlungen stattgefunden, ein kleiner Anhaltspunkt für die riesige Arbeitslast der Fraktion. Gehe, an denen früher Monate, ja Jahre gearbeitet wurde, müssen jetzt in Wochen und Tagen erledigt werden. Die Frömmigkeit unserer Verhältnisse bedingt immer neue Abänderungen. Der Umfang des „Reichsgeheißblattes“ hat sich nahezu verdoppelt.

Außerordentlich groß ist die Abhängigkeit der deutschen Politik von dem Verhalten unserer früheren Feinde. Wir haben der Erfüllungspolitik immer zugestimmt als dem einzigen aussichtsreichen Weg zur Revision des Vertrages von Versailles. Die Erfüllungspolitik hat in Belgien und England zu einem wesentlichen Abbau des Kriegsschaffes geführt. England hat ein sehr starkes eigenes Interesse an der Gesundung der deutschen Wirtschaft und der Stabilisierung der Mark. Auch bedroht Frankreich durch die billige Reparationsstöße Englands Schwerindustrie mit scharfer Konkurrenz. Frankreich denkt in erster

Sie nicht wirtschaftlich, sondern ausgeprägt juristisch und ausgeprägt fiskalisch-budgetmäßig. Soweit sich die Vereinigten Staaten überhaupt aktiv an den europäischen Wirtschafts- und Finanzfragen beteiligen werden, wird das voraussichtlich nur unter der Voraussetzung geschehen, daß die europäischen Länder ihren Haushalt in Ordnung bringen und die militärischen Ausgaben wesentlich einschränken. Nur einem friedfertigen Europa will Amerika eine Anleihe gewähren. Das wird Frankreich schließlich zu der harten Notwendigkeit bringen, von der bisherigen Gewaltpolitik abzugeben. Aber einstweilen herrscht in Frankreich noch Poincaré mit seinem imperialistischen und nationalistischen Anhang. Hätte sich Deutschland den möglichen Leistungen widersetzt, so hätte England wirtschaftliche und militärische Repressalien Frankreichs in den letzten Jahren nicht verhindern können. Darum hat die Sozialdemokratie immer wieder gehoffen, den Bruch mit der Entente zu vermeiden. Die Behauptung Poincarés, daß Deutschland den Verfall seiner Währung absichtlich betreibe, kann kaum ernst genommen werden. Die Hauptursache des Zusammenbruchs der deutschen Währung liegt in der immer wieder verzögerten, der deutschen Zahlungsfähigkeit entsprechenden Lösung der Reparationsfrage. Man hat die deutsche Zahlungsbilanz mit übermäßigen Verpflichtungen gerade zu einem Zeitpunkte belastet, in dem sie aus vielen Gründen schon mehrere Milliarden passiv war. Das deutsche Volk ist heute das steuerbelastete der Erde, und trotzdem ist es ganz unmöglich, die Zahlungsbilanz auszugleichen. Mit vollem Recht hat die Pariser Budgetkonferenz erklärt, daß eine Stabilisierung der Währung ohne endgültige Lösung der Reparationsfrage unmöglich ist. Durch die Entscheidung der Reparationskommission vom 31. August ist zum ersten Male die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands ausdrücklich anerkannt worden. Will man es zum Zusammenbruch treiben, damit es ganz Europa in den Abgrund reiße? Mit der Entwertung der Mark muß das Defizit immer größer werden, so eifrig man auch die Steuerfahraube in Bewegung setzt. Eine der Entwertung des Geldes entsprechende Einkommenssteigerung ist nur bei einem ganz verschwindenden Teile der Bevölkerung vorhanden. Auch die Gewinne sind, auf Goldwert umgerechnet, sehr gering geworden. Dagegen freilich, daß man praktisch jetzt in Deutschland in Gold rechnet, müssen wir uns mit äußerster Entschiedenheit wehren, denn darin liegt eine große Gefahr. Durch ein solches Vorgehen würde die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln künstlich ganz enorm gesteigert werden, und wer keine Devisen hätte, könnte bald überhaupt nichts mehr kaufen. Fällt erst das Vertrauen zur deutschen Währung vollständig, dann gibt man damit auch das Vertrauen zum Staat und zu sich selber auf. Durch Gesetz oder durch Notverordnung müssen Geschäftsabschlüsse im inneren Verkehr, die auf einer anderen Grundlage als der der Reichswährung getätigt worden sind, für unwirksam erklärt werden. Freilich ist der Mehrbedarf an Betriebsmitteln heute so groß, daß die Notenpresse ihm kaum zu folgen vermag. Unter dem Mangel an Betriebsmaterial leiden besonders die Konsumvereine und unsere Parteigeschäfte. Trotz aller Erhöhungen des Aktienkapitals, trotz aller Neugründungen leidet die deutsche Wirtschaft an einem ungeheuren Kapitalstichwund. Die Geldknappheit hat auch besonders verheerend auf dem Wohnungsmarkt gewirkt. Selbst industrielle Unternehmungen haben ihre Neubautätigkeit einstellen müssen.

Diese Betrachtungen sollen zeigen, wie eng alle Wirtschaftsfragen und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse mit dem Reparationsproblem verknüpft sind, mit welchen Schwierigkeiten wir in der Wirtschafts- und Steuerpolitik zu rechnen haben. Auch unsere Stellungnahme zu den Steuergesetzen war sehr stark bedingt durch den außenpolitischen Druck. Freude an dem abgeschlossenen Steuerkompromiß hat niemand von uns. Unter normalen Verhältnissen hätten

wir es nach Ablehnung unserer Forderung auf Erfassung der Sachwerte auf Neuwahlen antommen lassen können. Daran hat uns aber die Tatsache gehindert, daß wir kurz vor der Konferenz von Genua standen. Selbst Radel hat damals erklärt, daß er als Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei dem Kompromiß zugestimmt hätte, um das Kabinett Wirth nicht zu gefährden. Hätten wir uns zurückgezogen, so wäre vielleicht das Steuerkompromiß von allen bürgerlichen Parteien verabschiedet worden, dann aber noch ganz anders zum Vorteil der Kapitalisten und der Landwirtschaft ausgefallen. In der damaligen Zeit war der Abschluß dieses Steuerkompromisses das Maximum des Erreichbaren, das Minimum des Schädigenden für die Arbeiterklasse. Mit diesem Reichstag war eben nicht mehr zu erreichen. Uebrigens ist auch tatsächlich mit Besitzsteuern allein der ungeheure Bedarf des Reiches nicht zu decken. Jede Geldentwertung belastet die breiten Massen viel stärker als alle bisher beschlossenen Verbrauchssteuern. Deshalb ist auch für die besitzenden Klassen der freie Zugang zu den Weltmarktpreisen viel wichtiger als der Steuerkampf geworden. Ihre größte Brutalität setzt die Bauernschaft gegen die Getreideumlage ein. So hat eine von 500 Bauern dieser Tage in Remmatt-Erdenhof in Bayern abgehaltene Versammlung einen Beschluß gefaßt, die Getreideumlage als unmoralisch und die Bauern verkehrend abzulehnen. Die Bauernschaft sei bereit, freiwillig und umsonst ein gewisses Quantum Getreide an die leidende Bevölkerung abzugeben, sei aber entschlossen, auf Leben und Tod gegen jede Zwangsleistung zu kämpfen. Die Reichstreue der bayerischen Bauern habe auch ihre Grenzen. Sollte die Reichsregierung an der Vergewaltigung der Bauern festhalten so sollen diese nichts abliefern, bei Zwangsmaßnahmen und Bestrafungen sich gemeinsam und gegenseitig Hilfe leisten und Getreide für 1923 nur zur Deckung des eigenen Wirtschaftsbedarfes anbauen. Zum Schluß der Entschließung heißt es: „Sucht Bauern des Bayernlandes rufen wir zur Einheit in letzter Stunde auf! Es geht um eure Freiheit für alle Zeiten! Schon bereitet Berlin die alte Zwangswirtschaft vor; ein Reichsgetreidemonopol steht in Aussicht! Jetzt oder nie können wir die Fesseln abwerfen!“ Dieses Vorgehen ist ein glatter Hochverrat. (Lebhafte Zustimmung.) Aber natürlich wird diesen Mitgliedern der regierenden Bayerischen Volkspartei kein Haar gekrümmt. Wie rücksichtslos ein Teil der Bayerischen Volkspartei vorgeht, zeigen die Angriffe gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld, die von dem Landtagsabgeordneten Dr. Schlittenbauer ausgehen, weil er beim letzten Regierungswechsel nicht Handelsminister geworden ist. (Hört, hört!) So wird in Bayern Politik gemacht. Der Preis des freien Getreides steht heute auf dem Achtfachen des Umlagegetreides. Das genügt wohl zur Kennzeichnung der kommunistischen Vorwürfe, daß wir Brotwucher betreiben. Auf der anderen Seite hört es sich ja ganz schön an, wenn immer gesagt wird, daß die Bauern verdienen müßten, um die Produktion heben zu können. Aber die großen Verdienste der Landwirtschaft werden häufig genug in Kästen und Truben festgelegt, zur Anschaffung von kostbaren Wohnungseinrichtungen, Brillanten, Teppichen, Autos, Klavieren, Nähmaschinen und Fahrrädern verwendet, als wirklich zur Erzielung eines höheren Ertrages. Wenn irgendwo, so ist in der Landwirtschaft die Angleichung an die Weltmarktpreise unberechtigt. Die Landwirte sind und bleiben immer Besitzer von Goldwerten. Ausländische Rohstoffe spielen im Betriebe der Landwirtschaft nur eine geringe Rolle. Der deutsche Kohlenpreis aber hält sich auch heute noch auf einem Drittel des Weltmarktpreises, und so ist die landwirtschaftliche Produktion nicht entfernt so teuer geworden, wie der Geldwert gesunken ist.

Die Kohle ist für Deutschlands Wirtschaft ein besonderes Schmerzenskind. Infolge der Zwangslieferungen an Reparationskohle herrscht in der ganzen

Welt ein großer Kohlenüberschuß, in Deutschland ein ebensolcher Mangel, der das schlimmste befürchten läßt. Die Notlage, die Deutschland zwingt, englische Kohle zu kaufen, vermindert die Möglichkeit für Frankreich, Reparationszahlungen zu erhalten.

Alles in allem: Regierung, Reichstag und besonders unsere Fraktion werden durch die ungeheure Not vor eine gewaltige Aufgabe gestellt. Notwendig erscheinen uns Maßnahmen für eine entsprechende Lohn- und Gehaltspolitik für die Arbeiter und Beamten, eine umfangreiche Unterstützungsaktion für die Militär- und Sozialrentner, und was wir auf diesem Gebiete getan haben, ist in der kleinen Schrift des Kollegen Meier-Zwidau „Die Sozialdemokratie und die Not der Sozialrentner“ dargelegt. Neuer Notendruck kann die Katastrophe nur beschleunigen. Wir würden damit nur den Weg gehen, den Deutschösterreich vorangegangen ist, und der beim Währungselend Samjeterlands endet, wenn das schon das Ende ist. Von der Papiergeldwirtschaft loszukommen, gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder die auswärtige oder die innere Goldanleihe. Die äußere Goldanleihe ist erst denkbar, wenn wir ein langfristiges Moratorium erreicht haben, und dieses ist nicht möglich ohne das Eingreifen Amerikas. Ohne Moratorium kein Auslandskredit, keine Goldanleihe, keine Stabilisierung der deutschen Valuta. Als letztes Mittel bliebe dann nur noch die Mobilisierung der inneren Sachwerte, um sie zur Deckung einer inneren Goldanleihe heranzuziehen. Die Monopolisierung des Devisenverkehrs erscheint undurchführbar. Notwendig aber ist, den Handel in ausländischen Zahlungsmitteln auf das geringste Maß zu beschränken und streng zu beaufsichtigen. Natürlich macht dabei das besetzte Gebiet große Schwierigkeiten. Hinzukommen muß ein Verbot beim Inlandsverkehr, in ausländischer Währung zu berechnen oder zu zahlen. Notwendig ist ferner die strengste Beschränkung der Luxuseinfuhr. Um das Hamstern zu beschränken, müßten die Rationierungsvorschriften der Kriegszeit in bezug auf Lebensmittel, Kleider, Schuhe und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs wieder eingeführt werden. Zurück zur Zwangswirtschaft! Vorwärts zu einer wirklichen Gemeinwirtschaft! (Beifall.) Denn zu einem guten Teile ist die deutsche Valutakatastrophe nichts anderes als der Zusammenbruch der vielgepriesenen freien Wirtschaft. (Sehr wahr!)

Der Kampf der Reaktionäre gegen Republik und Demokratie ist in den Attentaten auf Erzberger und Rathenau in seiner ganzen Brutalität und Verräterei zutage getreten. Die Aufdeckung der über ganz Deutschland verbreiteten, mit reichen Geldmitteln ausgestatteten Mörderorganisationen hat den Ernst der Gefahr gezeigt. Die Deutschnationale Volkspartei trägt die moralische Verantwortung dafür, daß die Verwilderung des politischen Lebens in Deutschland soweit gediehen ist. Bei allen Mordtaten und Mordplänen waren die handelnden Personen junge, politisch völlig unreife Menschen, denen ungezügelter, hemmungsloser Haß, verletztes Selbstbewußtsein, Zorn über den Verlust ihrer Vorrechte und Wut über die Verschlechterung ihrer Lage die Hand geführt haben. Aber sie waren nur ein Werkzeug der Mordanstifter, und die Republik hätte längst durchgreifende Maßnahmen treffen sollen, — dann hätte die Reaktion niemals diese Ausbreitung und Stärkung erfahren. (Sehr wahr!)

Die politische Situation nach dem Rathenau-Mord ist noch in aller Erinnerung. So bewundernswert die Selbstdisziplin des Reichspräsidenten und des Reichskabinetts im Konflikt mit Bayern war, befriedigt hat mich und die Parteigenossen weder die Tatsache, noch die Art, noch das Ergebnis dieser Verhandlungen. (Sehr richtig!) Nach dem Ausgleich hat der „Bayrische Kurier“, das führende Organ der Bayrischen Volkspartei, offen ausgesprochen, daß der nächste Konflikt seitens Bayerns nicht mehr auf friedlichem Wege gelöst werden wird.

(Hört, hört!) Die Bestrebungen auf Wiederberufung der Wittelsbacher, auf Schaffung einer Donauföderation unter französischem Protektorat dürfen wir nicht unterschätzen, wir könnten sonst eines Tages eine schmerzliche Ueber- raschung erleben, denn das Beschämendste an diesem Konflikt war doch, daß kein Gedanke an Deutschlands gemeinsame äußere Not die bayerische Regierung von dem Vorstoß gegen die Reichseinheit abhalten konnte. Bayern ist dabei durchaus nicht als Vorkämpfer einer föderalistischen Politik aufgetreten, denn es war im Widerstand gegen die Schutzgesetze vollständig isoliert. Die rein partikularistische, größenwahnsinnige Politik Bayerns fand außer bei einigen rechts- bolschewistischen Blättern Berlins nur noch die Unterstützung Dortens und seiner für Frankreich arbeitenden Separatisten. Darin liegt die schärfste Verurteilung der bayerischen Politik. (Sehr wahr!) Wir Sozialdemokraten haben uns stets zur Einheitsrepublik bekannt. Mehr und mehr müssen die sozialdemokratischen Arbeiter sich des Zusammenhanges mit den Lebensinteressen der Republik bewußt werden. Ein alter Grundsatz sagt, daß der Staat von den Kräften erhalten wird, die ihn geschaffen haben. Die deutsche Republik ist das Werk der Arbeiterklasse. Wer sonst soll sie stützen und halten, wenn nicht die Arbeiter? Die Arbeiter müssen lernen, sich als die Hauptträger des neuen Staates, der Republik, zu fühlen. Nur so kann Republik und Demokratie und mit ihnen auch der Sozialismus vorwärtsgebracht werden.

Reinigungsverschiedenheiten in der Fraktion sind stets kameradschaftlich und parteigenösslich ausgetragen worden. Möge der gleiche Geist der Kameradschaft auch in der Fraktion der wiedervereinigten Parteien herrschen! Von den Genossen im Lande erbitten wir weiteres Vertrauen und geloben ihnen Treue und Treue. Auszeichnen soll uns wieder das trostige Gefühl der Zusammengehörigkeit, die starke Klammer der Solidarität und der unerschütterliche Glaube an den Sozialismus. Wir brauchen sie mehr als je zur erfolgreichen Durchführung der Kämpfe für eine bessere, menschenwürdige Zukunft. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Sämtliche zum Fraktionsbericht gestellten 160 Anträge gelten ohne besondere Abstimmung als unterstützt.

In der eröffneten Aussprache erhält zunächst das Wort

Bender-Berlin. Er betont zu den Beamtenanträgen, daß die Sozialdemokratische Fraktion stets für die Sicherung und den Ausbau der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten und eine soziale Besoldungsregelung eingetreten ist. Leider ist sie vielfach auf den geschlossenen Widerstand der bürgerlichen Parteien gestoßen. Das gilt insbesondere für die jüngsten Kämpfe um die Beamtenräte. Redner bittet, sämtliche Anträge über Beamtenfragen der Reichstagsfraktion als Material zu überweisen; die Fraktion werde alles tun, um diese Wünsche zu erfüllen.

Frau Dr. Wegscheider-Berlin: Die schleunige Einbringung eines Schulgesetzes und eines Rotgesetzes für weltliche Schulen ist unbedingt erforderlich. Auch die Frage der Lehrerbildung muß endlich vom Reiche wenigstens durch ein kurzes Rahmengesetz gelöst werden. Fortbildungs- und Berufsschulen müssen in Erfüllung der Vorschrift der Reichsverfassung vom Reiche gefördert werden. Die Partei darf die Schul- und Kulturfragen nicht vergessen und nicht den Zusammenhang mit den geistigen Kräften verlieren.

Hartleb-Hannover: Nicht durch Aufstellung immer neuer Forderungen, sondern durch richtige Ausnutzung der heutigen Rechte und Freiheiten kommt die Arbeiterklasse praktisch am raschesten vorwärts. Die Arbeiterklasse hat nach der Revolution ungeheure Betätigungsmöglichkeiten bekommen, auch in bezug auf die Demokratisierung des Wirtschaftslebens. Der § 68 des Betriebsrätegesetzes gibt den Betriebsräten die Möglichkeit, der bisherigen wucherischen

Preispolitik wirksam entgegenzutreten. Der Kampf gegen Teuerung und Not kann allerdings nur durch eine Steigerung der Produktion gewonnen werden. Schon ein Aufruf der Volksbeauftragten vom Dezember 1918 forderte diese Steigerung der Gütererzeugung nicht für einzelne Kapitalisten, sondern für die Gesamtheit der Bevölkerung. Positive Arbeit im Interesse des Ganzen, im Sinne des Sozialismus auch in der heutigen Zeit, das wird eine Besserung der Verhältnisse bringen. (Lebhafter Beifall.)

Minna Lohmeyer-Berlin vertritt einen Antrag, die Reichstagsfraktion aufzufordern, dafür einzutreten, daß bei der Bewilligung von Sondermitteln zugunsten der Kriegserwaisen und Kinder Kriegsbeschädigter in Zukunft vom Reichstage Bestimmungen über ihre Verwendung erlassen werden. Die bisher vom Arbeitsministerium erlassenen Verwendungsbestimmungen schloßen die meisten von allen Zuwendungen aus. — Die Rednerin gibt dann ein Bild von der allgemeinen Not der Sozial- und Kleinrentner. Diese seien geradezu am Verhungern. Die Arbeiterjugend und die Arbeiterfrauen seien über diese Zustände empört und erbittert. In Zukunft müsse man an diese Armen der Armen zuerst denken. (Lebhafter Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch vormittag verlagert.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 20. September 1922, vormittags.

Die Debatte über den Fraktionsbericht wird fortgesetzt.

Hartwig-Oberschlesien: Nach Jahren der Fremdherrschaft und des nationalistischen Terrors in Oberschlesien beginnt für uns eine neue Entwicklungsperiode. Diesen Beginn einer neuen Zeit müssen wir wahrnehmen; was wir heute in Oberschlesien in dieser Beziehung versäumen, wird morgen nicht mehr einzuholen sein. Der Kampf gegen Fremdherrschaft und staatliche Verdrängung Oberschlesiens wird jetzt durch den Kampf um die innere Ausgestaltung des Landes abgelöst. Wenn wir Wegbereiter des wirtschaftlichen Aufbaues und des kulturellen Fortschritts werden, dann erweisen wir auch den vom Deutschen Reich getrennten Brüdern in Oberschlesien den besten Dienst. Wir haben alle Veranlassung, den jetzt in Polnisch-Oberschlesien befindlichen deutschen Sozialdemokraten gerade heute Dank zu wissen für die unerhört aufopfernde Tätigkeit, die sie im Interesse des Deutschtums und der deutschen Sozialdemokratie geleistet haben. Der selbstverständliche Geist, daß wir deutschen Sozialdemokraten auch Deutsche sein sollen, hat uns im Abstimmungskampf geführt und wird für uns auch fernerhin gelten. Die Breslauer Reichseiniger um Eckstein hätten in der ober-schlesischen Frage ruhig etwas stiller sein können. (Hört, hört!) Wir sind dankbar dafür, daß Genosse Braun als preußischer Ministerpräsident uns die Arbeit für die Abstimmung wesentlich erleichtert hat. (Hört, hört!) Setzt darf Oberschlesien nicht zum ausschließlichen Tummelplatz clerikaler Bestrebungen werden. Bei der Demokratisierung der Verwaltung in Oberschlesien muß mehr als bisher der völkischen Eigenart des Landes Rechnung getragen werden. Wir fordern auch für Oberschlesien eine entschlossene republikanische Politik, wir fordern Berücksichtigung der Sozialdemokratie nach ihrem Einfluß in der Arbeiterklasse, nach ihrer zahlenmäßigen Stärke. Eine besondere Fürsorge verdienen die ober-schlesischen Flüchtlingskinder, die bisher recht stiefmütterlich behandelt worden sind. Von der Regelung aller dieser Fragen wird letzten Endes auch die im November stattfindende Wahl abhängen. Wir hoffen, daß die Gesamtpartei uns helfen wird, und wenn wir den Wahlkampf

im Zeichen des Sozialismus führen, wird er auch ein Ergebnis zeitigen, das uns befriedigen kann. (Beifall.)

Müllig-Radeberg begründet einen Antrag, das Versorgungsgesetz der Polizei in Anlehnung an das Programm des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands schleunigst zu reformieren. Der Antrag sei absichtlich allgemein gehalten; er solle nur die Reichstagsfraktion auf die Notwendigkeit hinweisen, sich dieser Frage anzunehmen. Die Polizeibeamten sollen hochwertige, gut-bezahlte Persönlichkeiten sein, die Polizei soll zum Freund und Helfer der Bevölkerung entwickelt werden und ein Schutz für die republikanische Staatsform sein. Notwendig sei es auch, die Institution der Zivilkommissare in der Landespolizei allenthalben durchzuführen. — Die Erhöhung der Getreidepreise bedeute nicht nur für Greise und Kinder der arbeitenden Klassen, für Sozial- und Kleinrentner den Hungertod, sondern auch die Finanzkatastrophe der Gemeinden. Für die Gemeinden sei die Erfüllung ihrer sozialen Pflichten und die Bekämpfung des Wohnungselends eine fast unlösliche Aufgabe geworden. Das Reich mude den Gemeinden immer neue Leistungen zu, ohne entsprechende Gegenleistungen zu bieten. Es sei unerträglich und unwürdig, daß die Gemeinden immer mehr die Stipendiaten und Kostgänger des Reiches würden und trotzdem nichts leisten könnten. Gingen die Gemeinden zugrunde, so sei der Untergang des Reiches und des Volkes besiegelt. Die Reichstagsfraktion müsse sich der Aufgabe, dem zu steuern, mit aller Liebe und aller Kraft annehmen. (Lebhafter Beifall.)

Klara Böhm-Schuch-Berlin: Zur Frage der Teuerung liegen 32 Anträge vor, die der Parteivorstand in einer sehr praktischen Entschließung zusammengefaßt hat. Mit der jetzigen Ernährungspolitik sind ungeheure Gefahren für das Bestehen unseres Staates und Volkes verbunden. Der Hunger treibt selbst ruhige und besonnene Menschen zur Verzweiflung und untergräbt die Republik. Das Maß der Erbitterung unserer Frauen ist unendlich groß. Die Politik der Sieger arbeitet der deutschen Reaktion nur allzu gut in die Hände. Aber trotz der ungeheuren Härte der Ententeorderungen dürfen wir den inneren Feind nicht aus den Augen lassen. Geradezu empörende Bilder zeitigt die Devisenspekulation. Wenn der Handel nur noch in Auslandswährung rechnet, dann muß schließlich auch der Arbeiter seinen Lohn in Gold fordern. (Sehr wahr!) Unmöglich können alle Lasten der Geldentwertung auf das arbeitende Volk abgewälzt werden. Wie dringend notwendig die Kontrolle der Kartelle und Trusts ist, ist gestern schon am Beispiel des Nähgarns gezeigt worden. Neue Sachen kann sich die Arbeiterfamilie heute nicht kaufen, aber bald langt es nicht einmal mehr zum Nähgarn, um die Wäsche zu flicken. Genau so steht es mit der Reinhaltung des Hauses und der Wäsche. Es bedeutet den moralischen Niedbruch unseres Volkes, wenn große Massen in Lumpen gehen und einer erzwungenen Unsauberkeit anheimfallen. Die mit Ach und Krach durchgesetzte Getreideumlage von 2½ Millionen Tonnen ist bisher sabotiert worden. Nun fordern die Agrarier neue, gewaltig erhöhte Preise. Aber der Preis des Getreides muß den Massen das Kaufen des Brotes als des notwendigsten Nahrungsmittels nicht unerträglich schwer machen. Mit der Erhöhung der Ausmaßungsquote und dem Verbot der Feinbäckerei werden alle Hausfrauen einverstanden sein. Natürlich soll nicht wieder Kriegsbrot gebacken werden, aber wenn wir das Getreide zu 90 statt zu 85 Proz. ausmahlen, sparen wir doch schon 6¼ Milliarden Mark. In Kartoffeln muß der Abschluß von Lieferungsverträgen begünstigt werden. Werden sie nicht erfüllt, muß die Regierung mit Zwangsmaßnahmen vorgehen. Es untergräbt alle öffentliche Wirtschaftsmoral, wenn abgeschlossene Lieferungsverträge, namentlich über Nahrungsmittel, nicht innegehalten werden. — Gerade im Interesse der Mütter und Kinder ist auch der Zucker sicherzustellen. Zur

Sicherung der Kontrolle soll ungeblauter Inlandszucker für den Haushalt und nur geblauter Auslandszucker für Gewerbe- und Verwendungsfinden. Für die Arbeiter der Konfitüren- und Schokoladenindustrie kann auf verschiedene Weise gesorgt werden; aber jedenfalls darf nicht mit Rücksicht darauf dem Haushalt der zur Ernährung der Kinder notwendige Zucker entzogen werden. Ebenso verhält es sich mit der Sicherstellung der Milch. Die Herstellung von Butter sollte radikal verboten werden, da sie für Arbeiterhaushaltungen überhaupt nicht mehr in Frage kommt. Unerhört ist für meinen Begriff die Verwendung von Nahrungsmitteln für ein so überflüssiges Genussmittel wie Starkbier. Das Aufschießen zahlloser Vikortuben ist geradezu ein Hohn auf unsere Not. Im Kampfe gegen den Branntwein werden wir bei den Frauen den besten Boden finden. Gerade durch die elenden Verhältnisse gerät der Mann, der für seine Angehörigen nicht mehr das Notwendige beschaffen kann, in Verzweiflung und geht trinken, um das Elend zu vergessen. Wucher und Alkohol richten die Moral unseres Volkes zugrunde. Darum müssen wir auch auf strenge Durchführung der Wuchergesetze bestehen, nicht bloß beim letzten Kleinhändler, sondern vom Produzenten an über die ganze Wucherkette hinweg. Wir Frauen hoffen viel von der bevorstehenden Einigung der sozialistischen Parteien. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Gegner wissen, daß die Massen hinter uns stehen, und unsere Genossen draußen im Lande, die Massen der Arbeitenden, müssen wissen, daß sie zur Sozialdemokratie Vertrauen haben können. (Lebhafter Beifall und Handclatschen.)

Dr. Streder-Darmstadt: Was könnten wir tun, um den außenpolitischen Druck auf Deutschland zu erleichtern? Der Rapallo-Vertrag war der erste wirklich echte Friedensvertrag, hat aber die Welt ganz unvorbereitet getroffen. Auch kennt das Ausland unsere friedliche Gesinnung viel zu wenig. Die Wucherschaften der Reaktionsäre, die Hindenburg- und Ludendorff-Demonstrationen, die Paraden der Reichswehr, die Attentatspolitik der Nationalisten bestimmen die Meinung des Auslandes über uns. Wir müssen deshalb viel entschiedener als bisher zum Völkerbund im positiv praktischen Sinne Stellung nehmen. Auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Genf haben wir mitbestimmt, daß das Proletariat die Einrichtung des Völkerbundes erobern und Vertreter seiner Weltanschauung in ihn hineinbringen muß. Aber zur Durchführung dieses Gedankens ist in Deutschland noch nichts geschehen. Selbst eine Ablehnung hätte uns moralisch und politisch nichts geschadet, jedenfalls weniger als die jegliche Selbsttäuschung. Der Außenminister Rosen hat sich als prinzipieller Gegner des Völkerbundes aufgespielt und die Beziehungen zur Presse völlig vernachlässigt. Wir mügen zum Genfer Völkerbund stehen, wie wir wollen, er ist ein politischer Machtfaktor, an dem wir nicht vorbei können, vor allem nicht auf dem Wege zum echten Völkerbund. Der Völkerbund ist ein lebendiger Organismus, der in sich selbst die Kraft hat, sich umzugestalten und weiter zu entwickeln. Im Völkerbund könnten wir den übrigen Völkern unser Ideal des wahren Völkerbundes im Sinne Immanuel Kants immer vor Augen rücken. Das Wort „national“ ist ein gefährliches Wort. Deutsche wollen wir sein, aber nicht Nationalisten, und wir sind Deutsche, wenn wir die Völkerbunds-idee aus dem Geiste unserer besten Denker heraus erfassen. (Sehr gut!) — Wir können den Achtstundentag auf die Dauer nicht verteidigen, wenn er nicht international hochgehalten wird. (Lebhafte Zustimmung.) Dazu ist das Internationale Arbeitsamt da, und wir müssen unsererseits alles dazu tun, um diesen Faktor stark und lebendig zu machen und zu erhalten. Manchmal hat man den Eindruck wie beim Stinnes-Lubersack-Abkommen, daß der Kapitalismus uns sogar in internationaler Verständigungspolitik voraus ist. Es geht jetzt um die Frage, ob wir deutschen Sozialisten es fertig bringen, die Weltrevolution in unserem Geiste,

das heißt im Sinne einer vernünftigen, organischen Entwicklung der Welt, durchzuführen. (Beifall.)

Schmidt-Röpenick: Wir müssen uns auch der Landwirtschaft gegenüber realpolitisch einstellen. Wir müssen gewiß dafür sorgen, daß der Brotpreis erschwinglich bleibt, aber der gegenwärtige Umlagepreis ist nicht zu halten. Es herrscht in der Landwirtschaft eine große Mißstimmung darüber, daß der Gemüsehauer, der Kartoffelzüchter, der Zuckerrübenbauer, der Forstbesitzer usw. nicht zur Verbilligung des Brotes herangezogen werden. Die Vertreter der Landwirtschaft selbst haben eine solche vernünftige Gestaltung des Umlagegesetzes, wie wir sie forderten, vereitelt. Durch die jetzige Regelung werden die hauptsächlich Getreide bauenden Großbetriebe Ost- und Mitteldeutschlands erheblich belastet. Auch gefühlsmäßig sind die Landwirte darüber empört, daß sie allein heute noch unter einer Zwangswirtschaft leben. Gewiß ist die Landwirtschaft größtenteils entschuldet, aber auch die Industrie hat ihre Gebäude und Maschinen auf eine Mark abgeschrieben. Es kann natürlich keine Rede davon sein, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte dem Dollarstande anzupassen, aber die Landwirte fordern auch nur viel, um wenigstens einen Teil zu bekommen. Keinesfalls dürfen wir die Landarbeiter für die hohen Preise landwirtschaftlicher Produkte verantwortlich machen. Bei den letzten Wahlen haben die Stimmen für die Partei auf dem Lande prozentual mehr zugenommen als in manchen Großstädten und Industriebezirken. (Hört, hört! und Sehr gut!) Wir wollen dahin wirken, daß in unserer Partei das Verständnis für die Verhältnisse auf dem Lande größer wird, dann werden wir auch die Bauern und Landarbeiter auf unsere Seite bekommen.

Wendel-Frankfurt a. M.: Die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien legt uns vor der Arbeiterklasse und der Geschichte große Verpflichtungen auf. So sicher, wie die Uneinigkeit, die Zersplitterung, der Bruderkampf ein täglich neugeführter Dolchstoß in den Rücken der sozialistischen Kampffront war, so sicher bedeutet die Einheit alles im Gefühl und in der Sehnsucht der Massen. Aber auch die Einheit ist nur ein tönender Erz und eine klingende Schelle, wenn nicht der feste Wille dahinter steht, sie in aktive politische Energie umzumünzen. (Sehr wahr.) Ob diese Entschlossenheit sich im letzten Jahre an den entscheidenden Stellen immer ausgewirkt hat, möchte ich — gelinde gesagt — dahingestellt sein lassen. Ich könnte das auch härter ausdrücken, ich könnte dazu sprechen in dem schnoddrigen Tone des arroganten Schulmeisters, der Ernsthaftes mit Mäuschen erledigt. Aber das liegt meiner Natur fern. (Heiterkeit.) Ohne Optimismus und Begeisterung wird selbst bei äußerster Sachlichkeit die Sozialdemokratie die Welt nicht erobern. Wehe uns, wenn wir die Hochstimmung der Seelen ausschalten wollten. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Partei sich des Rechtes auf Uberschwänglichkeit begäbe, würde sie aufhören, jung zu sein. Die Zentralfrage für Leben und Sterben unserer Republik ist die Reichswehr. Jeder außer dem unglückseligen Herrn Gessler weiß, daß die Wehrmacht der Republik leider eine Wehrmacht gegen die Republik ist. (Sehr richtig!) Seit dem Rapp-Putsch sind alle Elemente hinausgedrängt worden, die noch entfernt einer republikanischen Gesinnung verdächtig waren. (Sehr richtig!) Die Reichswehr ist heute eine fast vollständig homogene monarchistische Truppe und deshalb eine unaufhörliche, starke inner- und außenpolitische Gefahr. (Zustimmung.) Das ineinandergefügte Gewirr von republikfeindlichen, reaktionären Organisationen spielt, besonders seit den Türkenkriegen, mit der Idee des Revanchekrieges. Wir auf dem Parteitag sind fast alle relativ vernünftige Menschen. (Heiterkeit.) Wir vermögen uns nur schwer vorzustellen, wie es in dem umnebelten Hirn eines wilden Nationalisten aussieht. Aber daß solche Kreise, deren ewiger Erbfeind die gesunde Vernunft ist, bereits Ludendorff in

der Rolle Kemal Paschas vor sich sehen, scheint mir sicher. Die Bergewaltigungs-politik der Entente ist gewiß ebenso bösartig wie kurzfristig, aber die Revanchetreiber und ihre Beziehungen zur Reichswehr erleichtern den Poincarés ihr schlimmes Handwerk. Der Reichswehrminister Gessler erscheint schon dadurch als politisch unmögliche Figur, daß er geflüchtlich in der Reichswehr der Republik den Geist des Kasernenhofes und des Kasinos durch Traditionskompagnien und tausend andere Kinderlichkeiten pflegt. Dieser Herr Gessler ist durchaus eine schwarz-weiß-rote Erscheinung, höchstens mit einer kleinen schwarz-rot-goldenen Gäh in der Ecke. (Lebhafter Beifall und große Heiterkeit.) Dieser Herr Gessler ist nicht ein Schutz und Schirm der Republik, sondern nur ein Wandschirm des Generals v. Seeckt. (Heiterkeit.) Bei der Neubildung der Reichsregierung muß der Posten des Reichswehrministers am besten mit einem republikanisch zuverlässigen Offizier besetzt werden, der den eisernen Befehl endlich ansetzt, und ihn nicht bloß hervorholt, dem Volke zeigt und wieder in die Ecke stellt. (Große Heiterkeit.) Besser als diese Reichswehr wäre überhaupt keine Reichswehr. (Lebhafter Beifall.) Mit dieser Reichswehr gleicht die Republik einer der Hütten, die unmittelbar an den Krater eines Vulkans gebaut sind. Jeden Augenblick kann die feuerflüssige Lava verderbenbringend hervorbrechen und alles begraben. Träte dieser Fall bei der Reichswehr ein, dann würde keinem von uns allen die schwere Verantwortung erspart bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Herta Maria Fund-Düsseldorf: Die Zukunft der breiten Schichten des Proletariats, insbesondere der proletarischen Jugend, zeigt sich ungeheuer traurig. Die Mißpreise sind unerschwinglich. Wir dürfen uns nicht an einem ungeheuren Sterben der proletarischen Kinder schuldig machen, das wahrscheinlich in diesem Winter einsetzt, wenn nicht durchgreifende Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Auch die andern Wehrlosen, die Kriegs- und Sozialrentner, müssen zu ihrem Recht kommen. (Beifall.)

Dr. Schüßinger-München: In der Beziehung zwischen Sozialdemokratie und Wehrmacht ist ein wesentlicher Wandel eingetreten. Ein Zeichen dafür ist, daß ein ehemaliger Angehöriger der alten Wehrmacht als sozialdemokratischer Mitkämpfer vor Ihnen über das Wehrproblem spricht. Auf früheren Parteitagungen wurde die Wehrfrage meist unter dem Kennwort „Militarismus“ behandelt, aber trotzdem mit der Volksbewaffnung durchaus sympathisiert. Auf dem Werdegang von der kaiserlichen Armee bis zur Wehrmacht der Republik haben wir Kinderkrankheiten, wie Soldatenräte und Kommandofrage, überwinden müssen. Um so ausschlaggebender war die Frage der Führerbesetzung. Genosse Roske hat es leider nicht verstanden, gerade die Kräfte in der Armee zu finden, die sich rüchlos und aus Liebe zu Volk und Vaterland in den Dienst der Republik stellen wollten. Streber machten sich an die führenden Genossen heran und zerstörten den Glauben an die Möglichkeit eines republikanisch und sozialistisch denkenden Offiziers. Jetzt müssen wir von neuem Fühlung suchen mit den alten ehemaligen Berufssoldaten. Ein Oberst Lange, ein Major Müller-Brandenburg und ein General Schönaich sind Kräfte, die nicht ungenutzt bleiben dürfen. Wir müssen den Kampf gegen den monarchistischen Terror innerhalb der republikanischen Wehrmacht aufnehmen, aber auch den überradikalen Pazifismus, der jegliche Berechtigung der Wehrhaftigkeit verneint, abstreifen. Die Selbstverteidigung freier Völker ist ein notwendiges Ubergangsstadium zu unserem letzten Endziel: der Vereinigung der Völker und der Abschaffung der Kriege. In diesem Augenblick ist es das wichtigste, in allen europäischen Staaten die Demokratie erstarken zu lassen und mit den Waffen in der Hand die Demokratie zu schützen. Das Reichswehrministerium gehört in die Hände der deutschen Arbeiterschaft. (Lebhafter Beifall.)

Markwald-Frankfurt a. M.: In Uebereinstimmung mit den trefflichen Ausführungen des Genossen Wendel habe ich den Antrag auf Entlassung des Reichswehrministers Gessler zu begründen. Bereits der örtliche Parteitag hat beschlossen, daß wir ohne Republikanisierung der Reichswehr nicht in der Regierung bleiben dürfen. Aber ich brauche gar nicht auf die vielleicht schon veraltete Idee des Parteivorstandes von 1921 einzugehen (Heiterkeit), ich kann mich auf die Idee des Jahres 1922 stützen. Aufrufe des Parteivorstandes und eine Reichstagsrede des gewiß nicht überradikalen Genossen Dr. David und ebenso ein Artikel des auch nicht phantastisch radikalen Genossen Cunow haben übereinstimmend nach dem Rathenau-Morde die Säuberung des Offizierskorps und die Entlassung der rechtsradikalen Offiziere gefordert. Tatsächlich aber ist die Reichswehr nicht republikanisiert, sondern von den letzten republikanischen Elementen geäubert worden. Jetzt gewinnen wir durch die Vereinigung neue Kraft. Da ist denn wohl nicht zuviel verlangt, daß der Parteivorstand nicht vor den Parteitag des nächsten Jahres trete, ohne diese erste Reichswehrforderung durchgesetzt zu haben. Das wird ihm um so leichter fallen, wenn es wahr ist, was im Vorstandsbericht zu lesen steht, daß auch der letzte Volksparteiler heute weiß, daß ohne die Sozialdemokratie nicht mehr regiert werden kann. Dann kann man auch die Probe auf dieses Exempel bei der Erfassung der Sachwerte machen. Ein Beweis dafür, daß durch die ernste Drohung unseres Austritts aus der Regierung in der Steuerfrage nicht mehr zu erreichen gewesen wäre, ist bisher nicht geführt worden. Die Zwangsanleihe ist ein höchst unglückliches Gebilde. Selbst Cunow hat in einem Artikel der „Neuen Zeit“ vom 1. März erklärt, das Steuertkompromiß sei nichts anderes als das von der Großfinanz der Regierungskoalition aufgezwungene Zurückweichen auf die Steuerbasis der Deutschen Volkspartei, und selbst in der „Vossischen Zeitung“ hat Georg Bernhard ausgesprochen, daß der Vorteil des Finanzkompromisses ganz auf Seiten der volksparteiischen Interessen läge, und daß ihr nichts Schlimmeres widerfahren könnte, als daß Sozialisten und linker Zentrumsflügel sich noch im letzten Augenblick von der Abrede zurückzögen. (Hört, hört!) Im vorigen Jahre ist der Reichstagsfraktion ein Antrag überwiesen worden, eine Volksabstimmung über das Hohenzollernvermögen herbeizuführen. Sie gäbe die beste Gelegenheit zu einer gewaltig aufrüttelnden republikanischen Propaganda. Aber wir haben noch keine Antwort, was die Fraktion mit diesem Antrage gemacht hat. Die Massen sehen Erfolg nur dort, wo eine Macht sich wirklich durchsetzt. Auf die sozialdemokratischen Minister darf das Wort der Gräfin Terzky an Wallenstein nicht Anwendung finden: „Du wirst ein großer Herzog bis an dein Ende — scheinen!“ Für die Partei darf es nur zwei Möglichkeiten geben: entweder Fortsetzung der Regierungskoalition mit Säuberung der Reichswehr, unbedingter Demokratie und sichtbarem Opfer der Besitzenden, oder klare und scharfe Oppositionsstellung. In beiden Fällen werden wir die freudige Begeisterung der Arbeiterschaft haben, die allein die Voraussetzung dauernder Erfolge sein kann. (Beifall.)

Löbe-Berlin: Genosse Ad. Braun hat sich mit sehr scharfen Uebertreibungen gegen die Genossen gewandt, die ihm nicht genug Takt auf dem Parteitag bewiesen haben. (Heiterkeit.) Uns, die wir das milde und abgeklärte Temperament des Genossen Braun kennen, ist dabei angst und bange geworden. (Erneute Heiterkeit.) Aber sachlich hat er ganz recht, daß wir im Parlament auch Forderungen aufstellen müssen, die nicht auf den ersten Anstoß durchgesetzt werden können. (Sehr wahr!) Und wir können nicht immer die letzten Konsequenzen ziehen, obgleich ich gerade bei der Erfassung der Sachwerte den Anschauungen Markwalds sehr nahe stand. Wir waren entschlossen, in der Umlagefrage es zum Konflikt kommen zu lassen. Da trachten die Schüsse gegen Rathenau. Wir

standen vor einer neuen Situation und konnten die Republik nicht ohne Schutz lassen. So muß die Wichtigkeit der einzelnen Fragen gegeneinander abgewogen werden. (Sehr wahr!) Der Austritt aus der preußischen Regierung hat gerade bei denen keine vollkommene Billigung gefunden, die vorher das Verbleiben so eifrig kritisiert hatten. (Sehr wahr!) Natürlich halten wir an der Forderung der Erfassung der Sachwerte fest, und das Reich wird bei seiner finanziellen Lage doch nicht darum herumkommen. (Bravo!) Die Einigung wird uns hoffentlich ermöglichen, das Schwergewicht zu erhöhen, mit dem wir unsere Forderungen vertreten. Dabei glaube ich schon heute, daß etwaige Entscheidungen in der Fraktion sich nicht bilden werden zwischen ehemaligen Unabhängigen und ehemaligen Mehrheitssozialisten, sondern mancher, der von links kommt, wird hübsch weit rechts stehen und umgekehrt. (Heiterkeit und Beifall.)

In Sachen des Völkerbundes wird dem Parteitag alsbald ein Antrag von mir zugehen, nach dem wir auf die Regierung einwirken wollen, Schritte zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu tun unter der Voraussetzung, daß unserm Volke eine angemessene Stellung darin eingeräumt wird. Gewiß ist der Völkerbund nicht vollständig, solange — abgesehen von Deutschland — auch Amerika und Rußland fernstehen. Gewiß hat der Völkerbund durch einseitige Zusammensetzung vieler wichtiger Institutionen und durch manche auf das reine Machtprinzip gestützte Entscheidungen keine Freunde bei den besiegten Nationen gewonnen; aber die Zeit scheint gekommen, wo wir gerade durch den Beitritt zum Völkerbund diejenigen Tendenzen auch bei den Regierungen unterstützen müssen, die gegen Gewaltpolitik und für eine friedliche Verständigung der Völker eintreten. Wir stünden da mit dem Völkerbund keineswegs allein. Unser langes Jögern enttäuscht die Freunde Deutschlands und ermutigt seine Gegner. Wir Sozialdemokraten müssen die Pioniere sein, die die erste Brücke zum Völkerbund schlagen, auch wenn sie noch so schwankend ist. (Lebhafter Beifall.)

Hoch-Hanau: Ueber die Sozialisierung muß ich ähnliche Ausführungen machen wie Löbe über die Erfassung der Sachwerte. Das Scheitern unserer Sozialisierungsbestrebungen hat dazu beigetragen, die Notlage des Volkes zu verschärfen. Die sogenannte freie Wirtschaft ist völlig gescheitert. Diese Erkenntnis wird sich in immer weiteren Volksschichten durchsetzen müssen. Reparations- und Währungsfrage werden uns zu Eingriffen in die Wirtschaft zwingen, die von ungeheurer Tragweite sein müssen. Bei der Papierwirtschaft haben dieselben Zeitungen, die sonst jeden Eingriff des Staates in das Wirtschaftsleben aufs heftigste bekämpfen, sich für möglichst wirkungsvolle Zwangsmaßnahmen eingesetzt. Wir werden auf diesem und auf anderen Gebieten in den kommenden schweren Monaten in der Tat ganz anders als bisher eingreifen müssen. (Sehr richtig!) Ohne stärkste Einwirkung auf die Betriebe selbst, auf die Gütererzeugung und Güterverteilung, werden wir nicht einmal unsere dringenden Forderungen durchsetzen können. So ist z. B. ohne eine Unterstellung der Zuckerfabriken unter die Aufsicht der Gesamtheit die Zuckerversorgung des Volkes nicht sicherzustellen. In den kapitalistischen Kreisen will man sich gern mit der Republik abfinden, wenn man aus ihr eine Geldbadepublik machen kann. Als Milliardengewinne winkten, hat sich Stinnes zur Rathenau-Politik und zu den Rathenau-Verträgen bekehrt. Gerade auf wirtschaftlichem Gebiete stehen wir deshalb vor den schwersten Kämpfen. Sorgen Sie durch nimmermüde Aufklärung dafür, daß wir einen guten Erfolg erzielen, wenn wir an das Volk appellieren. (Lebhafter Beifall.)

Mollenbuhr-Kiel: Die Reichsmarine besteht zum größten Teile aus Angehörigen der ehemaligen Marinebrigaden Ehrhardt und Löwenfeld. Glaubt wirklich jemand, mit dem alten Kappisten Löwenfeld moralische Eroberungen im Auslande machen zu können? Die Marine ist im gegenwärtigen Moment für

Deutschland so überflüssig wie nur irgend etwas. Die bürgerlichen Parteien wollen sie erhalten, um die maritimen Erfahrungen nicht verloren gehen zu lassen und einen Stamm für den künftigen Wiederaufbau der Flotte zu erhalten. Wir Sozialdemokraten haben alle Ursache, dafür zu sorgen, daß das alte Lied des Militarismus nicht von neuem beginnt. Unsere Stellung gegen Reaktion und Militarismus muß genau die gleiche bleiben wie vor 1914. Dem chauvinistischen Auslande verderben wir kein Spiel am besten, wenn wir auch den Rest der ohnehin vollkommen unzulänglichen deutschen Wehrmacht preisgeben. Nur eine Verständigung mit den Nachbarn auf dem Kontinent, nicht aber irgendwelche Aktionen der deutschen Wehrmacht oder Sympathien überseeischer Länder können Deutschland sichern. Die Milliarden für Wehrzwecke könnten wir für die Opfer des Krieges, für Kultur- und Schulzwecke viel besser gebrauchen. Wenn Reichswehr und Reichsmarine Gefahren für die Republik darstellen, dann müssen wir auch die schärfsten Mittel, gegebenenfalls auch die Staatsverweigerung mit allen ihren Konsequenzen, in Betracht ziehen. Für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern reicht eine entsprechend ausgestaute Schutzpolizei durchaus aus. Ich verspreche mir nichts von der Reform der Reichswehr, auch nichts von einem republikanischen General. Allen untauglichen Mitteln ist der Abbau der Wehrmacht vorzuziehen.

Gentner-Begnitz: Wenn wir einen Maßstab an die Tätigkeit unserer Reichstagsfraktion anlegen wollen, so müssen wir vor allen Dingen berücksichtigen, daß jede deutsche Regierung von dem Willen der Entente abhängig ist, daß im Reichstag eine Minderheit sind, daß unser Staat nicht vom Parlament, sondern von einer überwiegend antidemokratischen und antisozialistischen Bureaukratie regiert wird, und daß der Großkapitalismus die Wirtschaft beherrscht. Wenn man diesen Tatbestand feststellt, müßte man eigentlich schwärzester pessimist sein, und wir wären es vielleicht alle, wenn nicht unser großes Pflichtgefühl gegenüber der Arbeiterklasse und unser großer Glaube an die Zukunft uns aufrecht erhielt. (Lebhafte Zustimmung.) Das Vertrauen der Massen erschüttern wir aber dadurch, daß wir ihnen Hoffnungen erwecken, die tatsächlich nicht erfüllt werden können. Wir können die Teuerung nicht durch gesetzliche Mittel wirksam bekämpfen, wir können höchstens die größten Auswüchse des Wuchers unterdrücken. Von der Niedrighaltung der Brot- und Wohnungspreise haben nicht die Arbeiter, sondern die Kapitalisten den Vorteil gehabt. Wir arbeiten fleißig und zahlen hohe Steuern bei äußerst eingeschränkter Lebenshaltung. Der Ertrag der Arbeit fließt dem deutschen Großkapital zu oder über die Grenzen ins Ausland. Hier muß die Fraktion prüfen, ob nicht eine Aenderung ihrer Taktik notwendig ist. Zwangswirtschaft hat mit Sozialismus nichts zu tun. Wir dürfen die Landwirtschaft mit keinem anderen Maßstab messen als die Industrie. Die Kleinbauern sind selbst Arbeiter und arbeiten mit Weib und Kind in langer Arbeitszeit unter Verzicht auf alle möglichen Lebensgenüsse. Gegen die Sicherstellung einer gewissen Getreidemenge sträubt sich auch der vernünftige Teil der Bauern nicht, aber man kann heute, nachdem der Dollar ganz anders steht als im Juni, unmöglich die Junipreise festhalten. Wir brauchen die Kleinbauern nicht nur zur Ernährung der Bevölkerung, sondern auch politisch. Wir werden überhaupt den großen Einfluß, den wir in späterer Zeit ausüben wollen, nur ausüben können, wenn wir den arbeitenden Teil des Landvolkes für uns erobern. Die Erhöhung des Ausmachungsprozentsatzes würde das Brot nur verschlechtern und minder bekömmlich machen. Wir müssen nicht zur Zwangswirtschaft zurück, sondern zur sozialistischen Wirtschaft vorwärts. Dazu müssen wir die staatlichen Betriebe gesund machen und den natürlichsten Zweig der sozialistischen Wirtschaft, nämlich die Genossenschaftsbewegung, viel fräftiger unterstützen. Wenn die großen Massen

ihre Kaufkraft zusammennehmen, können wir ein gutes Stück positiver sozialistischer Arbeit leisten. (Beifälliger Beifall.)

Dr. Adolf Braun: Ich stehe durchaus zu meinen Reden. Die Parteigenossen sollten nicht so schrecklich empfindlich und sentimentaler sein. Die Erfassung der Sachwerte war schon in dem ursprünglichen Entwurf des Erzbergerischen Notopfers angebahnt. Ich stimme mit Lölle vollkommen darin überein, daß die Erfassung der Sachwerte für uns als Sozialdemokraten eine Notwendigkeit ist. Der Schwierigkeit der Agrarfrage sind wir uns durchaus bewußt, aber daß die Ernährungsnot des deutschen Volkes von denen, die sich national nennen, so rücksichtslos ausgebeutet werden, ist ein Schandfleck der Nation. Die Landarbeiter müssen gegen die Agrarier und nicht mit den Agrariern die Erhöhung ihrer Lebenshaltung durchsetzen (Sehr richtig!), sonst sind sie letzten Endes doch die Angeführten. Was für Fehlschlüsse haben wir von dem verehrten Bauern aus Oberfranken gehört, der übrigens früher Metallarbeiter war und damals besser in Reich und Glied marschierte. Die Wiedereinführung der freien Wirtschaft war einer der größten Fehler. Ein System, bei dem wir Getreide und Kohle ausführen und amerikanisches Getreide und englische Kohle einführen, ist wirtschaftlicher Wahnsinn, und wenn Genosse Gentner von Dr. Heim noch so viel lernt, die bayerischen Bauern laufen doch nicht ihm, sondern dem Heim nach. (Sehr wahr!) Das ununterbrochene Schimpfen auf die Reichswehr ist so unpolitisch wie nur denkbar. Wir müssen doch den Soldaten beweisen, daß wir ihre Freunde sind und nicht die Deutschnationalen. Kosses Fehler war, daß er im wesentlichen nur auf die Generale gehört hat. Wir müssen Fühlung mit den Soldaten haben und müssen ihnen zeigen, daß die Republik ihnen eine ganz andere Stellung geschaffen hat, als sie im alten Heere hatten. Wir müssen den Soldaten alles das geben, was sie mit Recht fordern können, sie sollen sich als Staatsbürger fühlen, nicht mehr als Kulis zur Erhaltung des Hohenzollerniums. Die Reste von deutscher Souveränität, die uns der Versailler Vertrag gelassen hat, sollten wir nicht leichtsinnig wegwerfen; so bequem sollten wir es den Nachbarn nicht machen, daß schließlich in Deutschland niemand mehr eine Flinte trägt. Das wäre keine kluge Politik. (Sehr wahr!) Anders steht es mir der Marine. Die Notwendigkeit dieser Spielerei erscheint auch mir sehr fraglich. Die versteckten Waffen und die Geheimorganisationen, die wir haben, werden doch wohl nicht im Ernst für den Revanchekrieg bereitgestellt, denn jeder Feldwebel kann heute sagen, daß mit der jetzigen Bewaffnung Deutschlands nicht Krieg geführt werden kann. Diese Rüstungen gelten nur dem inneren Krieg, der Niederwerfung der Arbeiterklasse. (Sehr wahr!) Wenn Genosse Markwald uns vorgeworfen hat, daß die Massen auf die Straße gehen, die Führer aber sich zurückhalten, so möchte ich wissen, wer daran zweifelt, daß der Wels in der Kommandantur und alle anderen Führer in den Revolutionsstagen Mut und Opferfreudigkeit für die Republik bewiesen haben. Markwald soll doch erst nachweisen, wo er in jenen Tagen war. (Beifall.)

Hermann Müller-Berlin: Genossin Wegscheider wollte besonders in Schul- und Kulturfragen der Fraktion einige Korsettstangen einziehen, damit sie bessere Haltung bewahrt. (Heiterkeit.) Keiner in der Fraktion wird von der Behandlung der Kulturfragen durch den Reichstag befriedigt sein, aber Reparationsproblem und Brotfrage brennen uns doch noch heißer auf den Nägeln als die Kulturfragen. Es ist unangenehm, das feststellen zu müssen, aber wir konnten es bisher nicht ändern. Die Erfassung der Sachwerte stieß auf den geschlossenen Widerstand der bürgerlichen Parteien, die sich sämtlich darauf beriefen, daß erst die Reparationslast auf ein erfüllbares Maß herabgesetzt werden müsse. Sollen wir uns nun in die Ecke stellen und den Dingen ihren Lauf lassen? Wir haben an der Forderung der Erfassung der Sachwerte festgehalten, aber nicht um

ihre Willen unsere Mitarbeit an verantwortlicher Stelle aufgegeben. Die Zwangsanleihe ist leider durch die überwältigend auftretende Geldknappheit aller Unternehmungen im ursprünglichen Ausmaß undurchführbar geworden. Ueber solche Tatsachen kann sich auch die Fraktion nicht hinwegsetzen. Ueber unsere Politik gegenüber dem Völkerbund besteht seit Ende des Krieges volle Klarheit. (Sehr wahr!) Bereits auf der Berner Konferenz der Internationale haben wir uns im Februar 1919 deutlich für das Prinzip des Völkerbundes ausgesprochen. Wir denken dabei freilich an einen wirklichen Völkerbund, wie er im Göttinger Parteiprogramm umrissen ist. Selbstverständlich sind wir aber auch jederzeit bereit, in den gegenwärtigen Völkerbund einzutreten und unter den hier entwickelten Bedingungen in diesem Sinne auf die Regierung einzuwirken. Bisher aber steht dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vor allem der Wille Frankreichs entgegen. Die Forderung der Gleichberechtigung im Völkerbund erheben wir nicht deswegen, weil wir offen oder heimlich machtpolitische Ziele verfolgen, sondern weil Deutschland auf Grund seiner kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung in der Welt die Gleichberechtigung gebührt. Es darf uns auch nicht so gehen wie beim Internationalen Arbeitsamt, wo wir zwar sehr viel zu zahlen haben, aber alle hervorragenden Ämter mit Angehörigen anderer Nationen und nicht mit Deutschen besetzt sind. (Sehr gut!) Der Stinnes-Luberjac-Vertrag ist erst dadurch möglich geworden, daß die Kapitalisten der Ententeländer eine Abänderung des ursprünglichen Wiesbadener Vertrages durchgesetzt haben. Wir bedauern lebhaft, daß es trotz der Anstrengung verschiedener deutscher Ministerien seit der Revolution nicht möglich gewesen ist, früher ein Abkommen über den Wiederaufbau abzuschließen, und daß es nicht möglich gewesen ist, es auf anderer Grundlage zu schließen. Aber auch das liegt daran, daß die französische Regierung einfach nicht gewillt hat. Herr Lardieu hat sich ja gerühmt, er könne Materialien für den Wiederaufbau von Deutschland umsonst bekommen, aber er wolle im Dienste der französischen Rheinlandpolitik frei sein, die Aufträge dorthin zu geben. Die jüngste Entwicklung der Wiederaufbaufrage war übrigens nur dadurch möglich, daß die französische Gewerkschaftsbewegung durch Moskau gespalten und ohnmächtig gemacht worden ist. Wir wollen es jedenfalls nicht durch ein leichtfertiges Abwerfen der Verantwortlichkeit dahin bringen, daß dem wirtschaftlichen Stinnes-Luberjac-Vertrag ein politisches Abkommen zwischen Stinnes und Poincaré folgt, denn das könnte für die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk die schlimmsten Folgen haben. (Vielsache Zustimmung.) Eine aktivere Politik wünschen wir alle mit dem Genossen Wendel. Aber auch mit der Vereinigung werden nicht alle Hindernisse überwunden sein. Der Kampf um die Getreidemulage war gewiß kein schöner Kampf, und die Resultate sind auch nicht besonders schön; aber wir haben ihn geführt Schulter an Schulter mit den Unabhängigen, genau ebenso wie den Kampf für die Befehle zum Schutze der Republik. Und trotz dieser Einigung und trotz der günstigen Stimmung hat unsere Macht in den tatsächlichen und persönlichen Verhältnissen ihre Grenze gefunden. Beim Abschluß des Steuerkompromisses habe ich natürlich nicht, wie General Hoffmann, sozusagen auf den Tisch geschlagen. Es war einer der allerunangenehmsten Kämpfe, die wir je haben durchmachen müssen. (Sehr wahr!) Am Ende des Kampfes hat mir der alte Spahn gesagt: „Herr Kollege Müller, so kann man Verhandlungen nicht führen!“ Auch mit mehr Eifer, Begeisterung und Ueberchwänglichkeit hätten wir kein Sota mehr erreicht. Es ist nicht richtig, wenn Markwald aus dem Bericht des Parteivorstandes zitiert, ohne Sozialdemokratie könne nicht mehr regiert werden. Eine solche Festlegung auf die Koalitionspolitik haben wir bisher immer vermieden. Im Vorstandsbereich steht nur — und das glaube ich allerdings —, daß in vielen für das Proletariat

wichtigen Fragen auf die Dauer eine Politik gegen uns nicht geführt werden kann. Für viele Kritiker der Fraktion scheint der Austritt aus der Regierung oder die Drohung damit eine Art Allheilmittel für die Ueberwindung aller Schwierigkeiten zu sein. (Heiterkeit.) Aber damit wird der Arbeiterklasse und dem deutschen Volke am wenigsten gedient, wenn wir alle paar Monate einen Regierungswechsel haben. (Sehr wahr!) Wir brauchen eine gewisse Stetigkeit. Wir haben alle Ursache, Krisen zu vermeiden, soweit das mit den Interessen der Arbeiterklasse irgend verträglich ist, und wir haben sie dann durchzuführen, wenn es das Interesse der Arbeiterklasse verlangt. Wollten wir dauernd aus der Regierung herausgehen und uns in der Oppositionspolitik festlegen, so käme das praktisch dem Kapital und der Bourgeoisie zugute. Ich frage deshalb den Parteitag: Können wir unsere Politik so einstellen, daß auf die Dauer Schicksal und Rettung der deutschen Republik bei Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei liegen mit der Rückenstellung der Deutschnationalen, die sie brauchen, um die Mehrheit im Parlament und ihre Regierung zu erhalten? (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Die Fortsetzung der Debatte wird auf nachmittags vertagt.

Nachmittagsitzung.

Die Debatte über den Fraktionsbericht wird fortgesetzt.

Schäfer-Saarbrücken: Wir im Saargebiet würden aufatmen, wenn Deutschland im Völkerbund wäre. Die heutigen Methoden, mit denen der Völkerbund das Saargebiet durch eine Kommission verwaltet, spotten jeder Beschreibung. Der einzige Deutsche in der Regierungskommission ist ein Französling, der die ganze Französisierungspolitik mitmacht. Die Regierungskommission versucht alles mögliche, um jede Berührung der Saarbevölkerung mit dem Deutschen Reiche unmöglich zu machen. Man läßt es nicht zu, daß Vertreter politischer Parteien, der Gewerkschaften oder anerkannte Vertreter der Wissenschaft nach dem Saargebiet kommen, um zur Bevölkerung zu sprechen. Entschiedenste Verwahrung müssen wir gegen die Behauptung des Engländers Balfour in der letzten Völkerbundversammlung einlegen, daß im Saargebiet gewissermaßen eine Irredenta an der Arbeit sei, die Haß und Zwietracht säe. Wir wenden uns im Saargebiet mit Leidenschaft nur gegen die an uns versuchte Unterdrückung und Entrechtung. Wirtschaftlich ist durch den Dualismus zwischen Markt und Franken ein geradezu unerträglicher Zustand geschaffen. Das Regierungskollegium von fünf Mann, das aus einem Engländer, einem Franzosen, einem Dänen, einem Belgier und einem deutschen Französling besteht, hat insgesamt nach dem heutigen Frankenturse ein Gehalt von 66 Millionen Mark. (Hört, hört!) Demgegenüber sind Rentenempfänger und Kriegsbeschädigte direkt dem Hungertode ausgeliefert. Freilich hat mit dem Franken kein Saarländer sein Deutschtum verkauft. (Bravo!) Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden haben wir bisher erfolgreich verteidigt. Mit der Errichtung eines Landesrates wollte die Regierungskommission sich ein demokratisches Feigenblatt verschaffen und zugleich eine Spaltung in Einheimische und Zugewanderte herbeiführen. Aber schon die erste Sitzung des Landesrates hat gezeigt, wie sehr die Herren sich verrechnet haben. Beim Erzberger-Mord hat man uns keine Demonstration gestattet, weil die Vorgänge in Deutschland uns überhaupt nichts angingen. (Hört, hört!) Beim Rathenau-Mord haben wir die Genehmigung zur Demonstration erzwungen. Am 11. August haben wir uns nicht verbieten lassen, die deutschen Reichsfarben zu zeigen. Als man ihre Entfernung verlangte, haben wir zunächst die Entfernung der französischen Fahnen gefordert, die das ganze Jahr über im Saarrevier aushängen und dort gar nichts zu suchen haben. Auch fremdes

Militär treibt sich dort noch immer haufenweise herum. Beim Eisenbahnerstreik 1920 wurde Saarbrücken geradezu in ein Feldlager verwandelt.

Der frühere französische Ministerpräsident Briand hat im vorigen Jahre in einer Kammerrede gesagt, daß sich die Saarbevölkerung des freiheitlichen französischen Regimes freue. Dieser Lüge muß Deutschland in der ganzen Welt energischer entgegentreten als bisher. Wir teilen alle Empfindungen des Genossen Sollmann gegenüber der Besatzungsgewalt, und wir können Ihnen versichern, daß alle Aspirationen Frankreichs auf das Saargebiet an unserm Widerstande zerschellen werden. Wir werden das Saargebiet wieder als ein deutsches Gebiet zurückgeben und hoffentlich als ein gut sozialistisch eingestelltes Gebiet. (Lebhafter Beifall.)

Edstein-Breslau: Genosse Markwald hat niemals eine Äußerung getan, wie Braun sie zitiert hat, daß die Massen auf die Straße gingen und die Führer zu Haus blieben. Den Kampf gegen die Reichswehr hat Braun als das Unpolitischste getadelt, was es gäbe. Aber wir kämpfen gar nicht gegen die Mannschaften oder Unteroffiziere und auch nicht gegen die Offiziere der Reichswehr, sondern gegen den Reichswehrgeist, diesen reaktionären Ungeist, der tatsächlich fast die ganze Reichswehr beherrscht. Militärisch kann uns die Reichswehr selbst für den Grenzschutz außerordentlich wenig nützen, denn es fehlt ihr der ganze technische Apparat an Flugzeugen und Tanks. Lediglich in gewissen Auslandstreffen erzeugt die Reichswehr die Illusion des Revanchekrieges. (Zuruf: Die wissen genau Bescheid!) Aber die Kreise um Poincaré und Lardieu sind eben von ständigem Mißtrauen erfüllt. (Zuruf: Sie tun so!) Die verstedten Waffen sollen nach der Vorstellung mancher Leute im Inlande und vieler Leute im Auslande doch dem Revanchekrieg dienen. Gegen innere Unruhen sichert die Schutzpolizei viel besser und unblutiger als die Reichswehr, wie sich beim Märzputch 1921 gezeigt hat. (Zuruf: Inzwischen hat die Entente die Schutzpolizei halb aufgelöst!) Die Stetigkeit der Politik der Partei darf nicht dazu führen, daß die Reichswehr ständig entrepublikanisiert wird und die Arbeiterfeindschaft immer weitergreift. — Ueber das Schicksal der Anträge, die der vorige Parteitag der Fraktion überwiesen hat, ist uns nicht einmal Bericht erstattet worden. Wir wollen in Zukunft wenigstens wissen, wo unsere Kinder begraben sind. (Heiterkeit.) Redner begründet dann zwei Breslauer Anträge auf Beschleunigung des Ausführungsgesetzes zum Artikel 48 der Reichsverfassung über die Verhängung des Ausnahmezustandes und Neueinteilung der Wahlkreise zum Zwecke ihrer Verkleinerung. Bei kleineren Wahlkreisen mit zwei oder drei Abgeordneten würden die persönlichen Beziehungen des Abgeordneten zu seinem Kreis wieder enger werden. (Zuruf: Darunter würde die sachliche Arbeit sehr leiden! Dabei würde nur die Krähwinkelerei gedeihen!) Zur Berücksichtigung der allgemeinen Parteiinteressen genügt schon ein Druck des Bezirksvorstandes. (Zuruf: Die Parteinstanzen drücken nicht! — Heiterkeit.)

Frau Grünberg-Nürnberg: Noch vor kurzer Zeit kostete die Rolle Nähgarn 40 Mk., vor vierzehn Tagen 260 Mk., heute 400 bis 500 Mk. (Bewegung.) Die Folgen sind unabsehbar. Neuanschaffungen von Kleidung und Wäsche sind meistens unendlich. Jetzt können die Leute auch nicht mehr flicken. Kindern und Erwachsenen fehlt das Hemd am Leibe, auch die Bettwäsche fehlt, und die schmutzigen Inlette verbreiten Krankheitskeime. Krankentassen und Wohlfahrtspflege werden die Folgen der Unreinlichkeit und Gesundheitschädigung bald zu kosten bekommen. Die Fraktion muß gegen den Nähfadenvucher alles Erdentliche tun. — Mit der Befindeordnung hat die Revolution aufgeräumt, aber noch fehlt das Reichshaushaltsstellenrecht. Nach einem Gesetzentwurf, der im reaktionären Reichswirtschaftsrat ausgearbeitet wird, soll die fünfzehnstündige Arbeitszeit für die Hausangestellten eingeführt werden. Dabei

sind die Löhne der Hausangestellten gerade in den reichen Häusern vielfach ganz jammervoll. Die Reichstagsfraktion darf und wird keinem Ausnahmegegesetz gegen die Hausangestellten zustimmen. (Beifall.)

Pietzsch-Breslau: Unsere Genossen im Reichstag verdienen für ihre Tätigkeit unsern Dank, aber trotzdem können wir nicht darauf verzichten, unsere Wünsche vorzutragen. Von einer Erhöhung der Ausmahlungsquote versprechen wir uns gar nichts. Nur größere Energie bei der Erfassung der Vorräte kann die Ernährung sicherstellen. Der Ausbau der Bezirkswirtschaftsräte sollte nicht länger aufgeschoben werden. Zu den wichtigen Aufgaben der Sozialreform gehört auch die Verbesserung des Genossenschaftsgesetzes, denn die Konsumgenossenschaften können uns manchen praktischen Fortschritt zum Sozialismus bringen.

Dr. Leber-Lübeck: In der französischen wie in der deutschen Presse herrscht die gleiche Unklarheit über die Ziele der französischen Politik. Es sind ihrer zwei: das Ziel Poincarés und der französischen Großindustrie, die deutsche Großindustrie durch das Sinken der Valuta, durch Mangel an Betriebskapital usw. so lange niederzuhalten, bis Frankreich sich ebenbürtig an die Seite Deutschlands gestellt hat, und das Ziel Tardieus: Weltmachtpolitik im Stile Ludwigs XIV. zu treiben. Darüber kann man sich aus den wenigen ehrlichen Blättern, insbesondere dem „Oeuvre“, ein ziemlich klares Bild machen. Ausgeschlossen erscheint mir, daß irgend jemand ernsthaft mit einer kriegerischen Entwicklung zwischen Frankreich und England rechnet, und daß England Frankreich im geringsten fürchtet. (Zustimmung und Widerspruch.) England hält an der Entente nur deshalb so fest, weil es sonst Frankreichs Abenteuerpolitik gar nicht mehr zurückschalten könnte. Die Masse der Franzosen fürchtet sehr lebhaft die deutsche Revolution. Deshalb sind Äußerungen nach Art der des Genossen Sollmann überaus schädlich. Wir Deutsche müssen kühle Verstandespolitik treiben und keine gefühlsmäßigen Reden halten. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

In einer Erklärung macht **Hermann Müller** darauf aufmerksam, daß der Reichstag den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über Heer und Marine angenommen hat, und solange das Ergebnis dieser Untersuchung nicht vorliegt, könne man unmöglich beschließen, die Entsendung des Reichswehrministers Gessler zu fordern. Rein parlamentarisch sei infolgedessen der dahin zielende Antrag 327 unannehmbar.

Persönlich bemerkt

Schmidt-Röpenich, daß man über die These, die Landarbeiter sollten nicht mit den Agrariern, sondern gegen die Agrarier ihre Lage verbessern, vielleicht noch einmal deutlicher reden könne. Die Tatsache, daß die Landarbeiter in der Produktion von Getreide und Kartoffeln tätig seien, berechtige jedenfalls nicht zu dem Verlangen, daß dieser Beruf die Produktion allein gemeinwirtschaftlich betreibe. Die Landarbeiter seien für Planwirtschaft auf allen Gebieten, aber nicht für einseitige Bindung der Landwirtschaft.

Das Schlußwort hat

Vogel-Nürnberg: Die Kritik an der Fraktion war nur der Ausdruck der Unzufriedenheit über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Bei der Kritik darf jedenfalls nie vergessen werden, wie die Parteienstärke im Reichstage ist. Wenn Eckstein darin recht hat, daß der Reichswehr infolge Mangels an Großkampfmitteln ein sehr geringer Kampfwert zukommt, so weiß das die Entente sicherlich genauer als wir. Woher also die Furcht vor dem Revanchekrieg? Sie ist nur Vorwand, um die Arbeiter des eigenen Landes nationalistisch-imperialistisch irreführen zu können. Bei einer Kritik der Reichswehr darf man ihre Geschichte nicht vergessen. Gend sich schon wirklich einmal ein Arbeiter, der in die Reichswehr ging, so wurde er als Bluthund und

Arbeiterverräter bezeichnet. So haben wir die Rekrutierung der Reichswehr aus Bauernsöhnen und Indifferenten geradezu erzwungen. (Sehr richtig!) Die Besetzung des Reichswehrministeriums ist schließlich eine Personenfrage. Wir dürfen die Gefahr der Reichswehr nicht unterschätzen, aber wir brauchen auch nicht über jeden monarchistischen Offizier, der sich nicht rasch genug umstellt, nervös zu werden.

In der Debatte ist auch wieder mehrfach die Koalitionsfrage angeschnitten worden. Ich habe das Gefühl, daß gerade der Böttiger Beschluß uns die Möglichkeit gegeben hat, eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei zu verhindern. (Sehr wahr!) Wie schädlich eine Festlegung ist, hat wieder die Festlegung der Unabhängigen in der Steuerfrage bewiesen, ohne die noch manches für die Arbeiter herauszuholen gewesen wäre. Am besten lassen wir es beim Böttiger Beschluß bewenden.

An Anträgen liegt wieder ein sehr großer Haufen vor, und es wäre erwünscht, wenn man in Zukunft etwas sparsamer damit würde. (Sehr richtig!) Unberücksichtigt hat die Fraktion die auf dem Parteitag angenommenen Anträge nicht gelassen; sie ist auch gern bereit, dem nächsten Parteitag jeweils Bericht zu erstatten. Im übrigen dürfen Sie überzeugt sein, daß die Fraktion keiner Kritik abgeneigt ist, nur darf man uns nie den guten Willen absprechen. Wir haben alle das Gefühl gewissenhafter Pflichterfüllung und sind überzeugt, daß jedes Fraktionsmitglied bemüht ist, in vollem Maße seine Schuldigkeit zu tun. Kameradschaftlichkeit und Zusammengehörigkeitsgefühl mögen auch in der verstärkten Fraktion vorherrschend bleiben zum Nutzen der deutschen Arbeiterbewegung und zum Nutzen der geeinten starken Partei. (Beifall.)

Es folgen die **Abstimmungen.**

In der Resolution 324 über die wirtschaftlichen und Ernährungsfragen wird der Passus über die erhöhte Ausmahlungsquote gestrichen. Im übrigen wird die Resolution unter Hinzufügung des Antrages 333 als Ziffer 12 angenommen. Zur bayerischen Frage wird Antrag 190 angenommen, zur Flagenfrage die Anträge 114 und 116, zum Wohnungsbau, Mieterschutz die Resolution Sollmann 332, zu den Fragen der Sozialpolitik die Resolution Hoch 338. Die Anträge gegen den Papierwucher werden unter Ablehnung des Antrages 325 der Reichstagsfraktion zur Berücksichtigung überwiesen, ebenso die Anträge auf Aenderung des Wahlgesetzes und auf baldigen Erlaß des Ausführungsgesetzes zum Artikel 48 der Reichsverfassung. Abgelehnt wird Antrag 150 (Verbot der Koalition mit der Deutschen Volkspartei). Sämtliche Anträge zu Beamtenfragen werden der Fraktion als Material überwiesen. Antrag 152, der die Erweiterung der Koalition nach links fordert, ist durch die bevorstehende Einigung überholt. Die Anträge betreffend den Schutz der Republik, die Demokratisierung der Verwaltung und die Abfindung der Fürsten gelten als erledigt durch Annahme der Resolution 337. Die Anträge 181 und 188 betreffend Propaganda für die Republik werden der Fraktion überwiesen. Zur Reichswehr werden die Anträge 315 und 321 angenommen. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung über Antrag 327, der sich mit der Person des Reichswehrministers Gessler beschäftigt, ist nicht mehr genügend unterstützt, nachdem 10 Antragsteller ihre Unterschrift zurückgezogen haben.

Markwald-Frankfurt a. Main (zur Geschäftsordnung): Mit Rücksicht auf die Annahme des Antrages 321, der eine Republikanisierung der Reichswehr an Haupt und Gliedern fordert, ziehen wir den Antrag 327 zurück.

Antrag 183 (Verbot der Beförderung zu Reserveoffizieren) wird angenommen, ebenso 182 über die Besetzung der deutschen Auslandsvertretungen mit zuverlässigen Republikanern. Den zuständigen Fraktionen werden überwiesen die Anträge 173 über Jagdpachtverträge, 159 über Aufhebung der Standesherr-

schaften und Verteilung ihres Grundbesitzes an benachbarte Gemeinden, und 198, daß bei der nächsten Steuervorlage unbedingt die Sachwerte erfaßt werden müßten. Antrag 196 zur Steuerfrage wird angenommen, Antrag 197 über öffentliche Auslegung aller Steuererklärungen abgelehnt. Antrag 199a über Befreiung invalider Hausierer von der Umsatzsteuer wird als undurchführbar abgelehnt, Antrag 200 über die Reichsgrundsteuer wird der Fraktion überwiesen, ebenso Antrag 206 über das steuerfreie Existenzminimum und Antrag 209 über die Befreiung der Konsumgenossenschaften von der Umsatzsteuer. Die Anträge 212, 213, 214 über republikanische Feiertage werden angenommen. Der Fraktion überwiesen werden die bevölkerungspolitischen Anträge 238, 267 und 271, Antrag 237 über das Impfwesen, Antrag 236 über Urbarmachung von bergbaulich genutzten Flächen, Antrag 248 über Pachigesetze. Abgelehnt wird Antrag 272, der fordert, die Staatsstraßen mit Teerguß zu versehen. (Heiterkeit.) Angenommen wird Antrag 308 über die Sozialisierung des Bergbaues, Antrag 317 über das Hilfswert für Oberschlesien, Antrag 323 gegen den Nähgarnwucher, Antrag 326 gegen den Ententemilitarismus im besetzten Gebiet und Antrag 322 für die Schutzpolizeibeamten. Der Fraktion überwiesen wird Antrag 318 zugunsten der Kriegswaisen und der Kinder Kriegsbeschädigter. Von den Anträgen betreffend den Völkerbund wird der Antrag 328 (Löbe) angenommen. Angenommen werden auch Antrag 270 gegen die Zwangslieferung der Reparationskohle und Antrag 336 auf ein Reichsgesetz für Hausangestellte. Antrag 129 Abs. 2 — Schaffung eines Reichsspielplatzgesetzes — wird der Fraktion überwiesen.

Nachdem der Parteitag unter lebhaftem Beifall von einem Begrüßungstelegramm parteigenössischer Schutzpolizeibeamten Kenntnis genommen hat, wird die Weiterberatung auf Donnerstag vormittag vertagt.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 21. September 1922, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender Wels eröffnet die Sitzung und teilt ein Schreiben der Sozialistischen Partei Frankreichs, gezeichnet Paul Faure, mit, die bedauert, keine Vertretung zum Parteitag schicken zu können, aber eine Delegation für den Nürnberger Einigungsparteitag ankündigt. Das Schreiben spricht die Hoffnung aus, daß der deutsche Sozialismus aus seiner Krise gestärkt hervorgehen möge, und bittet die deutschen Sozialdemokraten, an die brüderliche Stimmung der Sozialistischen Partei Frankreichs zu glauben. (Lebhafter Beifall.)

Zur Illustration der gestrigen Ausführungen des Genossen Schäfer über die Zustände im Saarrevier gibt Vorsitzender Wels folgendes Telegramm bekannt:

„Redakteure der „Volksstimme“-Saarbrücken, Rausch und Lehmann, ohne Angabe von Gründen Aufenthaltswilligung entzogen; müssen binnen 24 Stunden Land verlassen. Zeitung ohne Redakteure.“ (Wutrufe und Bewegung.)

Namens des Parteivorstandes verspricht Wels, alles zu tun, um durch den Völkerbund die gefährdeten Interessen der Bevölkerung im Saarland zu schützen. (Beifall.)

Als nächster Gegenstand der Tagesordnung folgt das Referat über die

Internationale und die Einigung des Proletariats.

Referent Wels: Die Versuchung ist groß, am heutigen Tage die Geschichte der Partei, die Geschichte der Spaltung insbesondere, eingehend zu behandeln. Aber einigermaßen schreckt davor das Wort Goethes zurück, daß die Geschichte,

auch die beste, immer etwas Leichenhaftes, den Geruch der Leichengruft an sich trägt. Die Spaltung der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung darstellen, hieße das ganze Elend und die verhältnismäßige Einflußlosigkeit der sozialistischen Parteien in den verschiedensten Ländern zu schildern. Aber über all den Bruderkampf hinaus geht die große Sehnsucht der Arbeiterklasse nach Wiederherstellung der Einheit, und diese Sehnsucht ist so groß, daß das Geschrei über die Herstellung der Einheitsfront auch heute noch in demagogischer Weise als Mittel zur weiteren Zersplitterung benutzt wird.

Die Geschichte der Internationalen ist eine Geschichte der Bruderkämpfe. Aus diesem Grunde haben die Väter des Erfurter Programms die Einheit über alles gestellt und den ganzen Erfolg der Arbeiterbewegung von der Einheit abhängig gemacht, in den bekannten Worten: „Die Arbeiterklasse kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne daß sie den Besitz der politischen Macht erobert hat. Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.“ Der Kampf um die Eroberung der politischen Macht, um die Eroberung der Staatsgewalt trug den Keim der Trennung schon in die erste Internationale. Er war der Inhalt des Kampfes zwischen Bakunin und Marx. Bakunin wollte die Staatsgewalt zerstören, Marx sie für das Proletariat erobern. Bakunin bekämpfte jede politische Tätigkeit zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse im Gegenwartsstaat; Marx förderte sie und begrüßte die Eroberung des Neunjahrestages in England als einen Sieg des Prinzips. Bakunin erhob gegen Marx den Vorwurf, er schlummere die revolutionäre Energie der Masse ein. Aber von dem Tage an, an welchem im Jahre 1875, ein Jahr vor seinem Tode, Bakunin schrieb, die Stunde der Revolution sei vorüber, der Masse fehlten revolutionäre Gedanken, Hoffnungen und Leidenschaften, man sei aus der Phase der Revolution in die der Evolution gekommen — also von dem Tage an, da die revolutionäre Energie der Bewegung Bakunins zusammenbrach, begann die deutsche Arbeiterklasse, durchdrungen von marxistischem Geiste, ihren systematischen Vormarsch. Nur eine Hoffnung, schrieb Bakunin damals, bestünde noch, das sei der Ausbruch des Weltkrieges. Wie Bakunin haben mit dem Gedanken des Weltkrieges andere den Gedanken der Weltrevolution propagiert und geglaubt, ganze Epochen der wirtschaftlichen Entwicklung in revolutionärem Elan überspringen zu können. Mit derselben Leidenschaft, wie einst Bakunin gegen Marx, kämpft heute der sogenannte Kommunismus gegen die Politik des demokratischen Sozialismus. Aber er braucht den Namen von Marx, nicht den Namen von Bakunin, und verleugnet damit seine geistige Herkunft. Er fährt unter falscher Flagge und bekämpft Marx im Namen von Marx, aber im Geist von Bakunin. Anarchistisch oder sozialistisch, bakunistisch oder marxistisch, das ist für die deutsche, für die internationale Arbeiterbewegung die große Frage der Gegenwart und Zukunft. Dazwischen gibt es keinen Ausgleich, dazwischen keine Vereinigung. Wie einst Marx und Engels die Erste Internationale tatsächlich begruben, indem sie Verlegung ihres Sitzes nach New York beantragten, lieber, als daß sie ihre Leitung in die Hände Bakunins geraten ließen, so müssen wir kämpfen für unsere Grundsätze, die wir von unseren Großen übernommen haben, dürfen sie nicht aufgeben und können das um so weniger, als die Zerreißung der Zweiten Internationale in frivoller Weise von denen herbeigeführt worden ist, die auch heute noch die Spaltung der Arbeiterbewegung zur höheren Ehre des Kapitalismus in allen Ländern betreiben. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Ruf nach der internationalen Einheitsfront wird drastisch illustriert durch die Tage von Zimmerwald und Kienthal. Wenn wir in die wenigen Hefte des „Vorboten“ und in die Richtlinien von Zimmerwald hineinschauen, finden wir alsbald den Satz: „Aber eine solche rücksichtslose Offenheit hat zur Konsequenz

die Spaltung der nationalen wie der internationalen Arbeiterbewegung, und über die Notwendigkeit dieser Spaltung müssen wir die Massen aufklären.“ (Hört! hört!) Oder die Worte Sinowjews, des jetzigen Hohenpriesters der Kommunisten in Moskau: „Niemand fordert von uns die sofortige Spaltung. Das Tempo und die Auswahl der geeigneten Momente bleibt selbstverständlich der Wahl der Genossen in den betreffenden Ländern überlassen. Nur über Ziel und Weg müssen wir uns klar sein. Hauptache also ist die Spaltung.“ (Lebhaftes hört! hört!) Trotzdem hat die Zweite Internationale eine größere Lebenskraft bewiesen, als irgendwer während des Krieges annehmen konnte. Ich habe noch das Wort Brantings in Erinnerung, das er im Jahre 1915 nach der Rückkehr aus Frankreich und England in Berlin im Bureau des Parteivorstandes aussprach: Die Verbitterung in jenen Ländern sei so groß, daß noch zehn Jahre nach dem Krieg vergehen würden, ehe die Genossen von Frankreich, England und Belgien sich mit denen von Deutschland wieder einmal die Hand reichten. Wir alle entsinnen uns der Bemühungen, besonders der holländischen und dänischen Parteigenossen, im Jahre 1917 die Stockholmer Konferenz zusammenzubringen. (Bravo.) Wir in Deutschland entsinnen uns besonders, welche Hoffnungen in allen Kreisen der Bevölkerung mit dieser Tagung verknüpft waren. Damals war die internationale Sozialdemokratie, die man zu den ersten Gefallenen des Weltkrieges rechnen zu können meinte, die Hoffnung der unter dem Krieg leidenden Massen in den Ländern der Mittelmächte. Und kaum war das Morden zu Ende, da kam, viel früher, als der glühendste Optimist zu hoffen gewagt hätte, die Internationale im Januar 1919 in Bern wieder zusammen. Die Richtlinien über die Demokratie ließen es noch nicht zu einer völligen Uebereinstimmung kommen, weil die Frage der Diktatur des Proletariats in die Diskussion hineinspielte, die von unseren Vorkämpfern immer nur im Sinne des Mehrheitsprinzips betont worden ist. Aber die übergroße Mehrheit nahm eine Entschließung auf Einberufung eines allgemeinen Sozialistenkongresses in kürzester Frist an. Es folgte die Konferenz von Amsterdam, die zu den bevorstehenden Friedensverträgen Stellung nahm, es folgten die Konferenzen von Luzern und Genf. Leider wurde zwischen Luzern und Genf der Gegensatz unter den sozialistischen Parteien, die im gemeinsamen Kampf gegen die Moskauer Internationale, gegen die modernen Anhänger Bakunins standen, so stark, daß die Gründung der Wiener Arbeitsgemeinschaft erfolgte, die sich als prinzipielles und taktisches Mittelglied zwischen der Zweiten und Dritten Internationale betrachtete. Aber die innige politische Zusammenarbeit der deutschen Sozialdemokratie mit den übrigen Parteien der Internationale vermochte diese Gründung nicht zu erschüttern, und seit in Genf der Sitz des Internationalen Bureaus von Brüssel nach London verlegt wurde, seit die englische Arbeiterbewegung die große Aufgabe übernahm, die internationale Einigung des Proletariats herbeizuführen, sind die internationalen Beziehungen — ich kann das mit Stolz und Freude feststellen — immer inniger und herzlicher geworden. (Lebhafter Beifall.) Das ständige Zusammenarbeiten hat zu steigendem Verständnis für die Lage der deutschen Arbeiter, namentlich innerhalb der englischen Arbeiterklasse beigetragen, und der gemeinsame Kampf gegen die wirtschaftsverwüstenden Folgen des Versailler Vertrages hat zu einer Einheit der Auffassung geführt, die, entsprechend der Stärke der Parteien, sich auch im öffentlichen politischen Leben insbesondere Englands durchzusetzen vermochte. Wir danken der englischen Arbeiterpartei, wir danken Henderson und dem bisherigen Sekretär der Internationale Mac Donald, daß sie unausgesetzt bemüht waren, auch die Fäden zur Wiener Arbeitsgemeinschaft und den ihr angeschlossenen Sektionen immer neu zu knüpfen. Denn diese Bemühungen führten im Vorjahre zu der Verständigung der Internationalen in Amsterdam und grundsätzlich auch schon zur gleichen Beurteilung der politischen Lage in Europa mit der

Wiener Arbeitsgemeinschaft, wenn auch noch nicht zu einheitlichen Beschlüssen, weil einige Mitglieder der Exekutive der Wiener Arbeitsgemeinschaft sich weigerten, sich mit uns an einen Tisch zu setzen. Aber dann folgte die Fünf-Länder-Konferenz in Frankfurt a. M., die im Interesse des Wiederaufbaus von Frankreich, im Interesse der deutschen Reparationsleistungen und der ökonomischen Wiederherstellung von Europa die Aufhebung der Okkupation und die Revision des Versailler Vertrages forderte. Den Vorwurf der Intransigenz wird niemand gegen die Zweite Internationale erheben können. Er fällt in sich zusammen, wenn man allein daran denkt, daß zur Konferenz in Frankfurt a. M. nicht nur die sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Englands und Oesterreichs, sondern auch die kommunistischen Parteien dieser Länder Einladungen erhalten hatten. Freilich waren sie nicht erschienen, sie, die Kommunisten, die begeisterten Apostel der Einheitsfront des kämpfenden Proletariats. Denn damals war die Zentrale der deutschen KPD. noch gegen jede Verbindung mit den „Verrätern“. Ganz plötzlich trat hier die Schwenkung ein. Genau über Nacht wurde das führende Organ der deutschen Kommunisten, die „Rote Fahne“ in Berlin vom Gegner der internationalen Zusammenarbeit zum Anhänger. Eine neue Anweisung von Moskau hatte den Befehl gebracht, und so veröffentlichte die „Rote Fahne“ den Antrag der Zentrale der deutschen KPD. an das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale, unverzüglich eine internationale Einheitsfront zu schaffen. Dieser Antrag Deutschlands ist auf Befehl von Moskau gestellt worden — der Beweis dafür ist schlüssig. Sie kennen den Brief Rabets, den die Zeitschrift „Unser Weg“ veröffentlicht hat. Er ist ein klassisches Dokument der Unehrlichkeit der ganzen kommunistischen Bewegung. (Sehr wahr!) In diesem Brief schreibt Rabet an die Genossen Selig, Talheimer, Hedert usw., daß die KPD. die Verantwortlichkeit für die März-Aktion auf sich nehmen solle. In der Moskauer Zentrale arbeite Sinowjew an einem Entwurf zur Frage der gemeinsamen Front. Der Grundgedanke sei, sich an die Amsterdamer, an die Zweite und Zweieinhalbte Internationale mit Vorschlägen für gemeinsame Demonstrationen zu wenden gegen neue Nüftungen, für Annullierung der Kriegsschulden, gegen die Behebung des Ruhrreviers, für die Revision des Versailler Friedens. Die anderen Internationalen hätten so oft geschrien: „Nie wieder Krieg!“, daß sie sich jetzt diesen Rundgebungen nicht entziehen könnten. Scheidemann sei interessiert an dem Protest gegen die Reparations-Schulds, Lloyd George werde eine Demonstration gegen Frankreich begrüßen, also mache auch Henderson mit, und ginge man in dieser Sache mit den Kommunisten zusammen, nie werde man später ein gemeinsames Vorgehen ablehnen können. Durch ein gemeinsames Auftreten aber erhielten die Kommunisten Fühlung mit Arbeitermassen, von denen sie bisher isoliert seien, und sie könnten dann zu ihnen sprechen, wie ihnen der Schnabel gewachsen sei. (Hört! hört!) Durch die Spaltung hätten die Kommunisten eine Avantgarde aufgestellt, jetzt handele es sich darum, durch die Lösung der Einheitsfront die Reserven heranzuziehen. (Hört! hört!) Die allgemeine Front wird also nicht zur Einheit, sondern zur Fortsetzung der Spaltung gepredigt. Rabet schreibt weiter, daß die kommunistische Partei in der Einheitsfront selbstverständlich nicht vergessen dürfe, daß sie eine politisch, geistig und organisatorisch selbständige Kraft sei. Darum seien die Tendenzen der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft so gefährlich, und jede Idee der Annäherung an die kommunistische Arbeitsgemeinschaft ein Verbrechen. Einzelne ihrer Mitglieder könnten zurück assimiliert werden, aber das Gros sei Gift für den Kommunismus, der jetzt Gott sei Dank aus dem Organismus der Partei ausgeschieden sei.

Parteigenossen! Wenn schon die kommunistische Arbeitsgemeinschaft Gift für die Einheitsfront, wie sie von den Kommunisten gewünscht wurde, ist, wieviel

mehr müssen nun erst Unabhängige und wir Mehrheitssozialdemokraten Gift in ihren Augen für die Herstellung der von ihnen gewünschten Einheitsfront darstellen! Dieser Brief zeigt klar, daß es sich nicht um das ehrliche Streben, die Einheitsfront herbeizuführen, handelt, sondern, wie Bedi sich ausdrückt, um ein faktisches ober, wie es die „Freiheit“ noch schärfer verurteilend schrieb, daß man es mit einem raffinierten Manöver zu tun hat. (Sehr richtig!)

Dieser Brief gab vor allem die Veranlassung dazu, daß von der Zweiten Internationale aus, in den Verhandlungen mit der Wiener Arbeitsgemeinschaft in Frankfurt a. M., als Vorbedingung für die Einberufung eines allgemeinen Weltkongresses mit der Dritten Internationale die Bedingung gestellt wurde, daß wir zunächst die Ueberzeugung gewinnen müßten, daß die kommunistische Internationale die weitere Zellenbildung und Spaltung in den Gewerkschaften und in den sozialistischen Parteien unterlasse, daß die Frage Georgiens und des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowie der gefangenen Menschewisten und Sozialrevolutionäre in Rußland zur Sprache gebracht werden könne. Wir gingen dabei von der Auffassung aus, daß zu einer Kampfgemeinschaft ein Mindestmaß von Vertrauen zu denen gehöre, mit denen wir uns in einem Kampfe verbünden sollen. (Sehr richtig!)

Am 2. April traten die Exekutiven der drei Internationalen in Berlin zu Verhandlungen zusammen. Berichte über diese Verhandlungen sind durch die Presse gegangen. Unsere Bedingungen wurden von uns zur Sprache gebracht und die Einsetzung einer Neuerkommission beschlossen, die beauftragt war, die Hindernisse zu prüfen und zu beseitigen, die einer gemeinsamen Arbeit im Wege ständen. Leider hat die Einsetzung dieser Neuerkommission einen Einfluß auf die bisher von den Kommunisten befolgte Politik nicht gehabt. In einer Konferenz der Zweiten Internationale, die am 20. Mai in Köln stattfand, wurde aus allen Ländern berichtet, daß die Politik der Spaltung, des Angriffs, der Beschimpfung ihren Fortgang genommen habe, daß gewisse Bürgschaften, die vor dem Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre für die Kampagne der Moskauer Richtung nicht eingelöst waren, sondern Leidenschaften aufgestachelt wurden, um so eine wild erregte öffentliche Meinung in Rußland zu schaffen. Die Verhandlungen brachten den Beweis, daß man insbesondere in Rußland nicht daran dachte, die in anderen Ländern geforderte Einheitsfront mit der Sozialdemokratie auch auf die Menschewisten und auf die Sozialrevolutionäre auszudehnen. Die gemeinsam beschlossenen Demonstrationen am 20. April und 1. Mai beging man in Moskau unter Vorantragung von Fahnen mit der Aufschrift: Tod den Sozialdemokraten! (Hört! hört!)

Alle diese Beobachtungen wurden in der Konferenz der Neuerkommission zum Vortrag gebracht, und nun zeigte sich klar, welche außenpolitischen Gründe für Moskau die Forderung nach der schleunigen Einberufung eines Weltkongresses der Arbeiter bestimmt hatten. Es war die zu jener Zeit togende Genuefer Konferenz, die Rußland veranlaßte, die Einberufung jenes Weltkongresses der Arbeiter mit Hochdruck zu betreiben. Es wollte durch diesen Kongreß den Eindruck hervorrufen, als ständen die sozialistischen Parteien und die Arbeiterorganisationen der ganzen Welt hinter der russischen Außenpolitik. Radek versuchte es in jenen Verhandlungen, insbesondere den deutschen Vertretern den Vorwurf zu machen, daß sie nicht den Mut hätten, die Aufhebung des Versailler Vertrages, unter dem Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse so unfähig litten, zu fordern. Das tat derselbe Radek, der kurz vorher bei längerem Aufenthalt in Berlin über die Auswirkung des Versailler Vertrages bei seiner Anerkennung durch Rußland mit Frankreich die eingehendsten Verhandlungen geführt und darüber der Presse berichtet hatte. (Hört! hört!) Radek versuchte ganz offensichtlich, dadurch den Gegensatz zwischen den deutschen, englischen und belgischen Vertretern im

Neuerkomitee hervorzurufen, weil für ihn klar war, daß Deutsche, Belgier und Engländer sich in der Frage der Revision des Vertrages von Versailles wohl einigten, daß sie aber in der Frage der völligen Aufhebung dieses Vertrages naturgemäß verschiedener Meinung sein könnten.

Ich wies den Vorwurf Radeks zurück und forderte ihn und Bucharin auf, zu erklären, welche Vorschläge sie uns zu machen hätten, wenn wir ihren Ratschlägen folgten, wenn wir als eine an der Regierung in Deutschland beteiligte Partei uns jetzt offen für die Annullierung des Vertrages und gegen seine Erfüllung im Rahmen der Leistungsfähigkeit aussprechen wollten. Ich fragte, ob er noch immer sein altes Rezept des gemeinsamen Kampfes der deutschen Arbeiter mit der russischen Roten Armee gegen die Entente empfehlen wolle, der Deutschland zum Schlachtfeld Europas machen würde, und der unserer Meinung nach den Untergang der europäischen Kultur bedeuten würde. (Sehr richtig!) Ich sagte ihm unverblümt: Wir deutschen Sozialdemokraten haben genug unter dem Krieg und seinen Folgen zu leiden gehabt, wir nehmen es ernst mit der Parole: „Nie wieder Krieg!“ (Lebhafter Beifall.)

Radek blieb die Antwort darauf schuldig, nicht aus Verlegenheit; denn um Worte ist Radek niemals verlegen. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Er ist es so wenig, daß er in der öffentlichen Sitzung der drei Exekutiven erklärte, daß die Arbeiterschaft aller Länder bis zu 90 Proz. für die Moskauer Internationale eintrete. (Heiterkeit.) Er erklärte, daß 90 Proz. der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften und politischen Parteien der ganzen Welt von tiefstem Mißtrauen gegen Amsterdam, London und Wien erfüllt seien und an die Heilswahrheiten Moskaus glaubten. (Heiterkeit.) Radek stößt sich nicht an dem inneren Widerspruch, daß die übrig bleibenden lumpigen 10 Proz. der Arbeiter dann doch wahrlich das Liebeswerben der Kommunisten um die Herstellung der Einheitsfront und um den damals erstrebten Weltkongreß überflüssig erscheinen lassen müßten.

Die Kommunisten erklärten ihren Austritt aus der Neuerkommission, sie machten so die Fortsetzung der Beratungen unmöglich. Parteigenossen, ich bedauere das nicht, denn dadurch ist die so notwendige Klarheit geschaffen worden, die wir uns in Deutschland dann noch einmal nach der Ermordung Rathenaus verschaffen konnten, als wir die ganze Treulosigkeit und Hinterhältigkeit der kommunistischen Wortführer und ihrer Agitation während der gemeinsamen Verhandlungen am eigenen Leibe verspürten. Leute, die mit uns am Beratungstisch saßen, verließen denselben, um die Tribüne des Reichstags zu betreten, um von dort herab die Unabhängigen und uns mit Schmähungen und Beschimpfungen zu überschütten. Während der gemeinsamen Aktion verbreiteten sie nach dem Rezept, das Radek ihnen in jenem Briefe gegeben hatte, Flugblätter gegen ihre augenblicklichen Bundesgenossen, gegen uns und die Unabhängigen. So wie sie sich beim Ausbruch des Rapp-Putschs gegen die Teilnahme am Generalfstreik erklärten und sich hernach keinem Abbruch widersetzten, so versuchten sie auch hier im trüben zu fischen, und trafen so die Interessen der Arbeiterklasse mit Füßen.

Der Bormarsch der Zweiten Internationale aber ist ein stetiger geblieben. Aus dem Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber der Arbeiterklasse erwuchs der Beschluß, in den ersten Oktobertagen dieses Jahres einen internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongreß nach Hamburg einzuberufen, ein Beschluß, der in Prag aufgehoben wurde, nachdem auch die Wiener Arbeitsgemeinschaft ihre für den 16. September einberufene Konferenz deshalb abgesagt hatte, weil sich inzwischen eine andere Arbeitsgemeinschaft zwischen den drei Internationalen zu praktischer Arbeit gebildet hatte. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale lud — und diesmal fand sie keinen Widerspruch bei der Wiener Arbeitsgemeinschaft mehr — nach dem Mord an Rathenau die Vertreter von London und

Wien zu gemeinsamer Besprechung. Not und Gefahren der deutschen Republik führten zu einem Manifest, das die Arbeiter der ganzen Welt aufruft, der Bedrohung der deutschen Demokratie durch die Politik der Repressalien entgegenzuwirken. Eine Kommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands sollte die Grundlage der Arbeiten für einen Frieden nach sozialistischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sollte die Richtlinien für das künftige Arbeiten der sozialistischen Parteien und der Arbeiterorganisationen in allen Ländern geben. Die eingesetzte Kommission würde einer erneuten Tagung der drei Internationalen Bericht erstatten, und bei dieser Tagung würde dann auch die Einberufung eines Weltkongresses zur Propagierung und Förderung der aufgestellten Richtlinien besprochen werden. Hier wird Arbeiterpolitik getrieben von Arbeitern, die nicht so, wie es in der Dritten Internationale durch Lenin, Trotski, Radek, Tschitscherin und andere geschieht, nach Belieben bald als Parteiführer, bald als Regierungschefs, bald als Leiter der Dritten Internationale auftreten. Die Dritte Internationale — das sei hier klipp und klar ausgesprochen — ist keine Arbeiterinternationale (Sehr richtig!), die in Vergleich zu stellen ist mit der von London, Wien oder Amsterdam. (Sehr richtig!) Die Dritte Internationale ist ein Instrument des russischen Nationalismus geworden. (Sehr richtig!) Der Kommunismus ist das hervorragendste Mittel der russischen Außenpolitik. (Zustimmung.) Die Dritte Internationale benutzt den Kommunismus im Interesse der staatspolitischen Ziele der Großmacht Rußland, die die Politik des zaristischen Rußlands fortzusetzen gezwungen ist. Sie benutzt den Kommunismus, diese angeblich neue Form der russischen inneren Staatsgestaltung, dazu, die inneren Verhältnisse anderer Staaten zu zermürben. Sie hat ihn dadurch gerabe so, wie einstmal die Heilige Allianz den Absolutismus, in den Dienst ihrer äußeren Politik gestellt. (Sehr wahr!) Der die Machthaber der Dritten Internationale beherrschende Leitgedanke ist — daraus möchte ich ihnen keinen Vorwurf machen — die Sicherung und die Machterweiterung des eigenen Staates Rußland. Diese katastrophenartige Entwicklung der Bolschewiki vom Antikapitalismus zum Imperialismus und vom Defaitismus zum Militarismus ist ihre eigene Sache; aber verbitten müssen wir uns die Zumutung, daß nun auch wir in Deutschland und England, daß auch die der Zweiten Internationale angeschlossenen Länder nach der neuen russischen Militärmacht marschieren sollen. (Sehr gut!) Wenn die Machthaber Rußlands sich von dem Interesse ihres Staatswesens leiten lassen, so sind schließlich auch wir verpflichtet, in unserem Lande wenigstens dafür zu sorgen, daß wir unsere geistige und politische Selbständigkeit bewahren und nicht zu einem Spielball werden, der von West oder Ost mit dem Stoch dahin oder dorthin gestoßen wird. (Sehr richtig!) Wir wehren uns gegen jedes innen- und außenpolitisch unserer Selbständigkeit abträgliche politische Mittel, wie es von Frankreich oder von der Entente gegen uns angewandt wird, wir müssen uns auch wehren gegen das Mittel der Außenpolitik Rußlands, Kommunismus genannt, das Deutschland zu einem außenpolitischen Instrument Rußlands zu machen bestimmt ist.

Deshalb sagen wir, daß es eine Lüge ist, wenn man von jener Seite das Wort „Dritte Internationale“ mit Posaunenstößen in die Welt ruft, wo man einfach „Großmacht Rußland“ sagen sollte. (Sehr richtig!) Gewiß gibt es unter den kommunistischen Arbeitern wenige, die diese Zusammenhänge erkennen. Viele von ihnen glauben noch an die Dritte Internationale, zum Unterschied von denen, die in ihr nur den bequemen Geldgeber erblicken. (Sehr richtig!) Wir hoffen, daß hier Besinnung beizeiten einkehrt. Denn was erhoffen unsere Kommunisten denn von der Dritten Internationale? Die Sowjetregierung Deutschlands oder die Sowjetregierung eines anderen Landes! Denn daß sie sich aus eigener Kraft durchsetzen, aus eigener Kraft aufrecht-

zuhalten vermöchten, das glauben die deutschen Kommunisten doch wohl selber nicht. Die deutschen Kommunisten hätten dann nicht nur die sozialistischen Arbeitermassen, sie hätten auch natürlich die Bourgeoisie mit ihrem nicht ganz unerheblichen Machtapparat gegen sich, und wenn auch gegen unseren Willen, auch die Ententegläubiger mit ihren französischen Armeen. Käme Rußland dann Sowjet-Deutschland zu Hilfe, dann wäre Deutschland die russische Operationsbasis gegen den Westen, Deutschland wäre das Schlachtfeld, das der russische Imperialismus braucht, um sich von der erdrückenden Umföhlung des Ententeimperialismus zu befreien.

Die ganze Dritte Internationale ist nichts anderes als der Propagandaapparat des russischen Reiches, das seine Filialen im Zustande unter dem Deckmantel der kommunistischen Partei hat. Die geschickteste Organisation einer Großmacht, die geschickteste Organisation einer Macht, die sich in diesem Falle bescheiden nur „Partei“ nennt, das ist die beste Agentenorganisation, die jemals geschaffen wurde. Denn die meisten dieser für den fremden Staat arbeitenden Agenten sind ehrliche Leute. Sie glauben, für ihr Ideal zu arbeiten und nicht für eine auswärtige Macht, und von Zeit zu Zeit kann dann sogar noch ein Agentenkongreß der russischen Regierung stattfinden, den man dann einen Kongreß der Dritten Internationale benennt.

Parteigenossen! Hier zeigt sich die Macht des Wortes, die imstande ist, eine ganze Welt irrezuführen. Hier zeigt sich die Macht des Wortes, das beharrlich immer und immer wieder angewandt, die ganze Welt dadurch irregeführt hat, daß von großrussischer Seite immer wieder statt Imperialismus „Weltrevolution“ gesagt wurde, daß statt russischer Großmacht „kommunistische Partei“ und daß statt russischer äußerer Politik „Dritte Internationale“ gesagt wird. Wenn wir die richtigen Worte an ihre Stelle setzen, dann haben wir das Bild der alten russischen Großmacht mit all ihren Lebensäußerungen, all ihren Listen und all ihren Vergewaltigungen, ohne daß ein Zug diesem Bild widerspräche.

Ich habe bereits gesagt, daß ich den heutigen russischen Gewalthabern aus diesen durch ein spezifisch russisches Interesse diktierten Maßnahmen ihrer Außenpolitik keinen Vorwurf mache. Aber etwas anderes ist es, worauf es uns ankommt und was unsere Kommunisten aus Doktrin oder aus Unwissenheit nicht zu sehen imstande sind. Die nationalen Bedürfnisse Rußlands haben den internationalen Komplex des Bolschewismus beiseite gedrängt. Lenin glaubte vielleicht, den russischen Machtapparat für den Kommunismus arbeiten lassen zu können.

In Wirklichkeit aber hat dieser Machtapparat den Kommunismus für sich arbeiten lassen; er hat den Kommunismus immer mehr und mehr verflüchtigt, bis nichts mehr übrig geblieben ist als die Etikette. Aber die Etikette genügt auch noch für unsere Kommunisten als Fetisch. Sie glauben an die Weltrevolution, und sie sehen alles, was wir in Rußland erleben, die Auslieferung des nationalen Erbes der Russen, der Industrie, der Bodenschätze, der Verkehrsmittel an den internationalen Kapitalismus nur als einen Weg zur Weltrevolution an; denn dem wahren Kommunisten muß eben alles zum Besten dienen. So ist ja auch die Verbindung mit den halbwidren Romadenvölkern Betätigung im Sinne des Kommunismus. Wer denkt nicht an jenen Bericht über den Weltkongreß der asiatischen Völker in Baku, als deren Höhepunkt geschildert wird, wie die Kurden ihre Schwerter begeistert aus der Scheide reißen, nachdem Sinowjew zum Kommunismus und zur Weltrevolution aufgefordert hat. (Weiterlekt.) Wer denkt nicht daran, daß es eine der ersten Regierungshandlungen Lenins und Tschitscherins war, zu jenem Abkommen mit Enver Pascha und Kemal Pascha zu gelangen, dem Bündnis mit Kemal Pascha,

dem heutigen Sieger über die Griechen, mit dem Rußland Verträge schloß, um ganz nach russischem Rezept die russische Einflußsphäre in Asien gegenüber England zu sichern. Ich glaube nicht daran, daß in diesen Verträgen der Kommunismus auch nur im entferntesten in Frage kam. (Sehr richtig!) Kleinasien dürfte doch wohl im sozialistischen Sinne genommen das reaktionärste Gebiet im Umkreise der Politik überhaupt sein. (Sehr richtig!) Aber vielleicht lernen unsere Kommunisten gerade daraus, wie richtig unsere Auffassung ist, wenn sie daran denken, daß es der Regierung von Angora möglich war, mit den Bolschewisten verbündet zu sein, ohne die Weltrevolution auch nur so ernst zu nehmen oder sich gar von ihren Redensarten infizieren zu lassen. Jedenfalls zeigt dieses Bündnis, daß das kommunistische Rußland sich seine Mitkämpfer nicht nach dem kommunistischen Glaubensbekenntnis aussucht, sondern wie jeder andere Staat nach außenpolitischen Machtbedürfnissen. Und nun möchte ich unsere Kommunisten fragen: ist es nicht ein merkwürdiger Widerspruch in diesem radikalen Katechismus, wenn innerpolitisch eine Koalitionsregierung eine Sünde wider den Heiligen Geist des Radikalismus sein soll, wenn aber außenpolitisch die Koalition mit dem reaktionärsten Staatswesen der Welt erlaubt ist? Ich will heute nicht auf den Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre eingehen. Er ist und bleibt ein Schandmal für die russischen Gewalthaber. (Lebhafte Zustimmung.) Denn er setzt an die Stelle der Todesstrafe sogar die körperliche und seelische Folter. Wer von uns kann die Qualen ermessen, die die Verurteilten und ihre Angehörigen tagtäglich erdulden, wenn die Sonne im Osten erscheint, durch die Frage, die sich ihnen immer wieder neu aufdrängt: wirst du, wird dein Angehöriger im Gefängnis die Sonne am Abend untergehen sehen? Ich denke daran, daß die Bolschewiki die Regierung Kerenski bekämpften, weil sie sich weigerte, die Nationalversammlung zu berufen. Ich denke daran, wie sie zum gewaltsamen Umsturz schritten, als die Majorität der Bevölkerung sich gegen sie erklärt hatte. Friede, Freiheit und Brot war die Parole der Bolschewiki beim Sturz der Regierung Kerenski. Die Freiheit und der Friede sind Rußland bis heute nicht geworden. Die Freiheit hat in Rußland ihre Zeugen in den Gefängnissen und in den Verbannungsorten Rußlands. Die Freiheit zeigt sich in der Knebelung der Presse, im Streikverbot und in der Hungerstrafe für diejenigen Arbeiter, die von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen wollen. (Sehr wahr!) Und Brot! Wer denkt nicht daran, daß in Rußland Millionen und aber Millionen in seinen fruchtbarsten Gegenden vom Hungertode bedroht sind? Gewiß trägt die europäische Diplomatie einen Teil Schuld daran; aber schreien unsere deutschen Kommunisten nicht von sozialistischen Brotparteisurbern, wenn in Deutschland der Brotpreis heraufgesetzt werden muß? Machen unsere deutschen Kommunisten nicht die deutsche Regierung verantwortlich für die Unbilden des wirtschaftlichen Unwetters, unter denen Deutschland leidet? Wer sollte uns dann hindern, flegend unsere Stimme zu erheben, wenn in Südrußland Menschen mit ihrer letzten Kraft auf den Kirchhof wallen, um dort nur auf geweihter Erde sterben zu können. Wer sollte uns daran hindern, anklagend unsere Stimme zu erheben, wenn die Mütter ihre eigenen Kinder töten und das Fleisch teilen, um den anderen Angehörigen der Familie das Leben zu fristen? Rußland geht vom Bolschewismus über den Kannibalismus zum Kapitalismus zurück. Das ist die furchtbarste Anklage. Wir wir der internationalen Arbeiterklasse erheben, die wir mit doppelter Wucht erheben dürfen, wenn wir sehen, daß die gleiche Regierung, die in der Welt Sammlungen für die hungernden Russen veranstaltet, Hunderte von Millionen und abermals Hunderte von Millionen Rubel ins Ausland für ihre außenpolitischen Zwecke sendet, für die Zerkümmern der Arbeiterorganisationen und der sozialistischen Parteien, für ihre Zwecke, die sie verfolgt durch

die Korruption der Arbeiterklasse zur höheren Ehre ihres kapitalistischen Verbündeten. (Sehr wahr!)

Ich sagte vorhin, ich bedauerte es nicht, daß eine Verständigung mit der Moskauer Internationale nicht erfolgen konnte; denn eine Einigung von Arbeiterinternationalen mit der Regierung einer Großmacht ist unmöglich. (Sehr gut!) Ich bedauere nicht die Zeit, die ich in jenen Verhandlungen zugebracht habe, ebensowenig wie die Lehren, die wir nach dem Mord an Rathenau erfahren haben; denn sie brachten für die Internationale und für die deutsche Arbeiter-schaft endlich die notwendige Klarheit, sie brachten die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einigkeit zwischen den sozialistischen Parteien; sie zeigten, daß die Notwendigkeiten des Lebens diejenigen zusammenführt, die an die Stelle revolutionärer Phrasologie die tatsächliche Arbeit setzen wollen. Jene Verhandlungen haben die Erkenntnis reifen lassen, daß der Taktik der Spaltungen, die die westeuropäische proletarische Bewegung auf das Gleis des politischen Putzsches geleiten sollte, es dem Kapitalismus ermöglicht hat, gegen das Proletariat aus der Defensive zur Offensive überzugehen, der die Einigung der wahrhaft klassenbewußten Arbeiter entgegengesetzt werden muß. Die praktischen Notwendigkeiten sind es, die uns zur Einigung bringen, zum schärfsten Kampf gegen den Putzschismus von links und den von rechts; denn der Putzschismus von links ist die Hoffnung derer von rechts. Kampf dagegen mit rücksichtsloser Entschlossenheit, weil der Kampf gegen die Reaktion uns Lebensblut und Atem ist.

Da klingt es sonderbar, wenn von manchen Seiten jetzt noch der Zeitpunkt zur Einigung als nicht gekommen bezeichnet wird, wenn auf unabhängiger Seite Ledebour und Rosenfeld in Zeitungsartikeln und Versammlungen die Einigung als verfrüht bezeichnen. Genügt denn nicht ein Blick auf die Wunden, aus denen das europäische Proletariat blutet, um eine solche Auffassung mit aller Schärfe zurückzuweisen? Kommt man denn durch Spaltung zur Einigkeit? Wenn Ledebour es fertig bekommt, zu erklären, daß die Aufrechterhaltung der Wiener Arbeitsgemeinschaft die Voraussetzung für die Einigung der internationalen Arbeiterbewegung wäre, daß die Einigung eher zustande käme, als wenn sich nur die Zweite und Dritte Internationale gegenüberständen, wer denkt da nicht daran, daß, als die Spaltung uns in Deutschland mit der größten Sorge erfüllte, in Zeitungen und Zeitschriften versucht wurde, klar zu beweisen, daß die Spaltung der Reichstagsfraktion noch nicht die Spaltung der Partei bedeuten müßte, daß auch die Spaltung der Partei eine Schwächung der Kraft des Proletariats nicht zu bedeuten brauchte? Wer denkt nicht daran, wie man spitzfindig und theoretisch zu beweisen versuchte, daß man getrennt marschieren und vereint schlagen könnte? Die Lehren der letzten sieben Jahre sollten doch eine Wiederholung solcher Behauptungen unmöglich machen. (Sehr richtig!) Seht, wie zerrissen und zur Ohnmacht verurteilt die französische Arbeiterbewegung ist, wie dort die Gewerkschaftsbewegung, die sich nach dem Kriege auf 2½ Millionen Mitglieder erhob, durch die russischen Rezepte heute zur Ohnmacht verurteilt und zahlenmäßig auf die Ziffer von ¼ Million herabgesunken ist, wie die ehemals geeinigten Sozialdemokratische Partei in drei Stücke zerrissen ist und wie sie so zur Ohnmacht gegenüber der Reaktion verdammt, Poincaré und Lardieu den Weg zur Beherrschung der öffentlichen Meinung geöffnet hat. Seht doch hin nach Italien, wo nach einem Schein-erfolge des Kommunismus bei den letzten Wahlen auf Geheiß von Moskau zur sofortigen Sozialisierung der Fabriken geschritten wurde, wo das verrückte Experiment der Befegung der Fabriken den Faschismus erstehen ließ (Sehr richtig!), die Organisation der italienischen Oberlandkorps, die sich würdig dem Horstby-Regiment in Ungarn an die Seite stellen können. Seht, wie in Italien

überall die Gewerkschaften und die Parteien zur politischen Ohnmacht verurteilt sind und die Offensivkraft des italienischen Proletariats zerschlagen worden ist, wie Italien unter einem Schreckensregiment leidet, so daß keiner der Führer der Gewerkschaftsbewegung und der Parteibewegung sich noch seines Lebens sicher fühlt. Das sind die Früchte des Kommunismus, die Früchte der Politik, die nach Bakunin'schem Rezept wirtschaftliche Experimente vornimmt, wie sie in Rußland und wie sie ja noch viel schneller nach Scheinerfolgen von wenigen Tagen in Italien zusammengebrochen sind. Sehen Sie nach Tschechoslowakien, wo erst vor wenigen Wochen die Zerreißung der tschechischen Gewerkschaftsbewegung, der deutschen und tschechischen Angehörigen jenes Staates vor sich ging! Sehen Sie nach Norwegen, wo die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung unter der Parole: „Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale“ erfolgt. Überall Schwächung zur höheren Ehre, zu Ruh und Frommen des Kapitalismus.

Auf den Vorwurf, daß damit die Interessen der Arbeiterklasse mit Füßen getreten werden, antwortete die Dritte Internationale, antwortete Josowski und die „Rote Fahne“ zu Berlin: die Spaltungen gehen von Amsterdam aus, da sitzen die wahren Spaltpilze; wir sammeln die revolutionären Massen des Proletariats; wir Moskauer sind die wahren, richtigen Propheten. Wir danken es der „Roten Fahne“, daß sie zur Einigung der sozialdemokratischen Parteien in Deutschland unter der Ueberschrift Stellung nahm: „Setzt nicht und auch später nicht!“ Wir sehen die Unbelehrbarkeit der Kostgänger Moskaus, wenn sie schreiben, daß die Einigung des Proletariats nur durch einen Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands beschleunigt und nur durch die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei und den Uebergang der Arbeiter, die jetzt zu ihr gehören, zur revolutionären Partei des Proletariats endgültig hergestellt werden kann. Die „Rote Fahne“ soll sich die Zeit nicht lang werden lassen, bis unsere Partei unter ihren Agitationsmethoden zusammenbricht. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen die Einigung, wir wollen die Wiederherstellung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in ihrer Einigkeit und Geschlossenheit, die sie groß gemacht hat.

Wir wollen uns heute nicht fragen, wie alles anders gekommen wäre, wenn noch am 9. November eine einheitliche und geschlossene Arbeiterbewegung in Deutschland vorhanden gewesen wäre. (Sehr richtig!) Wir wollen nicht daran denken, das Vergangene liegt hinter uns. Wir müssen für die Zukunft arbeiten, vorwärts und aufwärts. Aber kein Theoretisieren darf uns trennen. Das Wort von Karl Marx, daß jeder Schritt wirklicher Bewegung wichtiger sei als ein Duzend Programme, muß uns darüber hinwegbringen. Wir wissen, daß im politischen Leben alles fließt, und da fließt mitunter auch manches fort, was man früher für ein Prinzip gehalten hat. (Sehr wahr!) Denn läge im Beharren an alten Ueberlieferungen der Radikalismus, dann wären die Dogmentheoretiker, die immer wieder die Glaubenssätze der alten Kirchenväter wiederholen, die größten Radikalen. (Sehr gut!) Wir brauchen nur an die Geschichte unserer Partei von Lassalles Zeiten bis heute zu denken, um zu sehen, wie immer veraltete Prinzipien und Programmsätze durch neue ersetzt worden sind. Wo ist heute das Dogma vom ehernen Lohngesetz, das einst die Grundlage der ganzen Lassalleschen Lehre bildete? Es ist von der fortschreitenden Erkenntnis überholt. Ich war einigermaßen verwundert, als ich nach der Veröffentlichung unseres Aktionsprogramms selbst in der in der Einigungsfrage so verständigen „Leipziger Volkszeitung“ den Satz las, der mit Befriedigung von der Betonung des Klassenkampfes in unserem Programmentwurf sprach: „So haben die Mehrheitssozialisten nicht immer gedacht.“ Das ist ein Irrtum, ich muß dem ganz entschieden widersprechen. (Lebhafte Zustimmung.) Diese

Feststellung der „Leipziger Volkszeitung“ zeigt mir aber nur, wie weit wir uns doch schon voneinander entfernt hatten. (Sehr richtig!) Sie zeigt, daß wir uns gegenseitig kaum noch richtig erkannten, weil wir gewohnt waren, uns gegenseitig durch die Parteibrille zu betrachten. (Sehr gut!) In Wahrheit besteht, glaube ich, gar kein Unterschied in der Auffassung der „Leipziger Volkszeitung“ und meiner Auffassung, daß der Klassenkampf keine sozialdemokratische und auch keine marxistische Erfindung ist, daß es Klassenkampf gegeben hat, solange es politische Staatengebilde gibt. (Sehr gut!) Solange politische Staatengebilde mit Klassenunterschieden bestehen, wird es auch Klassenkämpfe geben. Klassenkämpfe gab es, ehe es die Sozialdemokratie gab, im Mittelalter wie im alten Rom, in Griechenland wie in der Neuzeit. Der Großgrundbesitzer, der seine besonderen Interessen vertritt, der Industrielle, der Händler, der seine Interessen gegenüber der Arbeiterklasse mit Nachdruck verteidigt, ist auch im marxistischen Sinne ein Klassenkämpfer. (Sehr richtig!) Wir konnten den Klassenkampf niemals verleugnen, wir wollten es nicht. Wir sehen in der Verfechtung der Arbeiterinteressen gegenüber denen anderer Gesellschaftsklassen den Klassenkampf, und wir bringen der Arbeiterschaft die Tatsache, daß sie in ihrem Kampf um ihre Lebensinteressen den Kampf ihrer Klasse führt, zum Bewußtsein. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich glaube nicht, daß theoretische Schwierigkeiten der Einigung Hindernisse bereiten können; dazu ist der Wille zur Einigung in uns und, wie ich annehme, auch in der unabhängigen Arbeiterschaft zu stark. Es ist meiner Meinung nach ein Irrtum, wenn in einer unserer Zeitungen gesagt wird, jetzt zeige sich, wie recht sie gehabt habe, als sie vor der Annahme des Görlitzer Programms gewarnt habe. (Heiterkeit.) Das Görlitzer Programm ist kein Hindernis für die Einigung gewesen. (Sehr wahr!) Wer das Aktionsprogramm, über das Sie heute Beschluß fassen sollen, genau verfolgt hat, wird sich längst von dem Gegenteil überzeugt haben. (Sehr wahr!) Ich habe den Wunsch, daß der Gedanke an die Trennung baldmöglichst verschwinden möge und daß sich dies auch im Namen der Partei ausdrücken wird. So wie Wilhelm Liebknecht einstmals sagen konnte, daß die bisher trennenden Stichworte „Sie Marx“ und „Sie Lassalle“ für sie aufgehoben worden sind, die deutschen Sozialdemokraten seien keine Marxianer und keine Lassalleaner, sie seien einfach Sozialdemokraten (Lebhafte Zustimmung), so hoffe ich, daß auch wir uns bald wieder Sozialdemokraten ohne jede Neben- und Unterbezeichnung nennen können. (Lebhafte Zustimmung.) Das Programm mag lädenhaft sein, es mag Fehler enthalten; aber wir sind ehrlich genug, zu sagen: wir waren gar nicht einmal so sehr bestrebt, etwas Endgültiges zu schaffen. Ueber unseren Beratungen schwebte der Geist und der Wille zur Einheit. (Sehr gut!)

Dieser Geist besetzte uns auch bei den organisatorischen Abmachungen, die wir mit der Unabhängigen Sozialdemokratie getroffen haben, die ich Ihnen zum Vortrag bringen muß, wenn ich auch darauf verzichte, das Aktionsprogramm nur mit einem Wort zu begründen. Das Aktionsprogramm ist die Brücke zur Einigung, und das genügt mir; dieses Wort wird uns helfen und wird aushalten, um die Einigung herbeizuführen. (Bravo!) Die organisatorischen Abmachungen, die zwischen den Unabhängigen und uns getroffen sind, sind die folgenden:

In gemeinschaftlichen Beratungen von Beauftragten der beiderseitigen Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde folgende organisatorische Verständigungsgrundlage vereinbart:

Aus der Erwägung, daß die gemeinsame organisatorische Grundlage beider Parteien das Organisationsstatut der einigen Partei der Vorkriegszeit ist, die

Sozialdemokratische Partei Deutschlands an diesem Statut bisher nur unwesentliche Änderungen vorgenommen hat, die von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossenen Änderungen in wesentlichen Punkten der Kriegszeit und der Abwehr kommunistischer Zersplitterungstendenzen entsprungen sind, haben die Organisationen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Bezirken und Orten zunächst auf der Grundlage des bisherigen Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine kameradschaftliche Verständigung zu suchen.

Der Nürnberger Vereinigungsparteitag setzt eine aus 15 Personen bestehende Organisationskommission ein, der acht Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und sieben Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehören. Die Organisationskommission hat gemeinsam mit dem Parteivorstand ein neues Organisationsstatut auszuarbeiten und dem nächsten Parteitage vorzulegen; sie nimmt ihre Arbeiten mit dem 1. Januar 1923 auf.

Die Verschmelzungs- und Abwicklungsarbeiten in den einzelnen Orts- und Bezirksorganisationen sind am 1. Oktober 1922 in Angriff zu nehmen und bis zum 31. Dezember 1922 abzuschließen. Bei den Verschmelzungsarbeiten ist im allgemeinen von dem Grundsatz auszugehen, daß zunächst der beiderseitige Organisationsapparat zusammenzulegen ist, die beiderseitigen Angestellten möglichst zu übernehmen sind und darauf eine Verständigung gesucht werden muß über die zweckmäßigste Gestaltung der Organisationsverhältnisse und Verwendung der vorhandenen Kräfte. Die Anpassung und der Ausgleich müssen möglichst reibungslos vorgenommen werden.

Bei den Abwicklungsarbeiten sind alle Abrechnungen für die Zeit vor dem 1. Oktober 1922 noch mit den Bezirksleitungen und Zentralen der bisherigen beiden Parteien fertigzustellen, auch soweit sie sich über den 1. Oktober hinausziehen. Vom 1. Oktober ab gehen alle neuen Geschäfte für Rechnung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sowohl in den Bezirken und Orten wie in der Zentrale. Noch vorhandene Materialien der beiderseitigen Organisationen, wie Mitgliedsbücher, Beitragsmarken, Abrechnungsformulare usw. sind aufzubrauchen; neue Materialien möglichst nicht über den bis zum Inkrafttreten des neuen Organisationsstatuts zu erwartenden Bedarf anzuschaffen.

Bis zur Regelung der Beitragsfrage im neu zu schaffenden Organisationsstatut sehen Parteivorstand und Parteiauschuß die Höhe der Mindestbeiträge und der an die Zentralkasse abzuführenden Beiträge fest.

Der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratie Deutschlands setzt sich zusammen aus drei Vorsitzenden, drei Kassierern, sechs Sekretären, zehn Beisitzern und dem Chefredakteur des Zentralorgans der Partei. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt hierzu einen Vorsitzenden, einen Kassierer, einen Sekretär und vier Beisitzer. Die Kontrollkommission besteht aus elf Personen, von denen sieben auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und vier auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands entfallen. Zu den Mitgliedern des Parteiaususses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands treten die Mitglieder des Parteirats der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hinzu. Die Verständigung über die Presse, die Frauenbewegung, die Bildungseinrichtungen, die Jugendbewegung, die Gemeindepolitik und die Gemeindevertretungen, über die Arbeiten in den Landtagen und im Reichstage ist in der Zentrale und in den Bezirken sofort nach dem Nürnberger Vereinigungsparteitag in Angriff zu nehmen und kann jetzt schon vorbereitet werden.

Wir haben diese organisatorischen Abmachungen vorgenommen, obwohl mancher praktische Organisationsmann sagen wird: es wäre richtiger gewesen, über die Einzelheiten in geschäftlicher Beziehung vorher in den Bezirken Vereinbarungen zu treffen. Ich glaube, daß dieser Weg für die Partei nicht gangbar gewesen wäre, da viel zu viel Menschliches, allzu Menschliches, viel zu viel Kleinfaches, allzu Kleinfaches mit in die Beratungen eingeflochten worden wäre. (Sehr richtig!) Daher ist es meiner Meinung nach richtig, die Einigung so, wie wir es Ihnen empfehlen, auf diesem Parteitag vorzubereiten, die Einigung auf dem gemeinsamen Parteitag in Nürnberg zu besiegeln, und in den Organisationen alsdann unsere Arbeiten fortzusetzen.

Nun noch ein Wort zum Einigungsprogramm an sich. Das Einigungsprogramm, das ich, wie gesagt, nicht begründen will, mag angefochten werden. Aber wir trösten uns hierbei mit der Vergangenheit; denn Einigungsprogramme haben auch ihre Geschichte. Wir erinnern uns alle daran, eine wie scharfe Kritik einstmals von Marx an dem Gothaer Einigungsprogramm geübt wurde (Sehr richtig!), das doch vielleicht von viel Prominenteren geschaffen wurde, als wir es sind. Damals schrieb Marx jenem Programm, das die Einigung in Deutschland brachte, zu, daß die Arbeiterklasse in Deutschland in dem neuen Programm den Internationalismus abgeschworen habe, daß die deutsche Sozialdemokratie, wenn sie das Gothaer Programm zu dem ihrigen mache, zeige, daß die sozialistischen Ideen ihr nicht einmal hauttief säßen. (Hört, hört!) Unsere Gegner jubelten damals über jene Kritik. Und doch hat die Erfahrung gezeigt, daß nicht Marx, sondern Wilhelm Liebknecht recht hatte, als er, im Jahre 1891 im „Vorwärts“ Rückblick auf jene Zeit haltend, schrieb:

Wir haben damals der wissenschaftlichen Autorität von Marx ein entschiedenes Nein entgegengesetzt, und durch das Festhalten an dem Einigungsprogramm haben wir die Einigung der deutschen Sozialdemokratie erwirkt. Wir wissen, daß wir damals klug gehandelt haben. Nachdem die Arbeiterbewegung Deutschlands die Kinderstube abgelegt hatte, streifte die Partei alles Sektiererhafte ab, versuchte sie, sich von jedem Personenkultus zu befreien und ordnete mit eiserner Konsequenz die Person der Sache unter. Sie ließ kein Unfehlbarkeitsdogma aufkommen. Die deutschen Arbeiter wollten die Einigung, und der Einigungstongreß hat sie gebracht. Die Einigung war mehr wert als ein Duzend der tadellosesten Programme.

Karl Marx hat später sein Urteil über die deutsche Sozialdemokratie geändert, er ist nicht aus der Partei ausgetreten, sondern hat in begeistertsten Worten die Kämpfe und Siege der deutschen Sozialdemokratie gefeiert. (Bravo!) Liebknecht sagt noch weiter in jenem Artikel: „Die deutsche Sozialdemokratie war niemals orthodox. Sie beugt sich vor der Wissenschaft, aber sie steht auf dem Boden der Tatsachen und rechnet mit den Tatsachen. Ohne unsere Prinzipien jemals zu opfern, hat die Partei stets jede doktrinaire Prinzipienreiterei abgelehnt und die Umstände und Verhältnisse nach Kräften im Interesse der Arbeiterklasse ausgenutzt.“ So soll, so wird es auch fernerhin geschehen. (Bravo!) Wilhelm Liebknecht hat sich auch noch auf dem Erfurter Parteitag zu seinem Widerspruch gegen Karl Marx bekannt. Er hat auch damals anerkannt, daß alles, was Karl Marx theoretisch gegen das Gothaer Programm gesagt hatte, richtig gewesen sei bis auf den letzten Buchstaben. Das hätten sie auch damals in Gotha ebenso gut gewußt wie jetzt, aber Theorie und Praxis seien eben zweierlei. Und so sage ich heute mit Wilhelm Liebknecht: Wenn wir wüßten, daß im Aktionsprogramm Fehler stünden, wenn sie notwendig wären, um die Einigung zustande zu bringen, machten wir diese Fehler auch mit vollem Bewußtsein mit, denn die Einigung geht uns über alles. (Lebhafter Beifall.) So unbedingt Wilhelm Liebknecht Karl Marx in der Theorie ver-

traute, in der Praxis ging er seine eigenen Wege, und so werden auch wir uns die Frage der Einigung nicht durch theoretische Schwierigkeiten, durch theoretische Spitzfindigkeiten, durch theoretische Spinnwebfäden verderben lassen. Jetzt haben die Praktiker das Wort, und die Praktiker werden im Zusammenschluß der sozialdemokratischen Parteien die künftige Einigung des ganzen Klassenbewußten Proletariats vorbereiten. (Stürmischer Beifall.) Selbst auf die Gefahr hin, daß ein Marx jürne, muß man das Wort Niebnichts unterstreichen: Hoch steht mir Marx, aber höher die Partei. Die organisatorische Einigung ist die Hauptsache — in der künftigen Programmberatungskommission haben dann die Theoretiker Zeit, sich gegenseitig zu befehlen. (Heitere Zustimmung.)

Auch bei manchem Praktiker unter uns überwiegt in dem Herzen noch der Groll — ebenso wie vielleicht auf der anderen Seite. Denken, die die Einigung noch nicht wollen, sagen wir, daß es heute dazu nicht zu früh ist. Im Gegenteil, wir haben zu sorgen, daß es nicht schon zu spät ist. (Sehr gut!) Wir brauchen die Gründe, die die Unabhängigen mit zur Vereinigung gebracht haben und in unserer Presse besprochen worden sind, die zum Teil organisatorischer Art sein mögen, heute nicht zu prüfen. Wir wollen dafür sorgen, daß aus dem Zusammenschluß der Sozialdemokratie neue Werbekraft erwächst, daß sie an sich reißt die Scharen derer, die, verehrt vom Bruderzwist, gleichgültig beiseite getreten sind, daß sie ihre Werbekraft auch in die Reihen der bisher indifferent gebliebenen Arbeitercharen trägt, um sie für die Sozialdemokratie und den Sozialismus zu gewinnen. (Stürmischer Beifall.)

In diesem Sinne bitten wir Sie, dem Aktionsprogramm zuzustimmen, und in diesem Sinne rüsten Sie für den Nürnberger Parteitag, damit bald, von jenem Parteitag ausgehend, der alte Ruf wieder durch die deutschen Lande getragen wird: Es lebe die deutsche Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Nun wäre es freilich nicht gerade richtig, wenn wir verschweigen wollten, daß in beiden Lagern Gegner der Einigung sind. Wir hoffen, daß sie ihre gegenseitigen Auffassungen zurückstellen können und im gemeinsamen Kampf einander wieder näher kommen. Denn nichts wird die Kameradschaftlichkeit und das gegenseitige Verstehen so fördern, wie das gemeinsame Miteinandermarschieren und Schlagen. In unseren Parteikreisen ist die Erinnerung an die Wunden, die der Bewegung geschlagen worden sind, nicht vergessen; aber was hätte es denn für Zweck, wenn ich mir zum Beispiel zur Vorbereitung meiner heutigen Rede die „Freiheit“ aus den Dezembertagen 1918 vorgenommen hätte und dabei auf jene Artikel der „Freiheit“ gestoßen wäre, in denen sie mich um die Wette mit der „Roten Fahne“ jeden Tag als Mörder und Blutbund beschimpft hat in trauter Gemeinschaft mit anderen Parteigenossen. Die Dinge liegen zurück und müssen vergessen werden, sonst kommen wir nicht zur Einigung. (Lebhafter Beifall.) In unseren Reihen herrscht auch die Sorge, daß nach der Verschmelzung die alten Richtungsstreitigkeiten wieder ausbrechen könnten. Ich muß gestehen, es war nicht gerade taktisch klug im Hinblick auf die Wirkung auf unsere Parteigenossen berechnet, als die „Leipziger Volkszeitung“ schrieb: „Ist die Einigung vollzogen, dann wird und muß der Kampf entbrennen um die vorhanden gebliebenen taktischen Gegensätze.“ (Zuruf: Das ist ihnen das Wichtigste!) Ich polemisiere nicht dagegen und glaube auch die Gründe zu verstehen, die für das führende Organ maßgebend gewesen sein könnten, als es diese Sätze brachte. (Heiterkeit.) Aber davor, Parteigenossen, möge uns die Zukunft bewahren, daß die neugewonnene Kraft der geeinigten Partei in inneren Auseinandersetzungen über die Taktik verzettelt wird. (Lebhafter Zustimmung.) Dazu haben wir der Feinde zu viele, dazu ist zu wichtig die innerliche Uebereinstimmung und Geschlossenheit der Partei, die nur dadurch aktionsfähig wird gegenüber dem in sich geschlossenen Heere der Gegner. (Sehr wahr!)

Ich bin der Ueberzeugung, daß auch in den Kreisen der bisherigen unabhängigen Arbeiterschaft das Staatsbewußtsein stärker geworden ist, daß auch jenen Kreisen klar geworden ist, daß wir in der Internationale den uns gebührenden Einfluß nur erhalten können, wenn wir die Republik als die unsrige betrachten, sie schützen und schirmen. (Lebhafter Zustimmung.) Unsere Arbeit muß dafür Sorge tragen, daß Deutschlands Ansehen in der Welt ständig steigt, und die Republik ist uns der Kampfboden für die Vorbereitung der sozialistischen Gesellschaft, den wir hegen und pflegen müssen wie ein Heiligtum gegenüber allen Angriffen von rechts oder links. (Allgemeiner Beifall.) Auf diesem Boden haben wir uns zusammengefunden, zu diesem Zweck sind die Massen nach dem Kapp-Putsch und nach dem Rathenau-Mord auf die Straßen gegangen, und so soll es bleiben, so wird es sein. (Vielfaches Sehr richtig!)

Unter unseren Parteigenossen wünschen manche die Einigung deshalb hinausgeschoben, weil sie es für richtiger halten, wenn die unabhängige Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen noch neben uns marschiert, weil ihre parlamentarische Stärke, die ja aus den Wahlen von 1920 vor der Zerreißung der Unabhängigen Partei durch die Kommunisten herrührt, nicht mehr mit der organisatorischen Kraft der Partei und ihrer Anhängerschaft in der Bevölkerung übereinstimme. Das mag richtig sein, aber auch hier will ich nicht unterzucken, ob organisatorische Gründe bei den Unabhängigen mitbestimmend gewesen sind. Wir sehen vor Augen das Ziel der Einigung des ganzen Klassenbewußten Proletariats in der Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.) Deshalb werden wir, hoffe ich, auch ohne Schaden einen etwaigen zahlenmäßigen Rückgang bei künftigen Wahlen ertragen, und die Untersuchung, ob dieser Rückschlag auf unsere Politik oder die Politik der Unabhängigen zurückzuführen ist, scheint mir für die Erringung unserer großen Ziele fast bedeutungslos. Aus den gleichen Gründen kann ich auch der Auffassung der „Neuen Zeit“ in der Einigungsfrage nicht zustimmen. Dort hat Cunow die Befürchtung ausgesprochen, daß die Einigung im Laufe der nächsten Jahre zu einer Schwächung der politischen Machtposition der Sozialdemokratie führe, daß sie die Bildung bürgerlicher Gegenbündnisse befördern könne und die Gefahr in sich schließe, daß die sozialdemokratischen parlamentarischen Fraktionen aus den Regierungskoalitionen im Reich und den Ländern ausgeschaltet würden. Aber wir streben doch nach Macht, wir haben den Willen zur Eroberung der politischen Macht, und die ist nur durch Gewinnung der Massen möglich. Deshalb erscheint mir als einzige logische Konsequenz dieser Furcht vor der Verstärkung der Reichstagsfraktion von 109 auf 180 Mandate die Furcht vor der eigenen Courage. (Cunow: Die Erfahrung wird lehren, was kommt.) Viel näher als die Auffassung des Genossen Cunow ist mir doch schon die Auffassung, die einer unserer hervorragendsten Parteigenossen im Auslande uns bei der Bildung der Arbeitsgemeinschaft in einem Brief vom 19. Juli ausgesprochen hat: „Mit diesem Zusammenschluß wird endlich dem Vordringen der Reaktion nach dem revolutionären Vorstoß von 1918 ein Halt zugerufen. Durch die Schaffung einer festen Grundlage für die sich wieder sammelnde internationale Arbeiterklasse wird die erste Voraussetzung geschaffen, um auf die Weltpolitik entscheidenden Einfluß zu gewinnen. Die innere Arbeit in den verschiedenen Ländern zur Verwirklichung der industriellen Demokratie in ihren mannigfaltigen Formen und zur Sozialisierung hierfür geeigneter Zweige der nationalen Arbeit kann jetzt wieder mit Zuversicht fortgesetzt werden. Und selbstverständlich können überall mit größerer Sicherheit die Versuche der Reaktion zurückgewiesen werden, die sozialen Erzeugnisse der Arbeiterklasse, den Achtstundentag und andere anzutasten. Die Einigung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterklasse erscheint mir als das bedeutendste Ereignis in den letzten kummervollen Jahren.“ (Bravo!)

Auch auf unabhängiger Seite gibt es genug Leute, die wie Cunow Gegner der Einigung sind, zum Beispiel Ledebour, der der Einigung gar kein Verständnis entgegenbringt. (Cunow: Ich habe doch nicht aus ähnlichen Gründen wie Ledebour gewarnt!) Das ist noch das einzige Glück. (Heiterkeit.) Ueber Ledebours Haltung wird sich niemand wundern, der ihn kennt. Im Lager der beiden sozialdemokratischen Parteien gibt es wohl niemanden, der nicht im Innersten davon durchdrungen ist, daß wir in Deutschland manches anders haben könnten, wenn der Zusammenbruch am 9. November 1918 eine einige, in sich geschlossene Arbeiterschaft vorgefunden hätte. Wir haben damals den Versuch gemacht, die Einheitsfront zu schaffen, als wir an die Unabhängigen am Morgen des 9. November herantraten, und um Verhandlungen zum Zwecke der Bildung einer deutschen Regierung ersuchten. Nun ist mir in diesen Tagen wieder das Protokoll des Ledebour-Prozesses in die Hände gekommen, und da ist es doch interessant, bei Ledebours heutiger Gegnerchaft gegen die Einigung, wie er in seiner großen Rede vor Gericht sein Verständnis für die politischen Notwendigkeiten in der damaligen Schicksalsstunde der deutschen Arbeiterklasse dokumentiert hat. Er schildert, wie Ebert, Scheidemann und Otto Braun im Reichstag in das Fraktionszimmer der Unabhängigen traten, um sie zu Verhandlungen aufzufordern: „Jetzt kamen sie, die Mehrheitssozialisten, zu uns in unser Fraktionszimmer und boten uns an, Halbpakt zu machen. Ich werde nicht leicht überrascht, aber da habe ich doch die Augenbrauen hochgezogen und gesagt: „Ach, na so was.“ (Stürmische Heiterkeit.) Parteigenossen, das ist die ganze Weisheit Ledebours in jenen für die Geschichte der Arbeiterklasse und unseres Landes so wichtigen Stunden, und von da an hat er unausgesetzt die gleiche Weltfremdheit an den Tag gelegt.

Wo sind denn die grundsätzlichen Unterschiede zwischen uns und den Unabhängigen in Wahrheit geblieben? Die Einteilung in die Gruppen Revolutionäre und Reformsozialisten zur Beurteilung der beiden Parteien anzuwenden, ist ja ganz unlogisch und hinfällig. Ebenso wie alle Versuche, als ob wir die Opportunisten wären und die Unabhängigen die Hüter des heiligen Feuers des Klassenkampfes. Reform oder Revolution — ach, du lieber Gott, wieviel Tintenfass sind nicht schon geleert und wieviel Galle ist nicht darüber schon verspritzt worden auch in der alten geeinigten Partei. Aber Reform und Revolution sind nicht Gegensätze im Wesen, sondern nur der Form nach, und die Kämpfe in der Arbeiterklasse sind nur möglich, weil jeder Reformgläubige ebenso wie jeder angebliche Revolutionär seiner Ueberzeugung alle Wunderkraft beimißt. (Sehr wahr!) Revolution hat mit Gewalt nichts zu tun. Gewalt kann notwendig sein, aber sie braucht es nicht bei revolutionären Umwälzungen. Für die Revolution ist die Gewalt nicht so notwendig wie für ihren Gegenpol. Die Reaktion hat Gewalt unbedingt nötig, sie lebt nur von der Gewalt. (Sehr gut!) Der Gedanke der Revolution hatte die Masse des französischen Bürgertums erfaßt und gelangte so zum Siege, und heute muß der Gedanke der sozialen Revolution daselbe bei dem Proletariat tun. Einmal in den Massen verwurzelt, einmal von den Massen erfaßt, ist der Gedanke der demokratischen Revolution, ist der Gedanke der sozialen Revolution unwiderstehlich. Die Masse, die Mehrheit des Volkes für diesen Gedanken gewonnen — dann ist die Einheitlichkeit und Geschlossenheit das Palladium, das den Sieg verbürgt! Der Streit um Reform oder Revolution erscheint insoweit ganz wesenlos. Der Revolutionär muß ebenso opportunistisch bleiben wie der Reaktionsär, auch er muß den Verhältnissen Rechnung tragen. Jeden Revolutionarismus, der sich in Putzschismus erschöpft, lehnen wir allerdings ab. Ob eine Umwälzung sich reformatorisch oder revolutionär vollzieht, hängt von den Verhältnissen ab, unter denen sie erfolgt. Der Unterschied zwischen uns und den Unabhängigen ist taktisch

jedenfalls nicht größer, als Unterschiede in der alten, geeinten Partei von jeher bestanden haben. (Sehr wahr!) Es ist immer und immer wieder behauptet worden, daß man die Prinzipien erst nachher gefunden habe, nachdem die Spaltung aus taktischen Gründen erfolgt war. (Heiterkeit und Beifall.) Ich will Sie mit Ihren Gedanken nicht in das Dunkel zurückführen, das hinter uns liegt, ich will nicht in alten Wunden wühlen, aber eins auch heute auszusprechen ist mir doch Recht und Pflicht: wir hätten die furchtbar schwere Zeit nicht überstehen können ohne den Geist treuer Kameradschaft, der in unserer Partei geherrscht hat. Wir haben Streiffälle stets kameradschaftlich ausgetragen, ohne eine persönliche Feindschaft entstehen zu lassen. Mehr denn je ist in der Partei das Persönliche zurückgetreten hinter die Sache, und wir haben fest zusammengehalten gegen alles, was außerhalb unserer Reihen stand, und festgehalten an dem, was wir als richtig erkannt hatten, mochte kommen, was wollte. Wie schwer haben es manchmal unsere Genossen draußen in der Fabrik gehabt! Aber nein, ich will jetzt nicht mehr darüber reden, nur das eine will ich Ihnen auch in dieser Stunde noch zurufen:

Die Welt des Sozialismus, die deutsche Arbeiterklasse wird es Euch danken, daß Ihr so standhaft gewesen seid! (Stürmischer Beifall.) Und daran knüpfe ich den Wunsch, daß diese hohen sittlichen Werte, die sich in schwerer Zeit bewährt haben, die uns hindurchgeholfen haben durch alle Schwierigkeiten, auch in der neugeeinten Partei voll erhalten bleiben mögen. Auch die geeinigte Partei wird getragen sein müssen vom Geiste treuer Kameradschaft und Brüderlichkeit. Uns alle befeelt die Hoffnung, daß die Einigung der deutschen sozialdemokratischen Parteien auch die Einigung der Internationale ergeben wird, die auf dem Boden der Grundzüge der vereinigten Parteien steht. (Bravo!) Denn die Internationale ist die große Sehnsucht und Hoffnung der leidenden Menschheit, ihr Erlöser aus dem Fesseln einer Gesellschaftsform, die zur Grundlage hat, daß Tausende arm sein und darben müssen, damit einer schwelgt. Dem Kapitalismus gilt unser Kampf, den Kapitalismus niederzuringen ist unsere große historische Aufgabe. Wir werden sie erfüllen allen Widerständen zum Trotz — trotz alledem und alledem! (Stürmischer, langanhaltender, sich immer wiederholender Beifall.)

In der eröffneten Diskussion erhält das Wort

Kranold-Hannover: Nach der Rede des Genossen Wels ist es schwer . . . (Lebhafte Schlussrufe. Zuruf: Die Diskussion ist ja lächerlich! — Stürmische Rufe: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender **Simon:** Es scheint der Wunsch des Parteitages, in die Diskussion nicht einzutreten. Ich lasse darüber abstimmen. Es ist gegen wenige Stimmen beschlossene. Es scheint mir angebracht, unter dem Eindruck der Rede des Genossen Wels eine kurze Pause eintreten zu lassen.

Nach fünf Minuten eröffnet Vorsitzender **Wels** die Sitzung wieder und erklärt, daß die Debatte bereits eröffnet war. Es könne auch in der Debatte noch manches Gute und manches Kritische, z. B. über die Schwierigkeit in den einzelnen Bezirken gesagt werden. Ein Antrag zur Geschäftsordnung liege nicht vor.

Schred-Bielefeld stellt den Antrag, von der Diskussion abzusehen. Man dient jetzt der Einheit am besten, wenn man schweigt. (Beifall.)

Hermann Müller-Berlin: Kranold hatte bereits das Wort. Den Bezirksvertretern muß die Möglichkeit gegeben werden, auch Bedenken gegen diesen oder jenen Punkt der Vereinbarungen vorzubringen.

Der Antrag **Schred** auf Schluß der Diskussion wird mit großer Mehrheit und unter lebhaftem Beifall des Parteitages angenommen.

Aktionsprogramm und organisatorische Vereinbarungen werden in der vorliegenden Fassung vom Parteitag einstimmig unter lebhaftem Beifall ange-

nommen. Angenommen wird ferner Antrag 9, während alle übrigen Anträge durch die gefaßten Beschlüsse als erledigt gelten. Die zur Teilnahme am Nürnberger Einigungsparteitag bestimmten 144 Delegierten werden bestätigt.

Vorsitzender Weis teilt mit, daß die Vorstände der beiden sozialistischen Parteien beschloffen haben, Karl Rautsky zum Einigungsparteitag einzuladen und bittet, auch den Genossen Eduard Bernstein als Delegierten dorthin zu entsenden. Genosse Bernstein war bei der Einigung in Gotha zugegen und hat sich auch um die Spaltung verdient gemacht. (Große Heiterkeit.) Der Parteitag erklärt unter lebhaften Bravourufen sein Einverständnis.

Für die Programmkommission werden in Aussicht genommen Eduard Bernstein, Dr. Adolf Braun, Max Leuterich-Hamburg, Rolfenbuh-Berlin, Müller-Potsdam, Toni Pfälf-München, Dr. Quard-Frankfurt, Stampfer-Berlin und Ströbel-Berlin.

Für die Statutenberatungskommission bestimmt der Parteitag Scholich-Breslau, Vogel-Nürnberg, Verbiest-Kiel, Köhle-Frankfurt-Main, Max Müller-Chemnitz, Laue-Hannover, Hahn-Mannheim und Klupich-Dortmund.

Als nächster Gegenstand der Tagesordnung folgt das Referat über

Die Sozialdemokratie im Kampf um die wirtschaftliche und soziale Stellung der Frau.

Berichterstatterin Johanna Reiche-Hamburg: Im Kampfe um die wirtschaftliche und soziale Stellung der Frau hat die deutsche Sozialdemokratie immer im vordersten Treffen gestanden. Sie alle haben diesen Kampf mit erlebt. Ich kann mich deshalb darauf beschränken, nur seine bedeutendsten Ergebnisse aufzuzeigen. Sozialdemokratische Errungenschaften auf den verschiedensten Gebieten sollen hier im Zusammenhang festgehalten werden. Sie sind Ihnen bekannt, jedoch in unserer raschlebigen Zeit, unter dem fühlbaren Druck der schweren wirtschaftlichen und sozialen Nöte bei vielen unserer Volksgenossen in Vergessenheit geraten. Eine Auffrischung alles dessen, was die Sozialdemokratie im Kampf um die wirtschaftliche und soziale Stellung der Frau insbesondere seit Weimar errungen hat, dürfte deshalb durchaus angebracht sein.

Wir brauchen uns unserer Arbeit gewiß nicht zu schämen. Aber wir sind uns bewußt, daß noch unendlich viel an gesetzgeberischer Arbeit geleistet werden muß, um der Frau auf allen Gebieten die volle Gleichberechtigung mit dem Mann zu sichern. Wir haben uns gegen kleinliche Versuche unserer Gegner von rechts und links zu wehren, unsere Arbeit für die Frau zu verkleinern oder gar als erfolglos hinzustellen. Leider sind auch viele unserer eigenen Anhänger nicht davor gefeit, den gegnerischen Einschüflerungen zu glauben, weil vieles von dem, was die Sozialdemokratie im Interesse der wirtschaftlichen und sozialen Hebung der Frau unter größten Schwierigkeiten erkämpft hat, wieder vergessen ist.

Was vielen unter uns erst in weiter Ferne erreichbar schien, wie z. B. gleiches Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts, freies Koalitionsrecht auch für Beamte und Landarbeiter, Achtkundentag usw., das hat uns die Novemberrevolution, der Zusammenbruch des alten Obrigkeitsstaates gebracht. Die weiteren sozialen Auswirkungen der Revolution werden sich noch in den sozialpolitischen Gesetzentwürfen widerspiegeln, die dem Reichstag bereits vorliegen oder in nächster Zeit zugehen werden.

Für die oberflächlichen Beurteiler mögen diese Früchte der Revolution uns kampflös zugefallen sein, weil sie die mühsame Arbeit, die schweren, aufreibenden Kämpfe nicht zu würdigen wissen, die die Sozialdemokratie und auch kleine fortschrittliche Kreise des Bürgertums für die heute durchgeführten Forde-

rungen schon Jahrzehnte vor der Revolution geführt haben. Der Sozialdemokratie, vor allem unserem verehrten Vorkämpfer August Bebel, der in seinem Werke „Die Frau und der Sozialismus“ die unwürdige und deshalb unhaltbare Stellung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft aufgezeigt hat, gebührt in erster Linie das Verdienst, durch unermüdete Aufklärungsarbeit in allen Gesellschaftsschichten den Boden bereitet zu haben, auf dem in gemeinsamer Arbeit der Koalitionsparteien — Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie — das Weimarer Verfassungswerk geschaffen werden konnte. Die Verfassung, die in ihren Grundrechten nicht nur die politische Gleichberechtigung der Geschlechter, sondern auch die Gleichstellung von Mann und Frau in der Ehe, den Schutz für Mutter und Kind, ob ehehch oder unehelich, für Beamtinnen die Aufhebung des Eheverbots und die Zulassung aller Staatsbürger zu den öffentlichen Ämtern gewährleistet. So soll, wie einst August Bebel in seinem schon genannten Werk gefordert hat, in der deutschen Republik „die Frau ebenso wie der Mann ein nützliches und gleichberechtigtes Glied der Gesellschaft werden. Sie soll wie der Mann alle ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten voll entwickeln können und, indem sie ihre Pflichten erfüllt, auch ihre Rechte beanspruchen können“ und — so führt Bebel weiter aus —:

„Sind erst einmal die sozialen Entwicklungsbedingungen für beide Geschlechter die gleichen, besteht für keines irgendein Hemmnis und ist der Sozialzustand der Gesellschaft ein gesunder, so erhebt auch die Frau sich auf eine Höhe der Vollkommenheit ihres Wesens, von der wir noch keine rechte Vorstellung besitzen, weil bisher ein solcher Zustand in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit fehlte.“

Die Weimarer Verfassung hat nun grundsätzlich alle Hindernisse hinweggeräumt, die bisher einer Gleichstellung der Geschlechter im Wege waren. Wir können nachdrücklich betonen, daß die Sozialdemokratie nach dem Inkrafttreten der Verfassung in tatkräftiger Weise bemüht gewesen ist, das geschriebene Wort der Verfassung lebendig erstehen zu lassen, d. h. die zu schaffenden Gesetze so zu gestalten, daß sie der wahren Demokratie des deutschen Volksstaates würdig sind.

Bei allen unseren Arbeiten haben wir uns aber auch von der Erkenntnis leiten lassen, daß die Kulturstufe eines Volkes am sichersten erkennbar ist aus der Stellung, die es seinen Frauen im Staate und in der Gesellschaft anweist. (Sehr gut!)

Wenn die bereits geschaffenen Gesetze nicht unseren Forderungen entsprechen, so liegt das nicht an uns. Diese Unzulänglichkeit muß von dem Gesichtspunkt aus beurteilt werden, daß uns infolge der ungeheuren Kriegslasten in finanzieller Hinsicht Grenzen gesteckt waren, und daß es sich in allem um Kompromissarbeiten handelt, die, da wir auch in der deutschen Republik noch eine Minderheit sind, nun einmal notwendig waren, wenn überhaupt etwas Positives geschaffen werden sollte.

Was dem Interesse des Volksganzen dient, davon werden auch die Frauen mehr oder weniger berührt, so durch den Ausbau der Schulgesetzgebung, der Jugendwohlfahrt und Gesundheitspflege, durch die soziale Gestaltung der Steuer- und Sozialgesetzgebung und Regelung der Wohnungsfrage, alles zweifellos sehr wichtige Fragen, die aber nicht im Rahmen eines einzigen Vortrages behandelt werden können. Dagegen sollen seit Weimar durchgeführte Gesetze und noch vorliegende Entwürfe, die das ganz besondere Interesse der Frau beanspruchen, hier kurz erläutert werden.

Uns allen liegt besonders am Herzen die Reform der Rechtspflege, die wegen ihrer Kompliziertheit und ihrer ungeheuren Tragweite freilich nicht von heute auf morgen durchgeführt werden kann. Wichtige Teilreformen, die

dem weiblichen Geschlecht Richtung und Ziel für seine weitere Entwicklung geben, sind aber bereits verwirklicht und in Angriff genommen.

Seit dem Bestehen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte haben die weiblichen Erwerbstätigen es als eine Zurücksetzung und Schädigung der weiblichen Arbeitskraft empfunden, daß sie vom Wahlrecht zu dieser Körperschaft ausgeschlossen waren. (Sehr richtig!) Unmündigen gleich, die ihr Recht nicht selbst wahrnehmen können, wurde das weibliche Geschlecht behandelt. Der lange und zähe Kampf der Sozialdemokratie zur Beseitigung dieses Unrechts ist nicht ohne Erfolg gewesen. Die Frauen haben zu dem im Mai 1922 eingeführten Recht der Beteiligung an den Beisitzerwahlen jetzt das weitere erhalten, zu Beisitzern selbst gewählt zu werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat schon im Jahre 1890 den Antrag gestellt, den weiblichen Arbeitgebern und Arbeitern das aktive Wahlrecht zu den Gewerbegerichten zu geben und deshalb dem § 11 des Gewerbegerichtsgesetzes folgenden Zusatz anzufügen:

Das Geschlecht macht hinsichtlich des Rechtes zur Teilnahme an der Wahl der Beisitzer keinen Unterschied.

Dieser Antrag wurde damals gegen 79 sozialdemokratische und freisinnige Stimmen mit der Begründung abgelehnt, daß in Konsequenz dieses Antrages weitere politische Rechte für weibliche Personen geltend gemacht werden würden, so das Wahlrecht zu den Volks- und Gemeindevertretungen. Die Gegner der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts handelten in ihrem Sinne ganz konsequent, wenn sie jedem Versuch, die Frau mit dem Mann gleichzustellen, sich widersetzen. 1901 wurde wiederum von der Sozialdemokratie der ebenfalls erfolglose Versuch gemacht, das Wahlrecht zu den Gewerbegerichten auf die weiblichen Erwerbstätigen auszudehnen.

Auch bei Einführung des Kaufmannsgerichtsgesetzes 1904 wurden die sozialdemokratischen Anträge, den Frauen gleiche Rechte zu gewähren, von den Feinden des Frauenwahlrechts abgelehnt. Was im alten Obrigkeitsstaate unter der ausschließlichen Herrschaft der besitzenden Klassen unmöglich war, das weibliche Geschlecht aus seiner Rechtlosigkeit zu befreien, konnte erst mit dem Siege der Demokratie praktisch verwirklicht werden. Weil das Parteiinteresse es gebietet, sind heute selbst die rechtsstehenden Parteien Anhänger des Frauenwahlrechts geworden. Sie werden so lange dazu stehen, wie es ihren reaktionären Bestrebungen förderlich ist.

An den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten haben die weiblichen Arbeiter und Angestellten das gleiche Interesse wie ihre männlichen Genossen. Den im Handel und in der Industrie, in der Landwirtschaft und im Bergbau beschäftigten Frauen und Mädchen liegt natürlich daran, daß nicht nur ganz allgemeine Personen mit sozialem Empfinden als Richter fungieren, sondern auch Personen, die aus eigener Erfahrung die Bedingungen kennen, unter denen die weiblichen Arbeiter schaffen müssen. Wir brauchen Richter, die sich in das weibliche Empfinden und Seelenleben hineinversetzen können. Dazu ist natürlich das eigene Geschlecht am besten geeignet. (Sehr richtig!)

Vor der Revolution war auch die Frau von jeder Mitwirkung bei den Versicherungsbehörden ausgeschlossen. Die sozialdemokratischen Vertreter verlangten bereits im Jahre 1911 das gleiche Recht für die Frau in der Sozialversicherung; ohne Erfolg. Jeder weibliche Einfluß auf die Auslegungen und Anwendungen der sozialpolitischen Gesetze fehlte; jetzt ist den Frauen der Eintritt in die Ehrenämter bei den Versicherungsbehörden möglich gemacht. Die weibliche richterliche Funktion ist deshalb zu begrüßen, weil ja die Versicherungsämter über die Gewährung der Wochenfürsorge an minderbemittelte Wöchnerinnen auf Kosten des Reiches, über Streitigkeiten aus den Vorschriften über das Ver-

halten der Kranken und über andere wichtige Fragen zu entscheiden haben. Gerade bei der Lösung dieser Aufgaben werden die Frauen besonderes Verständnis zeigen.

Mit der Zulassung der Frau als Laienrichter zu den Schöff- und Geschworenengerichten ist eine alte Forderung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften erfüllt worden. Außer den immer wiederholten Anträgen unserer Vertreter im Reichstag petitionierte das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften im Jahre 1910 an den Reichstag, sich für die Zulassung der Frauen als Schöff- und Geschworene auszusprechen. Nunmehr sollen die Frauen gemeinsam mit den Männern Recht sprechen. Zweifellos wird infolge der Heranziehung der Frau zur Rechtspflege sich wieder ein größeres Vertrauen zur Rechtspflege geltend machen. Alle die unverständlichen Urteile, die das natürliche und gesunde Rechtsgefühl breiter Volksschichten tief verletzen, mußten die Frauen hinnehmen, ohne an der Rechtspflege beteiligt zu sein. (Sehr richtig!) Sie litten doppelt, wenn Urteile gefällt wurden, die ihrer inneren seelischen Einstellung ganz und gar widersprachen. (Sehr wahr!) Die Andersartigkeit der Frau, die eigentümlich weibliche Eignung, soll nun auch der Rechtspflege nutzbar gemacht werden. Das Prinzip der Gleichberechtigung ist freilich auch bei diesem Gesetz nicht vollkommen durchgeführt. § 26 des Gerichtsverfassungsgesetzes lautet:

Die Schöffengerichte bestehen aus dem Amtsrichter als Vorsitzenden und zwei Schöffen. Mindestens ein Schöffe muß ein Mann sein.

Um das Gesetz nicht zu gefährden, stimmten für die Einschränkung auch die sozialdemokratischen Vertreter. Ein Ablehnungsrecht, als Schöffen oder Geschworene mitzuwirken, haben Frauen, die glaubhaft nachweisen können, daß die Fürsorge für ihre Familie ihnen die Ausübung des Amtes in besonderem Maße erschwert, ebenso Krankenpflegerinnen und Hebammen. Dieses Gesetz ist um so höher zu bewerten, als immer wieder neue Bedenken dagegen geltend gemacht wurden, die nun gänzlich überwunden sind.

In logischer Konsequenz mußte dem weiblichen Laienrichter der weibliche Berufsrichter und Rechtsanwalt folgen. Den Frauen ist der Zugang zum Richteramt und damit zu den Ämtern, die die Fähigkeit zum Richteramt voraussetzen, geöffnet, außerdem noch zu den Ämtern des Handelsrichters, des Amtsanwalts, des Gerichtsschreibers und Gerichtsvollziehers. Die Frau hat das gleiche Recht wie der Mann, sich beruflich auszubilden und sich ihr Brot auf dem Gebiete zu erwerben, für das sie sich geeignet erweist. Das Volksempfinden wird sich ebenso rasch an den weiblichen Rechtsanwalt und Richter gewöhnen, wie es sich an den weiblichen Arzt gewöhnt hat, der für weite Frauenteile heute schon unentbehrlich geworden ist. (Zustimmung.) Nach alledem muß die Beteiligung der Frau an der Rechtspflege als eine wertvolle Bereicherung des öffentlichen Lebens angesprochen werden. (Sehr richtig!)

Wenn so aus unserer Rechtspflege zunächst einige der größten bisher am weiblichen Geschlecht verübten Ungerechtigkeiten beseitigt wurden, so steht in einer anderen sehr wichtigen Frage eine gründliche Reform bevor. Ich komme damit auf die familienrechtliche Stellung der Frau zu sprechen, für die eine andere Grundlage geschaffen werden muß. Entsprechende Anträge und Entschlüsse sind dem Reichstage bereits zugegangen. Art. 119 der Reichsverfassung besagt: „Die Ehe beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter.“ Durch eine Revision des BGB. muß erst diese Gleichberechtigung herbeigeführt werden. Nach dem geltenden Recht nimmt der Mann eine übertragene Stellung in der Ehe ein. Die Frau ist auch in ihrer ganzen wirtschaftlichen Stellung dem Manne vollkommen unterstellt. Noch krasser tritt die Abhängigkeit der Frau in der Ehe hervor, wenn man bedenkt, daß die

Mutter keinerlei Verfügungsrecht über ihre Kinder hat. Die ganze Härte dieser grausamen Bestimmung werden unsere Mütter am schwersten empfinden, und deshalb werden wir auch mit aller Energie dafür eintreten, daß die Gleichberechtigung der Frau im Ehepersonenrecht wie im ehelichen Güterrecht möglichst bald durchgeführt wird.

Eine weitere dringende Reform ist die Umgestaltung des *Ehe scheidungs g e s e t z e s*. Unsere Fraktion hat bereits dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung der Vorschriften des BGB. über Ehescheidung unterbreitet. So wünschen wir die Streichung des § 1312, der die Eheschließung zwischen einem wegen Ehebruch geschiedenen Gatten und demjenigen, mit welchem der geschiedene Gatte den Ehebruch begangen hat, untersagt. Schon heute besteht die Bestimmung, daß Befreiung von dieser Vorschrift beantragt werden kann. Warum soll zwei Menschen, die entgegen der herrschenden Moralauffassung sich zueinander hingezogen fühlen, nach Scheidung ihrer bisherigen Ehe das eheliche Zusammenleben gesetzlich verboten werden? (Sehr richtig!) Darum fort mit dieser ganz überflüssigen, den Aufbau eines neuen Eheglücks hinderlichen Bestimmung. (Sehr richtig!) Dem § 1568 des BGB. wollen wir folgende Fassung geben:

Ein Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses besteht, daß keine begründete Aussicht auf Herstellung der ehelichen Gemeinschaft vorhanden ist. Diese Voraussetzung liegt ohne weiteres vor, wenn beide Ehegatten auf Scheidung antragen.

Neben dem jetzt geltenden Verschuldungsprinzip soll also das Zerrüttungsprinzip bei Scheidung einer Ehe mit in Betracht gezogen werden. Die einfach unwürdige Auseinandersetzung über die Schuldfrage würde damit vermieden werden. (Sehr richtig!) Jede Ehe verliert ihre sittliche Berechtigung, sobald die Ehegatten sich in ihrem Willen und Handeln nicht mehr verstehen. (Sehr wahr!) Sind die Ehegatten sich einmal innerlich fremd geworden, so ist es auch ganz natürlich, daß sie voneinander loskommen wollen. In diesem Falle liegt eine schnelle Trennung der Ehe nicht allein im Interesse der beiden Ehegatten, sondern vor allem auch im Interesse der vorhandenen Kinder, die durch die verderblichen Einflüsse einer zerrütteten Ehe in ihrer Erziehung aufs äußerste gefährdet sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Weiter soll § 1583 gestrichen werden, wonach bei Scheidung der Ehe wegen Geisteskrankheit eines Ehegatten der andere zur Unterhaltsleistung im gleichen Maße verpflichtet ist, als wenn er der allein für schuldig erklärte Teil wäre. Diese Verpflichtung zur Unterhaltsleistung trifft den unermittelten Ehegatten besonders hart, weil sie ihm in den meisten Fällen eine neue glücklichere Ehegemeinschaft unmöglich macht.

§ 1635 soll nach unserem Antrag so gestaltet werden, daß bei Scheidung einer Ehe die Versorgung der vorhandenen Kinder nach dem Gerechtigkeitsprinzip geregelt wird.

Um die Regelung der Rechtsverhältnisse des unehelichen Kindes wird auch in diesem Reichstag noch hart gekämpft werden müssen. Es gilt den ganz ungerechtfertigten Mangel zu beseitigen, den die wahrer Sittlichkeit widersprechende Moralanfchauung der bürgerlichen Gesellschaft dem unehelich geborenen Kinde angeheftet hat. (Lebh. Zustimmung.) Die Gerechtigkeit gebietet, die Beziehungen zwischen dem Vater und seinem unehelichen Kinde genau so fest zu gestalten, als handelte es sich um sein eheliches Kind. Mutter- und Vaterpflichten sollen am unehelichen Kinde gleichermaßen geübt werden wie am ehelichen. (Sehr gut!) Wir verlangen für das uneheliche Kind volles Anrecht auf den Namen und das Vermögen des Vaters, die volle Haftung nach seiner sozialen und wirtschaftlichen Stellung. Da zu dieser Regelung ein entsprechender

Reformentwurf bereits vorliegt, wird sich der Reichstag baldigst mit der Rechtstellung des unehelichen Kindes beschäftigen müssen. Niemand wird bezweifeln können, daß das uneheliche Kind in seinem Leben, seiner Gesundheit, seiner körperlichen und geistigen Entwicklung weit mehr gefährdet ist als das eheliche Kind, das unter dem Schutz der Familiengemeinschaft heranwächst. Viel zu lange schon hat das gesetzlich sanktionierte Unrecht gegenüber dem unehelichen Kind der heranwachsenden Generation, unserem kostbarsten Volksgut, schwere Wunden geschlagen. Auch die Frage der Abfindung muß gesetzlich geregelt werden. Durch die große Geldentwertung sind die unehelichen Mütter und Kinder in schwerste Bedrängnis geraten; die Alimenter sind in der Regel so minimal bemessen, daß sie eine halbwegs menschenwürdige Unterhaltung und Erziehung des Kindes nicht gestatten. So manche Väter unehelicher Kinder sind wirtschaftlich gutgestellt; sie können und müssen deshalb auch noch nachträglich zu einer erhöhten Alimentation herangezogen werden. Wo dies nicht der Fall ist, müssen die Kommunalverbände verpflichtet werden, den unehelichen Müttern einen Unterhaltsbeitrag zu geben.

Für die Wahrung der Rechte unehelicher Mütter und Kinder hat die Sozialdemokratie sich wiederholt einsetzen müssen. Bisher war es üblich, weibliche Beamte und Hilfskräfte bei Bekanntwerden ihrer unehelichen Mutterchaft aus dem Dienst zu entlassen oder in ihrer Beschäftigung zu degradieren. Wir setzen alles daran, dieser Achtung und Entwürdigung der unehelichen Mutterchaft auf reichsgesetzlichem Wege ein Ende zu bereiten. Bei der Etablierung des Ministeriums des Innern im Haushaltsausschuß wurde folgende Entschliebung angenommen:

Für weibliche Beamte und Hilfskräfte kann die Tatsache der unehelichen Mutterchaft als solche nicht Grund zur Entlassung oder Anstrengung eines Disziplinarverfahrens sein; auch darf die Beförderung einer Hilfskraft zur Beamtin lediglich aus diesem Anlaß nicht abgelehnt werden.

Die Mehrheit des Haushaltsausschusses, zu der auch die Demokraten gehörten, hat dieser Entschliebung zugestimmt. Das Plenum verhielt sich jedoch ablehnend, nahm dafür aber eine vermittelnde Entschliebung der Demokraten an, die an den Rechtsausschuß verwiesen wurde. Aber auch andere rückwärtliche Kräfte waren inzwischen nicht untätig gewesen, nämlich die Berufsorganisationen der Beamtinnen, die über diese falschen Vorurteile und Moralanfchauungen nicht hinauskommen und deshalb auch unsere Stellung nicht begreifen. So hat der Verband der Post- und Telegraphenbeamtinnen auf einer Tagung in Hamburg folgenden Beschluß gefaßt:

Das Wesen des Beamtentums bedingt im Gegensatz zu den freien Berufen die Unterordnung der vollen Persönlichkeit unter Gesetz und Sitte, die in der unehelichen Mutterchaft grundsätzlich einen Mangel sieht.

Dieser Entschliebung hat dann der Bund der Beamtinnen der Post- und Telegraphenverwaltung im Oberpostdirektionsbezirk Hamburg in folgender Zuschrift seine Zustimmung gegeben: er billigt die Bemühungen zur Abwehr der zur verfassungswidrigen Untergrabung der Ehe führenden Bestrebungen nach bedingungsloser Freigabe der unehelichen Mutterchaft für Beamtinnen. Sie sehen also, wie von einer reinen Standesorganisation eine scharfe Grenze zwischen ehelicher und unehelicher Mutterchaft gezogen wird. Der letzte Absatz des Artikels 119 der Reichsverfassung besagt aber ganz allgemein, daß die Mutterchaft Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates hat. Auf die individuelle Beurteilung des einzelnen Falles kommt es nicht an; vielmehr auf die grundsätzliche Behandlung dieser Frage. Jede Mutterchaft ist heilig (sehr wahr!); das werdende und geborene Leben muß unter dem Schutz der ganzen Volksgemeinschaft stehen. (Lebhafte Zustimmung.) Genießen die Neugeborenen

außerdem noch den Schutz und die Fürsorge der Familie, so ist das doppelt zu begreifen. Allen neuen Erdbürgern, die der Familienfürsorge nicht teilhaftig werden, muß die Volksgemeinschaft schützend und fördernd zur Seite stehen. Hierzu gehört in erster Linie, die Trägerin des werdenden Lebens vor wirtschaftlicher Not zu bewahren; denn sie trägt ein kostbares gesellschaftliches Gut unter dem Herzen. Sind die jungen Menschentinder geboren, dann hat Vater Staat für Mutter und Kind den Lebensweg so zu bereiten, daß er ihnen lichtvolle Ausblicke in die Zukunft gewährt. (Sehr wahr!) Die uneheliche Mutter aus ihrer gewohnten Beschäftigung zu stoßen, durch die sie nicht nur ihren, sondern auch den Unterhalt ihres Kindes bestreiten muß, verträgt sich nicht mit wahrer Sittlichkeit und Humanität. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube nicht, daß die Beamtinnen, die grundsätzlich die Entlassung der unehelichen Mutter fordern, sich der schweren Konsequenzen ihrer Forderung bewußt sind. Die traurige Folge wird sein, daß immer mehr Mütter sich des Vergehens gegen § 218 des Strafgesetzbuches schuldig machen und daß die Kranken- und Siechenhäuser weiteren Zutritt erhalten. Nach der Moralanschauung der Beamtinnen müßte ja auch der schwängernde Beamte aus dem Dienst entlassen werden. (Sehr richtig!)

Der Reichstag hat sich nun in seiner Stellungnahme durch die Protestbewegung der Beamtinnenverbände nicht beirren lassen. Er hat auf Antrag des Rechtsausschusses beschlossen, dem § 72 des Reichsbeamtengesetzes vom 31. März 1873 folgenden Absatz hinzuzufügen:

Die Tatsache der unehelichen Mutterchaft bildet allein keinen Grund zur Einleitung disziplinarer Maßnahmen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Deutschen Reichs-, Post- und Bahnbeamtinnen hat sich einstimmig gegen das Gesetz ausgesprochen und seine sofortige Wiederaufhebung gefordert. Auf eine Eingabe dieser Verbände hin hat nunmehr der Reichsrat mit 47 — darunter auch sozialdemokratischen (hört, hört!) — gegen 16 Stimmen Einspruch gegen das Initiativgesetz erhoben. (Hört, hört!) Die Sozialdemokratie und alle fortschrittlichen Kräfte werden also weiterkämpfen müssen, bis der verfassungsrechtliche Grundatz sich allgemein durchgesetzt hat, daß jede Mutterchaft Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates hat. (Sehr richtig!)

Es ist immer sozialdemokratischer Grundatz gewesen, daß gleiche Pflichten gleiche Rechte voraussetzen. Wo sich die Gelegenheit bot, haben wir diese Forderung auch mit allem Nachdruck gegen den hartnäckigen Widerstand aller jener kapitalistischen Kreise vertreten, die in der Frau lediglich ein billigeres und gefügigeres Ausbeutungsobjekt schähen.

Obwohl nun die Verfassung auf wirtschaftlichem Gebiet der Frau die Gleichstellung mit dem Manne gewährleistet, ist in der Praxis noch wenig hiervon zu spüren. Nach Artikel 128 der Verfassung sind jetzt alle Staatsbürger nach Maßgabe der Eesehe und entsprechend ihrer Befähigung und Leistung zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen. Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte gibt es nicht mehr. Das Heiratsverbot ist aufgehoben, ungerechte Hemmnisse sind aus dem Wege geräumt. Das Sozialisierungsgesetz sichert den Frauen das Recht auf Arbeit und bei Arbeitslosigkeit den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. In der Höhe der Unterstützungsätze besteht freilich noch ein Unterschied. Doch auch hier gelang es unserer Fraktion, eine Verminderung der Spannung durchzusetzen. Das Betriebsrätegesetz gibt den Frauen die Möglichkeit, sich in den Betrieben für die gleiche Entlohnung einzusetzen. Von den Rechten, die das Betriebsrätegesetz den erwerbstätigen Frauen gewährt, darf nichts preisgegeben werden. Die Gewerkschaften als die wirtschaftlichen Interessensvertretungen der Arbeiterinnen werden ihr Möglichstes tun, um dem

Grundatz: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ praktisch Geltung zu verschaffen. Die Voraussetzung für die restlose Verwirklichung dieser Forderung ist allerdings die gleiche berufliche Ausbildung beider Geschlechter. Die jungen Mädchen müssen zunächst eine gründliche Berufsausbildung erhalten. Mit der überlieferten Anschauung muß gebrochen werden, daß die weibliche Erwerbstätigkeit nur eine vorübergehende ist. Schaffen wir deshalb die nötige Aufklärung, damit die Erwerbsarbeit der Frau nicht nur lohnender gestaltet wird, sondern sich auch auf gesunder Basis zum Besten der Volksgemeinschaft auswirken kann. So ist z. B. zur Beobachtung des weiblichen Arbeitsmarktes als beratende Instanz bei Arbeitsoermittlung und Berufsberatung für weibliche Personen beim Landesarbeitsamt Hamburg ein Referat für Frauenarbeit eingerichtet. Im ersten Halbjahr 1922 meldeten sich in der Jugendabteilung für Berufsberatung und Stellenvermittlung des Arbeitsamtes Hamburg 3682 männliche und 5131 weibliche Jugendliche.

Das wachsende Bestreben unserer Jugend, sich körperlich und geistig gesund zu erhalten, bietet auch den wirksamsten Schutz gegen Prostitution und Geschlechtskrankheit, die heute mehr denn je unsere Volksgesundheit bedrohen. (Sehr richtig!) Der Entwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird zurzeit im bevölkerungspolitischen Ausschuß des Reichstages beraten. Seine wesentlichste Bestimmung ist die Abänderung des § 361 Ziffer 6 des Strafgesetzbuches wonach die polizeiliche Reglementierung der Prostitution für das gesamte Reich aufgehoben wird. Mit der Aufhebung der Bordelle sind Hamburg und Leipzig bereits vorangegangen.

Durch die gründliche Berufsausbildung der Mädchen wird nicht nur die wirtschaftliche Gleichstellung der Geschlechter ihre Verwirklichung finden, sondern es wird auch die Arbeit an sich einen viel größeren Wert erhalten und die Freude am Beruf mehr zur Geltung kommen. Den größten Gewinn aber hätte zweifellos die Ehe, von der brutale Egoisten oft behaupten, sie sei für das weibliche Geschlecht nur eine gute Verjüngungsanstalt. Das Bewußtsein, kraft der eigenen Tüchtigkeit jederzeit leben zu können, kann der künftigen Gestaltung der Ehe nur förderlich sein. Das Verhältnis der Gatten wird durch gegenseitige Wertschätzung reiner und inniger. Die Ehe ist dann auch viel besser geschützt gegen die Wechselfälle des Lebens. Wenn die Frau eine tüchtige Berufsausbildung genossen hat, kann die Witwe bei frühzeitigem Tode des Gatten den Kampf ums tägliche Brot jederzeit aufnehmen. Auch bei längerer Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit des Gatten steht die berufstätige Frau dem Schicksal viel besser gewappnet gegenüber.

Die Koalitionsfreiheit ist allen erwerbstätigen Frauen, auch den Beamtinnen, gewährleistet, ebenso die achttündige Arbeitszeit. Für die Landarbeiterinnen und Hausangestellten hat die achttündige Arbeitszeit nicht durchgesetzt werden können. Bei den Landarbeiterinnen beträgt die Arbeitszeit je vier Monate 8, 10 und 11 Stunden. Besonders beschränkt ist die Arbeitszeit der Landarbeiterinnen, die ein Hauswesen zu versorgen haben. Ihre Arbeit ist so früh zu beenden, daß sie eine Stunde vor der Hauptmahlzeit in ihren Wohnungen sein können, und an den Tagen vor den hohen Festen sind sie von der Arbeit überhaupt entbunden.

Mit der Aufhebung der Gejindeordnung sind dem dienenden Personal schwere Fesseln abgenommen. Seitdem regeln die den Arbeitsvertrag umfassenden Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches die Arbeitsverhältnisse der Hausangestellten. Ein neues Hausangekelltenrecht, das dem sozialen Zug der Zeit entspricht, muß freilich erst noch geschaffen werden. Den Entwurf hat die Regierung im Herbst 1921 dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat überwiesen. In der Begründung heißt es, daß auch das häusliche Dienstverhältnis

ein freies Arbeitsverhältnis sein müsse, daß sich Dienstberechtigter und Dienstverpflichteter gleichberechtigt gegenüberstehen sollten, daß die Reste und Schlacken des alten Herrschaftsverhältnisses, wie es die Gefindeordnungen zum Schaden des sozialen Ansehens des Berufsstandes enthielten, fallen müßten und daß deshalb der Ausdruck Dienste, der an das alte Gewaltverhältnis erinnert, allgemein durch Arbeit zu ersetzen sei. Die Beratungen des Reichswirtschaftsrates sind noch nicht abgeschlossen. Die freigewerkschaftlichen Vertreter haben in der letzten Vollversammlung jede weitere Mitarbeit ablehnen müssen, weil in der Frage der Arbeitszeitregelung eine Bestimmung beschlossen wurde, nach der unter Umständen die Hausangestellten eine tägliche Arbeitszeit bis zu 15 Stunden hätten. In welcher Form das Gesetz nun an den Reichstag gelangt wird, steht noch nicht fest. Selbstverständlich wird sich unsere Fraktion dafür einsetzen, daß auch für die Hausangestellten ein neuzeitliches, soziales Arbeitsrecht geschaffen wird. Der stiefmütterlichen Behandlung der Hausangestellten muß ein Ende gemacht werden. Das neue Hausangestelltenrecht muß Arbeitszeit und Urlaub, das Rechtsverhältnis während einer Krankheit, die Wohnungs- und Beförderungsfälle befriedigend regeln.

Zu den Stiefkindern der Gesetzgebung gehören neben den Hausangestellten auch die Heimarbeiter, deren Glend keine Grenzen kennt. Die Arbeiterbewegung hat sich dieser leidenden Brüder und Schwestern tatkräftig angenommen, leider sind gerade die am meisten Schutzbedürftigen am wenigsten vom Schutz erfasst worden. Ein trasses Beispiel dafür ist die traurige Tatsache, daß seit 40 Jahren Gewerkschaften und Sozialdemokratie die Einbeziehung der in der Heimindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in die Kranken- und Invalidenversicherung gefordert haben und daß diese Forderung erst jetzt durch den einstimmigen Reichstagsbeschluss vom 7. April 1922 erfüllt worden ist. Was jetzt folgen muß, ist ein durchgreifendes Gesetz gegen die furchtbare Ausbeutung der Heimarbeiter, von der Frauen und Kinder am härtesten betroffen werden. Frankreich ist in der Bekämpfung des Heimarbeiter-Glendes wenigstens in der Bekleidungsindustrie durch ein Minimallohngesetz vorbildlich vorgegangen. Wenn es auch noch keineswegs unseren Forderungen entspricht, bietet es doch die Handhabe, mit den schlimmsten Schundlöhnen aufzuräumen. Durch Festsetzung der Stückpreise wird der Willkür der Unternehmer und Zwischenmeister ein Ende gemacht. In dieser Beziehung kann Deutschland von Frankreich lernen. Wir wollen hoffen, daß das deutsche Heimarbeiter-Lohngesetz, dessen Entwurf dem Reichswirtschaftsrat zur Beratung zugegangen ist, den Erwartungen der Heimarbeiter entspricht.

Die Mitarbeit der Frau in den Ministerien als Referentin, vortragende Rätin oder Direktorin ist durch einen Beschluss der Nationalversammlung sichergestellt. Wir haben wiederholt von der Regierung gefordert, bei der Besetzung leitender Stellen auch Frauen zu berücksichtigen. Das ist nur zögernd geschehen. Und doch ist es von großer Bedeutung, daß gerade dort an den maßgebenden Stellen die Interessen der Frauen wirksamer als bisher wahrgenommen werden. Auch bei der Neuordnung der Heimarbeit ist die Mitarbeit sachverständiger Frauen gar nicht zu entbehren. Tüchtige Beamtinnen müssen auch befördert werden. (Sehr wahr.)

Die sozialdemokratischen Abgeordneten und besonders die weiblichen Abgeordneten sind sich bewusst, daß auf wirtschaftlichem Gebiet noch viel zu tun übrig bleibt, um allen berechtigten Wünschen der erwerbstätigen Frauen entgegenzukommen. Je tatkräftiger wir für die wirtschaftliche Gleichstellung der Frau eintreten, um so schneller wird der Erfolg winken. Eine Vorbedingung dazu ist die gewerkschaftliche und politische Organisation der Frau. (Sehr wahr!) Wir dürfen nicht alles von der Hilfe des Staates erwarten, sondern

müssen die eigene Kraft und Tüchtigkeit einsetzen, wenn wir weiter vorwärts kommen wollen. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Artikel 160 der Reichsverfassung sieht zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit eine umfassende Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen durch Schaffung eines umfassenden Versicherungswesens unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten vor. Auf die gesetzliche Durchführung dieser Verfassungsbestimmung können wir leider nicht so bald rechnen. Die Sozialversicherung soll zu einer allgemeinen Volksfürsorge ausgebaut werden, die alle Volksgenossen vom werdenden Menschen bis zum Greisenalter schützt. Vorbeugung und Verhütung von Krankheiten ist für Volk und Staat vorteilhafter als Wunden heilen. Von dieser Erkenntnis geleitet, sind wir stets für einen durchgreifenden Schutz der Mutter als die Trägerin neuen Lebens und Schutz der Neugeborenen eingetreten. Weil der Organismus der Frau Gesundheitschädigungen besonders leicht unterliegt, haben wir gefordert das Verbot der Nacharbeit für Frauen und Jugendliche, das Verbot der Arbeit der Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr, das Verbot der Erwerbsarbeit der schulpflichtigen Kinder. Auch die Einführung einer großzügigen reichsgesetzlichen Mutterchaftsversicherung haben wir eifrig betrieben. Die Fürsorge des Reiches für die Schwangeren und Wöchnerinnen hat erst 1883 eingesetzt. Bis 1890 war die Beschäftigung von Frauen nach der Niederkunft auf drei Wochen verboten, eine Entschädigung wurde nur den krankenversicherten Frauen zu teil, die innerhalb eines Jahres, vom Tage der Entbindung zurückgerechnet, mindestens sechs Monate der Krankentasse angehörten. Dienstboten, Heimarbeiterinnen und Landarbeiterinnen waren in den Kreis der Versicherten nicht einbezogen. Vom Jahre 1890 an wurde die Schutzfrist für Wöchnerinnen auf sechs Wochen erweitert, von denen vier Wochen auf die Zeit nach der Entbindung entfielen. Die Erweiterung auf acht Wochen wurde erst 1910 durchgesetzt. Unsere Forderungen: Erweiterung der Schutzfrist, Gewährung freier Hebammenhilfe und eines Stillgeldes, Erhöhung des Krankengeldes für Wöchnerinnen und Einführung der Familienversicherung fanden bei den bürgerlichen Parteien so gut wie kein Gehör. In Weimar ist endlich auf unser wiederholtes Verlangen der Anfang zu einer allgemeinen Mutterchaftsfürsorge gemacht worden. Aber das hier Gebotene genügt den Ansprüchen an eine durchgreifende Mutterchaftsfürsorge bei weitem nicht. Immerhin haben wir durchgesetzt, daß der Kreis der Wöchnerinnen, denen der Genuß der Wochenhilfe und Wochenfürsorge zusteht, nicht auf die Versicherten beschränkt geblieben ist, sondern erweitert wurde auf die Familienangehörigen versicherter Männer und Väter und auf die nichtversicherten Wöchnerinnen aus den Kreisen der Minderbemittelten. Auf unsern Antrag wird das Reichsministerium des Innern demnächst eine Vorlage einbringen, welche die Wochenhilfe auch den Frauen und den Töchtern nichtversicherter Beamten zugute kommen läßt. Leider haben die Geldleistungen der Wochenhilfe sich der Entwertung des Geldes nicht angepaßt. Die Zustimmung des Reichstages voraussetzend, hat zwar der Haushaltsausschuß eine Erhöhung der Sätze beschlossen, aber sie reicht keineswegs aus. Sehr zu bedauern ist z. B. die Ablehnung unseres Antrages, das Stillgeld den Kosten eines Liters Milch pro Tag gleichzustellen. Die finanzielle Notlage des Reiches darf kein Grund sein, die notwendigen Mittel für eine umfassende Fürsorge von Mutter und Kind zu versagen. (Sehr wahr!) Das so vorausgelagte Geld ist Spargeld im Reichshaushalt. (Vielfaches Sehr richtig!) Vorbeugende Maßnahmen verhüten viel größere Aufwendungen für Kranken- und Siechenhäuser und Wohlfahrtszwecke aller Art. Auf Grund der Beschlüsse der durch den Friedensvertrag eingesetzten Washingtoner Konferenz sind wir zu viel

weitergehendem Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen verpflichtet. Auch das Jugendwohlfahrtsgesetz beschäftigt sich mit dem Schutz der Mutter vor und nach der Geburt. Ebenso bringt das kürzlich verabschiedete preussische Hebammengesetz mancherlei Fortschritte. Die seit Jahren geforderte Hebammenreform wird dadurch wesentlich gefördert. Die von der sozialdemokratischen Fraktion geforderte Anstellung der Hebammen durch den Staat und damit die unentgeltliche Hebammenfürsorge hat leider die bürgerliche Mehrheit abgelehnt. Nach dem Hebammengesetz hat jede Frau in Preußen ein Recht auf Hebammenhilfe, sie kann auch die Hebamme ihres Vertrauens wählen. Neben der Beratung von Schwangeren und Entbindung von Gebärenden soll die Hebamme sich besonders auch die Förderung der natürlichen Ernährung der Säuglinge angelegen sein lassen. Für jeden Stadt- und Landkreis ist eine Kreishebammenstelle einzurichten, die sich zusammensetzt aus mehreren freigewählten Hebammen und Müttern des Kreises, einem Vertreter des Kreis-ausschusses (Gemeindevorstand), dem Kreisarzt und zwei Vertretern der öffentlichen Krankenversicherungen.

Ein Kapitel ganz besonders trauriger Art ist die Versorgung der Kriegerhinterbliebenen sowie der Witwen und Waisen, die auf Grund der Reichsversicherungsordnung Renten beziehen. Wir fühlen uns alle verpflichtet, den Opfern des Krieges und der Arbeit nach Kräften zu helfen, doch all unser Mühen nach dieser Richtung hat nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt. Wir sind noch weit davon entfernt, den Witwen und Waisen eine ausreichende Ergänzung zu sichern. Die fortwährende Verschlechterung unseres Geldes gefährdet zuerst die Haushaltungen, deren Einkommen zum größten Teil auf Rente beruht. Die Geldentwertung macht immer neue Bestimmungen notwendig, welche ausführende Organe erheblich belasten. Zwischen dem Infratreten und der Ausführung dieser Fürsorgegesetze vergeht daher ein so langer Zeitraum, daß der gewollte Zweck schneller Hilfe für die Hilfsbedürftigen nur zum geringen Teil erreicht wird. Bei der Stabilisierung der Mark würden wir nicht nur der größten Not abhelfen, sondern auch vorbeugend wirken können und den Rentenempfängern ein größeres Gefühl der Sicherheit geben. Jetzt ist unsere soziale Wirksamkeit sehr beschränkt durch die finanzielle Notlage des Reiches und die schweren Bedingungen des Friedensvertrages. Wenn es nach unseren Wünschen und unserem Willen ginge, gäbe es in der deutschen Republik keine Notleidenden, keine Witwen und Waisen, die das Notwendigste entbehren müssen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen bleibt nichts anderes übrig als ausgleichend im Einzelfall zu wirken. Die arbeitsfähige Witwe muß gegenüber der arbeitsunfähigen Witwe zurücktreten, die Witwe mit Kindern, auch mit einem Kind, wird der arbeitsunfähigen Witwe gleichgestellt, mit der Vollendung des 50. Lebensjahres wird die Erwerbsunfähigkeit ohne weiteres als gegeben angesehen. Die Praxis hat immer neue Härten ergeben, die zu beseitigen wir bemüht sind. Die als erwerbsfähig anerkannte Witwe, die trotz guten Willens keine Arbeit erhalten kann, soll die Teuerungszuschüsse erhalten. Als besondere Härte hat sich auch die säumige Auszahlung der Abfindungssummen an solche Witwen erwiesen, die eine neue Ehe eingehen. Der Antrag unserer Fraktion, bei Wiederverheiratung die Rente wieder aufleben zu lassen, falls binnen sechs Jahren wieder Witwenchaft eintritt, hat keine Mehrheit gefunden. Auch mit anderen Verbesserungsanträgen hatten wir nur halben Erfolg. Gern soll anerkannt werden, daß die Fürsorgestellen unentbehrliche Einrichtungen geworden sind. Die individuelle Betreuung der Fürsorgebedürftigen wird noch lange notwendig sein. So sind laufende und einmalige Zuschüsse zur besseren Ernährung schwächerer Kinder zu zahlen, die zum Teil auch auf das Land oder an die See geschickt werden müssen. Für tuberkulöse oder tuberkuloseverdächtige Kinder

sind die Heilfürsorgemaßnahmen auf Kosten der Fürsorgeämter durchzuführen. Kranke Witwen sind auf ärztliche Verordnung in Erholungsheimen oder Pflegestellen unterzubringen. Beihilfen für Schulgeld, Kleidung und Erziehung sind zu leisten und Maßnahmen zur beruflichen Verpflegung zu treffen. Zur Hebung und Wiederherstellung der wirtschaftlichen Selbständigkeit sind Mittel bereitzustellen. Zur Durchführung dieser Aufgaben gehören nicht nur Mittel, sondern auch Helfer, die als Menschen den sozialen Nöten nicht fremd gegenüberstehen. (Sehr richtig!) Eine gut ausgebaute individuelle Fürsorge läßt sich ohne Verwaltungskosten nicht durchführen, nur dürfen sie nicht zu hoch sein, im Vergleich zu den Ausgaben für die Fürsorge selbst. Die Verwaltungskosten möglichst niedrig zu halten, liegt im Interesse der Witwen und Waisen, der Volksgemeinschaft und der Fürsorgeämter selbst. Eine allgemeine Vereinheitlichung der Fürsorge ist deshalb unbedingt erstrebenswert. Denn was an den Verwaltungskosten gespart wird, kommt den Hilfsbedürftigen zugute. In dieses Kapitel gehört auch die Wohlfahrtspflege der Witwen und Waisen, die Hinterbliebenenrente nach der Reichsversicherungsordnung beziehen. Auch auf ihnen lastet schwer der Druck seelischer und sozialer Nöte. Die geldliche Versorgung dieser armen Menschen ist auch mit den Teuerungszuschüssen ganz unzulänglich. Die furchtbare Notlage der Empfänger von Renten und Armenunterstützung findet ihren Ausdruck in dem großen Hilfswert, das durch den Zentralverband der Invaliden mit Hilfe der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen eingeleitet worden ist. Um die ungenügende öffentliche Fürsorge zu ergänzen, soll den Hilfsbedürftigen der Wert oder Ertrag einer Arbeits- oder Geschäftsstunde allgemein zugewendet werden.

Die Zusammenfügung aller dieser Fürsorgezweige hat nicht nur technische Vorteile, sondern wird auch sachlich zur Verbesserung der gesamten Wohlfahrtspflege beitragen. Der gegenwärtige Stand der sozialen Fürsorge kann keineswegs befriedigen. Die Schaffung eines neuen sozialen Rechts ist nur möglich, wenn ganze Arbeit geleistet wird. Auch der Rechtsanspruch der Kinder in Familien auf ausgleichende Fürsorge harret noch der Erfüllung. Der großen Zahl der Rentenlosen wird ebenfalls der Anspruch auf soziale Fürsorge nicht verweigert werden können. Die produktive Erwerbslosenfürsorge, die Werkstätten für Erwerbsbeschränkte sind wertvolle Teile der allgemeinen Wohlfahrtspflege. Alle Zweige der sozialen Fürsorge und Wohlfahrt müssen vereinheitlicht werden, um mit den vorhandenen Mitteln den Rechtsanspruch auf durchgreifende soziale Fürsorge nach Möglichkeit verwirklichen zu können. Keinesfalls dürfen die Fürsorgestellen in der Auswahl der zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen beengt werden. Dem Grundfaß der Menschlichkeit müssen wir allgemein Geltung verschaffen. (Lebhafter Beifall.)

Zur Ernährungsfrage möchte ich mich nicht äußern, nachdem sie gestern in der Debatte ausführlich behandelt worden ist. Die Ernährungsfrage ist zweifellos eine der schwierigsten Fragen. Unsere Hausfrauen und Mütter haben ein schweres Los zu tragen. Die Sicherstellung der Volksernährung ist heute das Gebot der Stunde. Die beste Selbsthilfe für alle schaffenden Kräfte liegt in der genossenschaftlichen Organisation, für deren weitere Ausbreitung und Festigung wir unermülich sorgen sollten.

Unsere Friedenspolitik, die wir allen nationalistischen und militaristischen Anfeindungen entgegen jederzeit versprochen haben, wird bei den Frauen ganz besonderen Anklang finden. An der Sicherung des Friedens ist die Frau in erster Linie interessiert, da sie nicht nur während des Krieges, sondern auch nach dem Kriege unter seinen schweren Folgen am fühlbarsten zu leiden hat. Unsere heutige Zeit, die unter den katastrophalen Folgen des Versailler Friedensbittats

steht, ist ein Schreckensbeispiel dafür, was weiter werden wird, wenn nicht endlich der Weltfriede und die wirtschaftliche Gefundung Europas durch den internationalen Zusammenschluß der Völker gesichert wird. (Sehr wahr!)

So stellt sich die bisherige gesetzgeberische Arbeit der Sozialdemokratie für die wirtschaftliche und soziale Hebung der Frau seit Weimar dar. Ein bescheidener Anfang zwar, aber immerhin ein Anfang, der uns zu tatkräftiger Weiterarbeit ermutigt, um den weit größeren Forderungen gerecht zu werden. Aber vergessen wir auch nicht, daß fruchtbare Arbeit nur geleistet werden kann, wenn jeder in seinem Wirkungskreis mithilft. Wir sollen nicht zufrieden sein mit dem, was wir erreicht haben, sondern kritisch prüfen und erwägen, wie diese oder jene Aufgabe besser gelöst werden kann. Eine kritische Würdigung unserer Arbeit, von dem ehrlichen Willen zur Mitarbeit geleitet, kann uns nur willkommen sein. Deswegen legen wir ja öffentlich Rechenschaft über unsere parlamentarische Tätigkeit ab und sind uns bewußt, daß die Erfolge unserer Arbeit den Vordrängern und Stürmern nicht ganz befriedigen werden.

An unsere Schwestern müssen wir freilich immer wieder die Frage richten: Was habt Ihr uns denn an tatsächlicher Macht in die Hand gegeben? Habt Ihr selbst am Wiederaufbau unseres niedergeborenen Vaterlandes mitgearbeitet oder habt Ihr die Arbeit und den Opfermut anderen überlassen? Unsere Arbeiterfrauen sind zwar stark mit häuslichen Pflichten belastet. Aber dennoch können wir ihre Mitarbeit nicht entbehren, mag sie noch so bescheidener Art sein. Die gar zu vielen Außenseiter, die sich um nichts kümmern, die stumpf und gleichgültig in den Tag leben, lähmen unsere Energie und Kraft zu erprißlicher Tätigkeit. (Sehr wahr!)

Hinauf wollen wir, Stufe um Stufe, zu lichten Höhen, die weniger als unser jehiges Dasein von dunklen Wolken beschattet sind, wo uns mehr Sonne und Freude zuteil wird. Unser Aufstieg wird aber schneller vorankommen, wenn alle Schwestern sich mit uns in Reih und Glied stellen, mitgestalten und mitarbeiten. Darum prüfe jede Frau, auf welchem Gebiete sie wirklich etwas leisten kann, sei es in der politischen, gewerkschaftlichen oder genossenschaftlichen Organisation, wo sie werbend für Organisation und Arbeiterpresse wirken kann. Segensreiche Arbeit kann auch in den Elternräten, in der Wohlfahrtspflege und Jugendfürsorge geleistet werden. Als Hausfrau und Mutter müssen unsere Schwestern ihren Kindern ein leuchtendes Vorbild hingebender Tätigkeit und Opferwilligkeit sein; denn mehr als bisher muß alle unsere Tätigkeit Gemeinheitsdienst, d. h. Dienst am Volke sein. Nicht nur der Familie, der ganzen Volksgemeinschaft müssen wir dienen. Denn außerhalb unserer vier Wände wohnen auch Menschen, die vielleicht noch mehr als wir leiden und entbehren müssen.

Hoffnungsvoll begrüßen wir Frauen die bevorstehende Einigung der Sozialdemokratie. (Bravo!) Die Rot der Zeit muß alle Sozialdemokraten zu einer wahren Schicksalsgemeinschaft zusammenschweißen, die keine Macht wieder auseinanderprengen kann.

„Leben heißt: mit heißem Mühen
Aufwärts nach der Wahrheit ringen,
Heißt: in nimmermüdem Streite
Ernst das eigne Ich bezwingen.
Leben heißt: in Kampf und Stürmen
Zuversicht im Herzen tragen,
Heißt: im Hoffen niemals wanken
Und im Leiden nie verzagen.“

Echtes Volkstum wird einmal erstehen, wenn nicht mehr Haß und Neid auf andere, sondern Liebe, Opferwilligkeit und Hilfsbereitschaft den Menschen

beseelen. Unseren Frauen und Mädchen rufen wir zu: Kommt zu uns, kommt zur Sozialdemokratie, die durch Arbeit und Kampf die Ideale eines freien Menschentums verwirklichen wird. (Stürmischer Beifall.)

In der Aussprache erhält das Wort

Elisabeth Jundel-Neutlingen: Die Verhältnisse selbst haben der Frau die Bahn zur Freiheit in der Ehe und zur Freiheit im Berufsleben gebrochen. Mit Freude erfüllt mich besonders die Zulassung der Frau zum Richteramt, aber auch mit Wehmut, denn diese Wohltat wird sich gegen uns wenden. Frauen aus den oberen Kreisen werden sich dieser Stellen bemächtigen und wenig Verständnis für die Entwicklungslaufbahn gefährdeter Kinder und straffällig gewordener Frauen zeigen. Deshalb müssen wir die Ausbildung unserer Genossinnen in den Vordergrund stellen. Auch für die Ausbildung junger begabter Mädchen aus dem Volke müßte die Bereitstellung genügender Mittel im Parlament durchgeführt werden.

Grete Jabe-Hamburg: Unsere Volksvertreterinnen haben eine unendliche Arbeit für die Frauen geleistet. Leider nehmen infolge der allgemeinen Demoralisation viele Frauen die Mutterschaft nicht mehr so ernst. Wir müssen solchen Frauen liebevoll den Weg zum Verständnis für die Heiligkeit der Mutterschaft ebnen, dann wird kein Mann mehr das Recht haben, von schlechten Müttern zu sprechen. Wer ein schlechter Familienvater oder eine schlechte Mutter ist, ist auch kein guter Sozialist. Die erste sozialistische Pflicht soll jeder bei den Lieben zu Hause erfüllen, dann steht es gut um die Sozialdemokratie. Aus der „Gleichheit“ sollte man ein praktisch-wirtschaftliches Frauenorgan machen. Wenn unsere Arbeit nach allen Richtungen hin so fruchtbringend ist, wie Genossin Reike geschildert hat, können wir freudigen Mutes für die Sozialdemokratie in die Zukunft sehen.

Luise Schröder-Altona: In der Erziehung der Frauen zu Staatsbürgerinnen ist noch viel nachzuholen. Aus der heutigen männlichen Rechtsprechung muß eine menschliche Rechtsprechung werden. Heute haben wir noch ein Strafrecht im wahren Sinne des Wortes. Wir brauchen ein Erziehungsrecht, das bessert. Die Frauen müssen so umfassend wie möglich für das Laienrichteramt geschult werden, damit sie mütterliches Empfinden und Frauentum in die Gerichtssäle tragen können.

Gegen den Beschluß des Reichstages, daß uneheliche Mutterschaft kein Grund zur Entlassung sein soll, haben Sozialdemokraten im Reichsrat gestimmt und sozialdemokratische Beamtinnen haben ihnen dafür gedankt. (Hört! Hört!) Wie sollen wir da den Kastengeist bei denen überwinden, die nicht bei uns sind. Die „Gleichheit“ kann heute nicht — wie früher — ein Agitationsorgan sein, sie muß die Frauen für ihre wichtigen Aufgaben schulen. Daran muß die gesamte Presse und Parteiorganisation mithelfen, denn wir sind keine Frauenrechtlerinnen, sondern kämpfen für unsere Rechte um der Menschlichkeit willen. (Beifall: Beifall.)

Die Weiterberatungen werden auf Freitag vormittag vertagt.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 22. September 1922, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender Simon eröffnet die Sitzung und teilt ein Begrüßungsschreiben der georgischen Genossen Achmedeln und Mgeladze mit, das die Aufmerksamkeit der Welt auf die traurige Lage Georgiens seit der Okkupation durch die russischen Sowjettruppen richtet. Die Gefängnisse sind überfüllt mit Sozialisten und Arbeitern, die Arbeiterklasse ist verflacht wie zu den Zeiten des Dschingis Chan.

Die geeinte Kraft aller wirklichen Sozialisten muß helfen, auch den von Sowjetrußland unterdrückten Ländern die Freiheit zurückzuerobern. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird die Diskussion über das Frauenreferat fortgesetzt.

Emma Sachse-Altenburg: Unsere Genossinnen sollten in den Landesparlamenten Wert darauf legen, daß die Verordnungen über die Angestellten in Schank- und Gastwirtschaften verschärft werden. In die Wohlfahrtspflege müssen wir möglichst viel sozialistischen Geist hineinbringen. In den Fürsorgeanstalten unter geistlicher Leitung herrschen oft noch die scheußlichsten Mißstände. Durch die Wohlfahrtspflege können wir einen großen Teil unserer Frauen, unserer Mädchen und Mütter dem Sozialismus zuführen. (Lebhafter Beifall.)

Johanna Tesch-Frankfurt-Main: Daß die Frauen sich mehr vom Gefühl leiten lassen, wird für die künftige Rechtsprechung nur ein Vorteil sein. Die Ehecheidung stößt durch die materielle Abhängigkeit der Frau vom Manne auf große wirtschaftliche Schwierigkeiten, um so unstilllicher ist es, auch noch durch das Gesetz zwei Menschen ihr ganzes Leben lang zusammenzufesseln, weil sie in Liebeneilung eine Ehe geschlossen haben. Nach der Verfassung haben wir Frauen die gleichen Pflichten und Rechte wie die Männer, aber in der Praxis haben wir sie nicht einmal bei der Delegation zum Parteitag. (Sehr richtig! und Hör! Hör!) Im großen Frankfurter Bezirk haben wir unter elf Delegierten nicht eine einzige Frau durchbekommen; alle drei, die auf der Vorschlagsliste standen, sind durchgefallen. (Hör! Hör! Zuruf: Und das in Frankfurt!) Eine Frauenversammlung ist von der Parteileitung abgelehnt worden. — Der Entwurf des neuen Hausangestelltenrechtes kann uns nicht befriedigen. Vor allem werden wir uns gegen den geforderten Lichtbildausweis, der ein Steckbrief in verschärfter Form ist. — Die Schankkellnerinnen, hier in Süddeutschland zum großen Teile verheiratete Frauen, haben mindestens elfstündige Arbeitszeit, dabei Minimalvergütung. (Lebhafte Rufe: Hör! Hör!) Kein Kellner würde sich auch nur entfernt so ausbeuten lassen. Die Augsburger Arbeiterkassette sollte mindestens in ihren eigenen Lokalen gründlich Wandel schaffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Bietter-Holsbittel: Die Frauen müssen den Kampf um die Gleichberechtigung im wesentlichen allein führen. Solange die größten Feinde der Gleichberechtigung der Frau in den eigenen Reihen sitzen, nützt den Frauen keine männliche Hilfe. Was die Parteigenossen anbetrifft, so sind sie ja in Versammlungen und Zeitungsartikeln die größten Frauenfreunde der Welt, aber wir sollten uns nicht so sehr auf diese Rundgebungen beschränken, sondern mit der eigenen Erziehung beginnen und uns auch innerlich von alten Ueberlieferungen freimachen.

Minna Todenhagen-Treptow: Alle Probleme, die Genossin Reige im Referat berührt hat, sind nicht nur Sache der Gesetzgebung, sondern Sache der Persönlichkeit. Die Frauen lernen sich ganz anders einzustellen. Schon die Mädchen-erziehung muß ganz anders angefaßt werden. Vor allem mangelt es an der Berufsausbildung auch in der Fürsorgeerziehung. Gerade für die gefährdeten Mädchen ist die Berufsausbildung doppelt wichtig. Bei den großen Aufgaben der Gemeinden auf diesem Gebiete ist der Rückgang der Zahl weiblicher Gemeindevorordneter bedauerlich. (Sehr wahr!)

Klara Jils-Breslau: Wir müssen in den Frauen von vornherein das Bewußtsein zu erwecken suchen, daß sie selbständige Menschen sind und eigene Werte haben. Auch die Frau als Hausfrau ist ein volkswirtschaftlich wichtiger Faktor. In den jungen Mädchen muß die Ueberzeugung geweckt werden, daß ihre Berufsarbeit nicht nur ein Uebergang und Behelf ist, sondern ein Lebenszweck.

Wegner-Berlin-Lichtenberg: Heute reichen Lohn und Gehalt nicht aus, um das künftige Leben zu fristen, geschweige denn für die Anschaffung eines Heims

und einer Ausstattung. Dadurch ist die Familie und das Eheleben für die nächsten Jahre und Jahrzehnte erschüttert. Die reichen Bauernmädchen heiraten heute in die Stadt, und das gefährdet die landwirtschaftliche Produktion. Die Kindererzeugung geht immer mehr zurück, und die Nation und das Deutschland haben den Schaden davon, daß eine sittlich und kulturell starke Nachkommenschaft fehlt. Hier spielt sich ein Stück von dem Untergang des Abendlandes ab. Ohne Familie kein wahres Volkstum, ohne Volkstum keine Nation, kein Wiederaufbau.

Damit schließt die Aussprache. Die Referentin verzichtet auf das Schlusswort. Der von ihr empfohlene Antrag 274 Berlin wird angenommen.

Es folgt als nächster Punkt der Tagesordnung

die Justizreform.

Referent Sängers-München: Ein großer Teil der Forderungen, die wir Sozialisten heute für eine Justizreform aufstellen, ist seit Jahrzehnten auch von politisch Andersdenkenden als notwendig und richtig anerkannt. So hat der Zentrumsjustizminister Bess darauf hingewiesen, daß die Einführung der Berufung gegen Strafkammerurteile schon seit 40 Jahren von allen Sachverständigen gefordert wird, aber noch heute sträubt sich ein besonderes Geschlecht gegen die Anerkennung der primärsten, in anderen Kulturstaaten längst mit Erfolg durchgeführten Rechtsneuerungen. So hat als fast einziges Mitglied des Reichsrats der bayerische Vertreter gegen die Zulassung der Frau zum Richteramt gestimmt mit der Begründung, es sei unter der Würde eines germanischen Mannes, sich von einem Weibe aburteilen zu lassen. (Gelächter.) Solchen starken Männern muß man im künftigen Strafgesetzbuch den Minderungsgrund der Geisteschwäche einräumen. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Mühselige und quälende Versuche zur Strafprozeß- und Strafrechtsreform sind seit langem in großer Zahl gemacht worden; herausgekommen ist so gut wie nichts. In dem großen Kapitel der inneren Schuld des Kaiserreiches stellt die unterlassene Justizreform gerade im Kriminalrecht einen gewaltigen Posten dar.

Staat und Wirtschaft stehen jetzt in einer weltgeschichtlichen Periode der Umwertung aller Werte. Die Gesellschaft überschreitet die Schwelle eines neuen Jahrhunderts. Da weiß der Sozialist, daß für das Recht das Wort aus der Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie gilt: „Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure juristische Ueberbau langsame oder rascher um.“ Für uns gilt es jetzt vor allem, die Grundzüge der Reichsverfassung im Rechte selbst zur Geltung zu bringen. In der Verfassung lesen wir von dem Eigentum, das verpflichtet, und dessen Gebrauch Dienst sein soll für das gemeine Beste, von der Enteignung, von dem Anteil des Staates am Erbgut, von der Arbeitskraft, die unter dem besonderen Schutze des Reiches steht, von einem einheitlichen Arbeitsrecht, vom Schutz und der Fürsorge des Reiches für die geleistete Arbeit usw. Diese allgemeinen Rechtsgrundsätze machen das Bewußtsein wieder lebendig, daß alles Recht nur ein Spiegelbild der Machtverhältnisse in Politik und Wirtschaft ist. So mag der Zweck unserer Erörterung ein doppelter sein. Wir wollen einmal als Partei der praktischen Politik bestimmte Forderungen stellen, und zum zweiten wollen wir betrachten, wie zwar langsam und vielfach unbemerkt, aber doch sicher und folgerichtig die Entwicklung zu einem sozialistischen Staatswesen vorwärts ging und geht.

Unsere allgemeine programmatische Stellung zur Rechtspflege ist erst vor Jahresfrist eindeutig und allen offenkundig im Göttinger Programm der Sozialdemokratie festgelegt worden. Innerhalb dieses Rahmens will ich mich mit den einzelnen Forderungen für das bürgerliche Recht und den Zivilprozeß, das Straf-

recht und das strafprozessuale Verfahren befaßen. Das gesamte sogenannte Sozialrecht liegt außerhalb meiner Betrachtung, das Arbeitsrecht werde ich nur kurz streifen.

Die Richtlinien der Justizreform sind gezogen: politisch durch die republikanische Staatsform des Deutschen Reiches und seiner Länder; wirtschaftspolitisch durch die Erkenntnis, daß die Arbeit die Quelle jeglicher Wohlfahrt und des Glückes der Gesamtheit ist; ethisch durch den in der sozialistischen Weltbewegung der arbeitenden Massen neu erstandenen Grundsatz der solidarischen Gemeinschaft aller schaffenden Menschen und des Gemeinns, der über den Interessen des einzelnen steht und dadurch der Schlichter eben jedes einzelnen wird.

Im bürgerlichen Recht muß das Bürgerliche Gesetzbuch in die notwendige formelle Übereinstimmung mit der republikanischen Verfassung gebracht werden. Im allgemeinen Teil des BGB. ist vor allem die Minderjährigkeit zu verlangen, daß die Volljährigkeit mit der politischen Mündigkeit übereinstimmt, also mit der Vollendung des 20. Lebensjahres eintritt. Dementsprechend würde sich selbstverständlich auch das Ehemündigkeitsalter des Mannes ändern. In den Vorschriften über die Entmündigung wäre nach österreichischem Vorbild erhöhter Schutz für den zu Entmündigten vorzusehen, andererseits unter die Gründe der Entmündigung der Mißbrauch von Nervengiften einzureihen. Im Recht der Schuldverhältnisse brauchen wir vor allem erhöhten Schutz des Mieters gegen unsoziale Kündigungen und unsoziale Hausbesitzermietverträge. Mietstreitigkeiten sind am besten dem Arbeitsgericht zu übertragen, statt der jetzt vorhandenen drei verschiedenen Instanzen. Ein umfassendes und einheitliches Arbeitsrecht wird auch die Bestimmungen des BGB. über den Dienst- und Werkvertrag in sich aufnehmen müssen. Ich würde keine Bedenken dagegen tragen, daß die Kaufmanns- und Gewerbegerichte in den künftigen Arbeitsgerichten aufgehen, letztere aber als staatliche Sondergerichte errichtet und den ordentlichen Gerichten angegliedert würden. Alle bisherigen Garantien eines möglichst gütlichen und schnellen Verfahrens lassen sich auch beim Arbeitsgericht schaffen. Zu Vorstehenden der Arbeitsgerichte brauchte man nicht nur Berufsrichter zu machen, sondern könnte dazu auch erprobte Arbeitersekretäre berufen. Die Berufung gegen Erkenntnisse der Arbeitsgerichte müßte ein gleichfalls mit Laien durchsetztes ordentliches Berufungsgericht gehen. Gerade vom Arbeitsgericht aus könnte eine soziale Befruchtung der ganzen Justiz erfolgen. Zu den Arbeitsgerichten wäre als wertvolles Kontrollorgan der Rechtspflege auch der gefestigte Anwalt hinzuzuziehen. Der Ausschluß der Anwälte von den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten ist seinerzeit auf Betreiben bürgerlicher Richter erfolgt. Die Arbeiterschaft hat kein Interesse daran, den freien Anwaltsstand sozial noch weiter herunterzubringen, und die innige Anteilnahme an den Kämpfen um die Verbesserung und Fortentwicklung des sozialen Rechtes seitens der Anwälte ist für alle Beteiligten nützlich. Die Arbeitgeber haben jetzt schon in ihren Syndikate ausgezeichnete Berufsjuristen zur Vertretung, während die Arbeitnehmer keine juristische Hilfe finden können.

Besonders dringend sind die Reformen im Familienrecht. Die absolute Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne ist praktisch durchzuführen. Der sich im Leben ganz von selbst auswirkende Geschlechtsunterschied begründet keinen Anspruch auf Rechtsvorteile. Danach hätte die Mutter mitzubestimmen über das künftige Lebensschicksal des von ihr geborenen Kindes, auch über die Einwilligung zur Eingehung der Ehe. In allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten müßten die Ehegatten gemeinschaftlich entscheiden. Die eheliche Gewalt muß der Mutter ebenso gut wie dem Vater zustehen. Die Reformbedürftigkeit des Scheidungsrechtes ist von allen denen

anerkannt, die nicht leere Worte höherstellen als die Gründe der Wahrscheinlichkeit. Eine Ehe, die längst keine mehr ist, aufrechtzuhalten, ist die unfittlichste, die feigste und unreligiöseste Handlung, deren Menschentöchter überhaupt fähig sind. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn mancher Diener der politischen Kirche nur einen kleinen Bruchteil der Brandreden, die er gegen eine wahrhaftige Auffassung der Lebensgemeinschaft der Menschen hält, für eine mahnende Gewissensforschung frommer christlicher Volksausbeuter auf dem Lande verwenden würde, stünde es um die Sittlichkeit in unserm Vaterlande besser als heute. (Sehr gut!) Für jede innerlich unheilbare Ehe muß die Möglichkeit der Scheidung gegeben sein. Man kann nicht Fragen des menschlichen Schicksals unter allen Umständen mit der Frage menschlichen Verschuldens verquiden. Unterhaltspflicht und Kindererwerb sind durch freie Vereinbarung unter den Beteiligten unter Oberaufsicht der Vormundschaftsbehörden zu entscheiden, und im Streitfall muß der Grundsatz gelten, daß der sozial schwächere Teil Hilfe von dem sozial stärkeren Teil verlangen darf. Gleichheit von Mann und Frau ist auch im ehelichen Güterrecht voll durchzuführen. Den unehelichen Kindern sind gemäß der Verfassung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern. In vielem wird uns da das norwegische Gesetz von 1916 Vorbild sein können. Dem unehelichen Kinde ist auch im Verhältnis zum Vater die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes zu gewähren. Die Mutter des Kindes hat die volle elterliche Gewalt zu erhalten. Die Unterhaltspflicht des Vaters muß mindestens bis zum Abschluß der Berufsbildung erstreckt werden. Bei körperlichen und geistigen Gebrechen des Kindes muß sie zeitlich unbegrenzt sein. Die Einnahme, daß mehrere Männer der Mutter des Kindes beigezogen haben, darf nicht mehr zulässig sein. Das Erbrecht des unehelichen Kindes muß dem des ehelichen gleichgestellt werden. Noch bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches sprach im Jahre 1896 der Zentrumsführer Gröber verächtlich von den sogenannten Großenvätern, aber in der Verfassungsgebenden Nationalversammlung sagte die Vertreterin des Zentrums: „Daß der unehelichen Mutter in jeder Weise, in besonderer Weise geholfen werden muß um ihrer selbst willen, um des Kindes willen und um des Staates willen, darüber sind wir wohl alle einig, darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheiten.“ Unser Kampf, unsere Ideen, unsere Weltanschauung sind der tiefere Grund dieses Wandels der Anschauungen.

Im Prozeßrecht sind als dringende Reformen zu nennen die gesetzliche Einführung eines gerichtlichen Güterverfahrens als Mittel der Prozeßeinschränkung und der schnelleren Bewirkung bestehender Rechtsansprüche. Die badiischen und württembergischen Gemeinderichte, die sich als Sühnegerichte noch erhalten haben, haben den Gerichten und Parteien mindestens ein Drittel aller Prozesse erspart. Auch die Schweiz und Italien haben mit den Sühnegerichten die besten Erfahrungen gemacht. Auch in das Vollstreckungsweisen kann das Güterverfahren Eingang finden. Weniger Prozesse! ist die Hauptforderung. Zur Beschleunigung und Vereinfachung der notwendigen Prozesse könnten dienen: Zwangsmittel gegen zu häufige Vertagungen, Ausschlußfristen, Aushändigung von Versäumnis- und Anerkennungsurteilen gleich in der Sitzung und Einschränkung der Richterzahl auch in der Berufungsinstanz. Eine Einschränkung der Berufung selbst begegnet Bedenken. Das bisherige Armenrecht wäre durch Gewährung von Rechtsschutz für Minderbemittelte zu ersetzen.

Beim Strafrecht und seiner Rückständigkeit ist das Proletariat der am stärksten leidende Teil. Das Großteil verbrecherischer Handlungen steht im innigsten Zusammenhang mit der sozialen Struktur der jeweiligen Gesellschaft, wenn auch bei einem Teil der strafbaren Handlungen die Ursache in der Per-

fönlichkeit des einzelnen liegt und deshalb nicht ohne weiteres durch soziale Reformen zu beseitigen ist. Das Verbrechen ist eine Krankheitserscheinung des Gesellschaftskörpers. Schon eine gründliche Beseitigung der Wohnungsmisere würde sich zweifellos als ein sehr wirksames Mittel zur Verminderung der Kriminalität erweisen. Die Nichtigkeit dieser sozial-juristischen Auffassung ist nach langem Sträuben heute auch in der bürgerlichen Welt und unter den Juristen anerkannt. (Sehr wahr!) Unter den sozialen Ursachen des Verbrechens ist der Alkohol eine der traurigsten. An dem niederbayerischen Schwurgericht in Straubing sind sämtliche in den Jahren 1901, 1902 und 1905 abgeurteilten Fälle von Totschlag und Körperverletzung mit Todeserfolg auf Sonn- und Feiertage oder andere Trintgelegheiten zurückgefallen. Hier hätten gerade in den von der katholischen Kirche nahezu restlos beherrschten Gegenden hohe Kirchenfürsten ein segensreicheres Feld der Betätigung als auf dem Gebiete antisemitischer Krassprüche und Schimpfreden gegen die Republik, von der selbst Karbinale ihr reichliches Gehalt mit Vergnügen beziehen. (Lebhafter Beifall.) Ueberhaupt steht in bezug auf die Kriminalität Bayern am ungünstigsten da. (Hört! Hört!) Denn in Bayern trafen auf 100 000 Strafmündige 420 strafbare Handlungen, in Sachsen, dem roten Sachsen, 94. (Vielfaches Hört, hört!) Die Anschauungen über das Maß des zulässigen Alkoholgenußes mögen je geteilt sein. Als Markgraf Friedrich V. um 1600 herum eine Mäßigkeitsgesellschaft gründete, verpflichteten sich ihre hochadligen Mitglieder, zwei Jahre lang zu einer Mahlzeit nicht mehr als sieben Humpen Wein, an einem Tage nicht mehr als 14 zu trinken und den Ueberdurst mit Bier und Schnaps zu löschen (Vielfaches Hört! Hört! und Heiterkeit.) Wer die schamlosen alkoholischen Ausschreitungen des diesjährigen Münchener Oktoberfestes sieht, kann allerdings zweifeln, wie weit wir darüber hinausgekommen sind. (Sehr wahr!) Gleich andern Kulturstaaten muß auch Deutschland auf dem Wege der Gesetzgebung dauernd gegen den Alkohol ankämpfen. Die Geisteskranken sind unter den Verbrechern zehnmal so häufig wie in der übrigen Bevölkerung. Alle diese Kranken läßt die heutige Strafrechtspflege nach Verbüßung einer „gerechten“ Strafe auf die Menschheit wieder los. Mit der gerechten Bestrafung im Sinne der heutigen Formaljurisprudenz muß aufgeräumt werden. Wir brauchen im Strafrecht keine „Kultur der Logik“. Es ist Zeit, daß die Justitia, das blindwütig oder kaltblütig mordende Weib, zu der heisenden Gottheit werde, die sie sein soll. (Bravo!) Wir brauchen zur Bekämpfung des Verbrechertums sozial-reformerische, rassehygienische, sozialpädagogische Taten. Schutz der Gesellschaft ist und bleibt das Letztziel sozialistischer Strafrechtsreform.

Beim Strafvollzug kann man von einem vollkommenen Versagen sprechen. Fast die Hälfte der von deutschen Gerichten Verurteilten ist bereits vorbestraft, zwei Drittel mehr als einmal, fast ein Fünftel mehr als fünfmal. Das ist der Erfolg vor allem der kurzfristigen Freiheitsstrafen. Darum zunächst bedingte Verurteilung bei allen Gelegenheitsverbrechen, Erlass der Freiheitsstrafe bis zu einer gewissen Höhe durch Bußenauflagen und freie Arbeit, Wegfall der Umwandlung von Geldstrafen in Freiheitsstrafen, strengste Durchführung des Straßlöschungsgesetzes. Die Polizeiaufsicht ist als Quelle für weitere strafbare Handlungen unzerleglich zu beseitigen. Mit dem heutigen Arbeitshaus ist schnellstens aufzuräumen; die Rückfälligkeit der im Arbeitshaus Untergebrachten steigt bei Frauen bis 50 Proz., bei Männern bis 64 Proz. Wird aber eine Strafe vollzogen, so muß sie auf Besserung abgestellt sein. Der Strafvollzug ist degressiv einzurichten, um die Insassen der Strafanstalt auf das freie Leben wieder einzustellen. Nicht Vernichtung, sondern Errettung muß das Leitmotiv sein. (Sehr gut!) Stumpfsinn und Indifferenz im Gefängnis verursachen nur neue Verbrechen. (Sehr wahr!) Kein Gefangener darf entlassen werden, dem

nicht zugleich eine geeignete Arbeitsstelle zugewiesen wird. Hierfür muß das System der Gefängnisbeiräte ausgebaut werden. Zuchtstrafe und Festungshaft können als Strafarten wegfallen. Die Abschaffung der Todesstrafe ist und bleibt ein Grundsatz sozialistischer Strafrechtspflege. Solange freilich die Todesstrafe für Mörder im Strafgesetzbuch steht, wird man auch im Gesetz zum Schutze der Republik sie gegen feige politische Mordanschläge statuieren müssen. (Sehr richtig!) Die Todesstrafe als Abschreckungsmittel ist vollkommen wirkungslos geblieben. Der Beweis, daß durch die Todesstrafe ein einziger Mord nicht verhindert wurde, ist erst noch zu erbringen. Fromme Schriftgelehrte wollen die Todesstrafe mit dem Buch Moses rechtfertigen. In der hannoverschen Ständeverammlung hat ein Bibelfestler sogar einmal den Vollzug der Todesstrafe durch das Fallbeil als eine Gottlosigkeit bezeichnet, weil der Verbrecher nach der Bibel durch die Hand des Menschen, nicht aber durch eine Maschine sterben soll. (Lachen.) Wohl aber verlangen wir dauernde Sicherung der Gesellschaft vor den Unverbesserlichen. Die Ueberweisung in diese Anstalten und die Ueberwachung in ihnen muß den Justizbehörden zugewiesen werden. In dem Strafrecht von morgen werden wir neben der Haft und Gefängnisanstalt Anstalten haben für die geistig Minderwertigen, für die Trunkwächtigen, für die verbrecherischen Geisteskranken und allgemeine Verwahrungsanstalten.

Im einzelnen seien noch folgende Forderungen berührt: Der untaugliche Versuch ist im Gesetz zu beseitigen. Die sozialen Verhältnisse sind als Strafmitdangersgründe ausdrücklich aufzunehmen. Der Verweis ist auch für Erwachsene vorzuziehen, die Untersuchungshaft ist unter allen Umständen anzurechnen. Die volle kriminelle Verantwortlichkeit hat erst mit dem vollendeten 20. Lebensjahre zu beginnen. Das Schulalter der Jugend gegen Sittlichkeitsverbrechen ist in allen Fällen auf mindestens 16 Jahre zu erhöhen, bei Verführung eines unbescholtene Mädchens bis auf 18 Jahre. Bei Eigentumsvergehen ist die Möglichkeit größtmöglicher Milderung vorzusehen. Als schwerste Delikte müssen erscheinen strafbare Handlungen gegen die Jugend, gegen die menschliche Arbeitskraft, gegen die geistig und körperlich Schwachen sowie alle Handlungen, die aus gewinnjüchtiger oder roher Absicht entspringen. Vernachlässigung sozialer Unterhaltungspflichten ist als schweres Vergehen zu betrachten. Der Schutz des Volkswortes muß energisch durchgeführt werden, wenn wir auch nicht so weit gehen wollen wie der Strafgesetzentwurf 1906 zum Schutz des Gottesgnadentums. Die Bestrafung der Gotteslästerung kann nach der Trennung von Kirche und Staat noch leichter als früher in Wegfall kommen. Die Vorschriften über Kupperei sind gründlich zu ändern, ebenso die über Abtreibung, die nicht schlechthin aufgehoben werden sollen. Aber die heutigen Bestimmungen sind praktisch ein taffes Ausnahmegegesetz gegen die sozial Schlechtgestellten. (Sehr richtig!) Straffreiheit hat einzutreten, wenn aus einem sozialen Notstand heraus gehandelt wird, oder wenn der Arzt den Eingriff empfiehlt.

Die Kriminalität der Jugendlichen hat ungeheuer zugenommen, aber nicht erst neuerdings; schon in dem Jahrzehnt 1890—1900 hat sich die Zahl der Morde durch Jugendliche unter 20 Jahren vervierfacht. (Hört! Hört!) 70 Proz. der Gefängnisinsassen erhalten ihre erste Strafe im Alter vor 21 Jahren. Angesichts des namenlosen Elends unfähiger Formaljustiz gerade im Jugendstrafrecht darf mit den Reformen keinen Augenblick länger gezögert werden. Als Jugendlichen hat jeder zu gelten, der nicht volljährig ist, und kein Jugendlicher darf einem Gerichtssaal, kein Jugendlicher ein Gefängnis betreten. Besondere Gesetze, besondere Gerichte unter Hinzuziehung von Ärzten, im Notfalle besonderer Anstalten sind unerlässlich.

Im Strafprozeßrecht darf es im Spruchverfahren kein Urteil mehr ohne Laien, kein Urteil mehr ohne Berufung geben. (Sehr wahr!) Der Berliner Landgerichtsdirektor Dr. Graßhoff hat in der diesjährigen Deutschen Strafrechtszeitung die außerordentlich günstigen Erfahrungen mit Arbeitern als Geschworenen besonders hervorgehoben. Die Laien müssen auch willens und fähig sein, ihrer Ansicht zum Siege zu verhelfen. (Sehr richtig!) Das System der Auswahl der Laienrichter ist von Grund auf zu ändern. Die Vertrauenspersonen, die sie auswählen, müssen selbst nach den Grundzügen der Verhältniswahl von den Einwohnern des Amtsgerichtsbezirks gewählt sein. Einem Justizbeamten ist lediglich die Leitung des Ausschusses zu übertragen. Die direkte Wahl der Schöffen und Geschworenen käme wohl erst nach langer demokratischer Erziehung in Frage; gegenwärtig würde sie zu einer schlimmen Politisierung der Rechtspflege führen. Die künftigen Schöffengerichte müssen als kleine Schöffengerichte mit einem Richter und zwei Laien, als große Schöffengerichte und Berufungserichte mit zwei Juristen und drei Laien besetzt sein. Revision und Wiederaufnahmeverfahren sind zu erleichtern. Das heutige Verfahren funktioniert nur zu häufig begangene Justizmorde. Die Rechtstellung des Verteidigers ist zu erleichtern. Die notwendige Verteidigung ist auf alle Verbrechen auszudehnen. Das Verfahren bis zur Hauptverhandlung muß grundsätzlich umgeändert werden. Der ganze Strafprozeß ist von den letzten Resten des Inquisitionsprozesses zu befreien. Fort mit den Akten! (Sehr richtig!) Der Staatsanwalt, dem der Angeschuldigte und sein Verteidiger mit vollkommen gleichen Rechten gegenüberzustehen haben, mag das Belastungsmaterial sammeln, der Richter hat sich mit dem Fall erst durch die Anklageschrift des Staatsanwalts in der Hauptverhandlung zu befassen. Nur so ist eine Garantie für die Mündlichkeit und Unmittelbarkeit des Verfahrens gegeben. Die Abweisung des Richters muß auch noch während der Verhandlung möglich sein. Die Beweisaufnahme ist stets auch in der Berufungsinstanz auf die sämtlichen beigelegten Beweismittel zu erstrecken. Die Untersuchungshaft ist stets anzurechnen und auf das geringste Maß einzuschränken. Die heutige Untersuchungshaft nach Formularen ist ein Unrecht. (Sehr wahr!) Die Möglichkeit für den Anschluß als Nebentläger ist zu erleichtern; sie muß insbesondere bei allen Verbrechen wider die Person vorhanden sein. Wünschenswert wäre auch die Verringerung der Eide. Heute wird viel zu viel geschworen.

Die überwiegende Mehrzahl der deutschen Richter mag guten Willens sein, aber der Richter ist ein irrender Mensch, und darum sollte er mehr auf Kritik achten, als es bisher in vielen Fällen sein überhebendes Selbstbewußtsein zuließ. Die ganze bürokratische Hierarchie im deutschen Richterum muß radikal über den Haufen geworfen werden. Es darf in Zukunft nur einen Richter geben; dieser Ehrentitel hat zu genügen. (Sehr gut!) Bei der Auswahl der Strafrichter muß strengste Personenauslese getroffen werden. Bei der juristischen Erziehung des jungen Nachwuchses ist besondere Rücksicht auf solide Kenntnisse in sozialen Dingen zu nehmen. Die Hauptreform der Richterschaft aber beginnt mit der Ermöglichung des Studiums der Arbeiterföhne an den Hochschulen in möglichst großem Umfange.

So soll die Justizreform in engster Fühlung mit unserem österreichischen Bruderlande ein weiterer Baustein sein zu einem einheitlichen deutschen Recht. Die Lösung der Justizreform ist auch eine Frage der Finanzen. Nur die Nation kann der Kultur und dem Rechte wirklich dienen, der selbst man nicht das Recht auf eigenes Leben durch brutale Gewalt nimmt. In diesen furchtbaren, erbarmungslosen Zeiten ist uns das Recht das Symbol unseres Kampfes für einen neuen Staat, eine neue Welt, das Symbol unseres unverrückbaren Zieles: Erlösung derer, die der Vernunft und der Sittlichkeit zuwider im Schatten dieser

Erde leben. Erhebt Seele und Geist an dem Ideal, über dem die rote Fahne weht, schöpft aus ihm den alten stählernen Willen zum Kampfe, zum Kampfe um die Befreiung der Arbeiter, der deutschen Arbeiter im Namen des ewigen Rechtes der Menschlichkeit. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Alle Anträge zur Justizreform werden als genügend unterstützt angesehen.

Ein genügend unterstützter Antrag Pfüll fordert die Reichstagsfraktion auf, ihren Initiativantrag zur Ehescheidungsreform dahin zu ergänzen, daß hinter dem § 1568 BGB. ein § 1568a eingefügt wird, wonach eine Ehe regelmäßig als zerrüttet gilt, wenn ein Ehegatte mit der Absicht, die Ehescheidung herbeizuführen, mindestens zwei Jahre von dem anderen getrennt ist.

Ein weiterer genügend unterstützter Antrag Siebel wünscht in den Richtlinien zur Justizreform im 6. Absatz den Hinweis auf die Verbindung der Arbeitsgerichte als staatlicher Sondergerichte mit der übrigen Rechtspflege gestrichen. Es soll also die Verwirklichung der aus der Arbeit hervorgehenden Rechte und Pflichten vor einem Arbeitsgericht geschehen, das die erprobten Grundzüge der Kaufmanns- und Gewerbeurichte zur Grundlage hat.

In der Diskussion erhält zunächst das Wort

Toni Pfüll-München: Wir müssen nicht nur im Gesetz, sondern auch draußen im Leben für eine andere Stellung des unehelichen Kindes eintreten. (Sehr richtig!) Ich muß hier vor dem Parteitag der Sozialdemokratie Protest dagegen einlegen, daß eines unserer neuesten Gesetze, das Jugendwohlfahrts-gesetz, den gefährdeten Jugendlichen als genügend vorbereitet für den Kampf im Leben betrachtet, wenn das Kind die sieben Volksschuljahre hinter sich hat. (Hört, hört!) Auch die glücklichste gesetzgeberische Ehereform bringt keine grundlegende Besserung, wenn nicht nebenher die wirtschaftliche Befreiung der Frau geht. (Sehr wahr!) Die Frau muß eben nicht gezwungen sein, die Ehe als Versorgungsanstalt anzusehen, sondern muß jederzeit in den Wirtschaftsprozeß eintreten und für sich und ihre Kinder das tägliche Brot verdienen können. In allen anderen Ländern waren gerade die Frauen die Vorkämpferinnen für eine freiere und sittlichere Gestaltung der Ehe. In Deutschland haben wir bei mehr als einer Gelegenheit die traurige Erfahrung machen müssen, daß die Frauen die ärgsten Feinde einer freieren und besseren Gestaltung der Ehescheidung sind. (Hört, hört!) Wir sozialdemokratischen Frauen wollen deshalb den Kampf für eine bessere Ausgestaltung der Justiz und eine vernünftige Regelung des Eherechts doppelt eifrig kämpfen! (Lebhafte Zustimmung.) Bei den Jugendgerichten muß der Arzt die Hauptrolle spielen. 65 Proz. der Fürsorgezöglinge sind nicht normal. In der körperlichen und geistigen Gesundheit der Jugend liegt die beste Gewähr für den kommenden Staat, den wir alle wünschen, den sozialistischen Staat. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Benario-München: Das ganze Bürgerliche Gesetzbuch hängt zurzeit in der Luft. Der Anwaltstag in Hamburg hat abgefragt werden müssen, weil zu viele Rechtsanwälte nicht die Mittel hatten, um nach Hamburg zu kommen. (Hört, hört! und Zuruf Siebels: Die Abfrage der Hamburger Tagung hatte andere Gründe!) Jedenfalls ist die Geldentwertung zurzeit das Problem der Probleme, auch auf dem Gebiete der Rechtsreform. Die Reform des Aktienrechtes ist im Referat des Genossen Säger nicht berücksichtigt worden. Nur wenn mindestens der fünfte Teil des Aktienbesitzes an den Staat fällt und die öffentliche Gewalt in den Aufsichtsräten vertreten ist, kann der Sozialismus eine Bresche in die Festung des Großkapitals schlagen. Die bayerischen Richter sind durch die Räterepublik in das reaktionäre Fahrwasser getrieben worden; ihre politische Aufklärung wird schwer sein. Schöffen und Schöffinnen müssen in Kursen, die wir innerhalb der Partei veranstalten, herangebildet werden. Sonst hat das ganze Institut der Schöffen für den erwarteten Umschwung in

der Rechtsprechung keinen Wert. (Sehr wahr!) Die Gewerbegerichte wird man in der bisherigen Form erhalten müssen, will man nicht weite Kreise der Arbeiterschaft vor den Kopf stoßen. Bei der Auswahl der Richter muß die Anwaltschaft besonders berücksichtigt werden. Es gibt kaum einen Beruf, der einen solchen Einblick in die praktischen Verhältnisse gewährt, wie der des Rechtsanwalts. Wir müssen den Rechtsgang möglichst vereinfachen. Die Parole muß heißen: Rasch, richtig und bequem! (Lebhafter Beifall.)

Dr. Radbruch-Berlin: Was ist seit Görlich zur Ausführung unseres Justizprogramms geschehen? Die wichtigste Aufgabe ist die Neuordnung der Strafgerichte in dreifacher Richtung: die Einführung der Berufung in den jetzigen Strafkammerfachen, die Durchführung der Laienbeteiligung in erster und höherer Instanz und die Schaffung von Rechtsgarantien dafür, daß wirklich aus allen Volkstreffen Laien auf die Richterbank gelangen. Ein entsprechender Entwurf liegt dem Reichstabinett bereits vor. Seine schnelle Erledigung ist um so wichtiger, als mit seinem Inkrafttreten auch die bayerischen Volksgerichte verschwinden sollen. (Bravo!) Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes entsteht für die Partei als wichtige neue Aufgabe die der Schulung der Schöffen und Geschworenen. Auch muß die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen der Geldentwertung angepaßt werden. Das soll in nächster Zeit geschehen, zugleich mit einer Revision der Gebühren der Zeugen und Sachverständigen.

Bereits dem Reichstag zugegangen ist das Jugendgerichtsgesetz, das die Jugendgerichte auf gesetzliche Grundlage stellt, die Heraushebung der Strafmündigkeit bringt und die freie Wahl des Richters zwischen Strafe und Erziehungsmaßnahmen für die Jugendlichen festlegt. Auch mit dem neuen Auslieferungsgesetz hoffen wir bald zustande zu kommen.

Der Entwurf zur Reform des Strafgesetzbuches ist vor wenigen Tagen dem Reichstabinett zur Beschlußfassung zugegangen. Deutschösterreich hat sich an seiner Ausarbeitung beteiligt, und es besteht Aussicht, daß wir als ersten Schritt zur deutschösterreichischen Rechtsangleichung ein gemeinsames deutsches und österreichisches Strafgesetzbuch machen werden. (Lebhafter Beifall.) Der neue Entwurf arbeitet den Gedanken der sozialen Besserung und des sozialen Schutzes gegenüber dem veralteten Prinzip der Abschreckung und Vergeltung scharf heraus. Es gibt im Entwurf nur noch Geld- und Freiheitsstrafen. Verschwunden ist auch die Todesstrafe. (Bravo!) Hervorzuheben sind die starke Milderung der Abtreibungsstrafen, die Beseitigung des Standesstrafrechts für die Duell- und die Bekämpfung der Rauschgifte, die ein besonderer Abschnitt des neuen Strafgesetzbuches zum Gegenstande hat. (Bravo!) Gleichzeitig mit dem neuen Strafgesetzbuch muß ein neues Strafvollzugsgesetz zur Verabschiedung gelangen. Es liegt in den Grundzügen bereits vor und wird in wenigen Wochen dem Kabinett zugehen.

Das Bürgerliche Gesetzbuch mit seinem Paragraphengeist und seiner toten Sprache liegt wie ein Sargdeckel auf den Reformen des bürgerlichen Rechtes. Drei Reformen sind besonders dringlich: zunächst die Erleichterung der Ehescheidung. Durch konfessionelle Bedenken einer Koalitionspartei wurde es unmöglich gemacht, den Entwurf als Regierungsvorlage einzubringen. Die Reichstagsfraktion mußte im Wege eines Initiativantrages vorgehen. Der Gesetzentwurf zur Neuordnung des Rechtes der unehelichen Kinder ist den Ländern zugeleitet und wird noch im Laufe dieses Jahres dem Reichsrat zugehen. Drittens: die Frage des Erbrechtes. Es gilt, das unbeschränkte Verwandtenerbrecht einzuschränken, das Zufallserbrecht lahmender Erben zu beseitigen. (Sehr richtig!) Das kaiserliche Deutschland ist bei Steuervorlagen in dieser Richtung zweimal gescheitert, aber für uns ist die Frage keine fiskalische, sondern eine moralische. (Sehr richtig!) Sie fügt sich dem großen Zusammenhang unseres

Kampfes gegen jeden arbeitslosen Erwerb ein. Wir werden mit besonderer Beschleunigung eine solche Vorlage in Angriff nehmen.

Als Mittelpunkt der Zivilprozessreform ist die Einführung des obligatorischen Güterverfahrens anzusehen, an dem auch die Arbeitersekretariate und Rechtsanwaltsstellen ihren Anteil haben müssen. (Sehr gut!) Der Rohentwurf einer Zivilprozessordnung ist jetzt einer Kommission moderner Juristen unterbreitet. Sollte die Arbeit sich hinzögern, muß man das dringend notwendige Güterverfahren in Form eines Sondergesetzes vorwegnehmen.

Für die Ausgestaltung des Arbeitsgerichtsgesetzes sind zwei unverbrüchliche Grundzüge maßgebend. Einerseits müssen die Vorzüge der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, das schnelle, formfreie Verfahren, die besondere Art der Laienbeteiligung aus den beiden kämpfenden Klassen und die Verbindung von Justiztätigkeit und Verwaltungstätigkeit erhalten bleiben. Auch das künftige Arbeitsgericht muß Arbeitsverwaltung und Arbeitsrechtsprechung in nahe Verbindung miteinander bringen. (Sehr richtig!) Aber im Rahmen der großen Justizpolitik ist als zweite Forderung die zu erheben, daß der Zusammenhang des Arbeitsgerichtes mit der ordentlichen Justiz nicht völlig gelöst werden darf. Man darf den ordentlichen Gerichten nicht das wichtigste Gebiet entziehen, auf dem sie mit sozialen Dingen und mit dem Leben des Arbeiters in Berührung kommen können; sonst wird der Zivilrichter in einem neuen Sinne ein reiner Klassenrichter: er hätte lediglich mit Prozessen des Kapitalistenstandes zu tun und käme mit den Arbeitern nur noch als Strafrichter in Berührung, was für die Straffjustiz ganz verhängnisvoll wäre. Die Verbindung der Arbeitsgerichte mit der Justiz braucht keineswegs in der Angliederung der Arbeitsgerichte an die Amtsgerichte zu bestehen. Das Arbeitsgericht muß vom Vertrauen der Arbeiterschaft getragen sein, und wir haben den Wünschen der Gewerkschaften Rechnung zu tragen, indem wir folgende Organisation erwägen: das Arbeitsgericht wird staatliches Sondergericht, von den Ländern, nicht von den Gemeinden errichtet. Dieses Arbeitssondergericht ist der Justiz unterstellt und wird vom Justizminister im Einklang mit dem Sozialminister besetzt. Die höhere Instanz wird, selbstverständlich unter Laienbeteiligung, den ordentlichen Gerichten angegliedert. In der höchsten Spitze haben wir dann beim Reichsgericht ein Reichsarbeitsgericht mit Laienreichsarbeitsrichtern als Beisitzern. Diese Ausgestaltung der Arbeitsgerichte als Sondergerichte hat den Vorzug, daß die Besetzung der Sondergerichte nicht an den Personalbestand der Justiz gebunden wäre, und daß man das Sondergericht künftig irgendwie an die zu schaffende Arbeitsbehörde heranschieben kann.

Eine Voraussetzung für die Beteiligung der Justiz an der Arbeitsgerichtsbarkeit ist die Schulung der jungen Juristen gerade für das Arbeitsgericht als die wichtigste Aufgabe des Richters. Wir werden darauf dringen, daß künftig jeder junge Jurist einen Teil seiner Ausbildungszeit bei einer Arbeitsbehörde, einer Schlichtungsstelle, einem Arbeitsnachweis usw. verbringt.

Beim Reichstag liegt der Entwurf eines Mieterschutzgesetzes. Er bringt die Bindung der Kündigung an ganz bestimmte Voraussetzungen, läßt die Kündigung stets nur im Wege der Kündigungsklage zu und leitet diese Klage an das Amtsgericht, das nach Vorbild der Einigungsämter mit Laienbeisitzern aus dem Kreise der Vermieter und Mieter verstehen und dessen Verfahren dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht angelehnt wird. Dieses Gesetz bringt zum ersten Male die Laienbeteiligung in der Ziviljustiz. Wir sollten es schon deshalb nachdrücklich fördern, wie ich überhaupt die größte Ungeduld habe, daß alle diese schönen Sachen endlich Wirklichkeit werden. (Bravo!) Ich möchte Sie bitten, durch Annahme der Sängerschen Leitsätze meine Justizpolitik zu unterstützen. (Lebhafter Beifall.)

Die Weiterverhandlungen werden auf nachmittags 3 Uhr vertagt.

Nachmittagsführung.

In der fortgesetzten Debatte über die Justizreform erhält das Wort

Dr. Knaack-Hamburg: Dem Arzt erscheint das Verbrechen nicht als soziale Krankheit, sondern als Krankheit überhaupt. Die statistischen Zahlen über den Anteil der Geisteskranken am Verbrechertum wären ganz wesentlich höher, wenn jeder Verbrecher auf seinen Geisteszustand genau untersucht würde. Vom ärztlichen Standpunkt aus fordern wir Schutz der Gesamtheit vor der krankhaften Anlage des Verbrechens, aber keine Strafe des einzelnen. Dem ärztlichen Gutachten, das Strafmilderung oder Strafausschließung fordert, muß ein weiter Spielraum gegeben werden. Zur vollen Auswirkung des ärztlichen Einflusses auf das Strafrecht ist allerdings eine weit stärkere soziale und neugeistige Schulung der Juristen erforderlich. Darauf muß die Reichstagsfraktion ein besonderes Augenmerk richten. Die bisherige Abtreibungsstrafe bedeutet eine Klassenjustiz für die minderbemittelten Volksschichten, die dadurch in Not, Tod und chronisches Siechtum geraten. Wir werden aber auch gegen die gesetzlichen Bestimmungen zu kämpfen haben, die angeborene abartige Veranlagung des Geschlechtstriebes durch Zuchthausstrafe ausrotten wollen. Ich hoffe, daß im Kampfe gegen die §§ 175 und 218 Strafgesetzbuch die Partei so unerschütterlich feststehen wird wie unser Arbeiterführer August Bebel. Der Kampf gegen die Kaufschiffe wird nicht wirksam werden, ehe wir nicht ein gesetzliches Verbot der Kaufschiffe und eine Befragung ihrer Verbreiter bekommen. Ich wiederhole als Arzt den Wunsch, daß möglichst bald auf einem Parteitage auch eine Erörterung der Gesundheitsreform stattfinden möge, denn das Gesundheitswesen trägt ebenso politischen Charakter wie die Justiz.

Großsch-Dresden: Zu den rauhesten Flecken im Farbenschild der deutschen Strafrechtspflege gehört der Fall Niederschönenfeld. Bei allen Anwesenheiten hat die bayerische Regierung durchgedrückt, daß die Teilnehmer an der Münchener Räuberbande nicht begnadigt wurden. Für diese Verurteilten sind Verschärfungen der Festungshaft eingeführt worden, wie sie sonst nur für gemeine Verbrecher üblich sind. Alle Besuche dürfen nur unter Aufsicht stattfinden, der Briefverkehr wird scharf kontrolliert und die Gefangenen werden körperlich deprimierenden Untersuchungen unterworfen. Hingegen hat der Mörder Graf Arco in Landsberg gewissermaßen seine eigene Festung mit allen Vergünstigungen. Man entschuldigt das mit seiner Krankheit, aber man vergißt dabei, daß in Niederschönenfeld auch Kriegsverletzte und Schwerkranke sitzen. Das Trübsal in diesem Bilde ist die Degradation Ernst Tollers, eines Dichters wahrer Menschlichkeit von Welttrau. Seine Behandlung ist geradezu eine Kulturschmach, und daß man ihm verbietet, den Aufführungen seiner Werke beizuwohnen, ist eine Gefährdung wichtiger deutscher Kulturinteressen. Selbst die Kritiken seiner Werke enthält man ihm mit der Begründung vor: auch Kritiken könnten agitatorisch sein. (Hört, hört! und Bewegung.) Wir fordern keine Bevorzugung für Dichter, aber wir vermehren uns dagegen, daß man einem Menschen, der Großes schaffen kann, das durch die Festungshaft unmöglich macht oder aufs äußerste erschwert. Wir verlangen von der bayerischen Regierung keinen besonderen Grad von Menschlichkeit; wir fordern von ihr nur jenes Minimum von Gerechtigkeit, das ausschließt, daß man den Dichter Ernst Toller von der geistigen Welt absperre und ihn und seine Gefinnungsgenossen als gemeine Verbrecher behandelt. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Hermann Müller-Lichtenberg: Die Formulierung der Richtlinien scheint mir in verschiedenen Punkten nicht sehr glücklich. Besonders aber müssen sich die Gewerkschaften gegen die Angliederung der Kaufmanns- und Gewerbe-gerichte an die Amtsgerichte wenden. Das wäre ein so gewaltiger Rückschritt,

daß demgegenüber alle anderen etwaigen Verbesserungen zurücktreten würden. (Lebhafte Zustimmung.) Ich muß deshalb den Parteitag bitten, den Abschnitt 6 unter keinen Umständen so anzunehmen, wie er hier vorliegt. Die Gewerkschaften sind auch nicht ohne weiteres damit einverstanden, daß die Arbeitsgerichte dem Justizministerium als Aufsichtsbehörde unterstellt werden. Die Gewerkschaften erblicken in den Arbeitsgerichten soziale Behörden. (Sehr richtig!) Dann muß auch das Ministerium, dem allgemein die Sozialbehörden unterstehen: das Arbeitsministerium, aufsichtführende Instanz sein. Wir haben in Zukunft eine Gesetzgebung zu erwarten, die hoffentlich ganz Deutschland mit einem dichten Netz von Sozialbehörden überzieht. Alle diese Sozialbehörden unterstehen dem Arbeitsministerium. Warum sollen die Arbeitsgerichte aus diesem Rahmen herausfallen, in den sie hineingehören? Warum sollen die Schlichtungsbehörden einer anderen Aufsicht unterstehen als die Arbeitsgerichte? (Sehr gut!) Wir billigen durchaus den löblichen Zweck, die Richter mit mehr sozialem Geist zu erfüllen; aber die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sind nicht zur Ausbildung der jungen Juristen da. (Sehr gut!) Rag man die jungen Juristen sonst in den verschiedensten Sozialbehörden arbeiten lassen, um dadurch einigermaßen ihre Weltfremdheit zu beseitigen, die aus dem Monopol der besitzenden Klasse auf die juristische Laufbahn stammt. — Auch die Zulassung der Anwälte zu den Arbeitsgerichten können die Gewerkschaften nicht billigen, und zwar wehren sich dagegen die Gewerkschaften aller Richtungen. (Hört! hört!) Bei den Arbeitsgerichten erster Instanz hat der Rechtsanwalt nichts zu suchen. (Sehr richtig!) An den kleinen Orten mit wenigen Anwälten halten sich diese schon um des Geschäftes willen immer an den guten Kunden, den Unternehmer; aber auch an den großen Orten werden die Anwälte in arbeitsrechtlichen Fragen nur selten hinzugezogen, verstehen von den Dingen nichts, und der Arbeiter, der einen Anwalt zu seinem Vertreter nimmt, ist genau wie jetzt bei den Sozialbehörden von vornherein verraten und verkauft. Bei den niedrigen Gebühren werden sich die Anwälte auch gar nicht danach drängen, sich in das weitestläufige Gebiet der Sozialgesetzgebung hineinzuarbeiten. Mit dem Genossen Radbruch von Götting rufe ich deshalb: Hände weg von den Kaufmanns- und Gewerbe-gerichten! Möge der Parteitag bekunden, daß er in dieser Auffassung eins ist mit den Gewerkschaften. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Sänger-München (Schlußwort): Ich habe bereits in den Richtlinien die Forderung fallen lassen, daß die Arbeitsgerichte, die als staatliche Sondergerichte errichtet werden sollen, den ordentlichen Gerichten anzuschließen sind. Damit dürfte den Wünschen der Gewerkschaften entsprochen sein. Wichtig ist, daß die Anwälte heute wenig Interesse an dem sozialen Recht haben, weil sie ja von ihm ferngehalten werden. Aber als ein idealer Zustand erscheint mir das nicht. Niederschönenfeld ist eine ausgesprochene Justizschande für Bayern (Sehr wahr!), insbesondere, weil die Rapp-Putschisten gerade in der Hauptstadt Bayerns Asyl gefunden haben. Wir fordern nicht Bevorzugung einzelner Gefangener, sondern Anwendung der Amnestie auf alle politischen Gefangenen von Niederschönenfeld. Die bayerischen Volksgerichte hat seinerzeit allerdings Eisner ins Leben gerufen, aber nur als ganz vorübergehende Erscheinung. Schon als die Sozialdemokratie noch in der bayerischen Regierung saß, hat sie die Beseitigung der Volksgerichte dauernd gefordert. Die Aufrechterhaltung dieser Volksgerichte, gegen deren Urteile keinerlei Rechtsmittel zugelassen ist, noch jetzt nach drei Jahren, ist ein typischer bayerischer Justizskandal. (Lebhafte Zustimmung.) Der Referent bittet, alle gestellten Anträge durch die Annahme der Richtlinien als erledigt zu betrachten. Mit diesem Beschluß werde der Parteitag ein Stück Weges zu kulturellem Fortschritt zurücklegen. (Lebhafter Beifall.)

In der Abstimmung werden die Richtlinien des Referenten mit der von ihm selbst vorgenommenen Änderung angenommen. Sämtliche übrigen Anträge zur Luftreform gelten damit für erledigt.

Es folgt Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht der Kommission für das Gesundheitsprogramm.

Berichtersteller **Groschahn-Berlin**: Der Parteitag in Görlitz hat im vorigen Jahre drei Sonderprogramme zurückgestellt: das Gesundheits-, das Agrar- und das Wohnungsprogramm. Zur Ausarbeitung des Gesundheitsprogramms hat der Parteivorstand einen Ausschuss von Sachverständigen berufen, der nach sorgfältigen Beratungen in dem Antrag 307, der dem Parteitag vorliegt, elf Forderungen formuliert hat und Sie bittet, diese als Gesundheitsprogramm unserer Partei dem Görlitzer Parteiprogramm anzufügen. Die schwere gesundheitliche Zerrüttung, die Krieg und Leuerung gebracht haben, macht der Partei eine klare Stellung zu den gesundheits- und bevölkerungspolitischen Fragen zur Pflicht. Dabei hat der Ausschuss freilich manches Wichtige auf gesundheitlichem Gebiete, das aber doch nichts spezifisch Sozialistisches in sich schließt, ausgeschaltet, z. B. die Stellung zur Alkoholfrage, zum Impfwang, zur Abtreibung, zur Prostitution und Geburtenregelung. Auch andere Fragen des geschlechtlichen Lebens und der menschlichen Fortpflanzung sind als nicht genügend geklärt ausgeschieden worden. Alle diese Fragen sollen in einem Kommentar, der nach Annahme unserer Vorschläge die einzelnen Sätze erläutern muß, im Sinne einer sozialistischen Auffassung besprochen werden. Das gleiche gilt von der Forderung des Krankenpflegepersonals, seine Ausbildung und Prüfung gesetzlich zu fixieren. Durch die Annahme unserer Richtlinien wird die Gesundheitspflege im Programm der Partei den Platz erhalten, den sie für die Genossen und Genossinnen beanspruchen kann. (Lebhafter Beifall.)

In der Aussprache bedauert

Dr. **Streder-Darmstadt**, daß die Alkoholfrage zu kurz weggekommen sei. Auch die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten hänge mit ihr aufs engste zusammen. Vor allem müsse die Partei fordern, daß der Stand der Alkoholschäden und ihrer Bekämpfung in der ganzen Welt einer objektiven Prüfung unterzogen werde. Der Reichstag habe nicht im Sinne der Partei gehandelt, als er die Entsendung einer Studienkommission hierzu nach Amerika abgelehnt hätte. Die Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus müsse künftig aus einer sauberen Quelle gespeist werden als aus den Schnapsgebern. Die Mittel für die Bekämpfung des Alkoholismus dürften keinen anderen Zwecken zugeführt werden als eben ihrer ursprünglichen Bestimmung. Die Parteigenossen sollten die Arbeiterjugend in dem Streben unterstützen, sich von der Vergiftung durch Alkohol und Nikotin freizuhalten. Diesen jungen, klaren, begeisterungsfähigen, lernbegierigen Köpfen dürfe man das Streben nach einem schönen, freien und selbstbeherrschten Leben nicht noch unnötig schwermachen. Auf der Jugend beruhe die Zukunft nicht nur des Volkes, sondern auch der Partei. Dieses Kapital von charaktervoller Aufbauarbeit und jugendlicher Begeisterung, das in der Jugend lebt, müsse sich die Partei erhalten. (Bravo!)

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters werden die Richtlinien zum Gesundheitsprogramm unverändert angenommen.

Es folgt der Bericht der Beschwerdekommision.

Buchwitz-Görlitz schlägt namens der Beschwerdekommision vor, den früheren Parteisekretär **Nesler** im Bezirk Magdeburg, der über Vorgänge in Betrieben an einen später als Unternehmerspigel entlarvten **Waldorf** berichtet hat, wieder in seine Parteirechte einzuführen. Nachdem der Parteitag dies im

vorigen Jahre abgelehnt habe, weil **Nesler** ungemein leichtfertig gehandelt habe, werde jetzt empfohlen, seinem Antrage stattzugeben, da er seither die Interessen der Partei in einem schwierigen Gebiet mit Fleiß, Energie und Mut vertreten habe.

Der Parteitag beschließt einstimmig nach dem Antrage der Beschwerdekommision.

Gegen das Parteimitglied **Hofmann** in Neuentirchen i. Pommern, der als Kreistagsabgeordneter im Kreise Randow gegen den Landtagskandidaten der Sozialdemokratischen Partei und für den bürgerlichen Kandidaten gestimmt und sich öffentlich dieses Verstoßes gegen die Parteidisziplin gerühmt hat, beantragt die Beschwerdekommision wegen grober Disziplinlosigkeit und schwerer Parteischädigung den Ausschluß. — Der Parteitag beschließt dementsprechend.

Das Ergebnis der Wahlen zum Parteivorstand ist folgendes: Es sind 324 gültige Stimmen abgegeben worden. Es haben erhalten als Vorsitzender **Hermann Müller** 322, **Otto Weis** 312; als Kassierer **Friedrich Bartels** 322, **Otto Heinrich** 321; als Sekretäre **Dr. Adolf Braun** 259, **Frau Juchacz** 318, **Franz Krüger** 309, **Hermann Mollenbuhr** 324, **Wilhelm Pfannkuch** 324 Stimmen; als Beisitzer **Richard Fischer** 321, **Otto Franke** 318, **Karl Hildenbrandt** 316, **Adolf Ritter** 313, **Elfriede Rynek** 308 und **Heinrich Schulz** 316 Stimmen. Die Genannten sind gewählt.

Bei der Wahl zur Kontrollkommission, für die sieben Mitglieder zu wählen waren, sind 319 Stimmen abgegeben worden, davon ungültig 29. Es haben erhalten **August Brey** 233, **Paul Löbe** 221, **Friedrich Brühne** 216, **Klemens Hengsbach** 209, **Adolf Schönlender** 163, **Hermann Müller-Lichtenberg** 158, **Friedrich Fischer-Stuttgart** 134, **Martin Treu** 123, **Helene Grünberg** 114, **Julius Eggert** 104 Stimmen. Die ersten Sieben sind gewählt.

Zu den Ausweisungen aus dem Saargebiet wird dem Parteitag folgende Entschließung vorgelegt:

„Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erhebt mit der Bevölkerung des Saargebiets scharfsten Protest gegen die Ausweisung der beiden Redakteure der „Volksstimme“ in Saarbrücken, die einen unerhörten Gewaltakt darstellt. Die absolut unbegründete Ausweisung ist die Konsequenz der von der Regierungskommission im Namen des Völkerbundes bisher angewandten Verwaltungsmethode. Diese Maßnahme beweist, in welcher unerhörten Weise im Saargebiet das Recht der freien Meinungsäußerung verweigert wird. Die deutsche Sozialdemokratie appelliert an die Bruderparteien der Länder, aus denen Vertreter in der Regierungskommission im Saargebiet sitzen, energig gegen diese Volksrechte und Demokratie mit Füßen tretende Tätigkeit Front zu machen. Der Parteitag spricht der Bevölkerung an der Saar für ihren mutigen Kampf um die bedrohten Volksrechte seine vollste Anerkennung aus.“ (Lebhafter Beifall.)

Die Entschließung wird vom Parteitag einstimmig angenommen. (Erneuter Beifall.)

Die Wahl des Ortes des nächsten Parteitages wird dem Parteivorstand überlassen.

Vorsitzender **Weis**: Damit sind wir am Schluß unserer Verhandlungen angelangt. Wir danken unseren Augsburger Parteigenossen für die gute und eifrige Vorarbeit zum Parteitag und für ihre vielen Bemühungen um die Unterhaltung der Delegierten während seiner Dauer. Der Dank gilt besonders auch dem Genossen **Richard Fischer**, unserm alten lieben Freunde, der sich hier in Augsburg die Spuren verdient hat, der hier einer der Mitbegründer der Organisation gewesen ist und jetzt immer wieder darauf gedrängt hat, daß wir nach

Augsburg gehen. (Beifall.) Auf den Augsburger Parteitag können wir mit Befriedigung zurückblicken. Auch die scharfen Debatten waren erfüllt vom Gefühl der Verantwortlichkeit und der heißen Liebe zur Sache, der heißen Liebe zu unserer Partei. Die Worte, die Eduard Bernstein in grauen Haaren an die Parteigenossen richtete, daß wir mit Begeisterung erfüllt sein müssen, strömten aus dem in dem alten Kämpfer wurzelnden felsenfesten Glauben an die hehre Mission, die die Arbeiterklasse zu erfüllen hat. Nicht die Begeisterung des Tages, nicht Strohfeuer darf es sein! Wir brauchen die Begeisterung nicht nur auf der Tribüne des Parlamentes oder der Volksversammlung, sondern auch, wenn wir forschend und grübelnd uns unsere Stellung zu den großen Problemen des Tages erarbeiten. Diese Begeisterung, die bewirkt, daß man unablässig lernt und auch nach schwerer, harter Tagesarbeit den Schatz seines Wissens bereichert und an sich feilt im stillen Kämmerlein, öffnet unserer Partei alle Zukunftsmöglichkeiten; sie ruht auf dem Glauben, den unsere Altvordern hatten, auf dem Glauben, der Berge versetzt und der uns von dem kleinen Häuflein zu unserer heutigen Machtposition im Staate gebracht hat, in diesem Staate, dessen republikanische Staatsform für uns die höchste Errungenschaft der Revolution ist, in dieser Republik, die durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen unsere Agitations- und Organisationsfähigkeit in den Stand setzt, nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich herrschend zu werden.

Tiefstürfend und abhold jeder Phrase hat der Parteitag ernste Probleme erörtert. Den stärksten Eindruck im Lande wird wohl die Tatsache machen, daß in Augsburg die Einigung der deutschen sozialdemokratischen Parteien einstimmig beschlossen worden ist, unter Hintansetzung jeder kleinen Aeußerung des Bedenkens oder Mißfallens. „Fortschritt“, so hat einmal ein kluger Mann gesagt, „ist dann gegeben, wenn man aufhört, über etwas zu reden.“ (Heitere Zustimmung.) Die Parteigenossen waren der Ueberzeugung, die Notwendigkeit der Einigung sei soweit fortgeschritten, daß darüber nicht mehr geredet zu werden brauche, daß gegenüber den zahllosen Feinden der Republik jede Möglichkeit zur politischen Machterweiterung ausgenutzt werden müsse.

Große, ungeheure Aufgaben wird auch die geeinigte Partei als Etkehard der deutschen Arbeiterschaft zu erfüllen haben. Der Krieg hat den Kapitalismus nicht getötet, sondern eine neue imperialistische Ära eingeleitet. Wer glaubte, der Kapitalismus habe ausgelebt, der gab sich Illusionen hin, Illusionen, die ja oft ein ebenso zähes Leben haben wie Schlagworte. Wir müssen uns vor allen täuschenden Illusionen hüten. Unrichtige Einschätzung der gegenwärtigen und der kommenden Entwicklung führt unvermeidlich zu einer verkehrten tatsächlichen Einstellung. Viel besser, wir sehen den Tatsachen der neuen imperialistischen Ära klar entgegen und richten in genauer Abschätzung unserer nationalen und internationalen Kräfte unsere Taktik darauf ein. Die strenge Sachlichkeit der Auffassungen, die strenge Sachlichkeit der Beratungen, den nicht nur kameradschaftlichen, sondern auch freundschaftlichen Geist unserer Debatten wollen wir als Einlage in die neue Partei nach Nürnberg mitnehmen. (Beifall.) Täuschen wir uns nicht! Was vor uns steht, ist ein Winter schwerster Not, ein Winter ohne Kohlen, ohne genügende Kleider und Schuhe, ohne Fleisch und mit übertheuertem Brot. Dieser Winter kann die schwerste Belastungsprobe für Volk, Staat und Partei werden. (Beifall.) Wir werden fest sein müssen, um das alles zu überstehen. Wir werden den Besitzenden unerbittlich die Volkssolidarität entgegenstellen müssen, denn es wäre unerträglich, wenn der eine schwelgt, während der andere hungert, und der Schwelger sich obendrein womöglich noch als guter Deutscher brüstete. (Sehr wahr!) Zum treuen Zusammenhalten der Entertien, zum gemeinsamen Kampfe gegen den Bedränger ziehen wir hinaus! Wir sammeln

sie alle unter dem roten Banner der Menschenliebe, das bald wieder wehen möge über der geeinten und geschlossenen Partei aller derer, die sich zur Demokratie und zum Sozialismus bekennen. Dem Sozialismus gehört die Zukunft, dem Sozialismus gehört die Welt, und in diesem Sinne bitten wir Sie, stimmen Sie mit mir ein in den Ruf: Es lebe die deutsche, es lebe die internationale, die Völker doch einstmals befreiende Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.) Sie lebe hoch, hoch, hoch!

Die Delegierten haben sich erhoben und stimmen begeistert in das dreimalige Hoch ein. Sie singen stehend den ersten Vers des Sozialistenmarsches: „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!“

Vorsitzender Wels: Der Parteitag ist geschlossen.

100

Ungenommene Anträge.

9. Hamburg. Nachdem die Ereignisse nach der Ermordung Rathenaus erneut die Unmöglichkeit erwiesen haben, eine gemeinsame Aktion der Arbeiterschaft mit Unterstützung der KPD. durchzuführen, wird der Parteivorstand beauftragt, im Interesse des Ansehens und der Werbetaft der Partei, jedes Zusammengehen mit der KPD. abzulehnen, solange diese Partei sich nicht bereit findet, sich reftlos für die Erhaltung der Republik einzusetzen, und auf jede unsachliche, beschimpfende und verleumdende Auseinandersetzung mit den übrigen sozialistischen Parteien zu verzichten.

17. Bielefeld. Die politisch hochbewegte Zeit und die vielfache unerhörte Bewucherung des konsumierenden Volkes erfordern alsbald energische und gezielte Gegenmaßnahmen von allen dazu berufenen Behörden und Organen.

40. Osnabrück. Der Parteitag macht allen Mitgliedern den Eintritt und die aktive Unterstützung der Konsumgenossenschaften und der Produktionsgenossenschaften zur Pflicht, weil dadurch die Bekämpfung des Preiswuchers wirksam unterstützt wird.

44. Stettin. Der Parteitag wolle beschließen: Die Mitarbeit von Parteigenossen an reaktionären Zeitungen ist mit den Parteipflichten unvereinbar.

46. Bielefeld-Biedenbrück. Der Parteitag gibt der Auffassung stärksten Ausdruck, daß der Achtstundentag gegen jeden Angriff zu schützen ist. Der Parteitag bedauert die Auslassungen einzelner Sozialdemokraten, die geeignet sind, den Achtstundentag zu gefährden.

57. Parteivorstand. § 4 des Organisationsstatuts. Das Eintrittsgeld beträgt mindestens 2 Mk., das voll den Bezirken verbleibt.

Der wöchentliche Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 3 Mk., für weibliche Mitglieder 1,50 Mk. Der Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß hat das Recht, den Mindestbeitrag dem jeweiligen Geldwert entsprechend festzusetzen.

Die Bezirksverbände sind berechtigt, für ihren Bezirk oder für einzelne Ortsvereine höhere Beiträge zu erheben. Mitgliedern der Jugendorganisation und invaliden Parteimitgliedern kann auf Antrag durch den Bezirksverband Beitragsermäßigung oder Befreiung gewährt werden.

Der jeweilige Bedarf der Parteileitung wird durch Umlage von den Bezirksverbänden in der Weise gedeckt, daß von jeder an die Mitglieder verkauften Beitragsmarke ein vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß festgesetzter Betrag quartalsmäßig an die Zentralkasse abgeführt wird. Erfährt der Mindestbeitrag oder die Höhe des an die Zentralkasse abzuführenden Betrages eine Veränderung, so wird der Parteivorstand dies mindestens einen Monat vor Beginn des Quartals in geeigneter Weise bekanntmachen. Die Kasseneinführung usw.

In § 18 Zeile 3 muß eingefügt werden:

„über die Höhe des an die Zentralkasse abzuführenden Teiles des Mitgliederbeitrages und Festsetzung des Mindestbeitrages.“

71. Köln. Der Parteivorstand wird beauftragt, die Parteipresse zu veranlassen, den wirtschaftlichen und handelspolitischen Teil der Parteipresse auszubauen.

85. Hamburg. Der Parteitag möge beschließen, der Parteivorstand hat unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine umfassende Agitation für unsere Partei einzuleiten.

90. Bezirk Ostfriesland. Der Parteivorstand wird beauftragt, für den Ausbau der „Neuen Zeit“ besorgt zu sein.

108. Lößau. Der Parteitag wolle beschließen, in erhöhtem Maße die Agitation und Aufklärung auf dem Lande zu fördern, da das platte Land der „Hauptstütze“ der Reaktion ist.

114. Kiel. Der Parteitag wolle beschließen:

1. Die Fraktion hat im Reichstage dahin zu wirken, daß die schwarzweiße Fahne für das gesamte Reichsgebiet verboten und das Zeigen dieser Fahne unter empfindliche Strafe gestellt wird.

2. Als Handelsflagge und als Kriegsschiffsflagge ist die Reichsflagge einzuführen.

116. Berlin. Der Parteitag ersucht den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold zur Flagge der Reichswehr bestimmt wird.

129. Bezirk Ostfriesland (5. Unterbezirk). 1. Im Interesse der Volksernährung und der Volksgesundheit erscheint ein sofortiges Verbot der Alkoholerzeugung und des Konsums dringend geboten. Falls ein solches zurzeit nicht zu erzielen ist, müßte die Einschränkung der Alkoholverfertigung und des Verbrauches nach Möglichkeit erstrebt werden.

2. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, auf eine alsbaldige Verabschiedung des seit etwa drei Jahren fertigen Entwurfs eines Reichsspielplatzgesetzes zu dringen.

3. Unter vollster Anerkennung der Leistung unserer Genossen in den Parlamenten drücken die Parteigenossen den Wunsch aus, daß die Partei auf wirtschaftlichem Gebiete mehr Initiative entwickelt und als eine der nächsten Aufgaben eine Erweiterung der Zwangswirtschaft durchsetzt.

182. Frankfurt a. M. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, endlich im Auslande für eine würdige Vertretung der deutschen Republik durch Republikaner Sorge zu tragen und im Auswärtigen Amte Republikanern Geltung zu verschaffen.

183. Görlitz. Die Bezirkskonferenz wolle den Parteitag beauftragen, Schritte zu unternehmen, um die fortgesetzten Beförderungen von Offizieren des Beurlaubtenstandes zu unterbinden, weil diese eine der größten Gefahren für das Bestehen der Republik bilden und sich außenpolitisch zu unserem Schaden auswirken.

190. Nordhausen. Durch die antirepublikanischen Umtriebe in Bayern wird die Reichseinheit aufs schwerste erschüttert und die deutsche Wirtschaft der Vernichtung preisgegeben.

In Anbetracht dessen verurteilt der Parteitag in Augsburg die verantwortungslose, das deutsche Volk schwer schädigende Politik.

196. Apolda. Der Parteivorstand wird beauftragt, auf die SPD-Fraktionen in den Reichs- und Landesparlamenten einzuwirken, daß diese die Regierungen in Reich und Ländern veranlassen, entschieden und mit allen Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß die Finanzämter schleunigst die rückständigen Steuern der Besitzenden verrechnen und einziehen.

212. Sem b. Der 9. November, 1. Mai und 11. August müssen abermals als gesetzliche Feiertage gefordert werden.

213. Köln. Solange der Achtstundentag in Deutschland nicht gesetzlich geregelt, der Völkerfriede immer noch stark bedroht ist und die Gewaltpolitik immer stärker in Erscheinung tritt, erhebt das deutsche Proletariat alljährlich am 1. Mai seine diesbezüglichen Forderungen bei völliger Arbeitsruhe.

214. Köln. Im Falle der Neueinführung gesetzlicher Feiertage sind die Landtagsfraktionen gehalten, auf die Abschaffung der Buß- und Bettage hinzuwirken.

217. Bibel. Zur Verwirklichung einer wichtigen Forderung des Görtiger Parteiprogramms, und zwar letzter Satz der Forderung Gemeindepolitik im Wortlaut: „Reichsgesetzliche Freigabe der kommunalen Sozialisierung“, ist die Reichstagsfraktion zu beauftragen, alsbald diesbezügliche reichsgesetzliche Bestimmungen zu veranlassen.

Auch müßte durch die Reichstagsfraktion dem gesamten Sozialisierungsproblem weitestgehende Beachtung geschenkt werden, denn nur mit durchgreifenden Maßnahmen auf den speziellen Gebieten des Wohnungswezens kann dem furchtbaren Wohnungsmangel, dem furchtbaren Wohnungselend Abhilfe geschaffen werden.

236. Hase lbach (S.-M.). Die Reichsregierung möge ein Gesetz erlassen, das die Bergunternehmungen zwingt, den Mutterboden ihrer Abbaufläche abzufordern und ihn zur Urbarmachung der abgebauten Flächen zu verwenden. Der heutige Abbau grenzt an Raubbau und kann es die gegenwärtige Regierung nicht verantworten, wenn Tausende von Hektar Land unbebaut liegenbleiben.

270. Bezirk Westliches Westfalen. Die deutsche Wirtschaft, die das Leben von 60 Millionen Menschen sicherstellen muß, leidet in schwerster Weise unter der Wirkung des Friedensvertrages, der in baren und Sachleistungen das Vielfache dessen vom Arbeitsertrag des deutschen Volkes verlangt, was bei der Lähmung unserer Wirtschaftskraft erträglich ist. Insbesondere sind die Zwangslieferungen an Kohlen an die Entente für das Wirtschaftsleben der deutschen Republik um so unerträglich geworden, als wir durch den Spruch des Völkerbundes in Oberschlesien über Zweidrittel unserer dortigen Kohlenförderung eingebüßt haben. 160 000 deutsche Bergarbeiter sind erforderlich, um die Reparationskohlenmengen zu gewinnen, während die deutsche Republik zur notdürftigen Aufrechterhaltung ihrer Industriewirtschaft heute über 1½ Millionen Tonnen ausländischer Kohle monatlich zu Weltmarktpreisen einführen muß, die neben den baren Lasten der Reparation die verhängnisvollste Quelle der deutschen Geldentwertung ist, die die Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands zu Bettlern macht und die deutsche Erfüllungspolitik aufs äußerste erschwert. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erhebt vor der Welt seine Stimme, um auf die Widersinnigkeit und Unhaltbarkeit der Zwangskohlenlieferungen hinzuweisen, die das deutsche Volk auf das schwerste gefährden, ohne den Ententeländern, insbesondere Frankreich, Belgien und England, zu nützen.

Der Parteitag fordert nachdrücklich Abbau der Reparationsleistungen an Kohle und ersucht in dieser Frage um die Unterstützung der Arbeiterbewegung der übrigen Welt.

307: Der auf Grund einer Entschließung des Görtiger Parteitages vom Parteivorstand berufene Sachverständigenausschuß beantragt: Der Parteitag

wolle beschließen: Dem Görtiger Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist folgender, die gesundheitlichen Fragen umfassender Absatz einzufügen:

Gesundheitspflege.

Übernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeinbetrieb. Vereinheitlichung des sozialen Versicherungswesens und dessen Ausdehnung auf alle Volksangehörigen. Planmäßige Verteilung aller der Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen auf Stadt und Land. Ausbau der Krankenanstalten und aller anderen gesundheitlichen Heil- und Fürsorgeeinrichtungen. Elternberatungsstellen zwecks Heranbildung eines an Körper und Geist gesunden Nachwuchses. Eingliederung der Ärzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens. Gemeinwirtschaftlicher Betrieb der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Vertriebes von Heilmitteln und Sanitätswaren. Durchgreifende Gewerbehygiene und Unfallverhütung unter Erweiterung der ärztlichen Mitarbeit. Regelung der Irren- und Minderwertigenfürsorge. Sorgfältiger Gesundheitsdienst in Stadt und Land durch von den Selbstverwaltungskörpern gewählte Amtsärzte. Gipfelung des gesamten Gesundheitsdienstes in einer Reichszentralbehörde für Volksgeundheit, soziale Versicherung und Bevölkerungspolitik.

308. Bezirk Westliches Westfalen: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hält die Sozialisierung des gesamten Bergbaues für eine Lebensfrage des wirtschaftlichen Seins der Deutschen Republik und appelliert an die gesamte deutsche Arbeiterklasse, alle Kräfte politisch zusammenzufassen, um diese dringliche Lebensfrage baldigst zu lösen.

309. L ö b e: Zur Prüfung der Frage: Neugliederung des Reiches wird durch den Parteivorstand eine Kommission aus 21 Mitgliedern berufen. Die Kommission wird beauftragt, alles einschlägige Material zu sammeln und zu sichten und einem der nächsten Parteitage Bericht zu erstatten.

310. S o l l m a n n: Verbrauch von Nahrungsmitteln zur Herstellung von Branntwein. Der Parteitag erklärt, daß die massenhafte Verwendung von Getreide, Kartoffeln, Obst und Zucker zur Herstellung geistiger Getränke mit dem großen Mangel an Nahrungsmitteln in Deutschland unvereinbar ist. Er ersucht die Reichstags- und Landtagsfraktionen, dahin zu wirken, daß das Verbrauchen von Getreide auf ein Mindestmaß herabgesetzt, das Verbrennen von Kartoffeln aber und die Verwendung von Obst und Zucker zur Ergänzung geistiger Getränke verboten wird. Die Einfuhr von alkoholischen Getränken ist zu unterbinden.

Der Kampf gegen den Alkoholismus ist eine Frage der wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Hebung und Schulung der Massen. Die wirtschaftlichen und moralischen Verwüstungen des Krieges haben auch eine unheilvolle Steigerung des Alkoholverbrauchs zur Folge. Es ist eine wichtige Pflicht der sozialistischen Organisationen und ihrer Presse, aufklärend gegen die schweren sozialen Schäden des Alkoholismus zu wirken und die arbeitenden Massen zu der Nüchternheit und Selbstbeherrschung zu erziehen, deren sie in dieser Zeit gewaltiger Aufgaben, schwerer Kämpfe und großer Not dringender bedarf denn je.

311. S o l l m a n n: Bekämpfung des Alkoholismus. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und unter Hinzuziehung des Deutschen Arbeiter-Abstinenz-Bundes zu beraten, welche praktischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholismus zu ergreifen sind.

314. Parteivorstand: Der Parteitag erwartet ferner von der Reichstagsfraktion und von den Fraktionen der Gliedstaaten, daß sie jedes parlamentarische Mittel benützen, um die Schutzpolizei zu einem zuverlässigen Instrument der verfassungsmäßigen republikanischen Regierung zu machen. Dazu gehört die rücksichtslose Entfernung derjenigen Beamten, die sich in monarchistisch-reaktionärem Sinne betätigen, ihre Ersetzung durch Männer, die überzeugt auf dem Boden der republikanisch-demokratischen Staatsform stehen und endlich die Beschränkung der Schutzpolizei auf diejenigen Aufgaben, die einer reinen Polizeitruppe gestellt sind.

315. Parteivorstand: Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie der Republikanisierung der Reichswehr die schärfste Aufmerksamkeit zuwenden wird. Der im Dienst der bewaffneten Macht stehende Staatsbürger muß zum verantwortungsbewußten Glied des Volkes erzogen werden, das zur äußersten Hingabe für den Schutz der Republik bereit ist. Die Wehrmacht der Republik darf keine Gefahr für den inneren und äußeren Frieden bedeuten und muß so ausgestattet sein, daß zwischen ihr und den republikanisch gesinnten Volksmassen ein Verhältnis vollkommenen Vertrauens möglich wird.

316. Dr. Adolf Braun: Antrag zum Bildungswesen. Der Parteitag begrüßt das sich in den letzten Jahren rege entwickelte sozialistische Kulturleben, dessen Hauptträger die Bildungsausschüsse, die sozialistischen Lehrer und Elternbeiräte, die Jungsozialisten und die Arbeiterjugendvereine sind. Er hält einen planvollen Ausbau der Kulturarbeit und ein organisches Zusammenwirken ihrer Träger für notwendig. Insbesondere sieht er in der Vorbereitung einer Hochschule der Arbeiterbewegung, die sich aufbaut auf die Kurse und Bildungsschulen der Orte und Bezirke, eine wichtige Aufgabe, deren Verwirklichung für die sozialistische Schulung der Massen und die gründliche Ausbildung der Funktionäre der Arbeiterbewegung von großer Bedeutung ist.

317. Hauke: Antrag (Bericht der Fraktion). Mit überwältigender Mehrheit hat sich die Bevölkerung Oberschlesiens am 3. September für den Verbleib im preussischen Staatsverband ausgesprochen und sich damit erneut zur deutschen Republik bekannt.

Der deutschen und preussischen Regierung erwächst nunmehr die Aufgabe, die politische und wirtschaftliche Gesundung Oberschlesiens mit allen Kräften zu fördern.

Besonders dringend ist augenblicklich die Behebung der großen Not der oberschlesischen Flüchtlings.

Tausende unserer Volksgenossen sind durch Gewalt und Terror aus Polnisch-Oberschlesien vertrieben und gezwungen worden, in Deutsch-Oberschlesien Arbeit und Unterkommen zu suchen.

Die an sich schon überfüllten Städte und Industriegemeinden des Grenzgebietes sind außerstande die geflüchteten Familien unterzubringen.

Schnellste Hilfe ist dringend notwendig. Der Parteitag beauftragt deshalb die Fraktionen, die Regierung zu veranlassen, daß ausreichende Mittel bereit gestellt werden, um durch sofortige Schaffung von Notwohnungen und durchgreifende Förderung des Wohnungsbaues dem wirtschaftlichen und sozialen Elend der Flüchtlinge entgegen zu wirken.

318. Minna Todenhagen: Der Parteitag beschließt, die Reichstagsfraktion wolle dafür eintreten, daß bei der Bewilligung von Sondermitteln zugunsten der Kriegerwitwen und Kinder Kriegsbeschädigter in Zukunft vom Reichstage Bestimmungen über ihre Verwendung erlassen werden.

319. Hellmann: Der Parteitag weist die Parteigenossen und -genossinnen mit Nachdruck darauf hin, daß eine stetig wachsende Teilnahme der Arbeiter-

schaft an der Neugestaltung unseres gesamten Schulwesens und die Mitarbeit der Elternschaft an dieser Erneuerung eine unerlässliche Vorbedingung für den Bestand der Republik und den Ausbau des Volksstaates ist. Er fordert daher alle parteigenösslichen Fraktionen der Landtage auf, für die Einrichtung von Elternbeiräten und für die Einräumung weitgehender Rechte an diese Elternbeiräte einzutreten. Die Lehrerschaft muß zur Zusammenarbeit mit den Elternbeiräten überall verpflichtet werden.

Die Parteigenossen, besonders die Parteifunktionäre werden aufgefordert, den Elternbeiräten jede Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Der Parteivorstand wird ersucht, zu prüfen, wie durch eine organisatorische Zusammenfassung der sozialdemokratischen Elternbeiräte die Grundlage für eine sozialdemokratische Elternorganisation geschaffen werden kann.

320. Wegscheider: Der Parteitag beschließt:

a) Die Reichstagsfraktion wird verpflichtet, einem Reichsschulgesetz nach Art. 146,2 der Reichsverfassung nur im Sinne einer ehrlichen Durchführung der Reichsverfassung nach Entstehung und Wortlaut des Art. 146, Abs. 2 zuzustimmen, aber auf die schleunige Verabschiedung eines solchen Gesetzes oder eines Notgesetzes für die Schaffung weltlicher Schulen mit allen Kräften zu dringen.

b) Die Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktionen, besonders die preussische, werden verpflichtet, mit allen Mitteln für die Durchführung der in der Reichsverfassung geforderten Neuordnung der Lehrerbildung zu wirken.

322. Uhlig: Zusatz zu Antrag 314. Dabei möge auch eine Regelung der Anstellungs-, Ausbildungs- und Dienstverhältnisse erstrebt werden, die nicht nur dem vorstehend genannten Ziele, sondern auch den Interessen der Angehörigen der Landespolizei in einem dem Zwecke der Einrichtung vereinbarten Maße Rechnung trägt.

323. Helene Grünberg: Der Parteitag beschließt, die Reichstagsfraktion solle gegen den Rohfadenvucher mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln einschreiten, da zurzeit schon von der Industrie das 100fache des Friedenspreises gefordert wird.

324. Parteivorstand: Zum Bericht der Reichstagsfraktion.

Entscheidung.

Die enorme Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, die der Entwertung der Mark folgt, drückt die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, der Angestellten, Beamten und weiter Schichten des Mittelstandes auf einen Tiefstand, der politisch für die deutsche Republik eine schwere Gefahr bedeutet.

Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Entwertung der Mark im wesentlichen durch das rücksichtslose Verhalten der Entente hervorgerufen wurde, so darf nicht übersehen werden, daß die hieraus resultierenden Uebelstände sich durch Treibereien an der Börse und dem Warenmarkt verschlimmern.

Der Parteitag fordert, daß die Regierung alle notwendigen Maßnahmen hiergegen ergreift, insbesondere muß eingeschritten werden gegen Geschäftsabschlüsse, die im inländischen Warenverkehr in fremder Währung erzwungen werden.

Es muß Vororge getroffen werden, daß die Spekulation im Devisenverkehr beseitigt wird.

Die Einfuhr ist auf das notwendige Maß zu beschränken, die Produktion und die Ausfuhr zu fördern, um eine Besserung der Handelsbilanz herbeizuführen.

Die Regierung muß gegenüber der Preispolitik der Kartelle und Trusts eine strenge Kontrolle üben.

Zur Sicherung unserer Lebensmittelversorgung hält der Parteitag folgende Maßnahmen für notwendig:

1. Die im Gesetz als Umlage festgesetzte Getreidemenge ist restlos abzuliefern. Der Getreidepreis hat sich in den Grenzen zu halten, daß das Brot zu erschwinglichen Preisen für die Minderbemittelten abgegeben werden kann.
2. Verbot gewerbmäßiger Herstellung und Feilhalten von Kuchen und Konditorenwaren.
3. Erhöhung der Ausmahlungsquote des Brotgetreides auf 90 Proz.
4. Begünstigung der Abschlüsse von Lieferverträgen für Kartoffeln. Ist die Versorgung durch freiwillige Vertragsabschlüsse nicht zu erreichen, so ist die Lieferung zu erzwingen.
5. Der Zucker aus der heimischen Erzeugung ist zunächst für den Verbrauch im Haushalt freizugeben. Gewerbe, die Zucker verarbeiten, sind auf den Bezug vom Ausland zu verweisen. Zur Sicherung der Kontrolle darf der Inlandszucker nicht gebaut werden, der Auslandszucker ist nur gebaut hereinzulassen.
6. Soweit die Preislage es gestattet, ist die Einfuhr von Gefrierfleisch zu begünstigen.
7. Sicherstellung der für Kinder und Kranke notwendigen Milchmengen, wenn nicht anders zu erreichen, durch Verbot der Herstellung von Butter.
8. Bier darf nur bis zu einem Stammwürzegehalt von 8 Proz. hergestellt werden.
9. Die Herstellung von Sprit ist in diesem Jahre nur zu technischen Zwecken zuzulassen.
10. Festsetzung der Polizeistunde auf 9 Uhr für alle Schankstätten, die Trinkbranntwein ausschütten.
11. Strenge Durchführung der Wuchergesetze, keine Milderung, sondern Verschärfung.

Der Parteitag erwartet von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie mit aller Entschiedenheit diese Forderungen zur Durchführung bringt.

326. Giebel: Der Parteitag lenkt erneut die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit hin auf die unglückseligen Befindlichkeitszustände westlicher Gebiete der deutschen Republik. Rücksichtslos schaltet und waltet ein feindlicher Militarismus mit dem imperialistischen Ziele, unter Anwendung jeglicher Mittel weitere Gebiete von der Republik abzutrennen. Unmaßend und schier unerträglich fordert insonderheit der französische Militarismus immer wieder Leistungen, die unerträglich sind für die einfachste Lebensnotwendigkeit der hungernden deutschen Volksmassen. Die vorhandenen vielen Kasernen, Exerzierplätze, Flughäfen, Munitionslager usw., die — weil Grenzland — deutscherseits errichtet waren, mußten in Zahl und Ausdehnung immer wieder vermehrt werden. Das deutsche Volk leidet schwer unter der Vernichtung der Kaufkraft seiner Währung; es vermag seit langem nicht mehr die fehlenden Nahrungsmittel einzuführen, und dennoch erpreßt der französische Militarismus tausende Morgen fruchtbaren Landes für seine kulturwidrigen Bedürfnisse. Verschlimmert werden solche niederdrückenden Zustände durch die Rücksichtslosigkeit militärischer Machthaber gegen Recht und Gesetz der Menschlichkeit. Schwersten Kränkungen deutscher Empfindungen und harten Eingriffen in die persönlichen Freiheiten deutscher Staatsbürger, auch wenn sie als sachlich falsch sich herausstellen, glaubt man, wie die Totschlagsaffäre Oberkassel lehrt, nicht ein Wort der Zurücknahme folgen lassen zu brauchen. Solche Knechtung der deutschen Republik durch diese Fremdherrschaft muß deren Leistungs- und Lebensfähigkeit nur erschweren und täglich stärker gefährden.

Der Parteitag der SPD., als Vertretung der zum Wiederaufbau und zur Erfüllung der Deutschland möglichen Wiedergutmachung ehrlich bereiten werktätigen Volksmassen erhebt deshalb ernsten Protest. Das deutsche Volk kämpft verzweifelt um sein Leben. Es ruft die Hilfe der Kulturwelt an um Schutz und Hilfe, damit ihm die Kraft zur Wiedergutmachung durch den fremden Militarismus nicht gebrochen wird.

328. Löbe u. Genossen: Der Parteitag der SPD. richtet an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, unbeschadet der berechtigten Kritik, die an der Organisation und dem Verfahren des Völkerbundes zu üben ist, im Interesse der Teilnahme Deutschlands an einem befriedeten Wirtschafts- und Kulturleben der Menschheit den Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund herbeizuführen, sobald ihm damit eine der Bedeutung der deutschen Wirtschaft und Kultur angemessene Stellung gesichert ist.

329. Hertha Maria Fund: Um das Kinderelend zu bekämpfen, ist dringend für eine einwandfreie Milchversorgung einzutreten, und es sind Maßnahmen zu treffen, daß den Kindern das lebenswichtigste Nahrungsmittel nicht aus Profitgier durch Verbuttern entzogen wird. Es ist vor allen Dingen zu verhindern, daß Milch über die Grenzen in das valutastarke Ausland geht.

330. Hertha Maria Fund: Es ist dringend dafür einzutreten, daß die Bezüge und Pensionen und die gewährten Feuerungszuschüsse den Beamtenwitwen künftig mit größter Beschleunigung und Pünktlichkeit ausgezahlt werden, um diese Frauen vor dem vollständigen Ruin zu bewahren.

331. Langeheinecke: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, nach wichtigeren parlamentarischen Vorgängen möglichst schnell einen Bericht herauszugeben und den Bezirken in genügender Menge zur Verfügung zu stellen.

332: Der Wohnungsbau ist infolge der unerhörten Baustoffteuerung, die weit über die innere Geldentwertung hinausgeht, beinahe ganz zusammengebrochen. Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, sofort nach dem Wiedergutkommen der Reichstags von der Reichsregierung die schleunige Vorlage eines Programms für die Finanzierung des Wohnungsbaues in der kommenden Bauphase und Maßnahmen gegen den Baustoffwucher zu verlangen, wie sie in den Anträgen der sozialistischen Fraktionen und der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen längst gefordert worden sind.

Jedem Versuch, auch die Wohnungspreise in den verheerenden Strudel der sogenannten freien Wirtschaft zu ziehen, ist mit aller Entschiedenheit zu wehren. Notwendig ist die schleunige Verabschiedung des Mieterzuschußgesetzes in einer Form, die gegen eine Ausnützung der ungeheuren Wohnungsnot durch die Vermieter volle Gewähr bietet. Notwendig ist ferner ein umfassendes Bodenreformgesetz mit einer sozialen Ausgestaltung des Enteignungsrechtes und die rücksichtslose Inanspruchnahme aller für Wohnzwecke geeigneten und nicht genügend benutzten Räume für Wohnungslose.

333. E. Auer: Der Entschließung des Parteivorstandes Nr. 324 ist folgendes als Ziffer 12 anzufügen:

12. Heranziehung aller leistungsfähigen Kreise von Handel und Industrie zur Aufbringung der Mittel für den Lebensbedarf der am schwersten leidenden Volksteile (Sozial-Reinrentner usw.).

336: Die Reichstagsfraktion wird durch den Parteitag beauftragt, die Vorschläge des Reichswirtschaftsrates betreffs „Hausangestelltenrecht“ besonders zu prüfen, damit nicht Ausnahmebestimmungen gegen die Hausangestellten zum Gesetz erhoben werden.

337: Der Schutz der deutschen Republik gegen jeden monarchistischen Angriff durch Erziehung der breiten Massen des Volkes zu demokratischer und republikanischer Staatsgesinnung und durch Stärkung der proletarischen Kampfbreite zur Abwehr der nationalistischen Mordpropaganda ist die dringendste Aufgabe der Sozialdemokratie.

Für die kraftvolle Durchführung der Gesetze zum Schutze der Republik wird die Sozialdemokratie ihre ganze Kraft in allen von ihr vertretenen politischen Machtpositionen einsetzen.

Vor allem ist es notwendig, den staatlichen Verwaltungsapparat dem Einfluß der monarchistischen Reaktion zu entziehen. Der Kampf für die Reform und Demokratisierung der Verwaltung, die nur die Frucht dauernder Arbeit sein kann, muß deshalb mit verstärkter Kraft fortgeführt werden.

Ueber die reine Personalreform in den leitenden Beamtenposten hinaus ist eine Vereinfachung der Verwaltungsorganisation, die Zulassung der Angehörigen aller Bevölkerungskreise zur Beamtenlaufbahn, Ausdehnung der Selbstverwaltung unter Wahrung des entscheidenden staatlichen Einflusses auf die Besetzung der politischen Beamtenposten notwendig.

Der Parteitag bedauert, daß in verschiedenen Ländern, insbesondere in Preußen, die finanzielle Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstenhäusern noch nicht durchgeführt ist. Diese ungeklärte Lage wird immer mehr zur Verschleierung der fürstlichen Besitzverhältnisse im Interesse der ehemaligen Fürsten und zur Befruchtung der monarchistischen Agitation benutzt. Der Parteitag erwartet, daß die Genossen in den Regierungen und Parlamenten der Länder auf schleunige Durchführungen der Auseinandersetzungen dringen. Dabei ist auf die Entstehung der meisten angeblich fürstlichen Vermögen aus Steuermitteln des Volkes Rücksicht zu nehmen. Die aus Mitteln der Allgemeinheit erwachsenen Vermögen, Baudenkmäler, Kunstschätze usw. sind der Allgemeinheit unbedingt zu erhalten.

338: Die sozialpolitischen Gesetze des Reichs sind angesichts der furchtbaren Not unseres Volkes völlig ungenügend. Daher fordert der Parteitag unsere Reichstagsfraktion auf, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß die sozialpolitischen Gesetze schleunigst mehr als bisher den jetzigen Verhältnissen angepaßt werden. Die Leistungen für die Kriegsoffer und die Opfer der Arbeit, die Verunglückten und Arbeitslosen, für die Kranken, Alten und Invaliden und sonstige Minderbemittelte, einschließlich der Rentenlosen, für die Wöchnerinnen und Neugeborenen müssen erhöht; die Reichsversicherung muß im Sinne einer allgemeinen Volksfürsorge vereinheitlicht, vereinfacht und von allen Hemmungen durch Unternehmer und Bureaukraten befreit; die Notstandsmaßnahmen müssen im Geiste weitherziger Fürsorge durchgeführt werden.

Eine Verringerung solcher wirtschaftlichen Noterscheinungen ist indes erst erreichbar durch eine organisatorische Umgestaltung unserer Wirtschaft, die als ersten Schritt den Arbeitnehmern auch auf diesem Gebiete die gleichberechtigte Mitwirkung mit dem Kapital in den Kartellen, Konzernen, Syndikaten u. a. bringt. Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, mit allem Nachdruck jede dahin zielende Forderung zu vertreten.

Der Reichstagsfraktion überwiesene Anträge.

129. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, auf eine alsbaldige Verabschiedung des seit etwa drei Jahren fertigen Entwurfs eines Reichsspielflaggesetzes zu dringen.

134. **G r a d:** Ausarbeitung eines richtigen Versorgungsgesetzes und Gewährung höherer Rente hat die SPD. im Reichstag zu beantragen.

135. **Schwabach-Altdorf:** Die Reichstagsfraktion wird dringend ersucht, im Reichstage dahin zu wirken, daß in Anbetracht der großen Teuerung die Bezüge der Invaliden- und Altersrentner eine Erhöhung erfahren.

137. **München:** Die sozialdemokratischen Vertreter in den Parlamenten sollen mit allem Nachdruck für eine Änderung des Drisklaffengesetzes eintreten, durch welche die Vororte der Großstädte diesen gleichgestellt werden.

138. **Stollberg-Schneeberg:** Der Parteitag wolle beschließen: Die Fraktion zu beauftragen, die von der Sachverständigenkommission in ihrem Gutachten über die Sachwerterfassung herausgegebenen Vorschläge, die dem Gewerkschaftskongreß Leipzig zur Begutachtung vorgelegen haben, als Richtschnur für ihre parlamentarischen Arbeiten im Reichstag zu benützen und mit allem Nachdruck für deren baldige Verwirklichung einzutreten.

139. **Stollberg-Schneeberg:** Die Not der Presse ist die Not des Volkes. Nach dem Zusammenbruch von etwa 2000 Zeitungen hat sich herausgestellt, daß die von der Regierung hiergegen unternommenen Maßnahmen unzulänglich sind. Wir machen auf die ernste Gefahr der weiteren Einschränkung des wichtigen Kulturfaktors der Presse aufmerksam und ersuchen die Reichstagsfraktion, entsprechende Gesetzesvorlagen auszuarbeiten. Die energische Bekämpfung des Papierwuchers muß sie sich besonders zum Ziel setzen.

140. **Stollberg-Schneeberg:** Das Reichstagswahlgesetz vom 27. April 1920 muß einer umfassenden Nachprüfung unterzogen werden. Das kürzlich dem Reichsrat zugegangene neue Reichstagswahlgesetz wird diesem Verlangen nicht gerecht. Es beschränkt sich auf die Bildung des neuen Wahlkreisverbandes Berlin und eine Reihe mehr technischer Einzelheiten. Beizubehalten sind die Grundlagen des bisherigen Verhältniswahlrechtes, das automatische System, wonach auf je 60 000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt, und die Aufrechnung aller Reststimmen auf das ganze Reich hindurch. In der praktischen Ausgestaltung des Systems treten von Wahl zu Wahl Mängel hervor, die ohne Änderung des Grundcharakters des Gesetzes beseitigt werden müssen.

Die Reichstagsfraktion wolle endlich eine wirkliche Neueinteilung der Reichstagswahlkreise in die Wege leiten. Die jetzigen sind viel zu groß. Sie müßten bedeutend verkleinert und ihre Zahl dementsprechend vermehrt werden. Dabei wäre auch eine persönliche Fühlungnahme der Kandidaten mit ihren Wählern besser gewährleistet.

141. **B a u e n:** Das Verhältniswahlrecht bei den politischen Wahlen in der Weise fortzubilden, daß der Kandidat wieder in engere Fühlung mit dem Einzelwahlkreis kommt.

142. **Breslau:** Die Reichstagsfraktion hat bei der jetzt beabsichtigten Änderung des Reichswahlgesetzes einen Antrag auf Neuregelung der Reichstagswahlkreise zu stellen. Bei der Neueinteilung ist besonders eine Verkleinerung der Wahlkreise zu fordern. Ferner ist auch der Eigenart von Großstädten, Industriebezirken und rein agrarischen Gegenden nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

143. **Stollberg-Schneeberg:** Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, von der Regierung die Einbringung eines Gesetzentwurfes über staatliche Grundwert- und Zuwachssteuer zu fordern, ähnlich dem, wie er von Dr. Damaschke, dem Vorsitzenden des ständigen Beirates für das Heimstättenwesen im Reichsarbeitsministerium, in Verbindung mit den Vertretern sämtlicher Organisationen entworfen wurde.

Der Parteitag hat mit Nachdruck von der Reichstagsfraktion zu fordern, daß der ebenfalls vom ständigen Beirat dem Reichsarbeitsministerium längst vor-

gelegte Entwurf eines Bodenreformgesetzes, der den erleichterten Erwerb und besseren Gebrauch des deutschen Bau- und Wirtschaftslandes ermöglichen und den Gemeinden ein durchgreifendes Enteignungsrecht geben würde, dem Reichstage endlich zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wird.

146. Erfurt: Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion des Reichstages zu beauftragen, daß erstens bei der Revision des Schutzpolizeigesetzes auf alle Fälle für die Schutzpolizeibeamten das Berufsbeamtentum eingeführt wird; bei der Neubearbeitung des Beamtenbesoldungsgesetzes (April 1923) eine gerechte Eingruppierung zu erwirken.

151. Breslau: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, auf die Fertigstellung des Ausführungsgesetzes zum Artikel 48 der Reichsverfassung noch vor der Neuwahl des Reichspräsidenten hinzuwirken.

159. Mosbach (Baden): Der Parteitag wolle beschließen: Reichs- und Landtagsfraktionen haben sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften dafür einzusetzen, daß die noch bestehenden Standesherrschaften enteignet und ihr Besitz unter die in Betracht kommenden Gemeinden verteilt werden.

173. Heidesheim: Der Parteitag wolle darauf hinwirken, daß in Kürze im Reichstag darauf hingearbeitet wird, daß alle Jagdpachtverträge, die vor dem Jahre 1918 mit den Kommunen abgeschlossen wurden, gelöst werden können. Die finanzielle Not der Kommunen und die den Gegenwartspreisen angepaßten Erbschaftsprühe der Landwirte für entstandenen Wildschaden bedingen eine sofortige Erhöhung der alten Pachtsummen.

181. Frankfurt a. M.: Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, darauf hinzuwirken, daß entweder die „Zentrale für Heimatdienst“ in eine wirkliche republikanische Propagandazentrale umgewandelt oder eine besondere republikanische Propagandastelle geschaffen wird, die mit allen Mitteln der mündlichen und schriftlichen Propaganda auch unter Verwendung des Films Aufklärung über die Schäden der alten Staatsform, über die Gründe von Deutschlands Niederlage im Weltkrieg, über die Vorzüge der Republik, die Schwierigkeiten der neuen Regierung usw. in die breitesten Volksmassen zu tragen und dem Verleumdungsfeldzug der Monarchisten durch eine wirksame Gegenoffensive zu begegnen hat.

188. Hamburg: Der Parteitag weist die Reichstagsfraktion und die Vertreter in den Reichs- und Landesregierungen auf die Notwendigkeit nachdrücklicher republikanischer Propaganda hin. Der deutschvölkischen und monarchistischen Agitation muß die Republik den Gedanken des demokratischen Volksstaats trotztoll entgegengehen. Für die neuen Reichsfarben und gegen die Dolchstoßlegende, für die Verfassung und gegen die monarchistische Hege muß mit allen Mitteln der Aufklärung und Werbung gearbeitet werden. Es gilt, die Republik in Hirn und Herz der Volksmassen zu verwurzeln. Die Zentrale für Heimatdienst ist in entschiedener Weise auf diese Propaganda einzustellen. Für solche Zwecke verausgabte Mittel werden sich durch die Konsolidierung der Republik reichlich bezahlt machen.

198. Martinroda i. Th.: Bei der nächsten Steuervorlage muß unsere Partei unbedingt an der Erassung der Sachwerte festhalten.

200. Osnabrück: Die Reichstagsfraktion wird aufgefordert, ihren Einfluß zugunsten der Schaffung eines wirksamen Reichsgrundsteuergesetzes, dessen Erträgnisse ausschließlich zur Linderung der Finanznot der Länder und Gemeinden verwendet werden sollen, geltend zu machen.

206. Hildesheim: Die Reichstagsfraktion wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Sätze des Existenzminimums voll als steuerfreies Einkommen betrachtet und als Existenzminimum, nicht nur die leiblichen, sondern ein entsprechender Satz als geistige Bedürfnisse betrachtet werden. Die Veränderungen des Existenzminimums müssen auch als solche für das steuerfreie Einkommen Geltung haben.

207. Hildesheim. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß infolge der Geldentwertung und der steigenden Teuerung die Tagelöhner der Schöffen oder sonstiger Ehrenämter der Zeit entsprechend erhöht werden, da sonst der Verdienstausfall für einen Arbeiter zu hoch ist. Den ehrenamtlich tätigen Arbeitern muß zum mindesten der tarifliche Arbeitslohn als Entschädigung zuerkannt werden.

209. Bezirk Westliches Westfalen: Der Parteitag tritt für eine Befreiung der Konsumgenossenschaften von der Umsatzsteuer ein.

218. Semb: In allen Orten und Städten sind Bucherkommissionen einzusetzen. Die Kosten hierfür trägt der Staat.

237. Lübeck und Hamburg: Daß die Reichstagsfraktion in Erwägungen eintritt, ob nicht die Regelung des Impfwesens in einem neuzeitlichen Sinne angebracht ist.

238. Bezirk Ostfriesland (8. Unterbezirk): Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß die Gesetzesbestimmungen der §§ 218/19 des Reichsstrafgesetzbuches gemildert werden, welche dem Verstoß gegen das keimende Leben gelten. Es soll in der Zeit bis zum dritten Monat ärztlicher Eingriff gestattet werden, da mit den Vielgeburten das Los der Arbeiterklasse verschlimmert wird.

239. Mindelheim: Der Parteitag ersucht die Reichs- und Landtagsfraktionen der Partei, auf die Reichs- und Landesregierungen in erhöhtem Maße zugunsten der öffentlichen Gesundheitspflege einzuwirken.

240. Lübeck: Die Reichstagsfraktion wird ersucht, über die Gesetze zur Lungentuberkulosenfürsorge und zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auch Ansichten der Volksheilkundigen und Anhänger der Volksheilmethoden zu hören.

259. Semb: Die Ortsklasseneinteilung ist bei jeder Beratung im Reich wie im Lande von unseren Fraktionen scharfsten zu bekämpfen.

260. Emden: Der Parteitag wolle die Fraktion auffordern, mit erhöhtem Nachdruck dahin zu wirken, daß das Beamtenrätegesetz den Wünschen der unteren Beamtenkategorien entsprechend gestaltet und unbedingt noch in diesem Jahre verabschiedet werde.

261. München: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, in Zukunft den Forderungen des ADGB in bezug auf die Verbesserung der Gehaltsbezüge der Reichsbeamten mehr Rechnung zu tragen als bisher.

263. Stuttgart: Die Genossen des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart (Bez. Prag) sind in bezug auf das Streikrecht der Beamten der Auffassung, daß das Koalitionsrecht — einschließlich Streikrecht — laut Reichsverfassung jedem Staatsbürger, also auch den Beamten, zuerkannt wird. Selbstverständlich darf der Streik nur als letztes Kampfmittel nach Erschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten begonnen werden. Um bei dem noch gewerkschaftlich und politisch ungeklärten größeren Teil der Beamten eine Sicherheit dafür zu haben, daß dies auch für die Zukunft tatsächlich eingehalten wird, sind wir für Errichtung von paritätischen Schlichtungsausschüssen mit weitestgehenden Befugnissen. Diese müssen unter allen Umständen erst angerufen werden und haben zu entscheiden, ob ein Streik begonnen werden soll oder muß.

264. Osnabrück: Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, bei der demnächstigen Besoldungsreform dahin zu wirken, daß kein Eisenbahnbeamter in die Besoldungsgruppe 1 eingereiht wird.

265. Osnabrück: Der Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, daß die Durchberatung des Achthundentages der Betriebsbeamten, wie er nach den neuen Dienstdauervorschriften vor sich geht, illusorisch zu machen. Vor allem den Achthundentag auch für die Betriebsbeamten der Eisenbahn gefällig zu schützen.

266. Hamburg: Als ein besonderer Uebelstand wird es betrachtet, daß die im Reichstag beschlossenen Gehaltsaufbesserungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht sofort, sondern erst dann ausgezahlt werden, wenn die Kaufkraft des Geldes weiterhin gefallen ist. Die Fraktion möge hier schnelle Erleichterung und Abhilfe schaffen dadurch, daß gleichmäßige Zulagen an alle Gruppen und Klassen gezahlt und eine Verminderung oder Verschmelzung der Besoldungsgruppen und der Dienstalterklassen vorgenommen wird.

267. Hamburg: Unter Bezugnahme auf den in Götting beschlossenen Antrag 322 erwartet der Parteitag, daß die Reichstagsfraktion den aus ihrem Kreise bereits 1920 gestellten Antrag Bohm-Schuch-Radbruch, betreffend das Recht der Frau auf Unterbrechung der Schwangerschaft, § 218 und 219 des Reichsstrafgesetzbuchs, zur Verabschiedung bringt. Wenn auf Grund der derzeitigen Mehrheitsverhältnisse im Reichstag eine Annahme des Antrags nicht zu erwarten sein sollte, so muß der durch die Stellung eines so wichtigen Antrags aufs tiefste erregten Parteigenossenchaft klar und deutlich gezeigt werden, wo die Gegner dieser sozialen Forderung sitzen.

268. Hamburg: Der Parteitag möge beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, bei der Reichsregierung darauf zu dringen, daß die Ausführungsbestimmungen zum Hilfsgesetz für die Presse schnellstmöglich erlassen werden und daß darin auf keinen Fall Rückvergütungen an die ausgesprochen republikfeindliche Presse vorgesehen werden.

271. Bezirk Westliches Westfalen. Die Reichstagsfraktion wird gebeten, nachstehende Forderungen im Reichstag energig zu vertreten:

1. Änderung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuchs in der Weise, daß die unter ärztlicher Kontrolle und möglicher Sicherung der Mutter vorgenommenen Eingriffe strafflos werden, wenn durch sie allein ein dauernder Schaden an der Gesundheit der Mutter, die Gefahr einer erheblichen dauernden wirtschaftlichen Not für sie oder ihre Familie abgewendet werden können.

2. Bekämpfung des häufig erpresserischen Kuppelsuchtums und ständige Kontrolle der angegriffenen Mittel für Frauen zwecks Verhinderung des systematischen Volksbetruges.

3. Sozialpolitische Maßnahmen, insbesondere

a) erhöhter Schutz der Mutterschaft, Verbesserung der Lage der unehelichen Mutter und ihres Kindes, erhöhter Säuglingschutz, Förderung der Erziehung der Gebäranstalten für uneheliche Mütter und der Versorgung deren Kinder;

b) Gleichstellung der Frau mit dem Manne auf dem Gebiet des Familienrechts;

c) allgemeine Volksaufklärung über sexuelle Probleme, insbesondere über Geschlechtskrankheiten. Einführung des obligatorischen Unterrichts über Gesundheitspflege in den Schulen;

d) Anzeigepflicht und Behandlungszwang für Geschlechtskranke;

e) Einführung des Gesundheitszeugnisses für Brautleute;

f) staatliche Fürsorge für kinderreiche Familien auf Kosten der kinderlosen, sei es in Form der Mutterschaftsversicherung, des Soziallohnes oder der Erweiterung der Wochenhilfe. Besondere Berücksichtigung kinderreicher Familien bei allen sozialpolitischen Maßnahmen, insbesondere auch bei dem Gebiet des Wohnungsbau und der Wohnungsovermittlung.

318. Der Parteitag beschließt, die Reichstagsfraktion wolle dafür eintreten, daß bei der Bewilligung von Sondermitteln zugunsten der Kriegervaisen und Kinder Kriegsbeschädigter in Zukunft vom Reichstage Bestimmungen über ihre Verwendung erlassen werden.

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

14. Breslau: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, sein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung der Wirtschaftsinteressengemeinschaften wie Kartelle (Trusts) zu richten und die Beobachtungen und Erfahrungen durch hervorragende Sachkenner auf dem nächstjährigen Parteitag besonders zur Kenntnis und eventuellen Beschlußfassung vorzulegen.

18. Hamburg: In Erwägung, daß in immer steigendem Maße die Politik von der Wirtschaft beeinflusst wird, muß der Parteitag zu dieser Frage Stellung nehmen. Der Parteivorstand ist zu beauftragen, zur Erörterung von Wirtschaftsfragen, Anleitungen und Anregungen durch die Presse, durch Schriften und Vorträge zu geben und dafür zu wirken, daß allorts ein Zusammenarbeiten mit den Ortsausschüssen des ADGB. angestrebt wird.

28. Köln: Die dauernden Schwierigkeiten bei der Besetzung aller Ämter in Staat und Gemeinden zur Demokratisierung der Verwaltung, die eine der wichtigsten Maßnahmen zur Erhaltung und Stärkung der Republik darstellt, verlangen von der Partei unverzüglich energische organisatorische Maßnahmen. Der Kreisverband Köln der SPD. ersucht daher den Parteitag, wie folgt zu beschließen: 1. Es wird eine Zentralfstelle zur Feststellung geeigneter Bewerber für Staats- und Gemeindestellen errichtet. 2. Diese Stelle versendet an die Kreisverbände entsprechende Fragebogen, die an die Organisationen usw. weitergegeben werden. 3. Die Fragebogen werden von den Kreisverbänden geprüft und die Doppelausfertigung gesammelt, damit jederzeit eine entsprechende Auswahl von Bewerbern vorhanden ist.

29. Burg b. Magdeburg: Um die stetig wiederkehrende Forderung nach Demokratisierung der Verwaltung in die Tat umsetzen zu können, was nur dann als gesehen angesehen werden kann, wenn Sozialisten in die in Frage kommenden Verwaltungsstellen eingesetzt werden, ist der Ausbildung von befähigten Genossinnen und Genossen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Durch Einrichtung von Abendkursen usw., in denen in der Verwaltung praktisch tätige Genossen Unterricht erteilen, soll der Grundstock an allgemeinen und verwaltungstechnischen Kenntnissen gelegt werden. Es wird damit erreicht, daß eine weitaus größere Zahl von Genossen wie bisher zur Übernahme solcher Ämter befähigt wird.

30. Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft der Elbegemeinden: Der Parteitag wolle beschließen:

1. In klarer Erkenntnis der Tatsache, daß nur eine durchgreifende Demokratisierung und Republikanisierung der Verwaltung, Rechtspflege und Reichswehr die Republik sichern und damit die Lage der minderbemittelten Schichten des deutschen Volkes erträglich erhalten und besser gestalten kann,

2. in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß nur solch durchgreifende Demokratisierung und Republikanisierung, daß nur eine klare Befundung des festen Willens der Republik zur Macht bis in den kleinsten Ort unseres Vaterlandes die begüterten gewissenlosen, machtlüsternden, rassistischen wühlenden Gegner in ihre Schranken zurückweisen und den Anhängern der Demokratie und Republik das wankende Vertrauen wiedergeben kann,

3. in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß die nötige Demokratisierung und Republikanisierung bis in den kleinsten Ort von den dafür verantwortlichen Republikanern nur durchgeführt werden kann, wenn ihnen ein ausreichendes Personalmaterial zur Verfügung gestellt wird, fordert der Parteitag den Parteivorstand auf:

I. Sofort durch Umfrage (Fragebogen) bei sämtlichen Ortsvereinen bzw. Distrikten und Vertrauensleuten festzustellen:

- a) welche Beamten und öffentlichen Angestellten sich gegen die Republik betätigt haben. (Mit Angabe der Betätigung und Zeugen.)
- b) Welche Personen zuverlässig republikanischer Gesinnung in ihrem Gesichtskreis als Ersatz für die auszumergenden Reaktionäre vorgeschlagen werden können. (Mit Angabe von Zeugnissen.)
- c) Welche Persönlichkeiten von zuverlässig-republikanischer Gesinnung für die Belegung öffentlicher Posten in ihrem Umkreis in Frage kommen.

II. Das eingehende Personalmaterial durch die Bezirksvorstände sorgfältig prüfen zu lassen und den für Demokratisierung und Republikanisierung der Verwaltung, Rechtspflege und Reichswehr verantwortlichen Republikanern entsprechende Vorschläge zu unterbreiten und für die Durchführung dieser Vorschläge mit allen geeigneten Mitteln einzutreten.

III. Sofort mit dem ADGB., der APd., der GGB. sowie den anderen republikanischen Parteien und den ihnen befreundeten Gewerk- und Genossenschaften in Verbindung zu treten, um sie zu dem gleichen Vorgehen zu veranlassen.

32. Bezirk Ostjachsen 6: Der Parteitag wird beauftragt, zur Bearbeitung volkswirtschaftlicher und finanzwirtschaftlicher Fragen einen entsprechend sachmännisch zusammengesetzten Ausschuß zu berufen, der Richtlinien für unser Vorgehen auf wirtschaftlichem Gebiete aufzustellen und die Parlamentsfraktionen zu beraten hat.

37. Heidelberg: Um die Bildungsarbeit unter den Mitgliedern zu erleichtern, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, die wichtigsten theoretischen Schriften des Sozialismus in Heftformat und einfacher Aufmachung zu möglichst billigen Preisen herauszugeben. Ebenso empfiehlt der Parteitag dem Parteivorstand, zur Belegung der Agitation öfters als in der letzten Zeit zeitgemäße kurzgefaßte Flugchriften den Ortsvereinen zur Verteilung zur Verfügung zu stellen.

48. Löbau i. Sa.: Der Parteitag wolle beschließen, gegen Parteigenossen, die offen oder versteckt gegen die Arbeiterschaft arbeiten in Wort oder Schrift, das Ausschlussverfahren in beschleunigter Weise herbeizuführen.

56 a. Bezirk Ostjachsen: Der Parteitag wolle beschließen, für in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung tätige Angestellte eine Unterstützungseinrichtung (Versicherung) zu schaffen, die nach prozentualer Beitragsleistung für Gehalts- und Lohnempfänger so aufgebaut wird, daß eine den Verhältnissen entsprechende Gegenleistung gewährleistet werden kann.

Eine Verschmelzung mit den bestehenden Pensions- und Unterstützungskassen der Partei, des ADGB. und der Konsumvereine ist anzustreben.

66. Bezirk Ostjachsen: Der Parteitag wolle beschließen, daß das Mitgliedsbuch der Partei als Eigentum der Sozialdemokratischen Partei erklärt wird, um jeden Mißbrauch vorzubeugen. Bei Austritt aus der Partei ist das Buch einzuziehen.

72. Göttingen: Die vom Parteivorstand herausgegebenen Nachrichten für Funktionäre sollen sich mehr mit den Verfehlungen rechtsstehender Parteien befassen. Fast dreiviertel der Rubrik für die Agitation ist mit Mitteilungen gegen links von uns stehende Parteien gerichtet.

76. Burg bei Magdeburg: Die vom Parteivorstand herausgegebenen „Nachrichten für Parteifunktionäre“ müssen eine Umgestaltung erfahren in der Weise, daß in ihnen neben dem jetzt Gebotenen wirklich Belehrendes und Wissenswertes gebracht wird. In der jetzigen Form bieten sie den aufmerksamen Lesern der Parteipresse nur Wiederholungen längst bekannter Tatsachen, ohne in irgendeiner Beziehung besuchend und fördernd im sozialistischen Sinne zu wirken. Die für diese „Nachrichten“ ausgegebenen enormen Druckkosten sind daher nutzlos und gebieten dringend eine Reform im oben angedeuteten Sinne.

106. Neu-Ulm: Der Parteivorstand wird beauftragt, von Zeit zu Zeit das wichtigste Material mit den von unserer Partei gestellten Anträgen und die Abstimmungen der einzelnen Parteien in Broschürenform herauszugeben und an die Parteimitglieder zum Selbstkostenpreis zu verabsorgen.

109. Die „Kommunale Praxis“ ist zu einem Organ auszubauen, mit dem die in der Praxis tätigen Genossen wirklich etwas beginnen können. In diesem Organ ist die Auswirkung aller kommunalpolitischen Gesetze darzulegen wie auch deren erschöpfende Kommentierung, weiter aber auch eine bessere Berichterstattung durchzuführen und durch alle diese Dinge ein Organ zu schaffen, das auch den Parteigenossen in den kleinsten Kommunalverbänden Material in die Hand gibt.

191. Der Parteitag spricht sich grundsätzlich gegen das Berechtigungswesen und für die Beseitigung der Prüfungen an allen Schulen aus und fordert von den Parteigenossen, daß sie gegen die Berechtigungen als Voraussetzung für den Aufstieg in die Verwaltungen entschlossen Stellung nehmen. Der Parteitag protestiert darum entschieden gegen die Einführung einer sogenannten „Mittleren Reife“, wie sie vom Reichsschulsausschuß geplant ist. Er erklart darin sowie in der Einführung einer neunjährigen höheren Schule eine schwere Gefahr für die Volksschule als dem wichtigsten Zweig unseres Schulwesens und eine unheilvolle Zerschneidung und Verwirrung des organischen Ausbaues der Einheitschule.

192. Gießen: Der Wahlverein Gießen beauftragt, das Reich möge bei den Regierungen der Länder dahin wirken, daß für die Fortbildungsschulen ein staatsbürgerliches Fesbuch geschaffen und den Schülern unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird, unter Uebernahme der Kosten ganz oder zum Teil auf das Reich.

312. Bei der Bedeutung der Volksgesundheitspflege für den Aufstieg der Arbeiterklasse ist dringend dafür zu sorgen, daß dieselbe in einem Geiste durchgeführt wird, der den sozialen Forderungen unserer Zeit voll und ganz gerecht wird. Der Parteivorstand wird darum beauftragt, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß der Demokratisierung der Gesundheitsverwaltung in Reich, Ländern, Städten und Gemeinden schärfste Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die übrigen Anträge sind entweder nicht genügend unterstützt, oder zurückgezogen, oder abgelehnt, oder durch Tagesordnung erledigt.

Anwesenheitsliste des Parteitages.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Ahrens, Heinrich	Braunschweig	Bez. Hannover-Braunschweig
Amann, Josef	Heidelberg	Bez. Baden
Andres, Wilhelm	Duisburg	Bez. Niederrhein
Anton, Paul	Wilmersdorf	Bez. Groß-Berlin
Arndt, Joseph	Neutölln	Bez. Groß-Berlin
Arning, Marie	Magdeburg	Magdeburg-Anhalt
Auer, Erhard	München	Parteiausschuß
Baer, Hermann	Krefeld	Bez. Krefeld
Ballerstaedt, Richard	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Bartels, Elise	Hildesheim	Parteiausschuß
Bartels, Friedrich	Berlin-Tempelhof	Partei Vorstand
Bartold, Karl	Neustrelitz	Mecklenburg-Vübed
Bautnecht, Otto	Koblenz-Oberwerth	Obere Rheinproving
Baummann, Andreas	Nienburg (Wefer)	Bez. Hannover-Braunschweig
Baquerer, Alfons	Regensburg	Parteiausschuß
Becker, Johann	Hamelu a. d. Wefer	Bez. Hannover-Braunschweig
Benario, Dr. Leo	München	Oberbayern-Schwaben
Bender, Ferdinand	Berlin	Reichstagsfraktion
Bengisch, Hermann	Lehrte b. Hannover	Bez. Hannover-Braunschweig
Berger, Ludwig	Ottenu	Bez. Baden
Berendsohn, Robert	Blantenese/E.	Schleswig-Holstein
Bergdoll, Hans	Schweinfurt	Franken
Bernick, Gustav	Magdeburg	Magdeburg-Anhalt
Bernstein, Eduard	Berlin	Reichstagsfraktion
Beste, Wilhelm	Königsberg i. Pr.	Ostpreußen
Beuder, Wilhelm	Düsseldorf	Bez. Niederrhein
Bießer, Louis	Hoßbützel	Schleswig-Holstein
Blum, Karl	Burg	Magdeburg-Anhalt
Böcher, Karl	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Bohm-Schuch, Klara	Berlin	Reichstagsfraktion
Bollmann, Frau Minna	Halberstadt	Parteiausschuß
Bornhoff, Franz	Bochum	Bez. Südl. Westfalen
Bormann, Fritz	Begeßad	Hamburg-Nordwest
Bräse	Lengde, Kr. Goslar	Bez. Hannover-Braunschweig
Braun, Dr., Adolf	Berlin	Partei Vorstand
Braun, Math.	Neuß	Bez. Krefeld
Braunersreuther, Fritz	Kassel	Bez. Kassel
Brehmer, Karl	Rostod	Mecklenburg-Vübed
Brehmer, Peter	Leichlingen, Rhld.	Bez. Niederrhein
Brendel, Hermine	Guben	Brandenburg
Brey, August	Hannover	Kontrollkommission
Brüsch, Josef	Hindenburg D.-S.	Oberschlesien
Broßwik, Conrad	Frankfurt a. M.	Hessen-Frankfurt
Brühn, Lina	Hannover	Bez. Hannover-Braunschweig
Brühne, Fr.	Frankfurt a. M.	Kontrollkommission
Bubert, Walter	Osnabrück	Odenbg.-Ostfriesland-Osnabr.
Buchmann, Georg	Berlin	Groß-Berlin
Buchwik, Otto	Görlitz	Görlitz
Buhl, Karl	Leipzig	Parteiausschuß

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Gunow, Heinrich	Berlin-Friedenau	„Neue Zeit“
Cyrus, Josef	Oppeln	Oberschlesien
Dähling, Robert	Hannover	Bez. Hannover-Braunschweig
Dichtl, Adolf	München	
Diez, Ernst	Blauen i. B.	Bez. Chemnitz
Dittich, Artur	Döbeln i. Sa.	Bez. Leipzig
Drauk, Karl	Senftenberg N.-O.	Brandenburg
Drescher, Reinhold	Halle a. d. Saale	Parteiausschuß
Eberle, Hugo	Görlitz	Parteiausschuß
Eberhard, Konrad	Fürth i. B.	Franken
Eder, Fritz	Weiden	Oberpfalz
Eckstein, Emil	Falkenstein i. B.	Bez. Chemnitz
Eckstein, Dr. Ernst	Breslau	Breslau
Eggerstedt, Otto	Kiel	Schleswig-Holstein
Eggert, Julius	Dresden-Pieschen	Parteiausschuß
Ehrentelt, John	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Eisenbarth, Heinrich	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Engelmann, Richard	Annaberg i. Erzgeb.	Bez. Chemnitz
Fabian, August	Magdeburg	Magdeburg-Anhalt
Feldmann, Franz	Oberlangensielau	Reichstagsfraktion
Feldmüller, Jean	Birmasens	Pfalz
Feller, Hermann	Hildesheim	Bez. Hannover-Braunschweig
Fellisch, Alfred	Dresden	Bez. Chemnitz
Fendel, Robert	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Fertl, Gustav	Magdeburg	Parteiausschuß
Finke, Julius	Herford	Bez. Nödl. Westfalen
Fischer, Friedrich	Stuttgart	Kontrollkommission
Fischer, Richard	Berlin	Beisitzer des Parteivorstandes
Fischer, Theodor	Berlin	Parteiausschuß
Frank, Friedrich	Bergedorf	Hamburg-Nordwest
Frank, Otto	Berlin N.	Beisitzer des Parteivorstandes
Frankfurth, Paul	Altmarischen.	
Franz, Alfred	Kr. Meßungen	Bez. Kassel
Franz, Karl	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Franz, Marie	Badenburger	Breslau
Freitag, Alfred	Radebeul	Dresden
Freitichs, Fritz	Mainz	Freistaat Hessen
Fund, Herta Maria	Rüstringen	Odenbg.-Ostfriesland-Osnabrück
	Düsseldorf	Bez. Niederrhein
Gegner, Gustav	Stolz	Pommern
Gehring, Rudolf	Stuttgart	Württemberg-Hohenzollern
Geißler, Fritz	Schwandorf	Oberpfalz
Gentner, Hans	Begnitz	Franken
Giebel, Karl	Berlin-Südende	Reichstagsfraktion
Giermann, Karl	Nürnberg	Franken
Gobtnecht, Wilhelm	Wismar	Mecklenburg-Vübed
Göhrling, Friedrich	Ulm a. d. D.	Württemberg-Hohenzollern
Grotjahn, Prof. Dr.	Berlin	Referent
Grösch, Robert	Dresden-N.	Dresden
Grünberg, Helene	Nürnberg	Kontrollkommission
Grund, Paul	Marburg a. d. L.	Hessen-Frankfurt
Grunow, Wilhelm	Nürnberg	Franken
Grzesinski, Albert	Kassel	Bez. Kassel

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Haberland, Karl	Elberfeld	Parteiausschuß
Hagen, Anton	Leipzig	Bez. Leipzig
Hamacher, Hermann	Essen (Ruhr)	Bez. Niederrhein
Hansen, Richard	Kiel	Schleswig-Holstein
Hartlieb, Josef	Hannover	Reichstagsfraktion
Hartwig, Theodor	Stettin	Parteiausschuß
Häbler, Michael	Nachen	Obere Rheinprovinz
Hauke, Frieda	Zaborze	Oberschlesien
Hauke, Paul	Hindenburg-Zaborze	Parteiausschuß
Hauschildt, Richard	Kassel	Bez. Kassel
Haut, August	Lübeck	Mecklenburg-Lübeck
Hefele, M.	Gundelfingen	Oberbayern-Schwaben
Heilmann, Friedrich	Frankfurt a. M.	Hessen-Frankfurt
Heinrich, Otto	Siemensstadt-Spandau	Partei Vorstand
Helsenberger, Karl	Hemelingen	Hamburg-Nordwest
Hellmann, Karl A.	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Hellwarth, Hans	Nürnberg	Franken
Hengsbad, M.	Köln-Sülz	Kontrollkommission
Hensler, Fritz	Dortmund	Bez. Südl. Westfalen
Hertwig, Richard	Weiße D.-S.	Oberschlesien
Hidmann, Richard	Dresden-M.	Dresden
Hildenbrand, Carl	Berlin	Beisitzer des Parteivorstandes
Hiller, Emilie	Heilbronn	Württemberg-Hohenzollern
Hoch, Gustav	Hanau	Reichstagsfraktion
Hoffmann, Fritz	Ramslau	Breslau
Hoffmann, Johannes	Kaiserslautern	Reichstagsfraktion
Hoin, Richard	Limburg a. d. L.	Hessen-Frankfurt
Holzappel, Karl	Ingolstadt	Oberbayern-Schwaben
Hug, Paul	Rüstringen	Oldenbg.-Ostfriesland-Osnabrück
Hünlich, Oskar	Rüstringen	Parteiausschuß
Jacobowicz, Michael	Berlin	Vormwärtsbuchhandlung
Jensen, Heinrich	Bremerhaven	Hamburg-Nordwest
Jensen, Toni	Kiel	Schleswig-Holstein
Jeschberger, Wilhelm	Nürnberg	Franken
Johannsen, Oswald	Königsberg i. Pr.	Ostpreußen
Juchacz, Marie	Berlin	Partei Vorstand
Kahl, Ehefrau	Heinrichswalde	Bez. Ostpreußen
Kahmann, Hermann	Freital Posthappel	Reichstagsfraktion
Kahn, Jakob	Singen a. H.	Bez. Baden
Kaisen, Wilhelm	Bremen	Hamburg-Nordwest
Kämpf, Paul	Bitterfeld	Bez. Halle
Kasper, Adolf	Fahrnau	Bez. Baden
Kayser, Richard	Landesberg a. d. W.	Brandenburg
Kieß, Paul	Jena	Groß-Thüringen
Kirchner, Georg	Altona	Schleswig-Holstein
Kirschmann, Emil	Köln a. Rh.	Obere Rheinprovinz
Kleinert, Wilhelm	Iphoe	Schleswig-Holstein
Klement, Eduard	Kaiserslautern	Pfalz
Klode, August	Bielfstein	Obere Rheinprovinz
Klupich, Fr.	Dortmund	Parteiausschuß
Knaak, Dr. Andreas	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Knapper, Fritz	Heilbronn	Württemberg-Hohenzollern
Knothe, Wilhelm	Weglar	Hessen-Frankfurt
Körner, Bruno	Ludwigshafen a. Rh.	Parteiausschuß

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Dr. Köster	Stanteneke	Reichstagsfraktion
Krämer, Hermann	Mannheim	Bez. Baden
Kranold, Hermann	Hannover	Bez. Hannover-Braunschweig
Krause, Konrad	Kassel	Bez. Kassel
Kröger, Wilhelm	Rostock	Parteiausschuß
Kroner, Johann	Bilbel	Freistaat Hessen
Krüger, Franz	Köpenick-Uhlenhorst	Partei Vorstand
Krüger, Hermann	Allenstein	Ostpreußen
Krüger, Richard	Merseburg	Bezirk Halle
Krüger, Wilhelm	Berlin	Parteiausschuß
Kück, Wilhelm	Brünnigshausen	Bez. Südl. Westfalen
Kühn	Neizen	Bez. Hannover-Braunschweig
Langbein, Gustav	Meiningen	Groß-Thüringen
Langheinecke, Joh.	Hanau a. M.	Hessen-Frankfurt
Langnidel, August	Rathenow	Brandenburg
Lau, Joh.	Hannover	Parteiausschuß
Leg, Anna	Dortmund	Bez. Südl. Westfalen
Leber, Hermann	Weimar	Parteiausschuß
Leber, Dr.	Lübeck	Mecklenburg-Lübeck
Lehmann, Karl	Frankfurt a. M.	Hessen-Frankfurt
Lehmann, Paul	Göttingen	Bez. Hannover-Braunschweig
Lehmann, Paul	Weißwasser D.-L.	Görlitz
Lennemann, Wilh.	Bergkamen, Kr. Hamm	Bez. Südl. Westfalen
Leuterich, Max	Hamburg	Parteiausschuß
Lewerenz, Fr.	Krefeld	Parteiausschuß
Lieber, Heinrich	Homburg	Pfalz
Löbe, Paul	Berlin	Kontrollkommission
Lothmann, Dr., Richard	Berlin	Arbeitsgemeinsch. soziald. Lehrer
Lübbring, Josef	Königsberg i. Pr.	Ostpreußen
Luh, Wunibald	Worms	Freistaat Hessen
Mahe, Karl	Breslau	Breslau
Martwald, Hans	Frankfurt a. M.	Hessen-Rassau
Martin	Hainichen	Dresden
Matzke, Anna	Berlin	Parteiausschuß
Maus, Heinrich	Nieder-Mobau	Freistaat Hessen
Meier, Richard	Zwickau i. Sa.	Parteiausschuß
Meier, Wilh.	Detmold	Bez. Nörtl. Westfalen
Meizer, Anna	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Mettal, Martin	Copitz a. d. E.	Dresden
Megger, Gottlieb	Nellingen	Württemberg-Hohenzollern
Michel, Wilh.	Minden	Bez. Nörtl. Westfalen
Miß, Konrad	Köln	Parteiausschuß
Mollenbuhr, Artur	Kiel	Schleswig-Holstein
Mollenbuhr, Hermann	Berlin-Schöneberg	Partei Vorstand
Mollmann, Karl	Schwerin	Mecklenburg-Lübeck
Moosdorf, Heinrich	Gießen	Freistaat Hessen
Mücklich, Paul	Ramenz	Dresden
Mühlen, Hermann	Vierßen	Bez. Krefeld
Müller, Albert	Eisleben	Bez. Halle
Müller, Bernhard	Glaß	Breslau
Müller, Erich	Schönheide i. Erzgeb.	Bez. Chemnitz
Müller, Hermann	Berlin-Tempelhof	Vorsitzender des Parteivorstandes
Müller, Hermann	Berlin-Dichtenberg	Kontrollkommission
Müller, Karl	Reddinghausen	Bez. Südl. Westfalen

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Müller, Kurt	Niederplanitz b. Zwickau	Bez. Chemnitz
Müller, Luise	Karlsruhe	Bez. Baden
Müller, Max	Chemnitz	Parteiausschuß
Müller, Robert	Zwickau	Bez. Chemnitz
Münzinger, Gottlob	Berlin-Siemensstadt	Groß-Berlin
Nehrtorn, Ernst	Weimar	Groß-Thüringen
Neumann, Fritz	Maria-Höfchen	Breslau
Niebermaier, Marie	München	Oberbayern-Schwaben
Nimmerfall, Hans	München	Oberbayern-Schwaben
Noll, Dina	Gießen	Freistaat Hessen
Ohland, Max	Röthen i. Anhalt	Bez. Magdeburg-Anhalt
Oppel-Friedrichs, Elisabeth	Rüstringen	Oldenbg.-Stfriesl.-Osnabrück
Oster, Karl	Stuttgart	Württemberg-Hohenzollern
Otto, Helene	Freden-Köln	Ober Rheinprovinz
Pagels, Alex	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Panzer, Johann	Bayreuth	Franken
Passehl, Otto	Hohenfrug	Pommern
Berner, Richard	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Pannkuch, Wilhelm	Berlin	Parteiivorstand
Pflüger, Berta	Stuttgart	Württemberg-Hohenzollern
Pfütz, Antonie	München	Reichstagsfraktion
Pietisch, Karl	Breslau	Breslau
Poggendorf, Rudolf	Bielefeld	Bez. Nördl. Westfalen
Pörschmann, Emil	Umsbach	Franken
Precht, Fritz	Thringhausen b. Kassel	Bez. Kassel
Prennel, Karl	Bassau	Oberphalz
Prüß, Max	Güstrow	Mecklenburg-Vorpommern
Radbruch, Dr., Gustav	Kiel	Reichstagsfraktion
Rahmig, Rudolf	Freital-Potschappel	Dresden
Reiß, Karl	Nürnberg	Franken
Reiß, Johanna	Hamburg	Parteiausschuß
Rehmeyer, Heinrich	Ubbenfleth	Hamburg-Nordwest
Reuther, Franz	Stadthagen	Bez. Nördl. Westfalen
Richter, Paul	Löbau	Dresden
Richter, Robert	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Riedmiller, Lorenz	Köln a. Rh.	Ober Rheinprovinz
Ritter, Adolf	Berlin	Beisitzer des Parteivorstandes
Rittmann, Karl	Freilassing	Oberbayern-Schwaben
Röhle, Paul	Frankfurt a. M.	Parteiausschuß
Rollwagen, Hans	Augsburg	Oberbayern-Schwaben
Röpert, Marie	Halle	Bez. Halle
Rösemeyer, Friederike	Rinteln	Bez. Kassel
Rost, Paul	Hartha b. Leipzig	Bez. Leipzig
Rudolph, Frieda	Offenbach a. M.	Freistaat Hessen
Ryneck, Elfriede	Bin.-Baumschulenweg	Beisitzer des Parteivorstandes
Sachse, Emma	Altenburg	Groß-Thüringen
Saenger, Dr., H.	München	Referent
Schäfer, Valentin	Saarbrücken	Ober Rheinprovinz
Schaffner, Josef	Hannover	Bez. Hannover-Braunschweig
Scheffler, Franz	Rüdesheim	Hessen-Frankfurt
Scheidemann, Philipp	Kassel	Reichstagsfraktion
Schlichtinger, Rudolf	Regensburg	Oberphalz
Schlosser, Adolf	Wiesbaden	Hannover-Braunschweig

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Schmidt, Friedr.	Siegen i. W.	Bez. Südl. Westfalen
Schmidt, Georg	Köpenick-Uhlenhorst	Reichstagsfraktion
Schmidt, Richard	Brandenburg	Brandenburg
Schmidt, Richard	Meißen	Reichstagsfraktion
Schmidt, Robert	Karlshorst	Reichstagsfraktion
Schmih, Helene	Berlin	Bez. Gr.-Berlin
Schnabrich, Michel	Hersfeld	Bez. Kassel
Schnaitmann, Adolf	Troßingen	Württemberg-Hohenzollern
Schneider, Heinrich	Köln-Chrenfeld	Ober Rheinprovinz
Schölich, G.	Breslau III	Parteiausschuß
Schönfelder, Adolf	Hamburg	Kontrollkommission
Schred, C.	Bielefeld	Parteiausschuß
Schröder, Frau Luise	Altana	Parteiausschuß
Schubert, Kurt	Großsch. i. Sa.	Bez. Leipzig
Schubelin, Friedrich	Pforzheim	Bez. Baden
Schulz, Adolf	Berlin	Druckereirevisor
Schulz, Berta	Herne i. Westf.	Parteiausschuß
Schulz, Heinrich	Berlin W.	Beisitzer des Parteivorstandes
Schulz, Hermann	Königsberg i. Pr.	Parteiausschuß
Schumann, Oswald	Mahlsdorf	Reichstagsfraktion
Schutte, Richard	Zittau	Dresden
Schützinger, Dr., Herm.	München	Oberbayern-Schwaben
Schweikert, Heinrich	Landshut	Oberphalz
Schweizer, Albert	Großenhain	Dresden
Seifert, Artur	Nadob. b. Hamm	Bez. Südl. Westfalen
Seher, Georg	Ludwigshafen a. Rh.	Phalz
Severing, Karl	Bielefeld	Reichstagsfraktion
Siebold, Hermann	Leipzig	Bez. Leipzig
Siege, Wilhelm	Siegburg	Ober Rheinprovinz
Simon	Augsburg	Reichstagsfraktion
Stuhr, Max	Nachrodt b. Altana i. W.	Bez. Südl. Westfalen
Sollmann, Wilhelm	Köln	Reichstagsfraktion
Sperling, Otto	Berlin	Bez. Gr.-Berlin
Sporn, Richard	Grünberg i. Schles.	Görlitz
Stahl, Emil	Spandau	Brandenburg
Stampfer, Friedrich	Berlin	Beisitzer des Parteivorstandes
Steinbrecher, Georg	Meißen	Brandenburg
Steinmeyer, Otto	Stuttgart	Parteiausschuß
Steinmetz, Käthe	Nürnberg	Franken
Strobel, Georg	Mannheim	Parteiausschuß
Ströbel, Heinrich	Steglich	Bez. Gr.-Berlin
Streder, Prof., Dr.	Darmstadt	Freistaat Hessen
Struve, J.	Kassel	Parteiausschuß
Stübber, Paul	Meerane i. Sa.	Bez. Chemnitz
Stüden, Daniel	Berlin	Reichstagsfraktion
Tesch, Johanna	Frankfurt a. M.	Reichstagsfraktion
Tiggemann, Gustav	Immenhausen b. Hofgeismar	Bez. Kassel
Todenhagen, Minna	Treptow	Bez. Gr.-Berlin
Treu, Martin	Nürnberg	Parteiausschuß
Trumpfsheller, Jakob	Mannheim-Neckarau	Bez. Baden
Uhlig, Otto	Kadeberg	Dresden
Ungethüm, Paul	Thurm (Glauchau), Sa.	Bez. Chemnitz

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Verdied, Paul	Kiel	Schleswig-Holstein
Verdied, Willi	Kiel	Parteiausschuß
Wiehweg, Paul	Göppersdorf	Bez. Chemnitz
Voigt, Paul	Erfurt	Groß-Thüringen
Vogel, Hans	Nürnberg	Referent
Vogel, Heinrich	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Waentig, Dr., Heinrich	Halle	Bez. Halle
Wäger, Hermann	Berlin	Beamtenzentrale
Walter, Auguste	Bielefeld	Bez. Nördl. Westfalen
Walther, Anton	Soden a. T.	Hessen-Frankfurt
Warmuth, Eli	Berlin	Gleichheit
Wegner, Kurt	Berlin-Lichtenberg	Jungsozialisten
Wegscheider, Frau Dr.	Berlin	Bez. Ostfl.
Weibezahl, Franz	Ludenwalde	Brandenburg
Weidenhammer, Friedr.	Hemsbach	Bez. Baden
Weimann, Richard	Berlin	Zentralbildungsausschuß
Weiner, Karl	Berlin	Bez. Gr.-Berlin
Weiß, Karl	Trier	Obere Rheinprovinz
Wels, Otto	Berlin-Friedrichshagen	Vorsitzender des Parteivorstandes
Wendel, Hermann	Glinzheim	Hessen-Frankfurt
Westphal, Max	Berlin	Arbeiterjugend
Westphäliger, Karl	Osnabrück	Oldenburg-Ostfriesland-Osnabrück
Weyers, Casar	Moers	Bez. Krefeld
Widmann, W.	Offenbach a. M.	Parteiausschuß
Widung, Fritz	Leipzig	Leipzig
Wilde, Hermann	Hannover	Bez. Hannover-Braunschweig
Wimmer, Thomas	München	Oberbayern-Schwaben
Winkelhof, Heinrich	Elberfeld	Bez. Niederrhein
Winter, Josef	Offenburg	Bez. Baden
Winger, Otto	Magdeburg	Magdeburg-Anhalt
Wissel, Rudolf	Berlin	Reichstagsfraktion
Wolff, Theodor	Lüpf	Bez. Ostpreußen
Zabe, Grete	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Zils, Clara	Breslau III	Parteiausschuß
Zimmermann, Artur	Altenburg	Groß-Thüringen
Zobel, Wilhelm	Kassel	Bez. Kassel
Zumbobel, Reinhard	Freiburg	Bez. Baden
Zundel, Elisabeth	Reutlingen	Württemberg-Hohenzollern
Zuwachs, Johannes	Strehlen	Breslau

123 Parteitag

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu Gera.

Der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei trat am Mittwoch, den 20. September 1922, abends 6 Uhr, im festlich geschmückten Saale des Geraer Volkshauses zusammen. Nach Gesangsvorträgen hieß Anauf-Gera den Parteitag im Namen der Geraer Parteiorganisation zum Werte der Einnigung des Proletariats herzlich willkommen. Die Geraer Arbeiterschaft begrüßte die Wiedervereinigung nicht mit einem Ueberflusse von Hoffnungen; aber durch die Arbeit für den Sozialismus geschult sei sie überzeugt, daß nun auch praktisch die alten, hartnäckigen Gegensätze überwunden werden könnten, die theoretisch schon längst überwunden seien.

Anauf gibt dann einen Abriss der Geschichte der Parteibewegung in Ost-Thüringen und gedenkt besonders der Verdienste der Genossen Emil Bettelein und Emanuel Wurm. Er schildert die Zeiten des Sozialistengesetzes, den Geraer Wahlrechtsraub, den ersten Geraer Generalstreik im Jahre 1912, den nahezu einmütigen Uebergang der Geraer Arbeiterschaft zur USP., der sie durch alle Stadien des Bruderkampfes hindurch die Treue gehalten habe. Während des Rapp-Putsch habe die Geraer Arbeiterschaft waffenlos in einem einzigen muthigen Ansturm das durch Hunderte Zeitfreiwilliger verstärkte Volksturnerbataillon zurückgewiesen und in offenem Gelände ein Bataillon Reichswehr gezwungen, seine Waffen an die Arbeiter abzuliefern. (Lebhafter Beifall.) Auch die Angriffe der Kommunisten auf die alte Hochburg der USP. seien infolge des ernststen revolutionären Bewußtseins der Geraer Arbeiterschaft erfolglos geblieben. Alle Zersplitterungsversuche seien an der eisernen Disziplin der Geraer Genossen zerstoßt. Die Geraer Genossen würden auch in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei fleißig weiterarbeiten für die Schaffung einer starken Klassenkampfpartei. Die Thüringer sozialistische Regierung, die mustergültige Aufbauarbeit leiste, habe ihre Hauptstütze im revolutionären Ost-Thüringen, wie überhaupt hier die Bewegung mustergültig sei. 98 Proz. der Geraer Arbeiter seien freigewerkschaftlich organisiert, rund 10 000 von den 25 000 gewerkschaftlich organisierten seien Mitglieder der USP. Volkshochschulen, Genossenschaftsbewegung, Frauenbewegung blühten. Für die sozialistischen Kandidaten hätten hier mehr Frauen als Männer gestimmt. (Bravo und Händeklatschen.) Neuerdings breite sich auch die sozialistische Kinderfreundbewegung aus. Die Jugend beteilige sich eifrig an jeder Arbeit. Diese Arbeit werden wir auch in der geeinten Partei fortsetzen. Die Geraer würden nicht ruhen und rasten, bis die vereinigte Partei eine revolutionäre Klassenpartei geworden sei. (Langanhaltender Beifall.)

Im Namen des Parteivorstandes eröffnet Crispian den Parteitag. Er widmet zunächst den verstorbenen Vorkämpfern Luise Zieg, Ernst Däumig, Otto Hue und Heinrich Diez einen warmempfundnen Nachruf, den der Parteitag stehend anhört. Dann fährt er fort:

Die Woche vom 17. bis 24. September 1922 wird in der Geschichte der modernen Klassenkämpfe eine dauernde Bedeutung erhalten. In dieser Woche arbeiten die großen sozialistischen Parteien in Deutschland an der Einigung des Proletariats, und am 24. September soll in Nürnberg das Werk vollendet werden. Der Kapitalismus, der bis in die fernsten Erdteile gedungen ist, erobert immer neue Gebiete, löst rückständige Gesellschaftsordnungen auf, revolutioniert immer neue Völker und Rassen. So schafft er die Vorbedingungen, die erfüllt sein müssen, wenn der Sozialismus zum Siege gelangen soll.

In Deutschland gehen wir in den nächsten Wochen und Monaten neuen schweren Kämpfen entgegen. Die bürgerliche Reaktion rüstet zum Generalsturm. Durch unsere Tatkraft muß der Kapitalismus überwunden werden. Leider hat die Reaktion an den Kommunisten Helfershelfer. (Sehr wahr!) Moskauer Kreaturen hegen gegen jede sozialistische Regierung, so in Braunschweig, in Thüringen und in Sachsen und leisten den Deutschnationalen Helfersdienste.

Die großen Aufgaben der nächsten Zukunft können nur von einem geschlossenen, einigen Proletariat gelöst werden. Der entscheidende Schritt zur politischen Einheitsfront ist die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien. Ohne unsere Ueberzeugung preiszugeben, als Gleichberechtigte, Ebenbürtige schlagen wir in die Bruderhand, die sich uns entgegenstreckt. Das Proletariat ist in Not, die Reaktion rüstet. Helfen wir dem Proletariat! Geben wir dem internationalen Proletariat durch unsere Einigung ein leuchtendes Beispiel! Schließen wir alle Klassenbewußten Männer und Frauen in einer großen, machtvollen Organisation zusammen! Nur die Klassenbewußten Proletarier zählen. Als sozialistisch geschulte Klassenkämpfer wollen wir weiter streben und wirken. (Stürmischer Beifall.)

Der Parteitag schreitet hierauf zur Wahl des Bureaus. Zu Vorsitzenden werden gewählt: Wilhelm Dittmann-Berlin und Wilhelm Bok-Götha; zu Schriftführern: Christmann-Barmen, Hansen-Kiel, Pappenheim-Schmalzden, Weis-Hagen, Hoffmann-Mannheim, Diedmann-Salzweil, Frau Blotke-Leipzig und Hornisch-Berlin.

In die Mandatsprüfungskommission werden berufen: Zöllig-Düsseldorf, Rinkel-Göppingen, Schachmann-Grüneberg, Ferkel-München, Frau Thiel-Leipzig, Bergholz-Zeitz, Heiden-Stolpen, Thiel-Bremen und Aßel-Magdeburg.

Die Tagesordnung wird endgültig wie folgt festgestellt:

1. Geschäfts- und Kassenbericht. Referent: Konrad Ludwig.
2. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Dr. Julius Moses.
3. Wirtschaftslage und Getreideumlage. Referent: Dr. Paul Herz.
4. Das Reparationsproblem. Referent: Dr. Rudolf Hilferding.
5. Die Einigung des Proletariats. Referent: Artur Crispien. Korreferent: Georg Ledebour.
6. Vorstands- und Ausschuwahlen.

Tagungszeit und Geschäftsordnung werden nach dem Muster der früheren Parteitage festgesetzt.

Vorsitzender Dittmann gibt dann Kenntnis von den eingelassenen Begrüßungsschreiben der Sozialistischen Partei Luxemburgs, der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der Sozialistischen Partei Italiens, der Sozialdemokratischen Partei Südslawiens, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Polens und der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands. Er begrüßt die ausländischen Vertreter: Frau Kalnin (Sozialdemokratische Partei Lettlands), A. Abramowitsch-Berlin (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands), A. Schreiber-Berlin (Linke Sozialistenrevolutionäre Rußlands), Tschernoff

(Sozialrevolutionäre Rußlands), Friedrich Adler-Wien (Internationale Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien), Beder-Luxemburg.

Zur Begrüßung des Parteitags erhält das Wort

Frau Klara Kalnin (Sozialdemokratische Partei Lettlands). Sie feiert die deutsche Sozialdemokratie als Bekehrerin und Zufluchtsstätte der jüngeren lettischen Bewegung und dankt der USF, daß sie auch in der Kriegszeit das Banner des internationalen Gedankens hochgehalten habe. Insbesondere Hugo Haase und Ledebour hätten sich um Lettland verdient gemacht, als sie die Bedrückung durch die schandbare Okkupation im Reichstage zur Sprache gebracht hätten. Auch in Lettland habe sich im letzten Jahre die Partei gespalten. Aber keine bedeutende Parteigruppe sei mit denen gegangen, die eine Koalition mit den rechtsstehenden bürgerlichen Parteien geschlossen hätten. Diese rechtssozialistische Partei sei eine Partei der Ministerialbeamten und Kleinbauern. In Lettland sei von einer baldigen Vereinigung keine Rede. Aber um so mehr bewundern die lettischen Sozialdemokraten die Tapferkeit und Selbstüberwindung, mit der die deutschen Unabhängigen zu Werke gingen. Sie sollten sich in der geeinten Partei nicht verlieren, sondern den revolutionären Willen in sie hineinbringen. (Beifall und Händeklatschen.)

Abramowitsch (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands): Wie vor kurzem Rußland, so steht jetzt Deutschland im Mittelpunkt des proletarischen Interesses der ganzen Welt. Selbst unsere durch die bolschewistische Zensur von Europa abgeschnittenen Genossen verfolgen mit regstem Interesse das Werk der Einigung. Sie hoffen auf eine Vermehrung der Stoßkraft, der Entschlossenheit und der Energie des deutschen Proletariats im Sinne des revolutionären Klassenkampfes. (Beifall.) Rußland werde immer rascher eine Kolonie für fremdes Kapital, ein gegen die Interessen der Arbeiterklasse despotisch regierter Staat. Die Arbeiter Rußlands seien jeder Freiheit beraubt, Hunderte und Tausende von Sozialisten verbannt und zu Tode gemartert. Trotz des äußeren Friedens wird Rußland von einer neuen Welle des Terrorismus heimgesucht. Inzwischen gibt die Moskauer Regierung den Kapitalisten ihr Eigentum zurück, freilich „bloß“ auf 99 Jahre. (Heiterkeit und Hört! Hört!) Die einzige Rettung Rußlands wäre die Wiedervereinigung der gespaltenen Kräfte des Proletariats, der aber der Wuchthunger der Bolschewisten entgegensteht. Möge Deutschland das Beispiel geben für die Einigung des Proletariats unter dem Banner des revolutionären Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Schreiber (Linke Sozialistenrevolutionäre Rußlands): Was sich hier abspielen soll, ist eine Tragödie. Auch Sie haben die Internationale jetzt vergessen. Gerade die Rathenau-Aktion hat uns gezeigt, daß die Sozialdemokraten nicht nur schlechte Sozialisten, sondern auch schlechte Demokraten sind. Hat das Verbot der „Roten Fahne“ Sie überzeugt, daß die Sozialdemokraten in der Koalition die Republik schützen? (Heiterkeit.) Weil sich diese Mittelparteien kompromittierten, kam in Rußland der Bolschewismus zur Macht. Wollen Sie sich nicht für die nahe Revolution unbesiegt revolutionär erhalten? Die Sozialdemokraten hören die Stimme der Revolution, sie machen den kleinen Schritt der Verschmelzung, um nicht den großen Schritt der Revolution machen zu müssen. Alle hier anwesenden russischen Vertreter waren in den bolschewistischen Gefangnissen. (Zuruf: Trotzdem sie sich nicht geeinigt haben!)

(Vorsitzender Dittmann bittet den Redner, zur Einigungsfrage erst bei dem entsprechenden Punkt der Tagesordnung zu sprechen.)

Schreiber (fortfahrend): Die Linken Sozialrevolutionäre Rußlands hoffen, daß die USF. festhalten wird an der Parole: Fort mit der Koalitionspolitik! Fort mit diesem Verschmelzen! (Zuruf Hilferdings: Es lebe die Spaltung!)

Es lebe die Internationale des gesamten Proletariats! Es lebe die Weltrevolution! (Widerpruch und Zustimmung.)

Ishernoff (Sozialrevolutionäre Rußlands) dankt den Unabhängigen für die mutige brüderliche Hilfe im Moskauer Prozeß, insbesondere Theodor Liebnicht und Kurt Rosenfeld. Die verurteilten Sozialrevolutionäre hielten an der Ueberzeugung fest, daß sie auch mit ihrem Lobe der Sache besser dienen als mit feiger Unterwerfung. (Lebhafter Beifall.) Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei habe im Kampfe gegen das Moskauer Schandurteil in erster Reihe gestanden, wie sie stets die Verkörperung der revolutionären Unabhängigkeit, des internationalen Friedensgefühls gewesen sei. Jetzt wolle sie den Grundstein zur sozialistischen und proletarischen Einigkeit in Deutschland legen. Die russischen Sozialrevolutionäre sähen dieser Arbeit mit vollem Vertrauen auf den tiefen politischen Sinn entgegen. Sie würden auf dem Einigungsparteitag sagen, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei verschwinden kann, aber ihr Geist leben muß. Es lebe der revolutionäre, internationale, echt sozialistische Geist als Seele der deutschen Arbeiterbewegung und der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei! (Händeklatschen und Bravorufe.)

Friedrich Adler (Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien): Die Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei haben stets die größte internationale Bedeutung gehabt, so der Beschluß des Leipziger Parteitages, aus der Zweiten Internationale auszutreten. Ebenso bedeutungsvoll werden für alle Parteien der Internationale die Beschlüsse von Gera sein. Wenn wir uns nur von Stimmungen leiten ließen, würden wir heute jubeln. Aber es würde der Vergangenheit der U.S.P. nicht entsprechen, wenn wir heute nicht ganz ruhig auch von unseren berechtigten Bedenken sprechen würden. Die Einigung ist eine historische Notwendigkeit, aber sie ist kein Preisgeben der Laten der letzten Jahre. Die Unabhängigen haben die sozialistische Ideologie in den schwersten Zeiten aufrechterhalten; sie sind die Bannerträger des Sozialismus gewesen. Heute sind die praktisch-politischen Aufgaben derart geworden, daß eine Differenzierung des Proletariats nach Parteien nicht mehr erträglich ist. Auch in Oesterreich, Frankreich und vielen anderen Ländern gibt es verschiedene Richtungen, aber nur eine sozialistische Partei. Dort sind die Kommunisten eine kleine, bedeutungslose Gruppe, in der die Demagogie wirkungslos bleibt. Wie es Momente gibt, wo Spaltungen leider unvermeidlich sind, gibt es auch solche, wo vollzogene Spaltungen überflüssig und schädlich werden. Leider liegt die Revolution nicht so nahe, wie Genosse Schreider meint. Viel aktueller ist die konterrevolutionäre Welle. Deshalb ist nicht mehr das „Ob“, sondern nur noch das „Wie“ der Einigung zu erörtern. Die Genossen der U.S.P. müssen auf dem Boden der vollen Gleichberechtigung weiterhin für die Prinzipien kämpfen, die auf der Internationalen Konferenz in Wien im Februar 1922 aufgestellt worden sind. Auf diesem Boden muß sich die Einigung des gesamten Weltproletariats vollziehen. Sie ist vorläufig auf den Berliner Konferenzen am Widerstand auf beiden Seiten gescheitert. Wir können aber mit der Einigung nicht warten, bis Moskau zur Vernunft kommt. Das deutsche Proletariat kann sich bis dahin nicht schuglos der Reaktion und dem Kapitalismus preisgeben. Mögen diese Parteitage die Kampffähigkeit des deutschen Proletariats stärken, sie stärken damit die Kampffähigkeit des Weltproletariats, die Kampffähigkeit der Internationale, die kommen muß und kommen wird! (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Mit Dankworten Dittmanns an die ausländischen Gäste schließt der Begrüßungsabend.

Erster Verhandlungstag.

Donnerstag, den 21. September 1922, vormittags.

Vorsitzender Dittmann eröffnet die Verhandlungen und teilt Begrüßungsschreiben der Bulgarischen Sozialdemokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei in Lemesvar mit, die der Freude über die bevorstehende Einigung Ausdruck gaben.

Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattet

Ludwig-Hagen: Auf dem Leipziger Parteitag konnte ich berichten, daß alle 33 Parteibezirke ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Abrechnungen und Berichte nachgekommen waren. Diesmal fehlen Berichte und Abrechnungen aus Danzig, aus Oberschlesien und dem Saarrevier, also aus drei Bezirken mit besonders schwierigen Verhältnissen. In allen dreien herrscht der Belagerungszustand, der nicht als nebensächlich angesehen werden darf.

Im übrigen möchten wir wünschen, daß alle Parteien, besonders alle proletarischen Parteien, ihre Kassenbücher der Welt so offenlegen könnten wie wir. (Sehr wahr!) Unsere Mitgliederzahl ist von 300 659 auf 290 762 zurückgegangen. Der Verlust von fast 10 000 Mitgliedern trifft hauptsächlich die Frauen; die Zahl der weiblichen Mitglieder ist von 44 766 auf 38 560 gesunken. Auf dem Gebiete der Frauenaufklärung ist also zu wenig geschehen (sehr wahr!), und zwar in der gesamten Arbeiterbewegung. Will man die Jugend gewinnen, muß man erst die Mütter gewonnen haben. An Tageszeitungen verfügen wir gegenwärtig über 43. Davon erscheinen zwei Blätter dreimal in der Woche, zwei Blätter nur einmal. Unser Organ für Kommunalpolitik, „Die sozialistische Gemeinde“, erscheint vierzehntäglich, ebenso unsere Frauenzeitschrift „Die Kämpferin“. Das Organ unserer Jugend, „Der junge Kämpfer“, erscheint monatlich. Unsere Mitgliedschaften, nicht die Parteizentrale, besitzen in den Bezirken 26 eigene Geschäfte, Druckereien, zum Teil Grundstücke, die durchweg erst nach der Revolution beschafft worden sind. Die Berliner und Kieler Druckerei konnten nicht mehr gehalten werden. In unseren eigenen Betrieben sind beschäftigt 77 Redakteure, 224 kaufmännische Angestellte, 704 Personen im technischen Betriebe. In den Parteiorganisationen sind 64 Personen angestellt, dazu 11 Hilfskräfte. Die Einrichtungen der Zentrale erfordern Zuschüsse. Die „Sozialistische Gemeinde“ erforderte einen Zuschuß von 17 000 Mk. (In den letzten sieben Monaten.) „Die Kämpferin“, die in einer Auflage von 33 000 Exemplaren erscheint, brachte hingegen einen Ueberschuß und konnte den Fehlbetrag des Vorjahres beim Verlage ausgleichen. Der „Unabhängige Zeitungsdienst“ hat einen Zuschuß von 79 686 Mk., der Parlamentsdienst einen Zuschuß von 10 227 Mk. erfordert. Anfang dieses Jahres hat mit Zustimmung der Zentralkleitung eine aus einigen Genossen bestehende G. m. b. H. ein Haus nebst Baugrundstück in Berlin erworben. Ein auf dem Grundstück neu erbautes Bureauhaus soll am 1. Oktober bezogen werden.

Die Zentralkleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist ausschließlich auf die eingehenden Pflichtbeiträge angewiesen. Danach ergibt sich folgendes Bild:

Einnahmen.

Bestand am 1. Januar 1922	70 658,33 Mk.
Für Zeitungs- und Parlamentsdienst	151 049,70 „
Bücher und Material	40 980,95 „
Unterstützungsfonds	5 827,00 „
Zinsen und Sonstiges	39 062,55 „
An Beiträgen	1 371 117,35 „

zusammen 1 678 695,86 Mk.

Ausgaben.

Zentrale für Miete, Bureaubedarf, Beiträge, Porti	81 674,13 Mf.
Für Behälter	205 000,00 "
Zeitungs- und Parlamentsdienst	240 963,85 "
Agitation, Versammlungen, Drucksachen	323 959,98 "
Barzuschüsse an Bezirke	71 321,60 "
Barzuschüsse an Zeitungen	61 000,00 "
Parteitag in Leipzig	29 292,80 "
Für Zwecke der Internationale	54 077,15 "
Unterstützungsfonds	9 840,00 "
Sonstige Ausgaben	90 574,92 "
zusammen	1 167 704,43 Mf.
Rassenbestand am 31. August 1922	510 991,45 "
	1 678 695,88 Mf.

Leider haben wir heute nicht mehr denselben Rassenbestand wie im August. Ich warne Neugierige! (Heiterkeit.) Aber ganz falsch ist es, von der bankrotten U.S.P. zu sprechen. Der Rassenbericht zeigt, daß die Zentrale mit dem, was ihr die Mitglieder gegeben haben, hausgehalten hat. Sollen wir mehr leisten, müssen wir höhere Beiträge erhalten. Seit der Revolution haben unsere Genossen unendliche Opfer gebracht, unsere Funktionäre unendlich zähe Kleinarbeit verrichtet. Leider würdigen viele Mitglieder die Arbeit der Funktionäre nicht. (Zurufe: Leider! und: Sehr wahr!) Wir müssen allen denen danken, die mit zähestem Fleiß in den letzten Monaten der Partei gedient haben. Wie traurig würde es bei den Kommunisten aussehen, wenn die spendende Hand aus Moskau sich zurückzöge. (Heiterkeit.) Dazu brauchen wir angemessene Beiträge. Der Bezirk Niederrhein-Düsseldorf erhebt schon jetzt pro Woche 10 und 5 Mf., pro Monat 40 und 20 Mf. Das muß der Mindestbeitrag in allen Bezirken sein. Wir müssen als Monatsbeitrag der Partei wieder einen Durchschnittsfundus bekommen.

Mein Bericht gibt keine Ursache zu Kleinmut und Verzagtsein; er kann vielmehr den Funktionären neues Selbstvertrauen einflößen und den Genossen und den Indifferenten neue Kraft geben. Wir wollen weiterarbeiten an der starken proletarischen Front gegen die Reaktion. (Lebhafter Beifall.)

Im Namen der Kontrollkommission erklärt

Wilhelm Bod-Gotha, daß die Kasse stets in bester Ordnung gewesen sei. Nirgends habe sich ein Posten gefurden, der von Bourgeois oder von der Entente herrührte. Die U.S.P. sei arm, aber ehrlich und finanziell unabhängig in jeder Beziehung. Die Kontrollkommission beantragt Entlastung, und der Redner wünscht, daß der alte Kampfgeist und die bisherige Kameradschaftlichkeit auch in die neue Partei hinübergenommen werden möchte. (Beifall.)

Die Entlastung wird debattelos ausgesprochen.

Den Bericht der Reichstagsfraktion erstattet Abg. Dr. Moses.

Es folgt das Referat des Reichstagsabgeordneten Dr. Herß über:

„Die Ernährungs-, Wirtschafts- und Steuerpolitik“.

Zu diesem Referat und zu dem des Genossen Dr. Hilsberg über:

„Die Reparations- und Währungsfrage“

liegt folgende Resolution vor, die angenommen wurde:

„Der Parteitag konstatiert: Die Erfüllungspolitik hat den ernststen Willen des republikanischen Deutschlands bewiesen, den Wiederaufbau Europas und

die Verführung der Völker mit ganzer Kraft zu betreiben. Sie hat aber auch gezeigt, daß das Uebermaß der geforderten Reparationsverpflichtungen zu den allererschwersten ökonomischen Erschütterungen und zu der gefährlichen Verelendung aller Schichten führt, die auf feste Papiermarkteinkommen angewiesen sind.

Für Deutschland und Frankreich aber droht jetzt die Gefahr, daß die Erfüllungspolitik vom Großkapital benutzt wird zu außerordentlicher Steigerung seiner wirtschaftlichen und politischen Macht und zur Abhängigkeit der Staatsgewalt vom Großkapital. Demgegenüber fordert der Parteitag Beteiligung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und ihre Mitkontrolle bei der Ausführung der Wiederaufbauverträge, insbesondere der Auftragsverteilung und der Gewinnhöhe.

Die Erfüllungspolitik hat jetzt durch das Abkommen mit Belgien Deutschland eine erste, dringend notwendige Atempause verschafft. Sie bedeutet eine wesentliche Verminderung der deutschen Auslandszahlungen und gewährt die Möglichkeit zu einer planmäßigen und zielbewußten Valutapolitik, die das Sinken der Mark verhütet und es ermöglicht, der Hauptursache der Preissteigerung, der fortschreitenden Verschlechterung der deutschen Währung, entgegenzutreten.

Der Parteitag erachtet die Einleitung einer solchen zielbewußten Valutapolitik als die dringendste Aufgabe der Reichsregierung; sie ist um so mehr geboten, weil nur dadurch der Devisenspekulation und -hamperei, der immer stärker werdenden Zahlungsmittel- und Kreditnot ein Ende gemacht werden kann, die sonst zu einer schweren industriellen Krise mit ihren fürchterlichen Folgen zu führen droht. Zusammen mit einer planmäßigen Valutapolitik, die die Voraussetzung für die wirksame Bekämpfung des deutschen Wirtschaftelands ist, müssen aber auch tiefgreifende Handels- und Wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen getroffen werden. Ihr Ziel muß sein:

Die Beseitigung des Defizits in der Handels- und Zahlungsbilanz sowie die Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt, die volle Sicherstellung der Ernährung und Brennstoffversorgung der Bevölkerung, der Kampf gegen Teuerung und Hunger und Schutz des bereits jetzt stark angeschwundenen Arbeitslosenheeres.

Angeichts der gewaltigen und durch die Geldentwertung hervorgerufenen Preissteigerung für das freie Getreide und der zum 15. Oktober in Aussicht stehenden Verdreifachung des Brotpreises, die durch die ungenügende zwangsweise Ablieferung von Getreide aus der heimischen Ernte notwendig wird, protestiert der Parteitag auf das allerentschiedenste gegen den unter dem Diktat der Agrarier zustande gekommenen gefehlwidrigen Beschluß des Umlagepreisausschusses auf Verdreifachung des Preises für das Umlagegetreide. Die Durchführung des Beschlusses würde bedeuten die Gewährung unverdienter Milliarden Konjunkturgewinne an die Agrarier, den Hungertod für die Kleinrentner, die Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen und zahllose Angehörige der geistigen Berufe, erhebliche Verschlechterung der Lage aller Festbesoldeten, schroffes Ansteigen der Preise aller anderen Waren, gewaltige Verschlechterung der Finanzen aller öffentlichen Körperschaften sowie Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit.

Für eine Maßnahme von so verhängnisvoller Wirkung lehnt der Parteitag die Verantwortung ab. Er fordert die Reichstagsfraktion auf, die Forderungen der Agrarier sowie das ihnen bewiesene Entgegenkommen des Reichs-

ernährungsministeriums auf das schärfste zu bekämpfen und bei Durchführung des gescheiterten Beschlusses die Verantwortung für die Regierungshandlungen abzulehnen. Außerdem verlangt der Parteitag zur wirksamen Bekämpfung der Ablieferungsabotage der Agrarier sofortige Anwendung der im Umlagegesetz vorgesehenen Zwangsmaßnahmen gegen diejenigen Erzeuger, die ihre Ablieferungspflichten nicht erfüllen."

Zweiter Verhandlungstag.

Freitag, den 22. September 1922, vormittags.

Auf der Tagesordnung steht „Die Einigung des Proletariats“. Hierzu liegen mehrere Anträge vor. Eine Resolution Lebebour — Kurt Rosenfeld — Th. Liebknecht — Gerhard Obuch hat folgenden Wortlaut:

Das Ziel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist die Umgestaltung der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die notwendige Vorbedingung zur Erreichung dieses Zieles ist die Einigung des klassenbewußten Proletariats für den revolutionären Klassenkampf. Durch ihn allein wird das Proletariat die Macht erobern.

Unsere Partei erstrebt diese Einigung durch Herbeiführung gemeinsamer politischer und wirtschaftlicher Aktionen aller Organisationen des klassenbewußten Proletariats, da erst aus solchen Aktionen auch die Gemeinsamkeit der revolutionär-sozialistischen Ueberzeugung erwachsen kann. Ohne sie kein Zusammenschluß von Festigkeit, Dauer und Kampfkraft!

Die jetzt beantragte einseitige Verschmelzung unserer Partei mit der SPD., weit entfernt, diesen umfassenden Einigungsprozeß zu fördern, würde nur schädigend einwirken auf die Fortführung des proletarischen Emanzipationskampfes in Deutschland.

Denn die SPD. hat in der Vergangenheit die imperialistische Kriegspolitik unterstützt und die proletarische Revolution verraten. Sie verharrt heute noch auf dem Boden der Koalition mit bürgerlichen Parteien und versagt daher und muß versagen im Kampfe gegen die Reaktion und Verelendung.

Die Instanzen der Partei haben unter dem Einfluß der Verschmelzungsbestrebungen bereits den Widerstand gegen die Koalitionspolitik preisgegeben und auf die Geltendmachung unserer eigenen revolutionären Forderungen, auf das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats, verzichtet, während gerade jetzt die wachsende Verelendung das Proletariat zu entschlossenem revolutionären Handeln drängt.

Die organisatorischen Vereinbarungen, auf Grund derer die Vereinigung von SPD. und USPD. durchgeführt werden soll, zeigen, daß es sich in Wirklichkeit gar nicht um ein Aufgehen dieser Parteien in einer neuen Partei handelt, sondern um einen Uebertritt der USPD. in die SPD., noch dazu ohne Sicherungen für die Freiheit der Meinungsäußerungen und für die Durchführung des Willens der Parteigenossen.

Aus diesen Gründen verwirft der Parteitag die Verschmelzung mit der SPD. auf der Grundlage des vorgelegten Aktionsprogramms und der organisatorischen Verschmelzungsbedingungen.

Da auch die Verschmelzung mit der deutschen kommunistischen Partei nicht in Frage kommen kann, da sie in Abhängigkeit von den Zentralinstanzen der III. Internationale nicht die geringste Freiheit des Handelns hat, erklärt der Parteitag es für notwendig, die USPD. als selbständige Partei des revolutionären proletarischen Klassenkampfes aufrechtzuerhalten. Er verpflichtet die Parteigenossen, fortan in konsequenter Durchführung unserer historischen

Aktion mit um so größerer Energie zu wirken für die Einigung des gesamten Proletariats im revolutionären Klassenkampf, der uns den Sieg des Sozialismus verbürgt.

Es ist ferner von Robert Dikmann und 106 Genossen folgende Entschliebung eingebracht worden:

Die organisatorische Verschmelzung der sozialistischen Parteien bedeutet nicht die Aufgabe der Gesichtspunkte und Auffassungen, von denen wir uns bisher haben leiten lassen. Der Parteitag bekennt sich auch in dieser Stunde zu der Auffassung, daß nur die Politik, die, kämpfend gegen die Bourgeoisie, die Kräfte des Proletariats zusammenfaßt und entfaltet, die proletarische Klasse als solche einigt und ihrem Endziele entgegenführt. Er ist sich bewußt, daß allein diese Politik imstande ist, das weitere Ziel der bisherigen Politik der USPD. — Einigung aller proletarischen Parteien — zu erreichen.

In dieser Erkenntnis betont der Parteitag erneut, daß die Politik der Koalition mit bürgerlichen Parteien, wie sie bisher betrieben wurde, der Einigung der Arbeiterparteien bisher am meisten hindernd im Wege stand, daß sie dem Proletariat keinen Vorteil, sondern Schaden gebracht hat, daß sie tiefe Enttäuschung in die Reihen der Proletarier gesät hat und daß sie um geringer zeitweiliger Vorteile das dauernde Interesse des Proletariats in Gefahr gebracht hat. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, erklären die Delegierten des Parteitags, daß sie auch in der neuen Partei zur Koalitionspolitik im Sinne des Leipziger Manifestes der USPD. und im Geiste der Beschlüsse des Leipziger Parteitages vom Januar 1923 wirken werden.

Von Berten-Winnen ist mit 84 Unterschriften folgender Antrag eingegangen:

Der Parteitag stellt sich auf den Standpunkt, daß die organisatorischen Verhältnisse in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei bis zur endgültigen Beschlußfassung über ein neues Organisationsstatut so gestaltet werden, daß das Selbstbestimmungsrecht der Parteimitgliedschaften, insbesondere in der Befugnis der Bezirks- und Kreissekretariate und der Redaktionen der Parteipresse sowie bei der Verwaltung der Parteigeschäfte und Druckereiunternehmungen gewahrt bleibt. Das Aufsichtsrecht des Parteivorstandes über die Geschäftsführung der Unternehmungen, an denen die Partei finanziell beteiligt ist, bleibt daneben unberührt.

Endlich liegt folgender Antrag Crispian vor:

Der Parteitag beschließt auf Grund des vorliegenden Aktionsprogramms und der vorliegenden organisatorischen Vereinbarungen die Vereinigung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Zu diesem Tagesordnungspunkte gehören ferner die organisatorischen Einigungsgrundlagen und das vorläufige Aktionsprogramm.

Das Referat erstattet

Crispian: Werte Genossinnen und Genossen! Es ist unbestritten, daß die Einigung des Proletariats eine Aufgabe jedes Sozialdemokraten sein muß. Und auch darüber dürfte kein Zweifel bestehen, daß die Einigung des Proletariats nicht ein Ereignis sein kann, das mit einem Schlage alle Richtungen und Schichten des Proletariats reiflos zusammenführt, sondern daß die Einigung des Proletariats ein Prozeß ist, ein Prozeß, der jetzt ein beschleunigtes Tempo angenommen hat und der mit der Einigung des gesamten Proletariats im Sinne des Sozialismus enden wird. Die Hauptfrage, um die es sich bei den Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Einigung augenblicklich handelt, ist diejenige, daß mancher nicht begreifen kann, daß jetzt die Einigung vollzogen werden muß, daß man nicht noch auf irgendwelche Ereignisse warten kann. Wir haben

in den Auseinandersetzungen über diese Frage oft den Einwand gehört, man verstehe nicht, warum in den sozialistischen Parteien und darüber hinaus in den Massen, die diesen Parteien anhängen, der Einigungswille so tief und unwiderstehlich geworden sei. Es habe sich doch in jüngster Zeit politisch nichts geändert. Zwar sei ein Mann ermordet worden, Rathenau, das bedeute aber nicht eine politische Umwälzung. Es sei alles wie vorher und deshalb brauchten wir uns vorläufig nicht praktisch mit der Frage der Einigung zu beschäftigen. Wir wollen untersuchen, ob sich wirklich gar nichts geändert hat.

Ich erinnere mich sehr gut des Tages, an dem Kapp in Berlin eingerückt war. Unsere Zentrale war sofort zusammengetreten. An einem Teil unserer Beratungen nahmen auf unsere Veranlassung auch Vertreter der Zentrale der Kommunisten teil. Als wir den Kampf gegen die Kapp-Regierung aufzunehmen beschloßen, da sagten die Kommunisten, sie verständen nicht, was wir wollten, es habe sich politisch doch nichts geändert. Es müßte erst abgewartet werden, ob sich aus dem Einmarsch der Kappisten in Berlin eine andere politische Situation ergebe. Ähnlich liegen die Dinge heute. Unsere Partei hat Monate vor dem letzten Mord immer wieder Material über reaktionäre Pläne in die Öffentlichkeit gebracht, in der Presse, im Reichstag, in den Landtagen und in vielen Versammlungen. Unsere Warnungen fanden nicht entfernt den Widerhall, den sie hätten finden müssen. Auch die Massen blieben meist stumm und gleichgültig und reagierten nicht auf unsere Warnungen. Dann kamen die Schüsse auf Rathenau, und plötzlich wurde auch den breiten Massen klar, daß in der Tat eine ernste unmittelbare Gefahr für den Bestand der deutschen Republik vorhanden ist. Nun erkannten die Massen bis in die entferntesten Orte den Ernst der Stunde, jetzt waren die Massen aufgeweckt, jetzt konnten sie mobil gemacht werden. Es gelang auch, wirkungsvolle Aktionen durchzuführen. Wir müssen beachten, daß der Mord an Rathenau nicht aus irgendeiner Augenblickseinstimmung heraus von irgendeinem unberechenbaren Menschen verübt worden ist. Der Mord war planmäßig vorbereitet, er sollte die Arbeitermassen provozieren. Man wollte die Arbeiter vor die Maschinengewehre treiben. Reaktionäre bürgerliche Zeitungen haben es offen ausgesprochen, und unsere Gegner haben bewußt darauf hingearbeitet. Es läge in ihren Absichten, wenn sich in Deutschland vorübergehend ein bolschewistischer Terror breitmachte, damit alle Volksschichten bis aufs äußerste gereizt und aufgepeitscht würden. Und dann, wenn der Terror eine Zeitlang gewütet hätte, wollten die Deutschbolschischen und die Deutschnationalen als Befreier des gemarterten Volkes auftreten in der Hoffnung, nunmehr dauernd ihre Herrschaft zu befestigen. Was aber bedeutet die Beseitigung der Republik? Zunächst die Einsetzung einer reaktionären Regierung, etwa wie in Horthy-Ungarn. Die Vernichtung der Republik würde ihre Fortsetzung finden in der Vernichtung jeder sozialistischen Bewegung. Das würde bedeuten, daß das Proletariat für absehbare Zeit politisch und wirtschaftlich als Machtfaktor erlebte und allen Untaten der Reaktion schutzlos ausgeliefert wäre. Der Bestand der Republik ist aufs innigste verbunden mit dem Bestand der deutschen Arbeiterbewegung. Und weil das von den Massen erkannt wurde, fanden die Schüsse auf Rathenau einen solchen starken Widerhall, daß das Proletariat in gewaltigen Massenaktionen aufmarschierte. Sogar bürgerliche linksstehende Volksschichten stießen zum Proletariat. Während das Proletariat, das unter der Führung der sozialistischen Parteien aufmarschiert war, nach politischen Richtlinien handelte, sich politische Ziele gesteckt hatte, kamen die bürgerlich-demokratischen Schichten, die vorübergehend an die Seite der Proletarier gedrängt waren, in der Hauptsache über eine moralische Entrüstung über den schändlichen Mord an Rathenau nicht hinaus. Der Aufmarsch der Massen auf den Straßen blieb nicht ohne Wirkung. Wir können aus den vielen Verhand-

lungen und Kämpfen, die wir im Reichstag mit den reaktionären Parteien zu bestehen hatten, bestätigen, daß durch den Aufmarsch der Massen unsere Position gestärkt und die Reaktion in Schach gehalten werden konnte. In jenen Tagen hoben die Aktionen der Massen auf der Straße die Aktionen ihrer Vertreter im Parlament unterstützt, so wie es sein muß, wenn Aktionen planmäßig und wirkungsvoll durchgeführt werden sollen. Die Kommunisten mußten sich, wenn auch widerwillig, in den allgemeinen Rahmen der Aktionen einfügen lassen, und sie verpflichteten sich sogar unterschriftlich, die Maßnahmen der Regierung zum Schutze der Republik zu unterstützen. Wenn wir uns auch nicht darüber täuschten, daß die kommunistischen Führer nicht unterschrieben, um ihr Wort zu halten, sondern daß sie bald Vorwände suchten und finden würden, um ihr Wort zu brechen, so ist es doch kennzeichnend, daß die kommunistischen Führer es ihren eigenen Parteianhängern gegenüber nicht wagen durften, die zum einmütigen Handeln verpflichtende Unterschrift zu verweigern. Als die Massen aufmarschierten, da zeigte es sich, daß die bürgerlich-linksradikalen Schichten, die an die Seite der Arbeiter getrieben worden waren, nicht gewillt waren, mit dem Proletariat die politischen Aktionen durchzukämpfen, sondern daß ihre moralische Entrüstung über den Mord bald versiegen war. Als dann die Sozialdemokraten forderten, daß der sozialistische Einfluß in der Regierung verstärkt werde durch den Eintritt von Unabhängigen Sozialdemokraten in die Regierung, und als wir damals nicht sagen konnten, wir machen nicht mit, als wir uns bereit erklärten, zum Schutze der Republik in die Regierung einzutreten, da tat sich die Kluft zwischen dem Proletariat und allen bürgerlichen Parteien nur noch weiter auf. Ich muß anerkennen, daß die Sozialdemokratische Partei mit Einschuß ihrer Führerschaft sich einwandfrei benommen hat, daß wir völlig einmütig mit ihr gehandelt haben. Die Zumutung, wenn Unabhängige in die Regierung aufgenommen werden sollten, die Regierung auch nach rechts durch die Aufnahme von Vertretern der Deutschen Volkspartei zu erweitern, wurde von der Sozialdemokratie rundheraus zurückgewiesen. Ihr wißt, daß es an den sozialistischen Parteien allein gelegen hat, zu entscheiden, ob diese Frage schon damals zu einer Kabinettsfrage gemacht werden sollte, oder ob es ratsamer war, diese Frage zu vertagen und unter anderen günstigeren Bedingungen für das Proletariat zur Entscheidung zu bringen. Die bürgerlichen Parteien ballten sich zusammen, um ihren Vorstoß gegen den Linkskurs der Regierung geschlossen durchzuführen. Die Klassengegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie traten immer schärfer hervor. Die Proletarier wurden immer enger zusammengetrieben. Wir kamen zu gemeinsamen Aktionen, zur Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen, und die Frage der Vereinigung forderte jetzt von uns allen eine klare Stellungnahme. Nachdem die Frage der Einigung einmal akut geworden war, zeigte es sich, daß in den proletarischen Massen der Wille zur Einigung lebendig war. Der Wille der Massen, sich zu einigen, fand sich zusammen mit der Einsicht der Führer. Führer und Massen arbeiteten an dem Werk der Einigung. Ein Schritt löste den anderen aus. Gemeinsam aufgestellte Forderungen verlangten gemeinsam durchgeführte Aktionen. Diese gemeinsamen Aktionen schufen den Zustand einer Arbeitsgemeinschaft. Wer sagt, wir hätten eine Arbeitsgemeinschaft nicht bilden sollen, der übersieht, daß mit dem Wort Arbeitsgemeinschaft nur ein bereits vorhandener Zustand seinen Namen erhielt. Die Bildung der Arbeitsgemeinschaft geschah übrigens in vollem Einklang mit der Politik, wie sie von unserer Partei seit Jahren betrieben wurde. Ich erinnere an den Aufruf unserer Parteizentrale vom Juli 1921, der einstimmig beschloßen worden war und in dem unsere Genossen in allen Parlamenten aufgefordert wurden, Arbeitsgemeinschaften zu bilden, um überall den sozialistischen Einfluß zu verstärken. Hinter der Arbeitsgemein-

schaft stand die Frage der Einigung der Parteien, eine Frage, die jetzt nicht mehr verlagert werden konnte. So kamen die Verhandlungen über die Einigung mit der Sozialdemokratischen Partei.

In diesen Verhandlungen stellte sich heraus, daß auf beiden Seiten Verständnis für die gegebene Situation vorhanden war. Auf beiden Seiten war ferner der gute Wille da, und von beiden Seiten wurde die Frage der Einigung großzügig behandelt. Ein allgemeines Programm als Grundlage für die Einigung konnte nicht im Handumdrehen geschaffen werden. Das Erfurter Programm ist ergänzungsbedürftig. Es fehlt in ihm die Stellungnahme zur Periode des Finanzkapitals mit allen seinen imperialistischen Auswirkungen. Unsere Partei hat seit zwei Jahren eine Programmkommission eingesetzt, die auch schon für verschiedene Teile eines allgemeinen Programms gute Vorarbeiten geleistet hat, obgleich ihre Arbeiten fortwährend durch große politische Ereignisse unterbrochen wurden. Die Schaffung eines allgemeinen Programms setzt die Klärung vieler Fragen voraus, die durch die tiefgehenden ökonomischen, sozialen und politischen Umwälzungen des Krieges und der Revolution entstanden sind. Hier bedarf es noch gründlicher Studien und der Beschaffung wichtiger Unterlagen für die Beurteilung neuer gesellschaftlicher Erscheinungen. Wir haben uns mit der Sozialdemokratischen Partei dahin verständigt, ein allgemeines Programm gemeinsam zu schaffen. Auf dem Nürnberger Einigungsparteitag wird zu diesem Zweck eine Programmkommission aus Mitgliedern der beiden sozialdemokratischen Parteien eingesetzt werden. Damit ist das Göttinger Programm gegenstandslos geworden. Unser Leipziger Aktionsprogramm war, wie schon der Name sagt, kein allgemeines Programm, sondern nur eine grundsätzliche Stellungnahme zu den politischen Tagesfragen, wie sie sich aus der damaligen Situation ergaben. Wir haben unser Aktionsprogramm denn auch stets den veränderten Verhältnissen entsprechend modifiziert. Wir vereinbarten mit der Sozialdemokratischen Partei, zunächst ein Aktionsprogramm für die Vereinigte Sozialdemokratie zu schaffen. Das Aktionsprogramm liegt dem Parteitag vor. Es beginnt mit einer grundsätzlichen Einleitung. Und zwar erhält die Einleitung den Grundsatz jeder revolutionären sozialistischen Bewegung: das Bekenntnis zum Klassenkampf. Wer nun sagt, es genüge nicht, sich allgemein zum Klassenkampf zu bekennen, es müßten auch die Mittel und Wege des Klassenkampfes angeführt werden, der gibt sich damit eine Blöße, wenn er ein geschulter Sozialist ist. Er müßte wissen, daß der Klassenkampf eine Fülle von Mitteln und Wegen umfaßt, von der Zeitungsnotiz bis zum Aufstand. Es wäre unmöglich, in einem Programm alle Mittel und Wege des Klassenkampfes aufzuzählen, und unsinnig, sie alle als Grundsätze zu proklamieren. Wir würden die Mittel und Wege nicht reiflich aufzählen können. Die Entwicklung schafft überdies immer neue Mittel und Wege des Klassenkampfes, und bald treten diese oder jene mehr oder weniger in den Vordergrund. Wollten wir versuchen, für alle Mittel und Wege starre Formeln von Grundsätzen zu suchen, so würden wir nur Ruten binden, mit denen wir selbst gezüchtigt werden könnten. Es gibt nur einen Grundsatz für eine revolutionäre Partei, die auf dem Boden des Marxismus steht, den Grundsatz, den Klassenkampf zu führen zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft und zur Verwirklichung des Sozialismus. Die Anerkennung dieses Grundsatzes enthält das Bekenntnis zum Klassenkampf. Wer sich zum Klassenkampf bekennt, lehnt die Klassenharmonie ab, der bringt zum Ausdruck, daß zwischen den Klassen unüberbrückbare Gegensätze bestehen, der ist sich darüber klar, daß die Klassen gegeneinander kämpfen müssen und daß eine Klasse die andere besiegen muß. Der revolutionäre Sozialist will den Sieg des Proletariats als Klasse. Nach diesem Grundsatz haben sich alle Mittel

und Wege des proletarischen Befreiungskampfes zu orientieren. Wir sagen in unserem Leipziger Manifest:

„In der kapitalistischen Gesellschaft steht das klassenbewußte Proletariat im unüberbrückbaren Gegensatz zu der kapitalistischen Klasse im Produktionsprozeß. Gegenüber dem System des Kapitalismus, das in seiner Konsequenz zu immer schärferer Ausbeutung, zu verstärktem Angriff auf alle sozialpolitischen Errungenschaften, zu unerträglichen Belastungen aller nichtbesitzenden Schichten führt, muß deshalb die schärfste Kampfstellung eingenommen werden.“

Hier ist der Begriff des Klassenkampfes formuliert, das Wesen des Klassenkampfes ausgesprochen. Wenn ihr euch nun das Aktionsprogramm der Vereinigten Sozialdemokratie anschaut, so findet ihr darin folgende Worte:

„Der Gang der geschichtlichen Entwicklung zeigt, daß der Kapitalismus der Welt Arbeit, Frieden und Brot nicht zu geben vermag. Immer zwingender wird die Erkenntnis, daß die Menschheit nur durch den Sozialismus zu Freiheit und Wohlfahrt gelangen kann. In dem Streben, alle Kräfte des Proletariats zur Erringung der politischen Macht, zur Beseitigung der Klassenherrschaft und zur Verwirklichung des Sozialismus einheitlich im Kampfe zusammenzufassen, stellt die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands ausgehend von den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus folgende Kampfziele in den Vordergrund.“

Es ist also in diesem Aktionsprogramm mit anderen Worten daselbe über den Klassenkampf gesagt wie in unserem Leipziger Manifest und wie in den sozialdemokratischen Programmen seit jeher. Der Klassenkampf muß ständig geführt werden um politische und wirtschaftliche Rechte, und aus diesen ununterbrochenen Kämpfen um Reformen entwickelt sich der entscheidende Kampf um die Macht.

Wie ist nun das Bekenntnis zum Klassenkampf in Einklang zu bringen mit einem gelegentlichen Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien? Das ist eine Frage, die von Sozialdemokraten erörtert wird, so lange eine Sozialdemokratie besteht. Ich erinnere an die Resolution des Genossen Bebel, die er im Jahre 1899 auf dem Parteitag in Hannover vertreten hat und die von dem Parteitag angenommen wurde. In dieser Resolution wird dargelegt, daß die Sozialdemokratie jedes mit ihren Grundanschauungen zu vereinbarende Mittel, das Erfolg verspricht, benutzt, um die politische Macht zu erobern. Gegenüber den bürgerlichen Parteien heißt es dann:

„Ohne sich über das Wesen und den Charakter der bürgerlichen Parteien als Vertreter und Befechter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu täuschen, lehnt die Sozialdemokratische Partei ein Zusammengehen mit solchen von Fall zu Fall nicht ab, sobald es sich um die Stärkung der Partei bei Wahlen oder um die Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten des Volkes oder um eine ernsthafte Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse und der Förderung von kulturellen Aufgaben oder um die Bekämpfung arbeiter- und volksfeindlicher Bestrebungen handelt.“

Schon zu einer Zeit, wo die Frage des gelegentlichen Zusammengehens mit bürgerlichen Parteien fast nur theoretische Bedeutung hatte, vertraten Bebel und mit ihm die Mehrheit der Partei die Meinung, daß man nicht beschließen könne, niemals und unter keinen Umständen mit bürgerlichen Parteien zusammenzugehen, sondern daß es wohl vorkommen könnte zur Erreichung eines ganz bestimmten Zweckes, gelegentlich mit einer oder mehreren bürgerlichen Parteien gegen andere bürgerliche Parteien zusammenzugehen. Seit jener Zeit haben wir eine Fülle weiterer praktischer Erfahrungen gemacht. Heute gibt

es keinen unter uns, vom Radikalfsten bis zum Gemäßigtesten nicht, der nicht erkannt hat, daß ein gelegentliches Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien notwendig und für das Proletariat von großem Nutzen sein kann. Es handelt sich hier eben um eine Frage der Taktik, wie das auch von dem Internationalen Sozialistenkongreß im Jahre 1900 festgestellt worden ist. Diesem Kongreß lag eine Resolution der Genossen Bebel und Kautsky vor, in der dargelegt wurde, daß der Fall eintreten könne, wo man mit bürgerlichen Parteien zusammengehen müsse und daß es sich hierbei nicht um eine Frage des Prinzips, sondern um eine Frage der Taktik handle, die aus der jeweiligen Situation zu klären und zu entscheiden sei. Auch spätere Parteitage und internationale Kongresse — Dresden 1903, Amsterdam 1904 — haben in diesem Sinne Beschlüsse gefaßt. Von diesen Entscheidungen aus müssen wir auch die Frage der Koalitionsregierung beantworten. Auch bei der Beteiligung von Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung handelt es sich um ein gelegentliches Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien zu einem bestimmten Zweck, also um eine taktische Frage. Der Grundsatz des Klassenkampfes wird dann verletzt, wenn jemand als Sozialdemokrat in eine bürgerliche Regierung eintritt, um dauernd mit bürgerlichen Parteien zusammen zu arbeiten und in dem Glauben und in dem Bestreben, die Klassen zu versöhnen. Wer so empfindet und so handelt, verläßt den Boden des Klassenkampfes und hört auf, ein revolutionärer Sozialdemokrat zu sein. Wer sich aber darüber klar bleibt, daß eine Versöhnung der Klassen nicht möglich ist, daß es sich nur um ein vorübergehendes Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien handelt, um das Proletariat in seinem Klassenkampf zu stärken, der bleibt ein revolutionärer Sozialist, der fühlt sich nicht gebunden an bürgerliche Parteien, der bleibt unabhängig und Herr seiner Entschlüsse, der kann jederzeit wieder den Kampf gegen alle bürgerlichen Parteien aufnehmen. Ich stelle ausdrücklich fest, daß es keinen Genossen in unserer Partei gibt, der nicht erklärt hätte, es komme auf die Situation an, ob wir uns an einer Koalitionsregierung beteiligen können oder nicht. Auch Genosse Ledebour hat sich mündlich und schriftlich wiederholt in diesem Sinn ausgesprochen. Ebenso einmütig ist von allen Parteigenossen die Koalitionspolitik abgelehnt worden, so lange die Möglichkeit bestand, daß das Proletariat allein die Macht hätte behaupten können. (Rosenfeld: Und was sagten Sie im Mai 1922?) Darauf habe ich Ihnen ja kürzlich schon in Berlin geantwortet. Ich will trotzdem nochmals antworten. Im Mai 1922 ist von mir geschrieben worden, daß wir eine opportunistische, eine revisionistische Koalitionspolitik ablehnen müssen, daß wir weder Opportunismus noch Putzismus treiben dürfen. Das spreche ich auch heute noch aus. Davon nehme ich auch heute kein Wort zurück, wie überhaupt von keinem verlangt wird, daß er verbrennen soll, was er angebetet hat. Daß es sich bei der Frage der Koalitionspolitik um eine Frage der Taktik handelt, dafür kann ich mich auch auf die Haltung unserer Partei zur Frage des Eintrittes in die Regierung berufen. Nach den Reichstagswahlen im Sommer 1920 konnten wir auf die Frage, ob wir bereit wären, in eine Koalitionsregierung einzutreten, mit einem runden Nein antworten. Das entsprach durchaus der damaligen politischen Situation. Im September 1921 wurden wir wiederum gefragt, ob wir bereit wären, in eine Koalitionsregierung einzutreten. Diesmal konnten wir aus taktischen Gründen nicht mehr mit einem runden Nein antworten. Wir mußten vielmehr die Gegenfrage stellen, wie sich die bürgerlichen Regierungsparteien zu einem Eintritt von Unabhängigen Sozialdemokraten in die Regierung verhalten würden. Und nach dem Rathenau-Mord, im Juni 1922, erklärten wir uns, nach einer abermaligen Anfrage, bereit, zum Schutz der Republik in die Regierung einzutreten. Aus dieser Betrachtung geht hervor, daß unsere Partei über ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien von

Fall zu Fall entschieden hat und daß sie zu solch einem Zusammengehen bereit war, sobald dadurch die Möglichkeit gegeben zu sein schien, eine Erweiterung der politischen Rechte und eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse zu erreichen.

Wie ist nun die gegenwärtige Situation? Das Proletariat ist gegenwärtig nicht stark genug, allein die Macht zu übernehmen und zu behaupten. Auf der anderen Seite ist die Bourgeoisie nicht mehr stark genug, uneingeschränkt die Macht auszuüben. Welche Möglichkeiten ergeben sich daraus für die Frage der Regierungsbildung? Es wäre eine reine sozialistische Regierung denkbar, gebildet von irgendwelchen bürgerlichen Parteien, die dafür Konzessionen an der sozialistischen Regierung bekommen müßten. Wir können uns zweitens eine rein bürgerliche Regierung vorstellen, gebildet von sozialistischen Parteien und unter Zugeständnissen an das Proletariat. Drittens käme eine bürgerlich-sozialistische, eine Koalitionsregierung, in Betracht, die sowohl der Bourgeoisie als auch dem Proletariat entgegenkommen müßte. Viertens könnten wir uns eine bürgerliche Regierung denken, die rücksichtslos vom Proletariat bekämpft würde und fünftens eine rein sozialistische Regierung, zu der die bürgerlichen Parteien in schärfstem Kampfe ständen. Eine rein sozialistische Regierung ist im Reich nur möglich, wenn das Proletariat stark und fähig genug ist, allein die Macht zu übernehmen und zu behaupten, denn mit der Bildung einer sozialistischen Regierung beginnt erst der entscheidende Kampf um die Macht. Wer deshalb fordert: sozialistische Regierung! Arbeiterregierung! der ist reichlich konfus. Das sind keine Forderungen, die wir an irgendeine Regierung, eine Klasse oder eine Partei richten können. Eine sozialistische Regierung kann nur werden, kann nur das Ergebnis bestimmter politischer Ereignisse sein. Eine sozialistische Regierung ist der Ausdruck für politische Zustände, die allein durch die Macht des Proletariats geschaffen werden können. Genau so verhält es sich mit der Frage der Diktatur des Proletariats. Auch sie kann weder als Parole hinausgeschrien noch als Forderung aufgestellt werden. Die Diktatur des Proletariats ist in dem Augenblick Wirklichkeit, wo die Arbeiter als Klasse die Macht übernommen haben. Ihre Formen und ihre Dauer hängen ab von der Entwicklung der proletarischen Revolution, von dem Verhalten unserer Gegner, von der politischen Umwelt und von manchen anderen Dingen. Unsere Stellung zu den verschiedenen Formen der Regierung wird immer davon abhängen, über welche Macht jeweils das Proletariat verfügt. Ob und wann wir eine bürgerliche Regierung rücksichtslos bekämpfen und stürzen, muß von Fall zu Fall entschieden werden. Auch unter bürgerlichen Regierungen gibt es schlechte und schlechtere. Denken wir uns eine Regierung Wirth, eine Regierung Rath und eine Regierung Horthy. Niemand wird ohne zwingenden Grund eine Regierung Wirth stürzen wollen, wenn die Gefahr einer Horthy-Regierung oder, um in Deutschland zu bleiben, einer Ludendorff-Helfferich-Regierung vorhanden ist. Es handelt sich hier um sehr komplizierte Fragen, und es ist keineswegs radikal, wenn sich jemand hinstellt und ruft: Sturz der Regierung! Alles niederreißen! Sieg des Proletariats! Wer so handelt, der hat nicht begriffen, daß die moderne Gesellschaft ein kompliziertes Gebilde und daß die Politik eine schwer auszuübende Kunst ist. Der Kampf gegen eine bürgerliche Regierung wird um so energischer sein, je mehr das Proletariat selbst in der Lage ist, eine sozialistische Regierung an ihre Stelle zu setzen. Weil das in der gegenwärtigen Situation nicht möglich ist, mußte auch unsere Partei wiederholt die Regierung Wirth gegenüber der Reaktion stützen. Gestern bemängelte der Genosse Obuch die Haltung unserer Reichstagsfraktion, währenddem er mit der Haltung unserer preussischen Landtagsfraktion vollkommen einverstanden war. Lieber Obuch, ich bin erstaunt über deine große Unbefangenheit. Du verurteilst unsere Reichstags-

fraktion und stellt ihr unsere preussische Landtagsfraktion als Vorbild gegenüber. (Otto Meier: Weil Obuch selten in der Landtagsfraktion mitgewirkt hat. — Stürmische Heiterkeit.) Wenn das zutrifft, was Genosse Meier sagt, dann hat Obuch sich sogar durch seine Abwesenheit ein großes Verdienst um die Partei erworben. Ich nehme an, daß Genosse Obuch sich aus guten Gründen nicht hat als Landtagsabgeordneter genügend betätigen können. Er könnte aber trotzdem darüber unterrichtet sein, wenn er auch noch weiter von Berlin entfernt wohnt als der Genosse Pappenheim (Große Heiterkeit), daß unsere Reichstagsfraktion in allen wichtigen politischen Fragen mit unserer preussischen Landtagsfraktion die engste Fühlung gehabt hat und daß stets beide Fraktionen in voller Übereinstimmung gehandelt haben. Auch die Kommunisten haben wiederholt die Regierung Wirth gestützt, sobald sie glaubten, daß ihre Stimmen im Reichstag entscheidend ins Gewicht fielen. Sie stimmten nur gegen die Gesetze zum Schutze der Republik, bei denen die Annahme auch ohne ihre Stimmen gesichert war. Bei dem Gesetz zum Schutze der Republik — Beamtendisziplinargesetz — bei dem es auch auf die Stimmen der Kommunisten ankam, stimmten sie dafür, um den Sturz der Regierung Wirth und die Auflösung des Reichstages zu verhindern. Vor einiger Zeit, als wir nach dem Abschluß des Rapallovertrages wieder einmal mitten in einer Regierungskrise standen, hat sogar Rabat sich mit aller Kraft hinter den Kulissen für die Regierung Wirth eingesetzt. Er redete auf verschiedene unserer Parteigenossen ein, die Regierung Wirth unter keinen Umständen zu stürzen und bezeichnete die deutschen Kommunisten, die das nicht einsehen wollten, als Rindvieher. (Heiterkeit.) Ueber die Fehler und Schwächen der Regierung Wirth haben wir uns trotz allem niemals einer Täuschung hingelassen. Wir haben ihre Haltung und besonders auch die Haltung einzelner ihrer Mitglieder, wenn nötig, kritisiert und bekämpft. Wenn wir die Regierung Wirth auch in besonderen Fällen gestützt haben, so blieben wir doch unabhängig von jeder dauernden Verbindung mit irgendeiner Regierung und bewahren stets unsere Selbständigkeit. Wiederholt standen wir gegenüber allen bürgerlichen Parteien im schärfsten Kampf. (Zuruf: Mit Worten.) Auch durch die Tat! Wir haben u. a. wiederholt große Massendemonstrationen eingeleitet und geführt. Das waren auch Taten. Es ist ein geradezu törichtes Beginnen, wenn jemand versucht, unsere eigenen Straßendemonstrationen und andere Massendemonstrationen herabzusetzen und sie den Massen zu verwehren. Gibt es denn nur eine Aktion mit Maschinengewehren und Handgranaten? Gibt es nicht die verschiedenartigsten Aktionen, die nicht minder wirkungsvoll sind? (Sehr richtig. Allgemeine Zustimmung.) In der Agitation müssen wir uns davor hüten, alle sozialen Elendserscheinungen lediglich auf das Konto der Koalitionspolitik zu setzen. Vergessen wir nie, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise nach wie vor voll verantwortlich für das Massenelend ist. Richten wir unseren Kampf nach wie vor gegen den Kapitalismus. Auch wo wir nicht Koalitionsregierungen haben, ist die wirtschaftliche Not nicht minder groß. Ich weise auf zwei Länder hin: Italien und Rußland. In Italien war die sozialistische Partei die mächtigste. Sie war so stark, daß allgemein geglaubt wurde, sie werde in absehbarer Zeit in Italien die Macht übernehmen. Diese stolze und mächtige Partei hat jede Koalitionspolitik und jedes Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien auch von Fall zu Fall rundweg abgelehnt. Und was haben wir heute in Italien? Wirtschaftskrise, Teuerung, Arbeitslosigkeit, Massenelend, politische Knechtung. Die mächtige sozialistische Partei ist durch innere Streitigkeiten zerrüttet. Sie ist aktionsunfähig und der Reaktion gegenüber ohnmächtig, sie stellt einen Trümmerhaufen dar, auf dem Führergruppen einander bekämpfen. Der Faschismus herrscht in Italien. Die Führer der sozialistischen und der gewerkschaftlichen Bewegung befinden sich auf der Flucht vor den Mordtaten der Faschisten. Allein

in einem halben Jahre vernichteten die Faschisten 120 Arbeitskammern, 243 Volkshäuser, Gewerkschaftshäuser, Rathhäuser in Gemeinden mit sozialistischen Mehrheiten; ferner Bureaus und Magazine der Genossenschaften, Redaktionen, Druckereien und Privatwohnungen, zehn Wochenzeitungen der Arbeiter mußten ihr Erscheinen einstellen, weil die Faschisten es so wollten. Ihr seht daraus, daß eine Taktik, die nicht mit den wirklichen politischen Verhältnissen in Einklang steht, dem Proletariat nicht nützt, sondern das Gesamtinteresse der Arbeiter aufs äußerste schädigt. Nun zu Rußland. In Rußland hatten wir eine kommunistische Regierung. Die Bourgeoisie war restlos vernichtet, der Kapitalismus durch Dekrete radikalster Formulierung abgeschafft. Es gab nur noch Kommunisten. In Rußland herrschten die Kommunisten als eine Partei, die nicht nur jede Koalition mit den Bürgerlichen, sondern sogar auch mit proletarischen Parteien ablehnte. Die kommunistische Regierung trieb ihren Radikalismus bis zum Terror schlimmster Art. Und heute ist dieselbe Regierung, die den Kommunismus verwirklichen wollte, gegen den Kommunismus. Obgleich die russische Regierung sich immer noch eine kommunistische Regierung nennt, ist sie in Wirklichkeit eine reaktionäre Regierung, eine Regierung der bäuerlich-bürgerlichen Reaktion. Die russische Regierung ist jetzt bemüht, nicht den Kommunismus zu verwirklichen, sondern den Kapitalismus wieder aufzubauen. Die sozialistische und gewerkschaftliche Bewegung ist in Rußland unterdrückt und muß den Kampf gegen die russische Reaktion von vorn beginnen. Die russischen Sozialisten wären froh, wenn sie in ihrem Lande unter der Herrschaft einer sogenannten kommunistischen Regierung die politische Bewegungsfreiheit hätten, die das deutsche Proletariat in einer bürgerlichen Republik besitzt. Die Frage des Zusammengehens mit bürgerlichen Parteien ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, eine Frage, die nach ihren Vorteilen oder Nachteilen abzuwägen und von Fall zu Fall zu entscheiden ist. Dabei muß stets der Grundsatz respektiert werden, daß ein dauerndes Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien nicht möglich ist und daß eine dauernde Koalitionspolitik an den Klassegegensätzen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft scheitern muß. In Deutschland befindet sich die Koalitionspolitik in einer ihrer schwersten Krisen. Die Rüstungen der Bourgeoisie gegen das Proletariat werden immer bedrohlicher. Die Klassegegensätze verschärfen sich. Es muß ernsthaft mit der Sprengung der Koalition gerechnet werden. Die Frage der Koalition bedarf der Klärung in unserer Partei, wie in der Sozialdemokratischen Partei, wie in der gesamten proletarischen Bewegung.

Gegner der Einigung arbeiten mit Zitaten aus Reden und Schriften von Beschwörern der Einigung aus früheren Jahren. Ich kenne nichts Aermlicheres unter der Sonne, als Äußerungen einzelner Genossen aus verschiedenen Situationen einander gegenüberzustellen in dem Bemühen, Widersprüche zu konstruieren. Die Genossen Ledebour und Rosenfeld lieben es, Zitate aus einer Rede anzuführen, die ich in Berlin im Jahre 1919 gegen den Moskauer gehalten habe. Ich habe wiederholt öffentlich erklärt und tue es hiermit wieder, daß ich nichts von dem widerrufe, was ich gegen den Moskauer gesagt habe. Ich begründe die Notwendigkeit der Einigung nicht damit, daß wir uns einigen müßten, weil wir unsere Gesinnung geändert haben, sondern damit, daß wir in einer anderen politischen Situation leben. Kein vernünftiger Mensch wird heute in einem Vortrag über die politische Lage dieselbe Rede halten, wie 1919 gegen den Moskauer, weil wir heute eine Koalitionspolitik nicht haben. Was die Frage der Einigung anbetrifft, so haben sie nicht nur wir, die Zentraleitung unserer Partei, sondern auch die alte Redaktion der „Freiheit“, die Genossen Hilferding, Stein, Herz und andere noch vor einigen Monaten für praktisch nicht lösbar gehalten. Noch kurz vor dem Mord an Rathenau wandten wir uns

einmütig gegen Kautsky, der damals die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien forderte. Damals fehlte es noch an einer Reihe von Vorbedingungen für die Einigung und vor allen Dingen auch an der entsprechenden psychologischen Einstellung der Massen. Die politischen Ereignisse seit jener Zeit haben auch in der Frage der Einigung eine andere Taktik erzwungen. So etwas ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung oft vorgekommen und wird immer wieder vorkommen. Wilhelm Liebknecht sagte gelegentlich: Ich bin bereit, wenn es nötig ist, binnen 24 Stunden 24 mal meine Taktik zu ändern. Hat jemals jemand die Idee gehabt, Marx und Engels anzufügen, weil sie in verschiedenen Situationen voneinander abweichende Programme formuliert haben? Nehmt das Kommunistische Manifest, das im Jahre 1847 geschrieben wurde, als Programm für den Bund der Kommunisten, wobei zu beachten ist, daß jener Bund der Kommunisten mit den heutigen Kommunisten ebenso viel oder so wenig zu tun hatte, wie der damalige Bund der Kommunisten mit den Bakunisten. Bei dem Niederschreiben des Kommunistischen Manifestes gingen Marx und Engels von der Annahme aus, daß die bürgerliche Revolution über sich hinausgetrieben werden könnte bis zur proletarischen Revolution. Sie rechneten dann mit dem Sieg des Proletariats und formulierten die Maßnahmen, die nötig wären, um vom Kapitalismus zum Kommunismus zu gelangen. Einige Zeit später mußten Marx und Engels einsehen, daß sie sich geirrt hatten, daß die bürgerliche Revolution nicht in der proletarischen ihr Ende finden würde, sondern daß die Revolution von 1848 dem ungeahnten Aufstieg des Kapitalismus die Wege geebnet hatte, daß die Macht des Kapitalismus sich siegreich auch über die proletarische Klasse erheben und befestigen würde. Marx und Engels zogen aus dieser Erkenntnis ihre Konsequenzen. In den Jahren 1863 und 1864 wurde die neue Internationale, die Internationale Arbeiterassoziation gegründet. Und wieder schrieben Marx und Engels das Programm für die Internationale. Das Programm der Internationalen Arbeiterassoziation ist sehr verschieden von dem Kommunistischen Manifest. Es war nicht geschrieben für einen engen Bund der Kommunisten, es sollte die Grundlage bilden für die Zusammenfassung der Vassalleaner und der Arbeitervereine in Deutschland, für die Gewerkschaften in England und für die Proudhonisten in Frankreich. Es kam auch nicht mehr darauf an, ein Programm mit Maßnahmen für die Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus zu schaffen. Das Proletariat stand nicht vor der Uebernahme der Macht, es mußte erst einen zähen, langwierigen Kampf um Reformen vorbereiten, um kampffähig zu werden und einen zielbewußten Kampf in die Wege zu leiten. Es wäre ein billiges Vergnügen, aus dem Vergleich des Kommunistischen Manifestes mit dem Programm der Internationalen Arbeiterassoziation „Widersprüche“ zu konstruieren. In Wirklichkeit handelt es sich um die Lösung von Aufgaben, die 1847 anders waren als 1864. Wie wir auch heute 1922 schreiben und nicht mehr 1919, und wie wir heute andere Aufgaben zu lösen haben als 1919.

Die organisatorischen Grundlagen für die Vereinigung liegen dem Parteitag ebenfalls vor. Es sind allgemeine Grundsätze für den Zusammenschluß der beiden Parteien vereinbart worden, die so geartet sind, daß jede Partei zu ihrem Recht kommt. Es braucht nichts überstürzt zu werden. Für die organisatorische Vereinbarung in den Bezirken und in den Orten haben wir drei Monate Zeit. Es wäre unmöglich, von einer Zentrale aus für die Bezirke und Orte Bestimmungen bis ins einzelne zu treffen, weil die Verhältnisse denn doch zu verschieden sind. Vertikale und persönliche Sorgen und Schmerzen müssen überwunden werden, denn die Frage der Vereinigung kann auch organisatorisch nur großzügig durchgeführt werden. Jedem Genossen bleibt das Recht der

freien Meinungsäußerung und jeder Organisation das Recht der Selbstbestimmung im Rahmen der allgemeinen Organisation. Das Entscheidende ist die Tatkraft, die jeder entwickelt. Sie ist die beste Garantie dafür, sich durchzusetzen und der neuen Partei ihr Gepräge zu geben. Auf Einzelheiten gehe ich nicht ein. Wir haben Zeit genug, etwaige Schwierigkeiten in den Bezirken oder Orten genossenschaftlich und in aller Ruhe zu allseitiger Zufriedenheit zu überwinden. Ich stelle zusammenfassend fest, daß auch organisatorisch ein guter Boden für die Einigung vorhanden ist.

Nun zur Internationale. Die Exekutive der Wiener Arbeitsgemeinschaft hat sich in drei Sitzungen mit der Frage der Einigung der sozialistischen Parteien in Deutschland beschäftigt. Ich habe an allen drei Sitzungen teilgenommen und mit allen Mitgliedern unserer Exekutive auch außerhalb der Sitzungen die Frage eingehend besprochen. Alle Genossen, auch diejenigen, die sich innerlich dagegen zu wehren suchten, mußten doch anerkennen, daß wir in Deutschland nicht anders handeln können, daß wir das Werk der Einigung rasch vollenden müssen. Auch darüber waren sich alle Genossen vollkommen klar, daß die Vereinigung der Sozialdemokratie in Deutschland sich auch international auswirken wird. Mit der Vereinigung der Sozialdemokratie in Deutschland ist die Frage der Vereinigung der sozialistischen Internationalen Organisationen akut geworden. International haben wir ebenfalls bereits Arbeitsgemeinschaften. Wiederholt haben die Londoner, die Wiener und die Amsterdamer Internationale gemeinsame Forderungen aufgestellt und gemeinsame Aktionen vereinbart. Gegenwärtig haben die drei Internationalen gemeinsam eine Kommission eingesetzt zum Studium der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Lage und insbesondere der wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands. Die Kommission wird den Exekutiven der drei Internationalen in einer gemeinsamen Sitzung Bericht erstatten, und die Exekutiven werden dann zur Einberufung eines sozialistischen Weltkongresses Stellung nehmen. Die Einigung der Sozialisten auf internationaler Grundlage ist bedeutend weiter fortgeschritten, als mancher glaubt und mancher zugeben möchte. Auch international gilt die Erfahrung, daß, wenn man erst zu Arbeitsgemeinschaften gekommen ist, daß dann die Hindernisse, die einer Vereinigung im Wege stehen, überwunden sind. Wir befinden uns auch international in einer Zeit des Uebergangs, die mit der Vereinigung der Internationalen ihren Abschluß finden wird. Es muß unsere Aufgabe sein, an dem Werk der internationalen Vereinigung energisch zu arbeiten. Was unsere Stellung zur Wiener Arbeitsgemeinschaft nach der Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei anbetrifft, so haben wir in Uebereinstimmung mit entsprechenden Beschlüssen unserer Exekutive bei den Einigungsverhandlungen das Prinzip der Gleichberechtigung vertreten. Es ist dann auch das Prinzip der Gleichberechtigung anerkannt worden, und zwar bleiben einstweilen die Vertreter unserer Partei in der Exekutive der Wiener Arbeitsgemeinschaft und die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in der Exekutive der Londoner Internationale. Damit behalten wir Verbindungen mit beiden Internationalen und können viel wirkungsvoller an ihrer Vereinigung arbeiten. Unsere Position ist inselgedessen besser als die der Parteien in Jugoslawien. In Jugoslawien haben sich die sozialistischen Parteien vereinigt, die bis zur Vereinigung der zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft angehört. Nach der Vereinigung sind die Parteien aus beiden Internationalen ausgetreten. Eine solche Lösung war für uns unerträglich, denn das deutsche Proletariat braucht unbedingt in jedem Stadium seines Kampfes internationale Verbindungen, wie auch die Internationale dringend direkte Verbindungen braucht mit dem deutschen Proletariat. Wenn nun von Gegnern der Vereinigung angeführt wird, daß das Statut der Wiener Arbeitsgemeinschaft

nicht gestatte, daß nach unserer Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei unsere Vertreter in der Exekutive bleiben, so antworte ich darauf, daß die Statuten dann der veränderten Situation angepaßt werden müssen. Richtig ist: das Statut der Wiener Arbeitsgemeinschaft besagt, es können ihr nur Parteien angehören, die in keiner anderen Internationale Mitglied sind. Ebenso richtig ist aber auch, daß sich die Weltgeschichte nicht nach Statuten richten kann, sondern daß Statuten dem Fortgang der Weltgeschichte angepaßt werden müssen. Man darf sich aus lauter Respekt vor Paragraphen nicht davon abhalten lassen, das zu tun, was getan werden muß, um den Ansprüchen der Wirklichkeit zu genügen. Wie oft halten uns bürgerliche Leute entgegen, daß die ganze Revolution ungültig sei, weil sie zu den bestehenden Gesetzen in Widerspruch gestanden habe, und die ganze Revolution müßte eigentlich von einem richtig gehenden Gericht für ungültig erklärt werden. Zu solchen Auffassungen kommt man, wenn man vor lauter Statuten die geschichtliche Entwicklung nicht mehr sieht. Die Exekutive der Wiener Arbeitsgemeinschaft war verständlich genug, ausdrücklich zu beschließen, daß wir auch nach der Vereinigung an ihren Sitzungen teilnehmen sollen. Wir wurden sogar aufgefordert, über die Vereinigung in der nächsten Sitzung unserer Exekutive Bericht zu erstatten, damit die Exekutive gut informiert zu der neuen Situation Stellung nehmen kann.

Gewundert habe ich mich über das Auftreten des Genossen Schreider gegen die Einigung. Er scheint fortwährende Spaltungen und Sektierereien geradezu schwärmerisch zu verehren. Wenn man aber weiß, daß Schreider allein 50 Prozent seiner Organisation darstellt (Heiterkeit), dann wird man Verständnis dafür haben, daß ihm die Lebensinteressen großer Bewegungen ziemlich fremd sind. Auch der Genosse Schreider beruft sich auf die Statuten, obgleich er Anspruch darauf erhebt, ein Revolutionär zu sein. Mancher aber, der sich für revolutionär hält, ist im Grunde seines Wesens gut bürgerlich und hat immer noch nicht begriffen, daß Revolutionen sich ihre Gesetze neu schaffen. Ob man will oder nicht, die Vereinigung ist auch international auf dem Marsch und wir werden eifrig daran gehen, sie zum guten Ende zu bringen.

Gegen die Einigung wird von einzelnen Genossen auch angeführt, daß durch die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien in Deutschland die kommunistische Bewegung gestärkt werden wird. Wenn das richtig wäre, hätte Genosse Adler uns gestern hier auf dem Parteitag nicht berichten können, daß die Kommunisten in Oesterreich politisch keine Rolle spielen. In Oesterreich haben wir in der einzig gebliebenen Partei alle Richtungen, die in Deutschland in den beiden sozialdemokratischen Parteien vorhanden sind. Die österreichische Sozialdemokratie hat sich ferner vorübergehend an einer Koalitionsregierung beteiligen müssen, und trotzdem konnten die Kommunisten in Oesterreich sich keine Position schaffen. Wenn der Kampf zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien in Deutschland aufhört, dann wird die neue große Partei an Anziehungskraft auf die Arbeiter gewinnen, und die Kommunisten werden mit ihrem unlauteren politischen Wettbewerb, mit ihrer demagogischen Politik auf die Dauer noch weniger Erfolge erringen als bisher. Es bedarf unter uns keiner besonderen Versicherung, daß in der kommunistischen Bewegung gute und ehrliche Arbeiter stehen, die wir gewinnen können und gewinnen müssen. Ebenso wenig bedarf es einer besonderen Versicherung, daß wir die kommunistischen Arbeiter nicht durch Schimpfereien weiter von uns treiben werden, sondern daß wir sie durch unsere besseren Gründe von der Richtigkeit der sozialistischen Ideen überzeugen müssen. Was aber nötig ist, das ist, daß sich alle unsere Genossen entschieden und rücksichtslos gegen das Demagogentum der kommunistischen Führer wenden. Wir Unabhängigen Sozialdemokraten haben

uns immer wieder bemüht, die Kommunisten in die Einheitsfront des Proletariats einzureihen. Dabei sind wir bis zu schier übermenschlichen Selbstüberwindungen gegangen. Die Genossen Rosenfeld und Liebknecht gingen nach Rußland und mußten es erleben, daß ihnen dort Menschen, die durch kommunistische Führer aufgestellt waren, buchstäblich ins Gesicht spuckten. Trotzdem haben wir immer wieder betont, daß die kommunistischen Arbeiter nicht entgelten dürfen, was von ihren Führern an einzelnen Genossen und an der gesamten Arbeiterbewegung gesündigt wird. Mit den kommunistischen Arbeitern würden wir uns gut und rasch verständigen, mit ihnen würden wir uns auch vereinigen können, wenn sie nur die Macht hätten, ihre Vertreter an den Verhandlungstisch zu schicken. Wenn wir aber mit den Kommunisten verhandeln wollen, dann schicken uns die Moskauer ihre Agenten an den Verhandlungstisch, die niemals guten Willens sind. Die kommunistischen Führer verleumden und beschimpfen die sozialistischen Parteien und machen sie verantwortlich für alle Not und alles Elend, aber noch nie ist es den kommunistischen Führern eingefallen, von sich selbst zu verlangen, was sie von den Führern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften fordern. Gerade in dieser Zeit wieder, wo die Leuerung in beispielloser Weise gestiegen ist und wo es auf die Geschlossenheit der proletarischen Bewegung mehr denn je ankommt, gefallen sich die kommunistischen Führer in Spielereien mit Betriebsrätekonferenzen. Damit bringen sie erneut Vermirrung und Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter und schwächen das Proletariat in seiner Gesamtheit. Es sind die Moskauer Agenten, die für russische Rubel ihren Leib und ihre Selbsteigenschaft verkaufen, um zwischen den kommunistischen Arbeitern und dem übrigen Proletariat immer wieder Mauern aufzurichten. Wer es gut meint mit den kommunistischen Arbeitern, mit dem Proletariat, der wird heßen, diese Mauern niederzulegen und dafür zu arbeiten, daß das Proletariat in allen seinen Teilen von der bolschewistischen Krankheit befreit und stark und gesund gemacht wird.

Verschiedene Gegner der Vereinigung halten es für unerträglich, sich mit der Sozialdemokratischen Partei zu vereinigen, weil sie das für eine einseitige Einigung halten. Das ist eine verkehrte Einstellung. Wir haben es zu allen Zeiten für unsere Pflicht betrachtet und danach gehandelt, jeweils das Maximum an proletarischer Einigkeit zu verwirklichen. Wir waren 1920 bereit, uns mit Moskau zu vereinigen, solange wir noch glaubten, in Moskau margistische Sozialisten anzutreffen. Es ist damals keinem unserer Genossen eingefallen, gegen eine einseitige und unvollkommene Einigung, die noch nicht alle politischen Arbeiterparteien umfaßt, aufzutreten. Als im Frühjahr 1922 die Genossen der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft zu uns übertraten, hat ebenfalls niemand gegen eine einseitige Einigung Einspruch erhoben. Und doch war manch einer unter den Genossen der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, der nicht nur unserer Partei, sondern dem gesamten Proletariat durch die Spaltung von Halle schwere Schäden zugefügt hat. Das hat uns nicht davon abgehalten, entschieden für die Vereinigung auch mit diesen Genossen einzutreten. Wir können nicht warten, bis die Einigung zu gleicher Zeit mit allen sozialistischen und kommunistischen Richtungen möglich ist. Wir müssen uns vielmehr jederzeit zur Einigung mit jeder sozialistischen Organisation bereit erklären, mit der wir zu einer Verständigung gelangen können.

Sind etwa die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Sozialdemokratischen Partei noch so groß, daß sie die Einigung verhindern? Die Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Koalitionspolitik, über Wirtschaft- und Finanzfragen sind in unserer Partei nicht geringer als zwischen den beiden Parteien, wie sie auch nicht geringer sind innerhalb der Sozialdemokratischen Partei als zwischen den beiden Parteien. Das

Entscheidende ist, daß die praktische Politik aller Arbeiterorganisationen in der gegenwärtigen Zeit im allgemeinen die gleiche gewesen ist und unter dem Zwang der Verhältnisse die gleiche sein mußte. Weder die Sozialdemokratische Partei noch die Kommunistische Partei haben eine andere Politik betreiben können als wir. Abgesehen von ihrer praktischen Politik, soweit man bei den Kommunisten von einer praktischen Politik überhaupt reden kann, treiben die Kommunisten eine Agitation der übelsten politischen Konkurrenz. Diese Agitation besteht darin, die Kampfsparolen und Forderungen der anderen Arbeiterorganisationen durch radikalere Phrasen zu übertrumpfen, um dadurch für ihre eigene Partei besondere Geschäfte zu machen. Ein derartiges Treiben lehnt unsere Partei mit aller Entschiedenheit ab.

Für die Gewerkschaftsbewegung wird die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien segensreich sein. Die Parteikämpfe innerhalb der Gewerkschaften müssen auf die Dauer auch die Gewerkschaftsbewegung zerrütten und die Gewerkschaften an der Erfüllung ihrer Hauptaufgaben hindern. Wer die Gewerkschaftsbewegung stärken will, der muß für die Einigung eintreten. Es muß den Arbeitern endlich klargemacht werden, daß das Geschimpfe der Kommunisten auf die Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften völlig sinnlos ist. Bei den Massen hat sich allmählich geradezu ein Fetischismus herausgebildet. Der Fetischismus bildet eine Stufe der Religion bei den Naturvölkern. Er besteht darin, daß Gegenstände, die ein Verstorbener hinterlassen hat, als Heiligtümer verehrt werden, weil die Naturvölker glauben, daß die Geister der Verstorbenen zeitweilig ihre Wohnung in diesen Gegenständen nehmen. In dieser Zeit verfügen die Gegenstände über übermenschliche Kräfte, sie sind Fetische und können deshalb jedem Uebel abhelfen. Wenn die Naturvölker unter Dürre leiden, fordern sie von ihren Fetischen Regen. Kommt kein Regen, dann kommt es vor, daß die Naturvölker ihre Fetische verprügeln. Es gibt Arbeiter, die ihre Führer ebenfalls als Fetisch betrachten und die auf ihre Führer losprügeln, wenn sie nicht übermenschliche Werte zur Beseitigung aller Elendserscheinungen zu vollbringen vermögen. Viele Arbeiter übersehen, daß es der Kapitalismus ist, der immer stärkere und immer unlösbarere Widerprüche hervorbringt, unter denen die gesamte Menschheit leidet, und daß es eines Kampfes der gesamten Arbeiterklasse bedarf, um mit dem Kapitalismus auch das Massenelend zu überwinden. Mehr sozialistisches Wissen tut den Massen not, und die sozialistische Erziehungsarbeit wird ebenfalls durch die Einigung mächtig gefördert werden. Das Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften und den Genossenschaften wird fruchtbringender für das Proletariat sein. Und nicht zuletzt wird die Einigung die Arbeit unserer Genossen in den Ländern und Gemeinden unterstützen. In den Ländern und in den Gemeinden, in den vielen Ämtern der öffentlichen Verwaltung, überall, wo Sozialdemokraten eingebunden sind, wird ein Stück Klassenkampf praktisch gekämpft. Dort werden Kräfte geschult, die wir brauchen, wenn das Proletariat die Macht übernommen hat, die es unabhängig machen werden von der reaktionären Bürokratie. Welches Gebiet der Arbeiterbewegung immer wir betrachten, auf allen Gebieten wird die Einigung von großem Nutzen sein.

Die Einigung kommt nicht zu rasch, sie kommt gerade noch zur rechten Zeit, um den Anstürmen der bürgerlichen Reaktion eine mächtige sozialistische Partei entgegenzuwerfen. Die Einigung vollzieht sich unter der Leitung jeder Ueberzeugung. Jeder von uns muß sich dafür einsetzen, alles, was jetzt an persönlichen Schwierigkeiten sich ergeben könnte, zu überwinden. Das Gesamtinteresse der Arbeiterbewegung fordert in dieser Stunde die Einigung, und keiner von uns darf zurückbleiben. Wer weiteren Abplitterungen das Wort redet, der verkennt, was dem Proletariat nützt. Die ewigen Zersplitterungen, die Eigen-

bröteleien und Sektierereien sind Entartungen. Splitter und Sektchen werden bedeutungslos ohne den geringsten politischen Einfluß zum Vegetieren und Sterben verurteilt sein. Die Vereinigung der Sozialdemokratie bedeutet auch die politische Zusammenfassung aller Proletarier, die in den Gewerkschaften, in den Angestellten- und Beamtenverbänden organisiert sind. Dann können wir unter viel günstigeren Vorbedingungen an die indifferenten Schichten des Proletariats herantreten, um sie für die sozialistische Bewegung zu gewinnen. Bisher blieb dieses Feld so gut wie unbeachtet. Denn die einander bekämpfenden Parteien rangen in der Hauptsache um die Anhängersehaft der einzelnen Parteien. Auch daran müssen wir gehen, die Arbeiter für den Sozialismus zu gewinnen, die immer noch im Lager der bürgerlichen Parteien stehen. Eine Fülle von Arbeit harret unser. Große Aufgaben und gewaltige Kämpfe stehen uns bevor. Vereinigen wir uns mit der Sozialdemokratischen Partei, um die Fähigkeit und Festigkeit des Proletariats in seinem schweren Kampf zu stärken. Die Einigung in Deutschland erbringt vor der Geschichte den Beweis, daß sich in schweren Stunden die Führer und die Massen des Proletariats der großen Stunde gewachsen gezeigt haben. Die Einigung der Sozialdemokratie in Deutschland wird ein leuchtendes Beispiel sein für die sozialistischen Parteien in allen Ländern und wird sie anspornen, das alte stolze Wort wahr zu machen: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Das Korreferat erstattet Ledebour:

Genossinnen und Genossen! Unsere Partei steht vor einer der schwierigsten und folgewichtigsten Entscheidungen, die einer Partei überhaupt gestellt werden können: ob sie sich mit einer anderen Partei zu einer neuen Partei verschmelzen soll.

Eine Partei ist kein Selbstzweck. Ich glaube, darüber sind wir alle einig. Wie ich gleich zu Eingang meiner Ausführungen bemerken wollte: es gibt eine Anzahl Fragen und Gesichtspunkte, über die zwischen uns gar kein Streit besteht. Crispian hat zum Beispiel gerade auf diese Gesichtspunkte in breiten Ausführungen das Hauptgewicht gelegt. Es gibt aber entscheidende Fragen, in denen unsere Meinungen auseinandergehen. Wenn die Partei kein Selbstzweck ist, dann müssen wir fragen, welchen Zweck haben wir denn mit der U.S.P. Deutschlands verfolgt? Dieser Zweck geht ganz klar hervor aus ihrer Entstehungsgeschichte.

Sie ist entstanden in der Kriegszeit, als die damalige Sozialdemokratische Partei mit ganz überwiegender Mehrheit, mit der ähnlichen Mehrheit, die Crispian heute für seine Anschauungen in unserer Partei findet, sich für die Unterstützung der imperialistischen Kriegspolitik entschied. Das war ein vollkommener Bruch mit den Grundjahren, mit den Traditionen, mit der Laski der bisherigen Sozialdemokratischen Partei. Und da lehnte sich bereits am 4. August 1914 eine zunächst sehr kleine Minderheit gegen diesen verhängnisvollen Beschluß auf. Es waren 14 unserer Genossen in der damaligen Reichstagsfraktion, die eine von mir eingebrachte Resolution annahmen. Die ganz überwiegende Mehrheit lehnte sie ab. Wir alle 14 haben damals unter dem Banner der hohen Verehrung für die Parteidisziplin, die traditionell in unserer Partei war, uns nicht entschließen können, sofort am 4. August in öffentlicher Reichstagsitzung gegen den Mehrheitsbeschluß zu protestieren und die Kredite abzulehnen. Und ich bekenne jetzt, daß diese Unterwerfung unter die Parteidisziplin der schwerste Fehler war, den ich, wie die anderen 14, je in meinem Leben gemacht habe. Es hat späterhin der Genosse Liebknecht sich das Verdienst erworben, zuerst sich loszumachen von dieser falschen Vorstellung, daß man sich unter allen Umständen der Parteidisziplin zu unterwerfen habe. Wir anderen sind erst nach langem Kampfe dazu gekommen. Aber gerade diese Er-

fahrung hat mich bewogen, so zu handeln, wie ich jetzt gehandelt habe.

Was war nun, als im Laufe der Kriegsjahre unsere Partei sich endlich löste von der Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei, der Kerngedanke unserer Bewegung? Das war der, daß wir den revolutionären Sozialismus betätigen und zum Siege bringen wollten in der deutschen Arbeiterchaft, in der ganzen Welt. Das ist der Grundsatz, auf dem unsere Partei aufgebaut war. Und eine anfänglich kleine Minderheit — ich erinnere mich, damals stand ich in Berlin viel mehr allein als heute zur Zeit des jetzigen Konflikts — hat in kurzer Zeit einen gewaltigen Aufschwung der Partei herbeigeführt. Wir waren auf dem Wege, die stärkste der proletarischen Parteien zu werden, so lange wir konsequent dem Grundsatz des revolutionären Sozialismus treu blieben, auch gegenüber den abgefallenen Rechtssozialisten, gegenüber der ganzen Welt.

Ein Rückgang der Bewegung ist dann eingetreten, als unter Moskauer Einflüssen ein Teil zweifellos revolutionär gesinnter Genossen sich verleiten ließ, den Versuch zu machen, die Partei zur Unterwerfung unter das Moskauer Diktat zu bringen. Die Höhe unserer Bewegung war im Sommer 1919, als wir noch geeinigt waren.

Dann haben die rechtsgerichteten Elemente unserer Partei, die Konjunkturpolitiker, die von Anfang an sich sehr wenig in ihrer Anschauung von den Rechtssozialisten unterschieden, allmählich unter dem Einfluß der Spaltung die Führung in der Bewegung bekommen und nach vielem Auf und Ab sind sie es tatsächlich, die, nachdem sich ihnen ein Zustrom von vielen ehemals revolutionär Gesinnten zugesellt hat, die Führung der Partei in die Hand bekommen haben. Den revolutionären Sozialismus soll die Unabhängige Sozialdemokratische Partei verkörpern, das ist ihr Zweck, und sie hat aufgehört, Lebensberechtigung zu haben, wenn sie diesen Grundgedanken verleugnet. Was uns jetzt aber zugemutet wird, Parteigenossen, der Zusammenschluß mit der Sozialdemokratischen Partei, das ist der Bruch mit der revolutionären Vergangenheit unserer Partei, das ist die Verleugnung unserer Grundsätze, das ist der Selbstmord der U.S.P.D. (Widerspruch.)

Worin unterscheidet sich denn der revolutionäre Sozialismus von dem Grundgedanken der opportunistischen Gegenwartspolitik, wie sie in anderen sozialistischen Parteien betrieben wird? Der Unterschied ist der, daß wir unser Endziel, den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Verwirklichung des Sozialismus, nur erreichen können, wenn wir uns revolutionär betätigen gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft, gegenüber dem kapitalistischen Staat. Das ist bisher in allen unseren Rundgebungen ausgedrückt worden. Das sind die Kerngedanken des Aktionsprogramms von Leipzig, das sind noch die Kerngedanken des Manifestes vom Januar 1922 in Leipzig, das sich ja wieder auf das Aktionsprogramm bezieht.

Nun wird uns gesagt: Die Verhältnisse und die Umstände haben sich geändert, und wir richten unsere Taktik ja nach den Umständen ein. Die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß wir uns zusammenschließen müssen mit der S.P.D., und dann — das ist die eigenartige Beweisführung, mit der die Verschmelzungsapostel operieren — wird gesagt, das ist die Einigung des Proletariats in Deutschland. Das aber ist eine Irreführung der Parteigenossen. Das ist die Spekulation auf die berechtigte Stimmung, die in den proletarischen Massen in Deutschland herrscht, daß sie die Einigung des klassenbewußten Proletariats für den revolutionären Klassenkampf wollen.

Zweifellos ist die Einigung des Proletariats notwendig für die siegreiche Beendigung des Klassenkampfes, für die Eroberung der politischen Macht. Ehe wir das klassenbewußte Proletariat in Deutschland nicht geeinigt haben, werden wir den Sieg nicht erringen können. Aber es fragt sich dabei, in was für einem Geiste soll denn die Einigung vollzogen werden? Welche gemeinsamen Grundanschauungen sollen herrschend sein? Und damit komme ich auf das, was mich und andere Fremde von denjenigen Anschauungen trennt, die mein Vorredner hier zum Ausdruck gebracht hat. Das, was uns jetzt als Programm vorgelegt wird, ist alles andere als ein revolutionäres Aktionsprogramm.

Aber Parteigenossen, das ist noch nicht das Entscheidende. Ich stehe auf dem Standpunkt, Programme haben nur eine sehr sekundäre Bedeutung, ebenso wie die schönen Reden von Vertretern des Proletariats nur eine sehr sekundäre Bedeutung haben. Auf die Taten kommt es an. (Sehr richtig!) Und wenn wir jetzt den anderen Verschmelzungspart nach diesen Gesichtspunkten prüfen wollen, so müssen wir uns durch eine weise Lebensregel leiten lassen, die Franz Mehring immer mit großem Behagen zitiert hat. Wallenstein wandte sie auf Gustav Adolf an, der seinen imperialistischen Eroberungszug in Deutschland mit ungemein gottfälligen Redensarten beschönigte: „Man muß ihm auf die Fäuste gucken, nicht nur auf das Maul!“

So muß man auch den Rechtssozialisten in ihrer ganzen Betätigung auf die Fäuste gucken. Wenn wir aber unter diesem Gesichtspunkt die bisherige Tätigkeit der rechtssozialistischen Partei prüfen, dann müssen wir zu der Ueberzeugung kommen, daß sie alles andere ist als eine Partei der sozialen Revolution, daß sie günstigstenfalls sich betätigt hat in beständigem Bunde mit bürgerlichen Parteien als eine Reformpartei, die an dem gegenwärtigen kapitalistischen Staatswesen allenfalls ein bißchen herumgeffickelt hat, die aber sonst ihre große Macht nicht ausgeübt hat, um irgendwelche Änderungen des gegenwärtigen Staatswesens in unserem, im revolutionären Sinne zu bewirken.

Ich freue mich, daß ich mich da auf die gestrigen Ausführungen des Genossen Moses berufen kann. Moses sagte: „Wir heißen nur deutsche Republik. Wir sind eine Republik mit schwarz-rot-goldenem Abzeichen. Es hat sich nur die Firma geändert. Sonst hat sich nichts geändert.“ (Sehr gut.)

Wer trägt denn aber die Hauptschuld daran? Das ist die rechtssozialistische Partei, die bis zum heutigen Tag mit den bürgerlichen Parteien zusammen in der Regierung des Reiches sitzt, und die volle Mitverantwortung dafür trägt, daß sich nichts geändert hat. (Sehr richtig und Widerspruch.) Diese Partei hat durch ihre Taten bewiesen, daß sie nicht würdig ist, sich mit einer revolutionären sozialistischen Partei zu verschmelzen. Für diese Behauptung kann ich erfreulicherweise meinen Vorredner als Zeugen anrufen.

Also, lieber Crispian, Du wirst verzeihen, wenn ich Dich zitiere. Du hast hier zwar schon vorbeugt, indem Du es für unwürdig erklärt hast, wenn man Zitate aus früheren Jahren anführt (Zuruf Crispian: Für ärmlich), oder für ärmlich. Du kannst auch andere geschmackvolle Worte anwenden. Nun hat aber doch ein hervorragender Parteigenosse in unserer Presse einen Artikel gegen Kautsky geschrieben zu jener Zeit, als Kautsky in unserer Partei so sehr in Mißkredit war, daß eine Anzahl Genossen ihn aus der Partei herauschmeißen wollten. Ich habe mich dem Hinauswurf Kautskys widersetzt. Da stoppelte ein Parteigenosse aus Kautskys früheren Schriften einen Zitatenschatz zusammen, womit er Kautsky widerlegt. Dieser Zitatenkünstler war Artur Crispian, der die Anführung früherer Zitate jetzt für ärmlich erklärt. (Heiterkeit.)

Crispian hat nun aber auch über den „rechtssozialistischen Hochverrat an der Revolution“ folgendes geschrieben:

„Der rechtssozialistische Hochverrat an der Revolution. Im November 1918, in den Tagen des Ausbruchs der Revolution, war in der Arbeiterschaft das Verlangen nach Einigkeit so übermächtig, daß auch wir Unabhängigen uns damit abfinden mußten. So mancher von uns war sich darüber klar, daß die rechtssozialistischen Führer keine zuverlässigen Bundesgenossen für die Revolution sein konnten. Hatten sie doch die Revolution bis zum letzten Augenblick, bis die Sturmflut der Revolution über sie hinwegbrausete, mit allen Mitteln bekämpft. Getreue Satellen der reaktionären Mächte.

Aber in nur zu großen Teilen der Arbeiterschaft lebten Illusionen in bezug auf die revolutionäre Zuverlässigkeit der Rechtssozialisten. Und groß war auch der Glaube an die Wunderkraft der bürgerlichen Demokratie. Alle Warnungen und Aufklärungen halfen nichts, die Arbeiter mußten erst selbst ihre eigenen Erfahrungen machen. Heute sind alle ihre Hoffnungen und Illusionen zum Teufel. In ständig sich steigender Zahl sammelt sich das Proletariat auf dem Boden der Revolution.

Die Unabhängigen haben in der Regierung alle Kraft daran gesetzt, die Rechtssozialisten vorwärts zu treiben. Die Unabhängigen blieben auf ihrem Posten, solange sie eine Möglichkeit sahen, die Revolution zu befestigen und weiter zu führen. Die Rechtssozialisten enthielten sich aber mehr und mehr als Feinde der Revolution. Da traten die Unabhängigen überall aus den Regierungen aus und stellten sich wieder in Reih und Glied der revolutionären Arbeiterbataillone.“

Das ist ein vollkommen zutreffendes Urteil. (Zeitweise Zustimmung. Zwischenruf: Auch für die Zeit von heute noch!) Crispian hat nun heute gesagt: Wie kann man mir das verargen? Das war eben eine andere Zeit. Jetzt aber ändere ich meine Ansicht.

Darin tritt eine bei Crispian mich immer wieder in Erstaunen versetzende Verwirrung der Begriffe zutage. Er hat für sein Verhalten Wilhelm Liebknechts Rezept für Aenderung der Taktik angeführt. Aber hier in Crispiens Urteil handelt es sich nicht um die Motivierung einer neuen Taktik mit neuen Gründen, sondern hier handelt es sich um ein historisches Urteil. Denn was Crispian hier ausgesprochen hat, ist ein historisches Urteil, das nach meiner Ueberszeugung nicht nur damals, sondern dauernd absolut richtig ist. (Zustimmung, auch von Crispian.) Das widerspricht aber den Argumenten Crispiens, der in der „Freiheit“ schrieb, daß dieses sein Urteil nur für damals galt. Wenn dieses Urteil also zu Recht bestehen bleibt, so muß man auch die Konsequenzen daraus ziehen, was Ihr nicht tut. Wenn man aber über solche eigenen Urteile mit leichtfertiger Handbewegung hinweggeht, so erhebt man dadurch die Geschichtsschreibung zu einem erlaubten Kampfmittel in der Politik. (Entrüstung.)

Diesem historischen Urteil von Crispian füge ich ein anderes von ihm bei über die organisatorische Vereinigung des Proletariats:

„... Auf der anderen Seite sehen auch die putzschlüfternen Reaktionäre, daß die Einigkeit des revolutionären Proletariats ständig wächst.

Nicht durch die Bemühungen jener sozialistischen Einigungszentrale unter der Führung Bernsteins. Derartige Einigungsversuche müssen fruchtlos bleiben, weil sie auf Sand gebaut sind. Mit einer rein organisatorischen Vereinigung des Proletariats ist der Revolution nicht gedient. Das gäbe eine rein äußerlich einige Masse, die zu jeder zielklaren Handlung unfähig wäre. Eine Masse, die keine Stoßkraft hätte, keine Geschlossenheit, die gerade dann, wenn man sich auf sie stützen wollte, auseinanderfallen würde. Von den Rechtssozialisten trennt uns nicht nur die Taktik, nicht nur der Weg, von den Rechts-

sozialisten trennt uns auch das Ziel. Die Rechtssozialisten haben den Glauben an die Weltrevolution und an die sozialistische planmäßige Weltwirtschaft verloren. Ihr Ziel ist die Ausföhrung der Klassengegenätze, sie wollen die Arbeiter durch Reformen zufrieden machen. Die Rechtssozialisten bekennen sich mit den Lippen zum Erfurter Programm, in dem die Diktatur des Proletariats gefordert wird, mit der Tat bekennen sie sich zur bürgerlichen Demokratie. Die Rechtssozialisten paktieren mit der Bourgeoisie und hegen Militarismus, Polizei und Justiz gegen die revolutionären Arbeiter. Die rechtssozialistische Presse, voran der „Vorwärts“, ist zur feilen Dirne reaktionärer Kräfte geworden. Die Gegenätze zwischen den Rechtssozialisten und den Unabhängigen sind unüberbrückbar, eine Einigung mit ihnen ist unmöglich.

Die Einigung des Proletariats kann sich nur von unten auf, auf dem Boden der Revolution vollziehen.“

Diesen letzten Satz unterstreiche ich, da es vollkommen meiner Auffassung entspricht, daß sich die Einigung nur von unten herauf und zwar auf dem Boden der Revolution vollziehen kann, aber nicht auf dem Boden opportunistischer Taktelmächtelei, wie sie uns jetzt bevorsteht. Ich muß aber den Genossen Crispian noch korrigieren. Er hat damals gesagt: „Die Gegenätze sind unüberbrückbar.“ Das war damals ebenso unsinnig wie es heute wäre. Ich habe immer betont, daß eine Einigung in späterer Zeit durchaus möglich ist. Ich könnte mich da selber zitieren. (Heiterkeit.) Die großen Massen des Proletariats in der rechtssozialistischen Partei sind unsere Brüder, sie sind irrende Brüder, die wir für unsere Anschauungen gewinnen können und müssen, wenn wir unseren Grundätzen treu bleiben. Ich wollte Dir, Crispian, nur mit diesem Hinweis auf den von Dir behaupteten „unüberbrückbaren Gegensatz“ nachweisen, wie Du von einem Extrem ins andere torkelst, ohne es selbst zu merken. (Entrüstung.)

Crispian hat dann Ausführungen gemacht zur Rechtfertigung des Entschlusses der Partei, eine Koalition mit bürgerlichen Parteien einzugehen. Unsere Partei hat leider in den verschiedensten Instanzen gegen beträchtliche Widerheiten solche entscheidenden Schlüsse gefaßt. Crispian hat nun aber die historischen Vorgänge nicht dargestellt; er hat versäumt, darzustellen, wie diese Instanzenbeschlüsse bewerkstelligt wurden.

In dem, was Crispian über die Wirkungen des Rathenau-Mordes sagte, stimme ich ihm zu, obgleich für mich die Ermordung unserer revolutionären Kämpfer, die Ermordung von Gareis, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Eisner und anderer wichtiger war als die Ermordung von Rathenau. (Zuruf Crispian: mir auch.) Daß dieser Vorgang indes auch für mich wichtig war, geht zur Genüge daraus hervor, daß ich, der ich bis zu diesem Tage auf dem Krankenlager lag, auf Krücken in den Reichstag gekommen bin, um zu helfen bei der Arbeit.

Die Schlußfolgerungen aus diesem Ereignis sind aber für uns verschiedene. Für mich war es die Gelegenheit, alle klassenbewußten Proletarier aller Richtungen zusammenzupeitschen zur Wiederholung der Aktionen, die nach dem Rapp-Putsch eingesetzt, aber dann verpfuscht wurden. Tatsächlich aber mündete jetzt die ganze Aktion aus in dem Plan der Verschmelzung mit der SPD.

Wir hatten uns bis dahin durch unsere Parteitagebschlüsse ganz unbedingt gegen eine Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien erklärt. Es waren denn auch früher schon Entgleisungen vorgekommen, auf die Crispian schon hingewiesen hat. Während unserer gemeinsamen Aktionen nun kam von rechtssozialistischer Seite erst mündlich, dann schriftlich die Anfrage: Wollt Ihr nicht jetzt in die Regierung eintreten?

Unsere Partei hatte bei einer ähnlichen Anfrage der Rechtssozialisten bei früherer Gelegenheit die Gegenfrage gestellt: Wie denken denn die bürgerlichen Parteien darüber? Ich hatte damals einer solchen Gegenfrage widersprochen, weil in ihr ja schon unausgesprochen die Bereitwilligkeitserklärung unserer Partei zum Regierungseintritt lag. Den Rechtssozialisten fiel es auch jetzt nicht ein, zu erklären, daß die bürgerlichen Parteien mit einem solchen Regierungseintritt einverstanden wären; sie formulierten vielmehr ihr Schreiben so: Wenn Ihr jetzt Euren Beitritt erklärt, so sind wir überzeugt, daß die bürgerlichen Parteien keinen Widerspruch erheben werden. Das war indes nur eine Vermutung. Ich habe damals sofort erklärt, trotzdem ich selbstverständlich unter allen Umständen eine Koalition abgelehnt hätte, daß in dem Schreiben der Rechtssozialisten durchaus nicht die Gewißheit der Zustimmung der bürgerlichen Parteien enthalten sei. Da erwiderte Genosse Hilferding, der immer als berufener Interpret der rechtssozialistischen Auffassung bei uns galt: Wenn die Rechtssozialisten schreiben, daß sie überzeugt sind, die Widerstände bei den Bürgerlichen ließen sich überwinden, so ist das so gut wie eine Zusage, daß das geschehen wird.

Am der Abstimmung fielen die Instanzen darauf hinein; sie nahmen mit Zweidrittelmehrheit die Bereitwilligkeitserklärung zum Regierungseintritt an.

Das wurde den Rechtssozialisten mitgeteilt und dann kam nach kurzer Zeit die Auskunft: die bürgerlichen Parteien lehnen Euren Eintritt auch jetzt ab. Es war also ein vollständiger Reifall.

Nunmehr wurde gesagt: ja, wenn wir aber eine Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Fraktionen im Reichstag bilden, dann wird sich der Eintritt in die Regierung bewerkstelligen lassen. Da wurde die Reichstagsfraktion vor die Frage gestellt, ob sie unter diesen Umständen der Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratischen Fraktion zustimmen wollte. Auf den Hinweis, daß es sich wiederum nur um eine Vermutung handle, erklärte wiederum Hilferding, er habe mit Wirth gesprochen, der erklärt habe, das sei dann selbstverständlich eine ganz andere Situation. Auf diese vage Auskunft fiel dann wieder die Fraktion mit Zweidrittel- oder Dreiviertelmehrheit hinein. (Zuruf: Es waren aber jedes Mal andere Minderheiten.) Nun, ich gehörte jedes Mal zu dem ablehnenden Teil.

Crispien legt nun diesen Arbeitsgemeinschaftsbefehl so aus, als ob damit nur ein bestehender Zustand legalisiert wurde. Das ist nicht richtig. Die Arbeitsgemeinschaft, die bereits in Kraft war und die ich immer empfohlen habe, war eine Arbeitsgemeinschaft mit allen proletarischen Parteien, auch mit der kommunistischen. Wir haben eine solche Arbeitsgemeinschaft im Reichstag wiederholt zu verwirklichen gesucht. Und als die Rechtssozialisten und die Kommunisten sich untereinander verzankten, war gerade ich es, der es in die Wege leitete, daß wir erst getrennt mit den Rechtssozialisten und dann getrennt mit den Kommunisten verhandelten, um auf diesem Wege dennoch eine Verständigung herbeizuführen. Der wesentliche Unterschied gegen den neuen Plan war aber der, daß damals in keiner Weise die Selbständigkeit der Entschließung der einzelnen Fraktionen gehemmt werden sollte. Die Souveränität der einzelnen Parteien war damit nicht in Frage gestellt, während der jetzige Arbeitsgemeinschaftsbefehl ein Zusammentreten der SPD- und USPD-Fraktion zu gemeinsamer Beschlussfassung forderte. (Zuruf: Die Beschlüsse sollten nicht gemeinsam befaßt werden.) Dann hätte die Bildung einer solchen Arbeitsgemeinschaft ja gar nichts Neues gebracht, denn das man Delegierte zum Verhandeln absandte und dann in den Fraktionen selbständige Beschlüsse faßte, das hatten wir ja schon immer.

Nun zur Koalitionsfrage! Bereits die Erklärung der Reichskonferenz für den Eintritt in die Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien bedeutete den Bruch mit unseren bisherigen Beschlüssen. Da das immer bestritten wird von allen heutigen Verschmelzungsaposteln, will ich die entscheidende Stelle aus dem Beschluß des Leipziger Parteitages vom Januar 1922 wortgetreu verlesen:

„Indem die USPD. ihre klare Klassentampfpolitik fortsetzt, frei von jedweder Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien, ermöglicht sie den baldigen Zusammenschluß aller Arbeiterparteien für den siegreichen Endkampf des Proletariats.“

Diesen Satz habe ich selber in einer Vorbesprechung über die Formulierung des Manifestes in Leipzig beantragt mit der ausdrücklichen Motivierung, wir müssen eine solche Erklärung haben, um uns ein für allemal gegen die Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien zu sichern. Und der Genosse Dietmann hat dann diesen Satz so interpretiert: „Solange wir noch um die Einigung zu kämpfen haben, solange sie nicht perfekt ist, dürfen wir nicht in eine Regierung mit bürgerlichen Parteien eintreten. Erst dann, wenn diese Einigung da ist, dann wird die geeinigte Partei sich darüber zu entscheiden haben, ob sie evtl. unter gewissen Umständen mit bürgerlichen Parteien eine Regierungskoalition durchführen wird. Wir sind nicht berufen, jetzt für die spätere geeinigte Partei irgend etwas festzulegen.“

Mit dieser Auslegung konnte ich mich einverstanden erklären, um so mehr, als ich jetzt davon überzeugt bin, daß auch die geeinigte, d. h. wie wir damals annahmen, aus allen proletarischen Richtungen zusammengesetzte Partei niemals eine solche Gelei machen wird, sich auf eine Koalition mit kapitalistischen Parteien einzulassen. Der Antrag wurde einstimmig in der Vorbesprechung des Parteitages zum Beschluß erhoben.

Trotz aller nachträglicher willkürlicher Auslegungen verbietet er uns und hat uns verboten, im Frühjahr uns zum Eintritt in eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien bereitzuerklären. Daß die Reichskonferenz dennoch einen solchen Beschluß faßte, war ein Bruch mit einem Parteitagsbeschluß.

Crispien sagt demgegenüber, wenn man sich an die Statuten hält oder programmatische Erklärungen, so ist man kleinbürgerlich. Ich traue der Mehrheit des Parteitages zu, daß ihr bei diesen Ausführungen des Genossen Crispien doch ein Schaudern über den Rücken gelaufen ist und sie sich sagten: Gott schütze mich vor meinem Freund! (Entrüstung.)

Crispien sagte, ja, in der Politik, da muß man mit bewundernswerter Raffiniertheit vorgehen. Die Rechtssozialisten haben diese Raffiniertheit immer bewiesen und Crispien ist immer darauf hineingefallen. Ich verurteile aber entschieden die Rohkäufcherpolitik, mit der die Rechtssozialisten die USPD. irreführt haben.

Nachdem eines der wesentlichsten Unterscheidungsmerkmale zwischen unserer Partei und der SPD., die Koalition mit bürgerlichen Parteien, gefallen war, da gab es für die Konjunkturpolitiker in unseren Reihen kein Halten mehr, da forderten sie sofort die Verschmelzung. Und nun komme ich zu der großen Irreführung der Parteigenossen.

Ihr beruft Euch darauf, daß die Massen die Einigung wollen. Ja, sie wollen die Einigung, aber die Einigung im revolutionären Klassentampf. Ihr aber habt sie irreführt, als Ihr sagtet, die Verschmelzung auf Grund des vorgelegten Aktionsprogramms ist die Einigung, die ihr wollt. Und leider haben sich die großen Massen der Parteigenossen irreführen lassen.

Die rechtssozialistische Partei ist von ihrer Auffassung nur in ganz unwesentlichen Dingen abgewichen. Das zeigt sich schon in dem vereinbarten Aktionsprogramm. Es enthält einen Haufen Forderungen, denen jeder Sozialist zustimmen kann. Vor dem Kriege hätte es vielleicht genügt, wir aber haben die Revolution durchgeführt. Wir haben dann weitere Kämpfe bestanden. Wir haben uns auf Grund aller dieser Erfahrungen in dem Leipziger Aktionsprogramm zu einem revolutionären Bekenntnis durchgerungen, zur Diktatur des Proletariats. Das jegige Aktionsprogramm aber, das der Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien vollkommen Raum läßt, verleugnet obendrein die Diktatur des Proletariats.

Die Diktatur des Proletariats ist nicht an eine bestimmte Form der Macht ausübung gebunden. Man kann die Diktatur des Proletariats je nach den Umständen, je nach den Verhältnissen der Länder auch mit demokratischen Methoden wirkungskräftig ausüben. In dem vorgelegten Aktionsprogramm aber wird überhaupt die Diktatur des Proletariats verleugnet. Nachdem wir, die Vorkämpfer des revolutionären Sozialismus, uns bekannt haben zur Diktatur des Proletariats im Leipziger Aktionsprogramm für die Gegenwartspolitik, nicht nur als eventuelles Programm für spätere Zeiten, da dürfen wir es jetzt nicht verleugnen. (Zuruf Crispian: Es heißt in dem jegigen Aktionsprogramm: Die Eroberung der politischen Macht!) Die Eroberung der politischen Macht kann jede bürgerliche Partei in ihr Programm stellen. Ihr aber habt die Diktatur des Proletariats verleugnet, und das ist eine würdelose Unterwerfung unter die Diktatur der rechtssozialistischen Partei.

Ihr habt das Proletariat irregeführt, indem Ihr behauptet, daß, was wir ihm jetzt vorsehen, sei die Einigung des Proletariats. Es ist auch falsch, wenn Ihr einwendet, daß Ihr nichts preisgebt. Ich kann Euch das Gegenteil leicht nachweisen. Ihr habt entscheidende Bestrebungen unserer Partei preisgegeben, vor allem auch die Gegnerschaft gegen die Koalitionspolitik und die Diktatur des Proletariats. Wie aber die Verschmelzungsbewegung bereits in ihren ersten Geburtswehen lähmend einwirkte auf die Instanzen der USP., will ich durch Anführung einer Tatsache beleuchten. Die letzte Fraktions Sitzung war mit einer Sitzung der zentralen Körperschaften kombiniert. Es wurde da der Auftrag zur Anknüpfung von Verhandlungen mit der rechtssozialistischen Partei gegeben. Nun hatte unmittelbar vorher die bayerische Regierung die Reichsregierung zu einem Kompromiß verleitet, das überall die Entrüstung der Arbeiterschaft hervorrief. Einige Freunde und ich verlangten nun in dieser Fraktions Sitzung, — sie fand in den Reichstagsferien statt — die sofortige Einberufung des Reichstages, um die Reichsregierung zur Verantwortung zu ziehen und zu versuchen, die Massen durch die Reichstagsverhandlungen in Bewegung zu bringen. Zu diesem Zweck hatte ich eine Interpellation entworfen, die die Regierung vor zwei Fragen stellte:

1. Welche Gründe haben die Reichsregierung bewogen, unter Bruch der Reichsverfassung mit der bayerischen Regierung Vereinbarungen zur Abänderung der Gesetze zum Schutze der Republik zu treffen?

2. Was gedenkt die Regierung zu tun, um den durch diese Abmachungen gestärkten Reaktionen und separatistischen Bestrebungen in Bayern wirksamer entgegenzutreten als bisher?

Als vorsichtiger Mann legte ich die Resolution vorher meinen sämtlichen Kollegen im Vorstand der Reichstagsfraktion vor. Ausnahmslos stimmten sie alle zu. Dann unterbreitete ich die Interpellation der Fraktion. Ein bayerischer Genosse hatte uns noch unmittelbar vorher gratulierende Enthüllungen über

militärische Vorbereitungen in Bayern gemacht. Es brannte also. Zunächst gab es in der Fraktion keinen Widerspruch. Dann aber erklärte ein Genosse, wir hätten doch jetzt eine Arbeitsgemeinschaft mit der sozialdemokratischen Fraktion und dürften also nicht isoliert den Antrag stellen; wir müßten uns erst mit der SPD. verständigen, ob sie einverstanden sei. (Lebh. hört, hört!) Gegen meinen Widerspruch beschloß die Fraktion in diesem Sinne. Ich warnte vor dieser Verschleppung. Die Verhandlungskommission wurde beauftragt, mit den Rechtssozialisten über die Interpellation zu verhandeln, und selbstverständlich — hat man nie wieder von dieser Interpellation irgend etwas gehört (hört, hört!). Die Kommission hat uns noch nicht einmal einen Bericht gegeben. (Zuruf Crispian: Du bist ja doch Vorsitzender der Fraktion!) Und mit mir ist es Crispian und dann war er beauftragter Unterhändler. Aber Crispian hat einen solchen Bericht niemals für nötig gehalten.

Das ist ein schlagender Beweis dafür, wie lähmend alle die Verschmelzungsbedingungen und -verhandlungen einwirken. Preisgegeben ist der Widerspruch gegen die Koalition, preisgegeben die Diktatur des Proletariats. Dieselben Männer aber, die das auf dem Gewissen haben, stellen sich jetzt bei jeder Gelegenheit hin und sagen: Wenn wir nur erst in der geeinigten Partei sind, werden wir dort den guten USP.-Geist zur Geltung bringen! (Zuruf: Das wollen und das werden wir!) Eine läglichere Begriffsverwirrung ist noch nicht vorgekommen. Diese Genossen, die schon im voraus zurückgewichen sind aus den wichtigsten Positionen, künftigen große Läten im revolutionären Sinne an, wenn sie erst mit der reformistischen Partei verschmolzen sein werden. Auf solches Heldentum hat vor 150 Jahren Lessing bereits eine treffliche Antwort erteilt:

Sprach Fix, das Haupt von tapferen Leuten:

Ich flieh', um öfter noch zu streiten!

Ich flieh', so überseh' ich ihn,

Ich flieh', um öfter noch zu fliehen!

Lessing hat in der Seele Crispians und aller derer gelesen, die jetzt unsere revolutionären Forderungen preisgegeben haben, dann aber mit bombastischen Ankündigungen künftiger Großtaten um sich werfen. (Zuruf: Du fliehst aus der Einigung.) Ich kann nicht aus etwas herausfliehen, dem ich nie angehört!

Ich lehne die Verschmelzung mit der SPD. ab, weil sie ein Bruch mit der revolutionären Tradition der Partei ist; weil die Partei, wenn sie sich als Ganzes auf diesen Standpunkt stellen würde, aufgehört haben würde, eine revolutionäre sozialistische Partei zu sein.

Aus den Bedingungen geht klar hervor, daß in Wirklichkeit gar keine Rede sein kann von einer Verschmelzung gleichberechtigter Faktoren, sondern daß es sich handelt um das Aufgeben der USP. in der SPD.

Crispian sagte, daß unser heutiger Schritt dasselbe sei, wie damals, als wir die KAG. bei uns aufnahmen. Genossen, das ist nicht richtig. Als wir die Genossen der KAG. aufnahmen, haben sie unser Programm und unsere Statuten bedingungslos akzeptiert. Sie wurden dadurch zu vollkommenen Mitgliedern der revolutionären Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Wenn Crispian das aber in Parallele stellt mit der jetzigen Verschmelzung, so bekennet er damit, daß er in die rechtssozialistische Partei ohne wesentliche Gesinnungsunterschiede eintritt. Ich habe den Eintritt der KAG. in unsere Partei immer befürwortet, und ich stehe auch jetzt noch dazu, trotzdem die meisten Mitglieder der KAG. mit unglaublicher Schnelligkeit bis zu dem rechten Flügel der USPD. sich entwickelt haben. (Heiterkeit.)

Noch ein paar Worte über die organisatorischen Maßnahmen bei der Verschmelzung. Während von den Parteigenossen allgemein angenommen wurde, daß bei den organisatorischen Bedingungen eine gewisse Parität beachtet werden würde, natürlich unter Anerkennung der Tatsache, daß die SPD. so und so viel mehr Mitglieder zählt, sind der USP. unter 23 Mitgliedern des Parteivorstandes der WSPD. nur 7 Mitglieder bewilligt worden.

Die Verschmelzung ist ferner mit einer solchen Hast betrieben worden, daß die Parteigenossen gar keine Gelegenheit gehabt haben, die Bedingungen durchzuberaten. Sie ist von oben herab durchgepeitscht worden. Und wenn immer gesagt wird, daß die Massen diese Schnelligkeit verlangen, so ist der leuchtendste Beweis dafür, daß dem nicht so ist, die Tatsache, daß zu den Parteitagswahlen höchstens 20 bis 30 Proz. der Parteimitglieder gegangen sind. Vorsichtigerweise sind nur sehr wenig Zahlen publiziert worden. Die Proporzwahl ist von den Instanzen überhaupt abgelehnt worden. In einer ganzen Anzahl von Bezirken aber hätte eine Proporzwahl vorgenommen werden können. In wichtigen Orten sind überall für unsere Auffassung starke Minderheiten gewesen, so zum Beispiel in München. In Hamburg hat ein Drittel der wählenden Genossen für die Opposition gestimmt. (Lebhafte Zurufe: Das waren im ganzen 80 Genossen!) Ja, und die Mehrheit hat nur etwa 160 Genossen auf die Beine gebracht.

Zusammen mit einer Anzahl Freunde habe ich Ihnen eine Resolution unterbreitet, welche diese „Einigung“ ablehnt. Ich habe Ihnen in Erläuterung der Resolution noch einige Ergänzungen vorzuführen. Der einzig richtige Weg zur Einigung ist der, den wir seit Jahren beschritten haben, durch die Herbeiführung gemeinsamer Aktionen den gemeinsamen revolutionären Sinn, die gemeinsam revolutionäre Ueberzeugung in allen Schichten des Proletariats zu entwickeln. Dann erst ist die wirkliche Einheit möglich, die uns den Sieg verbürgt.

Nun noch ein Wort über die Kommunistische Partei! Diejenigen unter uns, die die einseitige Verschmelzung mit der SPD. zu rechtfertigen haben, sind es gewesen, die seit Wochen und Monaten in allen Versammlungen und hier auf dem Parteitage alle möglichen Dinge über die Kommunistische Partei gesagt haben, wodurch der Glaube erweckt werden soll, daß eine Einigung mit der kommunistischen Arbeiterschaft ein für alle Mal unmöglich ist. Ihr wollt Euch einseitig auf ein rein reformistisches Programm unter entwürdigenden Bedingungen mit den Rechtssozialisten verschmelzen. Und wie ich immer und immer wieder betone, daß die Rechtssozialisten zu einer solchen Verschmelzung nicht reif sind, so erkläre ich auch wieder und wieder, die KPD. ist ebensowenig verschmelzungsreif. Was hier über einzelne Handlungen der Moskauer Internationale gesagt worden ist und über die deutsche Führerschaft der Kommunisten, dieses Urteil unterschreibe ich zum größten Teil. Aber die großen Massen der Arbeiterschaft in der KPD. stehen uns als revolutionäre Sozialisten in ihrem Fühlen und Denken und Handeln noch näher als die Rechtssozialisten. Die Kommunisten, als sie noch als Spartakusbund der alten Partei angehörten, haben mit uns zusammen gegen die Rechtssozialisten die Revolution durchgeführt, soweit Menschen überhaupt Revolution machen können. (Zuruf: Aber wie!) Und als die Kostebergewaltigung der proletarischen Massen einsetzte, haben wir wieder Schulter an Schulter mit den Kommunisten den Kampf geführt. Das ist eine Blutsbruderschaft, die uns unlöslich verbindet, trotz augenblicklicher Berührungen der Kommunistischen Partei. Ihr hört auf, revolutionäre Sozialisten zu sein (lebhafter Widerspruch), wenn Ihr Euch jetzt mit diesen Verrätern an der Revolution verschmelzt, die sich seit jener Zeit wenig geändert haben. Und da muß ich noch zwei Dinge hervorheben und aufklären.

Ihr wißt alle, die Ihr Halle mitgemacht habt, daß ich damals gegen den Anschluß an Moskau scharfer angekampft habe als irgendeiner. Wenn ich in den Kampf gehe, gehe ich ganz in den Kampf. Und ich betone, daß ich nicht aus persönlichen Gründen zu meiner Stellungnahme gekommen bin. Wohl bin ich von den Rechtssozialisten und den Kommunisten beschimpft worden, aber Parteigenossen, seien wir doch ehrlich, nie bin ich stärker beschimpft worden als von Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der ich heute noch angehöre. (Lebh. Unruhe und Entrüstung.) Ich habe darauf hingewiesen, daß noch Leute in der rechtssozialistischen Partei sich in Führerstellen befinden, die Untaten begangen haben, die wir nie vergeihen können. Wie es im bürgerlichen Leben Verbrechen gibt, die einen Mann im öffentlichen Leben ein für allemal unmöglich machen, so gibt es auch in der Arbeiterbewegung Verbrechen gegen den Grundgedanken des Sozialismus, Blutverbrechen gegen das Proletariat. (Zuruf: Moskau.) Ihr nennt Moskau. Zweifelloso gibt es in Moskau Männer, mit denen ich mich nie zusammen an einen Tisch setzen würde. Genossen, solche Männer aber auch sind Koste, sind Heine, sind Artur Zidler, ein Redakteur des „Vorwärts“, der diesen von mir zitierten Vers geschrieben hat:

„Blei hundert Tote in einer Reih',
Karl, Rosa, Rakel und Kumpanei,
Es ist keiner dabei, es ist keiner dabei.“

(Zuruf Karsten: Das ist Theater, was Sie jetzt machen!) Sie haben jedes Gefühl für wirkliche Gemeinschaft eben verloren! Ihr seid bereit, in eine Parteigemeinschaft mit diesen Leuten hineinzugehen. Aus jüngster Zeit nenne ich nur als Beispiel den Fall Erhard Auer. Auer hat dem Mörder von Eisner einen Rosenstrauch geschickt mit der Motivierung, er sei ihm eine Aufmerksamkeit schuldig gewesen. Selbst rechtssozialistische Blätter haben geschrieben, daß eine solche Tat Erhard Auer unmöglich mache. Die rechtssozialistische Partei in München aber hat ihm ausdrücklich ihr Vertrauen ausgesprochen, während die Ortsgruppe Nürnberg sich dagegen erklärte. (Lebh. Unruhe.) Parteigenossen, wenn Ihr es fertig bringt, nach allen diesen Erfahrungen in eine Partei hineinzugehen, die Koste als Reichstagskandidaten aufstellt, so seid Ihr wert, daß Ihr alle einen Rosenstrauch von Auer kriegt. (Stürmische Empörung. Vorstehender Dittmann unterbricht den Redner und fordert ihn auf, sich in sachlichen Ausführungen zu bewegen. Durch seine letzten Worte habe er den ganzen Parteitag beleidigt.)

Die schlimmsten Erfahrungen bei Kriegsbeginn, daß wir damals den rechten Zeitpunkt veräußerten, haben mir gesagt, daß wenn es jetzt wiederum zu einer solchen zerstörenden Aktion kommen soll, daß ich die Pflicht habe, bei der ersten Gelegenheit zu erklären, daß ich einen solchen Schritt nicht mitmache. Wie in meinem Leben bin ich über eine Handlung so froh gewesen als über diese Erklärung, die ich in Berlin auf der Funktionärskonferenz abgegeben habe. Tausende von Parteigenossen im Lande denken glücklicherweise so wie ich. Und wenn Ihr Euch wirklich mit der SPD. verschmelzt, was ich bis zum letzten Augenblick zu verhindern suchen werde, so werden wir genau so wie in Halle die Unabhängige Sozialdemokratie als revolutionäre Klassenkampfpartei, als Sammelpunkt für alle revolutionären Elemente des Proletariats aufrechterhalten und werden in demselben Sinn und Geist und womöglich mit größerer Energie darauf hinwirken, alle Arbeiterorganisationen mit uns zusammen zu treiben vorwärts auf der Bahn des Klassenkampfes, zu gemeinsamen Aktionen, bis aus denen die große revolutionäre Sozialistische Partei der Zukunft erwachsen wird, deren einheitlicher Wille, deren einheitliche Kraft die Eroberung der

kapitalistischen Macht, den Sieg über den Kapitalismus verbürgt. (Teilweiser Beifall.)

Hierauf wird in die Debatte über die Einigungsfrage eingetreten.

Die Debatte.

Berten-Düsseldorf: Wir haben ungeheuer schwere Entscheidungen zu fällen. Sie werden uns aufgezwungen aus den Verhältnissen heraus, die uns in den Referaten geschildert wurden. Wir sind für die Einigung, weil sie eine historische Notwendigkeit geworden ist. Die Einigungsgegner sollten sich nicht darüber täuschen, daß sie nicht große Anhängererschaft im Reiche finden werden. Ich stelle fest, daß der Genosse Obuch in keiner Versammlung am Niederrhein und auch in Düsseldorf die Erklärung abgegeben hat, daß er Gegner der Einigung ist. Allerdings hat er versucht, auf dem Bezirksparteitag Niederrhein und in der Mitgliederversammlung in Düsseldorf eine Resolution im Sinne seines Standpunktes durchzubringen. Die übergroße Mehrheit der Mitglieder hat sich für andere Entscheidungen entschieden, die sich auf den Boden der Einigung stellten. Wir alle sollten uns dessen bewußt sein, daß wir die Aufgabe haben, bei der historisch notwendig gewordenen Vereinigung die Partei möglichst geschlossen zusammen zu bringen. (Sehr wahr!) Die Gegner sollten sich auch darüber klar sein, daß sie durch ihr Verhalten nicht der proletarischen Bewegung nützen, sondern nur den Indifferentismus stärken. Wir haben weiter die Aufgabe, die Vereinigung zu einer dauernden zu machen. Darum müssen wir in der neuen geeinten Partei dafür eintreten, daß eine Politik betrieben wird, die den Interessen des Proletariats entspricht. Gegenüber den bürgerlichen Parteien vertreten wir durchaus dieselbe Auffassung, wie wir sie früher vertreten haben. Es ist nicht die glücklichste Partie der Crispinischen Rede, wo er sich über diese Frage verbreitete. Er hätte auch nicht den Bebel von 1899 anführen sollen, sondern den Bebel von Dresden und Amsterdam. Von der neuen Partei muß eine klare energische Klassenkampfpolitik betrieben werden, die kein Ausweichen mehr gestattet. Das vorliegende Aktionsprogramm kann sehr wohl als Grundlage einer solchen Politik dienen. Bebel hat 1903 in Dresden und in Amsterdam scharfe Kämpfe gegen die revisionistische Politik geführt. In den politischen Vorgängen der letzten acht Jahre erkenne ich nur zu gut die praktische Probe auf die Möglichkeit des Revisionismus. Es hat sich erwiesen, daß es keine Möglichkeit gibt, revisionistische Politik zu betreiben. Crispian sagte, wir müssen auch die organisatorischen Fragen von großen Gesichtspunkten aus behandeln. Das wollen auch wir, und deshalb haben wir in unseren Antrag den großen Gesichtspunkt der Demokratie in der eigenen Partei zum Ausdruck gebracht. Wir wollen, daß keine Autokratie in der neuen Partei aufkommt. Die Erfahrungen aus vergangenen Tagen zwingen uns, Vorsichtsmassnahmen zu fordern. Wir wollen mit unserem Antrag eine organisatorische Grundlage schaffen, die die Errichtung einer wirklichen Klassenkampfpartei ermöglicht. Nehmen Sie den Antrag an, damit eine Organisation geschaffen wird, die getragen ist von dem Willen der großen Massen des Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

Dobbert-Elberfeld: Wenn der Weltkrieg wie ein großes Unglück die Arbeiter notwendigerweise auseinandergetrieben hat, so müssen sie sich jetzt, wo es daran geht, Zerstörtes aufzubauen, mit derselben Notwendigkeit wieder zusammenfinden. Der Krieg war nur möglich, weil das Bewußtsein des größten Teiles des Proletariats nicht international sozialistisch gewesen ist. Jetzt im Stadium der Weltwirtschaft wissen wir, daß sich das nicht wiederholen wird, wenn das Proletariat geschlossen dasteht und die Organisationen danach streben, sozialistisches Wissen und Erkenntnis in die Massen hineinzubringen. Die größte

Ursache unseres Mißerfolges nach dem Umsturz war die Zersplitterung des Proletariats. Es ist verkehrt, das Scheitern der Revolution lediglich den Rechtssozialisten und den rechten Unabhängigen zuzuschreiben. Wir wollen die Einigung vollziehen, um durch die Einheit bessere Erfolge zu erringen. Das Volk ist von größter Verelendung bedroht. Wollen wir dieser entgegentreten, müssen wir zunächst alle die Schichten zusammenfassen, die schon einen großen Teil sozialistischen Klassenbewußtseins in sich haben. (Sehr richtig.) Das sind die rechtssozialistischen Arbeiter. Wenn wir mit denen zusammenkommen, wird es keiner großen Aufklärungsarbeit mehr bedürfen, sie hinzuführen auf den Weg des Erfolges, der nur der Weg des revolutionären Sozialismus sein kann. Wollen wir die halbe Revolution von 1918 zu einer ganzen machen, müssen wir dafür sorgen, daß das Klassenbewußtsein gestärkt und gefördert wird. Das kann aber nur das Ergebnis lebhaftesten Austausches der Gedanken und Meinungen sein. Nicht nur Verelendung bedroht uns. Vor uns stehen auch die Gefahren neuer großer Katastrophen. Im Orient flammt es auf und wir wissen, daß dadurch auch Europa erneut in Brand geraten kann. Denken wir an die Warnungen selbst Bürgerlicher wie Mittis, Lloyd Georges, an die aufrüttelnde Schrift unseres Genossen Engelbert Graf. Ich unterstreiche doppelt und dreifach, daß wir eine Revision des Versailler Friedensvertrages gebrauchen, einer Stärkung der Internationale, einer Stärkung des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes bedürfen. Betätigung zum Klassenwillen ist genügend vorhanden. Bedenken, pflegen, konzentrieren wir ihn, so wie die Kapitalisten ihren Klassenwillen, ihr Klassenbewußtsein konzentriert haben. Der Sinnesvertrag, der kommende französisch-deutsche Kontinentaltraktat, ist uns eine furchtbare Warnung. Der Verelendung können wir nur entgegen, wenn wir international das Höchstmögliche der Einigung herbeiführen. Das Aktionsprogramm ist eine Grundlage, auf der wir uns finden können. Wir müssen in der vereinten Partei die Masse der Mitglieder auf den Weg des Klassenkampfes drängen. Das zur Macht gefommene Proletariat wird letzten Endes die Diktatur ausüben, um einen neuen gesellschaftlichen Aufbau zu vollführen. Eine mechanistische Bezeichnung des Begriffes Diktatur im Aktionsprogramm ist fruchtlos. Es soll und darf nicht sein, daß der Strom der Massen über die Führer hinweggeht. Ich beschwöre die Genossen, die die Einigung jetzt noch nicht wollen: Machen Sie uns die Arbeit nicht so schwer, gehen Sie mit uns und wenden Sie in der geeinten Partei ihre revolutionäre Energie an! (Beifall.)

Nachmittagsitzung.

Die Debatte über die Einigungsfrage wird fortgesetzt.

Hilsmann-Stuttgart: Werte Genossen und Genossinnen! Parteien sind nicht Selbstzweck, sondern sie sind Mittel zum Zweck, um im Emanzipationskampf das Proletariat zum Sieg zu führen. Das stelle ich meinen Ausführungen voraus und noch ein anderes: Die USPD hat sich zwangsläufig gebildet, nicht freiwillig, sondern weil wir gewaltsam aus der alten Partei entfernt worden sind, weil wir das Banner des Sozialismus aufrechtstellten. Und seit der ersten Stunde haben wir auf unser Banner geschrieben: Die USPD soll Sammlung sein für alle sozialistischen Kräfte. Wir haben uns die Einigung unter dem Banner der USPD, allerdings anders vorgestellt. (Sehr richtig!) Sie sollte zusammenfassen die proletarischen Kräfte von rechts und links, die da glauben, links von uns zu stehen. Aber der geschichtliche Prozeß vollzieht sich bekanntlich nicht immer so, wie wir es wollen und wünschen. Ein wesentlicher Teil unserer Partei — darunter auch ich — hat sich auf das leidenschaftlichste gegen die Beschlüsse der Reichskonferenz und gegen die Vorgänge nach dem

Nathenau-Mord gewandt, die den Verschmelzungsprozeß einleiteten. Ich will hier ein offenes Geständnis abgeben. Es ist für viele wohl mit das Schmerzlichste, das, wo mancher mit starker Ueberwindung den Vereinigungsprozeß mitmacht, ein kleiner Teil glaubt, an diesem Vorgang nicht teilnehmen zu können. Für uns alle, so auch für Lebebour, Rosenfeld, Obuch und Liebtnecht, gelten gleiche Rechte und Pflichten. Wir alle haben Schulter an Schulter getämpft, stehen zueinander. Wie bitter wird es für uns sein zu wissen, daß ein kleiner Teil von diesen Freunden jetzt gegen uns kämpfen wird, von denen wir doch sagen müssen, innerlich sind wir so nahe mit ihnen verwandt. (Lebhafter Beifall.) Wir brauchen unsere Kräfte doch so bitter notwendig und sollten sie nicht im Kampfe gegeneinander verzehren. Es muß die erste Frage auch von Lebebour und seinen Freunden gestellt werden: was verlangt das Proletariat? Wir bejahen die Frage der Einigung nicht wegen der im einzelnen vorgenommenen Stillisierung des Aktionsprogramms. Die Hauptsache ist doch, wie können wir Geist, Kraft und Willen aufbieten, um dem Proletariat zu dienen. Wir werden einen sehr harten Stand haben und schwer ringen müssen, wenn unsere Grundauffassung sich durchsetzen will. Aber jeder, der nicht mitmacht, erschwert uns unser Wirken. (Zustimmung.) Einigt Euch, konzentriert die Kräfte. Wenn durch die Zusammenwerfung nur die Zahl der Mitglieder, nicht aber die Kraft verstärkt wird, dann peise ich auf den Vereinigungsprozeß. Je mehr Zersplitterung, desto schwerer der Kampf, je mehr Konzentration, um so mehr Kraftentfaltung. Denkt an diese Erkenntnis, Genossen! Was verlangt sie von Euch? Das Ihr Euch von uns trennt oder daß Ihr mit uns geht? Sie verlangt, daß Ihr mit uns kommt. Ihr könnt es noch. Der Zusammenschluß ist ja nur die äußere Form, es gilt dann die Arbeiterklasse vorwärts zu treiben. Gelingt es uns nicht, dann wird eine furchtbare Enttäuschung folgen, die zu einer Katastrophe für die Arbeiterbewegung führen würde. Wir wollen uns nur auf uns verlassen; wenn wir uns auf andere verlassen, dann sind wir verlassen.

Manche Parolen der Darlegungen des Genossen Crispian haben mich und mit mir viele Freunde schmerzlich berührt (starke Zustimmung), weil sie unsere Position so ungeheuerlich schwächten. Wir gehen aufrecht in die WSPD. Crispians Darlegungen, gewollt oder ungewollt, hatten einen furchtbaren Klang, indem sie nicht unsere Grundsätze und unsere Politik verteidigten, sondern sie verließen. (Widerspruch und Beifall.) Die Verteidigung seiner Stellung hat ihn vielleicht dazu getrieben. Genossen, was aber war es, wenn er sagte, wir haben praktisch nur die Politik der SPD. betreiben können? (Zurufe. Hilferuf: Und die Kommunisten?) Ich komme auf die Kommunisten, nicht aber im Sinne eines Kommunistenstreffers. Genossen, wir machen den Vereinigungsprozeß mit, und wenn die SPD. es wagen würde zu sagen, den Lebebour oder den Rosenfeld, den müßt Ihr erst hinauswerfen, dann möchte ich erst die Sammer gestalten sehen, die das tun. (Lebhafte Zustimmung.) — Und könnten wir eine Vereinigung mit der KPD. herbeiführen, ich schlußte alle ihre Leute mit Haut und Haaren. (Beifall.) Genossen, eins aber müssen wir: festhalten an unseren sozialistisch-revolutionären Grundsätzen. Ueber die Auslegung des Wortes Klassenkampf haben wir in den letzten 8 Jahren soviel gehört, daß wir für 100 Jahre genug haben. Eins steht fest, wir verstehen darunter nicht Kriegspolitik und nicht Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien. (Lebhafter Beifall.) Als ich Crispian hier hörte, ist mir Artur Crispian von den früheren Parteitaggen sehr stark eingefallen. Doch das soll der Vergangenheit angehören.

Auf die einzelnen Formulierungen im Aktionsprogramm kommt es nicht an. Was aber soll der Satz über die Technische Nothilfe? Wir lehnen die Technische Nothilfe rundweg ab. (Beifall.) Was wir als Gewerkschaften zu

tun haben, das ist dann unsere Sache. (Unruhe. Zurufe.) Es muß doch möglich sein, in der U.S.P. noch Kritik üben zu können. (Beifall.) Wird der Vereinigungsprozeß in den Gewerkschaften im Sinne der bisherigen Politik der SPD. betrieben, dann wird es den Gewerkschaften nicht zum Vorteil dienen, sondern den Kommunisten Wasser auf die Mühle treiben. Wollen wir aber den Einigungsprozeß über die engere Partei hinaus, dann muß unsere Taktik, unser Kampf so eingestellt werden, daß wir alle proletarischen Kämpfer uns näher bringen. Ich zweifle nicht, daß wir dann auch die kommunistischen Arbeitermassen haben werden. (Zuruf: In den Gewerkschaften haben die Kommunisten Euch!) Wir sind in der Gewerkschaftsbewegung verpflichtet, jeden Kollegen als gleichwertig zu behandeln. Dort hat nicht einer den anderen, sondern sie haben sich alle miteinander. Laßt uns unsere Handlungen nicht den Kommunisten zuliebe revolutionär einstellen, sondern aus Ueberzeugung und im Interesse der Arbeiterschaft. Wir stehen inmitten proletarischer Not. Die Arbeiter verlangen von uns, daß wir aktionsfähig sind in den nächsten Monaten. Es wird sehr bald zum Konflikt mit der Koalitionsregierung kommen, wenn wir auf proletarischer Interessenvertretung beharren. Die Koalitionspolitik der SPD. hat längst ihren Bankrott angemeldet. Wir dürfen diese Bankrottierung nicht etwa verzögern. Es ist unsere Pflicht, rücksichtslos und konsequent die Interessen des Proletariats zu vertreten, dann wird sehr bald die Scheidelinie zwischen Proletariat und Kapital kommen. Und wenn wir alle als aufrechte Kämpfer den Vereinigungsprozeß mitmachen, dann werden wir etwas schaffen. Dann wird von Welle zu Welle die Bewegung gesteigert werden müssen, und alle proletarischen Glieder werden wir in unseren Bann bringen.

Im Referat ist vorhin der Betriebsrätekongreß erwähnt worden. Ich frage Euch, warum lassen wir denn immer die KPD. voranmarschieren, warum marschieren wir denn nicht voran? Zwei Jahre ist der erste Betriebsrätekongreß vorbei. Warum wird nicht durch die zuständigen Stellen ein neuer Kongreß sachlich vorbereitet und einberufen? Wenn wir nichts tun, dann wundert Euch nicht, wenn andere es versehlt machen. Macht Ihr es, und macht es richtig, nur dann werden wir die proletarischen Massen hinter uns kriegen. Wir sind jetzt in der zwölften Stunde. Vier Jahre lang hat man von uns Rücksicht auf den Wiederaufbau Deutschlands verlangt. Niemand aber nimmt Rücksicht auf uns und unseren Hunger! Darum wird es für die Arbeiterklasse auch heißen, fort mit der Rücksicht! Laßt uns deshalb nach Nürnberg fahren, nicht gebeugt, sondern im Vertrauen darauf, daß letzten Endes doch unsere Idee siegreich ist, daß unsere Kameraden mit uns gemeinsam marschieren werden. Dann kann ein engeres Zusammenwirken der Gewerkschaften mit den politischen Parteien erfolgen, und das gewaltige Heer der Indifferenten, das heute viel stärker ist als alle drei sozialistischen Organisationen zusammen, werden wir dann zu uns heranziehen. Und auch die KPD. wird sich uns anschließen müssen.

Und so frage ich, Ihr, die Ihr jetzt noch schwankt, in welche Situation kommt Ihr, wenn Ihr Euch jetzt abspaltet und später doch zu uns kommen müßt. Und Ihr alle, sagt es dem alten Georg und sagt es den anderen: Ihr dürft nicht neue Gruppenbildungen machen, Ihr müßt mit uns den gleichen Weg! Gerade mit Euch werden wir gemeinsam und erfolgreich wirken, denn bei einem Teil meiner jetzigen Genossen in der U.S.P. ist meine augenblickliche Hoffnung nicht allzu stark, daß sie unseren Geist in der neuen Partei vertreten werden. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir mit dem politischen Bankrott hinüber kommen, dann wird es hart sein für die SPD.-Opposition.

Die Wiener Internationale liegt uns sehr am Herzen, wir können ihr Schicksal nicht abhängig machen von der deutschen Partei. Ich möchte Crispian sagen, man darf die Arbeiterklasse in Ungarn und in Italien nicht mit der deutschen vergleichen. Ein Horthy-Ungarn in Deutschland ist unmöglich. Auch eine rein bürgerliche Regierung wird uns in Deutschland auf dem Posten finden, und aus dem Kampf gegen sie wird sich die Zusammenschließung aller proletarischen Kräfte ergeben. Wir wollen übergehen in die Vereinigte Sozialdemokratische Partei, um als neue Partei eine Politik zu betreiben, die unseren allen sozialistischen revolutionären Grundsätzen entspricht. Dann dienen wir der Arbeiterklasse Glücklich durch Wetter und Sturm, hindurch in bessere Zeiten! (Beifall und Händeklatschen.)

Zubelt-Berlin: Nur noch wenige Stunden trennen uns vom Begräbnis der U.S.P. Wer die Begrüßungsreden unserer Ausländer aufmerksam verfolgt hat, der wird zugeben müssen, wie wenig Vertrauen auch unsere ausländischen Genossen auf diese Einigung setzen. Die Rede des Genossen Adler in Leipzig ist mir noch in frischer Erinnerung. Seine Begrüßungsrede hier enthielt ein groß Stück Pessimismus. Ich stehe auf dem Standpunkt, mit De-Zug-Schnelligkeit brauche diese Frage nicht erledigt zu werden. Es war ein Ding der Unmöglichkeit, das Aktionsprogramm in allen Bezirken zur Erörterung zu stellen. Hier hieß es, Vogel friß oder stirb! 1875 ist die Einigung anders vollzogen worden. Genosse Crispian, nimm mir es nicht übel, ich war entsetzt über die Einheitsrede, die Du hier gehalten hast. Hinsichtlich der Koalitionspolitik erinnere ich mich, daß die S.P.D. an die Fraktion herantrat mit der Frage, ob wir in die Regierung eintreten wollen. Wir haben uns bereit erklärt, wenn die Regierung aus S.P.D., U.S.P., Gewerkschaftsbund- und Afa-Beretzern zusammengesetzt wird. Hinter uns die Arbeitermassen, würden wir die Regierung halten. Die S.P.D. hat abgelehnt. Die Koalitionspolitik wird uns noch sehr viel Kopfschmerzen verursachen. Ich habe wenig Vertrauen, daß die S.P.D. auf Koalitionen mit bürgerlichen Parteien verzichtet. Der Kampf wird sehr bald entbrennen. Es ist auch nicht wahr, daß der übergroße Teil unserer Parteigenossen mit klingendem Spiel überziehen will. Wenn unsere Politik in der S.P.D. nicht die Oberhand gewinnt, werden sich uns große Widerstände entgegenstellen. Ihr könnt es mir glauben, daß es mir schwer wird, zu vergessen was man in den vergangenen Jahren erlebt hat. Ich werde aber, so schwer es mir wird, nicht zurückbleiben. (Bravo!) Ich denke, mit meinem bißchen Kraft noch in der zusammengegeschlossenen Gemeinschaft ein Stückchen für die Arbeiterklasse leisten zu können. Ich kann mich nicht entschließen, wiederum einer kleinen Gruppe beizutreten und noch einmal wieder von Grund aus aufzubauen. Ich will weiter bauen auf dem Boden, auf dem ich jetzt stehe. Genosse Ledebour, ich bedaure es aufs äußerste, daß Du Dich nicht entschließen kannst, den Weg zu gehen, der nun einmal von der großen Masse des sozialistischen Proletariats gefordert wird. Das Rad ist im Rollen. Niemand ist heute noch in der Lage, es zum Stillstand zu bringen. Eher geht es über uns hinweg. (Sehr richtig!) Geben wir unsere ganze Kraft dem Proletariat, damit erfüllt werden die Aufgaben, deretwegen wir an die Spitze der proletarischen Bewegung gestellt wurden. (Bravo!)

Toni Sender-Frankfurt: Die Entschließung des heutigen Tages ist nicht nur verantwortungsschwer für diejenigen Genossen, die sich noch nicht entschließen können, mit uns zu gehen, sondern ebenso voll von Verantwortung für uns, die wir nach schwerem Ringen zum Entschluß gekommen sind, mit in die vereinigte Partei einzutreten. Unsere schweren Bedenken sind nicht deshalb vorhanden, wie Crispian sagte, weil manche glauben, die Einigung komme zu früh, sondern die Art, wie die Einigung vollzogen wird, hat den Widerspruch unserer

Freude erweckt. Wir haben stets mit Nachdruck unterstrichen und in unseren Beschlüssen zum Ausdruck gebracht, daß die Einigung nur dann eine gesunde und dauernde ist, wenn sie im Feuer des Kampfes vollzogen wird. Jetzt vollzieht sie sich aber im Wege der Verhandlungen und der Passivität. Aber es war auch im gegenwärtigen Zeitpunkt die Möglichkeit einer Vereinigung im Kampfe gegeben, wenn man den Kampf zum Schutze der Republik zu Ende durchgekämpft und auch vor einer Reichstagsauflösung nicht zurückgeschreckt wäre. In diesem Kampfe wären wir auch in eine Einheitsfront, und zwar, wie ich glaube, in eine Einheitsfront des gesamten Proletariats gebrängt worden. Es ist ein nicht unbeträchtlicher Flügel selbst in den Kreisen der rechtssozialistischen Partei, die mit uns dahin drängte. Sicherlich hat sich die Unabhängige Partei niemals als die Partei des Proletariats hingestellt. So haben wohl die Freunde gesprochen, mit denen wir uns jetzt verschmelzen sollen, indem sie erklärten: Kommt nur herein in unsere rechtssozialistische Partei, und die Einigung des Proletariats ist vollzogen. Wir aber haben unsere Mission dahin aufgefaßt, daß wir die Brücke bilden müßten zwischen den beiden Extremen, zwischen denen, die in Abhängigkeit von Moskau, und jenen, die in Abhängigkeit vom Bürgertum sind. Diese Mission ist auch durch den bevorstehenden Einigungsprozeß noch nicht voll erfüllt. Auch nach der Vereinigung müssen wir uns bewußt bleiben, daß wir diese Mission nicht aufgeben dürfen. Man erfüllt aber diese Mission nicht dadurch, daß man sich in antibolschewistischen Ausdrücken bewegt, wie es auch in unserer Partei üblich geworden ist. Ich will bei allem nicht vergessen, daß ja auch von rechtssozialistischen Führern sehr viele, mindestens so schwere Sünden am Proletariat begangen wurden, wie von den Anhängern Moskaus.

Das Aktionsprogramm in seinem positiven Inhalt können wir akzeptieren. Was darin steht, ist recht. Aber es fehlt uns vieles, dessen Aufnahme wir darin hätten verlangen müssen. Vor allem fehlt darin die Ablehnung jeder Arbeitsgemeinschaft mit dem Bürgertum, sei es auf wirtschaftlichem, sei es auf politischem Gebiet. Es ist aber heute noch richtig, was Dittmann in Leipzig zur Koalitionspolitik gesagt hat, wenn er ausführte: „Von welchem Gesichtspunkte aus man als revolutionärer Proletariat auch die Koalitionspolitik betrachtet mag, man muß zu ihrer Verwerfung kommen und kann nur bedauern, daß sie nicht bereits der Vergangenheit angehört. Heute aber ist die Koalitionspolitik der Rechtssozialisten der Hauptgrund, der das Proletariat spaltet, ist das Haupthindernis der Einigung des Proletariats.“ Dieses Haupthindernis ist auch heute noch nicht beseitigt. Vergessen wir nicht, daß wir in der Epoche des höchstentwickelten Kapitalismus mit ihrer äußersten Zuspitzung der Klassengegensätze leben. Wir wünschen auch nicht eine vorübergehende Verflechtung dieser Gegensätze, sondern halten die Stunde für gekommen, sie auszutragen. Beteiligung an der Regierung aber bedeutet nicht Vergrößerung der Macht des Proletariats. Das Bürgertum paktiert mit uns nur, weil es uns mitverantwortlich machen will für seine Taten. Wir wollen uns auch keineswegs identifizieren mit dem bürgerlichen Inhalt der Weimarer Verfassung. Wir wollen im Gegenteil den Kampf aufnehmen gegen diesen bürgerlichen Inhalt. Darum dürfen wir auch nicht die Illusion aufkommen lassen, als genüge die Form der bürgerlichen Demokratie, um zum Sozialismus zu gelangen. Die geistige Annäherung der Parteien ist noch nicht vollkommen vollzogen. Wir müssen in der geeinigten Partei für unsere Auffassungen weiter unsere Kräfte einsetzen, um die Mehrheit der rechtssozialistischen Parteimitglieder auf unsere Seite zu bekommen. Das Proletariat hat hohe Hoffnungen auf diese Vereinigung gesetzt. Das legt uns außerordentliche Verpflichtungen auf. Wir dürfen es nicht wagen, das Proletariat zu enttäuschen. Wir müssen uns bewußt

sein, daß wir einem schweren Winter entgegengehen, der uns nicht nur zu Worten, sondern auch zu verantwortungsschweren Taten zwingen wird, wollen wir nicht, daß in einer Welle von verzweiflungsvollen Kämpfen das Proletariat über unsere Häupter hinweggehen soll. Die Situation muß uns auf der Höhe als Partei des Klassenkampfes finden. Dann, aber auch nur dann, tun wir einen bedeutungsvollen Schritt zur Einigung des gesamten Proletariats. Wir gehen in die geeinte Partei nur hinein mit dem Gelöbnis, daß wir als revolutionäre Sozialisten festhalten an den Grundsätzen, für die die Unabhängige Sozialdemokratie die Jahre hindurch gekämpft hat und gegen unsere Hoffnungen nicht nur auf die Zuspitzung der ökonomischen Verhältnisse, die uns die nächste Zukunft bringen wird, sondern auch auf die Arbeiter im rechtssozialistischen Lager, in deren wir tapfere Bundesgenossen zu finden hoffen. Wir sind überzeugt, daß wir die Wahrheit dort finden werden, und in diesem Geiste sind wir entschlossen, zu wirken, wie wir bisher auch in unserer Partei gewirkt haben. In diesem Geiste strecken wir unseren Klassengenossen die Bruderhand entgegen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Breitfeld: Wir treiben keine Konjunkturpolitik. Wir haben auch nicht die Sünden der SPD. vergehen, wir stehen treu zur Politik, die wir getrieben haben. Glaubt Ledebour, daß er einen Einfluß auf die großen proletarischen Massen ausüben kann, wenn er sich jetzt von uns trennt und eine Sekte gründet. Die Methoden der SPD. gefallen uns vielleicht nicht, aber sie ist eine Partei der Massen des Proletariats und damit des Sozialismus. Stinnes hat sich der Außenpolitik bemächtigt und schafft die Möglichkeit weiterer Verständigung zwischen den Völkern. Diesen Weg müssen wir und nicht er vollenden. Wenn in Augsburg gesagt worden ist, das Göttinger Programm stehe der Einigung nicht im Wege, dann können wir sagen: das Leipziger Manifest wird der Einigung ebensowenig im Wege sein. (Beifall.)

Stein-Berlin: Ich möchte mich dem Appell Döhmans anschließen, daß jene Genossen, die glauben, die Einigung nicht mitmachen zu können, ihre Bedenken zurückstellen im Interesse der Einigung des Proletariats, die auch ihnen am Herzen liegt. Genosse Ledebour hat das Geipenst des Hallenser Parteitages heraufbeschworen. Ich möchte Ledebour doch das Wort in Erinnerung rufen, daß, wenn etwas in der Geschichte sich als Tragödie abspielt, es sich zum zweitenmal wiederholt als Komödie. Halle war eine Tragödie, ein Dolchstoß gegen die revolutionäre Bewegung in Deutschland. Wenn jetzt versucht wird, die Einigungsbestrebungen zu schwächen, so liegt das nicht in der Linie einer revolutionären Politik. Ich appelliere an Ledebour und Rosenfeld, daß sie dazu beitragen, die Einigung aufrechtzuerhalten. Wenn wir jetzt manches von dem zurückstellen, was wir vertreten haben, so nur in der Ueberzeugung, daß eine neue historische Situation eine andere Methode des Kampfes von uns fordert. Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben. Wenn unsere Organisation auch kleiner und schwächer ist als die der SPD., so reicht der Wirkungsbereich unserer Partei weit hinaus über unsere Grenzen. Und wenn jetzt der Boden für die Einigung gegeben ist, so nur deshalb, weil die Gründe, die wir gegen die Sünden und Schwächen der Kriegs- und Rost-Politik der SPD. angeführt haben, Eingang fanden bei den Massen der SPD. Es ist eine historische Notwendigkeit, daß wir den Schritt der Einigung jetzt vollziehen. Wer die Augen davor verschließt, isoliert sich selbst. Der Prozeß, der sich jetzt abspielt im Rahmen der deutschen Arbeiterbewegung, vollzieht sich auch in anderen Ländern. Ich kann mich nur dem Hinweis Adlers anschließen, daß die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien gar nicht die Absicht hat, die Einheitsbewegung in Deutschland aufzuhalten. Wir können nur den Wunsch aussprechen, daß die Einigung in Deutschland auch für die gesamte Internationale als Leit-

stern dienen möge und daß die geeinte deutsche Sozialdemokratie die Brücke bilden möge zwischen der Wiener Arbeitsgemeinschaft und der Zweiten Internationale.

Von einem Aufgehen der U.S.P. in die SPD. kann natürlich keine Rede sein. Beide Parteien stellen manches von dem zurück, was sie bisher vertreten haben. Die geeinte Partei ist eine andere als die SPD. und eine andere als die U.S.P. Sie bildet eine Synthese beider Parteien, und ich will hoffen, daß diese Synthese besser sein wird als die bisherigen Parteien. Es sind Maßnahmen vorgesehen, um der geeinten Partei ein neues Programm zu geben. Ebenso sind Maßnahmen auf organisatorischem Gebiete in Aussicht genommen. Man spricht geringschäßig von einem neuen Programm. Aber an dem Inhalt eines neuen Programms ist in der internationalen Arbeiterbewegung immer die Höhe ihrer Erkenntnis und ihrer Schlagkraft gewertet worden. Die Ausarbeitung eines neuen Programms bedeutet, daß die beiden Richtungen ein neues theoretisches Bekenntnis ausarbeiten, in dem enthalten sind die wissenschaftliche Erkenntnis der beiden Richtungen und der Niederschlag der Erfahrungen, die gemacht worden sind in den Jahren des Krieges und der Revolution. Genosse Rautsky hat in seinem neuen Buche „Die proletarische Revolution und ihr Programm“ bereits ein groß Stück wissenschaftlicher Vorarbeit geliefert. Hieran gilt es nun anzuknüpfen. Aber neben dieser Arbeit wird die vielleicht schwierigere Arbeit verrichtet werden müssen, um die organisatorische Zusammenschweißung jener Teile zu bewirken, die bisher einander bekämpften, bekämpfen mußten im Interesse der deutschen revolutionären Bewegung. Wir haben keine Veranlassung, durch ein laubädeliges Joch zu kriechen. Wir haben nichts zu bereuen. Wir waren die Exponenten der historischen Entwicklung. Die U.S.P. mußte sich absondern, wenn anders der Inhalt der sozialistisch-revolutionären Arbeiterbewegung gerettet werden sollte. Der Geist der U.S.P. soll auch lebendig bleiben nach der Vereinigung mit der SPD. Wir müssen deshalb eintreten für die Resolution, die von Bertin und Genossen eingebracht worden ist. Diese Resolution enthält mit ihrer Forderung der Selbstbestimmung der Mitgliedschaften und der Sicherung der Meinungsfreiheit die notwendigen Garantien, damit wir im alten Geiste in der neuen großen vereinigten Partei wirken können. Dagegen glaube ich, daß die Resolution Döhmans ungewinnlich und schädlich ist, ganz gleich, wie man sich zu ihrem Inhalt stellt. Wollten wir diese Resolution annehmen, so müßten wir über die Frage der Koalitionspolitik eine Debatte entfesseln, über die in der Partei keine einheitliche Auffassung herrscht. Wir können in dieser Stunde nicht den Parteitag in der Form einer solchen Resolution überrumpeln und zur Annahme einer solchen festen Befundung veranlassen. Wir werden schon Schwierigkeiten genug haben, um die Einigung reibungslos zu vollziehen. Ich möchte deshalb die Genossen bitten, diese Schwierigkeiten nicht noch zu vermehren. Es kommt nicht an auf den Buchstaben der Verständigung, sondern auf den Geist der Genossen, die die Vereinbarungen zu erfüllen haben. Der Buchstabe der Vereinbarungen kann nur mit lebendigem Inhalt erfüllt werden, wenn die Genossen in der neuen Organisation alles daransetzen, den Geist der U.S.P. auf die Vereinigte Sozialdemokratische Partei zu übertragen. Die Führer der SPD. sollen es wissen, daß wir darauf rechnen, die Sympathien und Mitarbeit der großen Massen der SPD.-Arbeiter zu gewinnen. Ich rufe Ihnen zu, daß Sie sich gegenseitig jetzt so schnell als möglich verbrüdernd und die historisch notwendig gewordene Einigung reibungslos vollziehen. Wenn diese sich vollzogen hat, dann werden wir auch die großen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den nächsten Monaten eher überwinden und einen festen Boden, eine feste Grundlage schaffen für die sozialistisch-revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland. (Lebhafter Beifall.)

Rosenfeld-Berlin: Parteigenossen und Genossinnen! Noch niemals ist mir eine Rede so schwer geworden wie die, welche ich jetzt zu halten habe. Ich will, ich muß, weil es mein Gewissen verlangt, gegen die Einigung sprechen, und wer möchte leichten Herzens eine Ablehnung aussprechen, wenn es sich darum handelt, ob eine Einigung vollzogen werden soll oder nicht?

Man sagt uns, die Einigung sei notwendig, weil Einigkeit stark macht. Wird denn aber eine Einigkeit wirklich erreicht? Wir sind schon nicht einig, da können wir in Gera und die in Augsburg es erst recht nicht sein. Die Ablehnung, die die Rede Crippiens erfreulicherweise bei einem großen Teil des Parteitagcs erfahren hat, beweist doch, daß wir nicht einig sind. Und welche Luft trennt uns erst von den Vertretern der Reformsozialisten! Ist es ein Fortschritt, wenn sich zwei entchiedene Anschauungen in einer organisatorischen Umrahmung zusammenfinden, wenn es in der künftigen vereinigten Partei so aussieht, wie vor dem Kriege in der alten SPD.? Ist das eine Stärkung der Aktionsfähigkeit des Proletariats? Ich behaupte, daß eine solche Einigung eine Schwächung des revolutionären Proletariats bedeutet. Crippien hat uns die Einigung von 1875 als Beweis für die Richtigkeit der heutigen Einigung vorgeführt. Crippien aber schrieb selbst vor nicht allzu langer Zeit über jene Einigung: „Wenn wir die Geschichte der Arbeiterbewegung von 1875 bis 1919 kritisch betrachten, dann sind die Fragen erlaubt: War die Einigung nicht trotz alledem zu teuer erkauft? Sind die vorübergehenden Erfolge wertvoller als der verschmerzte dauernde Gewinn? Nehmliche Zweifelsfragen werden, wie ich befürchte, eines Tages auch bezüglich dieser Einigung aufgeworfen werden. Crippien hat seine ganze Rede auf der Behauptung aufgebaut, die Situation habe sich nach dem Rathenau-Morde entscheidend und grundlegend geändert. Allerdings sind damals mancherlei Änderungen eingetreten. Das erkenne ich nicht. Sind diese Änderungen aber so grundlegend gewesen, daß sie eine tiefgreifende Änderung unserer Auffassung rechtfertigen? Die Gefahren der damaligen Situation, die Gefahren für die Republik und die Arbeiterschaft, bestanden auch schon vorher und waren uns längst bekannt. Deshalb vermag ich der Argumentation Crippiens nicht zu folgen.“

Ledebour hat historisch das Verhalten der Rechtssozialisten erörtert. Ich will ergänzend fragen: Wie sieht die SPD. jetzt aus? Bei der SPD. können wir eine viel konsequenter Taktik feststellen als bei uns. Die Taktik der SPD. war vom 4. August, als sie den Bürgerfrieden mit dem Bürgertum schloß, bis zur Revolution, als sie die Revolution an das Bürgertum verriet, und weiterhin bis heute, wo sie in der Koalition mit bürgerlichen Parteien verharrt, immer dieselbe. Schon treibt die SPD. in einzelnen Freistaaten Koalitionspolitik sogar mit der Stinnes-Partei. Wie wird es im Reich kommen? Wir müssen auch die politischen Seiten des Stinnes-Lubersack-Vertrages in Betracht ziehen. Alle wirtschaftlichen Ereignisse wirken sich politisch aus. Jener Vertrag muß eine Stärkung der Repräsentantin der deutschen Industrie, der Deutschen Volkspartei, herbeiführen. Stresemann hat schon die politischen Folgerungen aus dieser Stärkung des wirtschaftlichen Einflusses der Deutschen Volkspartei gezogen, er hat gefordert, daß seine Partei als Regierungspartei in die Koalition aufgenommen werde. Auch in Augsburg sind Bedenken gegen die Stinnespolitik aufgetreten. Eduard Bernstein hat darauf aber erwidert, man solle doch aus Stinnes keinen Rinderschreck machen, und der Parteitag scheint ihm zugestimmt zu haben. Wir werden bald vor der Tatsache stehen, daß die Sozialdemokratie die Koalition mit Stinnes durchführen will. Ich bin erfreut über die Resolution Dittmann. Aber es ist doch bezeichnend, daß der Genosse Stein es für notwendig hielt, vor der Annahme dieser Resolution zu warnen, weil diese Resolution eine Debatte über die Frage der Koalitionspolitik ent-

feßeln werde. Was zwingt uns denn, überstürzt Stellung zu nehmen oder einer Diskussion über die Koalitionspolitik auszuweichen? Aber auch ohne Debatte kann jeder von den Delegierten Stellung nehmen. Stein sagte, der Reim des Zweifels würde durch diese Resolution in den Parteitag getragen werden. Die Aufgabe des Parteitages ist doch aber, Klarheit zu schaffen, und das ist auch die Absicht dieser Resolution. Und für die Beurteilung der Wünsche, die Dittmann an die Unterzeichner der Resolution Ledebour gerichtet hat, ist es schon von Bedeutung, wenn durch die Annahme dieser Resolution eine gewisse Klarheit geschaffen wird. Schöne Versprechungen reichen nicht aus.

Ich halte das Aktionsprogramm für völlig unzureichend. Wir, die wir gegen die Reichswehr kämpfen und ihre Aufhebung fordern, sollen jetzt im Aktionsprogramm nur die Ausgestaltung der Reichswehr fordern. Statt der Forderung der Wahl der Richter durch das Volk nur Forderungen aus dem bürgerlichen Programm, die im Widerspruch stehen sogar zu den Forderungen der Gewerkschaften nach dem Rathenau-Mord. Es fehlt die Stellungnahme zu den indirekten Steuern und zur Ernährungsfrage.

Auch die organisatorischen Vereinbarungen sind ganz unzureichend. Von Partikät kann keine Rede sein. Die Entscheidungen in der Provinz sind vollkommen den Zufallsmehrheiten in den einzelnen Bezirken überlassen. Macht es Euch nicht stutzig, daß in Augsburg die Einigung durch Applikation, ohne Debatte, nachdem schon die sozialdemokratische Presse kaum darüber debattiert hatte, angenommen wurde? Ich warne die Parteifreunde, die mit uns gestanden haben in den Kämpfen um sozialistische Ziele. Es handelt sich jetzt um die einseitige Verschmelzung nach rechts. So lange die 21 Bedingungen gelten, so lange die Moskauer Parolen von entscheidender Bedeutung für die Haltung der deutschen kommunistischen Partei sind, ist eine Einigung mit den Kommunisten nicht möglich. Auch die Kampfesweise der Kommunisten stößt uns im höchsten Maße ab. Ihre Taktik ist oft eine Verhöhnung gegen das Proletariat. Ihr Verhalten in Sachsen und Thüringen ist ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. Wir aber unsererseits wollen doch nicht in dieselben Fehler verfallen wie die Kommunisten. Ich habe mich gestern nur gegen die unsachliche Polemik unserer Presse gegen die Kommunisten gewandt. Zum Beweise für solche Kampfesweise erinnere ich daran, daß die „Freiheit“ in der Polemik gegen einen russischen Kommunisten dessen Namen nannte und ihn damit der Gefahr der Ausweisung aussetzte.

International bedeutet die Verschmelzung der USP. und der SPD. ein Aufgehen der Wiener Arbeitsgemeinschaft in der Zweiten Internationale. Auch wenn vorläufig ein Provisorium geschaffen wird, so bedauere ich es doch, weil gerade die Wiener Arbeitsgemeinschaft dazu berufen war, an Stelle der Zweiten Internationale eine aktionsfähige Internationale zu schaffen.

Ich sehe die Einigung des Proletariats herbei, weil ich die Zersplitterung genau so wie alle anderen schmerzhaft empfinde. Ich wende mich jetzt nicht an jene Genossen, die in unseren Reihen längst Rechtssozialisten geworden sind. Ich appelliere an die Genossen, die den Anschluß an die Dritte Internationale lediglich wegen der 21 Bedingungen ablehnten. Ich wende mich an die Genossen, welche es als ihre Aufgabe betrachten, auf die Bewirkung des revolutionären Sozialismus trotz aller Schwierigkeiten hinzuwirken. Diese Aufgabe wird die USPD. nicht erfüllen können. Ich warne deshalb in zwölfter Stunde. Ich sage nicht nur: wir wollen treu bleiben dem Sozialismus, sondern auch, wir wollen treu bleiben den Prinzipien der USP. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dittmann schlägt vor, die Debatte nunmehr zu schließen.

Der Vorschlag wird mit großer Mehrheit vom Parteitag akzeptiert.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dritter Verhandlungstag.

Sonnabend, den 23. September 1922, vormittags.

Zur Frage der Einigung des Proletariats erhalten die Referenten das Schlußwort.

Lebedour: Genossinnen und Genossen! Ich habe noch einige ganz allgemeine sachliche Ergänzungen zu meinem Hauptreferat nachzutragen, ehe ich auf die Differenzpunkte, die sich im Laufe der Debatte gezeigt haben, eingehe. Der Genosse Crispian hat unser Verhältnis zur Internationale erwähnt. Er hat als seine Auffassung über die Abmachungen, die in Frankfurt bei der Sitzung des Bureau und der Exekutive der WSP, getroffen wurden, ausgesprochen, daß nach der von ihm erwarteten Verschmelzung der beiden deutschen sozialdemokratischen Parteien die an der Verschmelzung teilnehmenden bisherigen Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei noch anerkannt werden müßten als Mitglieder der Wiener Arbeitsgemeinschaft, während andererseits die gegenwärtigen Mitglieder der SPD. nach der Verschmelzung noch anzuerkennen wären als Mitglieder der 2. Internationale. Die beiden Ansichtsgruppen der neuen Vereinigten Sozialdemokratischen Partei wollten dann weiter ihre respektiven Vertretungen in den Exekutiven der beiden internationalen Organisationen behalten.

Diese Auffassung des Genossen Crispian ist irrig. Bureau und Exekutive der Wiener Arbeitsgemeinschaft haben in Frankfurt sich zwar dahin ausgesprochen, daß nach der Verschmelzung die Vereinigte Sozialdemokratische Partei die beiden Richtungen paritätisch behandeln müsse, daß sie keiner vor der anderen in internationaler Beziehung einen Vorzug geben dürfe. Diese paritätische Behandlung läßt sich nur so regeln, daß die Statuten unserer WSP. beachtet werden. Die Statuten der Arbeitsgemeinschaft schreiben aber vor, daß keine der angeschlossenen Parteien gleichzeitig einer anderen internationalen Organisation angehören darf. Davon, daß individuelle Mitglieder irgendeiner Partei als Personen einer internationalen Organisation angehören können, kann keine Rede sein. Das widerspricht dem ganzen Charakter internationaler Verbände. Die internationalen Organisationen setzen sich nicht zusammen aus individuell beitretenden Parteigenossen, sondern sind immer eine zusammengeschlossene Föderation von Parteien aus verschiedenen Ländern. Es ist somit vollkommen unmöglich, wenn man nicht den Charakter einer Internationale umtrempeln will, daß Mitglieder einer Partei individuell zum Teil der 3. und zum Teil der 2. Internationale, zum Teil individuell der Wiener Arbeitsgemeinschaft angehören könnten. Schon Adler hat sich bemüht, dem Genossen Crispian begreiflich zu machen, daß seine Auffassung falsch ist.

Wenn die beiden sozialdemokratischen Parteien sich in Nürnberg verschmelzen, so entsteht eine neue Partei. Diese Partei gehört formell zunächst keiner Internationale an, denn durch die Verschmelzung scheiden die einen wie die anderen aus ihren internationalen Organisationen aus. Um nun der Situation Rechnung zu tragen, wäre es das Richtige, daß in Nürnberg auf Grund von Vorbesprechungen sich morgen die WSP. bereits schlüssig machen würde, welcher Internationale sie sich anschließen will. Dabei ist eins wohl sicher: die SPD. schließt sich keinesfalls der Wiener Arbeitsgemeinschaft an. Sie wird den Uebertritt der Gesamtpartei, einschließlich der ehemaligen Unabhängigen, zur 2. Internationale verlangen. Deshalb eben ist

der Wunsch nach dem von Crispian erläuterten Provisorium entstanden. Aus diesem Provisorium heraus soll dann die Notwendigkeit der Verschmelzung auch der beiden Internationalen bewiesen werden.

Ich bin nun aber auch ein Gegner der Verschmelzung der WSP. mit der 2. Internationale. Die auf meinem Standpunkt stehenden ausländischen Genossen fordern wie ich die unbedingte Aufrechterhaltung der Wiener Arbeitsgemeinschaft. Es war eine neue Enttäuschung in meinem enttäuschungsreichen Leben, Fritz Adler auf dem falschen Pferde der 2. Internationale zu sehen. Auch auf ihn paßt der Spruch: „Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben!“ (Entrüstung und Heiterkeit.)

Ein Auskunftsmitglied wäre, daß Vertreter der WSP. als Gäste an den Sitzungen einer jeder der beiden internationalen Organisationen mit beratender Stimme teilnehmen; dann können sie dort ihre Wünsche betreffs der Verschmelzung beider Internationalen zur Erörterung bringen. (Zuruf Adler: „Ich habe schon zu einer solchen Sitzung eingeladen, das weitere wird die Exekutive entscheiden!“ Zwischenrufe.)

Ich komme nun zu einer anderen Frage, die noch erheblich wichtiger ist. Das ist die wirtschaftliche Situation, in der wir uns befinden. Ich will sie nicht ausmalen; zum Teil ist das schon von verschiedenen Genossen gesehen. Die wirtschaftliche Zerrüttung Deutschlands, außer in Österreich schlimmer als sonst in der ganzen Welt, treibt zur Verelendung der Massen in einem solchen Grade, daß das Barometer auf Sturm steht. Wirtschaftlich sind alle Vorbedingungen für eine plötzlich aus der Verelendung der Massen hervorbrechende revolutionäre Erhebung auch bei uns wieder geschaffen. Jetzt schon drängen sich um die Lebensmittelgeschäfte aufgeregte Frauen, die einfach nicht mehr ein noch aus wissen. In solchen furchtbaren Situationen kommt es überall in allen Ländern, in Deutschland nicht minder als in anderen, zu Empörungsausbrüchen. Parteigenossen, ich glaube, das wird niemand bestreiten, daß sich fürchtbare Dinge vorbereiten. Und selbst wenn wir beschwichtigen wollten, es würde uns nicht gelingen. Aber aus solchen Situationen erwachen allen proletarischen Parteien die Verpflichtungen, sich einzurichten auf die Sturmperiode. Ihr müßt Euch klar darüber sein, daß Ihr jederzeit vor die Frage gestellt werden könnt, Euch revolutionär zu betätigen. Wir sind dann ganz plötzlich vor die Frage gestellt: wollen wir unsere Pflicht als revolutionäre Sozialisten betätigen unter Ausbeutung aller revolutionären Kräfte?

Und in dieser revolutionschwangeren Situation will die Mehrheit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei die Verschmelzung beschließen mit der rein reformistisch gerichteten, in ein Bündnis mit bürgerlichen Parteien verstrickten SPD. Sie will das tun unter Aufgebung des eigenen revolutionären Charakters, unter Verzicht auf alle sie charakterisierenden Eigenbestrebungen. Es ist ein fürchtbares Verbrechen an der Arbeiterbewegung, das Ihr begehen wollt. (Zuruf: Die Arbeiter, nicht wir!) Nein, nicht die Arbeiter, sondern die, die solche Beschlüsse betreiben. (Unruhe, Ermahnung des Vorsitzenden.) Ich halte es für notwendig, vollkommen klar und deutlich zu sprechen. Es ist eine Parallele zu den Vorgängen, die sich 1914 hier in Deutschland und anderswo abgespielt haben. Da ist es die heiligste Pflicht eines jeden Genossen, der das erkannt hat, alles aufzubieten gegen einen solchen Streich.

Es ist auch hier auf dem Parteitag durch die Massen der Delegierten schon in den ersten Tagen das Gefühl gegangen, daß die Methoden der Verschmelzung und ihre Wirkungen verhängnisvoll sind. Selbst unter denjenigen Partei-

genossen, die mit der Absicht hierher gekommen sind, eine solche Vereinigung zu bewerkstelligen, ist dieses Gefühl gewachsen. Ich fasse die Resolution Dißmann als einen Versuch auf, dieser wachsenden Mißstimmung entgegenzuwirken. Die Resolution Dißmann erhebt allerlei Forderungen, die der früheren Auffassung unserer Partei entstammen. Sie verpflichtet aber zu absolut nichts, weil ja die Abmachungen zwischen den Parteien wie die Beschüsse, die in Augsburg von der SPD. gefaßt wurden, eine Adaptionierung dieser Auffassung bis zur völligen Durchführung absolut ausschließen. Also selbst wenn die Resolution Dißmann angenommen wird, bleibt sie doch nur ein frommer Wunsch. (Zuruf Dißmann: Es ist unsere Ueberzeugung!)

Es ist natürlich Eure Sache, mit welchen Mitteln Ihr in der SPD. Eurer Ueberzeugung Wirkung zu verschaffen sucht. (Sehr richtig!) Realpolitisch aber müßt Ihr doch einsehen, daß das aussichtslos ist. Es ist eine Illusion, die, wie viele Eurer Illusionen, zerstört werden wird. Das indes wird die Zukunft lehren. Darüber können wir uns jetzt nicht streiten. Ihr habt Euch eben nach bester Ueberzeugung zu entscheiden.

Der Genosse Breitscheid hat in seiner gestrigen Rede, was mich sehr erfreute, ein wesentliches Motiv für die Verschmelzung öffentlich klar ausgesprochen, das früher allerdings schon einmal bei Vorbesprechungen im engeren Kreise zur Geltung gebracht wurde. Er sagte, wenn wir wirken wollen, dann müssen wir zu den Massen gehen. Die Massen aber sind bei der SPD. und nicht bei uns. Um Einfluß zu gewinnen, müssen wir als Führer zu den Massen gehen, auch dann, wenn die Bedingungen, die uns gestellt werden, unserer Ueberzeugung nicht entsprechen.

Mit Leuten, die ihre Motive verschleiern, läßt sich schwer diskutieren, und deswegen bin ich erfreut über das offene Eingeständnis des Genossen Breitscheid. Es ist das Bekenntnis zur Konjunkturpolitik. Damit verläßt man die grundsätzliche Politik. Die Genossen um Breitscheid haben in unserer Bewegung einen bemerkenswerten, allerdings in der letzten Zeit von der SPD. und USP. abgeschüttelten Vorläufer gehabt: Paul Lensch. Lensch war einer der radikalsten Redakteure unserer Partei, er gehörte zu den 14 Genossen, die für die Ablehnung der Kriegskredite in der Fraktion am 4. August stimmten. Nach seiner Rede in der Fraktion erklärte er stolz, er habe es der Mehrheit der alten Partei gesagt, daß sie „die Eingeweide der Internationalen auf den Tisch gelegt“ hätten. Kurze Zeit darauf trat er plötzlich auf die Seite der Kreditbewilliger hinüber, nicht weil er ihre Politik für richtig hielt, sondern weil dort die Mehrheit war. Er sagte, er sei „kein Minderheitspolitiker“, er wolle auf die Massen wirken. Da haben Sie nun an dem Entwicklungsgang von Paul Lensch vom radikalsten Sozialdemokraten bis zum Stinnes-Redakteur ein leuchtendes Beispiel dafür, wohin man kommt, wenn man solche Erwägungen zur Richtschnur seines politischen Handelns macht.

Damit im engsten Zusammenhang steht die Auffassung, die Gedanken der Führer müßten sich den Massen anpassen. Ich will jetzt nicht darauf eingehen, daß Ihr im Irrtum seid, wenn Ihr glaubt, die Massen stehen auf Eurer Seite. Aber wenn jemand ein Führer sein will, dann muß er eine klar erkannte Ueberzeugung haben und unbedingt dafür eintreten. Und wenn dann die Massen unter irgendwelchen Einflüssen eine andere Ueberzeugung gewinnen, so muß er auch den Mut zur Unpopularität haben; er muß den Massen gegenüber seine bessere Ueberzeugung vertreten, auch auf die Gefahr hin, daß die Massen über ihn hinweggehen, daß er isoliert bleibt.

Ein Führer soll kein Chamäleon sein, das unter dem Einfluß wechselnder Massenstimmung Tag für Tag in allen Farben schillert. Wir haben leider solche Erscheinungen in übergroßer Menge ins Kraut schießen sehen. Was Ihr mit solchen Meinungs- schwankungen erreicht, ist, daß Ihr das Vertrauen zu der Führerschaft in den Massen erschüttert und zerstört. Die Genossen, denen ihre Grundätze wert sind, werden sagen: Wie können wir uns denn auf Männer verlassen, die auf einem Parteitag sich gegen die und dann kurze Zeit darauf für die Koalitionspolitik aussprechen, die heute alles verleugnen, was sie vor kurzer Zeit gepredigt haben?

Ihr arbeitet damit einer starken Strömung in den Massen vor, die behauptet, es sei das charakteristische Kennzeichen der Führerschaft: Sowie jemand „Bonge“ wird, hörter auf, mit Aufopferung seiner Persönlichkeit sich für etwas einzusetzen. Wenn Ihr Führer sein wollt, dann müßt Ihr einen zuverlässigen Charakter als Führer betätigen und die tiefinnere Ueberzeugung in Euch gefestigt haben, die Euch über alles hinwegträgt.

Es wurde hier an mich und meine Freunde von verschiedenen Genossen der dringende Appell gerichtet, wir möchten doch unseren mit aller Deutlichkeit bekundeten Entschluß, die USPD. aufrechtzuerhalten, preisgeben und uns in Nürnberg der SPD. anschließen. Alle meine Bitten: verschont mich doch mit solchen nutzlosen Belästigungen!, haben nichts gefruchtet. Die beharrlichen Umstimmungsbemühungen jener Genossen zeigen, welch tiefe Kluft sich bereits zwischen unserem Fühlen und Denken aufgetan hat. Ich richte nun an diese Genossen die Frage: Ihr, die Ihr so redet, habt Ihr denn gar kein Gefühl dafür, daß Ihr mir — nach meiner Ueberzeugung — mit Eurem Ansinnen eine ausgesuchte Niederracht zumutei? (Unruhe.) Nach meiner Ueberzeugung wäre es eine Niederracht, wenn ich jetzt, nachdem ich bei Beginn der Bewegung die feierliche Erklärung abgegeben habe, ich würde unter allen Umständen mich bemühen, die USP. aufrechtzuerhalten, was mir die Zustimmung von Tausenden eingetragen hat, wenn ich da jetzt auf solches Zureben hin erklären würde: ich gehe mit nach Nürnberg! Es wäre ein Verrat an denen, die sich auf mich verlassen, die an meiner Seite stehen, mit denen ich mich auf Gedeih und Verderb verbunden habe. (Zuruf: Gehen Sie doch zu den Kommunisten!) Ich erkläre hier noch einmal, daß ich ebensowenig zu den Kommunisten wie zu den Rechtssozialisten gehe. Ich widerspreche einer solchen Verleumdung auf das schärfste.

Ich wende mich jetzt zu Euch, um Euch von meinem Denken und Fühlen aus ins Gewissen zu reden. Nicht an die unter Euch wende ich mich, die wirklich zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß das, was in Nürnberg geschehen wird, das Beste ist für das Proletariat, sondern an die, die mir und meinen Freunden stets sagen, im Grunde ihres Herzens ständen sie ganz auf unserer Seite; nur aus diesem oder jenem Grunde wollten sie hinübergehen zu den Rechtssozialisten, sei es, um ihren Einfluß in den Gewerkschaften zu behaupten oder um auf die Massen politisch wirken zu können, sei es aus anderen solchen Motiven. Ich sage Euch: Es ist eine traurige Erscheinung für eine Bewegung, wenn Führer sich von solchen Motiven leiten lassen.

Bei der Eröffnungsfeier wurde hier das Lied von Lord Folson gesungen, das in die ergreifenden Worte ausklingt:

„Und das ist das Herrliche in der Welt,
das Banner kann stehen, wenn der Mann auch fällt!“

Der Gedanke, der sich in diesen Worten ausdrückt, ist der, daß ein Mann in den großen Lebensfragen des Proletariats, in der Betätigung des revolutionären Sozialismus sich nur leiten lassen darf von seiner innersten Ueberzeugung, daß er ihr treu bleiben muß an der Seite seiner Freunde und Genossen bis in den Tod.

Und nun frage ich Euch, Genossen, die Ihr innerlich uns zustimmt und doch mit hinübergeht zu der Verschmelzungspartei: werdet Ihr später nicht ein Gefühl der tiefsten Beschämung empfinden, wenn Ihr diese Worte singen hört? Wie wird Euer Verhalten wirken auf Eure Kinder, die wollt Ihr sie dann noch zum sozialistischen Ideal erziehen? (Zurufe, Unruhe.) Wie wollt Ihr in der jungen Generation noch den Entschluß wecken, daß sie sich nur durch ihre Ueberzeugung leiten lassen darf und ihr alles, selbst das Leben zum Opfer bringen muß?!

Ich habe auf dem letzten Parteitag versucht, die Parteigenossen darauf hinzuweisen, daß sie nicht bloß eine politische Mission zu erfüllen haben, sondern daß sie die Vorkämpfer sein sollen der Menschheitsideale, die in der zukünftigen klassenlosen Gesellschaft von dem dann befreiten Menschengeschlecht endgültig verwirklicht werden sollen. Das höchste Menschheitsideal aber ist die werktätige Betätigung des Gemeinnes: wir sollen gemeinsam in gegenseitiger Treue kämpfen für unsere Ideale, also für den revolutionären Sozialismus, für die Niederkämpfung des Kapitalismus, in Not und Tod, ohne Rücksicht auf irgendwelches persönliches Wohlergehen.

Das ist das Schlimme an den Vorgängen hier, daß sie dem Proletariat, dem wirklich klassenbewußten, opferbereiten Proletariat, abermals eine Enttäuschung bereiten werden, daß sie ihm wieder eine Hoffnung rauben werden.

Deshalb halten ich und meine Freunde es für unsere unbedingte Pflicht, einen wenn auch noch so kleinen Kern unserer Partei zusammenzuhalten, damit in der Zukunft, wenn in Euch dieselbe Erkenntnis Platz gegriffen hat, die in uns lebt, Ihr dann der Gewißheit sein könnt: Es gibt da noch eine Vorhut des revolutionären Sozialismus, die uns wieder aufnehmen, die mit uns kämpfen wird, deren Heer wir verstärken werden im unablässigen Klassenkampf bis zum Siege des Sozialismus! (Teilweiser Beifall.)

Ergebnis: Mit Genossen, die gegen die Einigung sind, kann man nicht über die Einigungsbedingungen reden. Es ist ein fruchtloses Beginnen, sich mit diesen Genossen über die Einigungsbedingungen auseinanderzusetzen, da sie aus ihrer der Einigung feindlichen Gesinnung heraus auch die besten Einigungsbedingungen in Grund und Boden kritisieren. Eine Einigung mit einer anderen Partei bedeutet eine Verständigung zwischen den Parteien. Wollte eine der anderen nicht entgegenkommen, dann läßt man sie zusammen.

Wenn in der Debatte gesagt wurde, daß sich die Einigung im Jahre 1875 unter anderen Bedingungen vollzogen habe, so ist das richtig. Denn damals hat sich die Einigung unter viel ungünstigeren Bedingungen vollzogen. Es war vor allem der Genosse Wilhelm Liebknecht, der damals die Verhandlungen für die Eisenacher führte. Das mit den Kassalleanern vereinbarte Einigungsprogramm war fast ein Programm bürgerlich-demokratischer Parteeinstellung, ungewiss, ob es weit zurück hinter den programmatischen Grundsätzen, wie sie bereits bis dahin für die sozialdemokratische Bewegung Geltung gehabt hatten. Bebel, der damals im Gefängnis saß, drohte, er werde, wenn er erst aus dem Gefängnis heraus sei, gegen die programmatischen Grundlagen für die Vereinigung mit den Kassalleanern Stimmung machen. Als Bebel dann das Gefängnis verließ und sich gründlicher über alle für die Einigung in Betracht kommenden Fragen informiert hatte, sagte er, als sich seiner Ver-

antwortung bewußter Führer, er müsse alle seine Bedenken zurückstellen und mit Liebknecht das Werk der Einigung vollbringen. Marx und Engels wetteten von London aus gegen das miserable Einigungsprogramm, sie erklärten sogar, daß sie es sich sehr überlegen müßten, ob sie einer Partei mit einem solchen Programm überhaupt angehören könnten. Wilhelm Liebknecht sagte: Hoch steht uns Marx, aber höher steht uns die Einigung im Interesse des gesamten Proletariats. Die Einigung kam zustande, und auch Marx und Engels haben sich damit abgefunden. Heute sind die Einigungsbedingungen viel günstiger für uns. Das Aktionsprogramm ist befeelt vom alten sozialdemokratischen Geist.

Die von mir angezogenen Resolutionen der Genossen Bebel und Rautsky und die Beschlüsse der verschiedenen Parteitage und Internationalen Kongresse erbrachten den Beweis, daß die Frage des Zusammengehens mit bürgerlichen Parteien seit jeher als eine taktische Frage behandelt wurde, über die nach den Bedürfnissen der jeweiligen politischen Situation entschieden werden müsse. Diese Beschlüsse sind maßgebend geblieben bis zum heutigen Tage. Ich habe in meinem Vortrag nachgewiesen, daß sich die Klassengegensätze in Deutschland bald nach dem Mord an Rathenau infolge der Zusammenballung der bürgerlichen Parteien zu einem antisozialistischen Block infolge der Vorstöße der Stinnesleute, um die Arbeiter vom Mitbestimmungsrecht über den Wiederaufbau auszuhebeln, der Agrarier, um das Brot zu verteuern, und der Deutsch-nationalen gegen die Erfüllungspolitik verschärft haben, und daß sich die Klassengegensätze in der nächsten Zeit noch mehr verschärfen werden. Der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat wird in seiner ganzen Rücksichtslosigkeit entbrennen und entscheidende Wirkungen auch auf die Koalitionspolitik ausüben. Die Koalitionspolitik macht den Klassenkampf nicht gegenstandslos. Sobald die Nachteile der Koalitionspolitik für das Proletariat größer sind als die Vorteile, wird der Klassenkampf über sie hinweggehen.

Ich habe es als ärmlich bezeichnet, Zitate von Reden aus verschiedenen Epochen einander gegenüber zu stellen, um Widersprüche zu konstruieren. Dabei bleibe ich. Es ist ferner besonders hervorgehoben worden, daß uns mit kommunistischen Arbeitern Blutsbrüderschaft verbinde. Das zu bestreiten, fällt keinem von uns ein. Aber es muß dahin ergänzt werden, daß uns Blutsbrüderschaft auch mit rechtssozialistischen Arbeitern verbindet. Daß z. B. während des Rapp-Portsches auch rechtssozialistische Arbeiter ebenso ihr Leben eingesetzt haben wie unabhängige und kommunistische Arbeiter.

Wenn Genosse Ledebour die Meinung vertrat, daß der Nürnberger Einigungsparteitag darüber entscheiden müßte, welcher Internationale die vereinigte Partei angehören soll, so weise ich demgegenüber darauf hin, daß das nicht möglich ist. Nach der Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien in Deutschland ist international eine neue Situation gegeben, zu der zunächst die Exekutiven der verschiedenen internationalen Gruppen Stellung nehmen müssen. Das wird geschehen. Wie die Unabhängige Sozialdemokratie in Deutschland, so hat die Wiener Arbeitsgemeinschaft international es von Stund an als ihre Lebensaufgabe betrachtet, die Einigung des sozialistischen Proletariats herbeizuführen. Die Wiener Arbeitsgemeinschaft hat nie Anspruch darauf erhoben, als Internationale zu gelten. Sie hat sich stets als ein Instrument für die Schaffung der Internationale betrachtet.

In der Debatte wurde endlich ausgeführt, daß Führer sich nicht dem Willen der Massen beugen dürften. Ich kenne ein lehrreiches Beispiel aus der Geschichte der Arbeiterbewegung. Als in jener Zeit, wo die Verfolgungen der deutschen Sozialisten übermächtig geworden waren, Sozialdemokraten nach den Vereinigten Staaten gingen, berichteten verschiedene von ihnen an Marx und Engels, daß die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten für einen ge-

schulten Sozialdemokraten viel zu rückständig wäre und daß man mit ihr nichts anfangen könnte. Marx und Engels antworteten ihren Genossen, daß sie sicher gute Sozialdemokraten, und daß die amerikanischen Arbeiter ebenso sicher herzlich schlechte Sozialisten wären, daß sie sich aber deshalb nicht über die amerikanische Arbeiterbewegung überheben dürften. Man müsse die Arbeiterbewegung nehmen, wie sie gegenwärtig sei, müsse sich als Freund, Berater und Kampfgenosse in sie hineinsetzen, müsse sich das Vertrauen der Massen erwerben, um sie mit sozialistischem Geist zu erfüllen. Das ist die einzige Methode, aus einer schlechten Arbeiterbewegung eine gute sozialistische zu machen. So fassen wir auch heute noch unsere Aufgabe auf. Wir gehen zu den Massen, nicht um uns ihrer Stimmung anzupassen, sondern um sie für den Sozialismus zu gewinnen und in Bewegung zu setzen.

Wir befürworten die Einigung nicht, weil wir aufgehört haben, revolutionäre Sozialdemokraten zu sein, das bleiben wir auch in der geeinigten Partei, wir begründen die Notwendigkeit der Einigung aus der wirtschaftlichen Not, aus dem sozialen Elend und aus den politischen Bedrohungen des Proletariats heraus, damit wir dem reaktionären Block der Bourgeoisie eine fest geschmiedete Front des Proletariats entgegenstellen können. Wir alle müssen fest entschlossen sein, uns der Sache des Sozialismus ganz hinzugeben, auch wenn es persönliche Opfer kosten mag. Vorwärts mit Tatkraft und Entschlossenheit für den Triumph des Sozialismus! (Stürmischer Beifall.)

Persönlich erklärt

Dittmann-Stuttgart (Schlußwort): Ledebour hat meinen Appell als „Belästigung“ empfunden. Das sollte er nicht sein. Er galt ihm und seinen Freunden. Er galt und gilt aber auch über den Rahmen des Parteitags hinaus, er gilt für alle, die sich bisher nicht entschließen konnten, den Weg gemeinsam mit uns weiter zu gehen. Das Zureden betrachten wir als unsere Pflicht. Wir werden weiter so verfahren, bis wir die Vereinigung des gesamten Proletariats herbeigeführt haben. Genosse Ledebour hat gemeint, unsere Resolution solle einen Beschwichtigungsvorwurf darstellen. Die Resolution sagt im Wortlaut klar und präzis, was sie sein soll, nämlich ein Willensausdruck, ein Ausdruck unserer Ueberzeugung, für die wir eingestanden sind und für die wir weiter eintreten werden. (Zuruf: Die Wirkung ist Beschwichtigung.) Die Wirkung kann und soll keine andere sein, als daß wir dem Parteitag wie der gesamten Arbeiterklasse sagen: wir werden unsere Ueberzeugung auch weiter sachlich verteidigen und hoffen, sie zum Sieg zu führen. Und nachdem dieser unser Willensausdruck die Tatsache zu verzeichnen hat, daß ein wesentlicher Teil, die Mehrheit des Parteitags — die Resolution trägt 122 Unterschriften — unterzeichnet hat, können wir auf eine formelle Abstimmung verzichten. (Bravo!) und geben diese Resolution als eine Erklärung der Unterzeichneten zu Protokoll. (Bravo!)

Liebnecht-Berlin: Der Schluß der Debatte hat mir leider unmöglich gemacht, die Gründe, aus denen ich der Einigung ablehnend gegenüberstehe, näher darzulegen. Ich möchte nur ein paar Worte antworten auf die Rede des Genossen Dittmann. Er hat an Ledebour und dessen Freunde, auch an mich appelliert und die Hoffnung ausgesprochen, daß wir unseren Standpunkt ändern würden. Dittmann erkennt hierbei, daß das eine grundsätzliche Auffassung ist, die von Appellen an das Gemüt nicht beeinflusst werden kann. Wenn die Einigung, die sich jetzt vollzieht, dem Proletariat nicht das bringt, was es erwartet, dann bedeutet das das Ende der Arbeiterbewegung. Und die Einigung kann das nicht bringen, denn sie bedeutet die Abgabe an den revolutionären Klassenkampf. Darüber helfen keine Illusionen hinweg.

Vorsitzender Dittmann: Ich kann Ihnen nicht erlauben, in einer persönlichen Bemerkung Ihren persönlichen sachlichen Standpunkt zu begründen. Ich bitte Sie, sich im Rahmen einer persönlichen Bemerkung zu halten.

Liebnecht: Ich folge den Anregungen des Genossen Dittmann nicht, weil ich glaube, daß, indem wir unseren Standpunkt aufrecht erhalten, wir das Lebensinteresse des Proletariats fördern.

Hierauf folgen die Abstimmungen.

Die Resolution Ledebour wird gegen 7 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Bertin wird einstimmig angenommen.

Die Resolution Dittmann und Genossen geht als Erklärung zu Protokoll. Der Antrag Crispian auf Verschmelzung der beiden Parteien findet gegen 9 Stimmen Annahme.

Vorsitzender Dittmann: Nach unserem Organisationsstatut kann eine Umstellung der Partei nur von einem ordentlichen Parteitag mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit beschlossen werden. Da die Auffassung vertreten werden kann, daß die Verschmelzung eine solche Umstellung sei, stelle ich fest, daß die Gesamtzahl der Delegierten 192, die $\frac{2}{3}$ -Mehrheit mithin 144 beträgt und die Minderheit mindestens 48 Delegierte betragen müßte. Da nur 7 Stimmen für die Resolution Ledebour abgegeben sind, ist mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit die Verschmelzung der beiden Parteien beschlossen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Liebnecht-Berlin: Im Namen der Genossen Georg Bald, Westfalen, Georg Ledebour, Berlin, Karl Leise, Westfalen, Gerhard Buch, Niederrhein, Otto Walter, Westfalen, Heinrich Rau, Oberschlesien, und für mich selbst habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Der Zusammenschluß mit der sozialdemokratischen Partei bedeutet die Preisgabe des revolutionären Kampfes. Die Mehrheit des Parteitages, die mit der sozialdemokratischen Partei zur Bildung einer neuen Partei schreitet, ist in Zukunft an Beschlüsse gebunden, die von den bisherigen Grundsätzen der Partei nicht getragen sind. Demgegenüber halten wir fest an unseren Grundsätzen und unserer Selbständigkeit und fordern die Genossen auf, der fortbestehenden unabhängigen Sozialdemokratischen Partei die Treue zu bewahren.

Rosenfeld-Berlin: Ich habe folgende Erklärung abzugeben: Verschiedene Vorgänge in der gestrigen Sitzung des Parteitages sind für meine endgültige Stellungnahme zur Frage der Einigung von entscheidender Bedeutung geworden: Ganz besonders die bei den Ausführungen des Genossen Dittmann elementar zum Ausdruck gekommene Ablehnung der Koalitionspolitik durch die Mehrheit des Parteitages und weiter die Unterzeichnung der gegen die Koalitionspolitik gerichteten Resolution Dittmann durch 106 Genossen (Zuruf: Inzwischen sind es 122 geworden!) haben mir unzweideutig bewiesen, daß ich mit der Mehrheit der Partei in der grundsätzlichen Verwerfung der Koalitionspolitik völlig übereinstimme. Ferner ist die gestern allgemein geäußerte Zustimmung zum Antrag Bertin und die sofort erfolgte einstimmige Annahme dieses Antrages ein Beweis dafür, daß ich mit Euch auch in der Forderung übereinstimme, daß das Selbstbestimmungsrecht der Parteimitgliedern in der neuen Partei gewahrt bleiben muß. Wir gehören also zusammen, und es besteht die alte Kampfgenossenschaft zwischen mir und der Mehrheit der Parteigenossenschaft unverändert fort, wofür gerade gestern auch noch andere zahllose überwältigende Beweise freundschaftlicher Gesinnung hervorgetreten sind. Ich kann daher sicher sein, daß ich, ohne von meiner Auffassung etwas preisgeben zu müssen, mit meinen Freunden zusammen in der

neuen Partei in der bisherigen Weise werde wirken können. Die Einigung von SPD. und USPD. halte ich auf Grund der jetzt vorgeschlagenen programmatistischen und organisatorischen Vereinbarungen aus den gestern von mir dargelegten Gründen nach wie vor für falsch. Keiner dieser Gründe ist meiner Ansicht nach durch die Debatte irgendwie erschüttert worden. Aber die Mehrheit des Parteitages hat den Verschmelzungsbeschluss gefasst, und ich füge mich diesem Beschluss. (Beifall.) Ich kann dies in letzter Stunde doch noch tun, da sich gestern herausgestellt hat, daß ich in der prinzipiellen Auffassung über die von uns zu betreibende Politik mit der Mehrheit dieses Parteitages, durchaus übereinstimme. Im Rahmen der Gesamtpartei will ich Schulter an Schulter mit Euch kämpfen für den Sieg des deutschen Proletariats, für den revolutionären Sozialismus. (Beifall.)

Fritz Kunert-Berlin: Hierdurch erkläre ich zu Protokoll des Parteitages von Gera: Das Wort in der Einigungsdebatte wurde mir durch Schlusßantrag abgeschnitten, so daß ich die parteigeschichtlichen, parteiatitischen und grundsätzlichen, sowie die parteirechtlichen und allgemein parteipolitischen Argumente für meine negierende Abstimmung nicht zu geben vermochte.

Ich habe gegen den Antrag Crispian auf Einheit mit Nein gestimmt; füge mich jedoch der Willensmeinung der höchsten verantwortlichen Instanz, dem Parteitag der USPD., da diese souveräne Instanz in letzter Entscheidung das Gegenteile beschlossen hat.

Der Antrag betreffend die Alkoholfrage und der Antrag betreffend Reichsbildungskonferenz werden angenommen.

Für den Parteitag in Nürnberg sind 139 Delegierte zu wählen. 10 stellt die Reichstagsfraktion, 7 die Kontrollkommission, 9 der Parteirat, 10 die Zentralleitung und 103 die Bezirke. Die Wahl erfolgt en bloc.

Vorsitzender Dittmann: Wir sind am Ende unserer Beratungen angelangt. Im Namen des Parteitages danke ich aufs herzlichste unseren Geraer Parteigenossen für die freundliche Aufnahme, die der Parteitag hier gefunden hat. Gera wird in unser aller Erinnerung bleiben als ein Parteiorient mit einer mustergültigen proletarischen Bewegung, die ein Ruhmesblatt ist in der Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Unser Parteitag stand im Zeichen des proletarischen Klassenkampfes. Wir haben schärfsten Kampf angelegt dem kapitalistischen Ausbeutungssystem und der politischen Reaktion, die die Lebensinteressen des Proletariats gerade heute mehr denn je bedrohen. Aus dem Willen zum Kampfe gegen Kapitalismus und Reaktion, aus der Absicht, das gesamte deutsche Proletariat in einheitlicher geschlossener Kampffront zusammenzuführen, entsprang unser Entschluß zur Einigung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wir wollen die Vereinigung, um die Kampfkraft des Proletariats zu stärken und zu steigern, den Kampf auf verbreiteter Grundlage weiterführen zu können. Unsere Partei hat die Ideen des revolutionären wissenschaftlichen Sozialismus in Krieg und Revolution mit größter Energie verfolgt, und sie wird, wenn sie nunmehr aufsteht in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, diesen ihren Grundtendenzen treu bleiben. Sie wird keine Zellenbildung nach Rostauer Muster treiben, sondern wird offen und brüderlich in der großen geeinten Partei für ihre Auffassungen wirken und werben. Deshalb erlaube ich Sie, zum Schluß mit mir einzustimmen in den Ruf: Es lebe der Kampfgeist der Unabhängigen Sozialdemokratie in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, er lebe hoch, hoch, hoch. (Die Delegierten stimmen in das Hoch ein.) Der Parteitag ist geschlossen.

Liste der Delegierten in Gera.

Name	Ort	Bezirke
Mischenbach, Anna	Leipzig	Leipzig
Niffel, Fritz	Magdeburg	Magdeburg
Bach, Otto	Zeitz	Halle
Bald, Georg	Berleburg	Westf. Westfalen
Bant, Gustav	Magdeburg	Magdeburg
Barthel, Paul	Lützenau	Leipzig
Bauer, Fritz	Wilmersdorf	Berlin
Becker, Paul	Adlershof	Berlin
Behrendt, Hermann	Reinickendorf	Berlin
Behrens, Johann	Hildes	Niederrhein
Bergholz, Albert	Zeitz	Halle
Bergmann, Paul	Hamburg	Hamburg
Berlen, Peter	Düsseldorf	Niederrhein
Berthel, Arno	Leipzig	Leipzig
Bettermann, Alfred	Leipzig	Leipzig
Beyer, Alfred	Leipzig	Leipzig
Bielig, Bruno	Gehren	Thüringen
Birl, Josef	Spremberg	Berlin
Blaschke, Gustav	Berlin	Berlin
Blumtritt, Max	Hof	Bayern
Boehle, August	Leipzig	Leipzig
Böhme, Richard	Leipzig	Leipzig
Boogab, van den, Peter	Düsseldorf	Niederrhein
Borggolt, Anna	Leipzig	Leipzig
Bredin, Luise	Gera	Thüringen
Brendel, Paul	Berlin	Berlin
Bühler, Rudolf	Kemtscheid	Niederrhein
Burkhardt, Johanna	Leipzig	Leipzig
Busse, Johannes	Ronneburg	Thüringen
Chemnitzer, Guido	Grimma	Leipzig
Clajus, Hermann	Berlin	Berlin
Christmann, Sophie	Barmen	Niederrhein
Christmann, August	Barmen	Niederrhein
Cyrus, Alois	Leipzig	Leipzig
Derr, Auguste	Milspe	Westf. Westfalen
Diedmann, Wilhelm	Salzweide	Altmark
Dietrich		Halle
Dobbert, Alfred	Elberfeld	Niederrhein
Dornbusch, Walter	Leipzig	Leipzig
Dornburg, Karl	Chemnitz	Chemnitz
Dunkel		Halle
Ebert, Emil	Dresden	Dresden
Ebel, Oskar	Dresden	Dresden
Engelhardt, H.	Marxstadt	Leipzig
Ernst, Gustav	Leipzig	Leipzig

Name	Ort	Beirat
Faust, Alfred	Bremen	Bremen
Fertel, Christian	München	Bayern
Flagmeier, Otto	Nordhausen	Thüringen
Fleischer, Heinrich	Leipzig	Leipzig
Florküh, Paul	Birna	Dresden
Frauendorf, Paul	Borna	Leipzig
Frenzel, Ernst	Leipzig	Leipzig
Freytag, Walter	Leipzig	Leipzig
Gehardt, Paul	Leipzig	Leipzig
Geipel, Ewald	Blauen	Blauen
Geipel, Wilhelm	Leipzig	Leipzig
Geiz, Paul	Grimma	Leipzig
Gottschalk, Alfred	Königsberg	Ostpreußen
Grange, La	Romanes	Berlin
Grotewohl, Otto	Braunschweig	Braunschweig
Graul, Hermann	Dessau	Magdeburg
Güttig, Otto	Panlow	Berlin
Haase, Helene	Murzen	Leipzig
Harnisch, Hermann	Neufölln	Berlin
Händel, Paul	Leipzig	Leipzig
Heide, Paul	Stolpen	Dresden
Herz, Kurt	Spandau	Berlin
Hohorst, Johann	Rittershude	Bremen
Hofmann, Albert	Mannheim	Baden
Homa, Max	Finstertal	Berlin
Homberg, Heinrich	Emden	Niedenburg
Horchler, Justus	Duisburg	Niederrhein
Hopmann	Neuß	Niederrhein
Horn, August	Stettin	Pommern
Horkig, Oskar	Charlottenburg	Berlin
John, Alfred	Brandenburg	Berlin
John, Friedrich	Leipzig	Leipzig
Jörß, Richard	Zwickau	Blauen
Junkte, Paul	Braunschweig	Braunschweig
Kahnt, Richard	Gera	Thüringen
Kalms, H.	Broistedt	Braunschweig
Karsten, Rudolf	Peine	Hannover
Kiefer, Friedrich	Berlin	Berlin
Kieffig, Paul	Leipzig	Leipzig
Kinkel, Gottfried	Göttingen	Württemberg
Kiß, Alfred	Riesa	Dresden
Kögel, Otto	Leipzig	Dresden
König, Franz	Gollnow	Leipzig
Koop, Gustav	Züllchow	Pommern
Krause, Paul	Berlin	Pommern
Krönert	Rohwein	Berlin
Krüger, Karl	Leipzig	Leipzig
Kugelberg, Robert	Braunschweig	Braunschweig
Kühn, Anna	Leipzig	Leipzig
Kunert, Fritz	Berlin	Leipzig
Loh, Erich	Alfersleben	Magdeburg
Löbke, Ignaz	Heidingsfeld	Bayern
Leise, Karl	Hagen	Westf. Westfalen

Name	Ort	Beirat
Liebtnecht, Theodor	Berlin	Berlin
Liebmann, Hermann	Leipzig	Leipzig
Lipinski, Richard	Leipzig	Leipzig
Lorenz, Otto	Leipzig	Leipzig
Lorius, Franz	Leipzig	Leipzig
Ludwig, Carl	Schleiz	Thüringen
Maderholz, G.	Berlin	Berlin
Maier, August	Nürnberg	Bayern
Marchionini, Karl	Leipzig	Leipzig
Martin	Hermesdorf	Thüringen
Mau, Johannes	Danzig	Danzig
Medici, Reinhard	Treuen	Blauen
Meis, Walter	Hagen	Westf. Westfalen
Mucker, Max	Murzen	Leipzig
Müller, Hermann	Berlin	Berlin
Nebrig, Otto	Leipzig	Leipzig
Neß, Hermann	Lichtenberg	Berlin
Obuch, Gerhard	Düsseldorf	Niederrhein
Olm, Emil	Besten	Berlin
Otter, Karl	Bochum	Westf. Westfalen
Oventrop, Anna	Hagen	Westf. Westfalen
Pappenheim, Ludwig	Schmalsteden	Thüringen
Peters, Wilhelm	Magdeburg	Magdeburg
Pfeifer, Bernhard	Schöningen	Braunschweig
Pflegner, Paul	Leipzig	Leipzig
Pietzsch, F.	Breslau	Mittelschlesien
Piehl, Karl	Buer i. W.	Westf. Westfalen
Plottke, Helene	Leipzig	Leipzig
Plottke, Paul	Leipzig	Leipzig
Rau, Heinrich	Gleiwitz	Oberschlesien
Razet, Martha	Leipzig	Leipzig
Rebber, Ernst	Rassel	Hessen-Waldeck
Richter, Georg	Mariendorf	Berlin
Reinermann, Eugen	Hemelungen	Bremen
Reuter, Max	Regensburg	Bayern
Röse, Karl	Burgstädt	Leipzig
Rösch, Richard	Dresden	Dresden
Rubin, Friedrich	Schwerin	Mecklenburg
Runowski, Bruno	Köln	Niederrhein
Sander, Wilhelm	Dresden	Dresden
Schachtner, Otto	Lehe	Bremen
Schachtmann, Johannes	Grünberg	Niederschlesien
Schlegelmisch, Max	Leipzig	Leipzig
Schmieder, Alwin	Dresden	Dresden
Schmidt, Hermann	Osnabrück	Bremen
Schmidt, Max	Ulmshagen	Schleswig-Holstein
Schmitt, Johannes	Bielefeld	Westf. Westfalen
Schneider, Georg	Erlangen	Bayern
Schneider, Karl	Neufölln	Berlin
Schmirch, Karl	Blauen	Blauen
Schöning, Johannes	Zittau	Zittau

Name	Ort	Beirat
Schönfeld, Ernst	Leipzig	Leipzig
Schreiber, Paul	Soilingen	Niederrhein
Schröder, Wilhelm	Dortmund	Westf. Westfalen
Schulze, Ernst	Dresden	Dresden
Schulze, W.	Blankenburg a. Harz	Braunschweig
Schweikhardt, Hermann	Berlin	Berlin
Schweizer, Wih.	Kiel	Schleswig-Holstein
Seidel, Hans	Hof	Bayern
Sender, Lony	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Sieff, Willi	Reppen	Berlin
Staab, Wilhelm	Potsdam	Berlin
Starder, Franz	Bremen	Bremen
Stegmann, Otto	Sondershausen	Thüringen
Stein, Alexander	Berlin	Berlin
Steinhauer, Wilhelm	Essen	Niederrhein
Sternkopf, Max	Johanngeorgenstadt	Blauen
Strahl, Ferdinand	München-Glabach	Niederrhein
Strube, Fr.	Begau	Leipzig
Lempel, Richard	Freiburg	Dresden
Thiel, Emil	Bremen	Bremen
Thiel, Berta	Leipzig	Leipzig
Thurm, Fritz	Berlin	Berlin
Tolkdorf, Max	Köpenick	Berlin
Töbel, Arthur	Raila	Bayern
Vogel, Franz	Greiz	Thüringen
Voigt, Karl	Leipzig	Leipzig
Waltther, Otto	Bismarstein	Westf. Westfalen
Wardede, Wilhelm	Hattungen	Westf. Westfalen
Wed, Franz	Marienstein	Bayern
Wedel, Kurt	Dresden	Dresden
Wesker, Olga	Leipzig	Leipzig
Wendt, Georg	Schöneberg	Berlin
Wendt, Hermann	Burzen	Leipzig
Wert, Johannes	Berlin	Berlin
Wilhelm, Heinrich	St. Ingbert	Saargebiet
Winnen, Peter	Düsseldorf	Niederrhein
Wittenberg, Effe	Braunschweig	Braunschweig
Wortha, Karl	Forst	Berlin
Zensler, Minna	Zwickau	Blauen
Zeuner, Adolf	Neuruppin	Berlin
Zimmermann, Emil	Rüstringen	Oldenburg-Oldfriesland
Zölkig, Karl	Düsseldorf	Niederrhein

179

Einigungsparteitag zu Nürnberg.

Im festlich geschmückten Saale des Herkules-Belodroms trat am Sonntag, den 24. September, früh 9 Uhr, der Einigungsparteitag zusammen. Der Andrang von Delegierten, Gästen und Zuhörern ist ungeheuer; schon in den frühen Morgenstunden ist das Tagungslokal von Einlasssuchenden belagert. Im Saale mahnen wirkungsvoll angebrachte Sprüche zur Einigung: „In der Einigkeit liegt die Macht“ und das alte Gründungswort der sozialistischen Bewegung: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

Punkt 9 Uhr leitet der Arbeitergefangenverein Cassalia-Nürnberg den Einigungsparteitag mit dem Vortrag des Lord Koleson ein. Sobald das ergreifende Lied verklungen ist, ergreift

Emil Fischer-Nürnberg das Wort und begrüßt den Parteitag mit folgender Ansprache:

Werter Parteitag! Genossen und Genossinnen! Im Namen der beiden sozialistischen Parteioorganisationen heiße ich Sie in unserem Nürnberg herzlich willkommen. Wir Nürnberger danken den beiden Zentralleitungen, daß der Einigungsparteitag in unseren Mauern abgehalten wird. Hier in Nürnberg hat die Geburtsklode der deutschen Sozialdemokratie gekläut. Hierher berief August Bebel 1868 den 5. Vereinstag der deutschen Arbeitervereine, der den Anschluß an die Internationale beschloß, der die Trennung von der bürgerlichen Bewegung aus sprach.

Heute soll sich wiederum in Nürnberg ein geschichtlicher Akt der deutschen Arbeiterbewegung vollziehen: die Einigung der SPD. und der USPD.

Alle Differenzen und Spaltungen, die im Laufe von zwei Geschlechtern von Sozialisten ausgetragen sind, wurden immer wieder überwunden durch die Kraft des einigenden Gedankens, der in unserem Herzen schlummert, der ein Grundpfeiler in der sozialistischen Auffassung ist. Das werden uns namentlich die Genossen bestätigen, die 1868 schon in der Bewegung tätig waren und die wir zu begrüßen heute die besondere Freude haben: Wilhelm Pfannkuch und Wilhelm Bod. Das werden uns die Genossen sagen, die 1875 in Gotha bei der Einigung zwischen Eisenachern und Lassalleanern mitwirkten und heute dem geschichtlichen Tag seine besondere Weihe durch ihre Anwesenheit geben: Pfannkuch und Bod, Mostenbühr, Bernstein, Richard Fischer, Segitz, Brühne und Zubeil. Diesen alten Parteiführern gilt unser besonderer Gruß. Als 1908 der Parteitag in Nürnberg in diesem Saale stattfand, waren noch unsere Genossen Bebel und Singer, Gerisch und Diez, Haase und Legien, Hué und Luise Zieg unter uns. Stärker als sonst vermischen wir sie heute.

Der wahnsinnige Krieg, der Europa in ein Trümmerfeld verwandelte, hat auch die Einheit der Partei zerstört. Aber kaum war die Trennung da, standen schon Genossen auf, die der Spaltung Einhalt zu gebieten versuchten. Und wiederum war es Nürnberg, von wo die Parole ausging. Unser Freund Adolf Braun erließ 1916 sein bekanntes Rundschreiben, dem heute der gewünschte Erfolg beschieden werden wird.

Große Wunden hat uns der Bruderkampf geschlagen, voll bitterem Haß haben wir miteinander gerungen, aber heute strahlen unsere Augen, denn wir befinden

uns wieder, daß wir alle Brüder und Schwestern einer großen Familie sind, daß wir Fleisch vom gleichen Fleische sind, daß wir zusammengehören und gemeinsam für die Rechte des werktätigen Volkes kämpfen wollen gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Knechtschaft und Verbannung. Wenn morgen in aller Welt die Nachricht verkündet wird: die deutschen Sozialisten haben sich die Bruderhände gereicht, wird das, so hoffen wir, auch das Signal zur Einigung der Internationale werden. (Beifall.)

In allen Nöten und Stürmen der Zeit hat die Nürnberger Arbeiterschaft dem Sozialismus die Treue bewahrt. Ueber 90 000 Männer und Frauen von Nürnberg haben bei der letzten Wahl in beiden Lagern für den Sozialismus gestimmt. Ueber 100 000 Männer und Frauen mustern die Gewerkschaften hier am Orte, also jeden vierten Einwohner von Nürnberg. Eine stattliche Zahl fürwahr. Doch erhöhter Mut, freudigeres Schaffen werden der Einigung folgen. Wir wollen wieder gemeinsam unsere Kämpfe führen, denn wir alle tragen gemeinsame Not, haben denselben Willen und das gleiche Ziel. Gerade wir Nürnberger Genossen, die wir gegenüber der bayrisch-borussischen Reaktion auf exponiertem Boden stehen, die wir den Anstürmen der Reuchler der Republik unseren unbeugbaren Willen entgegensetzen, rufen Ihnen allen zu: Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!

Der Wunsch der Nürnberger Arbeiter, die wir Ihnen Weg- und Kampfgenossen waren, vereint sich mit dem Wunsche der übrigen Genossen, daß ein großer Moment ein großes Geschlecht vorfinden wird. Kein schöneres Ruhmesblatt könnten Sie der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie einflechten, als den einstimmigen Beschluß: wir sind einig!

Ich sehe vor meinem geistigen Auge August Bebel, als er uns Jungen an seinem 70. Geburtstage zurief: Den Tag möchte ich noch erleben, an dem ich Euch die Sturmflagge vorantragen kann! Ich sehe Wilhelm Liebknecht, Ignaz Auer, Karl Brüllenberger, Bollmar, Hugo Haase und viele andere, deren Körper nicht mehr ist, deren Geist heute aber bei uns weilt, die Euch zurufen: „Vollendet das Werk, wofür wir gelitten und gestritten, schafft die Phalanx des Proletariats, auf daß wir auf den Zwingsburgen der Reaktion die Banner der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit hissen können.“ (Stürmischer Beifall.)

Genossen und Genossinnen, macht wahr, was Freiligrath in seinem revolutionären Gedicht „Die Toten an die Lebenden“ als Vermächtnis der Opfer der Revolution uns hinterließ:

„O steht gerüstet, seid bereit,
o schafft, daß die Erde,
in der wir ruhen stumm und starr,
bald eine freie werde!“

Auf Euch schaut heute das Proletariat der ganzen Welt, auf Euch schauen heute die längst vereinigten Reaktionen aller Schattierungen.

In Eure Hände ist eine heilige Aufgabe gelegt. Die heftigsten Wünsche der Nürnberger Parteigenossen begleiten Eure Arbeiten. Werdet Sendboten der großen Mission:

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Ich ersuche nunmehr die Genossen Pfannkuch und Bock das Alterspräsidium zu übernehmen. (Bravo!)

Wilhelm Pfannkuch und Wilhelm Bock folgen der Aufforderung und betreten das Podium, mit herzlichem Beifall begrüßt. Als sie zum Vorstandstisch

treten, ergreift Fischer ihre Hände und legt sie ineinander. Der Parteitag jubelt dieser symbolischen Handlung zu.

Pfannkuch ergreift fest die Hand Bocks und sagt dazu: Ich heiße Dich als der Ältere herzlich willkommen und grüße Dich im Namen der alten Sozialdemokratischen Partei, mit der sich heute die Richtung, in der Du mehrere Jahre ebenso eifrig wie früher in unseren Reihen gewirkt hast, vereinigt. Sei mit allen Deinen Parteifreunden herzlich willkommen! Ich hoffe, daß das, was uns heute bewegt, der große geschichtliche Moment, zu dessen Einleitung wir als durch unser Alter prädestiniert berufen sind, in eine heilige Bewegung ausströmen möge. Wir haben uns gelobt, heute die Vereinigung zu vollziehen, und werden in Zukunft den Kampf gemeinsam führen. (Stürmischer Beifall.)

Wilhelm Bock: Ich erwidere Deinen Willkommensgruß mit den gleichen brüderlichen Gefühlen. Wir wollen wieder treue Kameraden sein. (Erneuter Beifall.)

Hierauf besteigt **Wilhelm Pfannkuch** die Rednertribüne und sagt: Es war ursprünglich meine Absicht, Ihnen an dem heutigen Tage eine kleine Reminiscenz aus meinem arbeitsreichen Leben zu geben, das sich über sechs Jahrzehnte der deutschen Arbeiterbewegung erstreckt, hauptsächlich von dem Gesichtspunkt aus, was in dieser langen Zeit an Spaltungen, Abspaltungen und dergleichen sich vollzogen hat, die wir alle bis auf den heutigen Tag siegreich überwunden haben, und aus denen wir meist nicht geschwächt, sondern gestärkt hervorgegangen sind. Aber die Geschäftslage des Parteitages hat mir einen Strich durch die Rechnung gemacht. Ich begnüge mich also damit, den herzlichsten Willkommensgruß, den ich namens der Sozialdemokratischen Partei meinem alten Freunde Wilhelm Bock dargebracht habe, auf die gesamte Organisation der USPD. zu übertragen, und ich hoffe, damit bei allen meinen Parteifreunden auf volles Verständnis zu stoßen. Der Kampf, wie er teilweise die letzten fünf Jahre charakterisiert, ist kein angenehmer gewesen. Aber in beiden Lagern haben Männer gestanden, die, getragen von der kulturhistorischen Mission der Arbeiterklasse, nie in den Ton verfallen sind, mit dem man hier und da über die Stränge geschlagen und das zülfähige Maß parlamentarischen Anstandes verlegt hat. Auf beiden Seiten haben Männer gestanden, denen das Herz geblutet hat bei dem mörderischen Bruderkampf, die nur mit Wehmut daran denken konnten; mir persönlich ist es auch so gegangen. Ich habe kaum noch gehofft, noch an meinem Lebensabend den Tag zu erleben, an dem die geeinigte sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschlands sich wieder entschloß, den Kampf, den sie früher gemeinsam geführt hat, wieder gemeinsam aufzunehmen und siegreich durchzuführen. Für mich, das erkläre ich, ist dies der schönste Tag meines erinnerungsreichen Lebens, daß ich heute hier zum Alterspräsidenten des Einigungsparteitages berufen worden bin. (Bewegung.) Leider wird dieser Tag nach menschlichem Ermessen nicht mehr sehr lange mein Erinnerungsvermögen beherrschen. (Freundlicher Widerspruch.) Aber der Hoffnung will ich Ausdruck geben, daß die Gefühle, die heute die führenden Genossen in der USPD. und in der bisherigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands befeelen, übergehen mögen auf das Gros der Arbeiterbewegung, niemals verloren gehen mögen in der Arbeiterklasse. Denn nur geeint sind wir imstande, die bevorstehenden Kämpfe siegreich durchzuführen. (Sehr wahr!) Stellen wir heute alle untrennbaren Erinnerungen der letzten fünf Jahre zurück, vergessen wir hüben und drüben! Wassen wir uns heute nur von dem einen Gedanken leiten, unsere Organisation soll und muß die Gesamtheit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft umschließen, weil nur die Einheit die Garantie bildet, daß die Arbeiterklasse ihre geschichtliche Mission erfüllen kann. Ich wünsche und hoffe, daß Ihre Beschlüsse nur von diesem Gedanken getragen und geleitet werden. (Stürmischer Beifall.)

Bod-Gotha: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Wir stehen vor einem in der Geschichte der Arbeiterbewegung hochbedeutsamen Entschluß. Wir sollen und wir wollen und wir werden die Einigung der beiden sich bisher bekämpfenden Bruderparteien auf diesem Parteitag in Nürnberg vollziehen. Daß eine solch hochbedeutsame Aktion große Wirkung auslöst, ist selbstverständlich. Als erste sehen wir, daß die bürgerlichen Parteien dem neu zu schaffenden Bloß der Sozialisten einen bürgerlichen Bloß entgegenzusetzen wollen. Sie haben Furcht vor der Bewegung, die sich entwickeln wird, und sie haben hoffentlich Ursache dazu. Unsere Freunde von links suchen sich über diese Tatsache der Einigung mit erzwungener Heiterkeit und erzwungenem Lachen hinwegzusetzen, sie machen die Prophezeiung, daß die Einigung des Nürnberger Parteitages zerplatzen werde wie eine Seifenblase. Werfen wir einen kurzen Rückblick in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, so finden wir eine Parallele, die dem heutigen Ereignis ganz ähnlich, ganz gleich sieht. Nur mit wenigen Worten will ich auf die Ereignisse der Jahre vor 1875 zurückgehen. Bald nach Beginn der deutschen Arbeiterbewegung spaltete sie sich und führte auf zwei Flügeln den Kampf für den Sozialismus, auf dem einen die Lassalleaner, auf dem anderen die Eisenacher Sozialdemokratische Partei. Die beiden Parteien bekämpften sich mit einer Leidenschaftlichkeit, die durch nichts überboten werden kann. Aber als sie einzusehen begannen, wieviel Kräfte dadurch verschwendet wurden, kam ihnen noch ein Bundesgenosse zu Hilfe, der ihnen über die schwierige Situation hinweghalf. Es war die preussische Reaktion der Bismarck, Puttkamer und Oberstaatsanwalt Tessenlof, die mit gleicher Schärfe, Rücksichtslosigkeit und Brutalität Lassalleaner und Eisenacher bekämpfte und verfolgte. Das führte dazu, daß in der Arbeiterschaft, ganz wie heute, der Gedanke der Einigung dieser beiden Parteien unwiderstehlich wurde, und wir sehen deshalb im Jahre 1875 die beiden Flügel sich zusammenzueinander und eins werden. Und bezeichnenderweise ist genau derselbe Vorgang wie bei dieser heutigen Einigung auch damals zutage getreten: Prominente Persönlichkeiten aus beiden Parteien hatten Bedenken gegen die Vereinigung und befürchteten, daß das Schlimmste eintreten werde. Marx war dagegen, und unser Bebel war anfangs gar kein Freund der Vereinigung. Aber es ging mit dieser Bewegung wie mit zwei Äußen, die sich in eine Mündung ergießen und nach der Vereinigung ihr Wasser noch eine Zeitlang getrennt führen; so flossen nach der Vereinigung im Jahre 1875 noch eine Zeitlang zwei getrennte Flüsse, bis sie sich untereinander vermengten und sich zu dem starken mächtigen Strom der Sozialdemokratie entwickelten. Alle Befürchtungen wurden zunichte, die Partei wuchs großartig heran. Der junge Rieseproletariat brachte es fertig, das gegen ihn geschriebene Sozialistengesetz in Scherben zu schlagen, die Preisfechter des Kapitalismus, die Tessenlof, Puttkamer und Bismarck selbst zu stürzen und siegreich vorzudringen. Den gleichen Vorgang erleben wir heute aufs neue. Verhängnisvolle Ereignisse haben die Partei gespalten. Jahrelang sind wir getrennt marschiert. Aber jetzt ist die Einsicht wiedergekommen, daß die Verhältnisse mächtiger sind als Programme und einzelne Menschen. Wir haben gelernt, daß gegenüber den gegenwärtigen Zuständen und der im Anmarsch begriffenen Reaktion, die gewillt und entschlossen ist, die Arbeiterschaft zu knebeln und zu knechten und mit den Errungenschaften der jüngsten Zeit vollständig aufzuräumen — daß gegenüber dieser geeinten Reaktion wir nur geeint aufmarschieren können und nur geeint aufzumarschieren brauchen, damit die Zukunft uns sicher ist. Wir stehen genau derselben Situation gegenüber wie im Jahre 1875. Hunger und Frost, Jammer und Elend herrschen in Millionen von Proletarierfamilien. Demgegenüber steht die üppige Schlemmerei und Proflerei der herrschenden Klasse, wie sie kaum zuvor gewesen ist. Die

Reaktion ist bereit, zuzuschlagen, da gilt es, daß auch das Proletariat sich zusammenzueinander. Wenn das hier auf diesem Parteitag vollbracht wird, dann werden genau wie 1875 manche nicht mit ganzem Herzen bei der Sache sein. Aber die Tatsachen werden sie lehren, daß wir nur geeint vorwärts kommen können und nur vereint imstande sind, die Reaktion aufs Haupt zu schlagen. Wenn in diesem Geiste, in diesem Sinne der Nürnberger Parteitag den Akt der Einigung vollzieht, dann werden wir das Gebot der Stunde erfüllen, die in der Geschichte als Marzfest der deutschen Arbeiterbewegung gelten wird. In diesem Sinne grüße ich den Nürnberger Parteitag. (Stürmischer Beifall.)

Alterspräsident Pfannkuch: Ich fordere Sie nunmehr auf, die endgültige Konstituierung des Parteitages vorzunehmen. Das Bureau macht Ihnen den Vorschlag, zur Leitung der Geschäfte die Genossen Dittmann und Wels, die Präsidenten von Gera und Augsburg, zu berufen. (Zustimmung.)

Wels und Dittmann werden einstimmig zu Vorsitzenden gewählt. (Beifall.)

Vorsitzender Dittmann: Es ist hier bereits von dem Genossen Fischer-Nürnberg mit Recht gesagt worden, auf diesem Saal ruhen jetzt die Augen des ganzen sozialistischen Proletariats der Welt, ruhen die Augen der ganzen politischen Öffentlichkeit. Von hier und von uns erhofft und erwartet das sozialistische Proletariat nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt die langersehnte Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien Deutschlands. Dieser Nürnberger Vereinigungstag wird für die heutige Generation des deutschen Proletariats dieselbe Bedeutung haben, die einst der Gothaer Einigungsparteitag für die Generationen gehabt hat, in der unsere beiden verehrten Alterspräsidenten Pfannkuch und Bod wurzeln. Heute wie damals hat der Druck der Reaktion die Hemmnisse und Hindernisse beseitigt, die der Wiedervereinigung im Wege standen. Im gemeinsamen Kampfe gegen die Reaktion haben wir uns zusammengefunden. Und in diesem Kampfe gegen den gemeinsamen Feind brach elementar aus den Massen der beiden Parteien der Ruf hervor: Genug des Bruderkampfes! (Stürmischer Beifall.) Wir wollen nicht mehr getrennt marschieren, um uns lediglich in gemeinsamem Kampf zusammenzufinden, wir wollen dauernd zusammenbleiben. (Neuer anhaltender Beifall.) Wir wollen brüderlich Freude und Leid des Proletariats im Klassenkampf miteinander teilen, wir wollen zusammenstehen in Rat und Tat, wir wollen die sozialistische Massenpartei des deutschen Proletariats bilden. (Allgemeines Bravo!) So ist es zu Augsburg und Gera, zu den übereinstimmenden Beschlüssen der Parteitage der bisherigen beiden Parteien gekommen, und diese Beschlüsse wollen wir hier in Nürnberg in diesem Saale, in dem seit Jahren die Vertreter der beiden Parteien zum erstenmal wieder vereint tagen, bestätigen und bekräftigen. Wir wollen uns zusammenschließen zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Stürmischer Beifall.)

Von diesem Willen beseelt, wollen wir in die eigentlichen Verhandlungen eintreten. Es werden zunächst die Genossen Hermann Müller und Artur Crispian kurze Referate halten.

Hermann Müller (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Die Parteitage zu Augsburg und Gera haben die Sehnsucht von Millionen deutscher Arbeiter endlich erfüllt. (Sehr wahr!) In Deutschland ist die Einigung der auf demokratischem Boden kämpfenden Sozialisten nun da. Mit ihr soll eine neue, fruchtbringende Zeit für die deutsche Sozialdemokratie anbrechen. (Bravo!) Die sechs Jahre der Trennung und der gegenseitigen, oft erbitterten Bekämpfung gehören der Geschichte an. Ueber das, was uns trennte, ist in diesen Jahren genug geredet und geschrieben worden. Ueber die Wirren dieser Zeit mögen die kommenden Geschlechter urteilen. Unsere Kraft und Zeit soll von nun an ganz den

schweren Aufgaben gewidmet sein, die jetzt der Lösung harren. (Lebhafte Zustimmung.) Werden wir nun so zusammenarbeiten können, wie das die Not der Zeit von uns erfordert? Wer wie ich die Einigungsverhandlungen, die diesem Kongreß vorangegangen sind, mitgemacht hat, wird das ehrlich bejahen können. (Bravo!) Auf beiden Seiten war der gute Wille, zur Einigung zu kommen, vom ersten Tage der Verhandlungen an da. (Erneuter Beifall.) Und dieser gute Wille ließ uns schnell den kürzesten Weg zur Einigung finden. Dieser gute Wille muß uns auch für die kommenden ersten Kampfstage weiterhelfen. Ganz selbstverständlich muß dabei die Meinungsfreiheit im Rahmen unserer Grundsätze gewahrt bleiben. (Sehr wahr! Sehr richtig!) Dieser Einigungsparteitag ist nicht der erste unserer Geschichte. Die Genossen Pfannkuch und Bod haben uns schon an das Jahr 1875 erinnert, an die Zeit, wo auch scharfe Gegensätze zwischen den Lassalleanern und den Eisenachern Ehrlichen vorhanden waren. August Bebel hat uns noch in späten Jahren mehr wie einmal versichert, welch scharfes Mißtrauen noch nach der Einigung unter einer Reihe führender Parteigenossen vorhanden war. Die Verhandlungen über das Aktionsprogramm und über die organisatorische Vereinigung haben jetzt erfreulicherweise gezeigt, daß die Meinungsverschiedenheiten, die in dieser und jener Frage noch zwischen den beiden Parteien vorhanden waren, so gering waren, daß es ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse gewesen wäre, die Trennung auch nur kurze Zeit noch aufrechtzuerhalten. (Beifall.) Aber nicht nur die Meinungsverschiedenheiten über die wichtigsten Probleme der Zeit waren so gering, noch viel mehr Wert ist dem Maße des Vertrauens beizulegen, das da war und eine gute Zusammenarbeit auch für die Zukunft sicher. Im übrigen hätten wir auch, wenn die Meinungsverschiedenheiten größer gewesen wären, jetzt zur Einigung kommen müssen; denn schließlich ist die aus der Not der Zeit erforderliche Aktion wichtiger als alle Aktionsprogramme. (Lebhafte Zustimmung.) Seit den Tagen der Spaltung hat sich in der deutschen Geschichte mehr geändert, als sonst oft in vielen Jahrzehnten. Vor sechs Jahren regierte in Deutschland der Halbabso-lutismus in seiner schroffsten Form, der militärischen. Heute liegt alle Macht beim Volke. Es liegt an dem Volke selbst, wenn es von seiner Macht einen schlechten Gebrauch macht. (Sehr wahr!) Da sich heute des Volkes Wille durchsetzen kann, wenn das Volk nur will, ist auch unsere Aufgabe gegen früher riesengroß geworden. (Lebhafte Zustimmung.) Der Obrigkeitsstaat ist für immer dahin. Wir haben die Republik. Wir haben damit für uns als Sozialdemokratie die wichtigste, die beste Operationsbasis für den Kampf um den Sozialismus. Die Republik war das Ziel der Sehnsucht unserer großen Vorkämpfer; Bebel, Singer und Wilhelm Liebknecht, die alle schon Republikaner waren, ehe sie Sozialisten wurden. Die Republik ist zugleich fast der einzige Gewinn, den das deutsche Volk aus diesem scheußlichen Weltkrieg mit nach Hause gebracht hat. (Sehr wahr!) Die Republik zu erhalten erfordert die ganze Wachsamkeit des Proletariats. Aus dem Kampfe für die Republik ist die Wiedervereinigung der deutschen Sozialdemokratie erwachsen.

Die Massenbewegung, in der sich nach der Ermordung Rathenaus die Arbeiter, Angestellten und Beamten fanden, machte den Geist der Einigung lebendig. Die Mordtaten der Reaktion gehen irre, wenn sie glauben, die Republik töten zu können, indem sie einzelne führende Republikaner töten. Die Republik aber wird um so sicherer erhalten werden, je einziger die deutschen Arbeiter sind. (Sehr wahr!) Das deutsche Kaiserium gehört zu den Toten dieses Weltkrieges. Es wird keine Auferstehung erleben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben und wir halten die Republik. Aber sie ist nicht unser Endziel. Unser Endziel ist und bleibt der Sozialismus. (Allseitige Zustimmung.) Unser Kampf für den Sozialismus darf auch in der Republik nicht zum Still-

stand kommen, denn für ihn gelten heute noch dieselben Triebkräfte, die unter dem Kaiserreich Motor unserer Bewegung waren. Ja, sie gelten noch mehr, denn Krieg und Kriegswirtschaft haben, objektiv betrachtet, die zum Sozialismus führenden Tendenzen der ökonomischen Entwicklung mächtig gefördert. Aber will jemand bestreiten, daß die Zahl der zu proletarischer Lebenshaltung Verurteilten seit 1914 in Deutschland mächtig gewachsen ist, während sich neben den alten Reichen neue Reiche breitmachen und die Agrarier Jahr für Jahr unheimliche Gewinne eingeheimst haben? So wurde objektiv die Tendenz zum Sozialismus immer stärker, aber leider ist das subjektiv nicht der Fall gewesen. Daran aber war die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterklasse schuld, die bislang die proletarische Kraft gelähmt hat. (Sehr wahr!) Das soll von jetzt ab anders werden. Wir werden unsere Kraft um so mehr steigern, je mehr wir die Reibungen in der Arbeiterbewegung vermindern. Wir bekommen jetzt starke Energien, die sich bislang nutzlos verzehrten, für den Kampf um die Besserstellung der Arbeiter frei. Durch unsere Bewegung muß jetzt ein starker Strom von Wärme fluten, und es gilt, diese Wärme zugunsten unserer Bewegung umzusetzen in Kraft. So muß und wird sich durch die Einigung unsere Aktivität steigern, und diese Steigerung brauchen wir, wenn Deutschland durch den harten Winter, der uns droht, hindurchkommen soll. Mit der ganzen Kraft der geeinten Partei müssen wir den Kampf gegen die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse aufnehmen. Die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse würde die sozialen Errungenschaften in allen Ländern der Welt in Gefahr bringen. Wenn je die deutsche Arbeiterklasse ihre Widerstandskraft verlore, dann wäre es mit dem Achtstundentag nicht nur bei uns, sondern bald in der ganzen Welt vorbei. (Sehr wahr!) Friedliche Arbeit muß dem deutschen Volke in der ganzen Welt die Achtung verschaffen, die es als wahres Kulturvolk verdient. Ueberzeugt sich die Welt, daß es unserer vereinten Kraft gelingt, die Niederhaltung der Reaktion in Deutschland zu garantieren, dann wird sich der Gedanke der Gerechtigkeit auch unserem Volke gegenüber in der Welt schon durchsetzen. Die dauernde Niederhaltung der Reaktion in Deutschland erfordert in erster Linie von uns die energische Fortsetzung des erst begonnenen Wertes der Demokratisierung der Verwaltung, der Umgestaltung der Rechtspflege, der Reinigung von Heer und Polizei von allen Ueberbleibseln der monarchistischen Zeit. (Lebhafte Zustimmung.) Hier harren unser die schwersten Aufgaben. In dem niedergebrochenen Obrigkeitsstaat konnte die verfeimte Partei der „vaterlandslosen Gesellen“ nur auf dem Umwege über die Kritik Besserung schaffen. Das war oft ein langwieriger Weg, aber zu gehen war er bequemer als unser heutiger Weg. Heute heißt es, unermüdet und überall zuzupacken. Heute haben wir die Pflicht, den Staat zu erhalten. Heute müssen wir durch unermüdetliche Arbeit die Republik zum unverlierbaren Besitz der breiten Massen des Volkes machen. (Beifällige Zustimmung.) Heute fordert die Zeit mehr als je von uns schöpferische Gedanken. Die Republik darf für uns keine Notwohnung werden. Wir müssen mit allen Mitteln versuchen, sie nach unserem Bedürfnis und Geschmack wohnlich einzurichten. (Sehr gut!) Die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien muß die Republik auf allen Gebieten gegen Angriffe der Reaktion und gegen die Angriffe der roten Reaktionen von links sichern. (Lebhafte Zustimmung.) Die Vereinigung muß uns vor allem auch befähigen, das große Erziehungswert zu vollenden, das unsere Vorkämpfer vor mehr als einem halben Jahrhundert begonnen haben. Noch lange ist der Unverstand der Massen nicht überall besiegt. (Sehr richtig!) Wenn wir das Reich des Sozialismus aufrichten wollen, brauchen wir nicht nur reise ökonomische Verhältnisse, sondern auch eine reise Arbeiterklasse. (Sehr gut!) Wenn wir die Zeit und die Kraft, die wir in den letzten Jahren zu gegenseitiger Bekämpfung verbraucht haben, von nun ab

nur auf positive Ziele einstellen, werden wir Hunderttausende zurückgewinnen, die durch die widrigen Kämpfe der letzten Jahre abgesehrt, sich gleichgültig abgewandt haben, werden wir Millionen neu gewinnen. Wir brauchen diese Millionen, wenn wir zum Ziele kommen wollen. Wir brauchen aber nicht nur große Mitgliederzahlen, sondern auch ein Geschlecht, das von heißer Hingabe für die große Gemeinschaftsache erfüllt ist. (Beifall.) Denn auch unsere Gegner rüsten; Genosse Bock hat schon darauf hingewiesen. Was war denn die nächste Folge, als wir durch Bildung der Arbeitsgemeinschaft im Reichstage den ersten Schritt zur Einigung taten? Es war die Bildung der Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte. Sie soll kein Bürgerblock werden, sagen ihre Gründer, unter denen freilich auch der Arbeiterführer Stegerwald ist. (Heiterkeit.) Aber der Zusammenschluß der Mitte droht sich in jedem Augenblick zum antisozialistischen Block auszuwachsen durch die Referbestellung der Deutschnationalen, die in allen Fragen zu diesem Block stoßen werden, wo es sich um die Klasseninteressen der Besitzenden handelt. Die Sammlung der bürgerlichen Parteien wäre deshalb für das Proletariat eine große Gefahr, wenn nicht auch die Arbeiter und Sozialisten ihrerseits rechtzeitig die Reihen schließen. Hierzu muß im ganzen Reich der Nürnberger Einigungstag das Signal geben. Wird sich die deutsche Arbeiterklasse ihrer Macht bewußt, dann bedeutet der heutige Tag für den demokratischen Sozialismus den Beginn eines neuen Zeitabschnitts. Wir aber, die das Glück haben, in dieser geschichtlichen Stunde dabei zu sein, haben noch niemals so sehr wie in dieser Stunde gewußt, daß wir die Volkstreue des Massenwillens sind, des Massenwillens derer, die in den Fabriken, Werkstätten und Kontoren schaffen. (Allseitige Zustimmung.) Diesen Kontakt zwischen der Masse und uns gilt es auch über den heutigen Tag hinaus zu erhalten. Gelingt uns das, dann ist die Bahn frei für neue Siege, dann wird von Nürnberg ein Strom der Begeisterung ausgehen, der uns vorwärtsträgt zu dem großen Ziel, das Reich der Freiheit und Gleichheit zu schaffen im Geiste der brüderlichen Einigkeit. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Artur Crispian (mit Beifall begrüßt): Werte Genossen und Genossinnen! Die brüderlichen Grüße, die uns heute von der Sozialdemokratischen Partei entgegengebracht wurden, möchte ich erwidern, indem auch ich namens der bisherigen unabhängigen Sozialdemokratischen Partei die Genossen der Sozialdemokratischen Partei willkommen heiße und ihnen versichere, daß wir entschlossen sind, mit ihnen eine feste, große, starke, innerlich geschlossene Partei zu bilden. (Beifall.) In dieser Stunde erinnern wir uns der großen Führer, der großen Einiger der internationalen Arbeiterbewegung, unserer Genossen Saurès, Viktor Adler und August Bebel. Der Geist dieser Männer, deren Lebensaufgabe es gewesen ist, die Arbeiter in allen Ländern auf dem Boden des Sozialismus zusammenzuführen, und die vor allen anderen daran gearbeitet haben, die gewaltige sozialistische Bewegung in der ganzen Welt aufzurichten, ist heute unter uns. Wenn wir die große sozialistische Bewegung geworden sind, so sind auch die Aufgaben groß und größer geworden, die wir lösen müssen, die Aufgaben, die wir für das Proletariat erfüllen sollen. Gewaltig sind die Widerprüche der ganzen kapitalistischen Welt. Der Widerspruch des Kapitalismus, der kapitalistischen Produktionsweise, die auf dem Privateigentum begründet ist, gibt dem Privateigentum alle Arbeitsmittel und Produkte, bedingt die wilde Konkurrenz und die vollständige Anarchie im wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben. Aber der Kapitalismus schafft auch die Elemente der sozialistischen Gesellschaft, und die Trufbildung, die heute auf internationaler Grundlage vorgenommen wird, ist der Anfang einer neuen Gesellschaft, die ihre Vollendung finden wird in der internationalen, sozialistischen, planmäßig arbeitenden Weltwirtschaft. Wir haben seit dem Kriege Tag für

Tag erfahren müssen, daß das Schicksal Deutschlands von dem Schicksal der Welt abhängt, daß kein Volk ohne den innigsten Zusammenhang mit allen Kulturländern bestehen kann. Und als der Krieg diese weltwirtschaftlichen Beziehungen zerbrach, da kam verschärftes Massenelend über die abgetrennten Völker, und auch nach dem Kriege haben die Friedensverträge, welche die Kapitalisten gemacht haben, der Welt keinen Frieden gebracht. Wenn auch Friedensverträge über Friedensverträge abgeschlossen wurden, so herrscht doch überall in der Welt Krieg; Krieg zwischen den Völkern, Krieg zwischen den Rassen und Klassen, weil der Kapitalismus der Welt den Frieden nicht bringen kann, weil Friede in der Welt nur werden kann durch den Triumph des Sozialismus. (Bravo!) Man führt gewöhnlich das wirtschaftliche Elend zurück allein auf den Krieg und die Friedensverträge. Aber wir als Sozialdemokraten wissen, daß auch der Krieg, daß auch die kapitalistischen Friedensverträge ein Ausfluß der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überhaupt sind und daß deshalb in allen Ländern der Kampf gegen den Kapitalismus geführt werden muß. Als Sozialdemokraten haben wir auch die Aufgabe, schon bevor der Sozialismus zum Siege gelangen kann, nach Linderungen der Not zu streben und provisorische Lösungen finden zu helfen. Auch auf internationalem Boden müssen wir wirtschaftliche und politische Reformen für die Völker zu erringen suchen, weil dadurch unser Volk gestärkt wird, weil der Klassenkampf dadurch international gefördert wird und weil damit auch die Vorbedingung geschaffen wird für den internationalen Sieg des klassenbewußten Proletariats. Wenn die kapitalistischen Regierungen glauben, ganze große Kulturvölker, Millionen Menschen zertreten zu können, um ihre Extragewinne herauszuholen aus dem namenlosen Elend der Menschheit, dann müssen wir ihnen klarmachen, daß, seitdem die moderne sozialistische Bewegung ein Machtfaktor in allen Ländern geworden ist, es auch diese große proletarische Bewegung der Arbeiter aller Länder sein wird, die letzten Endes die kapitalistischen Friedensverträge beseitigen wird und die Völker zusammenführen zur wahren Gleichheit, zum wahren Völkerbund, zum wahren Völkerfrieden. (Beifall.) Es ist Pflicht der Sozialdemokraten, in diesem Sinne auch international zu arbeiten. Ehe in Deutschland die nationale Einigung der Sozialisten erreicht wurde, ehe wir in Deutschland zur Einigkeit gelangen konnten, haben wir auch internationale Arbeitsgemeinschaften bilden müssen mit den Proletariaten Frankreichs, Englands, Belgiens und aller Länder, die in dem gleichen Maße wie die deutschen Proletariaten unter den verhängnisvollen Folgen der kapitalistischen Kriegs- und Friedenspolitik leiden. Wir haben uns brüderlich mit den Arbeitern der Siegerländer verstanden und haben heute bereits eine internationale Arbeitsgemeinschaft der Londoner Internationale, der Wiener Internationale und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Seitdem wir diese praktische Arbeitsgemeinschaft hatten, haben wir gesehen, wie auch in Deutschland durch die gemeinsame Not, durch die gemeinsame Unterdrückung und durch den gemeinsamen Kampf die vielen Schranken fielen, die die Arbeiterparteien voneinander trennten, seitdem hat sich auch in Deutschland die Einigung unwiderstehlich durchgesetzt. (Sehr wahr!) So wird sich aus den internationalen Arbeitsgemeinschaften die Einigung des Proletariats auch international unwiderstehlich durchsetzen, weil schon durch die Arbeitsgemeinschaften die Hauptschranken zwischen den einzelnen internationalen Gruppen gefallen sind. Und wir wollen heute geloben, als vereinte Sozialdemokraten der neuen großen Partei mit Energie und mit Zähigkeit daran zu arbeiten, daß auch international die Einigung des Proletariats möglichst bald vollendet wird. (Stürmischer Beifall.) Und wenn wir seit dem Kriege die Epoche der Spaltung im Proletariat der einzelnen Länder und im Proletariat der ganzen Welt gehabt haben, so muß von dem heutigen Nürnberger Parteitag der vereinigten Partei eine neue Epoche der proletarischen Be-

wegung beginnen, die Epoche der Wiedervereinigung und des Zusammenschlusses im kämpfenden Proletariat für alle Zukunft. (Erneuter Beifall.) Wo sich Sozialdemokraten vereinigen, wo Kampfgenosser, die in vielen Stürmen sich für den Sozialismus eingesetzt haben, sich brüderlich die Hand reichen, da tun wir das alle ohne Ausnahme als aufrechte, ebenbürtige Kampfgenosser. (Vielfaches Sehr wahr!) Da tun wir es alle, Männer und Frauen, im Geiste der gegenseitigen Achtung und mit dem festen Willen, die Meinungsdivergenzen, die unter uns bestehen, brüderlich auszutragen, in dem Sinne auszutragen, daß wir zur Verständigung kommen und durch die Verständigung zum einmütigen geschlossenen Handeln gegenüber dem Kapitalismus. Denken wir alle, die wir heute hier versammelt sind, die das Glück haben, hier in diesem Saal an dieser Tagung persönlich teilnehmen zu können, ein Glück, um das uns ungezählte Massen beneiden, denken wir in dieser Stunde daran, daß Millionen Männer und Frauen des Proletariats das kostbare Gut des Sozialismus in unsere Hände gelegt haben. (Bewegung und Zustimmung.) Und denken wir daran, daß die Einigkeit nur fruchtbar sein kann, daß sie nur dann die Millionen, die auf uns blicken, vor neuen Enttäuschungen bewahren kann, wenn wir auch entschlossen sind, durch die Tat, durch eine Politik der Aktivität, durch unermüden Kampf den proletarischen Massen zum Siege zu führen. (Lebhafter Beifall.) So werden wir das neue Hoffen, das Millionen beseelt, nicht erlöschen, wir werden es lebendig machen, und dann wird aus der unüberwindlichen Kraft und Macht der Millionen Menschen, die mit uns die Erlösung der Menschheit aus Mord und Brand ersehnen, der Triumph des internationalen revolutionären Sozialismus erstehen, der die Menschheit befreien wird aus aller Knechtschaft. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Das Wort erhält nunmehr besonders als Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen

Frau **Juchacz** (mit Beifall empfangen): Die Frauen begrüßen die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Sie erblicken in dieser Einigung die Stärkung des Kampfes für die Befreiung der Frau, so wie sie sich einstmals nur im Sozialismus verkörpern kann. Viele Frauen stehen bisher abseits. Sie haben den Weg zu den sozialdemokratischen Parteien nicht gefunden. Sie sehen wohl oder fühlen wohl, daß die Idee des Sozialismus auch für sie das Große, Gute und Schöne verkörpert. Sie fühlen es wohl instinttiv, daß sie nur durch den Sozialismus zu einem wirklich gleichberechtigten Mitglied der menschlichen Gesellschaft werden können, daß sie sich einfügen müssen in das große Heer derer, die den Kampf führen um die Befreiung des gesamten Proletariats. Aber sie haben abseits gestanden, weil sie irre geworden sind in einer Zeit, wo die sozialdemokratische Partei sich spaltete, wo sie auseinanderging, wo sie auf getrennten Wegen dem gleichen Ziele zustrebte, und deshalb ist es gerade vom Standpunkt der Frau aus gesehen so sehr zu begrüßen, daß sich in dieser geschichtlichen Stunde die sozialdemokratischen Parteien vereinigen, vereinigen zu einer Partei, die geschlossen den Sozialismus verwirklichen will. Wohl wissen wir Frauen es alle, daß dieses Ziel nicht von heute auf morgen erreicht werden kann, weil wir alle das große Schulbeispiel der Kriege- und Revolutionszeit miterlebt haben. Wir wissen, daß, um zum Ziele zu gelangen, ein langer und unendlicher rauher Weg zurückgelegt werden muß, daß noch schwere Kämpfe geführt werden müssen, in denen beide, Männer und Frauen, kameradschaftlich Seite an Seite stehen müssen. Aber wir Frauen müssen im Sozialismus nicht nur die Befriedigung unseres instinttiven Fühlens finden, für uns muß sich im Sozialismus auch das verkörpern, was wir von der Zukunft wünschen, was wir von der Zukunft erhoffen, was wir von der Zukunft zu fordern haben. Warum müssen die Frauen im Sozialismus die einzige rettende Idee und Tat erblicken? Der Kapitalismus

hat in den letzten Jahrzehnten die Frau aus ihren vier Wänden herausgezogen und sie hineingezogen in den Produktionsprozeß der Welt und ihr ganz andere Arbeitsgebiete zugewiesen, als sie früher hatte. Das hat den Frauen klar gezeigt, daß sie als arbeitende Menschen die gleichen Pflichten zu erfüllen haben wie die Männer, daß sie deshalb den gleichen Anteil am Fortschritt der Menschheit haben müssen und mit ihren Arbeitsbrüdern gemeinsam den gleichen Kampf zu führen haben. Nur in der modernen, klassenbewußten Arbeiterkraft kann der Kampf geführt werden nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen im allgemeinen und auch für die Frauen, sondern auch der Kampf für die Frau in ihrer Eigenschaft als Mutter, als Mensch, dem ein besonderer Schutz gebührt, ein Schutz, den sie haben muß, weil sie werdendes Leben in ihrem Schoß trägt, weil sie die jungen Kinder hegen und pflegen muß. Wir sehen diese Aufgaben nicht aus dem engen Gesichtskreis unseres eigenen persönlichen Lebens, o nein, wir werfen unseren Blick hinaus über diese engen Wände und sehen in unserem eigenen Leben auch das Leben der anderen. Wir sehen die große soziale Gemeinschaft, die ringen muß um eine andere Gestaltung der Dinge, wir sehen, daß das Leid, die Sorgen, die Kümernisse des einzelnen, die Qualen und seelischen Nöte der einzelnen Frau zu gleicher Zeit die Not der Gesamtheit der Frauen ist. In dieser Erkenntnis liegt zu gleicher Zeit auch die Wurzel zu der Erkenntnis, daß nur im Sozialismus und somit nur in der geeinten sozialdemokratischen Partei auch zu gleicher Zeit der Gedanke, der Wille für die Frau verkörpert ist, der Wille zum Sozialismus. Aber nicht nur in diesem Fühlen, in diesem instinttiven Erfassen der Dinge sollen sich die proletarischen Frauen in der geeinten Partei üben. Nein, gerade diese Vereinigung soll uns im verstärkten Maße die Möglichkeit geben, dafür zu streben und dafür zu arbeiten, daß die Frauen des Proletariats sich sozialistische Erkenntnis erwerben können, daß sie diese sozialistische Erkenntnis, dieses Wissen von den Dingen nachher praktisch in das Leben, in den Kampf der Arbeiterkraft um die eigene Befreiung hineintragen. Auf diese Weise werden Männer und Frauen zu der Kameradschaftlichkeit im Kampfe gelangen, die notwendig ist, wenn das Ziel überhaupt erreicht werden soll. Von dieser Erkenntnis getragen, werden wir den Klassenkampf in Zukunft führen, den Klassenkampf der Zukunft, der vielleicht etwas andere Formen haben wird, als wir heute denken; bestimmt aber andere Formen, als vor dem Kriege allein für gültig angesehen wurden. Wir werden den Klassenkampf führen in jeglicher Form, im Parlament bei der Gesetzgebung, in den verwaltenden Körperschaften und in den Gemeinden, überall, wo Männer und Frauen kameradschaftlich zusammenstehen, um für das Wohl der Allgemeinheit zu arbeiten. Wir werden den Kampf führen für die Befreiung der Arbeiterklasse, der Männer und Frauen, wir werden ihn auch führen um die Schule, damit nach dem Grundsatz „Wissen ist Macht“ wir die großen Aufgaben der Zukunft lösen können. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Nunmehr erhält das Wort besonders als Vertreter der in den Freien Gewerkschaften organisierten Parteigenossen

Brandes-Stuttgart (mit Beifall empfangen): Geehrte Genossen und Genossinnen, gestatten Sie auch mir vom Standpunkt der Gewerkschaften aus einige Worte zur Frage der Einigung. Durch die Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten, durch diese Millionenmasse hindurch geht gerade in der jetzigen Zeit eine tiefe Erbitterung, die sich täglich verschärft. Die Massen sehen, daß die Kapitalistenklasse noch immer ungeheure Gewinne macht, daß sie enorme Reichtümer anhäuft und ein müßiges Luxusleben führt, wie es seit der Zeit des untergehenden Roms nicht mehr vergehnet wurde, während die Massen selbst den notwendigsten Lebensunterhalt entbehren. Die Massen beobachten die fieberhafte Tätigkeit der Reaktion, die sich nicht nur politisch,

sondern auch gerade wirtschaftlich und sozial auswirkt, die Tätigkeit, die das in mühsamer Arbeit für die Arbeiterklasse wirtschaftlich und sozial Errungene wieder zu vernichten trachtet. Statt des weiteren systematischen Ausbaus der Demokratie im Wirtschaftsleben, statt der Stärkung des Einflusses der Arbeiterklasse in den Fabriken, auf den Bauten, im Schacht und im Kontor, in Stadt und Land, geschieht das Gegenteil: das Unternehmertum versucht, den bisher gewonnenen Einfluß der Arbeiterklasse wieder zu vernichten. Unter der Parole „Steigerung der Produktion“ führen die Gegner, die kapitalistische Klasse einen häßlichen und gehässigen Kampf gegen den Achtstundentag, desto ungenierter, je schwächer dabei die Haltung der Regierung ist. Als ob der Achtstundentag ein Hindernis zur Produktionssteigerung wäre! Er ist im Gegenteil ein Mittel zur Entfaltung der höchsten Leistung. (Sehr wahr!) Besonders dann, wenn die Stellung der Arbeiter im Produktionsprozeß ihnen einen inneren Anteil an der Arbeit gewährt, wenn die Arbeiterschaft sich nicht als Sklave des Unternehmertums fühlt. Diese höchste Entfaltung der Leistungsfähigkeit kann freilich nicht stattfinden, wenn, wie es bei der deutschen Lohn- und Gehaltsempfängerklasse heute der Fall ist, die Kaufkraft des Einkommens dauernd sinkt und heute nicht einmal mehr 50 Proz. der Kaufkraft der Vorkriegszeit bedeutet. Es kann diese Höchstleistung nicht erreicht werden, wenn Not und Sorge nicht von der Schwelle weicht, wenn die körperliche Kraft und damit auch die geistige Spannung nachläßt und mehr und mehr schwindet. Und doch schreien die Agrarier gerade in diesen Tagen nach Verwerfung des Getreidepreises, die eine weitere Verelendung der großen Masse der arbeitenden Klassen bedeuten würde. Alles das, obwohl über der deutschen Wirtschaft bange Sorge und quälende Ungewißheit liegt, ob wir nicht am Ende der unter dem Schutz des Valutaunterschiedes herrschenden Scheinkonjunktur stehen, ob wir uns nicht vor dem Abgrund einer Wirtschaftskrise befinden, bei der es sich um Sein oder Nichtsein gewaltiger Schichten des deutschen Volkes handelt. Die fortschreitende Teuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse untergräbt die Kaufkraft des Volkes und führt zu starker Einschränkung des Inlandmarktes und damit zur Absatzstörung und Arbeitslosigkeit. Die Anpassung der Warenpreise an den Weltmarktpreis hebt die Möglichkeit für einen Auslandsabsatz in dem bisherigen Umfang auf. Das alles sehen die Massen, ihre Erbitterung ist nur zu verständlich. Gerade in dieser Zeit setzen die Massen ihre ganze Hoffnung auf die Sozialdemokratische Partei und auf die Gewerkschaften, auch ich sage, diese Hoffnung darf nicht enttäuscht werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man Verzweiflungsakte verhindern will, die in ihrem Effekt die Verelendung der Arbeiterklasse noch schlimmer machen würden, als es ohnehin der Fall ist, dann muß jetzt eingegriffen werden. (Wiesaches Sehr richtig.) Daß wir dabei auf den schärfsten Widerstand der Gegner der Arbeiterklasse stoßen werden, ist von vornherein allen gewiß; daher werden Kämpfe kommen, die wahrscheinlich alles in den Schatten stellen werden, was in der Vergangenheit der deutschen Arbeiterklasse zu verzeichnen war. Diese Kämpfe können nur dann erfolgreich geführt werden, wenn eine geschlossene Arbeiterschaft, politisch und gewerkschaftlich organisiert, diesen Kampf vorbereitet und ihn in strengster, schärfster Disziplin führt. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf werden mächtig gefördert durch die nunmehr zu vollziehende Einigung der sozialistischen Parteien. Gerade wir in den Gewerkschaften haben das allergrößte, das allerstärkste Interesse an dieser Einigung. (Starker Beifall.)

Noch eins! Gerade in diesen Tagen werden wir von neuen Absichten des Teils der Arbeiterschaft unterrichtet, der immer noch der Einigung des Proletariats gerufen hat, aber schon viele Monate hindurch alles tut, um die

Einigung zu verhindern, die Disziplin in den Gewerkschaften zu stören und die Organisationen schwer zu schädigen. Denn was ist die Einberufung des wilden Betriebsrätekongresses weiter als eine Untergrabung dieser zurzeit so notwendigen Disziplin (Sehr richtig!), jener selbstgewollten Disziplin der Mitglieder, die nichts mit der alten militärischen Disziplin zu tun hat. Ein Blick nach Frankreich zeigt uns, wohin solche Zerfleischung nicht nur der politischen, sondern auch der gewerkschaftlichen Bewegung führen muß: sie raubt der sozialistischen Arbeiterschaft jeden Einfluß sowohl auf die Geschichte des Staates wie auf die Geschichte der Wirtschaft. Das in Deutschland in dieser Zeit absichtlich herbeizuführen, ist ungeheuerlich, besonders dann, wenn wir die neue Machterweiterung betrachten, die der Stinnes-Vertrag der deutschen Bourgeoisie, der deutschen Kapitalistenklasse bringt. (Wiesaches Sehr wahr!) Gerade jetzt ist eine einige geschlossene sozialistische Bewegung gerade auch im Interesse der Gewerkschaften das dringendste Gebot. Denn mit ihr wird es möglich sein, auch in den Gewerkschaften und mit den Gewerkschaften gemeinsam einen Damm gegen alle Pläne der politischen und wirtschaftlichen Reaktion aufzurichten, einen Damm, an dem diese Pläne zerschanden werden sollen. (Sehr gut!)

Aus allen diesen Gründen begrüße ich vom Standpunkt der Gewerkschaften die Einigung der sozialistischen Parteien. Denn der Geist der Kameradschaftlichkeit wird die Gewerkschaften neu beleben, wird das Vertrauen zu den Gewerkschaften erneut stärken und den Gewerkschaften dadurch eine größere Wirkung auf die Teile der Arbeiterschaft ermöglichen, die sich heute noch im anderen Lager befinden oder den wirtschaftlichen Kämpfen noch indifferent gegenüberstehen. So begrüße ich die Einigung in der Erwartung, daß die geeinigte Partei mit den Gewerkschaften den Weg des Klassenkampfes gehen und nicht nur den Kampf gegen das Elend führen, nicht nur die Schläge der Reaktion parieren und abwehren wird, sondern daß sie auch die Bahn freimachen wird für den dauernden Aufstieg der Arbeiterklasse. (Lebhafte, anhaltende Beifall.)

Vorsitzender des: Parteigenossen, Ihnen allen ist auf den beiden Parteitagen in Augsburg und Gera und vorher der gesamten Parteioffentlichkeit, auch zur Aussprache in der Presse, der Entwurf des Aktionsprogramms der Vereinigten Partei zugegangen. Der Entwurf hat auf den beiden Parteitagen der letzten Woche die Zustimmung der getrennten Parteien erhalten. Jetzt, da wir uns anschicken, das Aktionsprogramm, das von diesen Parteitagen dem Nürnberger Einigungsparteitag überwiesen worden ist, zur Abstimmung zu bringen, ist der Augenblick da, in dem wir die Hände wieder brüderlich ineinanderlegen. Da erscheint ein Distulieren über jeden einzelnen Satz überflüssig. Denn jetzt ist der Augenblick, in dem wir sagen wollen: Wir wollen die Tat! Wir kommen also zur **Abstimmung über das Aktionsprogramm**, das von den beiden Parteitagen bereits angenommen worden ist. Wer dafür ist, daß dieses Aktionsprogramm bis zur Schaffung eines endgültigen neuen Programms für die ganze Partei Gültigkeit haben soll, den bitte ich, eine Hand zu erheben.

Das Aktionsprogramm ist einstimmig angenommen. (Stürmischer, nicht endenwollender Beifall.)

(Defegierte und Zuhörer des Parteitages haben sich von ihren Plätzen erhoben.)

Parteigenossen! Millionen von Arbeitern, nicht nur in Deutschland, Millionen von Arbeitern in der gesamten Kulturwelt werden diesen Augenblick begrüßen als einen der größten in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. (Bewegung und erneuter Beifall.)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die organisatorischen Bestimmungen der Uebergangszeit, die ebenfalls von den Parteitag in Augsburg und Gera dem Nürnberger Einigungsparteitag vorgelegt worden sind.

Auch diese Bestimmungen werden einstimmig angenommen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Wels: Das Aktionsprogramm soll abgelöst werden durch ein Programm, das den wissenschaftlichen Grundätzen des Sozialismus angepaßt, dem nächsten Parteitag vorgelegt werden soll. Die beiden Parteivorstände der verflochtenen Zeit haben einmütig beschlossen, dem Parteitag von Nürnberg vorzuschlagen, mit dem Vorsitz in der Programmkommission den Genossen Karl Kautsky zu betrauen. (Lebhafter Beifall.) Wir wissen, daß wir der wissenschaftlichen Kapazitäten in der Partei mehr haben, als wir für die Programmkommission heute wählen können, und darum bestand in den Parteivorständen Uebereinstimmung darüber, und der Parteitag billigt unsere Auffassung, daß die von diesem Parteitag einzulebende Programmkommission das Recht der Koordination anderer Parteigenossen erhält. In diesem Sinne schlagen wir Ihnen als Programmkommission vor, als Vorsitzenden Karl Kautsky, als Mitglieder Eduard Bernstein (Beifall), Adolf Braun, Leuteritz-Hamburg, Hermann Wolfenbuh, Müller-Potsdam, Antonie Pfäff, Dr. Quard, Stampfer, Ströbel, Artur Crispian, Wilhelm Dittmann, Alfred Henke, Rudolf Hilferding, Fritz Seger und Tony Sender.

Der Parteitag stimmt diesen Vorschlägen einstimmig zu. (Beifall.)

Vorsitzender Wels: Der Uebergang von zwei getrennten Parteien zu einer einheitlichen Partei macht naturgemäß die Schaffung eines anderen Organisationsstatuts notwendig. Die Parteitage haben sich bereits mit dieser Frage befaßt und schlagen Ihnen die Wahl einer Organisationskommission vor, die nach den Bestimmungen, denen Sie ihre Zustimmung gegeben haben, mit dem Parteivorstand, den Sie heute noch wählen werden, den Entwurf des künftigen Organisationsstatutes fertigstellen soll, um ihn dem nächsten Parteitag vorzulegen. Für diese Kommission sind folgende Genossen vorgeschlagen: Schölch-Brestau, Vogel-Nürnberg, Verdieck-Riel, Kögle-Frankfurt a. M., Max Müller-Chemnitz, Lau-Hannover, Hahn-Mannheim, Klupsch-Dortmund, Fuchs-Magdeburg, Güth-Riel, Richard Krille-Berlin, Lipinski-Leipzig, Adolf Schwarz-Mannheim, Hans Unterleitner-München, Karl Zöllig.

Auch die Wahl der Statutenberatskommission erfolgt einstimmig. (Beifall.)

Vorsitzender Wels: Dann kommen wir zur Wahl des Parteivorstandes der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Ich schlage Ihnen vor, entsprechend den Wahlen der Parteitage von Augsburg und Gera, die auf der Grundlage einer gegenseitigen Vereinbarung vorgenommen sind, die dort gewählten Personen durch Akklamation zu bestätigen. Der Parteivorstand würde dann bestehen aus Müller, Crispian und Wels als Vorsitzenden, aus Bartels, Heinrich und Ludwig als Kassierern, aus Adolf Braun, Wilhelm Dittmann, Frau Suchacz, Franz Krüger, Hermann Wolfenbuh und Wilhelm Pfannkuch als Sekretären, aus Richard Fischer, Otto Frank, Karl Hildenbrand, Rudolf Hilferding, Moses, Frau Remitz, Künstler, Otto Ritter, Frau Rynd und Heinrich Schulz als Beisitzern.

Auch der Parteivorstand wird in dieser Zusammenfassung einstimmig faktioniert. (Beifall.)

Vorsitzender Wels: Die Kontrollkommission besteht nach der Vereinbarung in Zukunft aus 11 Mitgliedern. Die Parteitage in Augsburg und Gera haben folgende Vorschläge gemacht: Brey, Löbe, Brühne, Hengsbach, Schönfelder, Müller-Potsdam, Friedrich Fischer-Stuttgart, Wilhelm Bod, Lore Agnes, August Karstens und Robert Wengels.

Auch die Wahl der Kontrollkommission erfolgt einstimmig. Sie soll sich sofort konstituieren.

Vorsitzender Wels: Damit ist die Vereinigung beschlossen, die neue Parteileitung bestätigt, und die notwendigen Maßnahmen getroffen, daß die Partei theoretische Richtlinien erhält und ihre praktische Arbeit aufnehmen kann. (Stürmischer Beifall.)

Wir haben heute bereits wiederholt gehört, daß die Augen der Arbeiter der ganzen Welt auf unsere Tagung gerichtet sind. Wir haben daher auch eine außerordentlich große Zahl von Telegrammen erhalten, die unsere heutige Tagung begrüßen, von Zentralverbänden der Gewerkschaften, von einzelnen Parteigenossen und von sozialdemokratischen Parteien des Auslandes. Die italienische Sozialdemokratie, die unter dem anarchistischen Terror faschistischer Banden leidet, begrüßt durch Turati und Treves die Einigung der deutschen Sozialdemokratie als Hoffnung und Lichtblick der Internationale. (Beifall.) Ebenso beglückwünschen uns u. a. die norwegische Sozialdemokratie, die internationale Landesorganisation der Bufowina, die Landesvertretung Oberösterreichs, die sozialrevolutionäre Partei Rußlands durch Tschernow, die Poale Zion, die ungarische Emigrantengruppe der Sozialisten in Wien und Genossin Adelheid Popp. Wir haben auch die Freude, eine große Anzahl von Vertretern ausländischer Bruderparteien hier zu begrüßen: die Genossen Davies und Ammon als Vertreter der englischen Arbeiterklasse, die sich in immer steigendem Maße der deutschen Arbeiterklasse zur Seite gestellt hat, um dem Scheitern von Versailles, unter dem die Wirtschaft Europas leidet und die Dekonomie der Welt zugrunde zu gehen droht, ein möglichst baldiges Ende zu bereiten. (Beifall.) Wir begrüßen aus Frankreich die Genossen Compère-Morel und Grumbach, aus Schweden Genossen Möller, aus Dänemark die Genossen Andersen und Johansen, aus Belgien den Genossen van Rosbroeck, aus der Tschechoslowakei von der deutschen Sozialdemokratie die Genossen Cermak und Kremsler, von der tschechischen Partei den Genossen Stovin. Die Genossen der beiden Nationen in dem neuen Staat stehen sich noch nicht mit allen Gefühlen der Freundschaft gegenüber, aber auch dort wird der Tag kommen, wo der gemeinsame Kampf gegen den Kapitalismus die aus nationalen Gründen vorhandenen Spannungen beseitigt. Wir begrüßen aus Holland den Genossen Antermitz, aus Oesterreich die Genossen Seiz und Adler, aus Ungarn die Genossen Buchinger und Vancsat, aus Lettland die Genossin Kalnin, aus Bulgarien den Genossen Jareff, aus Georgien den Genossen Achmet, aus Armenien den Genossen Jshakian und aus den Vereinigten Staaten von Amerika den Genossen Algernon Lee, der über den Ozean zu uns gekommen ist. So sehr ich den Wunsch verstände, der uns und besonders unsere aus dem ganzen Reich und aus dieser Stadt zusammengekommenen Parteigenossen beseelt, die Grüße dieser Freunde persönlich zu hören, so müssen wir uns doch darauf beschränken, zwei Vertretern das Mandat zu erteilen, für unsere ausländischen Freunde zu reden. Wir bitten Sie, für die Gruppe der der Zweiten Internationale angeschlossenen Parteien die Begrüßungsworte des Genossen Ammon entgegenzunehmen, des Präsidenten der englischen Gewerkschaften, der neben der deutschen an Zahl stärksten Gewerkschaftsgruppe der Welt. Und wir bitten Sie, für die Gruppe der der Internationalen Sektion der Wiener Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Parteien den Genossen Compère-Morel zu hören. Ich bitte nunmehr den Genossen Ammon, das Wort zu ergreifen.

Ammon wird mit stürmischem Beifall begrüßt. Auch Genosse Ed. Bernstein, der seine Rede verdeutscht, wird mit Beifall empfangen. Er gibt die Rede Ammons folgendermaßen wieder: Genosse Ammon, der Vorsitzende der

englischen Gewerkschaften, begrüßt zugleich für den Genossen Davies den Parteitag im Namen der großen englischen Gewerkschaftsbewegung und weist darauf hin, mit welcher Freude die englische Arbeiterklasse die Tatsache der Einigung begrüßt. Er sei glücklich, die mächtige Bewegung, die sich in Deutschland nach der Einigung entfalten müsse, als Tatsache feststellen zu können. Aber die Zahl allein sei es nicht. Auch in der Vergangenheit habe es mächtige Bewegungen gegeben, groß an Zahl, und doch habe ihnen im richtigen Zeitpunkt, wo die Aktion erforderlich war, das notwendige Zusammenarbeiten gefehlt. Er hoffe und sei überzeugt nach dem heute gegebenen Beispiel, daß dies in Zukunft anders sein werde. Schulter an Schulter müßten die großen Bewegungen in den einzelnen Ländern als eine gewaltige internationale Bewegung kämpfen. Ohne das sei es der Arbeiterklasse nicht möglich, Herr über Militarismus und Kapitalismus zu werden. Davies und er hätten während des ganzen Kriegs im Parlament den Krieg bekämpft (Lebhafter Beifall) und dem Friedensbittat von Versailles die energischste Opposition entgegengesetzt. Jetzt habe er seinen Aufenthalt in Deutschland dazu benützt, um ins besetzte Gebiet zu gehen und die Zustände dort kennen zu lernen, nicht durch die interessierte Presse der kapitalistischen Welt, sondern in direkter Berührung mit der dortigen Arbeiterbevölkerung. (Bravo!) Was er gesehen habe, habe in ihm die Ueberzeugung gestärkt, daß eine Veränderung eintreten müsse. Vor wenigen Wochen habe in Southport der Kongreß der englischen Arbeiterpartei, die fünf Millionen organisierte Arbeiter umschließt, einstimmig die Resolution der internationalen Fünf-Länder-Konferenz von Frankfurt a. M. erneuert, die die Zurückziehung der Truppen aus den okkupierten Provinzen und die Erleichterung der Deutschland auferlegten Lasten verlangt, vor allem die Aufhebung der Lasten, die Deutschland für die Zivilpensionen entgegen dem Versailler Diktat nachträglich auferlegt worden seien. Ebenso habe der Kongreß die Aufnahme Deutschlands und Sowjetrußlands in den Bund der Nationen verlangt, damit dieser wirklich das werde, was er heute noch nicht ist. Wenn die Arbeiter so zusammenwirkten, wenn die Arbeiterbewegung der ganzen Welt nach dem heute und hier gegebenen Beispiel einstimmig miteinander kämpfte, dann dürfte man hoffen, die bessere Welt, die Welt ohne Unterdrückung und Ausbeutung zu erringen. (Stürmischer Beifall.)

Compère-Morel (mit stürmischem Beifall begrüßt) wird vom Genossen Dr. Breitscheid, der ebenfalls mit Beifall empfangen wird, so übersetzt: Genosse Compère-Morel begrüßt uns im Namen der französischen sozialistischen Partei. Er spricht aus, welche große, welche unendliche Freude es ihm sei, am heutigen Tage unter uns zu weilen und unseren Beschlüssen beizuwohnen. Der schreckliche Krieg, der vom Kapitalismus entfesselt und vom Militarismus durchgeführt worden sei, habe nicht nur die Völker und die Arbeiter international gespalten, sondern was noch schlimmer gewesen sei, die Arbeiter und Sozialisten der einzelnen Länder gegeneinander gestellt und die Bande gesprengt, die zwischen ihnen bestanden. Der Krieg sei schrecklich gewesen, aber noch schrecklicher als der Krieg die Zerreißung der Arbeiterklasse in fast allen Ländern. (Lebhafte Zustimmung.) In dem Moment, wo der Kapitalismus die Katastrophe entfesselt habe, aus der er noch heute Nutzen zöge, hätten sich bis zum heutigen Tage die Arbeiter einander entgegengestellt und so das Spiel des Kapitalismus, das auf Zerstörung der Arbeiterbewegung gerichtet sei, erleichtert. Er weise vor allem auf Frankreich hin. Wie großes, wie schwerwiegendes hätte Frankreich für die internationale Demokratie tun können, wenn in Frankreich nicht ebenfalls die Arbeiterbewegung zerrissen und gespalten worden wäre und die Spaltung dem Militarismus und der Reaktion ganz allgemein Vortritt geleistet hätte. Deshalb fühle die Reaktion sich überall stark, deshalb habe sie

sich überall kräftigen können, deshalb habe sie Mut und Kraft finden können, die verbrecherischen Morbdaten zu begehen, die heute noch in aller Gedächtnis seien. Ihr deutschen Sozialdemokraten habt es verstanden, der Streitigkeiten, die euch bisher zerrissen haben, Herr zu werden. Ihr habt damit nicht nur Deutschland und dem deutschen Proletariat einen Dienst erwiesen. Ihr habt gekämpft und Entschlüsse gefaßt, die im Interesse der Arbeiterklasse der ganzen Welt liegen, und wenn ihr durch eure Entschlüsse und eure Tatkraft dafür sorgt, daß die Republik nicht zerstört wird, dann lebt und siegt die deutsche Sozialdemokratie für das ganze internationale Proletariat. Denn wenn die deutsche Republik und die deutsche Demokratie zu Boden geworfen würden, würde das eine Katastrophe für die gesamte Kulturwelt bedeuten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind der innigen Hoffnung, daß das, was sich in Deutschland vollzieht, sich bald für die gesamte Welt, für das gesamte internationale Proletariat vollziehen wird. (Allgemeiner Beifall.) Denn wenn in Deutschland die Arbeiterklasse einig zusammensteht, so ist das ebenso notwendig für die Arbeiterklasse jenseits der deutschen Grenzen, für die ganze Welt. Die Bourgeoisie und die Kapitalisten tragen kein Bedenken, sich über die Grenzen hinweg die Hand zu reichen und auch nach dem Kriege sich wieder ihrer Geschäfte und ihres Profits zu erinnern. Aber dieses Zusammengehen der Bourgeoisie und der Kapitalisten bietet keine Gewähr für den dauernden Frieden. Im Gegenteil, wenn die Arbeiterklasse ihnen nicht durch ihre Vereinigung ein Gegengewicht entgegenzusetzen imstande ist, sind wir vielleicht in kurzer Zeit wieder in die Lage versetzt, neuen Kriegen ins Auge sehen zu müssen. Deshalb muß das internationale Proletariat das tun, was heute die Sozialdemokratische und die Unabhängige Partei Deutschlands getan haben. Denn wenn Demokratie und Sozialismus siegen, dann werden auf die Dauer kapitalistische Republiken, wie es jetzt Frankreich ist, dann werden die Monarchien mit ihren Kronenträgern keine Rolle mehr spielen können. Und deshalb begrüße ich noch einmal die heute vollzogene Einigung, beseelt von dem brennenden Wunsch, daß sie vorbildlich sein möge für das gesamte internationale Proletariat im Interesse der ganzen Kulturwelt. (Stürmischer Beifall.)

Vors. Weis: Ich glaube im Sinne des Parteitages, im Sinne der deutschen Arbeiterklasse zu handeln, wenn ich dem Genossen Unnon und dem Genossen Compère-Morel, die im Namen der Internationale von London und der Internationale von Wien unsere Einigung begrüßt haben, herzlichen Dank ausspreche. (Bravo!) Durch ihre Reden hindurch klang die bange Sorge um die Zukunft der Demokratie in Deutschland. Bestehe die Möglichkeit, daß aus dem Deutschland von heute wieder eine reaktionäre, wieder eine militaristische Gefahr entstehe? Diese Frage beantworten wir mit dem Satz: Die Sozialdemokratische Arbeiterklasse ist ihre breite Untermauerung der deutschen Republik. Wir verteidigen die Republik, weil die Republik uns der Kampfboden sein soll für den Sozialismus. Wir verteidigen die Republik, weil sie eine Garantie für den Weltfrieden ist, weil von Deutschland aus der Weltfrieden nie wieder in Gefahr kommen soll. Wir verteidigen die Republik, wenn es sein muß mit unserem Herblut, mit unserem Leben. (Allgemeiner stürmischer Beifall.) Mögen unsere Parteigenossen aus dem Ausland die Ueberzeugung mit sich nehmen, daß die deutsche Arbeiterklasse, stahhart geworden in langjährigen Kämpfen, ihr Ziel unverrückbar verfolgt, die gesamte Arbeiterbewegung national und international zu einigen und die Menschheit vom Kapitalismus zu befreien durch den Sieg des Sozialismus. (Erneuter stürmischer Beifall.)

Die Kontrollkommission teilt mit, daß sie sich konstituiert hat. Sie hat zu ihrem ersten Vorsitzenden den Genossen Friedrich Brühne, zu ihrem zweiten

Vorsitzenden den Genossen Wilhelm Bod, zu ihrem Schriftführer den Genossen Hermann Müller-Lichtenberg gewählt.

Der Parteivorstand schlägt dem Parteitag vor, von diesem Einigungsparteitag

ein Manifest an die deutsche Arbeiterklasse

ergehen zu lassen, das der Bedeutung dieser Stunde gerecht wird. Das Manifest soll alle die, die unseres Geistes sind, zusammenführen unter das Banner der Sozialdemokratischen Partei, soll für die neugeeinte Partei ein Sammelruf sein. Das Manifest hat folgenden Wortlaut:

Nürnberg, 24. September 1922.

Arbeitendes Volk! Männer und Frauen!

Das Werk der Einigung der sozialdemokratischen Parteien ist vollbracht. In gemeinsamer Tagung haben die Sozialdemokratische und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ihren Zusammenschluß in Nürnberg vollzogen. Durch die Massen ihrer Anhänger geht tiefe freudige Bewegung, ein Ziel ihrer Sehnsucht ist erreicht. Aber auch die Draußenstehenden horchen auf. Sie fühlen, daß hier eine Tat geschehen ist, die für das Schicksal des Volkes und jedes einzelnen in ihm unabsehbare Bedeutung gewinnen kann.

Die sozialdemokratische Bewegung ist eine der gewaltigsten, die die Welt jemals gesehen hat. Wieder vereint, wird sie verstärkte Kräfte entfalten. Von der Industriearbeiterschaft ausgehend, die zuerst die Bedeutung des sozialistischen Gedanken erkannte, hat sie immer weitere Schichten des schaffenden Volkes ergriffen, sie hat große Teile des Landvolkes, der Angestellten, der Beamten, unter ihren Fahnen gesammelt. Nur von seltenen, bald wieder weitgemachten Rückschlägen unterbrochen, zeigt die Linie ihrer Entwicklung stetigen Aufstieg. So stellt sie eine Erscheinung dar, die zur Parteinahme zwingt. Man kann ihr als Freund oder als Feind, niemals gleichgültig gegenüberstehen.

Weite Kreise der körperlich und geistig Arbeitenden, fast die Hälfte der Bevölkerung, haben durch die Abgabe ihrer Stimme bei den Wahlen gezeigt, daß sie auf die Sozialdemokratie ihre Hoffnung setzen. Aber viele von ihnen hat bisher eine gewisse Scheu, eine Art von Bequemlichkeit, ein bedauerlicher Mangel an Opfermut davon abgehalten, sich der Bewegung offen anzuschließen. An sie richtet sich jetzt unser Ruf, ganze Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen zu werden und ungefäumt ihren Eintritt in die vereinigte Partei zu vollziehen.

Die Partei bedarf aller Kräfte, denn ein ungeheures Werk ist es, das ihr harzt.

Die junge Deutsche Republik kämpft schwer gegen innere und äußere Gegner. Gewaltstöße der monarchistischen Reaktion erschüttern ihre Grundlagen. Der Krieg und seine Folge, der Frieden von Versailles, hat sie zum Schuldnecht der Welt gemacht. Die ungeheure Not der arbeitenden Massen dient der schrankenlosen Bereicherung weniger und fördert den Aufstieg einer Kapitalsherrschaft, die das öffentliche Leben korrumpiert und sich den Staat zu unterwerfen ansieht.

Was will dagegen die Vereinigte Sozialdemokratische Partei? Sie will Schutz und Festigung der Deutschen Republik. Sie will, daß das deutsche Volk bewußt und freudig bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit teilnehme an dem Wiederaufbau der Welt, daß ihm aber auch das gleiche Recht teil werde wie jedem anderen, und daß ein Ende gemacht werde mit einer Politik böswilliger Ueberlastung und zerstörender Gewaltmaßregeln.

Sie will wirksamen Kampf gegen die schamlose Auswucherung des Volkes. Sie will eine vernünftige wirtschaftliche Ordnung, deren Leitstern das Gemein-

wohl und das Recht jedes arbeitenden Menschen ist, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Darum verteidigt sie den Achtstundentag, kämpft sie für den Schutz der Arbeitskraft, arbeitet sie Hand in Hand mit der modernen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung. Darum erstrebt sie letzten Endes eine neue, von kapitalistischer Ausbeutung freie Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die allen ihren Anteil am Genuß aller Kulturgüter gewährleistet. In diesem Sinn führt sie ihren Klassenkampf nicht um eine neue Klassenherrschaft aufzurichten, sondern um jede zu zerstören und damit dem schaffenden Volk seine Freiheit zu geben.

In Kampf und Ziel fühlt sie sich einig und solidarisch verbunden mit der sozialistischen Arbeiterbewegung der Welt. Die Einigung in Deutschland ist uns Unterpfand und sichere Verheißung der Einigung in der wiedererstehenden sozialistischen Internationale.

Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands weiß, daß ihr Weg weit und ihr Werk schwer ist. Sie weiß, daß sie zu seiner Vollendung der werktätigen Anteilnahme, der geistigen Mitarbeit und der materiellen Hilfe aller bedarf, die sich von den Vorurteilen der Vergangenheit losgerissen haben und bereit sind, auf neuen Wegen neuen Menschheitszielen entgegenzustreben.

Arbeitendes Volk! Männer und Frauen! Alle, die Ihr mit geistiger und körperlicher Arbeit Werte schafft, alle, die Ihr leidet unter dem Druck der Not, erkennt, daß Euch nicht geholfen wird, wenn Ihr Euch nicht selbst helft! Selbsthilfe des arbeitenden Volkes aber das heißt: Eintritt in die Vereinigte Sozialdemokratische Partei, rastlose Arbeit mit ihr und in ihr!

Der Millionenchar unserer alten Genossen und Freunde aber, die in den bitteren Jahren des Bruderkriegs auf der einen oder auf der anderen Seite tapfer ausgehalten haben, rufen wir an dem Tag, der uns die eine deutsche Sozialdemokratie wiedergegeben hat, zu: In der Einigkeit liegt die Kraft! Haltet dem Ganzen die Treue, wie Ihr sie den einzelnen Teilen gehalten habt! Seid brüderlich im Rat, einig in der Tat, duldet keine Zersplitterung! Werbt und wirkt mit verdoppelter Kraft für unsere gemeinsame große Sache!

Es lebe die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Der Einigungsparteitag der deutschen Sozialdemokratie.

(Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Der Parteivorstand schlägt Ihnen vor; diesem Manifest seine Zustimmung zu geben. — Sie haben das durch Erheben von den Plätzen während der Verlesung bereits getan, ich danke Ihnen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Parteigenossen und -genossinnen! Wir stehen am Schluß einer Tagung, deren geschichtliche Bedeutung in unser aller Bewußtsein lebendig ist. In seinen begrüßenden Worten hat Genosse Wilhelm Bod, der Präsident des Gothaer Einigungsparteitages, an die Gewaltsherrschaft eines Bismard erinnert, des Mannes von Blut und Eisen, der sich einstmals vermaß, die deutsche Arbeiterbewegung, die sozialdemokratische Entwicklung in ihrem Blute zu ersticken. Heute leben wir in einem Volksstaat, dessen Schönheitsfehler gänzlich auszumergen kraft der verfassungsmäßigen Garantien innerhalb der Macht der deutschen Arbeiterklasse liegt. Ein Beweis dafür mag es sein, daß hier in diesem Saale ein Nachfolger des Fürsten Bismard als preussischer Ministerpräsident unter den Delegierten des Parteitages anwesend ist. (Bravo!) Die Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, sind groß. Sie werden von uns nur bewältigt werden können, wenn sich wirklicher Tatassensinn mit der Begeiste-

rung paart, die man braucht, um große Taten zu vollbringen. Wenn Stürmer und Dränger uns kommen, müssen wir stets des glühend optimistischen Wortes von Karl Marx eingedenk sein, daß die Weltgeschichte sich nur Aufgaben stellt, die sie erfüllen kann. Unser Machtspruch heißt Organisation. Sie ist es, durch die wir alles und alles erfüllen können. Wir wissen, daß wir heute im Sinne unserer verstorbenen großen Führer, im Sinne von Bebel und Wilhelm Liebknecht handeln, von all denen, die die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung in früheren Jahren zum erstenmal verwirklicht haben. Die Liebe zu ihnen ist bei uns allen, wie sehr wir uns auch sonst bekämpften, immer die gleiche gewesen. (Sehr wahr!) Wir alle, die zu Füßen von Bebel und Liebknecht gesessen haben, waren stets einig in der Verehrung für sie und rivalisierten nur darüber, welcher von den beiden kämpfenden Parteien sie eigentlich zuzugählen wären.

Viele von uns erfüllt am heutigen Tage das Gefühl, als dürften auch wir jetzt sagen: „Von hier aus geht eine neue Epoche der Weltgeschichte, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.“ Aber ein solcher Ueberchwang würde uns nicht ziemen, denn wie groß oder wie klein der gegenwärtige Augenblick späteren Geschlechtern erscheinen wird, das wird von uns selbst abhängen. Es gibt von dieser Stunde an wieder die einige deutsche Sozialdemokratie, aber welche Kraft wir aus der Einheit schöpfen und mit welcher Klugheit wir diese Kraft benutzen werden, das ist die Frage an das Schicksal, die wir selber beantworten müssen. Es sind ernste Zeiten in der inneren und äußeren Politik, die geeinte deutsche Sozialdemokratie geht an schwere Aufgaben heran. Der Krieg ist durch das Diktat der Sieger niemals völlig zum Stillstand gekommen, er ist nur in das Innere Klein-Asiens zurückgedrängt, und droht von dort aus von neuem seinen gepanzerten Fuß auf den blutgetränkten Boden Europas zu setzen. Im nahen Orient herrscht eine beispiellos verworrene Situation. Die herrschenden Weltmächte stehen sich in Uneinigkeit, ja im offenen Zerwürfnis gegenüber. Lagen nicht die gräßlichen Erfahrungen des ersten Weltkrieges noch in aller Erinnerung so abschreckend nahe, so müßte man fast fürchten, daß der zweite Weltkrieg schon auf dem Wege wäre. Nur Toren aber können sich der Hoffnung hingeben, daß die zunehmende Spannung zwischen England und Frankreich Deutschland zugute kommen könnte. (Lebhafte Zustimmung.) Dumm und geradezu barbarisch aber ist die Vorstellung, als könnte die Weltgeschichte nur ewig das Spiel fortsetzen, das von drei Völkern, Deutschland, Frankreich und England, immer zwei über den dritten herfallen müßten. Vor 107 Jahren haben England und Deutschland gemeinsam Frankreich niedergeworfen, vor drei Jahren haben England und Frankreich Deutschland gerschlagen. Die Sozialdemokratie will verhindern, daß neue Kapitel ins Buch der Greuel eingetragen werden. Wir begrüßen die Worte Compère-Morels, und wir haben die Ueberzeugung, daß das große Bild des heutigen Tages gezeigt hat, wie die Vertreter der Arbeiter dieser drei Länder in brüderlichem Geiste zur Erhaltung des Weltfriedens zusammenwirken können. (Lebhafte Zustimmung.) Möge sich dieses Bild auf die ganze Oeffentlichkeit übertragen und allgemein Geltung erhalten, möge es jedem Staatsmann, der künftig noch mit dem Kriege spielt, von vornherein die Ueberzeugung beibringen, daß sein Unternehmen zerbricht von dem Augenblick an, wo seine Ausföhrung in die Hände der Werttätigen gelegt ist. (Allgemeiner Beifall.) Wenn der Dreiklang von heute eine gute Verheißung ist, dann dürfen wir getrosten Mutes in die Zukunft sehen. Der Tag, der die Gewißheit bringt, das Deutsche, Engländer und Franzosen nie wieder die Waffen gegeneinander führen, wird wirklich eine neue Epoche der Weltgeschichte einleiten. (Vielfaches Sehr richtig!) Die Arbeiter Englands, Frankreichs und Deutschlands wünschen nichts sehn-

licher, als zusammengefaßt zu werden als Kernstück des neuen Völkerbundes. (Sehr wahr!) Die Idee des Völkerbundes, wie ihn die Sozialdemokratie sieht, ist nicht identisch mit dem Völkerbund der Regierungen von heute. (Sehr gut, sehr richtig.) Aber wir Sozialisten haben alle Möglichkeiten auszunutzen, und darum fordern wir für Deutschland unseren Anteil am Völkerbund als gleichberechtigtes Land, grad so, wie es aus den Worten des Genossen Immon hervorklang. Nur haben wir unser Ziel unbekümmert darum höher gesteckt. Wir wissen, daß alle unsere Arbeit darauf hingegeben hat, neben die internationale Arbeiterorganisation eine interparlamentarische Arbeitsmöglichkeit zu setzen. Als internationale Sozialisten haben wir die Pflicht, unseren Einfluß in jedem Land zu stärken als Vorbereitung für den künftigen Völkerbund, haben wir die Grundlage für die sozialistische Fraktion im künftigen Weltparlament zu schaffen. (Lebhafte Zustimmung.) Denn wenn dieses Weltparlament zum erstenmal zusammentritt, wird sich zeigen, daß sich die Grenzlinien nicht entlang den Grenzpfählen der verschiedenen Länder ziehen — es wird im künftigen Weltparlament nicht eine englische, eine deutsche, eine französische Fraktion geben, der alle angehören, Nationalisten, Liberale und Sozialisten —, es wird im künftigen Weltparlament eine reaktionär-konservative Fraktion, eine liberale bürgerliche Fraktion und eine sozialistische Fraktion geben, quer durch die Ländergrenzen werden die Interessen der verschiedenen Klassen schneiden. Dahin zu wirken ist unsere Aufgabe, hier winkt uns ein Ziel von welthistorischer Größe, und auf dem Wege zu ihm — davon sind wir innerlich überzeugt — sind manche Hindernisse hinweggeräumt worden durch die Einigung der deutschen Arbeiterklasse. (Großer Beifall.)

Diese Einigung vollzieht sich hier auf bayerischem Boden im Frankenland. Wo immer in den letzten Jahren, wenn es uns schien, als ob es in Bayern etwas gar zu altpreußisch würde (Heiterkeit), Gefahr für uns sichtbar wurde, konnte die Partei mit Vertrauen auf Franken, vor allem aber auf die Arbeiterschaft von Nürnberg blicken. (Lebhafte Zustimmung.)

Parteigenossen in Franken, Arbeiter von Nürnberg! Ein Tag kann kommen, der das Schicksal der Republik in eure Hand legt. Seid des eingedenk! Wir aber sagen euch, der Tag wird euch zeigen, daß eine große Macht nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt zu Leid und Freud hinter euch steht. (Stürmischer, oft wiederholter Beifall.)

Schwere Aufgaben stehen vor der geeinten Partei. Denn vor uns steht ein Winter voll Not, vor uns steht ein Winter ohne Kohlen, der die Bevölkerung in mangelnder Beleuchtung findet, vor uns steht ein Winter der gräßlichsten Teuerung, vor uns steht ein Winter, der die ohnehin so große Verelendung der arbeitenden Klassen nur noch vergrößern kann. Da wird es die Aufgabe der geeinten Sozialdemokratie sein, für die Darbenden, für die Notleidenden zu arbeiten, um das schlimmste von ihnen abzuwenden. Wir wissen, daß wir ihnen nicht Erlösung von ihren Leiden versprechen können; wir wissen, daß unser Zusammenschluß nur noch ein Schlimmeres verhüten kann. Darum warnen wir auch heute die Arbeiterschaft vor Schritten, die nichts bessern können, sondern die Not nur noch trostloser gestalten würden. Wir rufen den Arbeitern, die heute noch den Vortrufen der Kommunisten folgen, die ehrlich an den Kommunismus und an die 3. Internationale glauben, warnend zu: Laßt euch nicht mißbrauchen, kommt zu uns! „Zum dicken Wall schließt unsere Reih'n, dann kann nicht Sorge noch Not hinein.“ (Stürmischer Beifall.)

Ueber allem, was uns bedrückt, über der Bekämpfung der Not des Tages, über der Abwehr der inneren Reaktion, über der Sorge um die außenpolitische Gestaltung der Dinge bleibt das große soziale Problem Kapital und Arbeit, Besitzende und Besitzlose, Luxus und Massenelend, das sich heute vor uns auf-

tut, in grellerem Gegensatz als je. Unser letztes Ziel, das wir nie aus dem Auge verlieren dürfen, ist die Befreiung der Arbeit durch den Sozialismus. Aus dem Nichts ist unsere Bewegung emporgestiegen, höher und höher, und nun gilt es, im harten, geistigen Ringen die Palme des letzten großen Sieges zu gewinnen. Das sind die großen Möglichkeiten, die uns die Einigung am heutigen Tage eröffnet. Sie auszunutzen wird unsere Sache sein. Dazu Parteigenossen, wollen wir zusammenstehen in Treue und wahrer Kameradschaft. (Allseitige, lebhaftige Zustimmung.) Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden. Meinungsverschiedenheiten müssen in brüderlichem Sinne ausgetragen werden. Aber unerschütterlich soll das Wort von Nürnberg stehen: Einigkeit! (Stürmischer, oft wiederholter, lang anhaltender Beifall.) In diesem Sinne bitte ich Sie, stimmen Sie mit mir ein in den Ruf: die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die völkerebefreiende, internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Delegierten haben sich erhoben und stimmen begeistert dreimal in den Hochruf ein. Dann erklingt der Sozialistenmarsch: Auf Sozialisten, schließt die Reihen!

Vorsitzender Wels: Der Einigungsparteitag ist geschlossen.
Schluß nach 12 Uhr.

Delegierte für den Einigungsparteitag in Nürnberg.

Gewählt auf dem Parteitage der SPD. in Augsburg.

Ahrens, Heinrich, Hannover-Braunschweig
Amann, Josef, Baden
Auer, Ehrhard, Oberbayern-Schwaben

Bartels, Friedrich, Parteivorstand
Bartels, Elise, Hann.-Braunschweig
Baufnecht, Otto, Oberrhein
Beyerer, Alfons, Oberpfalz-Niederbayern

Bender, F., Magdeburg-Anhalt
Bergdolt, Hans, Franken
Bernstein, Eduard, Parteitag
Beuter, Wilhelm, Niederrhein
Bollmann, Minna, Magdeburg
Bornhoff, Franz, Westf.-Westfalen
Braun, Dr. Adolf, Parteivorstand
Braun, Otto, Parteivorstand
Brehmer, Karl, Medl.-Lübeck
Bren, August, Kontrollkommission
Brühne, Friedr., Kontrollkommission
Buberl, Walter, Oldenburg-Osnabrück
Buchwig, Otto, Götting
Buhl, Karl, Leipzig

Drescher, Reinhold, Halle

Eberle, Hugo, Götting
Eder, Fritz, Oberpfalz
Egger, Jul., Dresden
Eisenbarth, Heinr., Hamburg-Nordwest
Engelmann, Richard, Chemnitz

Fabian, Aug., Magdeburg-Anhalt
Feldmann, Franz, Breslau
Felgenträbe, Max, Cassel
Feller, H., Hann.-Braunschweig
Fellisch, Alfred, Chemnitz
Fendel, Robert, Groß-Berlin
Fertl, Gustav, Magdeburg
Fischer, Friedrich, Kontrollkommission
Fischer, Richard, Parteivorstand
Fischer, Theodor, Berlin
Frank, Otto, Parteivorstand
Franz, Karl, Breslau

Gegner, Gustav, Pommern
Giermann, Karl, Franken
Grünberg, Helene, Kontrollkommission

Haberland, Karl, Niederrhein
Hagen, Anton, Leipzig
Hahn, Karl, Baden
Hamacher, Hermann, Niederrhein
Hansen, Richard, Schleswig-Holstein
Hartleib, Josef, Hann.-Braunschweig
Haute, Paul, Oberschlesien
Haußchildt, Richard, Cassel
Hidmann, Richard, Dresden
Hildenbrand, Karl, Parteivorstand
Heinrich, Otto, Parteivorstand
Hengsbach, Clemens, Kontrollkomm.
Hertwig, Richard, Oberschlesien
Henseler, Fritz, Westf.-Westfalen
Hoffmann, Joh., Pfalz
Hübner, Emil, Chemnitz
Hug, Paul, Oldenburg-Osnabrück

Jenssen, Heinr., Hamburg-Nordwest
Juchacz, Marie, Parteivorstand

Kaifen, Wilhelm, Hamburg-Nordwest
Kieß, Paul, Groß-Thüringen
Kirchner, Georg, Schleswig-Holstein
Kirchmann, Emil, Oberrhein
Kleinert, Wilhelm, Schleswig-Holstein
Klutsch, Franz, Westf.-Westfalen
Körner, Bruno, Pfalz
Kroner, Johann, Hessen
Krüger, Franz, Parteivorstand
Krüger, Wilhelm, Brandenburg
Krüger, Richard, Halle

Lau, Johannes, Hann.-Braunschweig
Leber, Hermann, Groß-Thüringen
Leber, Dr., Medl.-Lübeck
Lehmann, Paul, Hann.-Braunschweig
Lehmann, Paul, Götting
Leuterich, Max, Hamburg
Lewerenz, Friedrich, Greifeld
Lübe, Paul, Kontrollkommission
Lübbing, Jos., Ostpreußen (Bezirk)

Mache, Karl, Breslau
Malsche, Anna, Brandenburg
Meier, Richard, Chemnitz-Südau
Miß, Konrad, Oberrhein
Mollenbuhr, Artur, Schleswig-Holst.
Mollenbuhr, Herm., Parteivorstand
Mollmann, Karl, Medl.-Lübeck

Müller, Hermann, Parteivorstand
Müller, Hermann, Kontrollkommission
Müller, Max, Chemnitz-Zwickau
Müller, Robert, Chemnitz-Zwickau

Nimmerfall, Hans, Oberbayern-Schwaben

Ohland, Max, Magdeburg-Anhalt
Oster, Karl, Württemberg-Hohen-
zollern

Pagels, Alex, Groß-Berlin
Panzer, Johann, Franken
Passehl, Otto, Pommern
Perner, Richard, Hamburg-Nordwest
Pfannkuch, Wilhelm, Parteivorstand
Poggenklas, Rudolf, Westf. Westfalen

Rahmig, Rudolf, Dresden
Reike, Johanna, Hamburg
Ritter, Adolf, Parteivorstand
Röhle, Frau, Hessen-Rassau
Ryneck, Elfriede, Parteivorstand

Schäfer, Valentin, Oberrhein
Schaffner, Josef, Hann.-Braunschweig
Scheidemann, Philipp, Cassel
Scheffler, Georg, Hessen-Frankfurt
Schmidt, Richard, Brandenburg
Scholich, Gustav, Mittelschlesien
Schönfelder, Adolf, Kontrollkomm.
Schröder, Luise, Schleswig-Holstein
Schulzein, Fr., Baden
Schulz, Bertha, Westf. Westfalen
Schulz, Hermann, Ostpreußen

Schumann, Oswald, Brandenburg
Schutte, Richard, Dresden
Schweiger, Albert, Dresden
Seifert, Artur, Westf. Westfalen
Simon, Georg, Oberbayern-Schwaben
Stuhr, Max, Westf. Westfalen
Sperling, Otto, Groß-Berlin
Stahl, Emil, Brandenburg
Stampfer, Friedr., Parteivorstand
Steinmeyer, Otto, Württemberg
Strecker, Dr. Richard, Hessen

Tesch, Johanna, Hessen-Frankfurt
Todenhausen, Minna, Groß-Berlin
Treu, Martin, Franken

Verdied, Paul, Schleswig-Holstein
Verdied, Willi, Schleswig-Holstein
Vogel, Hans, Franken
Vogel, Heinrich, Hamburg-Nordwest
Voigt, Paul, Groß-Thüringen

Walter, Auguste, Westf. Westfalen
Wels, Otto, Parteivorstand
Weyers, Cäsar, Greifeld
Widmann, Wilhelm, Hessen
Wilke, Hermann, Hann.-Braunschweig
Wimmer, Thomas, Oberbayern-Schwaben

Zabe, Grete, Hamburg-Nordwest
Zils, Klara, Mittelschlesien
Zimmermann, Artur, Groß-
Thüringen
Zumbel, Reinhold, Baden

203

Delegierte für den Einigungsparteitag in Nürnberg.

Gewählt auf dem Parteitage der USPD. in Gera.

Agnes, Lore, Kontrollkommission
Aufhäuser, Siegfried, Reichstags-
fraktion

Bach, Otto, Halle
Bant, Gustav, Magdeburg
Barthel, Paul, Leipzig
Beder, Paul, Berlin-Brandenburg
Behrendt, Hermann, Berlin-Brandenburg
Bergholz, Albert, Halle
Berten, Peter, Niederrhein
Berthel, Arno, Leipzig
Bieligt, Bruno, Thüringen
Birl, Josef, Berlin-Brandenburg
Blaschitz, Gustav, Berlin-Brandenburg
Bod, Wilhelm, Kontrollkommission
Böhle, August, Leipzig
van den Borgardt, Niederrhein
Breitscheid, Rudolf, Reichstagsfraktion
Bühler, Rudolf, Niederrhein

Clajus, Hermann, Berlin-Brandenburg
Christmann, August, Niederrhein
Ersipien, Artur, Zentralleitung
Cyrus, Alois, Leipzig

Diedmann, Wilhelm, Altmark
Dishmann, Robert, Parteirat
Dittmann, Wilhelm, Zentralleitung
Donalies, Franz, Parteirat
Dornburg, Karl, Chemnitz
Dobbert, Alfred, Niederrhein

Ernst, Gustav, Leipzig

Faust, Alfred, Bremen
Fertel, Christian, Bayern
Flatmeier, Otto, Thüringen
Fleischer, Heinrich, Leipzig
Florschütz, Paul, Dresden
Frenzel, Ernst, Leipzig
Fuchs, Georg, Kontrollkommission

Geisel, Paul, Leipzig
Gottschalk, Alfred, Ostpreußen
La Grange, Berlin-Brandenburg
Grotewohl, Otto, Braunschweig
Gröner, Paul, Leipzig
Guth, Max, Kontrollkommission

Gaase, Helene, Leipzig
Hansen, Erik, Schleswig-Holstein
Harnisch, Hermann, Berlin-Brandenburg

Hente, Alfred, Parteirat
Herz, Paul, Berlin-Brandenburg
Hilferding, Rudolf, Zentralleitung
Hoffmann, Adolf, Baden
Hohorst, Johann, Bremen
Horchler, Justus, Niederrhein
Horn, August, Pommern

John, Alfred, Berlin-Brandenburg
Jörß, Richard, Plauen
Junkte, Paul, Braunschweig

Kahnt, Richard, Thüringen
Karsten, August, Kontrollkommission
Karsten, Rudolf, Hannover
Kinkel, Gottfried, Württemberg
Kieß, Alfred, Dresden
Knauf, Heinrich, Parteirat
König, Franz, Pommern
Krielle, Richard, Zentralleitung
Krüger, Karl, Leipzig
Kühn, Anna, Leipzig
Künstler, Franz, Zentralleitung

Levi, Paul, Reichstagsfraktion
Liebmann, Hermann, Leipzig
Lipinski, Richard, Leipzig
Lorius, Franz, Leipzig
Ludwig, Konrad, Zentralleitung

Mau, Johannes, Danzig
Medid, Reinhardt, Plauen
Meier, August, Bayern
Meis, Walter, Westf. Westfalen

Mente, Bernhard, Parteirat
Moses, Julius, Zentralleitung
Mutter, Mag, Leipzig

Neblich, Otto, Leipzig
Nemitz, Anna, Zentralleitung

Otter, Karl, Westf. Westfalen

Pappenheim, Ludwig, Thüringen
Peters, Franz, Parteirat
Peters, Wilhelm, Magdeburg
Pfeiffer, Bernhard, Braunschweig
Pfliegner, Hermann, Leipzig
Pietzsch, F., Mittelschlesien
Popp, Lothar, Hamburg
Puchta, Friedrich, Reichstagsfraktion

Rabber, Ernst, Hessen-Waldeck
Reinermann, Eugen, Bremen
Reuter, Mag, Bayern
Rösch, Richard, Dresden
Rosenfeld, Dr. Kurt, Zentralleitung
Rubin, Friedrich, Mecklenburg
Runowski, Bruno, Mittelrhein

Sander, Wilhelm, Dresden
Schachtmann, Johannes, Nieder-
schlesien
Schachtner, Otto, Bremen
Schmidt, Johannes, Westf. Westfalen
Schlirch, Karl, Pflauen
Schönfeld, Grete, Leipzig
Schönning, Johannes, Zittau
Schroder, Wilhelm, Westf. Westfalen
Schulke, Willy, Braunschweig
Schwarz, Adolf, Kontrollkommission

Schweiffhard, Hermann, Berlin-Brandenburg

Seidel, Hans, Bayern
Sender, Toni, Frankfurt a. M.
Silaff, Willy, Berlin-Brandenburg
Simon, Josef, Parteirat
Soltmann, Fritz, Reichstagsfraktion
Starker, Franz, Bremen
Stegmann, Otto, Thüringen
Stein, Alexander, Berlin-Brandenburg
Steinhilfen, Wilhelm, Niederrhein
Strahl, Ferdinand, Niederrhein
Strube, Fritz, Leipzig
Schmidt, Hermann, Bremen

Theil, Emil, Bremen
Thiel, Berta, Leipzig
Thurm, Fritz, Berlin-Brandenburg

Vogtherr, Ewald, Reichstagsfraktion

Wackwitz, Marie, Reichstagsfraktion
Wurm, Mathilde, Zentralleitung
Winnen, Peter, Niederrhein
Warnicke, Wilhelm, Westf. Westfalen
Wedel, Kurt, Dresden
Wendt, Geora, Berlin-Brandenburg
Wengels, Robert, Kontrollkommission
Wilhelm, Heinrich, Saargebiet

Ziegler, Anna, Reichstagsfraktion
Zimmermann, Emil, Oldenburg-Ost-
friesland
Zöllig, Karl, Niederrhein
Zubeil, Fritz, Reichstagsfraktion

Sprechregister.

Parteitag Augsburg.

Aster 8.	Hefler 27.	Senfioff 8.
Bartels, Fr. 11, 30.	Hoch 23, 44.	Sewering 27.
Braun, Ad. 8, 31, 46.	Juchacz 14.	Simon 3, 69, 83.
Braun, Otto 21.	Kieß 27.	Sollmann 18, 30.
Benario 91.	Knaack 19, 30, 94.	Schäfer 48.
Bender 37.	Kranold 25, 69.	Schiebelich 29.
Bernstein 29.	Leber 50.	Schmidt, Rob. 24.
Bießer 20, 84.	Leuteritz 22.	Schmidt, Georg 41, 50.
Bohm-Schuch 39.	Löbe 43.	Schölich 22.
Bollmann 24.	Markwald 43, 51.	Schüsinger 42.
Brokowitz 17.	Mollenbahr, Br. 44.	Schred 69.
Brühne 14.	Müller 7.	Schröder 83.
Bruchwitz 16, 96.	Müller, Hermann 3, 46, 50, 69.	Stauningf 7.
Drecher 17.	Müller, Herm., Nichtenberg 94.	Strecker 40, 96.
Eggert 24.	Verner 15.	Tesch 84.
Eckstein 17, 49.	Vöfßl 91.	Todenhagen 38, 84.
Fellisch 25.	Pietzsch 50.	Uhlig 39.
Fund 42.	Radbruch 92.	Vogel 33, 50.
Gentner 45.	Radtke-Warmuth 26.	Wegner 84.
Grotzahn 23, 96.	Reize 70.	Wegscheider-Ziegler 21, 37.
Grösch 26, 94.	Roosbrout 8.	Wels 6, 8, 16, 24, 52, 69, 70, 97.
Grünberg 49.	Rudolf 22.	Wendel 41.
Hartwig 38.	Sachs 84.	Wimmer 22.
Hartleib 37.	Sänger 85, 95.	Zabe 83.
Haufe 27.		Zils 84.
Hellmann 28.		Zundel 26, 83.

Parteitag Gera.

Abromowitsch 125.	Dobbert 156.	Ludwig 127.
Adler 126.	Gerß 128.	Moses 128.
Bertou 156.	Hilferding 128.	Rosenfeld 164, 173.
Bock 128.	Kalnin 125.	Sender 160.
Breitscheid 162.	Knauf 123.	Schreiber 125.
Crispien 123, 131, 170.	Kunert 174.	Stein 162.
Dickmann 157, 172.	Lebour 145, 166.	Tchernoff 126.
Dittmann 124, 125, 127, 173, 174.	Liebfnecht 172, 173.	Zubeil 160.

Einigungsparteitag Nürnberg.

Ammon 193.	Crispien 186.	Müller, Herm. 183.
Bock 181, 182.	Dittman 183.	Pianckuch 181, 183.
Brandes 189.	Fischer, Emil 179.	Wels 191, 192, 193, 195.
Compère-Morel 194.	Juchacz 188.	

206

Sachregister.

Parteitag Augsburg.

Abstimmungen 32, 51, 52, 70.
Agitation 11, 21.
Agrarier 26.
Aktienrecht 91.
Aktionsprogramm 66.
Alkohol 40.
Alkoholismus 18, 96.
Amerita 34.
Anträge 15, 49.
—, angenommene 100.
—, der Reichstagsfraktion überwiesen 109.
—, dem Parteivorstand überwiesen 113.
Anwesenheitsliste 116.
„Arbeiter-Bildung“ 12.
„Arbeiter-Jugend“ 13.
Arbeiterwohlfahrt 14.
Arbeitsgerichte 86.
Arbeitsgerichtsgefes 93.
Auserhehliche Mütter 75, 76, 87.

Baden und Württemberg 29.
Bauern 18, 35.
Bayern 35, 37, 88, 95.
Beamten 37.
Beamt, weibliche 75.
Begrüßung 3, 6, 7, 8.
Beitrag 11, 17, 30.
Bildungsweisen 12.
Bericht über Agitation, Organisation u. Presse 11.
— der Beisizerdekommision 96.
— über die Fragen der Frauenorganisation 14.
— der Kommission für das Gesundheitsprogramm 96.
— der Kontrollkommission 14.

Bericht der Mandatsprüfungskommission 16.
— des Parteivorstandes 8, 15.
— der Reichstagsfraktion 33.
Berufsrichter 73.
Berufsausbildung der Mädchen 77.
Betriebsräte 37.
Betriebsrätegefes 76.

Delegierte für den Einigungsparteitag in Nürnberg 201.
Demokratisierung 17, 20, 23.
„Der freie Lehrer“ 12.
Devisenspekulation 39.

Ehe 86, 87, 91.
Ehescheidungsgefes 74.
Einigung 41, 52, 61, 63, 66, 67, 98.
Einigungsprogramm 65.
Entwertung des Geldes 34.
Erfüllungspolitik 33.

Familienrecht 86.
Finanzen der Partei 13.
Französische Politik 50.
Frauen 9, 14, 21, 70.
Frauensekretariate 26.
Friedenspolitik 81.

Geldentwertung 9, 11, 13.
Gemeinden 39.
Georgien 83.
Gefrier 41, 42, 43.
Gesundheitsprogramm 96.
Getreideumlage 45, 97.
Gewerbe- und Kaufmannsgerichte 72, 95.

Gewerkschaften 27, 95.
„Gleichheit“ 12, 26, 31, 83.

Hamburg und Preußen 15, 21, 22, 25.
Hausangestellte 50, 77.
Hebammengefes 80.
Heimarbeiter 78.

Internationale 52, 53, 54, 55, 69.
Internationalismus 19.
Jugend 10, 77, 89.
Jugendbewegung 13.
Jugendgerichte 92.
Jugendwohlfahrtsgefes 80.
Jungsozialisten 13.
„Jungsozialistische Blätter“ 12.
Justizreform 85—91.

Kleinbauern 45.
Koalitionspolitik 22, 51.
Kohle 35.
Kopfarbeiter 10.
Kommunale Politik 20.
„Kommunale Praxis“ 12.
KPD. 27, 55, 57.
Kommunisten 57, 58, 59, 60, 61, 62.
Kriegerhinterbliebene 80.
Kriegermassen 38.

Landrichter 73.
Landarbeiter 25, 41, 50.
Landwirte 22.
Landwirtschaft 25, 41.
Lehrer 12, 29.

Menschenökonomie 25.
Mieterschutzgefes 93.
Mitgliederzahl 11.
Monarchismus 13.

Mörderorganisationen 36.
Mutterschaftsversicherung 79.

Nationalisten 41.
„Neue Zeit“ 12, 17, 23, 30, 31.

Oberlehrer 22, 25, 27, 38.
Organisation 11.
Ortsvereine 11.

Parteiabzeichen 11.
Parteiessäfte 13.
Parteijournalisten 10.
Pensionskasse 11, 24.
Polizei 39.
Presse 9, 11, 14.
Preußen 15, 18.
Programmkommision 70.

Rathenau-Mord 36.
Rapallo-Vertrag 40.
Rechtspflege 71.
Referat: Die Sozialdemokratie im Kampf um die wirtschaftliche und soziale Stellung der Frau 70.

Abstimmungen 173, 174.
Agrarier 129.
Aktionsprogramm 134, 135, 152, 156, 161, 165.
Alkoholfrage 174.
Arbeitsgemeinschaft 133, 150, 166, 171.

Bayern 153.
Begrüßungen 124, 125, 126, 127.
Bericht der Reichstagsfraktion 128.
Betriebsrätekonferenz 159.
Brotpreis 129.
Bürgerliche Parteien 135.

Delegierte für den Einigungsparteitag in Nürnberg 203.
Diktatur 152.

Einigung 124, 130, 144, 145, 157, 164, 166, 172.

Referat: Die Internationale und die Einigung des Proletariats 52.
— Die Justizreform 85.
Reichsmarine 44.
Reichswehr 41, 42, 43, 45, 46, 49, 50.
Republik 19, 37, 41.
Revisionsisten 31.
Revolution 68.

Saargebiet 48, 52, 97.
Sachwerte, Erfassung der — 23, 24, 44, 46.
Schulwesen 28, 37.
Selbstverwaltung 28, 29.
Sozialisierung 24, 26, 29, 32, 44.
„SPD-Nachrichten“ 12.
Statutenberatungskommision 70.
Stinnes 29.
Steuergesetze 34.
Strafrecht 87.
Strafvollzug 88.

Tagesordnung 6.
Teuerung 21, 22, 39, 49.

Parteitag Gera.

Einigungsgegner 156.
Erfüllungspolitik 128, 129.
Ernährungs-, Wirtschafts- und Steuerpolitik 128.
Faschisten 138, 139.
Fetische 144.

Geraer Bewegung 123.
Geschäfts- und Kassenbericht 127.
Gewerkschaften 159.
Gewerkschaftsbewegung 144.

Internationale 141, 162, 165, 166.
Italien 138.

Klassenkampf 134, 135, 155, 158.
Koalitionspolitik 131, 160, 171.

Thüringen 27.
Tinz 12.

Unabhängige 63, 67, 68.
Uneheliche Kinder 74, 87, 91.

Versicherungsbehörden 72.
Verwaltungsreform 18, 23.
Völkerbund 40, 44, 47.
Volksgesundheitspflege 20.

Wahlen zum Parteivorstand 97.
— zur Kontrollkommision 97.
Währung 34, 39.
Wiederaufbau 47.
Wirtschaftsausschuß 26.
Wohnungspolitik 21.
Wohnungsreform 20.
Wuchertum 13.

Zivilprozessreform 93.
Zwangswirtschaft 26.

Koalitionsregierung 136, 139, 151.
Kommunisten 123, 133, 140, 142, 143, 154, 158.
Korreferat zur Einigung 145.

Lassalleaner 170.
Liste der Delegierten 175.

Mitgliederzahl 127.
Moskauer 143.

Orient 157.

Parteitagswahlen 154.
Presse 127.

Rathenau-Mord 132, 149.
Rechtssozialisten 147, 150, 154.
Referat über „Die Einigung des Proletariats“ 131.

Regierung 137.	Rußland 139.	Teuerung 129.
Regierung Wirth 138.		Valutapolitik 129.
Reichsbildungskonferenz 174.	SPD. 130, 143, 144, 153, 158, 160, 162, 164.	Vereinigung 140, 145.
Reparations- und Währungsfrage 128.	Stinnes-Vertrag 157, 164.	Verelendung 157.
Republik 132.	Tagesordnung 124.	Wahl der Delegierten für Nürnberg 174.
Revolution 140, 157.	Technische Nothilfe 158.	

Einigungsparteitag Nürnberg.

Abstimmungen 191, 192.	Kontrollkommission 195.	Rückblick 182.
Achtstundentag 185, 190.	Krieg 187, 194, 198.	Statutenberatungskommission 192.
Agrarier 190.		Stinnes-Vertrag 191.
Aktionsprogramm 184, 191.	Vassalleaner und Eisener 182.	Teuerung 190.
Begrüßungen 179, 193, 194, 195.	Manifest an die deutsche Arbeiterschaft 196.	Vereinigung 193.
Demokratisierung 185.	Nürnberger Bewegung 130.	Vereinigte Sozialdemokratische Partei 196, 197, 200.
Frankreich 194.	Organisationskommission 192.	Versailler Vertrag 194.
Frauen 188.		Völkerbund 199.
Gewerkschaften 189.	Programmkommission 192.	Wahl des Parteivorstandes der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei 192.
Internationale 187, 193, 199.	Rathenau-Mord 184.	— der Kontrollkommission 193.
Kapitalismus 186, 194.	Reaktion 183, 185, 189.	
Klassenkampf 189.	Republik 184, 185, 195.	